Yehuda Bauer
Freikauf von Juden?

Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945

Aus dem Englischen
von Klaus Binder und
Jeremy Gaines

Jüdischer Verlag
Frankfurt am Main

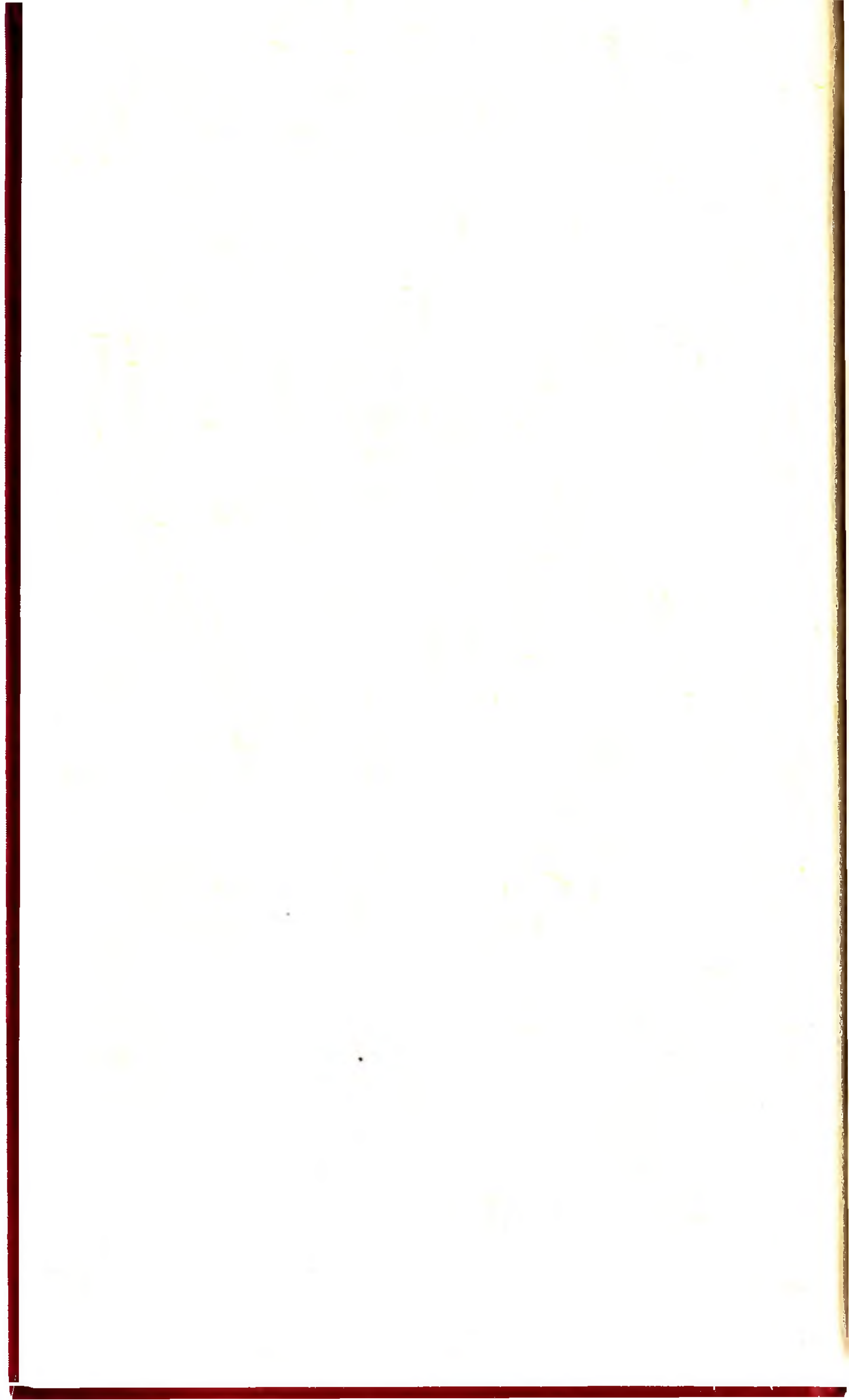
Titel der Originalausgabe:
Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933-1945

Der Autor hat die Übersetzung autorisiert.

Erste Auflage 1996

Satz: IBV Satz- und Datentechnik GmbH, Berlin
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
Printed in Germany

Inhalt



Dank

Dieses Buch ist das Ergebnis langwieriger Forschungen, die vom Institute of Jewish Affairs in London angeregt und unterstützt wurden. Die Hilfe und das Interesse von Steven Roth, der dies Institut leitete, haben mich in meiner jahrelangen Arbeit immer wieder ermutigt. Auch Roths Nachfolger, Michael May und später Antony Lerman, haben mir sehr geholfen, und ich bin dem Institut dankbar, daß ich von meinen formellen Verpflichtungen entlastet wurde. Danken möchte ich auch meiner so tüchtigen und geduldigen Lektorin Mary Pasti von Yale University Press.

Ich habe die Sammlungen der National Archives in Washington, D. C. benutzt und wurde dort mit außergewöhnlicher Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit von Robert Wolfe und, insbesondere, von John Taylor und anderen Mitarbeitern der Military Archives unterstützt. Auch der kürzlich verstorbene Martin Broszat hat mir am Institut für Zeitgeschichte in München sehr geholfen; dem Institut selbst bin ich für die mir geleistete freundliche Hilfe äußerst dankbar; danken möchte ich auch den Mitarbeitern des Bundesarchivs in Koblenz. Der vor kurzem verstorbene Györgi Ranki in Ungarn hat meine Aufmerksamkeit auf äußerst wertvolle Quellen gelenkt. Mein Dank gilt auch den Mitarbeitern des British Public Records Office in Kew, London, und des Schweizer Nationalarchivs in Bern.

Von den vielen Freunden, deren Hilfe für dieses Unternehmen wesentlich war, möchte ich vor allem Barry Rubin erwähnen. Die Zusammenarbeit mit ihm war sehr freundschaftlich und fruchtbar; gemeinsam entdeckten wir »Dogwood« (Alfred Schwarz) und konnten klären, welche Rolle er am Office of Strategic Services spielte. Dankbar bin ich auch Gila Fatran, deren Buch über die Slowakei, das auf ihrer Doktorarbeit basiert, mir bei der Vorbereitung meiner Studie sehr wichtig war. Shlomo Aronson, der weitgehend die gleichen Quellen untersucht hat, hat ähnliche, wenn auch nicht völlig identische Schlußfolgerungen gezogen, und wir arbeiteten harmonisch und freundschaftlich verbunden zusammen. Das gilt auch für

Richard Breitman, dessen Hinweise mir für die letzten Arbeiten am Manuskript unentbehrlich waren. Avraham Barkai hat einen Großteil der Materialien für das Kapitel über die *Haavara* zusammengestellt, dafür möchte ich ihm sehr danken. Dov Dinur hat über die Geschehnisse in Ungarn und Schweden gearbeitet, was mir sehr hilfreich war. Rachel Arzt und Miriam Levine waren die Spezialisten, die es mir als Computeranalphabeten ermöglicht haben, doch einen Zugang zur Technologie des späten 20. Jahrhunderts zu gewinnen. Meine überlastete Sekretärin, Ilana Dana, trug ihr Schicksal mit Standhaftigkeit und besonderer Fürsorge für ihren unsteten Chef. Israel Gutman, der Freund und Vertraute, ertrug meine sich herausbildenden Theorien mit der Skepsis, die sie verdienten. Meine Töchter Danit und Anat haben mir die nötige Seelenruhe gegeben, um dies Buch unter schwierigen Umständen schreiben zu können. Schließlich und in Liebe widme ich dies Buch Ilaniki.

Anmerkung zur Schreibweise der Namen

Viele Juden, die in Israel gelebt haben bzw. dort leben, haben ihren ursprünglichen Familiennamen in einen hebräisch klingenden Namen verändert. Ich habe in der Regel den Namen benutzt, mit dem der Leser eher vertraut sein wird oder der eher benutzt wird, wenn diese Menschen in dem Zusammenhang der hier beschriebenen Ereignisse erwähnt werden. Die anderen Namen stehen in Klammern.

Vorwort

Juden haben versucht, andere Juden vor den Nationalsozialisten durch Verhandlungen mit ihren Verfolgern zu retten, und aus verschiedenen Gründen ist eine Handvoll Nationalsozialisten auf solche Gespräche eingegangen. Viele dieser Versuche sind gescheitert; manche führten zu sehr begrenzten Erfolgen. Aber sie lohnen wohl doch eine nähere Untersuchung, denn sie stellen uns vor eine ganze Reihe von historischen, philosophischen und moralischen Fragen.

Bis jetzt hat die Fachliteratur diese Kontakte, die vor und während des Krieges zustande kamen, nur von der jüdischen Seite aus betrachtet, und auch das geschah nicht sehr erschöpfend. Die Ziele der Juden sind verständlich: Vor dem Krieg wollten sie Juden bei der Auswanderung aus einem Land helfen, das von einem sie bedrohenden antisemitischen Regime regiert wurde. Während des Kriegs wollten sie Juden retten, indem sie ihnen entweder ermöglichten, aus dem nationalsozialistischen Machtbereich zu fliehen, oder sie im nationalsozialistischen Europa schützen oder die Mordmaschinerie durch massive Bestechungen sogar anhalten wollten. Entgegen der gängigen Meinung hatten die Juden vor 1939 in den Ländern des Westens keine politische Macht und überhaupt keinen nennenswerten Einfluß. Nach 1939 fehlten ihnen zudem noch Streitkräfte, eine Exilregierung, eine zentrale Führung und eine in Europa und anderswo in der freien Welt vereinte Gemeinde, und sie hatten keinen Einfluß auf die Entscheidungen in den Gremien der Alliierten. Darum blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu bluffen, Lösegelder anzubieten, Nationalsozialisten zu bestechen und die Alliierten zu überzeugen und zu bitten, das Leben der Menschen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu retten.

Aber bestand überhaupt eine realistische Chance, mehr Juden vor dem Holocaust zu retten? Die eigentliche Frage ist wohl: Worauf hätten die Nationalsozialisten sich eingelassen? Bis jetzt sind ihre Motive, und insbesondere die von Heinrich Himmler, dem Reichsführer SS, und seinen engsten Beratern, also der Führung genau der Organisation, deren Mitglieder die

meisten der Morde verübten, nicht ausreichend untersucht worden. Aber selbst wenn die Nationalsozialisten bereit gewesen wären, die den Juden gegenüber gemachten Versprechen schließlich auch einzulösen – hätten sich die Alliierten auf solche Angebote eingelassen?

Eine Untersuchung sowohl der anti-jüdischen Politik der Nationalsozialisten als auch der Reaktionen der Juden auf diese Politik muß mit der nationalsozialistischen Machtergreifung beginnen. Mit dieser hat die nationalsozialistische Politik der Ausweisung und Vertreibung begonnen, und wir müssen zunächst die Leitlinien dieser Politik und deren praktische Umsetzung näher beschreiben. Hauptziel der ersten Kapitel ist es daher, den Hintergrund der späteren nationalsozialistischen Politik des Massenmords während des Kriegs darzustellen und der Politik in all ihren Aspekten nachzugehen, die im zweiten Stadium weiterverfolgt wurde. Ferner muß analysiert werden, ob die Politik der Ausweisung, Abschiebung und sogar Auswanderung mit dem Einsetzen der Massenmorde 1941 völlig aufgegeben wurde oder ob die Nationalsozialisten unter bestimmten Umständen bereit gewesen wären, zu weniger grauenvollen Alternativen zurückzukehren. Wir müssen auch erwägen, ob die jüdischen Führungsgruppen überhaupt gesehen haben, daß die Nationalsozialisten möglicherweise auf solche Alternativen zurückgreifen würden. Und wir müssen fragen, ob sich dies angesichts der Ziele der Alliierten während des Kriegs auch hätte nutzen lassen.

Nach einer kurzen Analyse der Prozesse, die zu der Entscheidung führten, das jüdische Volk auszurotten, werden wir die Kontakte untersuchen, die jüdische Gruppen mit der SS aufbauten, d. h. mit Himmler selber. Gleichzeitig wird zu überprüfen sein, ob Himmler solche Verbindungen von seiner Seite aus förderte, und wenn ja, wann und zu welchem Zweck. Beide Fragen werden im Zusammenhang der internen Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und seinen konservativen Gegnern in Deutschland zu stellen sein, die schließlich mit dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 versuchten, Hitler zu töten. Die Konservativen haben auf einen separaten Frieden mit den westlichen Alliierten hingearbeitet. Hat Himmler ähnliche Optionen erwogen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt? Was

hat er unternommen, um sie zu verwirklichen, und unter welchen Bedingungen tat er dies? Versuchte er, jüdische Kontaktpersonen für solche Schritte zu nutzen? War er bereit, Juden aus seinem Machtbereich zu entlassen, wenn die Bedingungen aus der Sicht der SS dafür sprachen? Und hätten die Alliierten solche Flüchtlinge aufgenommen?

Diese ineinander verwobenen Fragen führen uns unausweichlich dazu, eine weitere, tiefergehende zu stellen: War die »Endlösung« das Ergebnis einer unabänderlichen, endgültigen Entscheidung der nationalsozialistischen Mörder? Und wenn Auswanderung und Ausweisung oder der Austausch von Juden *nach* 1941 auch nur im entferntesten vorstellbar gewesen wären – wie ließe sich das vor dem düsteren Hintergrund der fortgesetzten und erbarmungslosen Mordkampagne erklären? Kann man tatsächlich behaupten, daß es keinen immanenten Widerspruch gegeben hätte zwischen dem nationalsozialistischen Plan, die Juden alle und überall zu ermorden, und ihrer Bereitschaft, vorübergehend Kompromisse zu schließen, nämlich die Flucht einiger Juden aus ihrem Machtbereich zu erlauben, wenn es zum wirklichen Vorteil des Reichs geschah? Wenn die Nationalsozialisten die Erwartung hegten, unmittelbar oder mittelbar die ganze Welt zu beherrschen, könnte es dann nicht sein, daß sie die Flucht *einiger* Juden als tatsächlich vorübergehend betrachteten, weil sie die Flüchtlinge früher oder später doch einholen würden? Welchen Aufschluß könnten uns Antworten auf diese Fragen über die Psychologie der Nationalsozialisten geben? Kann eine solche Untersuchung unser Verständnis dessen, was einige von uns das radikal Böse nennen, beeinflussen?

Diese und andere Fragen werden im einzelnen besprochen werden. Der Holocaust war Wendepunkt in der Menschengeschichte. Versuche, Menschen vor dem Holocaust zu retten, waren Nebenepisoden, haben aber dennoch sehr weitreichende Implikationen. Die Darstellung hier könnte vielleicht etwas Licht auf menschliche Motive werfen, wird uns auf Fragen der persönlichen und der öffentlichen Ethik führen, mit denen wir uns in den Generationen nach dem Holocaust auseinandersetzen müssen.

Die Kontroversen, die in Israel über das Verhalten der jüdi-

schen Führungsgruppen während des Holocaust entbrannten, haben für die politische Entwicklung des Landes und das geistige Leben dort eine entscheidende Rolle gespielt. 1954 hat in Tel Aviv ein Prozeß stattgefunden. Reszö (Israel) Kasztner, der Mann, der 1944 in Ungarn mit den Nationalsozialisten über die Freilassung von Juden verhandelt hatte, warf Malkiel Grünwald, einem ungarischen Juden – der kein Überlebender des Holocaust war – vor (genauer: der Staatsanwalt erhob diesen Vorwurf im Namen eines zögernden Kasztner), ihn mit der Behauptung verunglimpft zu haben, Kasztner sei korrupt, ein Verräter der jüdischen Sache. Schmuel Tamir, Grünwalds brillanter, politisch rechtsgerichteter Verteidiger, drehte den Spieß um. Und nun mußte Kasztner sich gegen Vorwürfe verteidigen, die nicht nur ihn, sondern auch die Jewish Agency for Palestine betrafen, die zentrale Organisation der Zionisten. Die meisten Mitglieder ihrer Exekutive hatten während des Kriegs in Palästina gelebt und bildeten nach dem Krieg die politische Führung der Juden in Palästina. Die Jewish Agency und nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 die Regierungen des Staates Israel wurden von linksliberalen Koalitionen getragen. Ihnen galt Tamirs Angriff. Er warf den regierenden Parteien und vor allem der Linken vor, die Juden verraten und mit den Deutschen kollaboriert zu haben. In Andeutungen sprach er davon, daß sie sich vor der Unabhängigkeit derselben Kollaboration mit den Engländern in Palästina schuldig gemacht hatte. Beide Vorwürfe verknüpfte er miteinander. Dies war der Anfang vom Ende der linksliberalen Regierungen in Israel. Kasztner wurde 1957 von Rechtsextremisten ermordet, nachdem ein schwacher Richter ein Urteil verkündet hatte, das Grünwald in den meisten Punkten der Anklage freisprach, was faktisch einem Schuldspruch Kasztners gleichkam. Ein Jahr später wurde das Urteil vom Obersten Gerichtshof aufgehoben, mit einem Beschluß, der die meisten, aber nicht alle Handlungen Kasztners rechtfertigte. Doch die Öffentlichkeit folgte dem nicht, und die Wende von 1977 hin zu der rechtsgerichteten Likud-Partei hat zu einem gewissen Grad mit diesem Urteil zu tun. Es war dies ebenso ein moralisches wie ein politisches Urteil. Die Frage blieb offen, und dies ist in der jüdischen und insbesondere in der israelischen Gesellschaft noch immer ein empfindli-

cher Punkt, ob es zu rechtfertigen sei, daß Kasztner mit den Nationalsozialisten verhandelt hat: Was waren die moralischen und politischen Implikationen solcher Verhandlungen? Natürlich sind die Fragen nach den Intentionen der Nationalsozialisten in diesen Versuchen einer Kontaktaufnahme – und sie sind Gegenstand unserer Untersuchung – qualitativ andere als die von den Vorwürfen und Gegenvorwürfen von 1954/55 hervorgebrachten.

Schließlich weicht dieses Buch auf eine vielleicht nicht unwesentliche Art vom Kanon der Geschichtsschreibung ab. Es handelt vom »Hätte-sein-können«, von historischen Möglichkeiten und Entwicklungen, die dann entweder keine Früchte trugen oder abgeschnitten wurden, obwohl man deren Spuren, so glaube ich, im vorhandenen Quellenmaterial nachweisen kann. Ein solcher Umgang mit der historischen Materie basiert auf einer Ablehnung des Geschichtsdeterminismus; einer seiner geläufigsten, wenn auch nicht immer zugestandenen Trugschlüsse ist, daß etwas, weil es geschah, auch geschehen mußte. Aber die Länder des Westens hätten Hitler möglicherweise stoppen können, wenn sie Mitte oder Ende der dreißiger Jahre ein Bündnis, und sei es eines auf Zeit, mit der Sowjetunion eingegangen wären; möglicherweise sogar dann, wenn sie alleine gehandelt hätten. Das nationalsozialistische Deutschland hätte den Krieg vielleicht gewinnen können, wenn es den Angriff auf die Sowjetunion zurückgestellt und statt dessen den Mittelmeerraum und den Nahen Osten erobert hätte. Vielleicht hätte es den Krieg auch ohne das gewonnen, wenn es in den eroberten Territorien der Sowjetunion nur eine andere Politik verfolgt und sich 1942 auf die Eroberung Moskaus konzentriert hätte. Vielleicht hätte Deutschland seiner Niederlage entgehen können, wenn es die Versuche, einen Düsenjäger zu entwickeln, vorangetrieben hätte, den die Luftwaffe dann Anfang 1945 in Dienst stellen konnte. Und so weiter. Die Kunst des Historikers – und Geschichtsschreibung ist wohl kaum eine Wissenschaft – besteht nicht nur darin, die Ereignisse zu beschreiben und ihre Ursachen darzulegen, sondern auch darin, die Ursprünge von Prozessen aufzudecken, die, realistisch betrachtet, hätten stattfinden können, aber dann doch nicht stattfanden. Das heißt, die Geschichtsschreibung behandelt auch Kausalket-

ten, die nicht die Hauptrichtung der tatsächlichen Entwicklung bestimmten, und erklärt dann, warum es nicht dazu kam. Vielleicht sollten Historiker dies nicht tun, aber die meisten tun es dennoch. Und wenn ich es mit diesem Buch tue, dann zumindest bewußt.

Das also ist meine Absicht: Ich möchte mit diesem Buch den Anfang von Entwicklungen nachzeichnen, die möglicherweise zu Ereignissen geführt hätten, die anders, vielleicht auch nur wenig anders gewesen wären als jene, die dann tatsächlich eintraten.

I

Befreiung durch Vermögenstransfer

Viele Menschen, Juden und Nicht-Juden gleichermaßen, hatten die Gefahr erkannt, und doch erlebten die meisten Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten wie einen Schock: Am 30. Januar 1933 bat Paul von Hindenburg, der senile Reichspräsident, Adolf Hitler, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Entgegen der nach 1945 allgemein vertretenen Auffassung ist Hitler nicht durch einen Wahlsieg an die Macht gelangt. Fast das Gegenteil ist der Fall: Im November 1932, bei den letzten freien Wahlen, hatte die NSDAP 34 Sitze im Reichstag verloren, das bedeutet etwa zwei Millionen Wählerstimmen, und ihr Stimmenanteil war damit von 37,3 Prozent auf 33,1 Prozent gefallen. Die NSDAP blieb allerdings die stärkste Fraktion im Reichstag mit seinen insgesamt 584 Sitzen. Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten fiel von 133 auf 121, die der Kommunisten dagegen stieg von 89 auf 100. Die Nationalsozialisten waren geschwächt; der Regierung, hinter der Teile des Militärs standen, war es nicht gelungen, die Verhältnisse zu stabilisieren; die Kommunisten drohten stärker zu werden: Das waren die Gründe, aus denen viele Konservative und Anhänger der nationalliberalen Rechten einer eher autokratischen Lösung der Probleme Deutschlands zuneigten. Sie drängten Hindenburg, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, weil sie nicht glaubten, daß dieser ihnen gefährlich werden könnte. Doch wie wir heute wissen, hatten die Nationalsozialisten bereits im Sommer 1933 alle Parteien und Gewerkschaften aufgelöst, nur einige altgediente Konservative, die sich nicht allzu sehr mit ihren ehemaligen Rechts-Parteien identifizierten, beließen sie auf ihren alten Posten: Baron Konstantin von Neurath blieb Außenminister und Lutz Schwerin von Krosigk behielt das Amt des Finanzministers.

Die anti-jüdische Politik der NSDAP zeichnete sich nur in Umrissen ab: Das Gründungsprogramm der Partei von 1920 versprach, den Juden die Bürgerrechte abzuerkennen und alle jüdischen Einwanderer, die nach 1914 nach Deutschland ge-

kommen waren, wieder des Landes zu verweisen. Das Programm drohte großen jüdischen Geschäften. Juden, die im Pressewesen tätig waren, aber auch die Eigentümer von Zeitungen und Verlagen, sollten Stellung und Einfluß verlieren. Ganz allgemein wurde der »jüdische Materialismus« angeprangert. In dem Maß, in dem sich die neue Verwaltung etablierte, kam noch ein weiteres Ziel zum Vorschein: Man wollte auf schnellstem Weg so viele Juden wie möglich loswerden, am besten durch Auswanderung.

Schon im September 1933 waren die Juden aus Regierungsämtern oder der Regierung nachgeordneten Behörden entfernt worden, mit Ausnahme von einigen wenigen Kriegsveteranen. Am 1. April fand ein eintägiger Boykott jüdischer Geschäfte und Unternehmen statt. Viele Juden wurden verhaftet und in provisorischen Verhörzentren gefoltert, die größtenteils von der SA, der Sturmabteilung der Partei, eingerichtet worden waren. Die meisten von ihnen wurden nicht als Juden verhaftet, sondern als Regimegegner, doch wurden die Juden im allgemeinen schlechter behandelt als Nicht-Juden. Die früheren demokratischen Parteien begannen zu zerfallen; die Kirchen schwiegen, und die Nationalsozialisten versuchten, die Mehrheit der Protestanten über die nationalkirchliche Bewegung Deutsche Christen für sich zu gewinnen. Die Opposition innerhalb der deutschen protestantischen Kirche formierte sich erst allmählich, und die Bekennende Kirche konstituierte sich. In ihrer großen Mehrheit lehnten die Geistlichen, die sich zur Bekennenden Kirche zusammenschlossen, das Regime aus rein theologischen Gründen ab, womit sie Gefahr liefen, das antisemitische Programm der Nationalsozialisten stillschweigend zu akzeptieren. Die meisten Deutschen gerieten in den Bann des Nationalsozialismus, und sie befürworteten – so sieht es die Mehrheit der Forscher heute – die Elemente des nationalsozialistischen Antisemitismus, die man im nachhinein als eher »gemäßigt« erachten könnte: Aberkennung der Bürgerrechte, Ausschaltung aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben Deutschlands, Enteignung und Zwangsausweisung.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sehen, daß das Regime der Nationalsozialisten als Polykratie der Ressorts funktionierte, die teilweise, mitunter auch weitgehend autonom

waren und sich untereinander ständig befehdeten. Für Einheitlichkeit in Fragen zentraler Bedeutung sorgten die Interventionen des Führers, der die politische Linie festlegte und im Fall von Streitigkeiten das letzte Wort hatte. Die Auffassung, Hitler sei ein schwacher Diktator gewesen, läßt sich kaum noch halten.[1]

In Deutschland lebten etwa eine halbe Million Juden, weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Hiervon waren ungefähr zwanzig Prozent Einwanderer, die seit 1900 aus Osteuropa nach Deutschland gekommen waren. Die meisten deutschen Juden waren in religiösen Dingen liberal. Der streng orthodoxen Minderheit gehörten etwa zehn Prozent der Juden in Deutschland an. Wenn es im 19. Jahrhundert noch eine starke Tendenz gab, zum christlichen Glauben zu konvertieren, dann war diese im 20. Jahrhundert wieder abgeebbt. Doch gab es eine wachsende Zahl von Mischehen und auch deutliche Anzeichen für ein Überaltern und Aussterben der Gemeinden. Die Zionistische Bewegung konnte nur eine kleine Minderheit der Juden für sich gewinnen, ungefähr zehn Prozent von ihnen. Fast alle Juden in Deutschland waren überzeugte deutsche Patrioten, selbst Orthodoxe und Zionisten. Mit Ausnahme der letzteren glaubten sie alle an eine deutsch-jüdische Symbiose, an vollständige kulturelle Assimilation, nach der sich Juden und andere Deutsche lediglich in ihrem Glauben unterscheiden würden. Die meisten deutschen Juden beharrten jedoch auf ihrer Zugehörigkeit zu einer eigenständigen religiösen Gemeinde. Sie unterhielten Beziehungen zu anderen jüdischen Zentren, hauptsächlich des Westens, was in gewissem Widerspruch zu ihren sonstigen Überzeugungen stand. Die Deutschen dagegen, und zwar fast ausnahmslos, betrachteten die Juden als Nicht-Deutsche; als deutsch galten sie nur im formellen Sinn der gleichen Staatsangehörigkeit. Viele Deutsche, auch die liberalsten, waren der Ansicht, daß eine völlige Eingliederung der Juden in die deutsche Gesellschaft nur möglich sei, wenn diese sich von ihrem Judentum völlig abwendeten.[2] Es war eine einseitige Liebe, und einseitige Liebesgeschichten nehmen selten ein gutes Ende.

Die deutschen Zionisten waren eine wichtige Gruppe in der internationalen zionistischen Bewegung, deren Zentrum sich nach dem Ersten Weltkrieg und der Balfour-Deklaration von

1917, mit welcher die Briten den Juden die Errichtung einer »jüdischen nationalen Heimstätte« in Palästina versprochen hatten, von Deutschland nach Großbritannien verlagert hatte. Im Jahr 1929 hatte sich die Zionistische Weltorganisation mit der Jewish Agency for Palestine ein Exekutivorgan geschaffen, in dem theoretisch zur Hälfte auch nicht-zionistische Juden vertreten sein sollten, das tatsächlich aber fast ausschließlich von Zionisten bestimmt wurde. Auch Nicht-Zionisten, in der Hauptsache das American Jewish Committee und ähnliche Vereinigungen in den USA, die Anglo-Jewish Association in Großbritannien und einflußreiche Gruppen wohlhabender Juden aus Frankreich, Deutschland und anderen Ländern, unterstützten den Aufbau Palästinas als Zufluchtstätte für solche Juden, die nirgendwo sonst hätten hingehen können, scheuten jedoch vor dem politischen Ziel des Zionismus, der Schaffung einer politischen Einheit der Juden – eines Staates oder eines Commonwealth in Palästina – zurück. Zionisten und Nicht-Zionisten, welche die Ansiedlung von Juden in Palästina auf diese oder jene Weise förderten, waren sich uneins. Es gab aber auch, in den westlichen Ländern und in Deutschland, bedeutende jüdische Gruppen, die den Zionismus völlig ablehnten: Die einen hielten an der Vorstellung der vollständigen Assimilation fest; am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums standen ultra-orthodoxe Juden, wozu die meisten Mitglieder der Orthodoxen Jüdischen Gemeinde in Deutschland zählten.

Eine zentrale Organisation deutscher Juden hat es nicht gegeben. Liberale und Reformgemeinden entwickelten sich in den verschiedenen deutschen Ländern unabhängig voneinander, die orthodoxen Gemeinden hielten sich abseits. Der »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, im Prinzip eine Vereinigung liberaler Juden, in der jedoch auch Zionisten vertreten waren, war 1893 gegründet worden, um dem Antisemitismus entgegenzutreten, was der Verein auch mutig und unbeirrbar tat. Er unterstützte deutsche Politiker und Intellektuelle, die sich gegen den Antisemitismus stellten, finanziell und moralisch; bekämpfte den Antisemitismus, wo immer er sich zeigte, mit allen juristischen Mitteln; organisierte sogar einen geheimen Informationsdienst und unterstützte jüdische Straßenkämpfer, die dem Reichsbanner, der sozialdemokratischen Miliz, ange-

hörten. Er scheiterte natürlich, wie alle jüdischen Versuche zur Bekämpfung des Antisemitismus scheitern mußten, die nicht die Mehrheit der Gesamtbevölkerung hinter sich hatten.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus bestätigte die deutschen Zionisten in ihrer pessimistischen Sicht der nicht-jüdischen Gesellschaft. Niemand konnte den Holocaust vorhersehen. Und wenn der zionistische Traum einer breiten Auswanderung nach Palästina bis 1933 kaum praktische Folgen hatte und nur wenige Juden tatsächlich auswanderten, so kamen nach 1933 doch immer mehr Juden zu der Einsicht, daß es in Deutschland mit der Judenemanzipation endgültig vorbei war und den Juden darum wohl nur die Auswanderung blieb. Wenn dies nur einigermaßen lange möglich blieb, so hoffte man, dann könnte es der Zionistischen Organisation gelingen, den Hauptstrom der Auswanderer nach Palästina zu lenken. Noch immer aber sahen die meisten liberalen Juden den Nationalsozialismus als vorübergehendes Phänomen und dachten, daß nur diejenigen emigrieren müßten, denen es verwehrt war, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, oder die von den Nationalsozialisten wegen ihrer politischen Einstellungen bedroht wurden. Diese Haltung änderte sich; ganz deutlich nach 1935.

Welche Möglichkeiten blieben den Juden, um auf die, wie es schien, dunkelsten und rückschrittlichsten Kräfte der europäischen Gesellschaft und Zivilisation zu reagieren? Schließlich zählten die meisten Juden zum liberalen Teil der deutschen Gesellschaft; sie setzten ihre Hoffnung auf den Fortschritt und eine allmähliche Befreiung von restriktiven nationalistischen und antisemitischen Ideologien. Ihre Sicht des Nationalsozialismus als reaktionäre Kraft ließ dessen moderne Züge außer acht, was wir im Rückblick deutlicher erkennen können.[3] Die Juden außerhalb Deutschlands teilten entweder die Auffassungen der liberalen deutschen Juden oder ihrer zionistischen Protagonisten.

Unter der neuen bedrohlichen Diktatur, die sich über die Ziele ihrer »Judenpolitik« selbst noch nicht im klaren war, fanden die deutschen Juden keine Verbündeten. Sie bildeten nur eine verschwindende Minderheit in der Gesamtbevölkerung und konnten von direktem oder überhaupt aktivem Widerstand noch nicht einmal träumen. Das »Weltjudentum« war eine Aus-

geburt der antisemitischen Einbildungskraft; tatsächlich waren die Juden sowohl politisch als auch religiös gespalten. Als Patrioten fühlten sie sich an ihre jeweiligen Gastländer gebunden. Nicht-zionistische, auch anti-zionistische Juden außerhalb Deutschlands waren bereit, die Rechte der deutschen Juden in Deutschland zu verteidigen; zum Teil auch, um einen großen Zustrom von Juden in ihre Länder und so ein Entstehen von Antisemitismus dort zu verhindern. Die Zionisten in Palästina befürchteten eine gewaltsame Vertreibung und wollten, im Interesse des Aufbaus von Palästina, einen langsamen, geordneten Exodus. Für beide, besonders aber für die Zionisten, war klar, was zu tun war: Man mußte mit den Nationalsozialisten verhandeln. Schließlich wollten diese die Juden loswerden. Und die Zionisten wiederum hätten sie gerne nach und nach in Palästina aufgenommen – als Siedler mit Besitz, nicht als verarmte Flüchtlinge. Beide Seiten mußten, aus gegensätzlichen Gründen, den Kontakt suchen, so wie es nur wahre Freunde und wirkliche Feinde tun. Die Folge waren Verhandlungen über einen geordneten Auszug der Juden, die über Vermögen verfügten, aus Deutschland.

Vor welchem Hintergrund formierte sich nun die Politik der Zionisten im Jahr 1933?

Die Weltwirtschaftskrise, die den Aufstieg der Nationalsozialisten ausgelöst hat, schuf für die zionistische Bewegung eine neue Lage. Vor allem zwei Entwicklungen machten sich bemerkbar. Zum einen konnten, aufgrund des ökonomisch motivierten Antisemitismus und allgemeiner Verarmung, die großen Massen besitzloser Juden nicht länger in Osteuropa bleiben, besonders nicht in Polen und Rumänien. Andererseits hatte die Krise, vor allem in den Vereinigten Staaten, die freiwilligen Beiträge zu den Finanzen der zionistischen Organisationen dramatisch sinken lassen. Zu Beginn der dreißiger Jahre zeigte sich die britische Verwaltung in Palästina gewillt, einen größeren Zustrom von jüdischen Einwanderern zu gestatten, allerdings unter der Voraussetzung, daß Arbeitsplätze für sie gefunden werden konnten. Um Arbeitsplätze zu schaffen, waren Investitionen nötig. Das entsprechende Kapital aber fehlte. Seit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland war allerdings davon auszugehen, daß sich wohlhabende deutsche Juden, ob-

wohl sie in ihrer großen Mehrheit nicht viel für den Zionismus übrig hatten, bereit finden würden, ihr Geld nach Palästina zu transferieren, um es zu retten. Und es sah tatsächlich eine Zeitlang so aus, als sei das Kapital deutscher Juden die *einzige* bedeutende Finanzierungsquelle für das jüdische Palästina – eine Befürchtung, die sich als gegenstandslos erwies. Den führenden Zionisten erschien die »Rettung« jüdischen Kapitals aus Deutschland als Möglichkeit, die Emigration zu fördern. Außerdem wurden die deutschen Juden, die für ihre hervorragende Ausbildung und Qualifikation im technischen Bereich bekannt waren, in Palästina notwendig gebraucht. Sie hätten den begrenzten Zustrom mittelloser Juden aus Polen und Rumänien ergänzt, der aufgrund des neuen Kapitalstroms nach Palästina zu erwarten stand. Noch einmal: Keiner sah den Holocaust voraus, und der kleine jüdische Jischuw (die jüdische Bevölkerung in Palästina: 1932 gerade 278 000 Menschen) war nicht in der Lage, die Probleme jüdischer Auswanderer aus Ost- und Mitteleuropa zu lösen. Jedoch glaubten die Zionisten, daß sie im Laufe einiger Jahre die Voraussetzungen für die Aufnahme größerer Zahlen von Einwanderern schaffen könnten.[4] Dazu hätte es einer Vereinbarung mit der neuen deutschen Regierung bedurft, die es den Juden gestatten würde, Deutschland mitsamt ihrem Vermögen in Richtung Palästina zu verlassen.

Das Auswärtige Amt nahm sich auf Betreiben von Heinrich Wolff, des deutschen Konsuls in Jerusalem (der mit einer Jüdin verheiratet war und aus diesem Grund Ende 1935 von seinem Posten vertrieben wurde), der Frage des Kapitaltransfers an. Sam Cohen, der Leiter von Hanotea, eines Privatunternehmens in Palästina, interessierte sich für die Möglichkeit, das Vermögen deutscher Juden ins Land zu holen, um so den Anbau von Zitrusfrüchten im Land weiter zu fördern. Er hatte sich mit dem deutschen Konsul in Verbindung gesetzt und plante einen Besuch in Berlin, um einen solchen Kapitaltransfer vorzubereiten. Noch vor Cohens Reise nach Berlin, am 24. März 1933, schreibt Wolff einen Brief an das Auswärtige Amt in Berlin. Aufgrund eines mehr oder weniger inoffiziellen jüdischen Boykotts deutscher Waren, einer Reaktion auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten, seien, so heißt es in diesem Brief, die Bestellungen von Juden aus Palästina bei deutschen Unterneh-

men um neunzig Prozent gesunken (was nicht zutrifft). Der Handel zwischen Palästina und Deutschland sei gewiß nicht sehr bedeutend, doch hätten die Juden Palästinas innerhalb des »Weltjudentums« großen Einfluß. Und das könne zu einem weltweiten Boykott führen, wodurch Deutschland sehr großer Schaden entstünde. Die deutsche Propaganda müsse sich nicht darauf konzentrieren, die Pogrome in Deutschland zu leugnen: die osteuropäischen Juden seien an dergleichen gewohnt. Viel wichtiger wäre es, wenn auf die Möglichkeit hingewiesen würde, daß die Juden bei einer Auswanderung ein Teil ihres Vermögens mitnehmen könnten. Er werde daher jemanden nach Deutschland schicken, um entsprechende praktische Vorschläge zu unterbreiten. Dieser Mann war Sam Cohen.[5] In einem weiteren Brief, datiert am 15. Juni, nimmt Wolff diese Argumente noch einmal auf: Alles komme darauf an, die Gefahr eines Boykotts abzuwenden, und Sam Cohen sei der ideale Mann dafür. Dieser Mann habe Anteile an einer wichtigen hebräischen Zeitung gekauft (gemeint ist *Doar Hayom*) und verspreche, daraus ein wirksames Organ für die Verbreitung pro-deutscher Propaganda zu machen. Cohen befinde sich bereits in Deutschland. Man müsse, so fügte Wolff hinzu, die Juden, die verstärkt in den Aufbau Palästinas investierten, dazu bringen, die wichtigsten Materialien zum Aufbau des Landes (Rohre für Bewässerungsanlagen beispielsweise) bei deutschen Unternehmen und nicht bei deren Konkurrenten, etwa aus der Tschechoslowakei, zu kaufen. In einem Brief vom 23. Juni schreibt Wolff, er habe von Cohen erfahren, daß in London bald ein internationales jüdisches Treffen stattfinden werde. Dort solle über einen Boykott Deutschlands diskutiert werden, der wahrscheinlich verheerende Folgen für Deutschland hätte. Das Auswärtige Amt müsse bald zu einer Entscheidung gelangen.[6]

Wolff und das Auswärtige Amt befürchteten 1933 die drohenden wirtschaftlichen und politischen Folgen eines jüdischen Boykotts. Demgegenüber war der Wunsch, die Juden zur Auswanderung zu bewegen, sekundär. Unklar ist, warum sich Wolff zu einem derart enthusiastischen Befürworter Sam Cohens machte und nicht an die offiziellen Gremien des Zionismus verwies. Eine Quelle vermutet, daß Wolff einen materiellen Vorteil daraus zog oder sich dies zumindest erhoffte. Das

mag sein; ganz sicher aber wollte er seine Vorgesetzten durch Ratschläge beeindrucken, die Deutschland vor den Auswirkungen eines jüdischen Boykotts bewahren sollten.[7]

Sam Cohens Versuch, mit der NS-Regierung über die Genehmigung zu verhandeln, jüdisches Vermögen so ins Ausland zu transferieren, daß auch Deutschland einen Nutzen daraus ziehen könnte, wurde von den führenden Mitgliedern der Jewish Agency, besonders von dem jungen Labourführer Chaim Arlosoroff, dem Leiter der Politischen Abteilung der Jewish Agency, aufgegriffen. Arlosoroff kannte Deutschland sehr gut; er war sogar eng mit Magda Quandt befreundet gewesen – der Frau, die später Joseph Goebbels heiratete. Nach einer Reihe intensiver Gespräche, die auf jüdischer Seite nicht nur von Arlosoroff, sondern auch von einigen anderen Funktionären der politischen und wirtschaftlichen Abteilungen der Jewish Agency gepflegt wurden (darunter auch Levi Shkolnik-Eshkol, der spätere israelische Premierminister), wurde zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Jewish Agency ein Abkommen ausgehandelt und im August 1933 unterzeichnet. In seinen Details war das ausgehandelte Verfahren recht kompliziert. Die Grundidee war jedoch, daß Juden, die über entsprechende Mittel verfügten, deutsche Industriegüter kaufen durften, vor allem Investitionsgüter, die in Palästina gebraucht wurden: Rohre für Bewässerungsanlagen, Zementmischer und andere Maschinen. Das Finanzinstitut der Jewish Agency in Palästina, die Anglo-Palestine Bank, suchte Interessenten und Käufer für deutsche Investitionsgüter, die bei dieser Bank den Kaufpreis hinterlegen mußten. Die Juden in Deutschland zahlten ihr Vermögen bei einem eigens für diesen Zweck gegründeten jüdischen Finanzinstitut, der Palästina Treuhandgesellschaft oder Paltreu, ein. Die Paltreu führte davon Steuern, die in Wahrheit Lösegelder waren, an die NS-Regierung ab und gab anschließend die bestellten Güter bei deutschen Herstellern in Auftrag und bezahlte sie auch. Diese Güter konnten nach Palästina verschifft werden. Die deutschen Juden erhielten bei ihrer Ankunft in Palästina den Kaufpreis, abzüglich der Abgaben an jüdische nationale Einrichtungen und dergleichen, in englischen Pfund zurück.

Als Ergebnis dieser Vereinbarung konnte die jüdische Seite

festhalten, daß jüdisches Kapital aus dem Land gerettet werden konnte, ohne daß die Deutschen dafür einen Gegenwert in Devisen erhalten hätten. Bis 1939 haben ungefähr 20000 wohlhabende Juden, dieser Vereinbarung entsprechend, Deutschland mit einem Teil ihres Vermögens verlassen – dies waren etwa siebenunddreißig Prozent aller deutschen Juden, die in Palästina einwanderten. Aus anderen Ländern kamen fast 24000 »Kapitalisten« – Juden, die aufgrund ihres Vermögens ein Zertifikat erhielten – nach Palästina, doch entspricht dies nur fünfzehn Prozent der gesamten Zahl von Einwanderern von dort. Die Einwanderung vermögender Juden erlaubte Kapitalinvestitionen, die es wiederum möglich machten, eine größere Anzahl von Juden – aus Polen, Deutschland und anderswoher – in Palästina aufzunehmen.

Für die Deutschen folgte aus der getroffenen Vereinbarung, daß die Juden zum Verlassen Deutschlands bewegt und mehr deutsche Erzeugnisse ins Ausland verkauft werden konnten. Selbst wenn der Reichsbank dadurch zunächst keine Devisen zuflossen, mußten doch Ersatzteile und Ersatz für Maschinen aus Deutschland bestellt werden, was zukünftige Deviseneinnahmen versprach.

Zur gleichen Zeit, in der Sam Cohen mit Hilfe von Konsul Wolff seine Initiative startete, begannen die jüdischen Organisationen überall in der Welt den Kampf gegen die NS-Regierung aufzunehmen. Im Zentrum der Diskussionen darüber, wie dieser Kampf zu führen sei, stand der wirtschaftliche Boykott des Deutschen Reichs. Die Initiatoren in den USA waren die Jewish War Veterans, gefolgt von einem großen Teil der jiddischsprechenden politischen und kulturellen Elite von New York. Am 27. März 1933 fand im Madison Square Garden eine große öffentliche Protestversammlung gegen die Politik der Nationalsozialisten statt; organisiert hatte dies vor allem der American Jewish Congress unter Vorsitz von Rabbiner Stephen S. Wise. Mehrere prominente Redner, Juden und Nicht-Juden, sprachen zu den versammelten Menschen. Viele von ihnen befürworteten einen Boykott, Wise allerdings zögerte. Einige Angehörige der New Yorker deutsch-jüdischen Führungsschicht, angeführt von Louis Untermeyer, stellten sich auf die Seite der Befürworter des Boykotts, bestärkt durch den Anklang, welcher dieser

Vorschlag in Europa bei kleinen jüdischen Händlern und generell bei den vielen armen Juden gefunden hatte. Dagegen waren die größeren jüdischen Kaufleute weder in den USA noch in Europa von diesem Vorschlag begeistert. Auch in Palästina war die öffentliche Meinung für den Boykott, während die jüdischen Institutionen den Vorschlag nicht unterstützten. Erst im Sommer, nachdem Wise für eine Unterstützung des Boykotts gewonnen werden konnte, wurde der American Jewish Congress zum entscheidenden Organisator und Motor der Boykottbewegung. Und dies geschah zu genau dem Zeitpunkt, an dem die Jewish Agency ihre Vereinbarung mit der NS-Regierung über den Kapitaltransfer, hebräisch *Haavara*, getroffen hatte. Wise war, wie auch andere Befürworter des Boykotts, ein einflußreicher Repräsentant der Hauptströmungen innerhalb des Zionismus. In Palästina waren es ebenfalls zionistische Organisationen gewesen, die das Verfahren der *Haavara* ausgehandelt hatten. Also kam es in den Reihen der zionistischen Führung zu erbitterten Auseinandersetzungen. Auch die Revisionisten, die rechtsgerichtete Opposition innerhalb des Zionismus, bekämpften das Abkommen. Statt mit den Feinden des jüdischen Volkes Abkommen zu treffen, so argumentierten sie, müsse man jede Anstrengung unternehmen, um die NS-Regierung durch einen wirtschaftlichen Boykott zu stürzen. Anders als die offizielle Führung der zionistischen Bewegung seien die jüdischen Massen zu einem Kampf gegen die Nationalsozialisten bereit. Diese Argumente sind später in einem Teil der Literatur über *Haavara* und Boykottbewegung übernommen worden.

Es stimmt, daß die Nationalsozialisten den Schaden befürchteten, den ein von den Juden angeführter Handelsboykott ihrem jungen Regime zufügen könnte. Am 1. April 1933 haben sie im ganzen Reich einen Boykott jüdischer Fabriken, Geschäfte und Dienstleistungsunternehmen organisiert. Ursprünglich sollte dieser so lange aufrechterhalten werden, bis man die Juden aus der deutschen Wirtschaft vertrieben hätte. Am 27. März fand die öffentliche Versammlung im Madison Square Garden statt. Weil man einen weltweiten, gegen das Deutsche Reich gerichteten Handelsboykott fürchtete, wurde die Blockade jüdischer Geschäfte in Deutschland schließlich

nur auf einen Tag, noch dazu auf einen Samstag, beschränkt. Die NS-Führer wurden zum Opfer ihrer eigenen Propaganda: Sie glaubten tatsächlich, die Juden beherrschten den westlichen Kapitalismus und dazu den Bolschewismus des Ostens, und sie hielten die Verschwörung des Weltjudentums für eine unendlich mächtige und daher gefährliche Angelegenheit.

Es ist immer wieder danach gefragt worden, ob ein Handelsboykott überhaupt Aussichten gehabt hätte, das gerade etablierte NS-Regime zu stürzen, und auf den ersten Blick scheint die Angst der Nationalsozialisten eine positive Antwort nahezulegen. Die Wahrheit ist jedoch, daß der Boykott niemals eine echte Bedrohung für das NS-Regime dargestellt hat. Doch warum?

Daß das Abkommen über die *Haavara* zustande kommen konnte, gründete in der wirtschaftlichen Lage des Deutschen Reichs in den dreißiger Jahren. Die Deutschen hatten mit zwei Problemen zu kämpfen. Da war zum einen die Arbeitslosigkeit. Um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wären gesteigerte Exporte durchaus naheliegend und wünschenswert gewesen. Zum anderen litten die Devisenreserven der Deutschen unter der allgemeinen Wirtschaftskrise; auch das Grund genug für die Deutschen, sich um zusätzliche Exportmöglichkeiten zu bemühen. Wie stand es nun aber genau um die deutsche Wirtschaft in den ersten Jahren der NS-Herrschaft? Zum Vergleich wählen wir zwei Jahre: das Jahr 1933, in dem die deutsche Wirtschaft sich von der Krise zu erholen begann, die den Nationalsozialisten zur Macht verholfen hatte, und 1936, das Jahr vor dem Erreichen der Vollbeschäftigung. Dies gelang 1937, im ersten Jahr des Vierjahresplans, über dessen Durchführung Hermann Göring wachte. Dieser Plan sollte, einem an Göring gerichteten Memorandum Hitlers vom August 1936 entsprechend, Deutschland innerhalb von vier Jahren in die Lage versetzen, einen Krieg führen zu können.[8] 1937 war auch das Jahr, in dem die Devisenreserven Deutschlands, bezogen auf den Zeitraum von 1931 bis 1945, ihren tiefsten Stand erreichten.

Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten konzentrierte sich, ganz ähnlich wie die amerikanische Politik des New Deal, auf Ankurbeln der Wirtschaft durch öffentliche Aufträge. Mit

entsprechenden Maßnahmen wurde unmittelbar nach der Machtübernahme im Januar 1933 begonnen. Das Ergebnis ist, wie Tabelle 1 zeigt, beeindruckend. Das Bruttosozialprodukt wuchs um 43, das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung um 46 und der Produktionsindex von Industrie und Handwerk um 88 Prozent; die Zahl der Beschäftigten stieg um 36 Prozent. Die Zahl von 1,6 Millionen Arbeitslosen bedeutet, daß die Vollbeschäftigung praktisch erreicht worden war. Die Wiederaufrüstung wurde erst nach 1935 zu einem wichtigen Faktor für das zur Verfügung stehende Pro-Kopf-Einkommen. In unserem Zusammenhang kommt es vor allem darauf an, daß der ökonomische Aufschwung ohne einen nennenswerten Beitrag durch den Außenhandel erreicht werden konnte. Daß man diesen Weg nicht einschlug, hat weniger wirtschaftspolitische als allgemein politische und ideologische Gründe. Während der schlimmsten Zeit der Krise, in den Jahren 1929 bis 1932, versuchten die meisten Industrieländer, sich vom Ausland unabhängig zu machen und schlossen soweit als möglich ihre Grenzen für Importe. Dies änderte sich jedoch gegen Ende 1932. Obwohl eine aktive Politik der Exportförderung nicht ausgereicht hätte, Deutschland aus seiner Misere zu befreien, wäre sie im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und bei der Jagd nach Devisen doch dienlich gewesen. Doch haben die Nationalsozialisten dies aus ideologischen Gründen abgelehnt. Vorrang der Landwirtschaft, Konzentration auf den heimischen Markt sowie der Wunsch, die Probleme durch die Schaffung eines erweiterten, durch Expansion und Krieg vergrößerten Binnenmarktes zu lösen – darauf gründete das politische Denken der Nationalsozialisten, und entsprechend gestalteten sie ihre Wirtschaftspolitik. Daher entstand ein Konflikt zwischen exportorientierten Industrien einerseits und den Interessen der Landwirtschaft und jener Bereiche der Industrie, die sich auf den heimischen Markt konzentrierten, andererseits; und beide Seiten versuchten, die nationalsozialistischen Politiker vom Gewicht ihrer Argumente zu überzeugen. Eine erste Grundsatzentscheidung fiel mit Hitlers Rede während der Debatte über das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933. In dieser Rede sprach er von der primären Bedeutung von Zöllen und von einer Preispolitik zum Schutz der Landwirtschaft; Exporte, auf die Deutschland nicht gänz-

Tabelle 1

Die deutsche Wirtschaft 1932 und 1936

Wichtigste Indikatoren	1932	1936
Bruttosozialprodukt bezogen auf geltende Preise (in Mrd. RM)	58,0	83,0
Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung bezogen auf geltende Preise (in RM)	633,0	922,0
Produktionsindex von Industrie und Handwerk (1913 = 100)	72,8	137,1
Beschäftigung (Jahresdurchschnitt, in Mio. Menschen)	12,6	17,1
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt, in Mio. Menschen)	5,6	1,6

Quellen: Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 16, Köln 1977, S. 197; Avraham Barkai, »German Interests in the Haavara-Transfer Agreement«, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 35, Tübingen 1990, S. 245-266.

lich verzichten konnte, kamen in seiner Prioritätenliste relativ weit hinten.

Tatsächlich haben sich, trotz gewachsenem Bruttosozialprodukt und erhöhter industrieller Produktion, Importe wie auch Exporte zwischen 1932 und 1936 in ihrem Gesamtvolumen nur geringfügig verändert. Der leichte Anstieg im Jahr 1937 ist auf das Wiederbewaffnungsprogramm zurückzuführen, das Importe wichtiger Rohmaterialien für militärische Zwecke erforderlich machte (siehe Tabellen 1 und 2).

Man sieht also, daß es wirtschaftspolitisch keine große Bedeutung gehabt haben kann, ob man durch ein Abkommen wie dem zum Transfer jüdischen Kapitals die Exporte hätte steigern können oder nicht. Und auch die Abwehr eines drohenden jü-

Tabelle 2

Der deutsche Außenhandel von 1928 bis 1937
ausgewählte Jahre

Jahr	Gesamt (in Mrd. RM)	Nahrungsmittel, Rohstoffe u. landwirtschl. Produkte (Prozent)	Industriegüter (Prozent)	
		Exporte		
1928	12,05	6,4	24,4	69,2
1932	5,74	3,8	18,0	78,2
1936	4,78	?	?	?
1937	5,92	1,5	19,0	79,5
		Importe		
1928	13,93	40,0	46,2	12,9
1932	4,65	32,7	51,7	15,6
1936	4,23	?	?	?
1937	5,49	37,4	54,4	7,3

Quelle: Nach: Dietmar Petzina et al., *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III (1914-1945)*, München 1978, S. 73-75.

dischen Boykotts kann als Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht entscheidend gewesen sein. Selbst wenn beides die Entscheidungsträger 1933 beeinflußt haben mag, zeigen die wirtschaftlichen Daten, welche Bedeutung dem Abkommen wirklich zukam. Wenn der Außenhandel für die deutsche Wirtschaft überhaupt unwesentlich geworden war, dann konnte der marginale, über Kapitaltransfers abgewickelte Handel mit Palästina wirtschaftlich gesehen kaum ins Gewicht fallen. Und wenn die Arbeitslosigkeit weiter abgebaut und Deutschland von Exporten noch unabhängiger gemacht werden konnte,

Tabelle 3

Gold- und Devisenreserven der Reichsbank
1928 bis 1938, ausgewählte Jahre

Jahresdurchschnitt in Millionen RM

1928	2405,4	1935	91,0
1932	974,6	1936	75,2
1933	529,7	1937	74,6
1934	164,7	1938	76,4

Quelle: Nach: Wolfram Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945*, Lüneburg 1961, S. 104.

dann konnte auch das Interesse an *Haavara* nur geringer werden. Wir müssen uns also fragen, warum die Deutschen diese Transfers überhaupt genehmigt haben und diese Genehmigung auch bis zum Ausbruch des Krieges 1939 nicht widerriefen.

Die Frage der Exporte war also von untergeordneter Bedeutung. Doch war der Nutzen, den Deutschland aus dem *Haavara*-Abkommen ziehen konnte, auch im Hinblick auf seine Devisenknappheit nur gering. Dies Problem verschärfte sich noch. Mit steigendem Lebensstandard und der damit zusammenhängenden steigenden Nachfrage hat sich auch die Nachfrage nach Importen erhöht. Außerdem brauchte die deutsche Industrie bestimmte Ausgangsprodukte, die nur im Ausland zu beziehen waren und mit harter Währung bezahlt werden mußten. Solche Geschäfte wurden gebremst einerseits durch die langsam wachsenden Realeinkommen, andererseits durch die staatlich verfügten Einfuhrkontrollen. Die Wiederaufrüstung aber machte solche Käufe in harter Währung unumgänglich. Einige dieser Beschaffungsmaßnahmen wurden durch bilaterale Abkommen finanziert, die Hjalmar Schacht, das Finanzgenie in NS-Diensten, in die Wege geleitet hatte, doch nicht alles konnte auf diese Weise bezahlt werden. So schrumpften die Gold- und Devisenreserven dramatisch (vgl. Tabelle 3).

Bereits 1931, als die Kapitalflucht aus Deutschland einsetzte,

hatte die Regierung Brüning den Handel mit fremden Währungen streng reglementiert. Auswanderern, die mehr als 200000 Reichsmark mit sich führten, wurde eine Reichsfluchtsteuer auferlegt. Als sich die Situation zuspitzte, erließ die NS-Regierung noch striktere Verfügungen. Im Sommer 1933 wurden Zinszahlungen an ausländische Kreditgeber eingestellt und ein einseitiges Moratorium sowohl für Kapital- als auch für Zinszahlungen in fremden Währungen erklärt. Barvermögen von Emigranten wurden auf Sonderkonten transferiert und diese behördlich gesperrt. Von diesen Konten durften Ausfuhren, Auslandsreisen und ähnliches nur mit einer Sondergenehmigung bezahlt werden. Allerdings konnten Emigranten diese Reichsmark-Konten zur Hälfte ihres Werts in harter Währung an die Reichsbank verkaufen.

Im Sommer 1934 wurde Hjalmar Schacht, seit März 1933 Präsident der Reichsbank, zum Wirtschaftsminister ernannt. Nun wurden die Auflagen noch weiter verschärft, um dem Staat ein Monopol für den Außenhandel zu sichern. Als sich Schacht auch nach der Abwertung von Pfund und Dollar weigerte, die Reichsmark abzuwerten, waren deutsche Exporte nicht länger wettbewerbsfähig. Um dem Außenhandel wieder seine alte Stellung zu geben, wurde ein System differenzierter Exportprämien eingeführt. Die dafür notwendigen Zuschüsse brachte die Golddiskontbank, eine Tochter der Reichsbank, auf: Sie kaufte die Konten der Emigranten zur Hälfte ihres Werts. Ferner wurden auf die inländische Produktion Sondersteuern erhoben. Und ab Mai 1934 wurde die Reichsfluchtsteuer auf alle Beträge über 50000 Reichsmark fällig. Dies richtete sich natürlich in erster Linie gegen die jüdischen Auswanderer.[9] Wenn wir zu den Außenhandelsproblemen des nationalsozialistischen Deutschland die Devisenprobleme hinzunehmen, dann ist immer weniger einsichtig, warum die Deutschen einem Transfer von jüdischem Kapital nach Palästina überhaupt zugestimmt haben.

Die Furcht vor einem Boykott verloren die Nationalsozialisten nicht völlig, besonders im Auswärtigen Amt blieb sie virulent, aber sie schwächte sich ab, als man erkannte, daß die »Macht des Weltjudentums« doch geringer war als bisher angenommen. Deutschlands Position festigte sich zunehmend, und die Furcht vor dem Boykott wich dem Wunsch, die Juden los-

zuwerden, der von Anfang an ein Grundpfeiler der anti-jüdischen Politik der Nationalsozialisten gewesen war. Diesen Wandel erkannten die Juden selbst erst allmählich. Im März 1935, als der 19. Zionistische Weltkongreß vorbereitet wurde, beschwor Sam Cohen in Berlin noch einmal die Gefahr eines Boykotts. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Reichsbank jedem vermögenden Einwanderer nach Palästina die 1000 Pfund bar ausgezahlt, die zum Erlangen des Einwanderungszertifikats erforderlich waren. Nun beschloß die Reichsbank, dieses Sonderprivileg auf eine monatliche Gesamtsumme von einer Million Reichsmark zu begrenzen. Wenn diese Begrenzung nicht aufgehoben werden würde, so die Argumentation Cohens, würden sich die Boykott-Befürworter beim Luzerner Zionistenkongreß im Juli in ihrer Haltung bestärkt sehen. Die Reichsbank ließ sich davon nicht mehr beeindrucken. Und als Leo David, ein Mitglied der Jewish Agency, versuchte, Hans Hartenstein von der Reichsstelle für Devisenbeschaffung im März 1935 mit dem Boykott zu drohen, ließ sich auch Hartenstein nicht länger beunruhigen: Die Juden sollten ein größeres Interesse an der Emigration haben als die Deutschen, war seine Antwort.[10]

Die offenkundige Bereitschaft der Reichsbank, bis zum Jahr 1936 überhaupt Bargeldzahlungen an Auswanderer nach Palästina zu leisten, ist einigermaßen verwunderlich. Diese Zahlungen waren Teil eines Abkommens, das die Regierung Brüning am 19. August 1931 in Basel unterzeichnet hatte, als die Westmächte übereingekommen waren, den Deutschen bei der Tilgung der Reparationsschulden aus dem Ersten Weltkrieg ein Moratorium einzuräumen. Bei dieser Gelegenheit war vereinbart worden, daß Deutschland an Auswanderer bis zu 2000 Reichsmark pro Kopf in ausländischen Devisen zahlen sollte. Das Abkommen allein erklärt kaum, weshalb sich die Nationalsozialisten an diese Vereinbarung hielten – im allgemeinen waren sie nicht gerade berühmt für das Einhalten von Abmachungen –, geschweige denn, weshalb die Reichsbank, wenn auch widerstrebend, bis Ende 1935 zwischen 12 500 und 15 000 Reichsmark an jede auswanderungswillige Familie ausbezahlt hat. Hier scheint nur eine Erklärung möglich: Die Nationalsozialisten müssen in diesen Zahlungen eine wirksame

Möglichkeit gesehen haben, Juden zur Auswanderung zu bewegen. Die Angst vor einem Boykott spielte dabei überhaupt keine Rolle.

Fassen wir zusammen: Angesichts der relativ untergeordneten Rolle, die der Außenhandel 1933 für die deutsche Wirtschaft spielte, hätte selbst ein geschlossener jüdischer Boykott kaum einen spürbaren Effekt auf die deutsche Wirtschaft gehabt. Und soweit der Boykott zustande kam, war er nie sehr wirksam. Den ohnehin sehr unbedeutenden Handel zwischen den USA und Deutschland beeinträchtigte er nur ganz marginal und zeigte auch sonst wenig Wirkung – wie hätte es auch anders sein können? In Anbetracht der Weltwirtschaftskrise und der vorherrschend ambivalenten – wenn nicht sogar der unverhohlen antisemitischen – Einstellung gegenüber den Juden, war es unwahrscheinlich, daß eine nennenswerte Zahl nicht-jüdischer Unternehmer den Boykott unterstützen würde. Nur weil die Nationalsozialisten tatsächlich an eine »Verschwörung des Weltjudentums« glaubten, konnte die Boykottdrohung ihr Verhalten zunächst beeinflussen.

In den Auseinandersetzungen unter den Juden ging es um zweierlei: einerseits um die prinzipiell ablehnende Haltung gegen ein antisemitisches Regime, andererseits um eine eher pragmatische Unterstützung des zionistischen Engagements in Palästina – in Wahrheit ein Zwiespalt, der auf beiden Seiten herrschte. Vladimir Ze'ev Jabotinsky, der Führer der Revisionisten, der seinen Einfluß innerhalb der zionistischen Bewegung ausbauen wollte, kämpfte erbittert gegen die *Haavara*, obwohl sie zu einer wachsenden Auswanderung von deutschen und anderen Juden nach Palästina führte. Doch selbst Jabotinsky verhandelte, vor allem nach 1935, mit dem antisemitischen Regime Polens, das ihn bei der Auswanderung von Juden nach Palästina unterstützte. Wise sah sich in den USA dem wachsenden Druck durch aufgebrachte Juden ausgesetzt, die verlangten, daß endlich etwas gegen das nationalsozialistische Deutschland getan werde. Die zionistischen Führer in Palästina – in dieser Frage mit der vollen Unterstützung von Chaim Weizmann, der zu der Zeit jedoch kein Amt innehatte – standen vor dem Problem, wie man ein zukünftiges jüdisches Palästina sichern konnte, das in der Lage war, die drängenden Probleme nicht nur von Emi-

granten aus NS-Deutschland zu lösen, sondern hauptsächlich von Einwanderern aus den Ländern Osteuropas, wo Juden nach zionistischer Ansicht nicht länger bleiben konnten.

Die Frage, ob es ohne *Haavara* zu einer derart massiven Einwanderung von deutschen Juden nach Palästina gekommen wäre, wurde bereits damals gestellt. Und sie stellt sich auch im Rückblick. Schließlich verfügte nur ein Drittel dieser Einwanderer über Vermögen, und einige, vielleicht sogar viele von ihnen wären auch ohne die Möglichkeit des Geldtransfers gekommen. Alles in allem jedoch war die Einwanderung von »Kapitalisten« offenbar ein Faktor, der die Einwanderung auch anderer Juden aus Deutschland begünstigte.

Die Argumente der Befürworter von *Haavara* waren häufig eine Mischung aus Logik und bewußter Verdrehung. So erklärten führende Sprecher der Jewish Agency, daß die Ausdehnung des Transfer-Abkommens auch auf andere Länder, der die Nationalsozialisten teilweise zugestimmt hatten, keineswegs von ihnen, sondern von einer anderen Organisation, der Intria, betrieben würde. Tatsächlich aber hatte Siegfried Moses, einer der führenden Köpfe des *Haavara*-Apparats, deren Vorsitz.

Zur Verteidigung von *Haavara* erklärten die Zionisten auch, daß sich nun die Wahrheit von Herzls Prophezeiungen gezeigt hätte: Er habe immer gesagt, daß im Grunde alle Nationen gegen die Juden seien, gerade darum habe er den massenhaften Auszug aus der Diaspora propagiert. Die extrem anti-jüdische Haltung der jetzigen Regierung in Deutschland biete nun die Gelegenheit für einen geordneten und gut organisierten Exodus, und dennoch gebe es Gegner innerhalb der zionistischen Bewegung, die sich scheuten, diese Situation soweit als möglich auszunutzen. Sie hätten es tun sollen.[11]

So lassen sich die Gründe der führenden Verfechter von *Haavara* folgendermaßen zusammenfassen: Sie waren entschlossen, die Besiedlung Palästinas voranzutreiben und zu diesem Zweck Geld aus Deutschland hinüberzuretten, obwohl sie wußten, daß sie damit den Boykott brachen. Sie waren sich darüber hinaus der Schwäche der Boykottbewegung und ihrer Unfähigkeit, dem NS-Regime ernsthaften Schaden zuzufügen, bewußt. Dennoch drohten sie in ihren Gesprächen mit den Deutschen mit Boykott. Sie wußten, daß die Nazis an eine

»Verschwörung des Weltjudentums« glaubten und hofften, Konzessionen zu erlangen, indem sie die Angst der Deutschen schürten.

Manche derjenigen, die ihr Geld der *Haavara* anvertrauten, um es zu retten und selbst fliehen zu können, verloren fünfundzwanzig Prozent ihres Vermögens an die Nationalsozialisten (und im August 1937 verschlechterten sich diese Bedingungen noch); dazu, auf Grund der Wechselkursmanipulation der Nationalsozialisten, noch einmal etwa dreißig Prozent. Weitere Abzüge entfielen auf die (recht angemessenen) Verwaltungskosten der *Haavara*. Zionistische Organe in Palästina sorgten dann dafür, daß die Bank in Palästina den Einwanderern das Geld teilweise in Anleihen des Jewish National Fund und in Obligationen der »Nir«, dem Zahlungsinstrument der landwirtschaftlichen Siedlungen in Palästina, auszahlte – keines der beiden Papiere besaß eine gute Position auf den Finanzmärkten. Darüber hinaus versuchten die zionistischen Institutionen, die *Haavara* vorab dazu zu nutzen, Gelder, die in Deutschland durch jüdische Spenden zusammengekommen waren, zu transferieren, was auf Kosten der Transfers von privatem Vermögen ging. Diese Transfers durch Institutionen waren beträchtlich, und im April 1936 schlug die Paltreu selbst der Reichsbank vor, deren Höhe auf zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent der Gesamttransfers zu begrenzen. Dem stimmte die Reichsbank zu.[12] Hier trafen sich die Ziele der Nationalsozialisten und der Juden, wenn auch aus gegensätzlichen Motiven.

Nun können wir versuchen, die Frage zu beantworten, aus welchen Gründen die Nationalsozialisten dem *Haavara*-Abkommen zustimmten und warum sie zunächst auch bereit waren, es mit Devisenzahlungen zu erfüllen.

Bereits am 10. Juli 1933 entschied der Wirtschaftsminister Kurt Schmidt, daß die Zahlungen in englischen Pfund fortgesetzt werden sollten: Das jüdische Boykott-Komittee sollte am 15. Juli in London unter dem Vorsitz von Lord Melchett zusammentreten, und man wollte darum nichts riskieren. Am 30. Juli 1934 wurde Schacht zum Finanzminister ernannt, und nun verlangten die Deutschen, daß die Bargeldzahlungen an mögliche Auswanderer, die ihre englischen Pfund nach Palästina transferieren wollten, bevor sie Deutschland verließen, durch

Haavara zurückerstattet werden sollten. Dagegen intervenierte die *Haavara*. Werner Senator von der Einwanderungsabteilung der Jewish Agency wurde nach Berlin gesandt, wo, nach einigen Verhandlungsrunden, das bis dahin geltende Verfahren schließlich noch einmal bestätigt wurde – bis es 1936 abgeschafft wurde. Doch die Streitigkeiten von 1934 zeigen, daß die Deutschen sich auch darum so entgegenkommend verhielten, weil sie hofften, dadurch mehr Juden zur Auswanderung bewegen zu können.[13]

Noch 1935 jedoch hatten die Auseinandersetzungen mit dem Boykott und nur zum Teil mit der Auswanderung zu tun. Dies geht zum Beispiel aus einem Artikel hervor, der am 27. Mai 1935 im *Westdeutschen Beobachter*, einem NS-Blatt, unter dem Titel »Palästina – Die Lücke im Boykott« veröffentlicht wurde. Der Autor wies darauf hin, daß die *Haavara* tatsächlich die Boykottbewegung in Palästina zum Erliegen gebracht habe. Nur die Revisionisten hielten daran fest, besäßen aber keinen großen Einfluß. Doch die Gefahr eines Boykotts sei noch nicht ausgeräumt. Besonders außerhalb Palästinas werde er von Nicht-Juden im Kampf gegen ihre deutsche Konkurrenz eingesetzt. Daher liege die Bedeutung der *Haavara* nicht nur darin, daß sie die Auswanderung von Juden fördere, sondern sie sei auch ein Mittel, den Boykott abzuwenden.[14]

Im Auswärtigen Amt gingen die Meinungen auseinander. Eine Reihe von Leitern der Nahost-Abteilung, besonders Otto von Hentig (1937-1940), hat der *Haavara* offenbar positiv gegenübergestanden.[15] Das Deutschland-Referat dagegen zeigte sich überaus feindselig; dies Referat befaßte sich mit der »Judenfrage« in Deutschland und der entsprechenden Propaganda im Ausland, außerdem war es für die Auslandsorganisation der NSDAP, der Propagandaabteilung der Partei im Ausland, zuständig. Möglicherweise waren die führenden Köpfe im Deutschland-Referat (Vicco von Bülow-Schwandte und Emil Schumburg) bis 1935 zu schwach, um der Nahost-Abteilung entgegenzutreten. Insgesamt gesehen waren die Differenzen wohl nicht gravierend, denn nicht nur das Deutschland-Referat, sondern das ganze Auswärtige Amt einschließlich seines Leiters Baron von Neurath akzeptierten die anti-jüdische Politik der Nationalsozialisten; der Versuch, von Hentig und seine Vor-

gänger als judenfreundlich zu betrachten, scheint verfehlt. Was als Wohlwollen gegenüber dem Zionismus wirken mag, war in Wirklichkeit die praktische Anwendung einer anti-jüdischen Einstellung: Sie wollten die Juden loswerden. Es wurde schließlich darüber diskutiert, ob es tatsächlich zu einer vermehrten Auswanderung von Juden führe, wenn man diesen erlaube, einen Teil ihres Vermögens mitzunehmen, oder ob man dieses Zugeständnis nicht genausogut zurücknehmen und die Juden dennoch vertreiben könne. In dieser Frage vertraten die Leiter der Nahost-Abteilung vermutlich eine gemäßigtere Haltung. Festzuhalten bleibt, daß die Beamten des Auswärtigen Amts die *Haavara* von 1934 an unterstützt haben, nicht weil sie die Boykottbewegung eindämmen, sondern weil sie Deutschland von seinen Juden befreien wollten.[16]

Auch im Wirtschaftsministerium und den nachgeordneten Behörden gab es geteilte Meinungen. Im Wirtschaftsministerium wurde die *Haavara* unterstützt, weil man sich einen Anstieg deutscher Exporte versprach, auch wenn diese Zuwächse minimal sein würden. Die Reichsbank war, wie zu erwarten, gegen *Haavara*, schließlich mußte sie englische Pfund an die Auswanderer nach Palästina zahlen: zwischen 1933 und 1935 immerhin einen Betrag von 31,1 Millionen Reichsmark. Der deutsche Nettoerlös aus sämtlichen Exporten in Zusammenhang mit der *Haavara* betrug im gleichen Zeitraum 27,3 Millionen Reichsmark (die Summe der Zahlungen aus den gesperrten Paltreu-Konten der Auswanderer). 1936 setzte, wie wir gesehen haben, die Reichsbank der Auszahlung von englischen Pfund ein Ende. Von diesem Zeitpunkt an mußte *Haavara* die Devisen selbst, und zwar aus dem Erlös der Transfergüter in Palästina und in anderen Ländern, finanzieren.

Auch die Reichsstelle für Devisenbeschaffung unter Hans Hartenstein hatte einigen Einfluß. Hartenstein selbst wird in allen Memoiren als ein Mensch beschrieben, der den Juden gegenüber sehr freundlich gewesen sei und das Abkommen unterstützt habe. Das Amt unterstand dem Reichswirtschaftsministerium, doch wegen seiner besonderen Aufgabe, der Verwaltung von Devisenreserven, war es einigem Druck ausgesetzt. 1933 herrschte unter den Beamten der Reichsstelle, wie überall, noch die Angst vor dem jüdischen Boykott und dessen gefährli-

chen Auswirkungen auf die Zukunft der deutschen Devisenreserven. Später sah man im Export die Grundlage, die für die Waffenindustrie wichtigen Importe zu sichern. In diesem Zusammenhang spielte Palästina, dessen Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich sich auf den Export von Orangen beschränkten, überhaupt keine Rolle. So war man im Wirtschaftsministerium und seinen Behörden zusehends besorgter über die Auswirkungen der *Haavara* auf die immer knapper werdenden Devisenreserven. Andererseits hatten sich die judenfeindlichen Maßnahmen in der Wirtschaft bereits ebenso bemerkbar gemacht wie die wachsende Verarmung der Juden. Um so drängender wurde der Wunsch, die Juden durch Auswanderung loszuwerden. Die Möglichkeit dazu schien *Haavara* zu bieten.

Die Juden mußten sich auf *Haavara* einlassen, denn wenn Transfers in andere Länder überhaupt noch genehmigt wurden, betrugen die Verluste im Jahr 1939 fünfundneunzig Prozent.[17] Für die Deutschen war das System so interessant, daß sie der *Haavara* sämtliche Export- und Import-Transaktionen von und nach Palästina einschließlich der Transaktionen in Zusammenhang mit deutschen Siedlern in Palästina und, überraschenderweise, palästinensischen Arabern übertrugen. Die Verwaltung der *Haavara* hatte keine andere Wahl, als alle Abzüge (die im Grunde Konfiskationen waren) zu akzeptieren, damit überhaupt ein größerer Teil der Gelder, die auswanderungswillige Juden bei Paltreu in Berlin eingezahlt hatten, transferiert werden konnte. Insgesamt lagen die deutschen Exporte zwar auf einem niedrigen Niveau, die Exporte nach Palästina jedoch nahmen beträchtlich zu (vgl. Tabelle 4).

Bevor wir uns von diesen Zahlen zu sehr beeindrucken lassen, sollten wir uns aber vor Augen führen, daß die Exporte nach Palästina lediglich ein halbes Prozent des gesamten, nicht gerade beträchtlichen deutschen Exportvolumens von 1937 ausmachten. In diesem Jahr transferierte die *Haavara* 31,4 Millionen Reichsmark. So stärkten die Transfers den deutschen Export. Die tatsächlichen Erlöse für die Deutschen aber, ausgedrückt in harten Devisen, waren jedoch minimal. *Haavara* hat einige kleine Beträge in englischen Pfund gezahlt, doch diese Summen waren unbedeutend, und ihre genaue Höhe ist nicht bekannt.

Tabelle 4

Der deutsche Handel mit Palästina 1930 bis 1938
ausgewählte Jahre
in tausend Reichsmark

Jahr	Importe	Exporte	Exportüberschuß
1930	7584	11871	4287
1933	5648	11359	6311
1936	2065	18391	16326
1937	2885	27568	25683
1938	2168	16305	14137

Quelle: BA, R73298, Mappe 3.

Wenn man die Zahlen zur *Haavara* betrachtet, sieht man den entscheidenden Punkt: Gegen Ende der dreißiger Jahre bestanden für die Deutschen keine wirtschaftlichen Gründe mehr, an diesem Verfahren festzuhalten. Viel entscheidender – und wirtschaftlichen Interessen entgegengesetzt – war das Motiv, die Auswanderung von Juden zu fördern.

Es sieht so aus, als hätten die Deutschen aus dem gleichen Grund über *Haavara* auch Exporte in andere Länder des Nahen Ostens verrechnet: eine weitere Möglichkeit zur Förderung der Emigration. Zunächst wird auch hier, wie im Fall Palästinas, der Wunsch bestimmend gewesen sein, den Export auf diese Länder auszudehnen und dadurch mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Die erste Transaktion dieser Art – der Export von Bewässerungsrohren im Wert von 65000 Pfund nach Syrien – wurde im Juli 1934 abgewickelt. Die Funktionäre der *Haavara* versuchten solche Transaktionen zunächst zu tarnen, indem sie jüdische Händler in Beirut und Kairo einschalteten – zum einen, weil sie die negativen Reaktionen der *Haavara*-Gegner fürchteten, zum anderen, weil sie nicht das Mißfallen der Engländer auf sich ziehen wollten, die auf deutsche Konkurrenz empfindlich reagierten. Auch bei diesen Transaktionen mußten hohe Honorare an die Mittler gezahlt

werden, wodurch die deutschen Juden ein Drittel ihrer Kapitaleinlage verloren. Daher entschloß man sich, nur sehr große Aufträge durchzuführen und sich die ausdrückliche Zustimmung der deutschen Juden, die das Geld bereitgestellt hatten, einzuholen.[18] Im März 1935 forderte die ägyptische Regierung die *Haavara* über den deutschen Konsul in Kairo auf, bei einer offenen Ausschreibung für Lokomotiven ein Angebot abzugeben. Doch diesmal intervenierte die Reichsstelle für Devisenbeschaffung: Die *Haavara* sei für jüdische Importeure im Nahen Osten eingerichtet worden, nicht für Regierungsaufträge. Außerdem würden solche Transaktionen nur zusätzlich zu devisenbringenden Exportmöglichkeiten genehmigt. Auch die Auslandsorganisation der NSDAP interessierte sich für den Vorgang, aber nicht um *Haavara* zu stützen.[19] Zu jener Zeit, als es bereits schlecht um die Devisenreserven stand, erschien ein Abkommen, das der Reichsbank keine englischen Pfund in Aussicht stellte, als zweifelhaftes Unterfangen. Aus dem Vorschlag wurde nichts, doch die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums gaben ihren jüdischen Gesprächspartnern zu verstehen, sie könnten, sollten sie davon Kenntnis erhalten, »zusätzliche Exportmöglichkeiten« in Länder außerhalb des Nahen Ostens durchaus in Betracht ziehen.[20] Offensichtlich sind so aber nur einige kleinere Transaktionen zustande gekommen.

Der Druck, Deutschland zu verlassen, war groß, die Genehmigung der *Haavara*-Exporte durch die deutschen Behörden ging aber nur sehr schleppend vonstatten. Menschen, die ihr Geld in der Hoffnung eingezahlt hatten, daß es rasch transferiert werden würde, mußten daher jahrelang darauf warten. Um das Verfahren zu beschleunigen, versuchte die *Haavara*, deutsche Exporteure zu bewegen, die deutschen Behörden unter Druck zu setzen. Dies hatte manchmal Erfolg, denn die Exporteure arbeiteten gerne mit der *Haavara* zusammen: Die Rechnungen wurden bereits bei Auftragsbestätigung bezahlt, weil *Haavara* es für sicherer hielt, das Geld den deutschen Exporteuren zu geben, als es bei Paltreu oder bei den jüdischen Privatbanken von Warburg und Wassermann, die damals noch ihren Geschäften nachgehen durften, stehenzulassen.

Von 1936 an wurde die Liste der Güter, die *Haavara* nicht exportieren durfte, von den Deutschen mehrfach erweitert: in

der Hoffnung, daß die ausgeschlossenen Produkte daraufhin gegen Devisen exportiert werden konnten.[21] Die gesamten Bedingungen der *Haavara* verschlechterten sich nach 1935 zusehends. Den Deutschen war zwar an der Auswanderung der Juden gelegen, doch waren sie immer weniger bereit, zu diesem Zweck finanzielle Zugeständnisse zu machen.

Im November 1935 fand, anscheinend auf Betreiben von Schacht, ein Treffen statt. Helmut Wohlthat, zu jener Zeit Schachts Vertrauter, erklärte, es gehe nicht um das Ziel, die Juden zur Auswanderung zu bewegen – darüber müsse der Führer entscheiden –, sondern nur darum, wie dies Ziel zu erreichen sei, ohne den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu schaden und ohne den Führer um eine Entscheidung bitten zu müssen. Der Vertreter des Innenministeriums wies auf eine Anweisung Hitlers hin, die Juden wirtschaftlich nicht unter Druck zu setzen. Der Sprecher von Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess wies auf dessen Vorschlag hin, die Auswanderung durch wirtschaftliche Anreize zu fördern, etwa durch die Erlaubnis, vorhandene Vermögen zumindest teilweise ins Ausland zu transferieren. (Das scheint der genannten Anweisung Hitlers zu entsprechen.) Habe man solche Wege gefunden, dann könnten die Juden zur Emigration gezwungen werden. Das habe Hitlers Zustimmung gefunden. Im weiteren Verlauf der Sitzung ging es darum, eine Stelle zu schaffen, die jüdischen Besitz durch »Arisierung«, also Enteignung, liquidieren sollte. Schachts Mann erklärte dazu, daß entsprechende Diskussionen bereits im Gange seien. Nach den vorliegenden Quellen sieht es so aus, als hätte eine solche Stelle den Auslandstransfer eines Teils des Kapitals nach dem Vorbild der *Haavara* genehmigen sollen. Hinter diesem Vorschlag standen Gespräche mit der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, die im Januar 1936 zu einem Memorandum der Reichsvertretung über die Schaffung einer solchen Stelle führten. Ohne eine solche Stelle könnten, so wurde in der Besprechung argumentiert, nur die Reichen auswandern. Der deutsche Staat müßte sich dann um die Armen kümmern. Außerdem entgingen ihm Steuereinnahmen, besonders wenn, wie vorgeschlagen worden sei, die Reichsfluchtsteuer abgeschafft würde.[22]

Ende 1935 war die Führung der deutschen Juden darüber ei-

nig geworden, daß Massenemigration die Lösung sei, die man vorziehen müsse. Sie würde sich aber, weil kein anderes Land gänzlich mittellose Juden aufnehmen würde, nicht ohne irgendeine Art von Kapitaltransfer verwirklichen lassen. Dazu wiederum gab es unter den deutschen Juden verschiedene Vorschläge. Entscheidenden Einfluß übte Max Warburg aus, der Direktor des Hamburger Bankhauses Warburg, der eine sehr wichtige Rolle in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der demokratischen Regierungen der Weimarer Republik gespielt hatte. Er unterhielt als langjähriges Vorstandsmitglied der Reichsbank ziemlich enge Beziehungen zu Schacht. Sein Bruder Felix war Vorsitzender des amerikanisch-jüdischen Joint Distribution Committee, der wichtigsten Organisation amerikanischer Juden zur Unterstützung ihrer Brüder und Schwestern im Ausland. Nach 1929 wurde Felix zum einflußreichsten Mann in den Beiräten des American Jewish Committee, der entscheidenden politischen, konservativ ausgerichteten Vertretung der amerikanischen Juden. Vermutlich konnte Max Warburg die Position seines Bruders Felix nutzen. Ende 1935 schlug er vor, eine Liquidationsbank zu schaffen, eben jene »Stelle«, die auch von deutschen Bürokraten erwogen worden war; wobei offenbleiben muß, ob diese Idee auf die Nationalsozialisten oder auf Warburg selbst zurückging. Anscheinend drängte Warburg Otto Hirsch, den Direktor der Reichsvertretung, ein Memorandum zu verfassen, das den Nationalsozialisten am 17. Januar 1936 vorgelegt wurde. Das Ziel sei gewesen, so hat Warburg offenbar mit einigem Zögern erklärt, 25 000 Juden zur Auswanderung zu veranlassen und 250 Millionen Reichsmark zu transferieren. Die Deutschen – ohne Hartenstein, der sich in Urlaub befand – zeigten sich überrascht von der Höhe der Summe und der geringen Zahl der Auswanderer. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die *Haavara* im Verlauf von sechs Jahren 140 Millionen Reichsmark transferieren sollte und im gleichen Zeitraum, von 1933 bis 1939, 52000 deutsche Juden legal nach Palästina auswanderten. Georg Landauer, der Vertreter der Zionisten, der die Zahlen, ja den ganzen Verhandlungsvorschlag mißbilligt hatte, sah sich in seiner Haltung bestätigt, als die Juden im Verlauf des Treffens gezwungen wurden, die Deutschen um Rückgabe des Memorandums zu bitten; sie wollten es bis zum

15. Februar mit einigen Verbesserungen erneut vorlegen.[23] Von einer korrigierten Fassung fehlt jede Spur.

Dieser Schritt gehörte zweifellos zu einer Reihe ähnlicher Vorstöße, die Warburg unternahm, um für den Vorschlag der Massenemigration zu werben. Im Dezember 1935 stand er hinter dem ehrgeizigen Plan der Juden Großbritanniens, die führenden Vertreter der amerikanischen Juden, allen voran Felix Warburg, für die Emigration von bis zu 100000 jungen deutschen Juden innerhalb von vier Jahren zu gewinnen. Die Emigranten sollten ihre Familien später nachkommen lassen. Die älteren Menschen sollten unbehelligt weiter in Deutschland leben können. Zionisten und Nicht-Zionisten, britische wie amerikanische Juden stritten um die großen Summen, die von den angloamerikanischen Juden zur Durchführung eines solchen Programms aufgebracht werden sollten. Im März 1936 waren die Bemühungen um diesen Plan endgültig gescheitert. Die Verhandlungen mit den Deutschen wurden nach dem mißglückten Treffen vom 17. Januar 1936 offensichtlich nicht wieder aufgenommen.[24]

Ein weiterer Vorstoß, der anscheinend ebenfalls von Max Warburg ausging, war die Gründung der Allgemeinen Treuhandstelle für jüdische Auswanderung (Altreu), die in Wirklichkeit von den gleichen Leuten geleitet wurde wie die *Haavara*. Diese Organisation arrangierte den Kapitaltransfer in andere Länder als Palästina, jedoch zu Bedingungen, die weitaus schlechter waren als die der *Haavara*. In der Zeit von 1936 bis 1939 gaben zumindest einige einflußreiche deutsche Politiker der Auswanderung nach Palästina den Vorzug. Als in der Reichspogromnacht (9. auf 10. November 1938) sämtliche jüdische Büros in Berlin geplündert wurden, blieben sowohl Paltreu als auch Altreu – beide mit Geschäftssitz in Großbritannien – verschont. Der Erfolg der Altreu scheint sehr begrenzt gewesen zu sein. Da deren Akten jedoch einem Luftangriff auf London zum Opfer gefallen sind, werden wir unser lückenhaftes Wissen wohl kaum ergänzen können.

Der Umfang der Kapitaltransfers durch die *Haavara* wurde nicht geringer, obwohl sich die Bedingungen für die Arbeit der *Haavara* zwischen 1936 und 1937 verschlechterten und deutsche Wirtschaftsexperten keinen Nutzen mehr darin sahen, der

Haavara weiterhin Privilegien einzuräumen: Schließlich seien diese Exporte derart unbedeutend, daß sich solche Geschäfte, und zwar mit Bezahlung in harter Währung, auch ohne Mitwirkung der *Haavara* realisieren ließen.[25] Walter Döhle, der neue Konsul in Jerusalem, bat am 23. März 1937 um eine Überprüfung des gesamten Verfahrens. Weshalb, so fragte er, sollten deutsche Siedler und Araber, die etwas aus Deutschland einführen wollten, gezwungen werden, Juden zu unterstützen? Die deutschen Siedler und die Auslandsorganisation der NSDAP unterstützten diese Haltung, und der Vertreter der deutschen Siedler, Konsul Timotheus Wurst aus Jaffa, erklärte dem Auswärtigen Amt im November 1937, die Juden sollten in Deutschland bleiben: unter der Kontrolle der Nationalsozialisten.[26]

Auch die Auslandsorganisation der NSDAP lehnte die *Haavara* ab. Am 26. Mai 1937 beschwerte sich die Wirtschaftsabteilung der AO beim Leiter der Gesamtorganisation Bohle darüber, daß das Reichswirtschaftsministerium die *Haavara* noch immer befürworte, nur weil sie von Hitler (»von höchster Seite«) gutgeheißen werde. Auch das Deutschland-Referat im Auswärtigen Amt sei gegen die *Haavara*, nur dessen Wirtschaftsabteilungen seien noch dafür. Weil die Veröffentlichung eines Berichts über Palästina, den eine Königlich Britische Kommission unter dem Vorsitz von Lord Peel verfaßt hatte, bevorstehe, hofften die Funktionäre der Auslandsorganisation auf eine erneute Prüfung.[27]

Aber auch im Auswärtigen Amt verlor die *Haavara* Unterstützung. Der Einfluß von Fritz Grobba, des pro-arabischen Botschafters in Bagdad machte sich bemerkbar. Und auch der Aufstand der Araber in Palästina in den Jahren 1936-1939 brachte die Deutschen auf die Frage, weshalb sie statt ihrer Freunde, der palästinensischen Araber, ihre Feinde, die Juden, unterstützten. Der Bericht der Peel-Kommission von 1937 ließ die Errichtung eines jüdischen Staats im Nahen Osten befürchten.

Diese Einflüsse machten sich nur langsam bemerkbar. Am 26. September 1936 endete eine Ministerkonferenz unter der Leitung von Wilhelm Stuckart, dem Staatssekretär im Reichsinnenministerium, noch mit der Forderung, die Auswanderung von Juden nach Palästina zu unterstützen – trotz der Einwände

des Vertreters der NSDAP Walter Blome.[28] Das Deutschland-Referat brachte jedoch in den Memoranden vom 9. Januar und vom 17. Februar 1937 seine tiefe Besorgnis über die mögliche Gründung eines jüdischen Staates zum Ausdruck und empfahl eine vorsichtige Unterstützung der Araber – vorsichtig, um Großbritannien nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen. Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und auch Außenminister von Neurath selbst befürworteten diese neue Linie; und schließlich kam vom Auswärtigen Amt die Forderung, die Frage neu zu überdenken und die deutsche Unterstützung der Auswanderung nach Palästina insgesamt zu revidieren.[29] Am 8. Juli 1937 schrieb von Hentig einen Brief an Weizsäcker, in dem er sich für die Emigration armer Juden und gegen die Auswanderung reicher Juden aussprach. Sie sollten in Deutschland bleiben, wo man das Geld besser aus ihnen herauspressen könne. Dies sei die Haltung des Deutschland-Referats, doch *da der Gedanke im Widerspruch zu den Anweisungen des Führers stehe,* könne man da wohl nicht viel machen. Die *Haavara* habe die Auswanderung jüngerer Juden aus dem Mittelstand begünstigt, die wirklich Reichen dagegen seien in westliche Länder und nach Südafrika ausgewandert. So bestehe die Gefahr, daß in den Westen ausgewanderte deutsche Juden dort einen deutschfeindlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben würden, wogegen sie in Palästina unter sich blieben und Deutschland nichts zu befürchten hätte.[30]

Auch die SS begann sich für die *Haavara* zu interessieren. Herbert Hagen, der Leiter des Amts II 112 (»Juden«) des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SD (des Geheimdiensts der SS) geworden war, schrieb im Januar 1937 einen längeren Bericht über »Die augenblickliche Lage des Judentums in Deutschland«. Darin sprach er sich für die *Haavara* aus und schlug vor, arme Juden zur Auswanderung zu bewegen. Er kritisierte dagegen die »antijüdische Beeinflussung arabischer Volkskreise durch Angehörige der Auslandsorganisation der NSDAP«, da durch die Unruhen »die Auswanderungstätigkeit stark eingedämmt« werde.[31]

Im Bericht, den Hagen und Adolf Eichmann nach ihrer weitgehend mißglückten Palästina-Reise vom September 1937 vorlegten, findet sich ein gänzlich neuer Ansatz. Diese beiden

wandten sich grundsätzlich gegen *Haavara*: Man könne die Juden einfach ausweisen und sie loswerden, ohne ihr Geld transferieren zu müssen. Schließlich würde dieser Transfer zu einer »selbständigen Staatsbildung der Juden in Palästina« beitragen.[32]

Auf jüdischer Seite war man sich des Stimmungsumschwungs wohl bewußt. Werner Senator, das nicht-zionistische Mitglied der Exekutive der Jewish Agency in Palästina schrieb am 1. März 1937 an Warburg, er solle seinen Freunden (gemeint ist Schacht) erklären, daß die *Haavara* der einzige Weg sei, die Juden zur Emigration zu bewegen, ohne daß Deutschland langfristig Nachteile erwüchsen.[33] Und Landauer berichtet am 18. September 1937, daß selbst beim Auswärtigen Amt nur noch ein einziger Regierungsbeamter die *Haavara* unterstütze; inzwischen dürften sechzig Prozent der bis 1935 noch genehmigten Güter nicht mehr ausgeführt werden.[34]

Bei einem Treffen zwischen Vertretern der Paltreu und des Reichswirtschaftsministeriums am 21. Oktober 1937 erhoben die Deutschen harte Forderungen. Das *Haavara*-Verfahren sei zugunsten normaler Exportgeschäfte abzuschaffen, die Deutschland Devisen bringen würden. Die Reichsbank werde den Juden Bargeld geben, um ihnen bei der Auswanderung unter die Arme zu greifen, allerdings werde die Reichsbank auch selbst darüber entscheiden, wer Geld erhalten sollte und in welcher Höhe. Die Deutschen seien nicht länger bereit, Geld für zionistische Institutionen zu transferieren, sie würden das Geld direkt an die Emigranten auszahlen. Mit anderen Worten: Die Deutschen wollten die Juden auf die billigste Weise loswerden, während es den zionistischen Vertretern um Gelder für die Entwicklung der Infrastruktur in Palästina ging.[35] So seltsam es auch scheint, aber die Deutschen haben ihre Drohungen damals nicht wahr gemacht.

Der Handlungsspielraum für den Geldtransfer wurde mehr und mehr beschnitten, und zu Beginn des Jahres 1938 war die Front der Gegner von *Haavara* nahezu geschlossen. So stellt sich die Frage, weshalb das Verfahren über das Pogrom vom November 1938 hinaus und bis zum Ausbruch des Kriegs überhaupt noch funktionierte. Der Grund dafür ist, wie aus sämtlichen uns vorliegenden Quellen hervorgeht, daß Hitler die be-

stehenden Arrangements befürwortete. Der Umstand, daß es kein von ihm unterzeichnetes Dokument gibt, ist symptomatisch für die Art und Weise, in der er Deutschland regierte: Er gab seine Entscheidungen lieber mündlich weiter, und er tat auch dies nur dann, wenn es absolut notwendig war. Das vorliegende Material spricht eindeutig dafür, daß die Regierungsbeamten die meiste Zeit sehnlichst auf eine Entscheidung des Führers warteten, auch und gerade auf eine Überprüfung seiner Entscheidung, die Emigration nach Palästina und damit auch die *Haavara* zu unterstützen. Doch gibt es Hinweise darauf, daß er seine Anweisung zu Beginn des Jahres 1938 noch einmal wiederholt hat – mündlich, versteht sich. Wir wissen das aus einer Niederschrift vom 27. Januar 1938, in der Clodius, der Leiter der Abteilung für Wirtschaftliche Angelegenheiten des Auswärtigen Amts, eine Erklärung Alfred Rosenbergs wiedergibt: Hitler habe im Verlauf einer Unterredung seine Entscheidung, sowohl die Auswanderung nach Palästina als auch die *Haavara* zu unterstützen, noch einmal bekräftigt.[36] Und es ist typisch für den Verlauf von Entscheidungsprozessen im Dritten Reich, daß trotz dieser wiederholten Weisung weiterhin versucht wurde, zu einer Revision des Führerentscheids zu kommen. Tatsächlich blieb nur noch von Hentig bei seiner Unterstützung der Politik des Führers, aus praktischen Gründen. Alle anderen waren für eine Änderung. So wurde *Haavara* , entgegen der Wünsche nahezu aller Wirtschaftsexperten in der deutschen Regierung, fortgeführt, weil Hitler der Meinung war, die Auswanderung der Juden sei wichtiger als alle wirtschaftlichen Erwägungen, und weil er die *Haavara* als eines der Mittel zu diesem Zweck ansah.

In der ersten Hälfte des Jahres 1938 machten die Beamten im Wirtschaftsministerium der *Haavara* zunehmend Schwierigkeiten, indem sie die Liste der verbotenen Exportgüter immer wieder verlängerten. Am 23. Mai 1938 wandte sich die Jewish Agency offiziell an Brinkmann, den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, und wies darauf hin, daß die laufenden Einschränkungen einen geordneten Auszug der Juden aus Deutschland ernsthaft gefährdeten.[37] Die Funktionäre der Jewish Agency konnten nicht wissen, daß in der Parteibürokratie ein allmählicher Umschwung stattfand: Statt *Haavara* wollte

man nun die vollständige Enteignung der deutschen Juden und ihre Ausweisung als mittellose Flüchtlinge. Entweder war Hitler durch seine Gefolgsleute schließlich doch überzeugt worden, oder, was wahrscheinlicher ist, er hatte diesen Wandel selbst herbeigeführt. Dies läßt sich jedenfalls einem Memorandum Weizsäckers entnehmen, das unter dem Datum vom 8. Juli 1938 an alle diplomatischen Vertreter im Ausland verschickt wurde. Außerdem hat Hitler in einem Gespräch, das er am 18. November 1938 mit einem südafrikanischen Minister führte, erklärt, das jüdische Kapital in Deutschland gehöre dem deutschen Volk.[38] Einen weiteren Hinweis gibt ein Memorandum, das Schumburg, ein Mitarbeiter des Deutschland-Referats, verfaßt hat; er weist darauf hin, daß der Transfer von jüdischem Kapital ab sofort verboten sei und daß die Unterstützung für jüdische Auswanderer nach Palästina von nun an eingestellt werde. Die Juden sollten vielmehr in der ganzen Welt verstreut werden. Wo immer sie als mittellose Flüchtlinge ankämen, würden sie zu einem begrüßenswerten Anwachsen des Antisemitismus beitragen.[39]

Der Wandel der deutschen Haltung zur *Haavara* vollzog sich, wie wir meinen, in drei Phasen: Zunächst, 1933-1934, unterstützten die Deutschen das Abkommen, weil sie einen drohenden jüdischen Boykott verhindern wollten; dann, 1934 bis 1938, war der Wunsch bestimmend, Deutschland von seinen Juden befreit zu sehen; und schließlich, nach 1938, wurde die *Haavara* mehr und mehr abgebaut. Es gibt keinerlei Hinweis darauf, daß Hitler in dieser ersten Phase direkten Einfluß genommen hätte. Doch in der zweiten und im Übergang zur dritten Phase läßt sich dieser Einfluß immer deutlicher erkennen: Hätte Hitler nicht an der *Haavara* festgehalten, dann wäre es bereits in den kritischen Jahren 1936/37 damit vorbei gewesen. Entscheidend war ganz offensichtlich sein alles beherrschender Wille, Deutschland im Vollzug des von ihm selbst angeordneten und von Göring durchgeführten Vierjahresplans von den Juden zu befreien. Doch Hitler stand auch hinter Görings nach der Reichspogromnacht dezidiert formulierten Politik, sämtlichen Besitz der Juden zu konfiszieren und die Juden aus der deutschen Wirtschaft auszuschließen. Das entspricht aber schon der dritten Phase des Wandels, dem die Haltung zur *Haavara* un-

terlag. Es blieb zunächst ein Widerspruch zwischen der Politik der Enteignung und der *Haavara* bestehen, deren Handlungsspielraum allerdings zunehmend eingeschränkt wurde. Beide Positionen standen in Einklang mit Hitlers Absichten und Anweisungen. Dieser Widerspruch wurde nicht durch eindeutige Anweisungen aufgehoben – und dies scheint bewußt nicht geschehen zu sein. Es sieht so aus, als sollte ein Hintertürchen offen bleiben, zumindest wurde es nicht völlig geschlossen. Nur darum hatten Initiativen noch immer eine Chance, die es den Juden erlaubten, einen Teil ihres Kapitals mitzunehmen, wenn sie nur Deutschland tatsächlich verließen. Dies war das eigentlich bestimmende Ziel, auf das Hitler wieder und wieder zurückkam, und dies ist allem Anschein nach die Erklärung dafür, weshalb die *Haavara* auch 1938/39 nicht völlig unterbunden wurde. Im Grunde handelte es sich um keinen Widerspruch: Die Juden mußten gehen, egal wie (»so oder so«, wie Göring sagte) – ob auf der Basis eines vorzugsweise mit den Westmächten ausgehandelten Abkommens und mit einem Teil ihres Vermögens oder aber durch brutale Gewalt und Verfolgung zum Auswandern gezwungen und ohne ihr Eigentum.[40]

Je näher Regierungsbeamte der NS-Ideologie standen, desto eher waren sie geneigt, das *Haavara*-Abkommen aufzugeben; zumindest erscheint es so. Doch nahezu *alle* deutschen Regierungsbeamten befürworteten ohne Vorbehalte, daß sich die anti-jüdische Politik von einer mit relativ »gemäßigten« Mitteln erzwungenen Auswanderung zur brutalen Vertreibung fortentwickelte. Beides, Enteignung und Vertreibung, gehörte noch in den Rahmen des traditionellen, »gemäßigten« Antisemitismus der Deutschen, der im Deutschen Reich nur wenige Gegner in maßgeblichen Positionen hatte.

Interessanterweise gelang es der *Haavara* im Jahr 1937, als die Hindernisse immer größer wurden, mehr Kapital zu transferieren als in allen Jahren zuvor: insgesamt 31,4 Millionen Reichsmark. 1938 waren es immerhin noch 19 Millionen Reichsmark. Das kam daher, daß die Bemühungen, jüdisches Vermögen zu retten und dadurch die Auswanderung zu verstärken, besser organisiert waren. Insgesamt und einschließlich der 1000 englischen Pfund, die Auswanderer zunächst von der Reichsbank erhielten: Zwischen 1933 und 1939 waren es

8 202 500 englische Pfund, die transferiert wurden, das entspricht fast fünfzehn Prozent des gesamten Kapitalimports nach Palästina (und wenig mehr als achtzehn Prozent des privaten Kapitalimports dorthin).[41] Doch sollte ich auch darauf hinweisen, daß dies nur ein verschwindend kleiner Teil des gesamten Vermögens deutscher Juden war, das im Jahr 1933 auf zehn Milliarden Reichsmark geschätzt wurde.

Aus dieser Analyse lassen sich mehrere Schlüsse ziehen. Erstens: Nach einer kurzen Anfangsphase, in der die NS-Politik von der Angst vor einem jüdischen Boykott bestimmt wurde, wollte man die Juden vor allem dazu bringen, auszuwandern. Zweitens: Es war Hitlers Einfluß, der entscheidend zum Festhalten an der *Haavara* und ab Ende 1938 zu deren allmählicher Abschaffung beitrug. Drittens: Man sah 1938/39 nicht länger einen Widerspruch zwischen dem Bestreben, die Juden loszuwerden, und dem Wunsch, ihren Besitz an sich zu reißen. Man konnte sie zwingen, auszuwandern und ihr ganzes Vermögen zurückzulassen. Solche Erwägungen waren aber nicht allein verbindlich. Die Nationalsozialisten ließen sich auch die Möglichkeit zu Vereinbarungen offen, nach denen sie die Juden loswerden konnten und ihnen zugleich gestatten, einen Teil ihres Kapitals mitzunehmen. Bis zum Ausbruch des Kriegs wurde das *Haavara*-Abkommen nicht widerrufen. Es gab zwar eine zunehmende Tendenz, das Verfahren durch Bestimmungen einzuschränken, doch diese ließen sich auch ohne eine grundsätzliche Neuorientierung der Politik einführen. Politisches Ziel war die Vertreibung der Juden, die Taktik war den jeweiligen Bedingungen anzupassen.

In den Jahren der *Haavara* bildete sich ein Muster der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Juden heraus. Den ersten Schritt dazu haben Juden unternommen. Sie wollten wenigstens einen Rest des jüdischen Vermögens retten, damit Juden auswandern konnten und nicht mittellos in Palästina oder anderswo ankamen. Die Nationalsozialisten gingen auf solche Initiativen ein, weil Auswanderung der Juden eines ihrer politischen Grundziele war. Natürlich war die Macht ungleich verteilt. Die Juden saßen von Anfang an in einer Falle: Sie hatten keine Unterstützung von außen, und in Palästina hatten sie zudem mit einer britischen Mandatsverwaltung zu kämpfen, die

ihnen immer weniger freundlich gesonnen war. Sie ergriffen die einzige Chance, die ihnen blieb, um zu retten, was zu retten war – Verhandlungen mit dem Feind. Zweck dieser Verhandlungen war zu diesem Zeitpunkt nicht, Leben zu retten. In der Hauptsache ging es um den Aufbau von Palästina; das jüdische Palästina war noch zu schwach, um Menschenleben in Deutschland oder anderswo zu retten. Wenn man mehr Zeit hätte, so hoffte man, so könnte vielleicht das jüdische Palästina wirkliche Massen von Juden aufnehmen. Doch diese Zeit blieb den Juden nicht.

2
Das Scheitern eines letzten Rettungsversuchs

Die Konferenz von Evian, auf der im Juli 1938 über die Auswanderung aus Deutschland verhandelt wurde, ist bereits häufig beschrieben worden. Wir müssen nun sehen, wie sich die Ereignisse von Evian mit der Politik von Juden und Deutschen vor und während des Holocaust verbinden.

Die Initiative ist von den Amerikanern ausgegangen, sie haben die Konferenz auch einberufen. Roosevelt wollte »etwas« für die von den Nationalsozialisten Verfolgten tun, aber es sollte weder Geld kosten, noch wollte er das Quotensystem der amerikanischen Einwanderungspolitik ändern. Roosevelt glaubte, dies ließe sich erreichen, wenn er die Vereinigten Staaten an die Spitze eines Bündnisses mehrerer Länder brächte. Diese könnten in Verhandlungen geschlossen auftreten und die Nationalsozialisten dazu bringen, den Auswanderern zu gestatten, einen Teil ihres Vermögens aus Deutschland mitzunehmen, damit sie in anderen Ländern aufgenommen würden. Auf diesem Weg hoffte Roosevelt, bei den Liberalen in seinem Land Punkte zu machen und seine jüdischen Wähler zufriedenzustellen. In einer heiklen Frage wollte er eine geschlossene Front gegen das nationalsozialistische Deutschland vorweisen und dennoch die meisten Flüchtlinge (der Erfahrung nach waren achtzig Prozent von ihnen Juden) nicht in den Vereinigten Staaten, sondern anderswo unterbringen. Das wiederum würde der konservativen Opposition gegen seine Politik den Wind aus den Segeln nehmen. Aus all diesen Gründen mußte ein internationales Gremium für Flüchtlingsfragen ins Leben gerufen und ausdrücklich beauftragt werden, mit dem NS-Regime auszuhandeln, daß die Flüchtlinge bei der Ausreise ihr Vermögen mitnehmen könnten. Mit ihrem Vermögen würden sie in vielen Ländern zu erwünschten Einwanderern werden.

Am 22. März 1938 ließ Roosevelt 33 Nationen einladen – 29 von ihnen sind der Einladung schließlich gefolgt. Myron C. Taylor, ein Katholik und Gefolgsmann Roosevelts, der ehema-

lige Direktor von U.S. Steel, wurde damit beauftragt, die Konferenz einzuberufen, und er sollte den Vorsitz übernehmen. Die US-Regierung erklärte, sie wolle die kleine Einwanderungsquote für Österreich mit der für Deutschland zusammenfassen; die daraus resultierende Quote von 27370 Personen sollte im Unterschied zur bisherigen Praxis weitgehend ausgeschöpft werden. Und so geschah es auch: Im Regierungsjahr 1937/38 wurde 17199 Menschen aus Deutschland die Einwanderung in die Vereinigten Staaten gestattet. In der ersten Hälfte des darauffolgenden Jahres waren es bereits 19452; die Zahl stieg im Regierungsjahr 1938/39 auf insgesamt fast 38000 Menschen (Besuchsvisen und andere Arrangements eingeschlossen, was schließlich zur Überschreitung der Quote führte).

Während der Konferenz von Evian vom 6. bis zum 15. Juli 1938 versuchten die Delegierten mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Flüchtlinge – vor allem die Juden – ausgerechnet ihrem Land aufgedrängt würden. Die Lateinamerikaner erklärten, sie wollten weder Kaufleute noch Intellektuelle; die Australier sagten, es gebe in ihrem Land kein Rassenproblem und sie wollten auch keines importieren; Franzosen und Engländer erklärten, ihre Länder seien voll, darum könnten sie keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen, und die Engländer erklärten zudem noch, Palästina sei für weitere Einwanderer gesperrt. Allenfalls in Kenia und anderen Teilen Ostafrikas könnten – unter Umständen – noch einige Flüchtlinge aufgenommen werden. Die Schweiz schließlich wollte nur noch als Durchgangsland für Weiterreisende in andere Länder zur Verfügung stehen.

Das einzige Land, das sich – zumindest nach außen – aufgeschlossener gab, war die Dominikanische Republik. Deren Präsident, der Diktator Rafael J. Trujillo, ließ die Konferenzteilnehmer wissen, sein Land würde bis zu 100000 Einwanderer aufnehmen. Doch muß man sich den Hintergrund dieser Offerte genauer ansehen. Die Regierung der Dominikanischen Republik hatte nicht im Ernst vor, so vielen, vermutlich jüdischen Einwanderern die Einreise zu genehmigen, dennoch hatte sie beim US State Department vorgefühlt, ob sich ein solches Angebot nicht gut anhören würde. Dem State Department war es willkommen. Dies führte zu dem kläglichen Versuch, einige hundert Juden auf regierungseigenen Grundstücken der Insel

anzusiedeln. So wurde vom American Jewish Joint Distribution Committee viel Geld zugunsten einer kleinen Gruppe investiert; Geld, das man an anderen Stellen viel effektiver hätte einsetzen können.[1]

Aber den Amerikanern war es ja vor allem darum gegangen, daß Verhandlungen mit den Nationalsozialisten in die Wege geleitet wurden, und dieses Ziel wurde erreicht. Die Konferenzdelegierten stimmten der Gründung des Intergovernmental Committee on Refugees zu. Es war alles andere als einfach gewesen, diese Übereinkunft zu erreichen. Die Engländer und Franzosen waren dagegen, die Flüchtlingsfrage dem Völkerbund zu entziehen, dem wiederum gehörten die Vereinigten Staaten nicht an. Der Völkerbund hatte mit Sir Neil Malcolm einen wohlmeinenden, aber nicht sehr tatkräftigen Hohen Kommissar für Flüchtlinge. Schließlich ist die alte Hohe Kommission doch im neuen Intergovernmental Committee on Refugees aufgegangen. Um den Briten entgegenzukommen, wurde Lord Winterton zum Vorsitzenden ernannt; zum Leiter des Ständigen Büros und damit auch zum voraussichtlichen Gegenüber der Deutschen am Verhandlungstisch wurde, auf Vorschlag Roosevelts, der amerikanische Rechtsanwalt George Rublee bestimmt.

Hier zeigte sich eine hochinteressante Parallele zur Politik der Nationalsozialisten. Auf der berühmten Konferenz, die Göring einige Tage nach der Reichspogromnacht, am 12. November 1938, einberufen hatte, wurde im Namen Hitlers ein ganz ähnlicher Vorschlag gemacht: »Darüber hinaus wird der Führer jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Judenfrage aufgeworfen haben ...«; Ziel dieses Vorstoßes sollte es sein, »zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen«,[2] womit die Deportation von Juden auf diese Tropeninsel gemeint war. Zu diesem Zeitpunkt war das Intergovernmental Committee on Refugees schon gegründet, und Rublee versuchte bereits, mit den Deutschen Kontakt aufzunehmen. Die NS-Behörden und die Amerikaner hatten, wenn auch aus entgegengesetzten Gründen, teilweise ähnliche Vorstellungen.

In Evian kam es zu einer interessanten und ziemlich mysteriösen Begebenheit. Heinrich Neumann von Hethars, ein be-

rühmter jüdischer Facharzt für Kehlkopf- und Ohrenleiden aus Wien, war angereist und bat um ein Gespräch mit den Delegationsleitern der westlichen Länder. Offenbar hat er Taylor tatsächlich getroffen und diesem erklärt, daß er nach Evian geschickt worden sei bzw. sich bereit erklärt habe, diese Reise zu unternehmen, um den Delegationen ein Angebot der NS-Behörden zu unterbreiten: Für 250 US Dollar pro Person könnten Juden freigekauft werden. Geschickt habe ihn Arthur Seyß-Inquart, der damalige NS-Statthalter in Österreich. Als Taylor sich weigerte, über die Zahlung von Lösegeldern zu sprechen, soll Neumann diesem auf Anweisung der Gestapo eröffnet haben, daß nun 40000 österreichische Juden in Konzentrationslager geschickt würden. Einem Historiker zufolge hat Taylor daraufhin unter der Leitung des kolumbianischen Delegierten einen besonderen Ausschuß eingesetzt, der diese Drohung diskutieren sollte, allerdings hatte dies keine praktischen Folgen. Einzelheiten lassen sich nicht verifizieren, und nirgends in den Erinnerungen der Beteiligten wird die Intervention Neumanns erwähnt, obwohl doch die *New York Times* vom 7. Juli und der *London Daily Express* vom 12. Juli über dessen Mission berichtet haben. Entweder haben die Diplomaten in Evian Neumann nicht ernstgenommen, oder, wenn sie Neumanns Mission dennoch ernst nahmen, wollten sie auf den Lösegeldvorschlag nicht eingehen. Allem Anschein nach ist Neumann in Evian gewesen, und es gibt einige wenige Hinweise darauf, daß er tatsächlich ein Lösegeldverfahren vorschlug. Es wird sich wohl nicht mehr feststellen lassen, von wem und aus welchem Motiv Neumann seinen Auftrag erhielt.[3] Doch paßt eine solche Mission durchaus ins Gesamtbild: Die Nationalsozialisten wollten die Juden loswerden, und sie dachten, die westlichen Demokratien wären unter Umständen bereit, sie freizukaufen.

Was immer die wahren Hintergründe von Neumanns Mission gewesen sein mögen, eines ist eindeutig: Dort, wo es um die Juden ging, saßen sich die westlichen Verhandlungspartner und die Nationalsozialisten verständnislos gegenüber. Die Nazis betrachteten die »Judenfrage« als zentrales Thema der Weltpolitik; nur wenn diese Angelegenheit geklärt würde, könnte es, so glaubten sie, auch zu dauerhaften Lösungen der anderen großen weltpolitischen Streitfragen kommen. Die westlichen

Länder hielten die Juden für eine verfolgte religiöse Minderheit unter anderen, sie betrachteten die Juden nicht – wie viele von diesen sich selbst – als Volk und auch nicht – wie die Nationalsozialisten – als Rasse. Diese grundlegende Unvereinbarkeit der Perspektiven, die eine von grauenhaft rationaler Irrationalität, die andere das Ergebnis einer vernünftigen, den Maximen der Aufklärung verpflichteten Politik, war der wesentliche Grund dafür, daß der Westen nicht handelte, als die nationalsozialistische Politik später immer unerbittlicher wurde.

Nach seiner Gründung wandte sich das Intergovernmental Committee on Refugees an jüdische Hilfsorganisationen, vor allem an das Joint Distribution Committee, um die notwendige administrative und finanzielle Unterstützung für die bevorstehenden Verhandlungen zu sichern. Das erste Treffen des neuen Komitees fand am 3. August in London statt; für das Joint Distribution Committee nahm Nathan Katz als Beobachter teil. Die Mitgliedstaaten stellten dem Komitee ein schmales Budget zur Verfügung. Mit Beginn der Sudetenland-Krise im September 1938 wurden alle geplanten Annäherungen an die Deutschen zunächst eingestellt. Erst am 27. Oktober unterbreitete Rublee seine Vorstellungen zur Lösung der Flüchtlingsfrage. Da sich seine Pläne kaum von denen unterschieden, die Hjalmar Schacht später auf deutscher Seite präsentierte, ist es wahrscheinlich, daß es vorher bereits inoffizielle Kontakte mit den Deutschen gegeben hat, möglicherweise auch mit Vertretern der deutschen Juden, zum Beispiel mit einem Mann wie Warburg. Rublee und Schacht schlugen beide vor, fünfundzwanzig Prozent der jüdischen Vermögen (1938 auf 6 Milliarden Reichsmark bzw. 2,4 Milliarden US Dollar geschätzt; zum Zeitpunkt von Hitlers Machtergreifung waren es noch 10 Milliarden Reichsmark gewesen) in einen eigens dafür in Deutschland einzurichtenden, treuhänderisch zu verwaltenden Fonds fließen zu lassen. Juden außerhalb Deutschlands sollten die gleiche Summe in fremden Währungen aufbringen und sie den zukünftigen Emigranten nominell als Darlehen zur Deckung der Kosten für Ausreise und Neuansiedlung zur Verfügung stellen. Dies Darlehen sollte samt fälliger Zinsen durch Erlöse aus dem Verkauf deutscher Waren im Ausland zurückgezahlt werden. Die Auswanderer hätten diese Waren mit Geldern aus dem

Fonds erwerben, über die Grenze schaffen und dort verkaufen müssen: dies wäre auf eine Förderung der deutschen Exportwirtschaft hinausgelaufen. Ausdrücklich hat Schacht von »zusätzlichen« deutschen Exporten gesprochen; es ging also darum, das bestehende deutsche Exportvolumen zu vergrößern.[4]

Der Plan stammt wahrscheinlich von Hans Fischböck, einem Wirtschaftsexperten aus Österreich, der Göring und Schacht einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hat. Darauf scheinen Äußerungen hinzuweisen, die im Protokoll der Sitzung vom 12. November 1938 in Görings Büro festgehalten sind, insbesondere Äußerungen Reinhard Heydrichs, der als Chef des SD direkt dem Reichsführer SS unterstellt war.[5] Im November fuhr Schacht nach London und stellte Winterton und Rublee seine Version des Plans vor. Wer stand auf deutscher Seite hinter diesen Vorschlägen? Das Auswärtige Amt, dafür gibt es etliche Hinweise, war gegen ein solches Verfahren – Joachim von Ribbentrop, inzwischen Hitlers Außenminister, wollte seinen Wirkungsbereich gegen Eingriffe durch das wirtschaftspolitische Gespann Göring-Schacht verteidigen und sprach sich gegen den Vorschlag aus, Juden Kapital zukommen zu lassen, ganz gleich auf welche Weise. Aber während des Treffens vom 12. November war deutlich geworden, daß Hitler Göring ermächtigt hatte, sich der »Judenfrage« anzunehmen. Alle entscheidenden Initiativen mußten darum von Göring, wenn nicht sogar von Hitler selbst, genehmigt werden. Schacht hat von Ribbentrop nicht davon unterrichtet, daß er die »jüdische Angelegenheit« in London besprechen wollte. Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, versuchte, den Wirtschaftsminister in einem Telefongespräch zur Rede zu stellen. Er verlangte eine Erklärung dafür, daß der Außenminister nicht in Kenntnis gesetzt worden sei, und wollte wissen, warum man sich in eine Angelegenheit einmische, die mit Juden und Kontaktpersonen im Ausland zu tun habe und die der zuständige Minister ablehne.

Schachts Antwort liest sich auch in Weizsäckers Notiz ziemlich barsch: »Es handle sich um einen Auftrag des Führers, den er, der Präsident [der Reichsbank] in dem ihm gesteckten Rahmen in London ausgeführt habe. Der Führer wünsche von ihm

Berichterstattung nach Rückkehr... Im übrigen... sei ihm durch Feldmarschall Göring gesagt worden, er möge die Besprechungen, welche er geführt habe, in London aufnehmen.« Göring wolle, daß die Angelegenheit auf rein wirtschaftlicher Basis verhandelt werde: und Göring habe »auch vom Führer einen ausdrücklichen Auftrag« dafür. Darüber hinaus habe er selbst, so erklärte Schacht, auf seiner Reise nach Basel und London in München einen Zwischenhalt eingeschoben und persönlich mit Hitler gesprochen, um sich von diesem »in einer halbstündigen Aussprache den Auftrag ausdrücklich wiederholen zu lassen«.

Schacht hat seine Verhandlungen im Dezember fortgesetzt, nachdem die Juden die ursprünglichen Vorschläge mit dem Argument, sie dienten im Grunde nur der deutschen Wirtschaft, abgelehnt hatten. Schacht modifizierte sein Angebot in diesem wesentlichen Punkt, indem er nicht länger auf »zusätzlichen Ausfuhren« bestand. Jetzt hieß es einfach, die Juden sollten deutsche Güter, die sie mit ihrem Geld in Deutschland erworben hatten, exportieren und ihrer Neuansiedlung im Ausland damit eine Basis schaffen. Auch Transport- und Frachtkosten sollten, soweit deutsche Transportmittel benutzt würden, durch die Mittel des in Deutschland einzurichtenden Fonds abgedeckt werden. Ein entsprechender Fonds sollte im Ausland eingerichtet werden, aber organisatorisch vom Fonds in Deutschland unabhängig bleiben. Dessen treuhänderische Verwaltung sollte ein dreiköpfiges, von zwei Deutschen und einem »Nichtdeutschen« gebildetes Direktorium übernehmen. Wohl um sich Hitlers weitere Unterstützung zu sichern, wandte sich Schacht erneut an den Führer. Am 2. Januar 1939 erhielt er dessen Zustimmung zu den bis dahin unternommenen Schritten. Der Staatssekretär berichtet von einem Gespräch mit Schacht am 4. Januar: Schacht »habe dem Führer vorgestern Vortrag gehalten. Der Führer sei mit seinen – Schachts – Besprechungen in London einverstanden gewesen und habe ihn mit der Fortsetzung beauftragt. Schacht will nunmehr Rublee hierherbestellen.«[6]

Ziel des zwischen Schacht und Rublee ausgehandelten Verfahrens war es, 150000 Juden im arbeitsfähigen Alter im Ausland anzusiedeln, 250000 Abhängige sollten folgen. Die Deut-

schen versprachen außerdem, daß die 200000 Zurückbleibenden, gemeint waren wohl ältere Menschen, nicht schikaniert werden würden und daß, wie eine Zeitung meldete, einige sogar ihre Geschäfte wieder eröffnen dürften, so daß »Juden im Ausland nicht aufgefordert würden, ihre Mitgläubigen im Reiche zu unterstützen«.[7]

Als Rublee schließlich in Berlin eintraf, mußte er erfahren, daß Hitler seinen Wirtschaftsminister am 20. Januar entlassen hatte; nicht wegen Schachts Verhandlungsführung mit den Juden, sondern wegen dessen konservativen Ansichten über die Finanzierung der deutschen Wiederaufrüstung. Göring selbst empfing Rublee und versicherte ihm, die deutsche Regierung sei ernsthaft an den Verhandlungen interessiert. In Zukunft werde Helmut Wohlthat, Ministerialdirektor im Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan (das wiederum Göring unterstand), die Verhandlungen auf deutscher Seite führen.[8] Rublee kehrte nach London zurück und unterrichtete seine Regierung und die Vertreter der Juden vom positiven Ergebnis seiner Verhandlungen. Dann legte er sein Amt nieder, wohl in der Überzeugung, einen vollen Erfolg errungen zu haben. Sir Herbert Emerson, bis dahin Hoher Kommissar für Flüchtlingsfragen des Völkerbundes, wurde sein Nachfolger.[9]

Bevor wir diese Vorgänge aus jüdischer Sicht noch einmal rekapitulieren, sollten wir einen entscheidenden Punkt klären: Wie haben wir die anti-jüdische Politik der Deutschen einzuschätzen, wenn wir berücksichtigen, daß es aus der gleichen Zeit deutliche Hinweise auf eine Radikalisierung von Hitlers Standpunkten dazu gibt, die in seiner berühmt-berüchtigten Rede vom 30. Januar 1939 kulminierte?[10] Herrscht nicht ein deutlicher Widerspruch zwischen den entsprechenden Quellen und den bisher rekonstruierten Vorgängen?

Historiker haben die Schritte genau festgehalten, mit denen das NS-Regime von 1937 bis 1939 seine Haltung in der Judenfrage radikalisierte. Ab März 1938 mußten Juden ihr Eigentum offiziell deklarieren, eine Maßnahme im Vorfeld der späteren Enteignungen; von März bis Juni 1938 wurden österreichische Juden geprügelt und erniedrigt; Massenverhaftungen hatten stattgefunden; im Juni 1938 wurden auch in Deutschland Juden verhaftet; am 9. Juni wurde die Synagoge in München und am

10. August 1938 die in Nürnberg niedergebrannt und zerstört, und schließlich folgte, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, das Pogrom, das verharmlosend als »Reichskristallnacht« bezeichnet wurde. Hunderte von Synagogen wurden niedergebrannt oder zerstört, Tausende jüdischer Geschäfte geplündert, 26000 jüdische Männer verhaftet und in Konzentrationslager geschleppt, fast hundert Menschen wurden ermordet. Mit dem Pogrom sollten die Juden gedrängt werden, so rasch wie möglich zu emigrieren; aber man wollte auch die Masse der Deutschen gegen den »jüdischen Feind« mobilisieren und damit die Popularität der NSDAP steigern. Das erste und wohl vordringliche Ziel wurde erreicht, die zweite Absicht verfehlt. Denn die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung zeigte wenig Begeisterung für das Pogrom, es wurde eher als unangenehm empfunden. Die Deutschen mochten die Juden nicht besonders, aber ihnen widerstrebte auch jede von Form von Unordnung, insbesondere wenn sie mit der Zerstörung von Eigentum einherging. Verständlicherweise geriet die jüdische Bevölkerung in Angst und Schrecken, und wer immer konnte, beeilte sich, Deutschland zu verlassen. Frauen, Kinder oder Eltern der Verhafteten mühten sich, rasch Einreisevisen für ihre inhaftierten Angehörigen zu besorgen, die nur freigelassen wurden, wenn ihre Ausreise gesichert war. Schätzungsweise 102200 Juden wanderten aus Deutschland, Österreich und Danzig aus; weitere 15000 emigrierten aus Böhmen und Mähren, also aus der damals noch unabhängigen Tschechoslowakei. Die meisten dieser Flüchtlinge waren deutsche Juden, die zunächst dorthin ausgewichen waren. Weitere 144000 Juden verließen das Deutsche Reich im Jahr 1939.[11]

Die Zeichen einer Radikalisierung mehrten sich gegen Ende des Jahres 1938. Am 24. November veröffentlichte *Das Schwarze Korps*, die Wochenzeitung der SS, unter dem Titel »Juden, was nun?« einen anti-jüdischen Hetzartikel, in dem all denen die Behandlung mit Feuer und Schwert angedroht wurde, die in Deutschland bleiben wollten und dort, der Mittel zum Lebensunterhalt beraubt, zu kriminellen Elementen werden müßten. In seinen Gesprächen mit Regierungsvertretern aus Südafrika und der Tschechoslowakei drohte Hitler mit Vernichtung und Auslöschung. Am 30. Januar 1939 hielt er die be-

reits erwähnte ausschweifende Rede vor dem Reichstag, in der er zweieinhalb Stunden lang seine Innen- und Außenpolitik in all ihren Aspekten darlegte. Ein Teil dieser Rede war der »Judenfrage« gewidmet. Diese Passage endete mit den oft zitierten Worten, die den Juden Europas mit ihrer Vernichtung drohte: »Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.« Häufig wird aus diesen Worten geschlossen, es habe bereits ein Plan zur Auslöschung der Juden vorgelegen. Für eine differenziertere Interpretation muß man aber den Kontext insgesamt berücksichtigen. Seine Ausführungen zur Judenfrage hat Hitler damit eingeleitet, daß er sich über die Besorgnisse der Westmächte lustig machte. Wenn die Juden ein so wunderbares Volk seien, warum, so fragte er, nähmen diese Länder sie dann nicht auf? Deutschland wolle die Juden nicht und zahle ihnen damit nur zurück, was sie verdient hätten. Er warf den Juden vor, für die Inflation der zwanziger Jahre verantwortlich zu sein, die Deutschland in Armut gestürzt habe. Die Deutschen seien immun gegen Anfälle von Sentimentalität. Der Westen habe während des Ersten Weltkriegs und danach den Hunger der deutschen Massen verursacht und vielen deutschen Kindern den Tod gebracht, habe Deutschland der Kühe beraubt, die Milch für die Kinder produziert hätten, und außerdem auch mehr als eine Million deutsche Kriegsgefangene noch ein ganzes Jahr nach Kriegsende in Lagern gehalten. Juden hätten sämtliche wichtige Stellen in Deutschland besetzt, und er sei entschlossen, solche Positionen von nun an mit Deutschen zu besetzen. Die deutsche Kultur könne nur deutsch sein und niemals jüdisch.

Soweit die Litanei, die Lügen eines radikalen Antisemiten. Wesentlich jedoch sind Hitlers Folgerungen daraus: Der Westen, der für so viel Elend in Deutschland verantwortlich sei, habe kein Recht, den Deutschen vorzuschreiben, wie sie mit ihren Juden umzugehen hätten. Die Juden seien die Feinde Deutschlands, und nicht nur Deutschlands. Der Westen sollte die Juden in den riesigen Gebieten ansiedeln, über die er verfüge. »Die Welt hat Siedlungsraum genügend, es muß aber end-

gültig mit der Meinung gebrochen werden, als sei das jüdische Volk vom lieben Gott eben dazu bestimmt, in einem gewissen Prozentsatz Nutznießer am Körper der produktiven Arbeit anderer Völker zu sein. Das Judentum wird sich genauso einer solchen aufbauenden Tätigkeit anpassen müssen, wie es andere Völker auch tun, oder es wird früher oder später einer Krise unvorstellbaren Ausmaßes erliegen...« Und all das lief auf die entscheidende Forderung hinaus, die Juden im Rahmen eines internationalen Abkommens umzusiedeln; Hitler fügte hinzu: »Ich glaube, daß dieses Problem je eher um so besser gelöst wird. Denn Europa kann nicht zur Ruhe kommen, bevor nicht die jüdische Frage ausgeräumt ist. Es kann sehr wohl möglich sein, daß über diesem Problem früher oder später die Einigung Europas selbst zwischen solchen Nationen stattfindet, die sonst nicht so leicht den Weg zueinander finden würden.«[12]

Es ist aufschlußreich, diese Rede mit den Erklärungen zu vergleichen, die Göring während jenes Treffens vom 12. November 1938 in Hitlers Namen abgab. Es gibt einige Übereinstimmungen. Da ist zunächst die Schlüsselrolle, die Hitler der Judenfrage zuschrieb – sie sei ein internationales Problem, von dem der Frieden in Europa abhänge; ein Problem, das aber durch ein internationales Abkommen gelöst werden könne und solle. In Hitlers Anweisungen, so wie sie Göring im November wiedergab, war von Madagaskar als gewünschtem Umsiedlungsgebiet für die Juden die Rede. Vor dem Reichstag sprach Hitler dann nur vage von den weiten Territorien, die dem Westen zur Verfügung stünden. Eine selten beachtete Äußerung Görings vom November 1938 gibt einen Vorgeschmack dessen, was Anfang 1939 in Hitlers Rede zu hören war: »Dann kann ich noch einen Vorschlag machen: Die reichen Juden können in Nordamerika, Kanada oder sonstwo ein großes Territorium für ihre Glaubensgenossen kaufen.« Schließlich habe Hitler zu Göring gesagt, daß »die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist«. Die Wendung »so oder so« weist eindeutig auf den Kern von Hitlers Gedanken. Tatsächlich äußerte Göring beim Treffen am 12. November eine Drohung, die sich fast genauso anhört wie die in Hitlers Rede: »Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitische Konflikte kommt, so ist es

selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen.«

Was nun Görings Äußerungen mit dem Artikel im *Schwarzen Korps*, den Verhandlungen zwischen Schacht und Rublee sowie Hitlers diplomatischen und öffentlichen Interventionen verbindet, ist Hitlers Wille, das Heft selber in der Hand zu behalten. Göring berichtete am 12. November davon, daß sich Hitler innerhalb von drei Tagen (vom 9. bis zum 12. November) bei nicht weniger als drei unterschiedlichen Gelegenheiten zur Judenfrage geäußert habe. Beim ersten Mal, am 9. November, habe ihm Hitler die allgemeinen Grundzüge seiner anti-jüdischen Politik erläutert: wenn möglich, ein internationales Abkommen (am besten über Madagaskar als Ort der Verbannung), Ausweisung, Beschlagnahme des Eigentums und vage Vorstellungen einer eventuell mörderischen Radikalisierung dieser Politik. Danach – Göring nennt kein Datum, es kann aber der 10. November gewesen sein – habe Hitler ihm einen von seinem Sekretär Martin Bormann unterschriebenen Brief mit Anweisungen zustellen lassen. (Der Brief, der vermutlich die gleichen allgemeinen Vorstellungen festhielt, ist bislang nicht aufgetaucht.) Schließlich hat der Führer am 11. November mit seinem »treuen Hermann« telephoniert, um sich zu vergewissern, ob dieser auch wirklich verstanden habe, was er ausgeführt haben wollte. Wir können annehmen, daß der Artikel im *Schwarzen Korps* zumindest in dem Wissen verfaßt wurde, daß man mit Hitlers Vorstellungen übereinstimmte.

Dann begannen die Verhandlungen zwischen Schacht und Rublee. Sie wurden nicht von Ministerialbeamten initiiert – das lassen Schacht und Göring, aber auch von Weizsäckers Berichte erkennen –, sondern von Hitler selbst, der dabei seinen Außenminister einfach überging. Hitler hatte die Kompromisse, die Schacht seinen westlichen Gegenspielern unterbreitete, abgesegnet, und Schacht wurde angewiesen, auf diesem Weg weiter zu verhandeln. Nach Schachts Entlassung hat Göring die bisherigen Schritte Rublee gegenüber bestätigt. Die anti-jüdische Politik war von zu großer Bedeutung, als daß man sie Untergebenen überlassen konnte – Hitler selbst hat diese Politik initiiert, geführt und koordiniert.

Görings Wendung »so oder so« – die möglicherweise auf Hitler selbst zurückgeht – bietet uns den Schlüssel zum Verständnis von Hitlers Politik. Man wollte die Juden loswerden, und zuallererst die europäischen Juden, und das war *so oder so* zu erreichen: Entweder durch ein Abkommen mit den westlichen Ländern, was den Juden etwas Kapital lassen und damit, als Nebeneffekt, die deutsche Exportwirtschaft ankurbeln würde, während die Ansiedlung der Juden von den westlichen Ländern zu übernehmen wäre; vielleicht auch durch ein anderes Abkommen, das die zwangsweise Aussiedlung der Juden, z. B. nach Madagaskar, vorsähe; oder indem man die Juden einfach des Landes verwies, nachdem man mit blankem Terror das jüdische Eigentum konfisziert hatte. Und sollte ein Krieg ausbrechen, dann würde das *So oder so* erst recht gelten!

Sowohl Göring als auch Hitler erwähnen den bevorstehenden Krieg, und dies führt auf die Frage, ob sie ihre eigenen Vorschläge, so wie sie von Schacht und später von Wohlthat umgesetzt wurden, überhaupt ernst genommen haben oder ob sie bereits einen Weltkrieg planten, in dessen Verlauf sie die Juden vernichten würden. Entscheidend in diesem Zusammenhang scheint die Tatsache zu sein, daß der Krieg, der im September 1939 ausbrach, nicht der Krieg war, den Hitler haben wollte. Seine ursprüngliche Absicht war, die Sowjetunion mit polnischer Hilfe anzugreifen. Dann entschloß er sich, Polen anzugreifen, und tat es, nachdem er mittels des Ribbentrop-Molotow Abkommens vom 23. August 1939 die Sowjets neutralisiert hatte. Ganz sicher hatte er nicht die Absicht, gegen die Engländer Krieg zu führen. Vielmehr hoffte er bis kurz vor dem Einmarsch in Polen, England und möglicherweise auch Frankreich aus dem Konflikt mit Polen heraushalten zu können. Auf keinen Fall wollte er einen Krieg an zwei Fronten. Wäre alles nach diesen Vorstellungen verlaufen, dann hätte Hitler einen Krieg gegen Polen gewonnen und dann, mit gestärkter Position im Osten, die offene Rechnung mit Frankreich beglichen, um in einem letzten Schritt schließlich den Osten ein und für allemal zu unterwerfen. Er setzte auf die antibolschewistische Haltung der britischen Regierung und auf eine entsprechende Allianz mit den Engländern; er hätte die Aufteilung der Welt vorgeschlagen: ein germanisiertes Europa, daneben Großbritannien und

wohl auch Japan und die Vereinigten Staaten. Diese Zusammenfassung entspricht wohl den umfangreichen Forschungen zu Hitlers Außenpolitik und zu den Schritten, die zum Kriege führten. Aber aus diesen Plänen wurde nichts, Hitler mußte sich einem ganz anderen Szenario stellen: einem Krieg gegen die Allianz Frankreich-England, die zunehmend die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten unter Roosevelts Führung fand.

Die Vereinbarung, die Schacht und Rublee trafen, hätte vielleicht realisiert werden können, wenn England sowie die Vereinigten Staaten neutral geblieben wären und, um so eher, wenn sich auch Frankreich aus dem Krieg herausgehalten hätte. So gesehen besteht kein Widerspruch zum Schacht-Rublee-Plan. Aber Hitlers Drohungen scheinen auch zu signalisieren, daß er sich frei fühlen werde, seine geheimsten Wünsche in Taten umzusetzen, wenn sich die westlichen Demokratien gegen ihn zusammenschlössen – was natürlich nur auf die teuflischen Machenschaften der Juden zurückzuführen wäre.

Diese Interpretation findet einige Bestätigung in zwei weiteren Dokumenten aus jenem schicksalhaften Januar 1939. Am 24. Januar wies Göring Heydrich an, eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung aufzubauen. Der erste Satz des Dokumentes ist bereits der Schlüssel zum Ganzen: »Die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern.« Die Auswanderung ärmerer Juden sei dabei bevorzugt zu betreiben. Die Zentrale sollte unter der Führung der SS stehen, und ihr sollten unter anderen der »Gesandte Eisenlohr als der Beauftragte für amtliche zwischenstaatliche Verhandlungen und der Ministerialdirektor Wohlthat als der Beauftragte für die Verhandlungen über den Rublee-Plan« angehören.[13] Auch hier charakterisiert das *So oder so* die Vorgehensweise. Die Wendung »mit allen Mitteln« erscheint im gleichen Dokument wie der Hinweis auf die Verhandlungen mit Rublee. Die neue Reichszentrale (die faktisch von Adolf Eichmann geleitet wurde) sollte die Juden so schnell und zügig wie möglich loswerden.

Das zweite Dokument stammt vom darauffolgenden Tag. Am 25. Januar verfaßte das Auswärtige Amt ein Memorandum und schickte es an alle deutschen Vertretungen im Ausland. Darin wurde die Auswanderung zum Ziel der deutschen Juden-

politik erklärt. Die Juden und ihr Einfluß seien eine Krankheit. »Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen der Welt den Zusammenschluß des großdeutschen Reiches erzwang.« Die deutschen Erfolge hätten den Einfluß der Juden in Prag, Bukarest, Budapest und Warschau erschüttert. Die Juden weltweit mit ihrem Schwerpunkt in den Vereinigten Staaten betrachteten München als eine Niederlage für sich – und dies Abkommen sei tatsächlich ein Schlag für die parlamentarische Demokratie gewesen, dieser jüdischen Methode, sich den Einfluß auf die demokratischen Länder zu sichern. Die Juden selbst weigerten sich, einen Beitrag zur Umsiedlung von Juden an außereuropäische Orte zu leisten, sie verließen sich vielmehr darauf, daß Rublee die deutsche Regierung unter Druck setzen könne, das für die Auswanderung der Juden notwendige Geld bereitzustellen. Zu all dem seien, wie Evian gezeigt habe, einzelne Länder gar nicht bereit, die Juden aufzunehmen. Schon die Umsiedlung von 100000 Juden stoße auf große Schwierigkeiten, und jetzt erklärten auch Polen und Rumänien lautstark, daß sie ihre Juden loswerden wollten, kurz: Auch wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen habe, sei das Problem für Deutschland noch nicht erledigt. Palästina biete keine Lösung, weil dort nur eine beschränkte Zahl von Juden Aufnahme finden könne. Unter dem Druck des arabischen Widerstands wollten die Engländer die jüdische Immigration dorthin jetzt sogar einschränken. Deutschland sei generell gegen die Gründung eines jüdischen Staates dort, auch die *Haavara* liege nicht im deutschen Interesse. Statt sie auf Palästina zu konzentrieren, wolle Deutschland die jüdische Emigration vielmehr aufteilen, damit möglichst viele Länder Juden aufnehmen müßten. Dies werde dort den Antisemitismus schüren und den Deutschen Sympathien einbringen.[14]

Wenn wir dieses Dokument und auch die Opposition gegen die *Haavara* im Auswärtigen Amt richtig würdigen wollen, müssen wir uns daran erinnern, wie unglücklich von Ribbentrop über die Verhandlungen zwischen Schacht und Rublee war. Hier geht es um den Kern nationalsozialistischer Überzeugungen: Die Expansion des nationalsozialistischen Reichs

konnte man nicht vorbereiten, solange dort noch Juden lebten. Und genau dies verschaffte der »Judenfrage« ihre zentrale Bedeutung: Die Juden mußten verschwinden. Als beste Lösung erschien, sie in alle Welt zu zerstreuen, denn dies würde überall für Antisemitismus sorgen und Verständnis für die deutsche Politik wecken. Nichts im Rundschreiben des Auswärtigen Amts scheint dem zu widersprechen.

Dies aber bedeutet, daß die Nationalsozialisten zwar ein festes Ziel hatten – keine Juden im expandierenden Reich –, die Mittel, es zu erreichen, jedoch konnten den jeweils herrschenden Umständen angepaßt werden. Auswanderung mit Kapital und mit Einverständnis der westlichen Demokratien, erzwungene Auswanderung ohne Kapital, die Vertreibung auf eine Tropeninsel, die Drohung mit noch radikaleren Lösungen: All das wurde gleichzeitig oder als eine Folge von Maßnahmen ins Auge gefaßt. Hitler, Göring und das Gespann Himmler-Heydrich mochten ihre Vernichtungsdrohungen durchaus ernst meinen, 1939 wurden sie jedoch nicht in einen operativen Plan umgesetzt. Noch wurde nicht die »Endlösung« vorbereitet, wohl aber das Klima dafür geschaffen.

Als die endgültige Fassung des Abkommens mit den verbesserten Bedingungen, wie sie zwischen Rublee und den Deutschen ausgehandelt wurden, außerhalb Deutschlands bekannt wurde, gab es unter den Juden geteilte Meinungen dazu. Die meisten Zionisten lehnten es ab, allerdings stimmten zwei führende amerikanische Persönlichkeiten zu: Stephen S. Wise sowie Louis Lipsky, ein weithin anerkannter Funktionär der amerikanischen Zionisten. Die jüdische Gewerkschaftsbewegung in den USA wandte sich gegen das Abkommen, aber führende Vertreter der wohlhabenderen, nicht-zionistischen Juden stimmten dem Plan zu oder blieben unentschlossen. Auch in England unterstützten führende Nicht-Zionisten das Abkommen.

Entscheidend jedoch war, daß die amerikanische und die britische Regierung das Verhandlungsergebnis ohne Einschränkung guthießen. Ganz ungewöhnlich war es, daß nach Rublees Rücktritt Roosevelt selbst, sowohl über die Kanäle des State Department als auch in eigener Initiative, den Versuch unternahm, die Juden zu bewegen, die Bedingungen, die mit den

Deutschen ausgehandelt worden waren, zu akzeptieren. Eine Coordinating Foundation mußte ins Leben gerufen werden, die zweierlei zu regeln hatte: Sie sollte die Auswanderer, die nun mit Geld aus Deutschland herauskämen, zu ihren neuen Siedlungsorten bringen; und sie mußte zu einer Zeit, in der die Wirtschaft noch in der Krise steckte, die im Abkommen festgelegten Verrechnungsmittel (in einer Höhe von 600 Millionen US Dollar) beschaffen. Wieder berief Roosevelt Myron C. Taylor zum Vermittler. Dessen erstes Treffen mit einer Gruppe prominenter Juden, die als Nicht-Zionisten in etwa das American Jewish Committee und das Joint Distribution Committee repräsentierten, fand am 28. März 1939 statt. Ein zweites Treffen mit noch breiterer Beteiligung wurde dann am 15. April in den Räumen von Richter Samuel I. Rosenman, einem Vertrauten Roosevelts, abgehalten.[15] Die Antwort der Juden war zurückhaltend: »Wir sollten keinerlei Schritte unternehmen, die direkt oder implizit anzeigen könnten, daß die jüdische Gemeinde die Gültigkeit der Enteignung von privatem Eigentum oder aber die Erfordernis, deutsche Bürger jüdischer Herkunft ins Exil zu treiben, anerkennt.«[16] Wenn Taylor tatsächlich eine Organisation zur Durchsetzung des Plans ins Leben rufen wolle, dann sollten sich auf keinen Fall ausschließlich Juden daran beteiligen. Außerdem reichten die privaten Mittel nicht aus, eine Unterstützung durch die Regierung sei unabdingbar.

Es folgten Verhandlungen mit Taylor. Dieser kümmerte sich wenig um die jüdischen Vorbehalte und zog es vor, die jüdische Haltung zum Plan als positiv zu bewerten. Dem State Department gegenüber erklärte er jedoch, die Juden befürchteten, daß die Gründung einer Coordinating Foundation genau die »jüdische Verschwörung« darstellen würde, gegen die die Nationalsozialisten so hetzten. Dennoch stimmten einundvierzig führende Vertreter der jüdischen Gemeinde bei einem Treffen am 29. April 1939 dem Plan zu. Am 4. Mai trafen Paul Baerwald vom Joint Distribution Committee, Henry Ittleson, Lewis L. Strauss, Richter Joseph Proskauer, Sol Stroock – allesamt führende Funktionäre des American Jewish Committee – und Richter Rosenman mit dem amerikanischen Präsidenten zusammen; Sumner Welles und Pierrepont Moffat nahmen als Vertreter des State Department teil. Roosevelt drängte die Juden, die

Stiftung doch umgehend zu gründen. Unter diesem schon ungewöhnlichen Druck sandte das Joint Distribution Committee zwei hochrangige Vertreter nach London, um mit den Engländern entsprechend zu verhandeln.

Das erste Problem, das sich den Juden stellte, war finanzieller Natur: Es war schlicht kein Geld vorhanden. Die Gesamteinnahmen des Joint Distribution Committee, das wohl den größten Teil der Mittel hätte aufbringen müssen, beliefen sich 1939 auf 8,1 Millionen US Dollar. Die tragische Irrfahrt, die das Dampfschiff St. Louis mit 907 Flüchtlingen aus Deutschland an Bord im Mai und Juni 1939 quer über den Atlantik und zurück unternommen hatte, hatte das Komitee bereits eine Million US Dollar gekostet. Auch die wachsende Not der deutschen, polnischen und rumänischen Juden, die zunehmend verarmten, verlangte Mittel des Joint Distribution Committee. Wo also hätten sie zusätzlich die immensen Summen auftreiben sollen, mit denen das ungeheuerliche Projekt der Auswanderung aller oder der meisten deutschen Juden hätte finanziert werden können?

Die Lage wurde noch prekärer, als die britische Regierung am 17. Mai 1939 ihr Weißbuch zur Palästina-Frage veröffentlichte. Unter arabischen Druck geraten, fürchteten die Engländer, daß es im Fall eines Krieges in Europa zu arabischen Störmanövern im Nahen Osten kommen würde. Tatsächlich rechneten die Engländer mit einem baldigen Kriegsbeginn, auf den sie unzureichend vorbereitet waren. Eine neue Rebellion der Araber wollten sie auf jeden Fall vermeiden. Den Preis dafür zahlten die Juden. Die Einwanderung von Juden nach Palästina sollte für die nächsten fünf Jahre auf eine Zahl von 75 000 Personen begrenzt, die weitere Einwanderung von arabischer Zustimmung abhängig gemacht werden. Die Engländer taten zweierlei, um diesen Schlag etwas abzumildern. So hatten sie direkt nach der schon Ende 1938 gefällten Entscheidung, die Einwanderung nach Palästina zu begrenzen, beschlossen, zehntausend jüdische Kinder, deren Eltern eine sichere Zuflucht für sie suchten, aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei in England aufzunehmen. Des weiteren veröffentlichten sie, ebenfalls am 17. Mai, einen »Bericht über Britisch-Guayana«, in dem sie die jüdische Ansiedlung in jener südamerikanischen Kolonie Englands in Aussicht stellten. Das Guayana-Projekt

war natürlich nur ein Ablenkungsmanöver. Wie eine dorthin entsandte Kommission ermittelt hatte, hätte das Land versuchsweise zwischen drei- und fünftausend Juden aufnehmen können. Allerdings hätten die Juden, wie Malcolm MacDonald, der englische Kolonialminister, am 22. Juni erklärte, die Kosten des Experiments selbst tragen müssen.[17]

Die englischen Juden mußten die aus dem Reich kommenden Kinder und eine große Zahl erwachsener Auswanderer unterstützen – insgesamt sind 1939 mehr als 50000 Flüchtlinge nach England gelangt –; die finanziellen Mittel waren also schon ausgeschöpft. Die Abgesandten des Joint Distribution Committee mußten rasch erkennen, daß die Juden in England keinen Beitrag zum Stiftungsprojekt leisten konnten. Am 6. Juni entschied sich das Committee daher, eine Million US Dollar, die es eigentlich gar nicht hatte, in die Stiftung einzubringen. Ein führendes Mitglied des Joint Distribution Committee-Exekutivausschusses erklärte, weswegen dieser Entschluß gefaßt wurde: Man wolle damit jeden Zweifel darüber ausräumen, ob das Committee wirklich »bereit sei, eine von Mr. Taylor und auch vom Präsidenten gewünschte Verpflichtung zu erfüllen«.[18] Ein weiteres Treffen führender Mitglieder der jüdischen Gemeinde fand daraufhin in New York statt; dort äußerte Wise Bedenken über den Schritt des Joint Distribution Committee. Joseph Tennebaum, der die American Federation of Polish Jews vertrat, lehnte das Vorgehen schlichtweg ab: Es unterlaufe den gegen Deutschland gerichteten Boykott und fördere statt dessen die deutsche Exportwirtschaft.

In der Zwischenzeit war Baerwald in London mit Wohlthat zusammengetroffen. Der Nationalsozialist war für den Fall, daß die Unterredungen zwischen den amerikanischen und britischen Juden wegen mangelnder Mittel aus England scheitern sollten, auch bereit, mit einer rein amerikanischen Stiftung zu verhandeln. Dann, so erklärte Wohlthat, würden nur fünf bis zehn Prozent des Vermögens der deutschen Juden an einen deutschen Fonds übergeben werden.[19] Baerwald sah sich kurz darauf mit zwei neuen Problemen konfrontiert. Von der britischen Regierung dazu gedrängt, wollten die Juden in England ihr Geld den Siedlungsprojekten zur Verfügung stellen, welche das Joint Distribution Committee mit Recht als Geldver-

schwendung betrachtete. Und die Führer des American Jewish Congress sowie Gewerkschaftsführer in New York verlangten dem Joint Distribution Committee die Erklärung ab, daß durch sein Vorgehen weder Devisen noch zusätzliche Exporte nach Deutschland fließen würden.

Jetzt änderte die britische Regierung ihren Kurs. Am 19. Juli erklärte das Foreign Office in einem Kommuniqué, die Regierung wolle sich an Siedlungsprojekten beteiligen, wenn auch andere Regierungen dies täten.[20] Das Committee erklärte sich daraufhin bereit, den Hinweis auf mögliche Siedlungsprojekte in die Satzung der neuen Stiftung aufzunehmen. Am 20. Juli 1939 wurde diese unterzeichnet – sechs Wochen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Nun stellen sich eine Reihe von Fragen. Warum hielten es die US-Regierung und der Präsident der Vereinigten Staaten für notwendig, die Juden unter Druck zu setzen, dem von Rublee und den Nationalsozialisten ausgehandelten Plan zuzustimmen? Warum wurden amerikanische Juden aufgefordert, die Ansiedlung von Juden in den entlegensten Weltwinkeln mit immensen Summen zu finanzieren? Welches Interesse konnte Roosevelt daran haben, die amerikanischen Juden davon zu überzeugen, daß sie mit den britischen Juden eine Vereinbarung über diese Frage treffen müßten? Es gibt keine Quellen, die eindeutige Antworten darauf erlauben. Der verständliche Wunsch, eine humanitäre Lösung zu finden, der gewiß auch eine Rolle gespielt haben mag, bietet keine befriedigende Antwort. Wir können annehmen, daß Roosevelt in der Außenpolitik einen großen humanitären Erfolg vorweisen und dadurch zusätzliche Popularität gewinnen wollte. Aber auch das ist keine überzeugende Erklärung.

Tatsache ist, daß die amerikanischen Juden von einem nichtjüdischen Präsidenten ihres Landes unter Druck gesetzt wurden, ihre europäischen Brüder zu retten. Möglicherweise hat Roosevelt die warnenden Zeichen besser als jene erkannt. Aber alle Anstrengungen waren vergebens. Aus welchem Grund?

Die Verhandlungen, die Hitler mit den westlichen Demokratien über die Auswanderung der Juden führen ließ, beeinflußten seine Schritte nicht, die zum Ausbruch des Krieges führten. Die »Judenfrage« würde gelöst werden, *so oder so*, und

die Hauptaufgabe Deutschlands war es, seine Umklammerung in Mitteleuropa zu sprengen. Dem widersprach Hitlers Bereitschaft nicht, die Juden nach einem Abkommen mit Amerikanern und Engländern ziehen zu lassen. Aber die Engländer zogen in den Krieg, und alle Kontakte wurden abgebrochen. Das war das Ende dieses Rettungsversuchs.

So stehen wir zuletzt, und gerade im Hinblick auf die Verhandlungen zwischen Rublee und Schacht, vor der Frage, warum der Zweite Weltkrieg ausbrach. Die Frage mag in diesem Zusammenhang abwegig erscheinen, aber das täuscht.

In der äußerst umfangreichen Literatur, die dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gewidmet ist, wird zu den eigentlichen Gründen kaum etwas gesagt. Natürlich gibt es viele Untersuchungen zu Hitlers diplomatischen Schachzügen, zur Außenpolitik der westlichen Demokratien, der Sowjetunion und Polens, zu den militärischen Vorbereitungen auf beiden Seiten usw. Die Schritte, die zum Krieg führten, sind ziemlich klar zu erkennen. Aber warum wollten die Deutschen den Krieg überhaupt? Diese Frage wird noch verzwickter, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Führung der deutschen Wehrmacht noch im September 1938 beinahe gegen Hitler rebellierte, weil die Generäle damals keinen Krieg wollten. Und auch ein Jahr später war der Generalstab nicht gerade begeistert. Auch die meisten der führenden Industriellen Deutschlands wollten den Krieg nicht. Die Bevölkerung zeigte keine Kriegsbegeisterung. Die deutsche Wirtschaft hatte sich erholt, die Arbeitslosigkeit war mehr oder weniger überwunden, Deutschland war stark, und niemand bedrohte es – ganz im Gegenteil, Deutschland bedrohte andere. Warum dann ein Krieg? Die ebenso naheliegende wie banale Antwort lautet: Weil Hitler Krieg wollte. Die spontane Gegenfrage ist ebenso banal: Warum?

In einer ganzen Reihe von Erklärungen, vor seinen Generälen, vor seinen engsten Mitarbeitern und vor anderen hat Hitler ausgeführt, warum er Krieg wollte. Man kann dies folgendermaßen zusammenfassen: Er wollte Deutschland vergrößern, um die Macht der germanischen oder nordischen Völker arischer Rasse im Kampf um die Vorherrschaft in Europa zu stärken. Das schien ihm unmöglich, wenn Deutschland seine »Einkreisung« durch seine vom »Weltjudentum« gelenkten Feinde

nicht aufbrechen würde. Die größte Bedrohung sah er vom sowjetischen Bolschewismus ausgehen, der in seinen Augen nichts anderes war als der gefährlichste Ausdruck des jüdischen Willens zur Weltherrschaft. Die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Frankreich standen längst unter jüdischem Einfluß, 1939 war nur noch Großbritannien unabhängig: zumindest dachte Hitler das. Und als Großbritannien September 1939 in den Krieg eintrat, konnte das nur heißen, daß die Juden nun auch dort die Vorherrschaft errungen hatten. Kurz: für Hitler war der Krieg notwendig, um Deutschland als die zentrale nordisch-arische Macht zu festigen und um seine Vorherrschaft in Europa und der Welt zu sichern.[21] Um dies Ziel zu erreichen, mußte das »Weltjudentum« bekämpft werden, das angeblich hinter jeder Großmacht stand, die sich Deutschland in den Weg stellte. Der Krieg wurde daher nicht aus pragmatischen, militärischen, wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen und Interessen geführt, sondern aus rein ideologischen Gründen. Der Antisemitismus bildete eines der Kernstücke dieser Ideologie. Der Krieg war letztendlich ein Krieg gegen die Juden.

Weder Zeitgenossen, die die nationalsozialistische Politik durchschauten, noch Historiker und andere Kommentatoren sind zu dieser Schlußfolgerung gekommen; wahrscheinlich weil sie einfach zu ungeheuerlich ist. Aber sie ist unausweichlich: Der Judenhaß war einer der beiden Hauptgründe, welche die Nationalsozialisten dazu motivierten, einen Krieg anzuzetteln, dem Dutzende von Millionen Menschen zum Opfer fielen, unter ihnen fast sechs Millionen Juden. Der andere Grund, und aus nationalsozialistischer Sicht wahrscheinlich der eigentlich primäre, war das »positive« Ziel, ein nordisch-germanisches Reich zu gründen, das erst Europa beherrschen sollte und dann die ganze Welt.

Steht diese Erklärung nicht doch im Gegensatz zu der pragmatischen Art, in der Hitler die Verhandlungen Rublee führen ließ? Keineswegs. Juden waren der Weltfeind. Man konnte sie *so oder so* aus dem Weg schaffen, ganz wie sich Gelegenheiten dazu boten. Es gab einen Augenblick, in dem es schien, als sei eine Regelung gefunden worden, die die deutschen Juden hätte retten können. Sie funktionierte nicht – die Juden selbst zögerten, und sie verfügten auch kaum über die Mittel, um sie umzu-

setzen. Die westlichen Regierungen waren bereit, die Juden in ihren Ländern unter Druck zu setzen, dem ausgehandelten Plan zuzustimmen, aber weder gaben sie ihnen die dann nötigen Mittel an die Hand, noch öffneten sie den Flüchtlingen ihre Grenzen. Selbst wenn mehr Zeit geblieben wäre, hätten die ungelösten Probleme den Plan vermutlich scheitern lassen. Aber die Zeit war zu kurz, der Plan kam zu spät. Er ging unter im Geheul der Flugzeug- und Panzermotoren und im Todesröcheln sterbender polnischer Soldaten, als die Militärmacht der Nazis Polen überrollte. Die Zeit war der Feind gewesen.

3
Feinde mit einem gemeinsamen Interesse

Zwischen 1938 und 1941 kam es zu einer Reihe eigenartiger Kontakte zwischen nationalsozialistischen Beamten wie Adolf Eichmann und jüdischen Einzelpersonen, die entweder eine zionistische Organisation vertraten oder für sich selber sprachen, manchmal auch beides. Zweck solcher Kontaktaufnahmen war es, die Auswanderung von Juden aus dem Deutschen Reich und deren Einwanderung nach Palästina zu fördern. Verständlich wird diese Kontaktaufnahme von Seiten der Juden vor dem Hintergrund der immer nachdrücklicheren Versuche der Engländer, die Einwanderung nach Palästina einzugrenzen, wenn nicht völlig abzuwürgen.

Die Gründe für diese allmähliche Veränderung der Nahostpolitik sind von vielen Historikern näher untersucht und herausgearbeitet worden: die Befürchtung, daß die Achsenmächte mit Hilfe arabischer Guerillakämpfer die Nachschublinien des Empire im Nahen Osten unterbrechen könnten; die militärische Schwäche Großbritanniens 1938/39 (die Engländer hatten insgesamt nur sechs Infanteriedivisionen zur Verfügung); die Neigung englischer Politiker, sich lieber mit den aufstrebenden arabischen Nationen zu verbünden als mit den jüdischen Verlierern. All das trug dazu bei, daß die englischen Sympathien für den Zionismus schwanden. Besonders schmerzlich war diese Erfahrung für die polnischen Zionisten, die in den dreißiger Jahren unter den Juden Polens an Einfluß gewonnen hatten, als es so aussah, als könnte Palästina vielen Juden eine Heimat bieten, die nicht länger in dem verarmten, antisemitischen und von Krisen geschüttelten Polen bleiben konnten.

Aktive zionistische Jugendliche, politisch Rechte wie Linke, haben 1934 damit begonnen, die illegale Einwanderung nach Palästina zu organisieren. Aus ihrer Sicht allerdings konnte von »Illegalität« nicht die Rede sein: Jede Einwanderung eines Juden in das Heimatland seines Volkes war legal. Die linksgerichtete Hechaluz-Bewegung, allen voran die von Yitzhak Taben-

kin geführte Kibbutz Meuchad Federation, zu der sich in Palästina bereits bestehende Kibbuzim (Gemeinschaftssiedlungen) zusammengeschlossen hatten, organisierte im Juli und im November 1934 eine Überfahrt des griechischen Dampfers »Velos« nach Palästina. Bei der zweiten Reise wurde das Schiff jedoch von den Engländern aufgebracht, und die Passagiere mußten nach Polen zurückkehren. Auch die rechtsgerichtete Betar-Bewegung versuchte, Schiffe nach Palästina zu organisieren. Im August 1934 erreichte die »Union« Palästina; die anschließende Fahrt der »Wanda« dagegen wurde zum Desaster, denn das Schiff ging bereits im Hafen von Danzig unter. Die offizielle Zionistische Organisation war gegen solche Unternehmungen: 1935 hatten die britischen Behörden 62000 Juden die offizielle Genehmigung erteilt, nach Palästina einzuwandern, und man sah keinen Grund, den englischen Löwen, der sich gerade hilfreich zeigte, zu reizen. Doch, wie bereits bemerkt, haben die Engländer nach 1936, mit Beginn des arabischen Aufstands in Palästina (1936-1939), ihre Politik geändert.

1938 setzte die »illegale« Immigration erneut ein, was zu tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen den führenden Mitgliedern der zionistischen Bewegung führte. Chaim Weizmann und David Ben Gurion hofften, England würde zu seiner bisherigen pro-zionistischen Politik zurückkehren. Dafür arbeiteten sie und sahen natürlich keinen Grund, ihre eigenen Anstrengungen dadurch zu sabotieren, daß man die Engländer durch illegale Einwanderung verärgerte. Aber innerhalb der jüdischen Arbeiterpartei Mapai, die einflußreichste der in der Führung der Jewish Agency for Palestine vertretenen Gruppierungen, war dieser Punkt umstritten. Berl Katznelson, der moralische und geistige Kopf der Bewegung, zugleich der Herausgeber der Tageszeitung von Mapai, schwenkte jetzt auf Tabenkins Linie ein. Hechaluz schickte eine Gruppe nach Europa, um Schiffe aufzukaufen (meist in Griechenland) sowie das Recht zu erwerben, diese unter der Flagge Panamas oder eines anderen Landes fahren zu lassen. Die Schiffe wurden ausgerüstet, Kapitän und Besatzung angeheuert. Ausreisehäfen waren 1938 zunächst italienische und jugoslawische Häfen; einmal, im Juli/August 1939, lief die »Dora« auch holländische und belgische Hafenstädte an. Im Mai 1939 erreichten die Briten, die die Häfen

überwachten und bei den Ausreiseländern intervenierten, daß die Schiffe nicht mehr aus Mittelmeerhäfen auslaufen konnten. Statt dessen fuhren nun einige Schiffe die Donau hinunter; die Einschiffungsorte waren Wien oder Bratislava.

Inzwischen hatten die internen Auseinandersetzungen an Schärfe zugenommen. Die rechtsgerichteten Revisionisten – bzw. deren Jugendorganisation Betar – hatten 1935 die Zionistische Organisation verlassen. Andererseits hatte die bewaffnete Untergrundbewegung der Zionistischen Organisation, die Hagana, die nominell der Kontrolle aller in der Jewish Agency vertretenen Parteien unterstand, de facto aber von der Arbeiterpartei geführt wurde, die Organisation der illegalen Einwanderung (*Alija Bet*, auch »AB« oder »B«-Einwanderung genannt) übernommen. Im Sommer 1938 gründete die Hagana das Mossad Le'Alija B (Institut für die B-Einwanderung) und übertrug Shaul Avigur (Meirov) die Leitung. Das europäische Hauptquartier wurde in Paris eingerichtet. Avigur war nicht nur politisch, sondern auch verwandtschaftlich mit Elijahu Golomb, dem eigentlichen Befehlshaber der Hagana, und mit Mosche Scharett (Shertok), dem Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency, verbunden. Allmählich, als die Verhandlungen zwischen der Jewish Agency und den Engländern in der Sicht der Zionisten stagnierten, ließ sich auch Ben Gurion vom politischen Sinn der *Alija Bet* überzeugen. Im November 1938 schlug er ein Programm massenhafter illegaler Einwanderung vor, die völlig offen organisiert werden sollte, um vor allem in England Sympathie für die Juden in ihrer Zwangslage zu wecken.[1] Die meisten Aktivisten der *Alija Bet* opponierten heftig, denn wenn sie die Jugendbewegung der polnischen Juden vor der Auflösung bewahren und junge Juden nach Palästina bringen wollten, dann nicht nur um diese von Hunger und Hoffnungslosigkeit zu befreien, sondern auch um damit zum Aufbau eines jüdischen Palästina beizutragen. Darum müsse *Alija Bet* geheim organisiert werden: Öffentliche Aufmerksamkeit würde das Ganze zum Scheitern verurteilen.

Fast alle Mossad-Einwanderer stammten aus Polen, also gab es wenig Anlaß, nach Kontakten mit deutschen Stellen zu suchen. Schon vor der Reichspogromnacht wurden allerdings auch junge Juden aus Deutschland und Österreich für die Mos-

sad-Transporte nach Palästina nominiert. Emissäre von Hechaluz agierten in Berlin und in Wien. Mossads Emissär in Wien, Mosche Agami (Averbuch), und die Führer lokaler Jugendgruppen – namentlich Ehud Avriel (Überall) und Teddy Kollek – halfen, Kontakte mit den NS-Behörden zu knüpfen, um die Ausreise von Juden zu erleichtern. Agami und die anderen stellten über Wolfgang Karthaus, einen hochrangigen österreichischen Nationalsozialisten, eine Verbindung zur Gestapo her. Karthaus war bereit, den Juden zu helfen, wohl auch aus ideologischen Gründen, denn es entsprach der offiziellen Politik, diese zur Auswanderung zu bewegen. Er nahm es also auf sich, Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Mit Hilfe einiger zwielichtiger Personen und mit Bestechungen wurden Transitvisen für Jugoslawien beschafft – offensichtlich war auch die Gestapo beteiligt. Vertreter des Pariser Mossad durften auf dieselbe Weise nach Österreich einreisen. Karthaus trug dazu bei, daß die »Colorado«, das erste Mossad-Schiff, das Menschen aus dem Deutschen Reich nach Palästina bringen sollte, im März 1939 den jugoslawischen Hafen Susak verlassen konnte. An Bord waren 400 Auswanderer, 280 davon aus Deutschland, die auf offenem Meer in das Dampfschiff »Atrato« umstiegen. Nach kurzer Zeit jedoch stießen Agenten des Propagandaministeriums auf diese illegalen Arrangements in Jugoslawien, und Goebbels ließ die Geschichte in seiner Zeitung *Der Angriff* veröffentlichen. Eine NS-Stelle hatte die Politik der anderen zunichte gemacht.[2] Agami mußte Wien verlassen, und der Ausweg über Jugoslawien war »verstopft«. Im Mai schon konnte Mossad die nächsten Transporte organisieren, diesmal über Konstanza in Rumänien; dort gingen auch einige österreichische Juden an Bord. Konstanza bedeutete nicht nur eine geographische Umorientierung, sondern mit diesem Hafen öffnete sich auch ein politisch neuer Weg: Nun ging es darum, Schiffe zu finden, welche die neutralen Gewässer der Donau flußab fahren konnten. Dafür waren keine Visen erforderlich; der frühere Landweg dagegen war mit komplizierten Einreiseregelungen verbunden gewesen.

In der Zwischenzeit war der politische Streit unter den Zionisten in die Öffentlichkeit getragen geworden. Die Kontroverse spitzte sich während des 21. Zionistischen Kongresses in

Genf im August 1939 zu. Katznelson bekannte sich öffentlich zur *Alija Bet*. Trotz der Unterstützung durch Rabbi Abba Hillel Silver, einem führenden Zionisten aus den Vereinigten Staaten, konnte Weizmann nicht mehr genug Stimmen zusammentrommeln, um Katznelsons Vorstoß zu stoppen. In der Frage der *Alija Bet* blieb die Führung der Jewish Agency gespalten und ohne klare Linie.

Die Revisionisten versuchten ihrerseits, *Alija Bet* durch eine zentrale Organisation zu unterstützen. Im Lauf des Jahres 1938 wurden diese Aktivitäten immer entschiedener, und Anfang 1939 konnte in Paris ein Büro eingerichtet werden. Allerdings führten Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Flügeln der Bewegung dazu, daß das Büro vor dem Ausbruch des Krieges nur sehr wenige (es waren nicht mehr als vier) Schiffsreisen organisieren konnte. Alle anderen Schiffstransporte wurden von Privatpersonen organisiert, die zwar der revisionistischen Bewegung angehörten, aber mit der Langsamkeit und Unfähigkeit des Pariser Büros unzufrieden waren. Außerdem war die Organisation von Schiffspassagen auch eine Einnahmequelle. Natürlich gab es auch Männer wie Willi Perl, der – ursprünglich aus der Tschechoslowakei stammend – in Wien lebte, die Schiffspassagen allein aus Gründen ihrer Überzeugung organisierten. Bei anderen verbanden sich solche Gründe mit dem Wunsch, Geld zu verdienen. Hermann Flesch und Paul Haller sorgten zwischen Frühjahr 1938 und August 1939 dafür, daß weitere Wiener Juden ausreisen konnten. Die Einschiffung erfolgte meistens in rumänischen Häfen. Zusätzliche Hilfe leistete von Bulgarien aus Baruch Confino; auch er tat das als Privatperson, stand allerdings dem Mossad näher als den Revisionisten. Wir können seine Gruppen hier außer acht lassen, da er keine Verbindung zum Reich und keine Kontakte zur SS unterhielt.

Bis zum Ausbruch des Krieges ermöglichten diese Initiativen insgesamt 17240 Menschen die Einreise nach Palästina; knapp 12000 gelang dies durch die Aktivitäten der Revisionisten und durch Privatinitiativen, etwa 5500 mit der Hilfe des Mossad.[3]

Auch die Verhandlungen, die bis Kriegsbeginn auf deutscher Seite geführt wurden, waren kompliziert. Eichmann kam am

16. März 1938 nach Wien, wo er sich zum Beauftragten für die Ausweisung der Juden hinaufarbeitete. Rudolf Lange war Leiter der Abteilung IIb der Wiener Gestapo, deren Aufgabe es war, »Reichsfeinde«, wozu auch die Juden zählten, auszuschalten. Eichmann hatte ein gutes Verhältnis zu Lange, der Karthaus beim Susak-Unternehmen unterstützt hatte. Eichmann scheint die illegalen Transporte nach Palästina zunächst abgelehnt zu haben.[4] In seinen Memoiren berichtet Perl, er habe Eichmann einen schriftlichen Vorschlag zur Organisation solcher Transporte vorgelegt, und Eichmann habe darauf nur knapp geantwortet: »Wir brauchen keine Verbrecherzentrale in Palästina, die Juden werden atomisiert.« Es gibt wenig Grund, an der Richtigkeit dieser Darstellung zu zweifeln. Eichmanns Äußerung entspricht Hitlers Entscheidung, die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina abzulehnen, und auch der Politik des Auswärtigen Amtes. Wahrscheinlich gibt sie auch Eichmanns eigene Vorstellungen wieder. Aber diese änderten sich bald.[5]

Eichmann muß sein Vorgehen mit Lange abgestimmt haben, denn im Mai bestellte er Vertreter der Revisionisten, private Organisatoren wie Perl, Haller und Flesch sowie einige führende Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu einem Treffen. Der Druck der Gestapo war ein wesentlicher Grund für die zwischen Mai 1938 und Mai 1939 privat organisierten Transporte aus Wien.[6] Entscheidend war, daß die Auswanderung eine Hauptsäule der anti-jüdischen Politik der Nationalsozialisten darstellte.

Trotz interner Querelen unter den Revisionisten, die dazu führten, daß Haller und Flesch aus der Partei ausgestoßen wurden, versuchte die Führungsriege der Revisionisten alle Unternehmungen, die *Alija Bet* förderten, nach Kräften zu unterstützen. Jabotinsky führte Gespräche mit dem rumänischen König Karol II., zuerst in London im Sommer 1938 und noch einmal im Oktober desselben Jahres in Bukarest. Die Rumänen gestatteten daraufhin die Durchreise von Auswandererschiffen zu einem rumänischen Schwarzmeerhafen, sofern dort ein Schiff für die Weiterreise auf sie wartete und auch noch einige rumänische Juden mitausgewiesen werden konnten.[7] Aber wie der Mossad litten auch die Revisionisten unter chronischem Geldmangel

und konnten Schiffe und Mannschaften gerade zu jener Zeit nicht bereitstellen, als die Ausreise aus dem Deutschen Reich immer dringlicher wurde. Auch der Mossad mußte seine Prioritäten ändern und damit beginnen, die *Alija Bet* aus dem Reich zu organisieren.

Ab Frühjahr 1938 verfolgte die SS, im Einklang mit den Wünschen des Führers, die Strategie, die Juden so unter Druck zu setzen, daß möglichst viele von ihnen das Reich verließen. Herbert Hagen – damals Chef der Hauptabteilung II 112 – erklärte, er unterstütze alle Auswanderungspläne, ganz gleich wohin sie führen sollten. So galt auch Palästina als mögliches Ziel, aber wegen der Probleme, die die SS mit dem Auswärtigen Amt hatte, wurde Palästina in den Unterlagen der Flüchtlinge nie als Ziel genannt.[8]

Sowohl vor wie auch nach den Pogromen vom 9. November 1938 wandten sich Vertreter von Mossad und Revisionisten sowie private Organisatoren der *Alija Bet* mit der Bitte an Eichmann und seine Mitarbeiter in Wien, die Ausreise von Juden zu erleichtern. Die Deutschen sollten das Geld der Auswanderer in ausländische Währungen tauschen, damit die Schiffe bezahlt werden konnten; die Flüchtlinge mußten Transitvisen erhalten; für die Fahrt die Donau hinab mußten Schiffe gefunden werden; und vor allem waren Ausreisegenehmigungen erforderlich. Nichts davon war ohne die Gestapo zu haben. Und die Gestapo spielte mit.

Die Engländer ihrerseits setzten die Anrainerstaaten der Donau unter starken Druck. Diese sollten unterbinden, was die Engländer als »Handelsverkehr mit illegalen Einwanderern« nach Palästina bezeichneten.[9] Die Fahrt donauabwärts bis zum Schwarzen Meer konnte jedoch mit einer deutschen Reederei unternommen werden. Ein weiterer Vorteil war, daß Schiffsreisende auf der Donau, einem internationalen Gewässer, keine Visen brauchten. Die Deutsche Donau-Schiffahrtsgesellschaft (DDSG), die bedeutendste, aber nicht die einzige deutsche Reederei, stand inzwischen völlig unter nationalsozialistischem Einfluß. Die Eigentümer wollten auf jeden Fall ihren Anteil am Geld der Juden und handelten, obwohl die Gestapo doch Druck ausübte, letztendlich im eigenen Interesse. Gelegentlich fanden Juden die Unterstützung hilfsbereiter Privatpersonen.

Einer dieser Menschen war Direktor Schätz, der zur Geschäftsleitung der DDSG gehörte.

Im August 1938 richtete Eichmann die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien ein, offenbar angeregt durch die Hilfsersuchen im Interesse auswanderungswilliger Juden. Die Zentralstelle kassierte jüdisches Eigentum, und als Gegenleistung stellte sie Ausreisegenehmigungen aus, wobei nachdrücklich dafür gesorgt wurde, daß die reicheren unter den Juden für die Auswanderung der ärmeren aufkamen.[10] Zunächst hatte Eichmann gezögert, aber nun konnte jeder, der ihm einen Weg zeigte, wie man Juden in größerer Zahl ausweisen konnte, mit seiner Unterstützung rechnen. Seine »Hilfe« bestand darin, zum einen die DDSG unter Druck zu setzen, weniger Geld aus den Juden herauszupressen, wie es die Reederei sonst getan hätte; zum anderen veranlaßte er die Entlassung von Juden, die fest zugesagte Plätze in einem *Alija Bet*-Transportschiff nachweisen konnten, aus Konzentrationslagern. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die beteiligten Nationalsozialisten ein größeres Interesse an der »B«-Einwanderung hatten, als ihre Handlungen zu erkennen gaben: Je mehr Juden aus dem Reich ausreisten, desto größer war der Erfolg, den die SS beim internen Buhlen um die Gunst des Führers für sich verbuchen konnte. Weiterhin war *Alija Bet* eine vielversprechende Möglichkeit, Juden trotz des britischen Widerstands nach Palästina auszuweisen. Die SS verfolgte hier eine Politik, die der des Auswärtigen Amts genau entgegengesetzt war: Dieses lehnte die jüdische Emigration nach Palästina ab, weil es gegen die Bildung eines jüdischen Staates war. Darin wußte sich das Auswärtige Amt mit Hitler einig. Die SS kümmerte sich nicht um die Haltung des Auswärtigen Amtes, wahrscheinlich weil sich Hitler zu den Vor- und Nachteilen der illegalen Einwanderung nach Palästina nicht eindeutig äußerte. Vielleicht war diese Angelegenheit in seinen Augen nicht wichtig genug. Möglicherweise dachte er auch, daß man zwar gegen einen jüdischen Staat sein müsse, daß es andererseits aber auf die Einwanderung einiger Tausend Juden nach Palästina nicht weiter ankam. Das erscheint gerade dann plausibel, wenn man bedenkt, daß Hitler auch Anfang 1939 die Aktivitäten der *Haavara* noch nicht unterbinden ließ und den

von Schacht und Rublee ausgehandelten Plan billigte, der die Emigration nach Palästina nicht ausschloß.

Die Beziehungen zwischen SS und Auswärtigem Amt durften sich natürlich nicht zu sehr verschlechtern. Darum erklärte Heydrich, als die Zentralstelle eingerichtet war, daß er zwar die illegale Einwanderung im Prinzip ablehne, die Transporte nach Palästina allerdings etwas anderes seien. Wenn Deutschland seine Juden nicht ausweisen würde, dann nähmen Länder wie Polen die Schiffsplätze in Anspruch, um auf diesem Weg *ihre* Juden loszuwerden.[11]

1938/39 wanderten 117000 österreichische Juden aus: Zu dieser Zahl, die Eichmann verbuchen konnte, trugen die auf dem Weg der *Alija B* nach Palästina ausgewanderten geringfügig bei. Heydrich nahm die Gesamtzahl zum Anlaß, nach dem Wiener Vorbild die Gründung einer Zentralstelle in Berlin zu fordern. Göring, Hitler direkt unterstellt und für die »Judenpolitik« verantwortlich, unterschrieb am 24. Januar 1939 den entsprechenden Befehl. Offizieller Leiter der neuen Stelle wurde Gestapochef Heinrich Müller, de facto aber, und damit für die jüdische Auswanderung aus dem gesamten Reich allein zuständig, war es Eichmann.

Ihm standen nun verschiedene Kanäle zur Verfügung: Mossad, die Revisionisten und Privatpersonen. Mossad bediente sich zweier Emissäre von Hechaluz (Pino Ginsburg und Max Zimmels), die im Januar 1939 in Berlin eintrafen und dort im Rahmen ihres Auftrags, die jüdische Emigration zu organisieren, mit der Gestapo Kontakt aufnahmen. Alexander von Höpfner, der mit der Gestapo zusammenarbeitete und von dieser wohl mit der Förderung der jüdischen Auswanderung beauftragt worden war, bot den Emissären die Unterstützung für ein gigantisches Unternehmen an: Man wollte 10000 deutsche Juden auf Schiffen, die von der Deutschen Hapag (Hamburg-Amerika) zur Verfügung gestellt werden sollten, »illegal« (!) nach Palästina fahren lassen. Die Führung der deutschen Juden machte sich diesen Vorschlag zu eigen. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland – im Juli 1939 an Stelle der Reichsvertretung der deutschen Juden, die bis zum 8. November 1938 existiert hatte, als Zwangsverband gegründet – bot ganz entgegen der bisherigen Strategie zehn Millionen Reichsmark zur fi-

nanziellen Unterstützung des Vorhabens. Die Einzelheiten waren im August 1939 offenbar geregelt, doch der Kriegsausbruch verhinderte die Realisierung des Plans.[12] Weder Mossad noch Gestapo gaben jedoch auf. Zuerst versuchten sie den Plan zu retten, indem sie die Niederlande als neutralen Ausreiseort vorschlugen. Als dies Vorhaben scheiterte, entwickelten sie im November 1939 den Plan, eine große Zahl deutscher Juden in italienischen Häfen einzuschiffen. Der Briefwechsel zwischen der Gestapo und dem Auswärtigen Amt zeugt davon, daß von Höpfner für Kurt Lischka, Eichmanns Stellvertreter in der Berliner Zentralstelle, arbeitete und daß er den Juden womöglich wirklich freundlicher gesinnt war als andere. Aber gute Absichten alleine halfen nicht, denn das Auswärtige Amt wollte seine Beziehungen zu Italien nicht belasten, und die Italiener ihrerseits hatten kein Interesse daran, daß Tausende von jüdischen Emigranten im Rahmen eines zweifelhaften Unternehmens die italienischen Häfen bevölkerten.[13]

Aber auch dabei blieb es nicht. Im Januar 1940 ließ sich die Reichsvereinigung auf einen Plan der Apala – einer Tochtergesellschaft der Hapag, die zum illegalen Transport von Juden nach Palästina gegründet worden war – ein, potentielle jüdische Auswanderer zu registrieren, und übernahm die Aufgabe, die in Frage kommenden Personen auf Tauglichkeit zu überprüfen. Anscheinend haben sich 30000 Menschen gemeldet. Einige von ihnen wurden ausgewählt, wohl für einen Probelauf. Geld für die Reise sollte teils von den wohlhabenderen Passagieren, teils über ausländische Fonds in Devisen aufgebracht werden. Die Gestapo mit ihrem jüdischen Verbindungsmann Storfer stand hinter dem Plan. Wir wissen nicht, aus welchem Hafen die Schiffe auslaufen sollten, denn aus diesem Plan ist nie etwas geworden.[14]

Eichmann wollte sich offenbar nicht ausschließlich auf unabhängige jüdische Gruppen wie Mossad oder die Revisionisten verlassen. Darum hielt er Ausschau nach einem eigenen Verbindungsmann zu den Juden, d. h. nach einer Person, die er lenken konnte. Eine solche Person war Berthold Storfer.

Geboren 1882 in der Bukowina, war Storfer in Österreich zu einem angesehenen Kaufmann und Bankier geworden. Er engagierte sich nicht in jüdischen Angelegenheiten, doch war er

nach dem »Anschluß« als Mitglied der inoffiziellen Delegation österreichischer Juden zur Konferenz von Evian gereist. Danach, er gehörte nun zur Führung der österreichischen Juden, war er an Eichmann mit der Bitte herangetreten, die Auswanderung von Juden in einer größeren Zahl zu ermöglichen. Solche Bitten hörte Eichmann gern. Berichten zufolge hat er Storfer im März 1939, vielleicht auch früher, zum Koordinator in Sachen *Alija Bet* gemacht – das heißt also, nachdem Eichmann die Leitung der Zentralstelle de facto übernommen hatte.[15] Im Frühjahr und Sommer 1939 liefen alle Kontakte mit der Gestapo in Wien und einige Kontakte in Berlin und Prag über Storfer. Er war zum Beispiel daran beteiligt, als Susak im Frühjahr 1939 das Auslaufen der Schiffe »Colorado« und »Atrato« vorbereitete. Im März 1940 ernannte Eichmann Storfer zum alleinigen Vermittler in allen Angelegenheiten der Auswanderung von Juden, insbesondere der *Alija Bet*. Das Joint Distribution Committee, Mossad, die Revisionisten und die privaten Organisatoren mußten mit Storfer zusammenarbeiten und waren auf seine Vermittlung angewiesen. Das war ein harter Brocken, denn vor allem die Mossad-Leute, aber auch die Revisionisten betrachteten Storfer schlicht und einfach als Verräter und Gestapo-Agenten.

Doch ganz abgesehen von seinen offensichtlichen Kontakten zur Gestapo lag der eigentliche Streitpunkt zwischen Mossad und Storfer darin, daß er Eichmanns Politik, die wohlhabenderen Juden für die armen zahlen zu lassen, mittrug. Auch Storfer wollte darum keine Auswahl der Emigranten nach ihrer Tauglichkeit für ein Leben in Palästina zulassen. Für die Mossad-Leute dagegen galt die unter den Zionisten vorherrschende Ansicht, daß man, wenn die Zahl der Einwanderer schon beschränkt und daran nichts zu ändern sei, wenigstens auswählen müsse. Entscheiden sollten das Alter (vorzugsweise junge Menschen), Anpassungsfähigkeit und die Bereitschaft, in Palästina manuelle Arbeit zu verrichten. Aber auch Mossad konnte diesen Standpunkt nicht durchhalten; äußerer Druck, dem man sich nicht widersetzen konnte, und der Mangel an Mitteln zwangen dazu, Menschen auch wegen ihres Geldes mit an Bord zu nehmen.[16]

Tatsächlich lag die Auswahl der Passagiere für die Schiffe der

Alija Bet zunehmend bei der Gestapo. Gegen Ende 1939 hatte Storfer Kontakt mit dem Joint Distribution Committee aufgenommen: Dieses stellte einen bedeutenden Teil der Finanzmittel für seine Unternehmungen zur Verfügung. Es wurden keine Devisen nach Wien überwiesen, sondern das Committee zahlte für Schiffe und Verpflegung in den Balkanstaaten. Zwi Yehieli, ein einflußreicher Vertreter des Mossad, traf zweimal – im Februar 1940 in Bukarest und im Mai desselben Jahres in Genf – mit Storfer zusammen, um für beide Seiten zufriedenstellende Lösungen zu finden. Die Differenzen ließen sich jedoch nicht überbrücken, und die Beziehungen blieben sehr gespannt.[17] Im nachhinein und angesichts des eigentlichen Ziels von Mossad, nämlich Juden aus Österreich herauszuschleusen, könnte man durchaus zu der Ansicht gelangen, es wäre besser gewesen, wenn Yehieli seine Abneigung überwunden und doch zu einer Abmachung mit Storfer gefunden hätte.

Richten wir jetzt unsere Aufmerksamkeit auf Willi Perl, auf einen noch schillernderen Akteur in diesem Drama. Mit einem Trick war es ihm 1938 gelungen, aus Österreich herauszukommen, und seither organisierte er *Alija Bet* vom Ausland aus. In den ersten Tagen des September 1939 rief er Storfer an und berichtete von einem großen Transport, den er nun, nachdem der Krieg ausgebrochen und die Lage der Juden kritisch geworden sei, organisieren wolle. Am 15. Juni 1939 bereits hatte Perls Cousin, Robert Mandler, von der Gestapo in Prag die Genehmigung erhalten, tschechische Kronen gegen englische Pfund umzutauschen, und zwar bis zu einer Höhe von 20 Pfund Sterling pro Person. Deutschland litt unter Devisenmangel, und hier bot die Gestapo den Juden englische Pfund an, wenn sie nur ausreisen würden! Auch nach Ausbruch des Kriegs wurden die Ausreisegenehmigungen nicht widerrufen. Den Revisionisten gelang es, das türkische Schiff »Sakariya« zu »chartern«, doch hatten sie die üblichen Probleme mit betrügerischen Schiffseignern, britischem Druck auf Rumänien und chronischem Geldmangel. Eichmann persönlich ermöglichte Mandler, Prag im Dezember 1939 zu verlassen, um die Probleme in Sulina, dem rumänischen Ausreisehafen, zu lösen. Auch Storfer war an der Aktion beteiligt, persönlich und auch über seinen Vertreter Moritz Pappenheim, einem Mitglied der ultraortho-

doxen Gruppe Agudas Yisroel. Schließlich, am 1. Februar 1940, legte die »Sakariya« mit 2228 Menschen an Bord ab; das Schiff erreichte Palästina am 13. Februar.[18]

Nach Ausbruch des Kriegs wurde den Aktivisten von Mossad und Hechaluz in Wien rasch klar, daß nun die österreichischen Mitglieder von Hechaluz sowie eine Anzahl anderer Menschen, die für ihre Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland die Hilfe von Mossad erwarteten, schnell, bevor die Grenzen geschlossen würden, aus dem Land gebracht werden mußten. Bei Ehud Avriel, dem Jugendführer in Wien, der mit dem Unternehmen beauftragt worden war, meldete sich eine weitere zwielichtige Figur. Der Mann gab sich als Ferdinand Ceipek aus und behauptete, die Nazis zu hassen und den Juden helfen zu wollen. Er hatte offensichtlich Verbindungen zur Gestapo, deren Politik er unterstützte, indem er Juden bei der Auswanderung half – was immer seine persönlichen Motive dabei waren. Diesmal wurden im November 1939 mit Hilfe von Bestechungsgeldern eintausend Juden nach Bratislava in der Slowakei befördert. Eichmann hatte Avriel angewiesen, die Sache über Storfer zu regeln, aber anscheinend stand Ceipek nicht mit Storfer in Verbindung. Den Leuten von Mossad gelang es nicht, in Rumänien ein Schiff zu organisieren. Die DDSG weigerte sich, Passagiere nach Rumänien zu bringen, wenn dort kein Schiff auf sie wartete. Im Frühjahr 1940 unternahmen jugoslawische Binnenschiffe den Versuch, die Passagiere nach Rumänien zu bringen. Das mißlang, und die Menschen mußten in Kladovo, einer kleinen jugoslawischen Stadt an der Donau, unter schlimmen Bedingungen Zuflucht suchen.[19] Man wandte sich an Storfer, aber dieser war nicht bereit, Geld zum Anheuern des türkischen Schiffs »Wetan« bereitzustellen: Mossad habe das Ganze ohne ihn organisiert, und er könne die Verantwortung für den gescheiterten Mossad-Plan nur übernehmen, wenn er das Schiff vorher sehen könne. Natürlich bestand die Reederei darauf, zuerst eine Anzahlung zu erhalten. Die für Mossad ungeheure Summe von 42000 US Dollar wurde vom Joint Distribution Committee aufgebracht und in die Türkei überwiesen, um das Schiff zu kaufen. Doch völlig unerwartet wurde in der Türkei ein Gesetz erlassen, das solche Verkäufe untersagte, womit sowohl das Geld wie auch das Schiff verloren

waren. Die Flüchtlinge wurden noch nach Sabac, einem anderen Hafen, gebracht, doch die Mossad-Leute konnten kein Schiff für sie finden. Im Oktober 1941, einige Monate nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien, wurden alle wartenden Flüchtlinge von den Deutschen ermordet.[20]

Um Schiffe zu kaufen, bediente sich Storfer eines griechischen Agenten. An der Organisation der Transporte beteiligte er auch Mitglieder der eigenen Familie. So konnte er dafür sorgen, daß insgesamt drei Schiffe mit Flüchtlingen in See stachen. Storfer mußte sich mit denselben Problemen herumschlagen wie die Organisatoren anderer Transporte. Doch hatte er offenbar wenig Skrupel: Sobald die drei Schiffe außer Reichweite der Deutschen waren, kümmerte er sich nicht mehr um das Schicksal der Transporte. Dennoch sah er sich wohl als einen Retter der Juden – mit Hilfe der Gestapo war er das auch. Im Spätherbst 1940, nach vielen Schwierigkeiten, erreichten alle drei Schiffe, die »Milos«, die »Pacific« und die »Atlantic«, mit insgesamt 3551 Flüchtlingen Palästina. Auf einem dieser Schiffe befand sich die Führungsspitze der deutschen Hechaluz-Bewegung, auf den anderen waren Menschen, die die Passage selbst hatten zahlen können, sowie Jugendliche und Familien, deren Überfahrt durch Mossad oder die deutschen Büros der Revisionisten ermöglicht wurden. Die Flüchtlinge hatten Wien und Bratislava am 3. September 1940 verlassen. Am 11. September waren sie an Bord gegangen und erreichten Palästina im Oktober bzw. November.

Dort beschlossen die Engländer, alle dreieinhalbtausend Menschen zur Insel Mauritius im Indischen Ozean zu deportieren. Auch nach dem Krieg, so hieß es, dürften sie nicht nach Palästina einwandern. Die Passagiere von zweien der drei Schiffe mußten in Haifa auf den französischen Frachter »Patria« umsteigen. Die Hagana wollte das Auslaufen dieses Schiffs durch Sabotage verhindern – eine Aktion, die ohne Genehmigung der Jewish Agency durchgeführt wurde. Eigentlich sollte die »Patria« nur fahruntüchtig gemacht werden, aber die dafür notwendige Menge Sprengstoff wurde falsch berechnet, und das Schiff sank am 25. November 1940 auf den Meeresgrund. 267 Menschen verloren bei dieser unglücklichen Aktion das Leben; den Überlebenden wurde gestattet, in Palästina zu bleiben. Die

Passagiere der »Atlantic«, des dritten Schiffs, wurden tatsächlich nach Mauritius deportiert.

Storfer selbst wurde, wie Mandler und einige weitere Personen, von den Nationalsozialisten umgebracht – sie teilten das Schicksal vieler jüdischer Anführer, die sich mit Eichmann eingelassen hatten.

Das Schicksal der von Storfer organisierten Schiffe hatte keine Auswirkung auf die nationalsozialistische Politik der Judenvertreibung, und Eichmann fuhr fort, auf unverzügliche Zwangsauswanderung aller Juden zu drängen. Im September 1939, nach Kriegsbeginn und angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten, die legale oder halblegale Auswanderung von Juden zu organisieren, verfolgte man eine Doppelstrategie: Einerseits ließ Eichmann Juden aus dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach Polen abschieben, andererseits konnten die illegalen Transporte nach Palästina fortgesetzt werden. Beide Methoden waren – im Sinn der Nazis – nicht sonderlich erfolgreich. Die Transporte nach Polen – dort wurden Juden nach Nisko, einer Stadt in der Nähe der mit den Sowjets vereinbarten Demarkationslinie, gebracht – mußte man abbrechen, denn die gerade installierte Verwaltung des Generalgouvernements Polen wandte sich dagegen. Hans Frank, der Generalgouverneur, wollte nicht, daß man ihm Juden, Sinti und Roma in großer Zahl aufhalste, und die Deportationen mußten im Frühjahr 1940 eingestellt werden.

Es waren nur ein paar tausend Juden, die man in Richtung Palästina vertreiben konnte: Zwischen dem 1. September 1939 und März 1941 wurden 12 863 »B«-Einwanderer registriert, die weder alle aus dem Deutschen Reich stammten noch alle in Palästina ankamen. Eichmann genügte das nicht; das könnte die Fahrten der »Sakariya« im Winter 1939/40 und der drei von Storfer organisierten Schiffe im Herbst 1940 erklären. Offenbar betrachtete er den nach innen ausgeübten Druck als zu wenig wirksam, denn nun versuchte Eichmann, die Juden mit brutaleren Methoden zur Auswanderung zu bringen. Am 3. Juli 1940 rief er die örtlichen Leiter der Reichsvereinigung als auch der Gemeinden Wiens und Prags zusammen und forderte sie auf, innerhalb von 48 Stunden einen Plan vorzulegen, wie alle Juden aus dem Reich zu entfernen seien. Natürlich führte dies Ultima-

tum zu nichts. Ab Frühjahr 1941 unternahmen die Nationalsozialisten keine Versuche mehr, die Juden nach Palästina zu vertreiben. Statt dessen begann nun die Vorbereitung der »Endlösung«. In den gerade eroberten Gebieten der Sowjetunion wurden die ersten Massenmorde verübt. Und zur gleichen Zeit, im Oktober 1941, wurde die Inbetriebnahme des ersten Vernichtungslagers in Chelmno vorbereitet. Die ersten Opfer sind dort am 8. Dezember 1941 ins Gas getrieben worden. In Serbien fanden Massenerschießungen von Juden statt. Aber noch konnten Juden aus dem Reich ausreisen; bis in den Oktober 1941 erhielten einige Juden Ausreisegenehmigungen. Andere wurden über die Grenzen abgeschoben. Für kurze Zeit sind die beiden Strategien, Ermordung und Vertreibung, parallel verfolgt worden.

Kann man die Kontakte, zu denen es von 1938 bis 1940 zwischen der Gestapo und den jüdischen Untergrundbewegungen kam, als Verhandlungen betrachten? Oder stellen sie eher eine Art Zusammenarbeit ungleicher Parteien dar? Willi Perl zeigt die im Kern paradoxe Lage. In seinem Buch *The Four Front War* heißt es: »Auf Schiffen, die unter neutraler Flagge fuhren, reisten junge Juden verschiedenster Nationalität mit Hilfe unserer Organisation in das von den Briten kontrollierte Palästina, wo sie sich im Kampf gegen die Nazis zweifellos den britischen Truppen anschließen würden. Die Engländer haben versucht, dies zu verhindern. Die Deutschen haben es nicht nur gestattet; sie haben das Unternehmen unterstützt, den Engländern junge Soldaten zuzuführen, die ganz sicher bereit waren, in den Kampf gegen die Nazis zu ziehen. Die Deutschen ließen Menschen ziehen, die doch Zwangsarbeit in den Fabriken hätten verrichten können. Die Nazis stellten die Binnenschiffe zur Verfügung, und sie gestatteten den Ausreisenden sogar den Umtausch der Landeswährung in Devisen, die das Deutsche Reich so dringend brauchte.«[21]

Dennoch können wir kaum von »Verhandlungen« zwischen Juden und Nationalsozialisten sprechen. Die Zusammenarbeit fand statt zwischen einem Verfolger, der sich damals der Opfer entledigen wollte, und den Vertretern der Opfer, die versuchten, der Gewalt der Verfolger zu entkommen. Wie auch bei den anderen, bereits beschriebenen Formen der Auswanderung war

der Wunsch der Juden, fliehen zu können, die Kehrseite der Ziele der Nationalsozialisten. Doch wenn über *Haavara* und den Rublee-Schacht-Plan tatsächlich mit klaren Interessenlagen verhandelt wurde, dann gab es solche Verhandlungen zwischen Eichmann, Storfer, Avriel, Mandler oder Perl nicht mehr. Auf der einen Seite stand brutaler Druck, daneben ein wenig Hilfe, wenn man so nennen kann, was zur Förderung nationalsozialistischer Ziele gedacht war. Auf der anderen Seite stand der verzweifelte Versuch jüdischer Gruppen und ihrer Repräsentanten, der Falle zu entkommen – einer Falle, in die sie zwischen Nationalsozialisten, einer unmenschlichen Politik der Engländer, der Gleichgültigkeit der neutralen Länder und der Ohnmacht der jüdisch-zionistischen Führung geraten waren.

Festzuhalten ist jedoch, daß die Nationalsozialisten – und auch, was noch wichtiger ist, die SS – bis zum Herbst 1941 eine Politik der Vertreibung verfolgten, die erst langsam in den Massenmord überging. Für die Nationalsozialisten war es nur logisch, was Heydrich während der berüchtigten Wannsee-Konferenz aussprach: »Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten« – eine »weitere« Lösung also, die nicht im Widerspruch zur bis dahin verfolgten Strategie gesehen wurde.[22] Nun ging es um die völlige Auslöschung der Juden. Mußte das in der nun folgenden Zeit notwendigerweise und unter allen Umständen der Möglichkeit von Emigration und Vertreibung widersprechen?

4
Der Weg zur »Endlösung«

Es gibt keinen Hinweis darauf, daß sich in der Zeit vom deutschen Einmarsch in Polen bis weit ins Jahr 1942 hinein, also in der Periode der größten Machtentfaltung der Nationalsozialisten, irgendeine NS-Stelle von Bedeutung an Verhandlungen mit Juden oder an den Problemen von Juden interessiert gezeigt hätte; eine Ausnahme bildeten bis Anfang 1941 nur die im Zusammenhang mit der *Alija Bet* notwendigen Kontakte. In dieser Zeit sind die Nationalsozialisten in ihrer anti-jüdischen Politik von der Vertreibung zur Vernichtung übergegangen; ein Wandel, der hinreichend erforscht und in der aktuellen Literatur detailliert dargestellt ist.[1]

Mit dem Einmarsch in Polen wurden die Verbindungen in die USA, den Freikauf von Juden betreffend, abgebrochen. England war, als es dem Deutschen Reich am 3. September 1939 den Krieg erklärte, zur Kriegspartei geworden. Verbindungen waren auch nicht mehr erforderlich, denn zur Lösung der »Judenfrage« wurde ein alternativer Plan entwickelt und von Hitler zumindest gebilligt, vermutlich sogar initiiert. Am 21. September 1939 versammelte Heydrich seine Dienststellenleiter und die Führer der Einsatzgruppen von SS (SD) und Polizei, dieser Mordkommandos, die im besetzten Polen Angst und Schrecken verbreiteten, zu einer hochrangigen Beratungsrunde, an der Gestapochef Heinrich Müller, Reichskriminaldirektor Arthur Nebe, der Chef der deutschen Kriminalpolizei (Kripo), Adolf Eichmann und viele andere teilnahmen. Man diskutierte darüber, wie mit den gerade eroberten polnischen Gebieten und mit deren Einwohnern, unter denen viele Juden waren, zu verfahren sei. Keine einfache Frage, denn inzwischen hatten die Deutschen in ihrem Machtbereich nicht nur die deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, die zusammen ungefähr eine halbe Million zählten, sondern auch etwa 1,7 der 3,3 Millionen polnischer Juden (die übrigen befanden sich in dem Teil Vorkriegspolens, das die Sowjetunion besetzt hatte).

Die entscheidenden Sätze des am 27. September verfaßten

Sitzungsprotokolls lauten wie folgt: »Als Siedlungskommissar für den Osten wird der Reichsführer SS eingesetzt. Die Judendeportation in den fremdsprachigen Gau, Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt. Jedoch soll der ganze Prozeß auf die Dauer eines Jahres verteilt werden.« An einer anderen Stelle dieses Dokuments wird der Begriff »fremdsprachiger Gau« erklärt: Gemeint war das zukünftige Generalgouvernement, das heißt der Hauptteil des besetzten Polens ohne dessen westliche Gebiete, die vom nationalsozialistischen Deutschland direkt annektiert wurden. Mit »Demarkationslinie« war die neue Grenze zwischen dem Generalgouvernement und der Sowjetunion gemeint. Mit anderen Worten, Hitlers Zustimmung galt einem Plan (der allem Anschein nach auf ihn zurückging), demzufolge alle Juden innerhalb eines Jahres aus dem Reichsgebiet zunächst ins Generalgouvernement und anschließend mitsamt den polnischen Juden weiter in die Sowjetunion vertrieben werden sollten. Das zielte noch nicht auf eine völlige Vernichtung der Juden, aber man wollte alle im deutschen Machtbereich befindlichen Gebiete gewaltsam von Juden befreien. In Andeutungen ist auch von feindseligen Absichten gegenüber der Sowjetunion die Rede: »Der Ostwall umfaßt alle deutschen Provinzen, und man hat praktisch als Niemandsland davor den fremdsprachigen Gau.« *Nach* Ablauf des Jahres, in dem die Juden vertrieben sein sollten, wurden demnach Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion durchaus nicht ausgeschlossen.[2]

Das Ergebnis dieses Treffens der SS- und Polizeiführer vom 21. September war ein Befehl, mit dem Heydrich unter demselben Datum verfügte, daß in den jüdischen Gemeinden Polens Judenräte einzurichten seien, welche die Anordnungen der Nationalsozialisten unter den Juden durchsetzen sollten. Außerdem wurde die Konzentration der Juden entlang der Eisenbahnlinien angeordnet und darauf hingewiesen, daß die »geplanten Gesamtmaßnahmen (also das Endziel) streng geheim zu halten sind«.[3] Wenn man die beiden Dokumente vergleicht, die aus dieser Unterredung hervorgingen, sieht man, daß das »Endziel«, das Hitler vorgegeben hatte, die Vertreibung der Juden in die sowjetischen Gebiete war. End- oder Gesamtziel hieß es, weil es erst im Lauf eines Jahres erreicht werden sollte. Alle anderen Maß-

nahmen dagegen – die Konzentration der Juden und die Bildung von Judenräten – sollten vorbereitende Schritte auf dieses Ziel hin sein.

Aufschlußreich ist eine weitere Anordnung in Heydrichs Befehl vom 21. September: Im südöstlichen Teil des neuen Generalgouvernements, das an sowjetisch besetztes Gebiet grenzte, sollten eine Zählung der Juden durchgeführt und ebenfalls Judenräte gebildet werden, doch eine Konzentration der dort lebenden Juden war nicht vorgesehen. Offenbar wollte man alle Juden vor ihrem endgültigen Abtransport in die Sowjetunion dorthin deportieren. Eichmann machte sich daran, diesen Plan organisatorisch umzusetzen.

In der Absicht, alle Juden in die Sowjetunion abzuschieben, mag man vielleicht noch einen Nachhall jener ursprünglichen Vorstellung Hitlers erkennen, die »Judenfrage« durch irgendeine Art internationaler Vereinbarung zu lösen. Noch war, zumindest für die allernächste Zukunft, kein Krieg gegen die Sowjetunion geplant, und wenn die Sowjets mehrere Millionen Juden aufnehmen sollten, muß man zumindest erwogen haben, mit den Sowjets zu verhandeln. Solche Verhandlungen haben nicht stattgefunden. Der Plan, der mit Hitlers Zustimmung bereits in Einzelheiten ausgearbeitet worden war, wurde nach einiger Zeit aufgegeben.

Aber Verhandlungen wären auch dann überflüssig gewesen, wenn es gelingen würde, alle Juden aus dem Land zu vertreiben – und zwar ohne ihnen zu gestatten, ihren Besitz mitzunehmen. Eine solche Vertreibung würde zumindest für einige Zeit (und bis zum Beginn des Kriegs gegen die Sowjetunion) dem Bestreben, alle Gebiete unter deutscher Herrschaft »judenrein« zu machen, Genüge tun. Hitlers Plan zeigt die Brutalisierung der anti-jüdischen Politik, und seine Durchführung hätte großes Leid und den Tod über die Masse der Juden gebracht. Aber dies war noch nicht gleichbedeutend mit einer »Endlösung« durch systematischen Massenmord.

Jenen frühen Plänen folgend, versuchte Eichmann, Juden im Gebiet um die Stadt Nisko (nahe Lublin) im Südwesten Polens zu konzentrieren. Dorthin wurden Zehntausende von Juden deportiert, hauptsächlich aus Wien, dem Protektorat Böhmen und Mähren und aus dem westlichen Polen. Damit und auch bei

weiteren Deportationen hielt man an der Absicht, alle Juden im Gebiet von Lublin zu konzentrieren, fest – wiederum mit ausdrücklicher Zustimmung Hitlers.[4] Doch Hans Frank, der neue NS-Gouverneur des Generalgouvernements, opponierte gegen diese Deportationen, hauptsächlich aus wirtschaftlichen Erwägungen, und er fand darin Görings Unterstützung. So wurde der Plan, in Lublin ein »Judenreservat« einzurichten, im März oder April 1940 aufgegeben.[5]

Himmler, der dafür verantwortlich war, daß in den eroberten Gebieten die von Hitler gewünschte rassische Neuordnung durchgeführt wurde, zeigte sich unsicher über die Entwicklung der Dinge. In einer Niederschrift für Hitler vom Mai 1940 findet sich die Überlegung, daß »die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich« abzulehnen sei. Hitler vermerkt dazu am Rand: »Sehr richtig.«[6] Da wir Hitlers Gedanken nicht lesen können, ist es auch unmöglich zu beurteilen, wie aufrichtig diese Bemerkung gemeint war; es ist noch nicht einmal zu entscheiden, worauf sie sich bezieht: auf den zitierten Satz oder ganz allgemein auf die im Memorandum dargelegte Behandlung der Bevölkerung in Polen.

In dieser Niederschrift »Über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« formulierte Himmler, wenn auch in vagen Worten, die neue Politik gegenüber den Juden: »Den Begriff der Juden hoffe ich, durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung aller Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen.« Offenbar war das ein Rückgriff auf die von Hitler im Jahr 1938 vertretene Vorstellung, die Juden mit Hilfe internationaler Abkommen nach Madagaskar zu deportieren. Himmler schrieb dies im Mai 1940, also *vor* Ende des Westfeldzugs und vor der Kapitulation Frankreichs im Juni, nieder, ging jedoch von einem Sieg der Deutschen aus. Er muß wohl gedacht haben, daß sich ein besiegtes Frankreich und auch Großbritannien einem Vorschlag der Deutschen nicht widersetzen würden, der französische Besitzungen betraf. Möglicherweise war es dieser Gedankengang und nicht so sehr der Satz über die Vernichtung eines Volkes, der Hitlers *sehr richtig* ausgelöst hat.

Von Mai bis in den Herbst, vielleicht auch bis Ende 1940 galt

der »Madagaskar-Plan« unter den beteiligten NS-Stellen und -Führern als bevorzugte Lösung. Die Idee war keineswegs neu. Seit Ende des 19. Jahrhunderts war sie immer wieder vorgebracht worden, und in den dreißiger Jahren hatte die polnische Regierung sogar erwogen, Polen zur Auswanderung nach Madagaskar zu bewegen. Dann, als es um die Auswanderung von polnischen Juden ging, wurde der Vorschlag – unter Einbeziehung auch von Vertretern der Juden – genauer untersucht. In den späten dreißiger Jahren schließlich haben die Nationalsozialisten den Plan wieder aufgegriffen. Eichmann befaßte sich 1938 mit dem Projekt, Juden auf die Tropeninsel zu schaffen. Hitler hat sich diesen Plan spätestens im Herbst 1938, als er sich in seinen Anweisungen an Göring zur Lösung der »Judenfrage« ausdrücklich darauf bezog, zu eigen gemacht. Himmlers Niederschrift vom Mai 1940 wurde vom Auswärtigen Amt und von der SS (dem Reichssicherheitshauptamt) aufgegriffen, wobei die SS deutlich machte, daß sie für die Lösung des Judenproblems zuständig sei. In seiner Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt über Madagaskar gebraucht Heydrich den Ausdruck »territoriale Endlösung«. All dies geschah im Juli und August 1940, nach der Niederlage Frankreichs und als die Deutschen fest davon überzeugt waren, daß es zu Friedensverhandlungen mit Großbritannien kommen würde. In diesem Fall sollte Madagaskar zum deutschen Protektorat werden, die Juden Europas würden dorthin gebracht und zwangsweise angesiedelt werden; für die Überfahrt sollten die Juden anderer Länder aufkommen. Selbstverständlich wird die einheimische Bevölkerung Madagaskars mit keinem Wort erwähnt.[7]

Auch die Wiederaufnahme des Madagaskar-Plans läßt – wie die Vorstellung, die Juden in die Sowjetunion abschieben oder ein Reservat bei Lublin einrichten zu können – darauf schließen, daß an totale Vernichtung *noch* nicht gedacht wurde. Über erzwungene Auswanderung ging der Plan jedoch bereits hinaus. Es war sehr unwahrscheinlich, daß europäische Juden, die man in großer Zahl auf diese feuchte und malariaverseuchte Tropeninsel deportiert hätte, dort ohne landwirtschaftliche und industrielle Ressourcen, ohne Vorbereitung und Kapital und unter der Aufsicht der SS sehr lange überlebt hätten. Fürchterliches Leid, wenn nicht der Tod vieler, ja der meisten der Depor-

tierten wäre die Folge gewesen. Wenn dieser Plan auf die Dezimierung der Juden hinauslief, dann waren Verhandlungen über den »Madagaskar-Plan« mit Juden oder ihren Gönnern nicht erforderlich. Ein deutscher Sieg im europäischen Krieg und eine erzwungene »Einwilligung« Großbritanniens und Frankreichs in die Pläne der Nationalsozialisten zur Deportation der Juden – das wäre die typisch nationalsozialistische Form jenes »internationalen Abkommens« gewesen, von dem Hitler in seiner Rede vom 30. Januar 1939 gesprochen hatte.

Im Oktober 1940 deportierten die Nationalsozialisten 7600 deutsche Juden, hauptsächlich aus Baden und der Pfalz, nicht nach Osten, sondern nach Westen, nach Frankreich. Dies macht nur dann Sinn, wenn man vorhatte, diese Menschen über französische Häfen in eine ehemalige französische Kolonie zu deportieren. Möglicherweise hielten die Nationalsozialisten auch im Oktober noch die Deportation nach Madagaskar für die Lösung dessen, was sie »Judenfrage« nannten. Dem Plan standen jedoch unüberwindliche Hindernisse entgegen. Zunächst einmal dachte Großbritannien nicht an Friedensverhandlungen, und die Royal Navy kontrollierte die Meere. Die Deutschen hatten keine Möglichkeit, nach Madagaskar zu gelangen. Als im Lauf der Monate deutlich wurde, daß die deutsche Luftwaffe mit ihrem Versuch, die Invasion Großbritanniens durch Bodentruppen vorzubereiten, gescheitert war, ließ die Begeisterung der Nationalsozialisten für den »Madagaskar-Plan« nach. Zur gleichen Zeit, genauer im Juli 1940, begann Hitler damit, seine engeren Gefolgsleute auf den Krieg gegen die Sowjetunion einzuschwören.

In Reden vor geschlossenen Versammlungen, besonders vor Angehörigen der Wehrmacht, aber auch in den Unterredungen mit seinen wichtigsten Spießgesellen hat Hitler, wie die jüngste Forschung gezeigt hat,[8] den Boden für den Massenmord an den Juden vorbereitet. Die Verschärfung der Maßnahmen gegen die Juden hängt offensichtlich mit der Entscheidung zusammen, die Sowjetunion anzugreifen.[9] Der Krieg gegen das jüdisch-bolschewistische Regime war in Hitlers Sicht ein ideologischer Kampf zwischen zwei Weltanschauungen. Der Bolschewismus galt ihm als Ausgeburt der »jüdischen Weltverschwörung«, ihres Verlangens, die Welt zu beherrschen. Der Krieg war daher

ein Krieg gegen die Juden, die sich hinter der Fassade des Bolschewismus versteckt hatten. Wann genau die Entscheidung, alle Juden im Machtbereich der Deutschen zu töten, gefällt wurde, ob bereits Anfang 1941, wie Richard Breitman nahelegt,[10] oder ob im Frühjahr dieses Jahres zunächst der Entschluß fiel, die Juden in der Sowjetunion zu töten, der dann im Früh- oder Spätsommer, vielleicht sogar im frühen Herbst, zu einem Programm des Massenmords ausgeweitet wurde, macht in unserem Zusammenhang keinen Unterschied. Die Entscheidung fiel, als sich das NS-Reich am Punkt des Sieges über Europa wähnte. Am 31. Juli 1941 hat Göring die Anweisung unterzeichnet, mit der er Heydrich, als Chef der Polizei, ermächtigt hat, eine europäische Gesamtlösung der »Judenfrage« und damit auch den Boden für die »Endlösung« vorzubereiten. An anderer Stelle habe ich versucht zu zeigen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach als der Befehl Hitlers, die Juden zu ermorden, anzusehen ist.[11]

Die Entscheidung der Nationalsozialisten schien unwiderruflich – und in gewissem Sinn war sie das auch. Es besteht Grund zu der Annahme, daß man an dieser Entscheidung auch dann festgehalten hätte, wenn sich die Situation aus Sicht der Nationalsozialisten nicht zum Schlechteren gewendet hätte. Die totale Vernichtung der Juden, wo immer man ihrer habhaft werden konnte, wurde die nationalsozialistische Antwort auf das, was die Nazis »Judenfrage« nannten. Die Zukunft schien einen Sieg Deutschlands über die Sowjetunion zu verheißen, daneben die teilweise Eroberung des britischen Empires und die Eroberung von Mittelmeerhäfen, von denen aus Deutschland in einem anhaltenden Seekrieg – mit Ressourcen des ganzen Kontinents im Rücken – Großbritannien in die Knie gezwungen hätte. Die Vereinigten Staaten, die in Asien von den Japanern bedrängt wurden, wären zu einem Abkommen mit dem NS-Reich gezwungen gewesen, womit die »Judenfrage« auch in den Vereinigten Staaten hätte gelöst werden können. Die Bereitstellung von Kapital, die Organisation einer geordneten Auswanderung, der Schutz des Lebens von Juden – all das wäre in einem solchen Szenario überflüssig. Die Vorstellung, alle Juden zu ermorden, war von Anfang an in der nationalsozialistischen Ideologie angelegt, selbst wenn sich die Nationalsozialisten dessen nicht bewußt wa-

ren – und nun konnte sie ungehindert zum Vorschein kommen. Die »Endlösung« war tatsächlich endgültig.

Dennoch ließ der Prozeß, mit dem die Nationalsozialisten tatsächlich auf die Massenvernichtung zusteuerten, eine gewisse taktische Hintertür offen. Wie wir gesehen haben, hat sich die Haltung gegen die Juden in dem Augenblick verschärft, als die Nationalsozialisten ihre Macht ausbauen und Deutschland auf Kosten der Unabhängigkeit Österreichs, der Tschechoslowakei und schließlich Polens, Skandinaviens und der westlichen Länder vergrößern konnten. Die gestärkte Machtposition und die Eroberungen ließen das mörderische Potential der NS-Ideologie offen zum Ausdruck kommen. Der wichtigste Faktor bei dieser Radikalisierung war Hitler selbst; die Radikalisierung war abhängig von der Macht, die seine Diktatur in zunehmendem Maße über die deutsche Bevölkerung errang. Diese Macht hing natürlich vom wirtschaftlichen und sozialen Erfolg seines Regimes ab, und ebenso, im Bereich des Politisch-Ideologischen, von der Selbstachtung, die es den Deutschen verschaffte. Auch sie war ein Ergebnis der wiedererrungenen Stärke Deutschlands in Europa. So war die Entscheidung oder die Folge von Entscheidungen, die zur totalen Vernichtung der Juden führte, im wesentlichen von zwei Variablen und einer Konstante abhängig: von den politischen und militärischen Bedingungen, die eine deutsche Vormachtstellung in Europa und damit in der ganzen Welt möglich scheinen ließen, von dem Maß, in dem sich die Masse der Deutschen, und ganz besonders und zentral das Bildungsbürgertum, mit ihrem Regime und dessen »Führer« identifizierten, woraus folgte, daß alles, was Hitler – oder das Regime in seinem Namen – befahl, auch ausgeführt wurde. Die Konstante schließlich war die judenfeindliche Ideologie, die in den Juden das Haupthindernis für eine Vorherrschaft Deutschlands sah.

Wenn diese Analyse jedoch zutrifft, dann muß umgekehrt die Unwiderruflichkeit der Entscheidung oder der Folge von Entscheidungen von den eben aufgezählten Faktoren abhängen. Wenn sich einige von ihnen änderten, hätte das nicht auch Einfluß auf die Mordpläne und ihre Unwiderruflichkeit haben müssen? Ein ideologisch derart verhärtetes Regime hätte die einmal akzeptierten Mordpläne gewiß nicht aufgegeben; doch

scheint die Frage einer Überlegung wert, ob das Regime seine Pläne unter gewissen Bedingungen und aus taktischen Gründen nicht doch hätte auf Eis legen oder Kompromissen unterwerfen können. Solche veränderten Randbedingungen würden zwar den Wunsch, den Weg der Endlösung tatsächlich auch bis zum Ende zu gehen, nicht ändern. Aber was wäre, wenn Deutschland in militärische Bedrängnis geriete, wenn die Aussicht auf deutsche Vorherrschaft in Europa und der ganzen Welt schwinden würde? Könnte es dann nicht ratsam scheinen, andere Möglichkeiten zu erwägen, taktische Kompromisse, vielleicht Verhandlungen mit diesem oder jenem Gegner Deutschlands, um Deutschland eine Atempause zu verschaffen? Und wenn der Preis für eine solche Atempause die Herausgabe einiger Juden sein würde, wäre es das nicht wert? Deutschland würde sich wieder erholen, und dann würden die freigelassenen Juden erneut von der »Endlösung« eingeholt werden, ebenso wie alle anderen Juden, die sich (noch) nicht in deutscher Gewalt befanden. Verzögerungen, Verhandlungen, die Freilassung von Juden – all dies hätte nicht den Verzicht auf die Pläne zur Massenvernichtung bedeutet und insofern auch keinen Gesinnungswandel der Nationalsozialisten dargestellt, sondern einen unbedeutenden taktischen Rückzug, mit dem sich die Nationalsozialisten genau die unangefochtene Stellung wieder verschaffen würden, die sie brauchten, um ihr ideologisch fundiertes Völkermordprogramm zum Ende zu führen.

So könnte sich die Situation den Nationalsozialisten dargestellt haben. Und aus der Sicht der Juden könnte der taktische Zickzackkurs der »Endlösungspolitik« als Chance begriffen worden sein, Leben zu retten – nicht alle Leben und nicht die meisten, aber doch einige. Nach traditionell-jüdischer Vorstellung rettet der, der ein Leben bewahrt, eine ganze Welt. Und es wäre ein vergebliches Bemühen, zu erraten, wie viele Welten bei solchen taktischen Erwägungen auf dem Spiel standen.

Den westlichen Alliierten waren solche Erwägungen gänzlich fremd. Sie führten Krieg gegen eine existentielle Gefahr nicht nur für ihre politische Existenz, sondern auch für ihre Kultur, ihre Gesellschaft, ihre Lebensweise. Das Problem der Juden spielte für sie eine untergeordnete Rolle. Die Juden waren eine religiöse, vielleicht auch eine ethnische Minderheit in

Europa und Amerika – und sie waren nicht sehr beliebt. Aus irgendwelchen rätselhaften Gründen hatten die Nationalsozialisten beschlossen, sie zu verfolgen. Die Nationalsozialisten verfolgten auch andere Minderheiten, und die westlichen Politiker haben z. B. zwischen der Verfolgung der Zeugen Jehovahs und der der Juden nie einen Unterschied erkennen wollen. Die Juden durften sich nicht vordrängen; die einzige Lösung für ihre Schwierigkeiten – die einzige Lösung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung – war ein Sieg der Alliierten. Diese waren davon überzeugt, daß man mit den Nationalsozialisten weder verhandeln noch sie bestechen konnte; man mußte sie besiegen. Etwas anderes gab es nicht. Die Alliierten haben die Nationalsozialisten nicht verstanden; auch nicht, als sie diese schon besiegt hatten. Zuletzt haben die Alliierten die Schrecken der Konzentrationslager entdeckt. Aber weshalb es diese gegeben hat, welche Funktion sie hatten und weshalb die Juden für das System der Konzentrationslager eine so einzigartige Rolle gespielt haben – das alles haben die Alliierten auch nach ihren schrecklichen Entdeckungen noch nicht verstanden.

Das Blatt wendete sich für die Nationalsozialisten nicht sofort nach dem Sommer 1941. Die erste schwere Niederlage erlitt die deutsche Wehrmacht in Rußland im Winter 1941/42. Doch die NS-Führung betrachtete dies nur als bedauernswerten Rückschlag und machte sich daran, ihre alte Position wiederzuerlangen und die Sowjets mit den Feldzügen vom Frühjahr und Sommer 1942 in die Knie zu zwingen. Der Seekrieg schien erfolgreich zu sein, und die Japaner konnten, als sie in den Krieg eingriffen, die Amerikaner und deren Alliierte im Pazifik zunächst zurückschlagen. Offenbar gab es keinerlei äußere Gründe, in der Entscheidung, das jüdische Volk zu vernichten, wankend zu werden – keinerlei Anlaß zu Verhandlungen, taktischem Rückzug oder Umdenken.

Erst im Herbst 1942 hat das Kriegsglück die Deutschen endgültig verlassen. Die alliierte Landung in Nordafrika, der Sieg der Briten bei El Alamein und die bei Stalingrad steckengebliebene Offensive deuteten auf das Ende des deutschen Vormarschs, signalisierten eine Wende. Es ist kein Zufall, daß sich in dieser Zeit die ersten Hinweise auf den Wunsch Himmlers, eines der Hauptverantwortlichen für die »Endlösung«, finden

lassen, doch Möglichkeiten für Kontakte mit dem Westen offenzuhalten. Da er überzeugt war, daß die Juden die Westmächte ebenso beeinflußten wie die Bolschewisten, ist es möglich, daß er auch Kontakte mit Juden nicht ausgeschlossen hätte.

5
»Willy«

Die eigenartigen Verhandlungen, die 1942/43 in der Slowakei zwischen einer Gruppe jüdischer Gemeindeoberhäupter und Dieter Wisliceny, dem nationalsozialistischen Berater für jüdische Angelegenheiten, in Bratislava geführt wurden, sind den Historikern des Holocaust schon lange bekannt. Einer der Teilnehmer, der Rabbiner Michael Dov Ber Weissmandel, hat sie in rabbinischem Hebräisch unter dem Titel *Min Hametzar* (»Aus den Tiefen«) beschrieben, als Buch 1960 in New York posthum veröffentlicht.[1] Aus mehreren Gründen sind die meisten späteren Autoren, und dazu gehöre ich auch, dieser Beschreibung der Ereignisse in der Slowakei gefolgt. Erstens hat Weissmandel seinen Bericht in den fünfziger Jahren niedergeschrieben, als seine Erinnerungen wohl noch frisch waren. Zweitens bezog Weissmandel die Ereignisse immer auf jeweils naheliegende jüdische Feiertage, und es schien unwahrscheinlich, daß ein ultraorthodoxer Rabbiner seines Ranges sich bei Feiertagen irren würde. Und drittens hatte Weissmandel eine eindrucksvolle Reihe von Dokumenten gesammelt. Einige sind in seinem Buch im Wortlaut, andere in hebräischer Übersetzung abgedruckt, und man kann davon ausgehen, daß er ein Dokument niemals willentlich verändert oder verzerrt wiedergegeben hätte. Um Weissmandels Bericht jedoch verstehen zu können, sollte man den Hintergrund der slowakischen Situation etwas beleuchten.

Die Slowakei hatte, bevor sie in der 1918 gegründeten tschechoslowakischen Republik aufging, eintausend Jahre lang zur ungarischen Monarchie gehört. Obwohl Tschechen und Slowaken über eine lange Periode sehr unterschiedliche Schicksale erlebt haben, sind ihre Sprachen so nahe verwandt, daß man die eine als Dialekt der anderen betrachten könnte. Die beiden tschechischen Kerngebiete Böhmen und Mähren waren sehr weit industrialisiert und genossen einen relativ hohen Lebensstandard. Die bergige Slowakei dagegen verfügte über wenig natürliche Ressourcen und über noch weniger Industrie; dort lebten vor allem arme Bauern. So wuchs zwischen den benach-

teiligten Slowaken und ihren oft überheblichen tschechischen Vettern eine erbitterte Feindschaft. Die Slowakei war weitgehend katholisch, wobei es bedeutende protestantische und griechisch-katholische Minderheiten gab. Der katholische Priester Andrej Hlinka gründete die Slovenská L'udová Strana oder SL'S (Slowakische Volkspartei). Diese Partei gewann mit ihrer nationalistischen, antisemitischen und antitschechischen Programmatik nach 1919 in der Slowakei allmählich an Einfluß. Die Parteimiliz, die Hlinková Garda (Hlinka-Garde), ahmte Parteimilizen in den faschistischen Staaten nach. Die Ideologie der SL'S war eine Mischung aus extremem Nationalismus, einem Faschismus eher italienischer Prägung, katholischer Orthodoxie und slowakischem Traditionalismus. Unterstützung fand sie bei den Bauern und in den armen Mittelschichten der slowakischen Kleinstädte. Die Führungselite jedoch entstammte zu einem bedeutenden Teil der sich herausbildenden slowakischen Intelligenz; da engagierten sich Menschen, die im weitgehend tschechisch dominierten Beamtenapparat die Stellen gerne selbst besetzt hätten, sie anstrebten und sich auch im ebenfalls von den Tschechen geprägten intellektuellen Leben ihre Position erobern wollten. Nach Hlinkas Tod im Jahr 1938 wurde die Partei von Jozef Tiso geführt; auch er war katholischer Priester.

Das nationalsozialistische Deutschland schloß die Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren ringsum ein, und die SL'S nutzte die zunehmenden Schwierigkeiten der Prager Zentralregierung, um ihr immer weitere Konzessionen abzuringen. Ziel der Partei war aber nicht die Unabhängigkeit, sondern die Autonomie der Slowakei. Das Land war wenig entwickelt und seine Fähigkeit, wirtschaftlich zu überleben, höchst zweifelhaft. Noch entscheidender war aber, daß sich die Slowakei einer unruhigen ungarischen Minderheit erwehren mußte, was ihr ohne äußere Hilfe nicht gelungen wäre. Ohne Zentralregierung ging es also nicht, nur sollte diese eben keine starke Regierung sein. Und zwischen der Kapitulation der westlichen Mächte vor Hitler in München am 29. September 1938 und der deutschen Besetzung Prags am 15. März 1939 war die Zentralregierung geschwächt. Wir wissen nicht, ob sich Hitler vor dem Herbst 1938 überhaupt Gedanken über das Schicksal der Slowakei ge-

macht hatte. Aber als er die tschechischen Gebiete schließlich annektieren wollte, war ihm ein gehorsamer Satellitenstaat lieber als ein Land, das er ebenfalls hätte besetzen und verwalten müssen. Tiso weigerte sich zunächst, die Unabhängigkeit zu erklären. Doch die Alternative wäre die Besetzung seines Landes durch Deutschland oder Ungarn gewesen, also wählte er eine »unabhängige« Slowakei. Deren Ausrufung erfolgte am 14. März 1939.

Als sich die »unabhängige«, faschistische Slowakei allmählich konsolidierte, spalteten sich die Hauptakteure der SL'S (die anderen Parteien waren rasch aufgelöst worden) in verfeindete Fraktionen. Zwei Hauptrichtungen gab es. Auf der einen Seite die klerikal-faschistische unter Tiso selbst, zu der auch František D'určanský, der erste Außenminister, Karol Sidor, der spätere Botschafter beim Vatikan, und viele andere gehörten. Auf der anderen Seite stand die offen pro-nationalsozialistische Gruppe um Premierminister Vojtěch Tuka und Innenminister Alexander (Šano) Mach, der Führer der Hlinka-Garde war und blieb. Auch der Antisemitismus beider Fraktionen unterschied sich leicht. Tiso neigte eher zum traditionell katholischen Antisemitismus, der von wirtschaftlichem Neid auf die jüdische Mittelklasse und die jüdischen Intellektuellen gefärbt war. Worum es vielen SL'S-Anhängern ging, war das Eigentum der Juden. Die offen pro-nationalsozialistische Gruppe verbrämte die ökonomischen Motive ihres Antisemitismus mit einem schlecht kopierten, primitiven Rassismus, den sie ihren nationalsozialistischen Mentoren abgeguckt hatten.

1940 waren von den 2,6 Millionen Einwohnern des neuen Staates 88951 Juden.[2] Auch die jüdische Gemeinde zerfiel in verschiedene Gruppierungen und Fraktionen. Ein großer Teil der Juden waren kleine Krämer, Handwerker und Unternehmer, es gab auch einige Intellektuelle; nur wenige waren Bauern und Arbeiter. Im Süden – dort liegen die größeren Städte der Slowakei – sprachen die meisten Juden Ungarisch, das bis 1918 die Sprache der Gebildeten gewesen war. Von den anderen Juden sprachen viele Deutsch, manche Französisch, und viele, aber bei weitem nicht alle, hatten ihre Wurzeln in der ursprünglichen jiddischen Kultur vergessen. Im Norden und im Osten wurde wenig oder gar kein Ungarisch gesprochen. Hier war

Jiddisch weitaus verbreiteter, und mit den Nachbarn sprach man für gewöhnlich Slowakisch. Die Mehrheit der Juden in der Slowakei identifizierte sich mit dem orthodoxen Judentum, das hier wie in Ungarn von ultrareligiösen Anti-Zionisten angeführt wurde. Es gab auch, als Minderheit, eine liberalere Gruppe von Reformjuden, die »Neologen«. Eine andere Minderheit, allerdings eine mit immer stärkerem Zulauf, bildeten die Zionisten, die sehr von der Kultur Prags und des deutschsprachigen Raums geprägt waren.[3] Zwischen Neologen und Zionisten gab es Bündnisse, manchmal waren die Gruppen auch identisch. Die Mitglieder der orthodoxen Gemeinden unterstanden dem Landessekretariat, das bis 1940 von Isidor Pappenheim geleitet wurde. Aber die eigentlich geistliche Autorität – und nach der jüdischen Tradition ist dies zugleich die oberste Autorität auch in Angelegenheiten des sozialen Lebens – war der Rabbiner von Nitra, Schmuel David Halevi Ungar. Zugleich war er auch Oberhaupt des extrem anti-zionistischen Flügels von Agudas Yisroel (Vereinigung Israels), der politisch international agierenden, streng religiösen Gruppierung mit strikt anti-zionistischer Zielsetzung. Weissmandel war Ungars Schwiegersohn.

Angesichts des im Alltag immer deutlicher spürbaren Antisemitismus versuchten die slowakischen Zionisten Ende 1939 die Orthodoxen zu überzeugen, sich an einer Dachorganisation aller slowakischen Juden zu beteiligen; diese Organisation sollte Židovská Ústredná Úradnovna pre krajinu Slovenska (Zentrales Sekretariat der Juden für das slowakische Land, abgekürzt ŽÚÚ) genannt werden.[4] Die Orthodoxen lehnten ab, Zionisten und Neologen haben die Organisation daraufhin alleine gegründet. Ihre Aufgabe sollte es sein, den Enteigneten sozial zu helfen, für die jüdische Erziehung zu sorgen, so vielen Menschen wie möglich die Ausreise zu ermöglichen und in Verhandlungen mit der SL'S-Regierung für Erleichterungen der anti-jüdischen Politik zu sorgen. Die Židovská Ústredná Úradnovna scheiterte schließlich daran, daß die Orthodoxie die Zusammenarbeit verweigerte.

Am 26. September 1940 wurden, entsprechend der gleichzeitigen Politik der Nationalsozialisten in Deutschland und Polen, die Juden durch den Befehl zur Gründung eines Judenrats –

Ústredna Židov oder Jüdisches Zentrum – zur Einigung gezwungen. Als dessen Leiter (*Starosta* oder »Ältester«) wurde Heinrich Schwartz nominiert, ein hoch angesehener orthodoxer Gemeindefürsorger; und nach anfänglichem Zögern entschlossen sich auch die Zionisten, mit dem neuen Zwangsverband zu kooperieren. Sie erhielten den Status einer Minderheit, alle Kontakte zur Regierung behielt Schwartz unter seiner Kontrolle.

Von April 1939 an wurden immer neue anti-jüdische Gesetze erlassen und eine brutale antisemitische Propaganda entfacht. Und das wurde noch schlimmer, nachdem die slowakische Führung am 28. Juli 1940 in Salzburg mit Hitler und seinen Helfershelfern zusammengetroffen war. Bei diesem Treffen forderte Hitler von den Slowaken ein radikaleres Vorgehen in der »Judenfrage«. Eigentliches Ziel der neuen Gesetze und Verordnungen, die am 9. September 1941 im Erlaß des Židovský Codex (Judengesetz) gipfelten, war die Enteignung der Juden und die Aufteilung des jüdischen Eigentums unter die Mitglieder der Volkspartei und der Hlinka-Garde. Enteignung und Neuzuweisung wurden von einer besonderen Behörde durchgeführt, der Ústredný Hospodársky Úrad (Zentrales Wirtschaftsamt, abgekürzt »ÚHÚ«), das Augustín Morávek unterstand. Wenn die Slowaken ihre so errungene Position sichern wollten, mußte alles darauf hinauslaufen, daß die Juden unter Anwendung von Zwang ausgewiesen oder abgeschoben wurden. Die Slowaken hatten also hauptsächlich ökonomische Motive, die Juden aus der Slowakei zu vertreiben. Im September 1941 wurden, im Rahmen dieser Politik, zwei Drittel der 15000 Juden aus Bratislava in die Ostslowakei umgesiedelt.

Im August 1940 wurde Dieter Wisliceny von der SS, genauer von Eichmanns »Judenreferat« bei der Gestapo[5] zum »Judenberater« der deutschen Botschaft in Bratislava ernannt. Seine Aufgabe war es, für die Radikalisierung der anti-jüdischen Politik zu sorgen. Er hatte zuvor, als Mitarbeiter der »Abteilung Juden« des SD, auch mit der *Haavara* zu tun. Wisliceny, der Sohn eines schlesischen Grundbesitzers, wurde 1911 in Regulowken in Ostpreußen geboren. Als der Vater 1928 starb, hinterließ er eine völlig mittellose Familie. Wisliceny wäre gerne Arzt oder Historiker geworden, begnügte sich dann aber mit der Laufbahn eines protestantischen Pastors. Er begann ein Theologie-

studium an der Universität in Breslau, das er jedoch abbrach, um eine Stelle in einer Baufirma anzunehmen. Er wurde 1931 Mitglied der NSDAP und der SA, arbeitete in der NSDAP-Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt, trat schließlich 1934 in die SS ein. Wisliceny war ein schwerer und gedrungener Mann, der 1944 zwei Zentner wog und eine Brille trug. Als Mitarbeiter der »Abteilung Juden« des Sicherheitsdiensts der SS (SD II 112) eignete er sich Ende der dreißiger Jahre eine sehr dezidierte Meinung zur »Judenfrage« an. In einem Vermerk vom 7. April 1937, der seine Unterschrift trägt, plädiert er dafür, alle deutsche Juden auswandern zu lassen, was nur durch die Unterstützung der Sache der Zionisten zu bewerkstelligen sei.[6] Bald seinem Freund und Kollegen Adolf Eichmann unterstellt, scheint Wisliceny ein wendiger, gewiefter Mann, im Grunde genommen ein hedonistischer Opportunist gewesen zu sein.

Am 29. Mai 1940 unterzeichneten die Slowaken ein Abkommen mit den Deutschen, wonach den Deutschen 120000 slowakische Arbeiter zur Verfügung gestellt werden sollten. Am 17. Juni 1941 schrieb Morávek einen Brief an Tuka, in dem er von einem Gespräch mit Wisliceny und Erich Gebert, einem deutschen »Wirtschaftsexperten«, berichtete. In dessen Verlauf habe er den Deutschen Juden zum Arbeitseinsatz in Deutschland oder Polen angeboten.[7] Im Spätsommer 1941 forderten die Deutschen 20000 slowakische Arbeiter an, und auch Izidor Koso, der Leiter der Kanzleien von Tiso und Mach, schlug vor, die Deutschen sollten doch Juden übernehmen (siehe unten). Im Herbst fuhren Tiso und Tuka zu einem Gespräch mit Hitler und Himmler, in dessen Verlauf Tuka Himmler um Hilfe bei der Entfernung der Juden aus der Slowakei bat. Bei dieser Gelegenheit erfuhren die Slowaken auch von den deutschen Plänen, Europa von seinen Juden zu »befreien«. Man sagte ihnen nicht, auf welche Weise das geschehen sollte, erwähnte allerdings, daß die Juden irgendwie »im Osten angesiedelt« werden sollten.[8] Im Oktober erklärten die slowakischen Politiker sich damit einverstanden, daß alle Juden, die slowakische Staatsbürger waren und in Deutschland lebten, mit den deutschen Juden »nach Osten« deportiert würden.[9]

Im Januar 1942 erklärten die Slowaken, sie könnten keine slowakischen Arbeiter schicken.[10] Dafür aber boten sie Sager,

einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, noch einmal die Überstellung von 20000 jüdischen Arbeitern an. Der aufgebrachte Eichmann zitierte Wisliceny, der von diesem Gespräch anscheinend nicht in Kenntnis gesetzt worden war, nach Berlin. Auf Eichmanns Weisung sollte Wisliceny alle die Juden betreffenden Angelegenheiten unter seiner Kontrolle halten. Nach Bratislava zurückgekehrt, erstattete Wisliceny zunächst dem deutschen Botschafter Hanns Ludin Bericht und ging dann in Begleitung von Morávek zu Koso. Dieser bestätigte, daß man die Deportation von 20000 Juden vorgeschlagen habe und daß er die 14. Abteilung des Innenministeriums, damals unter Leitung von Gejza Konka (vom 3. April an unter Anton Vašek), mit der Durchführung beauftragen würde.[11]

Eichmann hatte Verwendung für zwanzigtausend Juden. Nach gründlicher Selektion sollte ein Teil von ihnen die Konzentrations- und Vernichtungslager von Auschwitz und Birkenau bauen. Koso wollte, daß Jugendliche schon ab sechzehn Jahren eingesetzt würden und nicht erst ab achtzehn, wie es die Deutschen forderten, denn es gab nicht genug Menschen über achtzehn Jahre, um die Gesamtzahl von zwanzigtausend zu erreichen. Wisliceny sprach daraufhin mit Tuka, der ihm eröffnete, daß er auf der Deportation *aller* Juden bestehen müsse, denn wenn man nur den arbeitsfähigen Teil der jüdischen Bevölkerung ausweise, würden die zurückbleibenden Familien zu einer schweren Belastung für die Slowakei. In seiner Aussage nach dem Krieg hat Koso diesen Sachverhalt im großen und ganzen bestätigt; er behauptete sogar, er persönlich habe bei Tuka die Frage angesprochen, was mit den Familien geschehen solle. Am 16. Februar setzte das Auswärtige Amt die Slowaken davon in Kenntnis, daß die Deutschen »im Zuge der Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage« 20000 junge und körperlich kräftige slowakische Juden übernehmen würden.

Die Slowaken baten Eichmann, auch die Familien zu übernehmen; dieser lehnte zunächst ab, denn er hatte noch keinen Platz für sie.[12] Auschwitz wurde gerade für den Massenmord vorbereitet. Mit Ausnahme von Chelmno, dessen Mannschaften bereits dabei waren, die Juden aus dem Gebiet um Lodz zu ermorden, war noch keines der Vernichtungslager in Betrieb

genommen worden. Eichmann weigerte sich auch in anderen Fällen, Juden zu übernehmen. Ihm kam es auf ein geordnetes Vorgehen an, er wollte nicht zu viele Juden auf einmal übernehmen. Im Sommer 1941 lehnte er die rumänische Forderung ab, Juden aus Bessarabien und der Bukowina in das neu eroberte Transnistrien, die Region zwischen Dnjestr und Bug in der Südukraine, zu deportieren. Auch dort hatte er keine ausreichenden Vorkehrungen für ihre Aufnahme treffen können. 1942/43, als man ihm 100000 ungarische Juden anbot, widersetzte er sich einer schrittweisen Lösung und verfocht die totale »Lösung der Judenfrage« in Ungarn.

Die berüchtigte Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 bildete den Hintergrund der Verhandlungen in der Slowakei. Dort erörterte Heydrich, der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, mit Vertretern verschiedener Ministerien die Verwirklichung der beschlossenen »Endlösung« auf europäischer Ebene. Eichmann protokollierte die Sitzung. Die Slowakei führte man unter den Ländern auf, in denen die Deportationen sofort beginnen könnten und in denen keine politischen Probleme zu erwarten seien.

Gegen Ende Februar verlautete inoffiziell, daß die Deutschen in der Frage der jüdischen Familien nachgeben würden. Am 3. März 1942 teilte Tuka während einer Sitzung des Slowakischen Staatsrats mit, Vertreter der deutschen Regierung hätten ihre Bereitschaft erklärt, »sämtliche Juden zu übernehmen«.[13] Am nächsten Tag, während der folgenden Sitzung, sagte er, alle Juden würden in die Ukraine geschickt und die Slowakei habe dafür 500 Reichsmark pro Person zu zahlen.[14] Die Deportationen sollten im März beginnen und bis August abgeschlossen sein. Der Regierungsplan stieß auf Widerspruch, denn einige Staatsratsmitglieder waren der Ansicht, es liege nicht im Interesse der Slowakei, *alle* Juden auszuweisen. Würden die Slowaken dies nicht tun, so lautete Tukas Entgegnung, dann geschehe es durch die Deutschen.

Nach Wislicenys Aussage hat Eichmann etwa Mitte März dem Plan schließlich zugestimmt, alle Juden zu übernehmen. Die Einzelheiten wurden bei einem weiteren Treffen in Berlin (das Datum ist nicht zu rekonstruieren) erörtert, an dem Ladislav Ziman vom Zentralen Wirtschaftsamt (ÚHÚ), Wisliceny

und Eichmann teilnahmen. Die Slowaken waren bereit, den Deutschen für die Übernahme der Juden etwas zu zahlen, solange sie sich des Eigentums der Juden bemächtigen konnten. Am 1. Mai 1942 erhielten die Slowaken eine offizielle Note, in der die Deutschen erklärten, daß sie keine weiteren Ansprüche auf das Eigentum der nach Polen deportierten Juden erheben würden, solange sie für jeden deportierten Juden 500 Reichsmark erhielten.[15]

Am 26. März, jenem Tag, an dem die Deportationen begannen, fand im Staatsrat eine weitere Debatte statt. Jan Balko, ein prominentes Staatsratsmitglied, sprach sich gegen die Vertreibung aus. Die Staatsratsmitglieder diskutierten auch ein Memorandum des Jüdischen Zentrums. Die Regierung konnte sich schließlich aber durchsetzen, teils weil sie sich auf die stillschweigende Unterstützung des Bischofs Jan Vojtaššák, des Vertreters der katholischen Bischöfe, verlassen konnte, dessen einzige Sorge es war, daß den zum Christentum bekehrten Juden separate Räume zur Verfügung gestellt würden, um ihre neue Religion auch auszuüben – eine Anzahl Juden hatte versucht, der Verfolgung durch Konversion zum Christentum zu entgehen.[16]

Nach wiederholten slowakischen Anfragen unterrichtete das Auswärtige Amt seinen Botschafter Hanns Ludin in Bratislava am 27. März schriftlich von Himmlers Entschluß, das slowakische Angebot anzunehmen. Er habe vorgeschlagen, »den Rest der slowakischen Juden auszuweisen und damit die Slowakei von allen Juden zu befreien«.[17] Doch solle man, so Himmlers Anweisung, politische Schwierigkeiten vermeiden. Alle slowakischen Juden sollten in rascher Folge abgeschoben werden. Wisliceny erhielt den Auftrag, die ineffektive slowakische Bürokratie zu überwachen, wenn sie die Juden aus ihren Häusern trieb. Es ist unwahrscheinlich, daß die slowakischen Beamten zu diesem Zeitpunkt wußten, wohin die Juden tatsächlich deportiert wurden. Wisliceny erklärte nach dem Krieg, daß er selbst erst im späten Juli oder frühen August 1942 von der Ermordung der Juden erfahren habe. In Auschwitz ist er zwar im Mai 1942 gewesen, will dort jedoch nur im Offizierskasino mit dem Lagerkommandanten Rudolf Höß zusammengetroffen sein. Er habe den Eindruck gewonnen, es handele sich bei

Auschwitz um ein KZ von der Art der ersten deutschen Lager vor dem Krieg. Seine Erklärungen, nichts gewußt zu haben, sind zu bezweifeln; doch ist nicht völlig ausgeschlossen, daß er die Wahrheit gesagt hat. Er selber hat zugegeben, Ende Juli 1942 Ladislav Junger begegnet zu sein, der aus der Gegend von Lublin geflohen war und ihm berichtet habe, alle Juden in Polen würden erschossen. Junger wußte nichts von den Vergasungen, denn er war weder in Auschwitz noch in einem anderen Todeslager inhaftiert gewesen.[18]

Die Geschichte der slowakischen Seite ist sehr viel unklarer. Einem deutschen Bericht zufolge verhandelte Tuka in Berlin über die Austreibung der Juden, ohne Tiso davon in Kenntnis gesetzt zu haben. Andererseits hat er, wie aus derselben Quelle hervorgeht, Giuseppe Burzio, den Chargé d'affaires des Vatikans in Bratislava (es gab dort keinen Nuntius), über diese Gespräche informiert, obwohl er doch wissen mußte, daß dies die Angelegenheit für Tiso, den katholischen Priester, erschweren mußte.[19] Das Ergebnis war denn auch, daß Tiso versuchte, Tuka zu entlassen. Tuka wiederum drohte mit seinem Rücktritt, woraufhin die Deutschen heftigen Druck ausübten, um ihren Vertrauensmann Tuka davon abzubringen. Nach einem anderen Bericht soll Tiso Mach erklärt haben, daß er keine Berichte über die Deportationen sehen wolle, weil er über diese Angelegenheit überhaupt nichts wissen wolle.[20] Der gleiche Bericht stellt klar, daß Tiso aber auch nicht versucht hat, die Deportationen zu verhindern. Am 4. April hat Ludin seine Berliner Dienststelle davon in Kenntnis gesetzt, daß Tiso trotz der Proteste aus dem Vatikan bereit sei, die Fortsetzung der Deportationen zu gestatten. Tuka mag die ersten Verhandlungen geführt haben, ohne Tiso davon zu berichten, aber es scheint äußerst unwahrscheinlich, daß der Präsident nicht eigene Kanäle gehabt haben sollte, um sich über eine Entwicklung zu informieren, von der doch sehr viele slowakische Beamte wußten. Spätestens am 6. März wird er aber von den Deportationen erfahren haben.

Rabbiner, die die orthodoxen und die Neologengemeinden vertraten, legten der slowakischen Regierung am 5. März ein Memorandum vor, dem am 6. März ein Bittschreiben folgte, das sowohl die orthodoxen als auch die Neologen-Rabbiner

der Slowakei an Tiso, in seiner Eigenschaft als katholischer Priester, gerichtet hatten und in dem sie um seine Barmherzigkeit baten. Die Rabbiner schrieben, unter den gegebenen Umständen und bei der geplanten Trennung der Familien würde die Deportation zur physischen Vernichtung der slowakischen Juden führen. Ohne bereits etwas von der »Endlösung« zu wissen – beide Memoranden wurden eingereicht, bevor den Juden die bevorstehenden Deportationen offiziell bekannt gemacht wurden –, benutzten sie eine Sprache, die kurze Zeit später bereits sehr angemessen gewesen wäre. Trotz eines Briefs an Tiso, mit dem Bischof Pavel Jantausch von Trnava den Vorstoß der Rabbiner unterstützte, weigerte sich der Präsident, den Juden zu antworten.[21]

Am 14. März protestierte der Vatikan energisch gegen die geplanten Deportationen; der Heilige Stuhl brachte seine Ablehnung der Deportation von Juden überhaupt zum Ausdruck (die zum Christentum konvertierten werden nicht eigens erwähnt) und betonte, daß man in Rom nicht glauben wolle, daß ein Land, das sich den Prinzipien des Katholizismus verpflichtet fühle, ein solches Verfahren in Erwägung ziehen könne. Der Protest war vor allem eine Reaktion auf zwei Memoranden, die den Vatikan erreicht hatten, das eine von einer Gruppe orthodoxer Juden um Rabbi Ungar, die um Gnade flehten, das andere von den Zionisten und Neologen. In diesem Schreiben wurde darauf hingewiesen, daß durch die Deportationen Familien auseinandergerissen würden – Rabbi Ungar nannte es eine »verbrecherische Dummheit«, dies überhaupt zu erwähnen. Denn in der Tat hatten Slowaken und Deutsche nichts dagegen, Familien in den Zügen bis nach Auschwitz gemeinsam fahren zu lassen.[22]

Aus den Dokumenten des Vatikans scheint hervorzugehen, daß Burzio ursprünglich eine nicht sehr günstige Meinung über Juden hegte. 1941 kümmerte er sich um die zum Katholizismus Bekehrten, denn er wollte nicht, daß sie das Schicksal der Juden teilten. Als im September 1941 die Verkündung des »Judengesetzes« bevorstand, bat Burzio die slowakischen Bischöfe, sich gemeinsam dagegen zu wenden, doch die Bischöfe lehnten ab. Auch diesmal galt seine Besorgnis den Bekehrten und nicht den Juden, die ihren Traditionen treu geblieben waren. Kurz darauf

scheint er seine Haltung geändert zu haben. Am 27. Oktober 1941 schickte er dem Vatikan einen Bericht, der die erste präzise Beschreibung der deutschen Massenmorde an Juden auf dem Gebiet der Sowjetunion enthält.

Als er Präsident Tiso die Protestnote des Vatikans überreichte, hat er diesem Schreiben offenbar einen eigenen Brief beigelegt, den wir nur aus Berichten des nationalsozialistischen Geheimdienstes kennen. Er warnte vor den schwerwiegenden Konsequenzen, die es haben würde, wenn der Protest ignoriert würde, und wies darauf hin, daß die katholische Kirche immer noch die Macht der Exkommunizierung besitze. Aber anscheinend hat er nicht näher ausgeführt, gegen wen die Kirche ihre Macht ausüben würde.[23]

Einige der Bitten um Intervention des Papstes erreichten den Vatikan. Am 13. März zum Beispiel schickte das Jüdische Zentrum einen solchen Bittbrief; einen weiteren verfaßte das Budapester Rabbinat am 20. März. Sidor, der slowakische Botschafter am Heiligen Stuhl, fuhr, nachdem Kardinal-Staatssekretär Luigi Maglione ihn in den Vatikan zitiert hatte, nach Bratislava und versuchte seine Kollegen im Außenministerium auf Ablehnung der Deportationen einzuschwören. Schon am 26. März bezeichnete Burzio die slowakischen Führer als »Irre«. Weitere Berichte von Burzio, der in seiner Verurteilung der Deportationen unverblümter wurde, erreichten den Papst selbst und führten am 11. April zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Maglione und Sidor.

Am 26. April 1942 verfaßten die slowakischen Bischöfe, die sich offenbar weder von Burzio noch vom Vatikan beeindrukken ließen, einen Hirtenbrief, in dem sie die traditionellen Vorwürfe, die Juden seien Gottesmörder, wiederholten und deren »bösartige« Natur hervorhoben. Eine Minderheit lehnte den antisemitischen Tenor des Briefes ab, wurde aber überstimmt.[24]

Unter der geschickten Führung von Wisliceny, trotz Korruption und trotz der Unfähigkeit der faschistischen Organe in der Slowakei, begannen die Deportationen am 26. März 1942 mit dem Abtransport von sechzehnjährigen und älteren Mädchen. Die ersten Transporte bestanden aus jüngeren Menschen ohne Familien, aber im April verkündete Eichmann, er sei nun bereit, auch Familien zu übernehmen.[25] Eichmann besuchte

Bratislava am 10. April und am 25. Mai 1942. Er führte dort Gespräche mit Tuka und einigen anderen Beamten, wobei der Zweck seiner Reise nicht eindeutig zu erkennen ist. Wisliceny zufolge versicherte er Tuka auf dessen ausdrückliche Nachfrage, daß man die Juden in Polen menschlich behandele. Sie würden im Gebiet um Lublin angesiedelt. Dort hätten die Deutschen neue Fabriken errichtet, und die Juden könnten sich frei bewegen.[26]

Aus der Sicht der Nationalsozialisten verliefen die Deportationen reibungslos. Mitglieder der Hlinka-Garde und der Freiwilligen Schutzstaffel, der Miliz der deutschen nazifizierten Minderheit in der Slowakei, holten die Juden aus ihren Häusern und brachten sie zu regionalen Sammelpunkten. Dort wurden sie auf Transportzüge getrieben, die zunächst bis Žilina, einem Bahnknotenpunkt an der slowakisch-polnischen Grenze, und dann weiter zu einer Reihe von Sammelpunkten in der Nähe der Eisenbahnlinien fuhren. Von dort brachte man sie entweder zu einem der kleinen Ghettos in der Nähe von Lublin oder nach Auschwitz.[27] Diejenigen, die nach Lublin verschleppt wurden, ließ man für eine Weile in den überfüllten Ghettos in der Umgebung leben, bis das Konzentrationslager Maidanek im Juli 1942 bereit war, sie zu übernehmen. Nach Maidanek wurden viele der slowakischen Juden transportiert. Andere sollten im Vernichtungslager Belzec vergast werden. Wer nach Auschwitz geschickt wurde, bekam, wenn er oder sie für arbeitsfähig befunden wurde, eine Nummer in den Arm tatöwiert, die übrigen wurden in die Gaskammern geschickt.

Wie aus dieser kurzen Darstellung hervorgeht, wurden die Deportationen in der Slowakei nicht von den Deutschen, sondern von den Slowaken initiiert. Sie haben die Austreibung von Familien vorgeschlagen, also die Deportation möglichst *aller* slowakischen Juden, was die Nationalsozialisten erst allmählich akzeptiert haben. Der klerikalfaschistische Staat Slowakei zeichnet sich dadurch aus, daß hier der mörderische Feldzug der Deutschen gegen die Juden vorweggenommen wurde.

Die erste Reaktion der jüdischen Gemeinde auf diese Katastrophe waren Panik und Verzweiflung. Das Jüdische Zentrum hatte einen neuen Vorsitzenden. Heinrich Schwartz, der versuchte hatte, die Gemeinde vor den korrupten Regierungsbe-

amten zu schützen, war April 1941 aus seinem Amt entfernt, verhaftet und dann wieder freigelassen worden, woraufhin er nach Ungarn floh. An seine Stelle setzte das Zentrale Wirtschaftsamt Arpad Sebestyen, einen unbekannten, unfähigen und unterwürfigen orthodoxen Schuldirektor. Manche Abteilungsleiter, Zionisten und andere, waren mit seiner Führung nicht zufrieden und berieten darüber, was man in der sich verschlechternden Lage tun könne. Unter den Zionisten hatte Oskar Neumann eine besondere Position inne: Er war Leiter der Umschulungsabteilung des Jüdischen Zentrums. Unter diesem Deckmantel gelang es ihm, den mittlerweile illegalen zionistischen Jugendbewegungen Hilfe zukommen zu lassen. Neumanns Verbündete war Gisi Fleischmann, eine Fürsorgerin und Mitglied des Joint Distribution Committee vor Ort. Nachdem Josef Blum, der offizielle Vertreter des Komitees, aus der Slowakei nach Ungarn floh, übernahm sie dessen Vorsitz. Weissmandel war kein Mitglied des Zentrums, hatte aber Beziehungen zu dessen orthodoxer Mehrheit.

Morávek und Wisliceny erklärten dem Jüdischen Zentrum persönlich, daß die Deportationen in Kürze durchgeführt würden. Knapp zwei Wochen später begannen sie tatsächlich. Das Zentrum wurde angewiesen, durch seine Mitarbeit die reibungslose Abwicklung des Ganzen zu sichern. Die Schlüsselrolle spielte dabei Karel Hochberg, ein jüdischer Ingenieur, den Wisliceny zu seinem Gehilfen und zum Leiter der internen »Abteilung für Sonderaufgaben« gemacht hatte.[28] Hochberg war der für die Zeit der NS-Herrschaft typische jüdische Kollaborateur. In Warschau spielte Abraham Gancwajch diese Rolle. Als Leiter der von der Gestapo unterstützten Ghetto-Polizei wollte er Adam Czerniakow, dem Vorsitzenden des Judenrats, die Führung des Ghettos aus den Händen reißen, und er hielt einen Sieg des NS-Staates für möglich. In Krakau gab es Mosche Szpiro, einen chassidischen Juden, der als Leiter der jüdischen Polizei zum Agenten der Gestapo wurde. Auch andere wurden zu Verrätern, was angesichts des ungeheuren Drucks der nazistischen Mörder nicht allzu überraschend ist.

Nach dem Krieg wurde das Jüdische Zentrum beschuldigt, es habe das Ziel der Transporte gekannt und nichts getan, um die jüdische Öffentlichkeit davor zu warnen. Dieser Vorwurf

wurde besonders von einem der Helden unter den Überlebenden des Holocaust erhoben, nämlich von Rudolf Vrba (Walter Rosenberg), der im April 1944 zusammen mit Alfred Wetzler aus Auschwitz fliehen konnte und der Welt vom Geschehen dort berichtet hat. Auch John S. Conway aus Vancouver, einer der führenden Historiker dieser Periode, hat diesen Vorwurf in zwei Artikeln in einer hochangesehenen Historikerzeitschrift wiederholt und begründet.[29] Fünf Behauptungen stellt er auf: Erstens hätten die Deutschen und nicht die Slowaken die Transporte initiiert; zweitens sei Vrba selbst im Mai 1942 aus seinem Haus verschleppt, nach Maidanek und anschließend nach Auschwitz deportiert worden, ohne auch nur geahnt zu haben, in welch tödlicher Gefahr er und die mit ihm Deportierten schwebten; drittens habe das Jüdische Zentrum bereits im Frühjahr über mindestens einen Augenzeugenbericht aus Maidanek verfügt,[30] nämlich über einen Brief von Dionys Lenard, der im April eingetroffen sei; viertens hätte das Zentrum aus anderen Quellen Informationen über Auschwitz gehabt und sie der jüdischen Öffentlichkeit vorenthalten; und fünftens schließlich habe sich das Zentrum aktiv an der Durchführung der Deportationen beteiligt, indem es die Listen der zu Deportierenden vorbereitete. Conways Schlußfolgerung daraus: Die Mitglieder des Zentrums seien Kollaborateure gewesen, und die Führung der Juden im »Untergrund« habe nicht alles in ihrer Macht Stehende getan, um Juden das Leben zu retten.

Conways Behauptungen beruhen auf Irrtümern. Es waren die Slowaken und nicht die Deutschen, welche die Deportationen anregten – sie taten das allerdings, ohne die deutschen Pläne für den Massenmord zu kennen. Maidanek wurde erst im Juli in ein Konzentrations- und Vernichtungslager verwandelt, und Lenard gelang die Flucht aus Maidanek erst Ende Juni und nicht schon im April; sein Bericht stammt aus dem Juli 1942.[31] Lenard konnte weder über Massenmorde in Maidanek noch über solche in Auschwitz berichten: Von beiden hat er nichts gewußt.

Man sollte aber vor allem bedenken, daß im März und April, ja selbst im Mai oder Juni 1942 noch nicht einmal die slowakische Führung irgendwelche genaueren Hinweise darauf hatte, daß die nach Polen deportierten Juden in den Tod fuhren. Mit-

glieder der Hlinka-Garde, die die Züge aus Žilina begleiteten, waren sich sicher, daß die Juden in Polen getötet werden sollten, aber die halbzivilisierten Bürokraten der »unabhängigen« Slowakischen Republik konnten das nicht glauben. Ervin Steiner, ein Aktivist des Jüdischen Zentrums in Žilina, der im Versuch, den Deportierten zu helfen, Heldenhaftes geleistet hat, erklärte nach dem Krieg, er habe von Bekannten gehört, daß die deportierten Juden dem Bericht eines ausländischen Senders zufolge getötet würden.[32] Aber wir wissen inzwischen genau, daß der »ausländische Rundfunk«, in diesem Fall der BBC, zum ersten Mal im Juni 1942 über die Massenmorde an Juden in Polen berichtete; die Quelle dieser Meldung war ein Bericht des Bundes aus Polen.[33] Andrej Steiner, der Mann, mit dem Wisliceny ab Herbst verhandelte, erklärt, er habe drei Menschen verhört, die bereits im April aus Polen geflohen seien und berichtet hätten, daß dort Juden erschossen würden.[34] Doch verwickelt er sich in Widersprüche, wenn er erwähnt, daß diese Nachricht im Juli (!) ins Ausland geschmuggelt worden sei und daß Vašek eine Kopie erhielt. Wir wissen, daß Gisi Fleischmann im Juli einen Bericht über Greueltaten in Polen in die Schweiz schickte. Es ist sogar möglich, daß auch Wisliceny erst im Lauf der Aktion davon erfuhr. Das Jüdische Zentrum verfügte also über keine klaren Informationen über die Todeslager. Die Mitarbeiter wußten von den Massenpogromen in Polen und daß die nach Polen Deportierten dort der größten Gefahr ausgesetzt waren. Im Sommer 1942, so Ervin Steiner aus Žilina, haben sie dann gehört, daß Auschwitz ein grauenhaftes und lebensgefährliches Konzentrationslager sei. Aber was dort genau vor sich ging, wußten sie nicht.[35] Es gibt noch weitere ähnlich lautende Aussagen, und sie deuten alle darauf hin, daß die slowakischen Juden erst im Sommer 1942 von der lebensbedrohlichen Lage in Polen erfuhren – durch Postkarten von Verwandten, von Juden, die aus Polen geflohen waren, und von slowakischen Freunden mit Beziehungen nach Polen. Das Jüdische Zentrum war eine weitere Informationsquelle für die jüdische Öffentlichkeit, aber die Mitarbeiter des Zentrums konnten auch nur weitergeben, was sie selber wußten. Erst im Herbst 1942 wurde den Menschen der Unterschied zwischen einer allgemein über ihnen schwebenden Lebensgefahr und der massiven Mordkampagne,

die gezielt gegen Juden im Gang war, bewußt; und viele Juden erfuhren davon noch später.

Wir müssen hier zwischen der Nachricht und dem Verarbeiten dieser Nachricht, also dem Wissen, unterscheiden. Und es gibt in unserem Fall überhaupt keinen Beweis dafür, daß in den ersten Monaten der Deportationen Informationen über den gezielten Massenmord – der zu unterscheiden wäre von pogromartigen Erschießungen und ähnlichen Formen der Verfolgung – vorhanden waren.[36] Das Verinnerlichen von Nachrichten – der Vorgang, durch den wir Nachrichten als wahr akzeptieren und unser Denken, später eventuell auch unser Handeln danach einrichten – ist ein komplizierter Prozeß. Während des Holocaust haben unzählige Menschen Nachrichten darüber erhalten und sie als unwahr betrachtet. Sie haben sie verdrängt oder versucht, dem Gehörten eine rationale Basis zu geben. Sie wurden von Verzweiflung überwältigt, weil es keine Möglichkeit gab, diesem Wissen entsprechend zu handeln. Sie haben solche Nachrichten scheinbar verarbeitet und dann so gehandelt, als hätten sie diese nie erhalten. Das gilt nicht nur für Menschen, die außerhalb des Totenreiches lebten, sondern auch für diejenigen, die sich mitten darin befanden.

Als Vrba im Juni deportiert wurde, wußte das Zentrum von den Pogromen, vom Leid und vom tödlichen Hunger der Juden, aber nichts von der »Endlösung«. Außerdem hat Vrba erklärt, daß er noch fünf Monate nach seiner Deportation in Auschwitz slowakischen Juden begegnet sei, die gerade dort eingetroffen waren und nichts von dem wußten, was ihnen bevorstand. Wenn er am 30. Juni deportiert wurde, dann wäre der Zeitpunkt, von dem er spricht, der November 1942. Im November jedoch fanden keine Transporte statt. Der Transport vom 23. September – zu diesem Datum war Vrba wahrscheinlich noch nicht in Auschwitz angekommen – konnte nur zusammengestellt werden, indem die Sicherheitskräfte die Juden verfolgt und gejagt haben. Mit anderen Worten, diese Juden haben wohl geahnt, was ihnen bevorstand. Das Jüdische Zentrum hatte sie sogar ausdrücklich gewarnt. Deswegen mußten die Behörden die Transporte auf die geplante Stärke bringen, indem sie Insassen von Arbeitslagern mitschickten, denen man zuvor versichert hatte, sie blieben von Deportation verschont.

Was das Jüdische Zentrum angeht, so reichte das, was manche der einflußreichen Zionisten und Orthodoxen wußten, dazu aus, daß sofort versucht wurde, Deportationen durch schnell organisierte Bestechung von slowakischen Beamten zu verhindern. Josef Blum, ein orthodoxer Jude, der das Joint Distribution Committee in Ungarn und der Slowakei vertrat und der mit seiner Gruppe in der Slowakei noch Kontakt hatte, versuchte den ungarischen Kardinal Justinian Seredi zu einem Protest gegen die Deportationen zu bewegen, allerdings ohne Erfolg. Zionisten aus Ungarn setzten sich mit der italienischen Regierung in Verbindung. Ihnen wurde daraufhin berichtet, Italiens Außenminister Galeazzo Ciano habe erklärt, jede Intervention bei den Deutschen sei aussichtslos.[37] Es war eine Gruppe von Oppositionellen innerhalb des Zentrums, die dafür sorgte, daß die jüdischen Proteste in den Vatikan gelangten und dessen Protest gegen die Deportationen vom 14. März 1942 auslösten. Über Bischof Pavel Jantausch in Trnava leiteten Mitglieder der Gruppe auch Briefe von Rabbinern an Tiso weiter, die den slowakischen Präsidenten anflehten, doch von weiteren Deportationen abzusehen.

Unabhängig von diesen gescheiterten Versuchen schickte Neumann im März Mitglieder seiner Abteilung mit der Eisenbahn durch die ganze Slowakei, um nicht nur die Mitglieder der Jugendbewegungen, die unter seiner Obhut standen, sondern überhaupt die jüdischen Gemeinden zu warnen, damit diese nach Ungarn fliehen konnten. Sie mußten reisen, weil Briefe geöffnet und alle Telefone, besonders die in Reichweite von Juden, abgehört wurden. Ähnlich verfuhren die Orthodoxen. Weissmandel berichtet – und genügend Unterlagen stützen seine Behauptung, die daher wohl als richtig angesehen werden kann –, daß besonders innerhalb des »Vatikan«, wie man die Hochburg der Ultraorthodoxen in Nitra, wo Rabbi Ungar lebte, im Spaß bezeichnete, sofort überlegt wurde, wie man besonders bedrohte Menschen nach Ungarn bringen könnte, und dies auch in die Tat umsetzte. Man dachte insbesondere an die vielen Flüchtlinge aus Polen, die sich in Nitra versteckt hielten.[38]

Vrba hat dem Zentrum darüber hinaus vorgeworfen, es habe an den Deportationen mitgewirkt. Auch dafür gibt es keine Be-

weise, es sei denn, man setzt Hochbergs Sonderabteilung mit dem Zentrum gleich. Sebestyen, der Leiter des Zentrums, konnte Hochberg nichts befehlen; Hochberg, der Agent der Deutschen, drohte damit, die Führung des Zentrums vollständig an sich zu reißen. Weder die offiziellen Mitarbeiter des Zentrums noch gar die aufkeimende Opposition unter ihnen waren in der Lage, Hochbergs Bande zu stoppen, obwohl sie und alle, die mit den jüdischen Angelegenheiten vertraut waren, ihn als Verräter betrachteten. Hochberg und die Gruppe der eigens für seine Mannschaft rekrutierten jüdischen Agenten leisteten den Slowaken und den Deutschen aktive Hilfe beim Zusammentreiben der Juden. Sie stellten technische und administrative Mittel zur Verfügung und bearbeiteten die ihnen von den slowakischen Behörden vorgelegten Listen. Weil es hieß, sie seien dem Zentrum angegliedert, setzten viele Gemeindemitglieder die Hochbergleute auch mit dem Zentrum gleich. Aber die Listen der zu Deportierenden wurden nicht von Hochbergs Leuten, sondern von besonderen Ausschüssen aus Mitgliedern der SL'S und der Hlinka-Garde zusammengestellt. Oft wirkten auch Angehörige der Freiwilligen Schutzstaffel und die Behörden vor Ort daran mit.[39]

Conway legt mit seiner Behauptung, die Mitglieder des Zentrums seien Kollaborateure gewesen, den Schluß nahe, die slowakischen Juden wären besser ohne das Zentrum ausgekommen.[40] Aber die slowakischen Juden waren inzwischen derart verarmt, daß die Gründung einer zentralen jüdischen Hilfsorganisation lebenswichtig war. 15872 der 90000 slowakischen Juden standen im Mai 1941, vor der »Endlösung«, auf den Listen der Wohlfahrtseinrichtungen. Manche Historiker versäumen es, die Unterdrückung der Juden durch die Nationalsozialisten mit der anderer Gruppen zu vergleichen. Waren, so könnte man zum Beispiel fragen, Mitglieder der britischen Kriegsgefangenenkomitees in deutschen Gefangenenlagern allein darum Kollaborateure, weil sie kriegsgefangene britische Soldaten gegenüber den Deutschen vertraten?

Die Anstrengungen, die Neumann und der orthodoxe Flügel des Zentrums unternahmen, führten dazu, daß eine große Anzahl slowakischer Juden über die Grenze nach Ungarn fliehen und dadurch in relative Sicherheit gelangen konnten. Im Früh-

jahr 1942 konnten sich wahrscheinlich 7000 bis 8000 Juden, etwa neun Prozent der jüdischen Bevölkerung also, auf diese Weise absetzen. Wenn Vrba sagt, daß er keine Ahnung gehabt habe, was Auschwitz bedeute, so wird er damit recht haben, und das gilt für andere Menschen auch. Aber die Juden wußten soviel über die Gefahr in Polen, daß jeder zwölfte aus der Slowakei floh. Ob Vrba auch davon nichts wußte?

Nicht jedem war mit der Flucht nach Ungarn zu helfen. Zuerst gab es verzweifelte Versuche, einzelne aus den Transporten herauszuholen; genau diese Reaktion hatten die Nationalsozialisten und ihre slowakischen Lehrlinge erwartet, und sie waren darauf vorbereitet. Weissmandels Bericht nach dem Krieg scheint auf den ersten Blick das Bild von dem zu vervollständigen, was daraufhin geschah.

Die Mitglieder der verschiedenen Richtungen, Zionisten und Neologen wie auch Orthodoxe, die einen Ausweg aus dem Grauen suchten, mußten Wege finden, um ihre Kräfte zu vereinigen. Auf zionistischer Seite wurde dieser Zusammenschluß zweifelsohne vom Besuch Jacob Edelsteins, dem Vorsitzenden der Juden in Prag und Ältesten des Ghettos Theresienstadt, gefördert. Er besuchte Bratislava Ende 1941, erzählte seinen zionistischen Freunden dort von seinen bitteren Erfahrungen und riet ihnen, auf keinen Fall mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten. Weissmandel und anderen Quellen zufolge spielte Gisi Fleischmann eine zentrale Rolle in diesem neuen Bündnis. Sie war eine kluge Frau mit einem ausgeglichenen Charakter, war von unerschütterlichem Mut und praktisch-zupackender Art, und so war sie die einzige, die aus den unterschiedlichsten Individuen eine kohärente Gruppe formen konnte. Diese nannte sich Pracovná Skupina (Arbeitsgruppe) oder Vedlejší Vláda (Alternative Regierung) oder, um die hebräische Bezeichnung Weissmandels aufzugreifen, *Havaad Hamistater* (Verstecktes Komitee). Die Tatsache, daß Fleischmann mit Weissmandel verwandt war, scheint es dem Rabbiner leichter gemacht zu haben, die Führung einer Frau, die zudem noch Zionistin war, zu akzeptieren.[41] Die anderen Schüsselfiguren der Gruppe waren Neumann; Tibor Kovac, ein Intellektueller, der für Assimiliation eintrat und dem Zionismus und Orthodoxie dementsprechend gleichermaßen fern lagen; Armin Frieder,

der führende Rabbiner der Neologen; und, vielleicht der bedeutendste unter ihnen, der Ingenieur Andrej E. Steiner, eine praktisch veranlagte Person, dem alles Ideologische fremd war, den aber ein starkes Gefühl der Verantwortung für andere Juden leitete. Für einzelne Aktionen wurden noch andere Menschen hinzugezogen, teils beriet man sich mit ihnen, teils wurden sie in die Gruppe aufgenommen.

Nach seinem eigenen Zeugnis bemühte sich auch Weissmandel, obwohl er sich vor Schreck wie gelähmt fühlte, einzelne vor ihrem Untergang zu retten. Besonders stark spürte er diese Verpflichtung, trotz allem zu helfen, als er an einem Freitag irgendwann im Monat Tammuz (16. Juni-14. Juli 1942) von einem Mann hörte, der freigelassen worden war, nachdem Wisliceny ein Lösegeld erhalten hatte. Dieser Bericht brachte Weissmandel auf die Idee, Hochberg zu Wisliceny zu schicken und diesem eine große Summe Geld anzubieten, wenn er die Deportationen zum Stillstand bringen würde. Weissmandel berichtet, wie er zu Hochberg gegangen sei und sich als Vertreter der Weltrabbiner dargestellt habe, die einen entscheidenden Einfluß auf das Joint Distribution Committee ausüben könnten – die amerikanische Hilfsorganisation, die in der Phantasie der Nationalsozialisten als Regierung des Weltjudentums fungierte. Er habe Hochberg zu bedenken gegeben, daß dieser bereits genug für die Deutschen getan habe und nun daran denken müsse, sich den Rücken freizuhalten für den Fall, daß die Alliierten den Krieg gewinnen sollten. Hochberg habe den Köder geschluckt und sei tatsächlich zu Wisliceny gegangen. Und als er zurückgekommen sei, habe er den Preis genannt: 50000 US Dollar in Scheinen, zahlbar in zwei Raten – 25000 Dollar sofort und die gleiche Summe noch einmal sechs Wochen später. Ferner solle man auch die Slowaken bestechen, und die Juden müßten die drei Arbeitslager vergrößern, die das Jüdische Zentrum aufgebaut hatte, um den verbliebenen Juden in der Slowakei eine »produktive Tätigkeit« zu geben. Dies würde den Slowaken auch einen ökonomischen Anreiz bieten, von weiterer Deportation abzusehen. Wie Weissmandel berichtet, hat er diese Bedingungen akzeptiert und dann, auf Anraten von Ungar, den Kontakt zu den Mitgliedern der späteren Arbeitsgruppe gesucht. Nach Weissmandels Bericht erscheint es so, als habe er all diese

Schritte unternommen, bevor er sich mit der Arbeitsgruppe kurzschloß;[42] dem widersprechen aber die anderen uns zur Verfügung stehenden Aussagen, und diese Reihenfolge erscheint auch nicht plausibel. Wenn man sich an die anderen Zeugnisse hält, wird die Abfolge der Geschehnisse deutlicher hervortreten.

Fleischmann und die anderen waren dagegen, einen Verräter wie Hochberg mit einer solchen Aufgabe zu betrauen; es sei nicht auszuschließen, daß er die Gruppe den Slowaken oder den Nationalsozialisten ausliefern würde. Weissmandel dagegen erklärte, Hochberg werde die Aufgabe übernehmen, gerade weil er ein schlechtes Gewissen habe, da er die Deportationen mit ermöglicht habe; vielleicht wolle er versuchen, seinen Ruf zu retten. Weissmandel berichtete dann, daß er einen Vertreter des Weltjudentums in der Schweiz erfunden habe, einen gewissen Ferdinand Roth, der angeblich die Quelle des angebotenen Bestechungsgeldes sei. Ein Bestechungsgeld aus der Slowakei werde den Nazi nicht verführen können. Weissmandel war vor dem Krieg weit gereist und besaß noch Schreibpapier aus der Schweiz, das ein Schweizer Wasserzeichen aufwies. Außerdem verfügte er über eine alte englische Schreibmaschine. Er verfaßte Briefe an sich selbst, versah sie mit Roths Unterschrift und bat Hochberg, diese Briefe Wisliceny vorzulegen. Dieser ließ ihn, so Weissmandels Bericht, wissen, daß er persönlich kein Interesse an weiteren Deportationen habe, doch könne er nichts ausrichten, wenn die Slowaken auf deren Fortsetzung bestünden.

Die ersten 25 000 Dollar stellte, so Weissmandel, Solomon Stern, ein reicher orthodoxer Geschäftsmann aus der Slowakei, zur Verfügung. Hochberg überbrachte Wisliceny diese Summe. Wir sollten uns an dieser Stelle – und auch im Hinblick auf das Folgende – klar machen, daß Hochberg der einzige Jude war, der zu diesem Zeitpunkt mit Wisliceny in Kontakt stand, und daß er die einzige Quelle all dessen war, was die Arbeitsgruppe über Wislicenys Haltung erfuhr. Nach Weissmandels Bericht wurden die Deportationen sechs Wochen lang unterbrochen. In dieser Zeit und vom Stopp der Deportationen ermutigt, versuchte die Arbeitsgruppe im Ausland die zweite Hälfte des Geldes aufzutreiben. Gleichzeitig mit der Bestechung von Wisli-

ceny hatten Mitglieder der Arbeitsgruppe mit Izidor Koso (er war der Leiter der Kanzleien von Tuka und von Mach) und mit Anton Vašek (dem Leiter der 14. Abteilung im Innenministerium und Machs rechte Hand: eben der Mann, der auf slowakischer Seite die Deportationen ermöglicht hatte) Kontakt aufnehmen können. Das waren Männer in Schlüsselpositionen, sie leiteten die Deportationen.

Bis Ende Juli waren bereits 52000 Juden nach Polen verschleppt worden; die meisten derer, die bislang nicht deportiert worden waren, waren entweder in Besitz von Schutzbriefen von Tiso, oder sie besaßen die Bescheinigung, daß sie »wirtschaftswichtige« Juden waren und deswegen zusammen mit ihren Familien von den Deportationen zu befreien seien. Die Bestechung von Slowaken ermöglichte es, mehr Menschen auf die Listen der von der Deportation Befreiten setzen zu lassen und vielleicht die Deportationen überhaupt zu stoppen.

Fleischmann und Weissmandel wandten sich tatsächlich in die Schweiz, und zwar an Saly Mayer, den dortigen Vertreter des Joint Distribution Committee,[43] und an Nathan Schwalb, den Vertreter von Hechaluz, sowie an Bela Leibowitz, die Kontaktperson der Orthodoxen. Schwalb standen für seine Arbeit keinerlei eigene finanzielle Mittel zu Verfügung; es war Mayer, der Schwalb den größten Teil der Gelder, über die er verfügen konnte, besorgte. Das Joint Distribution Committee, die große amerikanische jüdische Wohlfahrtsorganisation, hatte eine politisch konservative Führung und folgte den Anweisungen des amerikanischen State Department. Joseph J. Schwartz, der Leiter des Joint Distribution Committee in Europa, war jedoch weitaus unabhängiger und agierte, ohne in jedem Fall auf die Genehmigung seines Aufsichtsrates in New York zu warten. Er war es, der im August 1940 Saly Mayer, den konservativen Vorsitzenden des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, zum Vertreter des Joint Distribution Committee in der Schweiz ernannt hatte. Mayer wurde angewiesen, im Rahmen seines Etats eigenständig zu handeln und danach Bericht zu erstatten, wobei solche Berichte wegen der Kriegszensur nicht allzu offen verfaßt werden durften. Viel Geld hatte auch Mayer für seine Arbeit nicht zur Verfügung. 1940 waren es 6370 US Dollar, 1941 nur 3030 US Dollar, hinzu kamen 5900 US Dollar für He-

chaluz. Zu kümmern hatte er sich vor allem um Frankreich, die Slowakei, Ungarn, Kroatien und Bulgarien; Mayer schickte auch etwas Geld nach Bratislava. Er konnte das Geld nicht selbst überweisen, denn seine Mittel unterlagen der Kontrolle durch Schweizer Banken, deren Vorschriften er nicht umgehen konnte. Also übergab er das Geld an Schwalb, der es als Bargeld von Boten schmuggeln ließ – viele der Kuriere waren alles andere als vertrauenswürdig, aber ihm blieb keine andere Wahl.

Als ihn die dringende Bitte erreichte, die 25 000 US Dollar an Wisliceny, der schon bald den Decknamen »Willy« erhielt, zu zahlen, sah Mayer keine Möglichkeit, eine so große Summe zu transferieren, nicht einmal über Schwalb. Noch ein anderes Hindernis stand dem im Weg, das er den verzweifelten Menschen in Bratislava gar nicht erklären mochte: Im April 1942 hatten Schweizer Behörden die Überweisung von US Dollars in ihr Land verboten; alle Beträge in US Dollar mußten, damit sie überwiesen werden konnten, in Schweizer Franken umgetauscht werden. Die Vereinigten Staaten erlaubten den Schweizern nicht, amerikanische Waren in US Dollar zu bezahlen, die Schweizer hatten also keine Verwendung für Dollars. Für Dollars, die nur ungenutzt auf Konten von US Banken stehen bleiben, wollte man aber auch nicht mit Franken zahlen, der selbst in der rundum belagerten Schweiz noch sehr harten Währung. Von April 1942 bis zum Sommer 1943 erhielt Mayer darum kein Geld aus den USA. Was er ausgeben konnte, mußte von der jüdischen Gemeinde in der Schweiz aufgebracht werden, und der größte Teil dieses Geldes wurde zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Schweiz gebraucht. Mayer hatte 1942, in dem Jahr, in dem die meisten jüdischen Opfer des Holocaust starben, einen Gesamtetat von 235 000 Dollar zur Verfügung, 105 295 Dollar davon erhielten jüdische Flüchtlinge in der Schweiz.[44] Den Rest mußte er unter solchen Ländern und Gemeinden aufteilen, in denen das Leben von Juden durch die Nationalsozialisten bedroht war. Das einzige, was er anzubieten hatte, war eine »Abwicklung danach«: Arrangements, innerhalb deren reiche Menschen in den jeweiligen Ländern, Juden wie Nicht-Juden, Geld vorlegten, gegen das Versprechen des Joint Distribution Committee diese Summe nach dem Krieg in US Dollar zurückzuzahlen. Im äußersten Fall konnte Mayer das

Angebot machen, das benötigte Geld im Namen des Komitees bei einer schweizerischen oder amerikanischen Bank zu hinterlegen, das erst dann freizugeben war, wenn den Menschen, denen es versprochen war, die Flucht gelungen war. Für die Verhandlungen mit Willy nutzten solche Arrangements nichts, denn hier wurden bare Dollars verlangt.

In seinem Bericht äußert sich Weissmandel sehr bitter über Schwalb und Mayer, weil von ihnen so wenig Geld kam. Schwalb wirft er vor, einen Brief nach Bratislava gesandt zu haben, in dem er schrieb, die Juden müßten während des Kriegs, wie alle anderen Menschen auch, Opfer bringen; das eigentliche Ziel sei es, dafür zu kämpfen, daß Palästina zur Heimstatt der Juden werden könne. Nur das Vergießen von Blut werde ein jüdisches Palästina entstehen lassen, und es sei vordringlich, die Auswanderung dorthin zu forcieren. Wenn die slowakischen Juden dies könnten, sollten sie fliehen und nach Palästina ziehen. Weissmandel behauptet sogar, in einem seiner Briefe in die Slowakei habe Mayer herablassend von »Ostjuden« geschrieben: Sie seien von Natur aus ängstlich, und man sollte ihre Geschichten über Polen und die nationalsozialistischen Greueltaten nicht ganz so ernst nehmen.

»Zionisten« und »unfromme« Juden wie Schwalb und Mayer hätten die Juden unter dem nationalsozialistischen Joch im Stich gelassen; sie hätten Briefe geschrieben, welche die Leidenden noch verunglimpften; hätten den Zionismus in Palästina wichtiger genommen als die Rettung der jüdischen Massen – diese von Weissmandel in seinem Bericht erhobenen Vorwürfe hallen noch immer durch die jüdische Welt. Sie sind sowohl von orthodoxen anti-zionistischen Kommentatoren als auch von nonkonformistischen nicht-orthodoxen Juden benutzt worden, um zu »belegen«, daß Jewish Agency und Joint Distribution Committee, wenn nicht sogar die gesamte Führungsriege des Judentums, während des Kriegs verfolgte Juden nicht nur nicht gerettet, sondern dies auch gar nicht wirklich gewollt hätten.[45]

Obwohl Weissmandel ansonsten für fast alle seine Darstellungen Belege anführt, zitiert er diese beiden Schlüsselbriefe interessanterweise nur aus dem Gedächtnis. Bis heute sind weder diese Briefe noch Kopien davon aufgetaucht. Im Hinblick auf den Schwalb-Brief hat Andrej Steiner die Version von Weiss-

mandel im großen und ganzen bestätigt, allerdings auch hinzugefügt, daß dieser Brief, als man ihn damals erhalten und gelesen habe, niemandem außergewöhnlich erschienen sei. Er kann sich, wie Weissmandel auch, an das Datum des Briefs nicht erinnern, und wir können wohl davon ausgehen, daß er die Slowakei erreichte, bevor man von den Massenmorden erfahren hatte. Vielleicht hat Schwalb auf sehr ungeschickte Art seine Anteilnahme zeigen wollen, als er der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Blutvergießen (worum es damals ging, waren die Pogrome in Polen, nicht Hitlers »Endlösung«) dem jüdischen Volk vielleicht nach dem Krieg das Recht auf Palästina geben würde, und dazu riet, daß alle, die dies könnten, aus der Slowakei nach Palästina fliehen sollten. Man sollte sich vielleicht auch vergegenwärtigen, daß Schwalb ein junger Mann war, der noch nicht viel Erfahrungen hatte sammeln können; er war bei Kriegsausbruch eher zufällig in der Schweiz geblieben und erst im nachhinein in seinem Amt als Vertreter einer der zionistischen Organisationen, nämlich von Hechaluz, bestätigt worden. Er war keineswegs der Repräsentant der Zionistischen Weltorganisation, als welchen Weissmandel ihn darstellt.

Auch eine sehr eingehende Suche im reichhaltigen und sehr umfangreichen Archiv von Mayer konnte den von Weissmandel erwähnten Brief nicht zutage fördern. Mayer selbst war ein im traditionellen Sinn gläubiger Jude, der das polnische Judentum sehr bewunderte und dem die fürchterlichen Leiden der Juden unter den Nationalsozialisten nach und nach bewußt wurden. Es ist schwer zu entscheiden, auf welcher Basis Weissmandel seine Behauptung aufstellte, aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß Mayer je Formulierungen benutzt hätte, mit denen er slowakischen Juden gegenüber polnische Juden abschätzig darstellte. Steiner kann sich an nichts, was Weissmandels Vorwürfe begründen könnte, erinnern, weiß aber zu berichten, daß Mayer in einem seiner Briefe gesagt habe, er könne kein Geld schicken, weil dies gegen die Gesetze sei – doch das ist eine ganz andere Angelegenheit.[46] Wie wir sehen werden, gibt es in Weissmandels Bericht noch an mehreren anderen Punkten Unstimmigkeiten, was die Zweifel verstärkt.

Der Kontakt zu Mayer wurde von Gisi Fleischmann aufrechterhalten, zunächst über Blum in Ungarn oder über

Schwalb in der Schweiz. Weissmandel hat Leibowitz angesprochen, ob dieser 10000 US Dollar und größere Summen in Schweizer Franken zu Verfügung stellen könne, die – auf Konten in der Schweiz eingezahlt – als Sicherheit für Anleihen, die dann in Bratislava zu tätigen waren, dienen sollten (die »Abwicklung danach«). Es gibt aber keinen Nachweis dafür, daß Leibowitz dies Geld tatsächlich vorgeschossen hat. Gisi Fleischmann schrieb am 27. Juli einen realistischeren und präzisen Brief an Schwalb; sie bat um 100000 Schweizer Franken, also etwa 23000 US Dollar, die an Willy gezahlt werden sollten, sowie um ein Budget von 420000 US Dollar im Jahr für die Arbeitslager. Diese Summen überstiegen bei weitem die Mittel, die Mayer zur Verfügung standen. Am 28. August entschloß sich Mayer, Schwalb 5000 US Dollar in Schweizer Franken für die Slowakei zu geben, weitere 5000 US Dollar sollten im September folgen. Im September dann verpflichtete er sich, monatlich 5000 US Dollar zu schicken, und Schwalb überredete die Arbeitsgruppe, weitere 40000 Franken nach der Methode »Abwicklung danach« aufzutreiben.

Keine dieser Transaktionen geschah in US Dollar, und die Summen haben wenig oder gar nichts mit den 25000 US Dollar gemeinsam, von denen Weissmandel berichtet.

Als Wisliceny die zweite Rate nicht rechtzeitig erhalten habe, so führt Weissmandel seinen Bericht fort, sei ein Transport nach Auschwitz gefahren – an Jom Kippur, dem Tag der Sühne und dem höchsten Fest des jüdischen Kalenders (im Jahr 1942 der 21. September). Direkt danach sei es ihm aber gelungen, das Geld über Beziehungen zu orthodoxen Juden in Ungarn aufzutreiben; ein gewisser Naftali Treitel, ein reicher Händler aus Ungarn, habe es nach Nitra gebracht. Wisliceny habe sein Geld erhalten, und danach habe es zwei Jahre lang keine Deportationen mehr gegeben.

An Weissmandels Bericht entstehen sofort Zweifel, wenn man sich vergegenwärtigt, daß *nach* Jom Kippur zwei Transporte nach Auschwitz gefahren sind, nämlich am 23. September und am 20. Oktober 1942, also auch *nachdem* Weissmandel zufolge die zweite Rate an Wisliceny bezahlt worden war.

Wir müssen Weissmandels Bericht mit dem vergleichen, was wir von den anderen Beteiligten wissen. Es gibt mehrere Quel-

len, die wichtigsten davon sind die Briefe von Gisi Fleischmann – sie datieren aus genau dieser Zeit, man muß ihnen also Vorrang vor anderen Quellen einräumen – und die Aussagen von Steiner. Steiner übernahm Hochbergs Funktion als Kontaktmann zu Wisliceny, und er war an der Bestechung slowakischer Beamten beteiligt. Nach dem Krieg hat er mehrfach als Zeuge ausgesagt, und seine frühen Darstellungen aus den Jahren 1946 und 1947 sind besonders wertvoll. Hinzuziehen kann man auch noch die Aussage, die Kovac nach dem Krieg im Prozeß gegen die slowakischen Faschisten und Verbrecher gemacht hat; außerdem die Memoiren von Rabbiner Frieder, die auf seinem Tagebuch basieren, und die Erinnerungen von Oskar Neumann und einigen anderen.

Vergleicht man diese Quellen, ergibt sich, daß die Angaben nicht eindeutig sind: weder die zur Summe noch die zum Datum ihrer Übergabe. Die genannten Zahlen schwanken zwischen 40000 und 50000 US Dollar, die angegebenen Daten liegen zwischen Juli und Oktober.[47]

Weissmandel berichtet, daß er, kurz nachdem die Deportationen eingestellt worden seien – und er ist sicher, daß dies wegen der bezahlten Bestechungsgelder geschah –, die Arbeitsgruppe gebeten habe, Wisliceny noch einmal zu bestechen, und nicht nur ihn, sondern die ganze SS, um so zu erreichen, daß die Morde überhaupt eingestellt würden, zumindest aber die Deportationen aus anderen europäischen Ländern nach Polen. Die Arbeitsgruppe hat im August 1942 zum ersten Mal von den Massenmorden erfahren, das geht aus einem Brief von Gisi Fleischmann in die Schweiz vom 27. August hervor.[48] Der Brief deckt sich übrigens in etwa mit dem Bericht, den Gerhart Riegner aus Genf am 8. August in die Vereinigten Staaten und nach England sandte und der üblicherweise – und zu Unrecht – als erster definitiver Hinweis auf die »Endlösung« betrachtet wird, der den Westen erreicht hat.[49] Noch wußte niemand in Bratislava etwas von den Vergasungen und auch nichts davon, daß sich in Auschwitz eines der Hauptvernichtungslager befand; dennoch gibt es keine Zweifel daran, daß es die allgemeine Kenntnis von den Massenmorden war, welche die Arbeitsgruppe dazu trieb, sich noch einmal an Wisliceny zu wenden, um so das Morden zu verhindern.

Dieser Schritt ist eigentlich sehr merkwürdig. Denn die Gruppe hatte gerade erfolgreich, so dachten die Mitglieder zumindest, die Deportationen aus der winzigen Slowakei unterbrechen können. Noch lebten etwa 24000 Juden im Land, und nun kam diese Gruppe und wollte gleich die »Endlösung« insgesamt beenden oder zumindest wenigstens ihre Durchführung deutlich behindern. Einzigartig war auch, daß dieses eine Mal eine Gruppe jüdischer Aktivisten zusammenfand, deren Mitglieder alle Fraktionen der gespaltenen jüdischen Gemeinde vertraten – von Assimilationisten angefangen über Neologen und Zionisten aller Spielarten bis hin zu den Oberhäuptern des ultraorthodoxen Flügels. Und diese Gruppe wollte Juden außerhalb ihrer Gemeinde, ja außerhalb ihres Landes retten.

Nach Weissmandels Bericht nahm die Arbeitsgruppe Ende 1942 wiederum über Hochberg mit Wisliceny Kontakt auf und unterbreitete ihm den sogenannten »Europaplan«, um sowohl die Deportationen nach Polen, vielleicht sogar die Tötungen dort zu beenden. Weissmandel stellt die Sache so dar, als hätten alle Mitglieder der Gruppe hinter diesem Plan gestanden und an seine Umsetzbarkeit geglaubt. Steiner bietet eine ganz andere Version: »Ein Großteil unserer Arbeitsgruppe hielt ihn für undurchführbar und für zu unrealistisch, als daß sie viel Energie auf seine Verwirklichung hätten verwenden wollen. Nur Rabbiner Weissmandel, Gisi Fleischmann und Dr. Neumann drängten darauf, nicht locker zu lassen.«[50]

In seiner Arbeit über Weissmandel weist Abraham Fuchs nach, daß der erste Kontakt mit Wisliceny im Zusammenhang mit dem »Europaplan« Anfang November 1942 hergestellt wurde.[51] Zunächst sei, so Weissmandel, keine Summe genannt worden – weder von der Arbeitsgruppe noch von Wisliceny. Aber man deutete Wisliceny gegenüber an, daß die Gruppe Verbindungen zum Weltjudentum habe und daß bald beträchtliche Bestechungsgelder aufgebracht werden könnten. Wisliceny dagegen hat nach dem Krieg ausgesagt, daß Hochberg gleich zu Anfang zwei bis drei Millionen US Dollar als mögliche Summe erwähnt habe. Kurz nach diesem ersten Kontakt wurde Hochberg aber von der slowakischen Polizei verhaftet, denn er hatte von Juden, deren Deportation bevorstand, Geld und Wertgegenstände entweder erhalten oder dadurch erpreßt,

daß er ihnen anbot, sich für ihre Freilassung einzusetzen. Andrej Steiner und andere hatten anscheinend etwas damit zu tun, daß der Polizei die notwendigen Beweismittel zugespielt wurden.[52] Wisliceny versuchte Hochberg dem Zugriff der Polizei zu entziehen, vielleicht, wie er in seiner Aussage nach dem Krieg behauptet hat, aus Angst davor, daß nun die geheimen Verhandlungen ans Tageslicht kämen, aber vielleicht auch wegen anderer dubioser Geschäfte, an denen Willy möglicherweise beteiligt war. Ganz sicher hatten die Slowaken mit Hochbergs Verhaftung ein nützliches Druckmittel gegen Eichmanns Gewährsmann in Bratislava in der Hand.

Auch Weissmandel wollte Hochberg freibekommen. Immerhin hatte die Arbeitsgruppe den Verräter benutzt, um Willy zu bestechen, und wenn er die Geschichte in einem Verhör ausgepackt hätte, wäre die Gruppe in Schwierigkeiten geraten. Fleischmann war gegen einen solchen Versuch, denn sie sah einen Vorteil darin, Hochberg von Willys Seite entfernt zu wissen. Wie dem auch sei, Hochberg blieb im Gefängnis. Die Gruppe wählte Steiner aus, um Hochbergs Rolle als Vermittler zu Wisliceny zu übernehmen, und Willy hat richtig erkannt, daß er von nun an mit den Bestechern in direktem Kontakt stand. Laut Weissmandel fuhr Wisliceny nach Berlin und brachte die Antwort seines Vorgesetzten mit zurück – Steiner vermutet von Himmler –: Die SS sei an Verhandlungen interessiert. Weissmandel und Fleischmann erwähnen kein jüdisches Angebot in diesem Stadium, deuten aber an, daß die Gruppe Forderungen der Nationalsozialisten erwartete. Steiner berichtet das anders. Er spricht ausdrücklich von einem Angebot der Gruppe bereits in einem frühen Stadium der Verhandlungen: 150000 US Dollar sollten gezahlt werden, wenn der erste Kindertransport, der Gegenstand des Abkommens werden sollte, in die Schweiz fahren würde. Wenn die Juden Beweise dafür hätten, daß die Nationalsozialisten das Abkommen einhielten, würde eine zweite Tranche von 150000 Dollar folgen, weitere Zahlungen bzw. die Lieferung von Gütern, die nicht von der deutschen Kriegsindustrie genutzt werden konnten, wurden den Nationalsozialisten versprochen.[53] Wir sollten uns an dieser Stelle vergegenwärtigen, daß weder Weissmandel noch Fleischmann unmittelbaren Kontakt zu Wisliceny hatten, während

Steiner direkt mit ihm verhandelt hat. Er hat seinen Bericht 1946 oder 1947 niedergeschrieben, also relativ kurze Zeit nach den Ereignissen. Ich gehe davon aus, daß seine Aussage in diesem Punkt glaubwürdiger ist als die Berichte der anderen Beteiligten.

Weissmandel zufolge wandte sich die Gruppe jetzt an Juden im Ausland. Der erste, der über den neuen Plan informiert wurde, war Nathan Schwalb; am 4. Dezember telegraphierte er nach Istanbul, daß er Nachrichten aus der Slowakei erhalten habe über eine »Möglichkeit, die Pest der Deportationen aus der Slowakei aufzuhalten... sie (die Arbeitsgruppe) berichten uns, daß er (Wisliceny) jetzt der leitende Beamte für Südosteuropa werden soll und daß er bis jetzt alle seine Zusagen vollständig erfüllt hat«.[54] Ein weiterer Brief, von Weissmandel und Frieder unterschrieben und am 5. Dezember datiert, wurde nach Istanbul gesandt, und ein Brief von Gisi Fleischmann ging in die Schweiz.[55] Dieser Brief erwähnt einige kleine Konzessionen, die Wisliceny offenbar gemacht hat, zum Beispiel die Erlaubnis, Pakete an die Deportierten nach Polen zu schicken; den Kern des Briefes jedoch bildet der Vorschlag, die Deportationen *aus* Polen einzustellen. Wahrscheinlich war dies eine verdeckte Art zu schreiben, daß die Morde vollständig eingestellt werden sollten. Unklar bleibt, ob dies nur ein Vorschlag der Juden war oder auf eine Antwort Wislicenys zurückgeht. Offenbar hat Wisliceny die Einstellung der Deportationen aus ganz Europa ausdrücklich angeboten, nur das Reichsgebiet blieb ausgeschlossen. Die Juden wurden gefragt, wieviel Geld sie dafür bieten würden. Mayer und Schwalb sind von diesem Brief offensichtlich überrascht worden, und der nicht näher bekannte neutrale Diplomat, der den Brief in die Schweiz mitgenommen hatte, mußte ohne eine Antwort zurückkehren. Fleischmann beklagte am 19. Dezember bitter, daß der Wille, der Gruppe zu helfen, fehle. Am 14. Januar berichtete sie, daß sie auch von den ungarischen Juden keine Hilfe erhalten habe.[56] Mayer wiederum erwartete aus Lissabon eine Antwort auf seine dringende Bitte um Anweisungen. Schwartz und Herbert Katzki, dessen Stellvertreter, zögerten und ließen Mayer auch in einem Telefongespräch am 24. Februar noch ohne Antwort. Am 1. März hat Katzki zu Mayer gesagt, daß nichts zu machen sei – im

Klartext, es solle für diesen Zweck kein Geld in die Slowakei geschickt werden. Auch Richard Lichtheim, ein Vertreter der Zionisten in Genf, war der Meinung, der neue Vorschlag sei eine »Lüge und eine Täuschung«.[57]

Mayer begann, eigenständig zu handeln. Ende Februar sagte er Schwalb, er möge der Gruppe in Bratislava mitteilen, daß man ihren Vorschlag eingehend diskutiere. Er hatte der Gruppe mittlerweile eine monatliche Zahlung von 20000 Schweizer Franken zugesichert, und er versprach Fleischmann zusätzlich weitere 100000 nach dem Modus der »Abwicklung danach«. Dann erst, im März, hat Wisliceny schließlich eine Summe von zwei Millionen US Dollar verlangt, zehn Prozent davon sollten als Anzahlung sofort fällig werden. Am 31. März schlug Mayer vor, er könne 100000 US Dollar für Willy auf einem Bankkonto in den Vereinigten Staaten hinterlegen lassen, zur »Abwicklung danach«. Am 2. April erklärte er Katzki, er wolle verhindern, daß »die Verhandlungen abreißen und uns dies angelastet wird«.[58] Er versuchte auch, das zögernde Internationale Rote Kreuz dazu zu bewegen, einen Abgesandten in die Slowakei zu schicken, als Schutz für die Juden überhaupt und insbesondere für die Mitglieder der Arbeitsgruppe. Während Mayer den Europaplan immer mehr zu seiner Sache machte, waren Schwalb und ein weiterer Vertreter der Zionisten in der Schweiz, nämlich Alfred Silberschein vom World Jewish Congress, die einzigen, die den Plan so ernst nahmen, daß sie darauf drängten, sofort Geld in die Slowakei zu schicken. Aber sie hatten gar kein Geld, denn bei Mayer waren noch keine Zahlungen eingetroffen; und ganz sicher verfügte die Gruppe nicht über US Dollars.

Währenddessen, in der Zeit zwischen November 1942 und Januar 1943, wurde in Istanbul eine palästinensisch-jüdische Delegation gebildet, die Verbindungen in nationalsozialistisch besetzte Länder aufbauen sollte. Die Arbeitsgruppe wollte Geld, und zwar in Dollarnoten, obwohl Weissmandel deutlich erkannt hatte, daß es den Nationalsozialisten nicht primär um Geld ging. Natürlich waren Devisen nicht zu verachten, aber das Geld war den Nationalsozialisten, denen es eigentlich um etwas anderes ging, nur ein Mittel. Die Istanbuler Emissäre vertraten die zionistischen Organe aus Palästina, und als Hilfe hat-

ten sie vor allem Geld zu bieten. Also wandte sich die Arbeitsgruppe in ihrer Not an die Emissäre des Jischuw.

Die Reaktion in Istanbul muß man vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Palästina sehen. Die jüdische Führung dort lenkte auch die Istanbuler Delegation. In Palästina gab es seit dem 13. November 1942 zuverlässige Informationen über die Massenmorde der Nationalsozialisten, denn an diesem Tag waren 69 jüdische Bürger Palästinas zurückgekommen, die beim Ausbruch des Kriegs in Europa hängengeblieben waren. Man hatte sie gegen eine größere Gruppe von Deutschen ausgetauscht, die in Palästina gelebt hatten. Diese Juden kamen aus verschiedenen Teilen des besetzten Europa, auch aus einigen polnischen Städten. Die Heimkehrer berichteten aus eigener Erfahrung, und was sie berichteten, ließ keine Zweifel an dem, was in Polen vor sich ging. Wie überall, lösten diese Nachrichten Schock, Zweifel oder Verzweiflung aus.[59] Aber diese Berichte gaben der Führung der Jewish Agency, der in Palästina ansässigen Führung der zionistischen Bewegung, einen starken Anstoß zu handeln. Die entscheidenden Personen in der Jewish Agency waren: David Ben Gurion, der Vorsitzende der Exekutive; Mosche Shertok (Sharett), der Leiter der Politischen Abteilung; Yitzhak Grünbaum, der Leiter des Polen-Komitees, der ab 1943 auch das Rescue Committee der Jewish Agency führen sollte; Eliezer Kaplan, der Schatzmeister; und Chaim Weizmann, der Präsident, der in London lebte. Auch hier lautet der bis heute geläufige Vorwurf, die Jewish Agency habe zu wenig unternommen, um die Juden in Europa zu retten, und was sie getan habe, das sei zu spät geschehen; sie habe der Bildung eines jüdischen Staates den Vorrang vor der Rettung der Juden gegeben. Insbesondere Ben Gurion und Grünbaum seien kalte, verbohrte Politiker gewesen, welche sich um die Vernichtung ihres Volkes in Europa nicht gekümmert hätten. Jüdische Kommentatoren und Historiker aller Richtungen, liberale, nicht-orthodoxe, orthodoxe und ultraorthodoxe Juden, erheben diese Vorwürfe seit Jahren.[60]

Es ist inzwischen ziemlich klar, daß Ben Gurion genau informiert wurde, sobald Nachrichten verfügbar waren. Er scheint die Implikationen der nationalsozialistischen Mordpläne genau erkannt zu haben und hat sich, entgegen der vor-

herrschenden Meinung der Kommentatoren, auch sehr aktiv dafür eingesetzt, daß die Alliierten in direkten Kontakten dazu bewegt wurden, zur Unterstützung der europäischen Juden einzugreifen. Wie Shlomo Aronson, ein Experte in diesen Fragen, gezeigt hat, saßen die Juden in einer »mehrfachen Falle«, aus der sie sich nicht befreien konnten.[61] Sie mußten die Politik der Alliierten gegen Hitler unterstützen, aber gerade diese Politik stand einer besonderen Intervention zugunsten der Juden entgegen. Aus der Sicht der westlichen Alliierten hätte man keinen schlimmeren Fehler machen können, als sich offen für die Juden einzusetzen, denn damit hätte man sich in den jeweiligen Ländern den Vorwurf eingehandelt, den Krieg nur im Namen der Juden zu führen. Hingegen betrachtete die nationalsozialistische Führung den Krieg als einen ideologischen Kampf, der letztendlich gegen die Juden gerichtet war. Die Alliierten haben das niemals zur Kenntnis genommen, einerseits weil die Juden auch in den westlichen Demokratien nicht sehr beliebt waren und andererseits weil sie tatsächlich unfähig waren, die nationalsozialistische Ideologie und ihren praktischen Einfluß auf die nationalsozialistische Politik zu verstehen.

Um zu belegen, wie ernst es den Nationalsozialisten mit ihrer Ideologie war, zitiere ich aus einer Rede, die Himmler vor hohen Wehrmachtsoffizieren und SS-Führern am 21. Juni 1944 hielt:

> »Der Krieg, den wir führen, ist in seinem Hauptinhalt ein Rassenkrieg. Er ist erstens der Krieg gegen den Juden, der andere Nationalstaaten wie England und Amerika in den Krieg gegen uns hineingehetzt hat, und es ist zweitens der Krieg gegen Rußland. Der Krieg gegen Judentum und Asiatentum ist der Krieg zweier Rassen.«[62]

Solche Worte konnte in den Ministerien und Botschaften der Alliierten niemand verstehen. Aber schlimmer ist es, daß Historiker wie Arno J. Mayer in seinem populären *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die »Endlösung« (Why Did The Heavens Not Darken?)* immer noch und ungeachtet aller anders lautenden Belege behaupten, Hitler habe den Krieg primär gegen den Marxismus und nicht gegen die Juden geführt, die natürlich den Marxismus erfunden

hatten.[63] In den Augen der Alliierten waren die Juden nur eine der Gruppen, die unter den Nationalsozialisten zu leiden hatten. Man betrachtete die Juden gewöhnlich als Religionsgemeinschaft und nicht als ein Volk, und die Verfolgung der Juden wurde, trotz allem, was man in den vorangegangenen neun Jahren aus dem Dritten Reich erfahren hatte, immer noch vor allem als *religiöse* Verfolgung gesehen: Das war eine Formulierung, mit der man im Kontext der abendländischen Kultur damals etwas anfangen konnte. Die nationalsozialistische Verfolgung von Christen mag der Religion und ihren Anhängern gegolten haben, Tatsache ist aber, daß die Verfolgung der Juden ein Krieg, und zwar, wie Himmler es formuliert hat, ein »Rassenkrieg« gewesen ist – und das heißt, in zivilisiertere Begriffe übertragen, ein Krieg gegen das jüdische Volk, ganz gleich, woran die Juden jeweils glaubten oder nicht glaubten.

Ben Gurion wird es vielleicht als Genugtuung empfunden haben, daß die Alliierten erkannten, daß man die Juden Europas ermordete. Eine entsprechende alliierte Erklärung wurde am 17. Dezember 1942 in London, Washington und Moskau veröffentlicht. Ihr lagen vor allem Informationen zugrunde, die man vom Internationalen Roten Kreuz in Genf erhalten hatte. Dessen Vizepräsident Carl J. Burckhardt hatte dem amerikanischen Diplomaten Paul C. Squire auf dessen Frage am 7. November 1942 erklärt, daß die Nationalsozialisten die Juden tatsächlich ermordeten. Er bestätigte damit Riegners Telegramm vom August. Von noch größerer Bedeutung jedoch war der Bericht, den der polnische Untergrundkämpfer und Kurier Jan Karski (ein Deckname) Ende Oktober oder Anfang November aus Polen herausgeschmuggelt hatte. Karski ist mit den führenden Mitgliedern der polnischen Exilregierung sowie mit dem britischen Außenminister Anthony Eden und vielen anderen zusammengetroffen. Allen seinen Gesprächspartnern berichtete er von der Zerstörung des Warschauer Ghettos und von den Vernichtungslagern (er glaubte, im Vernichtungslager Belzec gewesen zu sein, möglicherweise war es jedoch ein Zwangsarbeitslager in der Nähe).[64] Die Nachrichten, die er mitbrachte, waren so überzeugend, daß die polnische Exilregierung in einer ernsthaften und intensiven Kampagne seine Berichte verbreitete und

Taten forderte. Am 9. Dezember 1942 überreichte sie den Regierungen der Alliierten eine deutliche Note in dieser Angelegenheit, die dann zu der Erklärung vom 17. Dezember führte.

Ben Gurion wollte, daß die Alliierten den Nationalsozialisten einen Tausch anboten: die Deutschen in den westlichen Ländern gegen die Juden. Aber dieser Vorschlag war sowohl idealistisch als auch unpraktikabel, und Ben Gurion verlegte sich bald auf eine andere Forderung: Die neutralen Staaten sollten Juden ermuntern, dort einzureisen – gegen das Versprechen der Alliierten, durch Versorgungslieferungen das Überleben der Flüchtlinge zu sichern und die Flüchtlinge nach Ende des Kriegs woandershin zu bringen. Er verlangte auch, daß man die Vasallenstaaten des Deutschen Reiches mit Nachdruck mahnte, ihre jüdische Bevölkerung zu schützen. Und er wollte die Bombardierung deutscher Städte, ausdrücklich als Vergeltungsschläge für die Ermordung von Juden deklariert und vom massenhaften Abwurf von Propagandamaterial begleitet. Er forderte die Engländer auf, die Tore Palästinas weiter zu öffnen, die nach Veröffentlichung des englischen Weißbuchs vom 17. Mai 1939 geschlossen worden waren. Dort war die jüdische Einwanderung nach Palästina auf eine Zahl von weiteren 75 000 Menschen beschränkt worden. Dementsprechend hätten Ende 1942 noch 29 000 Einwanderungsgenehmigungen erteilt werden können. Als Ben Gurion schließlich zu der Einsicht gelangen mußte, daß er die Alliierten doch nicht zu anderen Schritten würde bewegen können und allmählich verzweifelte, widmete er sich der Idee, 29 000 jüdische Kinder aus den Balkanstaaten nach Palästina zu bringen. Ben Gurion hat die Falle erkannt, in der die Juden sich befanden, und kämpfte für das wenige, das er angesichts der völligen Ohnmacht des Jischuw in Palästina tun konnte, der zudem noch durch den Krieg von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien abgeschnitten und isoliert war. Er sah die Tragik, die darin lag, die nationale Wiedergeburt eines Volkes anzuführen, dessen Mitglieder gerade in Massen ermordet wurden.

Chaim Barlas, ein Bevollmächtigter von Grünbaum, war der nominelle Leiter der Istanbuler Delegation, aber nicht die führende Gestalt dort. Das waren zwei Vertreter der Kibbuz-Bewegung, Wenja (Venia) Pomeranz (später Ze'ev Hadari) und

Menachem Bader. Sie waren sich unklar darüber, wie der Rabbinerbrief – so nannten sie die Bitte Weissmandels von Anfang Dezember – zu verstehen sei. Obwohl sie eine genaue Lektüre des Briefs zu einem anderen Ergebnis hätte bringen sollen, haben sie und auch die Führung in Palästina die zwei Stadien durcheinandergebracht und den Dezember-Brief als eine weitere Bitte aufgefaßt, den slowakischen Juden zu helfen. Erwähnen sollte man auch, daß sich die Führung in Palästina zur gleichen Zeit, also November/Dezember 1942, mit einem weiteren Lösegeld-Vorschlag beschäftigen mußte, der aus Rumänien kam und angeblich die Freilassung von 70000 Deportierten im rumänisch besetzten Transnistrien gegen eine Summe in Aussicht stellte, die sich auf einige zehn Millionen US Dollar belief. Beide Lösegeldpläne zeigen offenbar ein gemeinsames Muster: das Angebot der Rettung von jüdischen Bevölkerungen bestimmter Gebiete gegen Geld. Bereits in der zweiten Hälfte des Januar hatte Yitzhak Grünbaum Alfred Silberschein vom World Jewish Congress Relief Committee in Genf, der ebenfalls Verbindungen in die Slowakei hatte, telegraphisch mitgeteilt, der Jischuw stehe »dem Vorschlag des Rabbiner positiv gegenüber«, weshalb er Silberschein bitte, herauszufinden, ob der Vorschlag »praktikabel und welche Unterstützung notwendig« sei.[65]

Dokumente, die belegen, daß Ben Gurion an den Reaktionen auf den Europaplan beteiligt war, finden sich erst unter dem Datum des 10. Februar. Anscheinend hat auch er die Informationen mißverstanden, denn er äußerte sich, als ginge es in der zur Debatte stehenden Angelegenheit um die Rettung der slowakischen Juden und nicht um die Beendigung der Morde überhaupt. Er ließ keine Zweifel daran, daß die Rettung von 29000 Kindern, über welche man zu dieser Zeit mit den Briten verhandelte, sowie verschiedene andere »kleine« Rettungspläne Vorrang vor dem Europaplan haben müßten; für derart umfangreiche Pläne und ihre Finanzierung müsse man sich an die Juden in der ganzen Welt wenden, der Jischuw in Palästina verfüge gar nicht über entsprechende Summen.[66]

Am 10. März 1943 schrieben die Emissäre in Istanbul in einem Brief nach Tel Aviv, es sei schwierig, die Ernsthaftigkeit des Vorschlags zu beurteilen, obwohl »mit solchen Mitteln« be-

reits die Deportation von 20000 slowakischen Juden verhindert worden sei. In einem Gespräch, das er am 9. März mit dem Apostolischen Nuntius Angelo Roncalli (dem späteren Papst Johannes XXIII) führte, hat Bader den Europaplan offenbar nicht einmal erwähnt.[67] Ben Gurion kam zu einer zweifachen Schlußfolgerung: Einerseits stelle der Plan wahrscheinlich eine versuchte Erpressung dar, andererseits aber müsse man dennoch Geld schicken, weil man keinen Vorschlag übergehen dürfe, der von den bedrängten Juden im nationalsozialistisch besetzten Europa ausginge. Dies war seine Überzeugung schon im späten Februar, noch bevor er Eliezer Kaplan, seinen engsten Freund und Berater, nach Istanbul sandte, um nähere Auskünfte einzuholen. Kaplan erstattete nach seiner Rückkehr der Exekutive der Jewish Agency am 28. März Bericht, wobei er die Meinung vertrat, der Plan sei »zweifelhaft«; allerdings habe man mit Bestechungen in der Slowakei und Transnistrien bereits etwas bewirken können. Die Jewish Agency müsse also Geld auftreiben, wenn Geld gebraucht werde. Auch Kaplan hat sich mit Roncalli getroffen, er hat mit diesem über die Slowakei gesprochen und bei dieser Gelegenheit Roncallis Versprechen erhalten, daß dieser sich beim Vatikan dafür einsetzen werde, alles zu versuchen, um die Juden zu retten. Der Vatikan war bereits aktiv geworden, und Roncallis Bitte trug zur Unterstützung dessen bei, was schon geschehen war. Bis zum Mai war die Reaktion des Jischuw nur lauwarm, aber nicht negativ: Das notwendige Geld werde man zur Verfügung stellen. Erst im Frühjahr 1943 nannte man die Summe von 200000 US Dollar, als Anzahlung auf den höheren Betrag, den die Nationalsozialisten forderten. Erschwert wurde das Ganze dadurch, daß man sich über den Wert des Plans nicht einig war – weder unter den Emissären in Istanbul noch unter den Delegierten in der Schweiz. Entgegen dem Bild, das Weissmandel in seinem Buch von Schwalb zeichnet, stand dieser dem Plan von Anfang an positiv gegenüber, anders als Richard Lichtheim, der Vertreter der Jewish Agency, der dagegen war.[68]

Natürlich war das Problem, daß der Jischuw nicht annähernd über die Summen verfügte, die sich Fleischmann, Weissmandel und ihre Mitstreiter vorstellten. Sie saßen in der faschistischen Slowakei und dachten, daß Juden, die in Freiheit lebten, ohne

Probleme einige Millionen US Dollar aufbringen könnten und müßten. In gewisser Weise, und sicher unbewußt, waren sie den antisemitischen Behauptungen aufgesessen, die das Weltjudentum als immens reich und auch als mächtig genug darstellten, um kriegführende Nationen dazu zu bringen, Geld in großen Summen überall dorthin zu transferieren, wo man es brauchte.

Anfang 1943 mußte die Arbeitsgruppe ihre Aufmerksamkeit vom Plan weg auf das Schicksal der übriggebliebenen slowakischen Juden lenken. Vom radikalen Flügel der SL'S und der Hlinka-Garde unter Druck gesetzt, hatte Mach am 7. Februar bei einer Kundgebung in Ružomberok erklärt: »Im März und April werden die Transporte weiterrollen.« Der Brief, den die Bischöfe der Slowakei daraufhin am 16. Februar an die Regierung richteten, geht wieder nur auf das Schicksal der Bekehrten ein und klammert die Gefährdung der »jüdischen Juden« völlig aus. Die Arbeitsgruppe reagierte sofort: Man intensivierte alle Kontakte zu den bestechlichen Mitgliedern der slowakischen Behörden. Jozef Sivak, der Erziehungsminister und ein Gegner der Deportationen, sowie Imrich Karvás, der freundlich gesinnte Direktor der Slowakischen Nationalbank, wurden eingespannt, um Einfluß auf die Regierung auszuüben; auch ein Gespräch mit Burzio wurde gesucht. Es scheint, als habe die Intervention von Burzio bei der Verhinderung der Deportationen eine wichtige Rolle gespielt. Ein Hirtenbrief der Bischöfe – es war nicht der Brief an die Regierung vom 16. Februar – wurde am 21. März in den Kirchen verlesen; dieser Brief verurteilte die Deportationen mit etwas allgemeinen, aber doch klaren Formulierungen. Das Problem war dennoch die Sprache, denn der Hirtenbrief war in Latein verfaßt und wurde auch lateinisch vorgelesen, was kaum dazu geeignet war, slowakische Gläubige umzustimmen.

Am 7. April sprach Burzio bei Tuka vor. In einem Bericht an Kardinal-Staatssekretär Luigi Maglione, den Außenminister des Vatikans, benutzt Burzio sehr starke Worte, um Tuka zu beschreiben: »Es gibt nichts Unangenehmeres und Erniedrigenderes, als ein Gespräch mit jemandem zu führen, den manche eine Sphinx, andere einen Irren und wieder andere einen zynischen Heuchler nennen würden ... in der Tat ein Verrückter. Und man kann auch nicht hoffen, daß Argumente, die das Gewissen

ansprechen, bei einem solchen Übermenschen wirken.« In diesem Ton geht es weiter. Dennoch scheint das Gespräch etwas bewirkt zu haben, denn in dessen Verlauf hat Tuka erklärt, daß er die Deportationen nicht fortsetzen werde, wenn sich die Nachrichten über die Greueltaten als wahr erweisen sollten. In der Kabinettssitzung vom 9. April hat er sich wohl bei der Minderheit befunden, die Mehrheit der Minister sprach sich gegen die Fortführung der Deportationen aus. Sie fanden auch nicht statt; und ein Protestschreiben des Vatikans, das weitere Deportationen verhindern sollte, wurde am 28. Mai von den Slowaken mit der Versicherung beantwortet, daß keine Deportationen derjenigen, die davon befreit worden waren, vorgesehen seien.

Ich möchte hier hinzufügen, daß Weissmandel der katholischen Kirche nicht nur vorwirft, nichts zur Rettung der Juden getan zu haben, sondern auch, daß sie alle jüdischen Kinder als Sünder bezeichnet habe, die für das Verbrechen des Gottesmordes büßen müßten. Die Dokumente zeigen, daß zwar einige der führenden Kirchenmänner nicht gerade Freunde der Juden waren, dafür aber andere mit Nachdruck bei den Behörden intervenierten; und Burzio, den Weissmandel ebenfalls angreift, stand in der vordersten Front derjenigen, die nicht nur die Bekehrten, sondern alle Juden zu schützen versuchten.[69]

Man kann daher sagen, daß in den ersten Monaten des Jahres 1943 der Druck der Arbeitsgruppe auf Mayer und auf die Emissäre in Istanbul bezüglich des Europaplans nachließ. In den Briefen, die Gisi Fleischmann in die Schweiz schickte und die erhalten blieben, geht es verständlicherweise vor allem um die erneut drohenden Deportationen. Und auch als Willy nach Bratislava kam, war es diese Drohung, an welche die Anführer der Gruppe zuallererst dachten. In seiner Darstellung, die Weissmandel nach dem Krieg verfaßte, hat er dies Nachlassen kaum erwähnt, das doch zur Folge hatte, daß die Menschen außerhalb der Slowakei, nämlich in der Schweiz und in Istanbul und Palästina, ihre Aufmerksamkeit vom Plan ablenken ließen.

Inzwischen, und zwar im März 1943, war Wisliceny nach Saloniki geschickt worden, um die dortigen Juden in den Tod zu schicken. Er erfüllte seinen Auftrag ohne Anzeichen von Bedenken und gab später den Juden Schuld an ihrer Lage, schließlich hätten sie eben nicht die Mittel der slowakischen Ju-

den (Bestechungsgelder also) angewandt, und er habe sich erfolglos bei Eichmann für sie eingesetzt.[70] Die stolze sephardische Gemeinde von Hafenarbeitern, Handwerkern und Händlern, insgesamt 56000 Menschen, wurden in Viehwaggons nach Auschwitz und Treblinka deportiert. Trotz seiner Aufgaben in Griechenland blieb Wisliceny mit Steiner in Bratislava in Verbindung – die Tatsache, daß er dort eine Freundin hatte, war wohl eine Hilfe. Und mittendrin mußte er sich auch einer Augenoperation unterziehen.

Als die Gruppe ihre Aufmerksamkeit dem Plan wieder zuwandte, stand sie vor dem Problem, daß sie die zehn Prozent der von Willy geforderten Gesamtsumme nicht aufbringen konnte. Aber am 7. Mai, bei einem Treffen von Steiner, Fleischmann und Wisliceny, scheint dieser Mangel an Mitteln nicht die größte Sorge gewesen zu sein. Wisliceny berichtete, Hitler bestehe jetzt unnachgiebig auf der Vernichtung der Juden, gleichzeitig aber widersprach er dem in gewisser Weise, als er wiederum die Einstellung der Deportationen gegen die Zahlung von zwei bis drei Millionen US Dollar angeboten hat. Wisliceny wollte noch einmal nach Prag fahren und mit seinem Vorgesetzten sprechen, womit vermutlich Eichmann gemeint war. Fleischmann und Steiner versprachen Wisliceny 100000 US Dollar, falls die Deportationen aus ganz Europa sofort eingestellt würden.[71] Bei einem weiteren Treffen am 10. Mai, wahrscheinlich hatte er inzwischen mit Eichmann gesprochen, bestand Willy jedoch auf einer Anzahlung von 200000 Dollar.[72] In der Zwischenzeit und bis zum 10. Juni , so erklärte er, werde es keine Deportationen aus westlichen Ländern geben, und wenn die Juden bis dahin die 200000 Dollar bezahlt hätten, werde man die Transporte für weitere zwei Monate einstellen.[73] Aber das Geld war einfach nicht aufzutreiben. Bis Juni hatte Mayer insgesamt 180000 Schweizer Franken oder 42000 US Dollar geschickt, und weitere 10000 Dollar waren über Hechaluz gekommen. Ein Problem war, daß Organisationen wie das Joint Distribution Committee und der World Jewish Congress, an welche sich Mayer und die anderen wandten, diese nicht ermutigten, irgend etwas zu unternehmen. Offensichtlich glaubten die Vertreter dieser Organisationen, der vorgeschlagene Plan sei nur ein weiterer Erpressungsversuch der Nationalsozialisten.

Am 8. Juni teilte Mayer Schwalb mit, daß er den ganzen Vorschlag werde ablehnen müssen.[74]

Am 9. Juni, genau einen Tag danach und einen Tag vor Ablauf der von Willy gesetzten Frist, telefonierte Fleischmann mit Schwalb, und Mayer schwankte wieder; am 10. Juni fragte er Katzki, ob er richtig gehandelt habe, als er die Wünsche der Arbeitsgruppe abgelehnt hatte. Am 18. Juni konnte Fleischmann berichten, daß Wisliceny die Frist bis zum 1. Juli verlängert und erklärt habe, bis zum 10. Juli würden von keinem Ort Europas aus Deportationen stattfinden.[75] Das Geld, gemeint sind die zwei Millionen US Dollar, könnte in Raten bezahlt werden.

Ein verzweifelter Mayer berief für den 17. Juni ein Treffen ein, bei dem mehrere, in der Schweiz führende Personen anwesend sein sollten, nämlich Schwalb und Silberstein sowie Pierre Bigar als Vertreter der jüdischen Gemeinden der Schweiz. Schließlich erklärte sich Mayer bereit, gegen den Rat des Joint Distribution Committee zu handeln. Er informierte Fleischmann, daß er versuchen werde, 200000 US Dollar auf einem Bankkonto in den Vereinigten Staaten zur »Abwicklung danach« zu deponieren. Aber, so fügte er hinzu, alle Deportationen aus ganz Europa müßten dann ebenso eingestellt werden wie die Ermordungen in Polen; dazu müsse die Auswanderung durch Transitländer ermöglicht werden. Er stellte auch mehr Geld zur »Abwicklung danach« zur Verfügung: 23000 Dollar für Juli bis Dezember und weitere 45000 Dollar in den Vereinigten Staaten – dies im Rahmen seines von New York gebilligten Budgets; Gelder, über die er allerdings erst im September verfügen könne.

Willy hatte seine Rückkehr nach Bratislava für den 1. Juli angekündigt, doch traf er an diesem Tag nicht ein, vielleicht weil er auf eine Nachricht seiner Vorgesetzten wartete. Er ließ wissen, daß er am 10. Juli ankommen werde. In der Zwischenzeit versuchte Gisi Fleischmann verzweifelt, Mayer davon zu überzeugen, daß er das Geld für den Plan schicken müsse; sie wußte nicht, daß er gar keines hatte. Mayer schlug vor, Wisliceny die verlangte Summe in den Vereinigten Staaten zur »Abwicklung danach« zu hinterlegen, aber Fleischmann lehnte dieses Vorhaben ab – Wisliceny würde ein solches Arrangement als Beleidigung empfinden.[76]

Wisliceny verschob das Treffen mit der Arbeitsgruppe noch einmal. Zum endgültigen Termin bestimmte er den 5. August. Aber Mayer hatte kein bares Geld zur Verfügung, und die Führung in der Slowakei war verzweifelt. Zwischenzeitlich war Joseph Schwartz vom Joint Distribution Committee in Palästina gewesen, um sich mit Funktionären der Jewish Agency zu treffen. Es wurde vereinbart, daß die 200000 Dollar von beiden Organisationen gemeinsam aufgebracht werden sollten. Am 1. August telegraphierte Shertok an Mayer, daß die Agency 50000 Dollar schicken werde und das Committee, so habe Schwartz zugesagt, 150000 Dollar. Dann entschloß sich die Jewish Agency, doch mehr zu tun und 100000 Dollar, also die Hälfte der benötigten Summe, zu schicken, und wollte, falls das Committee seinen Anteil nicht aufbringe, sogar noch mehr beitragen. In seinem Antworttelegramm vom 11. August begrüßte Mayer den Vorschlag: Er werde das Geld zur »Abwicklung danach« freigeben.[77]

So waren gegen Ende September die 200000 Dollar, welche die Arbeitsgruppe verlangt hatte, fast vollständig verfügbar. Der Gegenwert von 184000 US Dollar sind aus Istanbul oder der Schweiz abgeschickt worden,[78] obwohl entgegen Willys Versprechen die Deportationen aus Westeuropa nicht eingestellt worden waren. Diese Fortführung der Transporte untergrub das Vertrauen, das die jüdische Führung außerhalb der Slowakei in den Erfolg des Plans hatte, wenn ein solches Vertrauen überhaupt je bestanden hatte.

Aber ganz unabhängig von den Schwierigkeiten, das Geld aufzutreiben, war der Europaplan am Scheitern. Am 27. August traf sich Wisliceny mit der Arbeitsgruppe und erklärte, er müsse neue Anweisungen abwarten. Er berichtete auch, seine Vorgesetzten bereiteten gerade den Transport von 5000 Kindern von Polen nach Theresienstadt vor, 2000 von ihnen seien bereits unterwegs. Wenn er über diese Information verfügte, muß er mit Eichmann gesprochen haben, denn im August kamen tatsächlich 1000 Kinder aus Bialystok in Theresienstadt an. Die Idee, diese Kinder nach Palästina abzuschieben, lehne Eichmann allerdings ab, denn Hadsch Amin al-Husseini, der Mufti von Jerusalem und der Führer der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung, der 1941 nach Deutschland geflohen war,

sei dagegen. Der Mufti spiele eine wichtige Rolle, und er dränge auf die Ausrottung der Juden.[79]

Während des Treffens erzählte Wisliceny einige wilde Geschichten (zum Beispiel, daß Polen erst vor kurzem in den Verantwortungsbereich seines Chefs gefallen sei, wohl eine Anspielung auf Eichmann); so, als müsse er mit diesem Gerede verdecken, daß er gar nicht ermächtigt war, überhaupt etwas zu sagen.[80] Am 3. September traf er sich erneut mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe und verkündete, der Plan sei auf Eis gelegt, allerdings würden die Deutschen irgendwann in der Zukunft möglicherweise darauf zurückkommen. Am 12. September übergab ihm Gisi Fleischmann 10000 US Dollar, doch Wisliceny erklärte, er betrachte das Geld als eine Vorauszahlung auf zukünftige Zahlungen.

Daß man aus Istanbul Geld geschickt hatte, war Ergebnis eines radikalen Schwenks, den die Juden in Palästina in der Beurteilung des Projekts vollzogen hatten. Dies begann mit einem Besuch von Bader, der Mitte Mai von Istanbul nach Palästina gefahren war. Er war mittlerweile davon überzeugt, daß dieser Plan vorrangig behandelt werden mußte, und er konnte Ben Gurion und die Exekutive der Jewish Agency überreden, den Plan ebenfalls zu unterstützen. Wenja Pomeranz und Ze'ev Schind (ein Emissär, dessen Aufgabengebiet die »illegale Einwanderung« war) haben an Ben Gurion geschrieben und Baders Drängen verstärkt. Das führte zu einer Wiederholung der Entscheidung vom späten Februar, wenn nötig, Lösegeld zu zahlen, und zur Intensivierung der Bemühungen, von Palästina aus Geld für die Rettung aufzutreiben – diesmal beteiligte sich Ben Gurion unmittelbar daran. Ein sehr großer Teil des Geldes, das man sammelte, wurde in die Slowakei gebracht. Auch diese Hilfe zeugt davon, wie völlig unsinnig die Behauptungen der Nachkriegszeit waren, Weissmandels Darstellung eingeschlossen, die europäischen Juden seien von ihren Brüdern in Palästina im Stich gelassen worden.

Weissmandels bitterer Bericht aus der Nachkriegszeit enthält keine Angaben zu dem Geld, das von Palästina aus geschickt worden war. Seine Vorwürfe gegen die Zionisten und das Joint Distribution Committee sind maßlos. Der Leser erkennt jedoch sofort, daß sich Weissmandel um Wahrheit be-

müht; er bringt Dokumente bei, um seine Sicht der Dinge zu untermauern. Er erklärt mit vielen Einzelheiten, wie er an die jüdische Welt appelliert habe, wirft den Juden in aller Welt verbrecherische Fahrlässigkeit vor und übergeht schlichtweg die meisten der oben dargestellten Tatsachen. Seiner Meinung nach wären die Juden in der Lage gewesen, die Fortsetzung der nationalsozialistischen Vernichtungskampagne zu verhindern, aber sie haben die Möglichkeit nicht ergriffen. An keiner Stelle zweifelt er an der Glaubwürdigkeit von Wisliceny, obwohl er ihn einen Mörder und einen Nazi nennt. Mit anderen Worten, in Weissmandels Darstellung sind die Juden für ihre Ermordung selbst verantwortlich. Und dieses Argument wird von jüdischen Kommentatoren bis heute wiederholt, aus Gründen, die nur psychologisch zu erklären sind.

Fleischmann und Steiner haben Weissmandels Einschätzung Wislicenys geteilt, beide haben Willy als Gentleman betrachtet, der sein Wort hält.[81] Die israelische Historikerin Gila Fatran betont vor allem diesen Aspekt der Verhandlungen und fragt, warum diese ansonsten welterfahrenen Juden dem verschlagenen nationalsozialistischen Beamten glauben konnten.[82] Man sollte hier festhalten, daß Gisi Fleischmann, obwohl sie sich manchmal ebenso bitter über das Joint Distribution Committee äußerte wie Weissmandel und nicht einsehen wollte, daß der Versendung von Geldern äußerst enge Grenzen gesetzt waren, Weissmandels Haß auf das Committee und die Zionisten nicht geteilt hat. Als Mayer im Sommer 1943 größere Summen schickte, schrieb sie ihm: »Lieber guter Onkel, besten besten Dank für Deine Güte und Hilfsbereitschaft; möge Gott Dir für uns alle die Gesundheit erhalten.«[83]

Man kann die Haltung der Juden wohl verstehen: Weissmandel und wahrscheinlich die meisten, wenn auch nicht alle Mitglieder der Arbeitsgruppe in Bratislava waren davon überzeugt, daß sie im Sommer und Herbst 1942 durch die Bestechung Wislicenys und der Slowaken die Deportationen aus der Slowakei verhindert hatten. Infolgedessen traten sie mit dem Europaplan an Wisliceny heran. Sie vertrauten ihm völlig und glaubten, wenn die Juden außerhalb der Slowakei das Geld nur einzahlten, dann würden die Deportationen auch eingestellt werden. Das Joint Distribution Committee und die Jewish

Agency waren weitaus skeptischer. Sie betrachteten den Plan als Erpressungsversuch, doch sahen sie sich auch vor andere Probleme gestellt. Sie konnten Geldsummen solcher Größenordnungen nicht als Bargeld transferieren. Noch grundlegender war die Frage, ob man überhaupt Geld gegen Leben tauschen sollte. Schwartz und Ben Gurion erkannten sehr wohl, daß sich die Alliierten nie auf eine solche Lösegeld-Politik einlassen würden. Aber sie besorgten dennoch Geld für diesen Zweck. Es scheint ziemlich eindeutig zu sein, daß Schwartz, Ben Gurion, Shertok und sogar Mayer das Geld schickten, nicht weil sie diese Art der Rettung für praktikabel hielten, sondern weil sie sich nach dem Krieg nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, sie hätten eine Möglichkeit zur Rettung der Juden ungenutzt gelassen, auch wenn der Erfolg eines solchen Plans sehr zweifelhaft schien. Bader und Pomeranz sahen das ganz anders. Bader hat 1943 geschrieben, daß man den Massenmord so lange nicht für möglich gehalten habe, wie die Fakten über den Holocaust nicht bekannt waren; und jetzt, nachdem die Fakten bekannt seien, halte niemand eine Rettung für möglich. Er aber halte sie für möglich.

Bis jetzt haben wir die Verhandlungen aus der Perspektive der Juden betrachtet und die Ereignisse hauptsächlich auf der Grundlage von Weissmandels Bericht dargestellt. Nun aber müssen wir die Frage beantworten, ob die Deportationen tatsächlich durch die Bestechung von Wisliceny aufgehalten wurden. Und noch wichtiger ist die Frage nach den Absichten der Nationalsozialisten. Welche Rolle hat Wisliceny in Wirklichkeit gespielt? Wer und was verbarg sich hinter ihm? Hat es eine Möglichkeit gegeben, die europäischen Juden zu retten, die nicht genutzt wurde?

6
Was geschah wirklich in der Slowakei?

Dieter Wisliceny wurde am Ende des Kriegs von den Amerikanern festgenommen, nach Nürnberg gebracht, dort wiederholt als Zeuge der Anklage verhört, danach in der ČSR den slowakischen Behörden ausgeliefert. Auch in Bratislava ist er längere Zeit verhört worden, wurde dann vor Gericht gestellt, mehrerer Kriegsverbrechen und des Mordes für schuldig befunden und 1948 in Bratislava hingerichtet.

Wenn wir seine Aussagen analysieren, müssen wir uns der Tücken bewußt sein, die Prozeßakten bergen. Wisliceny hatte um sein Leben zu kämpfen, und er wußte das. Also wird er sich auf keinen Fall selbst belastet, vielmehr seine Rolle so positiv wie möglich dargestellt und, wo immer sich die Gelegenheit bot, anderen Schuld zugeschoben haben. Er wurde mit einer großen Menge damals in der Slowakei gefundener Dokumente konfrontiert, die uns heute nicht mehr vollständig zur Verfügung stehen, weil einige seither verschollen sind. Er saß in einer Gefängniszelle und wußte nicht, welche Beweise die Strafverfolger gegen ihn in Händen hielten. Man hat ihn Überlebenden gegenübergestellt, darunter auch einigen Mitgliedern der Arbeitsgruppe, die zunächst in der Nachkriegsslowakei geblieben waren. Der wichtigste von ihnen war Andrej Steiner, der Vermittler zwischen der Gruppe und Wisliceny. Hochberg, der diesen Part zunächst übernommen hatte, war von jüdischen Partisanen gegen Ende des Krieges hingerichtet worden. Die Gründe für Hochbergs Verhaftung im Jahr 1942, die Verhöre durch slowakische Behörden, schließlich sein Schicksal danach wären von großem Interesse, doch wurde dies Material im Wisliceny-Prozeß nicht vorgelegt. Aus dem, was sich in tschechischen und slowakischen Archiven finden ließ, wird deutlich, daß Hochberg wegen Bestechung verhört worden ist. Ob man ihm auch andere Fragen stellte, wissen wir bis jetzt nicht.

Zurück zu Wisliceny. In seinen Zeugenaussagen berichtet er über das Treffen mit dem Jüdischen Zentrum, in dem er und

Morávek den Juden mitteilten, daß man sie deportieren werde (siehe Kapitel 5). Die Initiative für dies Treffen, das alle Überlebenden in ihren Erinnerungen erwähnen, sei von Morávek ausgegangen; es habe »wahrscheinlich« Ende März stattgefunden. Tatsächlich war es Mitte März. Morávek sei es auch gewesen, der den Juden mitgeteilt habe, was sie mitnehmen dürften usw.

In seiner Aussage unterscheidet Wisliceny zwischen zwei Phasen der Deportationen. In der ersten seien 17000 junge Arbeiter und in der zweiten, ab April oder Mai 1942, ganze jüdische Familien, insgesamt 35000 Menschen, deportiert worden. Diese Angaben sind für die Deportationen bis Juli mehr oder weniger zutreffend. Die Gesamtzahl der im Jahr 1942 nach Polen Verschleppten wird mit 57837 bzw., in einer anderen Quelle, mit 58534 angegeben.[1] Ende Juli habe Tuka ihn in sein Büro bestellt, berichtet Wisliceny weiter, und ihn an Eichmanns Zusage einer humanen Behandlung der Juden erinnert. Tuka wollte diese Zusage bestätigt haben, außerdem habe er verlangt, daß die zum Christentum Konvertierten Räume für ihren Gottesdienst bekämen. Er habe auch den Vorschlag gemacht, eine slowakische Delegation nach Polen zu schicken und die Lager für die Juden inspizieren zu lassen. All dies habe Tuka als Ergebnis einer Intervention der katholischen Kirche, sowohl des Vatikans als auch der slowakischen Bischöfe, vorgetragen. Soweit stimmt Wislicenys Aussage in etwa mit Dokumenten überein, die der Vatikan veröffentlicht hat. Die Sorge um die Konvertierten spielte, wie wir schon gesehen haben, eine zentrale Rolle, aber der Vatikan hat sich der Juden überhaupt angenommen. Tuka habe auch von Massenmorden an Juden gesprochen, von Gerüchten, denen er aber keinen Glauben schenken würde. Tatsächlich waren solche Gerüchte im Juli bereits beständig zu hören.

Seinen Angaben zufolge ist Wisliceny drei Tage nach diesem Gespräch nach Berlin zu Eichmann gefahren.[2] Dieser lehnte das Ansinnen einer Delegation schroff ab: Die Slowaken hätten den Juden die Staatsbürgerschaft aberkannt und damit kein Recht mehr, für sie einzutreten. Wisliceny will erst nach dem Krieg von den Todeslagern erfahren haben. Aber er hat zugegeben, im Mai 1942 nach Auschwitz gefahren zu sein, weil er wollte, daß

Höß den Juden genehmigte, Postkarten zu schicken.[3] In Auschwitz habe er eine Kolonne jüdischer Frauen aus der Slowakei gesehen und von Höß gehört, dies seien seine besten Arbeiterinnen. Ende Juni oder Anfang Juli hätte ihm dann ein deutscher Offizier gesagt, daß in Auschwitz gemordet würde. Ähnliches will Wisliceny von Hochberg und von Eisenbahnern erfahren haben. Darum habe er Eichmann nach Auschwitz und den Vorgängen dort gefragt und auch wissen wollen, warum dieser den Besuch einer slowakischen Delegation nicht genehmige.[4] Was daraufhin geschah, hat Wisliceny in fast all seinen Aussagen wiederholt: Eichmann habe ihm gesagt, die meisten der slowakischen Juden seien tot. Und als Wisliceny mehr wissen wollte und nachdem er Geheimhaltung geschworen habe, da habe ihm Eichmann einen von Himmler unterzeichneten Befehl vom April oder Mai 1942 vorgelegt. Dieser sei an Oswald Pohl vom SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt – der auch für die Konzentrationslager zuständigen Verwaltungsbehörde – und an Reinhard Heydrich, den Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, gerichtet gewesen. In diesem Schreiben sei vom Führerbefehl die Rede gewesen, alle Juden zu ermorden, und von der Einschränkung, arbeitsfähige Juden vorübergehend von der von Hitler befohlenen Vernichtung auszunehmen. Wisliceny kannte Himmlers Unterschrift sehr gut und versicherte, daß dieser den Brief unterzeichnet habe.

Eichmann widersprach dieser Darstellung Wislicenys. Es habe keinen Befehl Himmlers zur Umsetzung der »Endlösung« gegeben. »Glauben Sie etwa«, fragte er den Ermittler, »daß er sich hinsetzte, um mir zu schreiben: ›Mein lieber Eichmann, der Führer hat die physische Vernichtung aller Juden befohlen‹? Die Wahrheit ist die, daß Himmler nie auch nur eine Zeile in dieser Angelegenheit niederschrieb.«[5] Der Widerspruch zwischen beiden Aussagen ist aber gar nicht so groß. Wisliceny hat ja nie gesagt, daß er den Befehl Himmlers zur Tötung aller Juden gesehen hat, sondern nur den Befehl, mit dem bestimmte Juden von Hitlers Tötungsbefehl *ausgenommen* wurden. Diese Ausnahme ließ auf die Regel schließen. Wir sollten in bezug auf dieses Dokument deshalb eher Wisliceny Glauben schenken. Er sei vom Inhalt des Schreibens entsetzt gewesen und will zu Eichmann gesagt haben, wenn auch nur etwas davon im Aus-

land bekannt würde, dann möge Gott dem deutschen Volk beistehen, wenn seine Feinde etwas Ähnliches mit ihm vorhätten. Eichmann habe entgegnet, das sei nicht sein Problem, die Entscheidung sei vom Führer gefällt worden.

Es wurde keine slowakische Delegation geschickt. Aber ein deutschslowakischer Journalist namens Friedrich (Fritz) Fiala bekam den Auftrag, in Sosnowiec (Sosnowitz, Polen) Aufnahmen von Juden zu machen. Am 10. November 1942 veröffentlichte er diese Photos zusammen mit einem antisemitischen Artikel im *Grenzboten*, einer deutsch-slowakischen Zeitung. Der Vorfall wäre nicht erwähnenswert, wenn es nicht Fiala gewesen wäre, der später in Istanbul zum Doppelagenten wurde und in einem amerikanischen Spionagering eine Rolle spielte. So taucht er später in unserer Geschichte wieder auf.[6]

Kommen wir nun zum eigentlichen Hauptpunkt: zu den Verhandlungen zwischen Wisliceny und der Arbeitsgruppe. Hochberg, so berichtete Wisliceny in seinen Aussagen, sei ein Jude gewesen, den er gelegentlich mit statistischen Arbeiten beauftragt hätte. Eine engere Verbindung zu diesem jüdischen Verräter gestand er nicht ein, denn das wäre im Prozeß in der Nachkriegsslowakei zwangsläufig gegen ihn ausgelegt worden. An einer Stelle spricht er von vorbereitenden Gesprächen, die er mit Hochberg im Sommer 1942 geführt habe. An anderer Stelle ist von Gesprächen die Rede, die im slowakischen Badeort Rájecké Teplice in September 1942 stattfanden. Diese Stelle seiner Aussagen verdient es, wörtlich zitiert zu werden.

»Anlaß [zu diesem Gespräch] war, daß Transporte, die vom slowakischen Innenministerium angemeldet waren, aus irgendwelchen Gründen nicht abgehen sollten. Auf die Äußerung von mir, daß mir das gleichgültig wäre, da ich persönlich an der Weiterführung der Transporte völlig uninteressiert sei, fragte Hochberg, ob dies mein Ernst sei. Ich bestätigte ihm dies, und er sagte, daß eine bestimmte ausländische Stelle ihn beauftragt habe, mit mir zu sprechen, ob ich nichts tun könnte, die Deportation aus der Slowakei zu stoppen. Wer diese Stelle wäre, wollte Hochberg nicht angeben. Ich erklärte ihm daraufhin, daß ich nichts tun würde, um die Transporte aus der Slowakei zu forcieren, daß ich aber Transporte, die vom slowakischen Innenministerium abgewickelt würden, praktisch nicht verhin-

dern könnte, da meine Tätigkeit bei der Durchführung der Deportation die eines Verbindungsoffiziers zu Eichmann wäre und ich keinen Einfluß auf den von der Deportation erfaßten Personenkreis jemals besessen habe.«[7]

Er habe Hochberg dann so verstanden, daß die Bitte vom »Joint« gekommen sei, und versprochen, von sich aus nichts zu unternehmen, um die Deportationen zu beschleunigen. Hochberg habe auch einen Namen genannt: Ein gewisser »Rott« aus Zürich habe ihn beauftragt. Bei zwei Gelegenheiten habe ihm Hochberg Postkarten von »Rott« gezeigt. Als er später die Namen von »Schwalbe« und Mayer erfahren habe, habe er gedacht, dieser Rott könnte nur einer der beiden gewesen sein. Sogar nach dem Krieg hat er noch immer geglaubt, daß die Briefe in die Slowakei tatsächlich von diesem Rott (Weissmandels Roth) stammten.

Nach jenem Treffen habe ihm Hochberg dann irgendwann 20000 US Dollar gebracht, die er Franz Goltz, dem Polizeiattaché der Botschaft, anvertraut habe. Außerdem habe er Ludin in Kenntnis gesetzt. Hochberg habe damals erklärt, weitere drei Millionen US Dollar stünden zu diesem Zweck zur Verfügung – Lösegeld also. Einer anderen Aussage zufolge will Wisliceny das Geld erst im Oktober erhalten haben.[8] Er sei nach Berlin gereist, habe dort Eichmann unterrichtet. Dieser sei wütend geworden und habe ihn beschimpft, weil er mit Juden verhandelt und gar Geld von ihnen angenommen hätte. Dennoch will Wisliceny Eichmann dazu gebracht haben, Himmler über den Vorgang zu berichten. Sein Argument Eichmann gegenüber sei gewesen, daß man im Ausland irgendwann über »diese Dinge«, d. h. die Morde in Polen, erfahren werde, außerdem habe er die Opposition der Kirche hochgespielt. Schließlich, im November oder Anfang Dezember, habe ihm Eichmann freie Hand gegeben, »bis sich die Gemüter beruhigt haben«.[9] Im November, offenbar zur gleichen Zeit, habe ihn Himmler angewiesen, das Geld ans SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt weiterzuleiten und herauszufinden, was die Juden anzubieten hätten. Diese Anweisung sei ihm, Wisliceny, in Form eines von Himmlers Adjutanten Suchanek unterschriebenen Befehls zugegangen.[10] Möglicherweise waren jedoch Eichmanns und Himmlers Genehmigungen, die Gespräche mit den Juden fortzusetzen, der



gleiche Vorgang; Eichmann hätte eine solche Genehmigung niemals ohne die Rückendeckung seines Vorgesetzten erteilt.

Ebenfalls im November habe Wisliceny Eichmann gebeten, etwas in der Angelegenheit des Transportes jüdischer Kinder ins Ausland zu unternehmen. Und entgegen seinen Erwartungen habe Eichmann zugestimmt und davon gesprochen, daß auch ihm ein Vorschlag in dieser Sache zugegangen sei, und zwar, vermittelt durch das Auswärtige Amt, vom Internationalen Roten Kreuz. Er wolle 10000 Kinder in Theresienstadt konzentrieren und eine Entscheidung von Himmler abwarten.[11] Kurz darauf sei Hochberg verhaftet worden. In diesem Punkt seiner Aussage stellt Wisliceny, wie wir zeigen werden, die zeitliche Reihenfolge der Ereignisse nicht exakt dar. Hochberg wurde im November verhaftet, über die Kindertransporte dagegen wurde wohl zweimal gesprochen, einmal im Dezember 1942 und dann noch einmal im Sommer 1943.

Untersuchen wir nun die Darstellungen Wislicenys genauer. Zunächst ist zu betonen, daß Wisliceny keinen Zweifel daran läßt, daß Hochberg mit der Bitte, weitere Transporte zu verhindern, auf ihm zukam, *nachdem* diese aus einem Grund, der nichts mit Wisliceny, Hochberg oder den Verhandlungen zu tun hatte, bereits unterbrochen worden waren. Außerdem berichtet Wisliceny, daß Hochberg ihm das Geld im Oktober oder November 1942 übergeben hat.

Dies entspricht Steiners Aussagen. Im Dezember 1947, in einem Bericht an das Joint Distribution Committee, schreibt Steiner ausdrücklich, die Einstellung der Deportationen habe nichts mit der Bestechung von Wisliceny zu tun gehabt. In einer anderen Aussage, die wohl aus dem Jahr 1946 stammt, nennt er den September als Datum der ersten Kontaktaufnahme Hochbergs, und erst »später«, nachdem die Deportationen unterbrochen worden waren, habe die Gruppe Hochberg »mit einem großen Dollarbetrag« zu Wisliceny geschickt.[12]

Nachdem Hochberg verhaftet worden war und Wisliceny dessen Freilassung bei den slowakischen Behörden nicht bewirken konnte, sei Steiner bei ihm aufgetaucht. Zusammen mit ihm habe Wisliceny den Europaplan ausgearbeitet, der darauf zielte, die Deportationen zu unterbrechen und das Internationale Rote Kreuz damit zu beauftragen, sich um die Juden in Polen zu



kümmern. Dieser Plan sei dann an Himmler weitergeleitet worden, der sich aber zu keiner Entscheidung habe durchringen können. So wie ich die Vorgänge begreife, haben Eichmann und Suchanek die Genehmigung zu weiteren Gesprächen mit den Juden darum erteilt, weil Wisliceny den Europaplan vorgelegt hat. Sie wurde nur halbherzig erteilt (davon später), und das entspricht auch dem Zögern Himmlers, von dem Wisliceny berichtet. Aber welche Vorschläge hatten die Juden gemacht?

Steiner, Weissmandel und Wisliceny geben jeder eine andere Darstellung des Vorgangs. Steiner zufolge waren es ursprünglich mehrere Forderungen: die endgültige Einstellung der Deportationen aus der Slowakei, die Beendigung der Morde in den Lagern in Polen, das Ende der Deportationen aus ganz Europa, die Einrichtung von Arbeitslagern für Juden überall dort, wo die Nationalsozialisten, wie man dachte, auf anti-jüdische Maßnahmen nicht verzichten würden, schließlich die Freilassung von 10000 jüdischen Kindern aus Polen, die in die Schweiz und dann nach Palästina geschickt werden sollten.[13] Der Vorschlag, das Internationale Rote Kreuz solle sich um die Juden kümmern, erscheint in Steiners Aussagen an keiner Stelle. Auch berichtet Steiner nur von zwei Genehmigungen, die Wisliceny aus Berlin mitgebracht habe: Die polnischen Juden durften fortan Postkarten schreiben, und die Arbeitsgruppe durfte Pakete nach Theresienstadt schicken. Auf alle anderen Punkte habe die Gruppe keine zufriedenstellenden Antworten erhalten.[14] Was Steiner ausläßt, liegt auf der Hand: Wenn Wisliceny nach seiner Rückkehr aus Berlin die Gespräche mit der Gruppe fortgesetzt hat, dann muß er wohl auch dafür eine Genehmigung erhalten haben.



Leider – und das ist von großer Tragweite – wurde der gesamte Briefwechsel zwischen der Arbeitsgruppe und Mayer und Schwalb in der Schweiz von der deutschen Abwehr in Wien abgefangen. Die Korrespondenz wurde nach Bratislava berichtet, wo Goltz diese Berichte Wisliceny zuleitete, weil es um »jüdische Angelegenheiten« ging. So wußte Wisliceny, was die Juden über ihn dachten, kannte seinen Decknamen und erfuhr auch von den Schwierigkeiten, das Geld im Ausland aufzutreiben. Beide, Steiner und Wisliceny, berichten dasselbe. Das aber kann nur bedeuten, daß Wisliceny wußte, vor welchem

Hintergrund die Juden mit ihm verhandelten, während diese keine Kenntnis von seinen Kontakten mit der SS-Führung hatten.

Am 6. Mai 1946 hat Wisliceny zu Protokoll gegeben, er sei im August 1943 angewiesen worden, und zwar durch einen Befehl Himmlers, den ihm Eichmann übermittelte, die Verhandlungen abzubrechen und keinen weiteren Kontakt mehr mit Juden aufrechtzuerhalten, andernfalls werde er selbst im KZ landen.

Wislicenys Aussagen sind mit Vorsicht zu lesen, und auch die von Weissmandel sind unzuverlässig. Was wir über die ersten Kontakte zwischen Hochberg und Wisliceny wissen, stammt entweder aus Hochbergs Berichten an die Arbeitsgruppe oder aus Wislicenys Zeugenaussagen nach dem Krieg. Vergleicht man nun diese Quellen mit den Briefen von Gisi Fleischmann und mit den Nachkriegsaussagen von Steiner, wird man vielleicht klarer sehen. Ein wesentlicher Brief datiert vom 27. August 1942. Darin berichtet Fleischmann, daß die *erste* Zahlung an Wisliceny am 17. August *fällig* war. Wahrscheinlich hat Hochberg dieses Geld auch an diesem Tag erhalten, ganz gleich, ob es bei Wisliceny ankam oder nicht.[15] Die ersten Gespräche zwischen Hochberg und Wisliceny haben offensichtlich Anfang August stattgefunden, zu einer Zeit also, in der keine Deportationen mehr durchgeführt wurden. Diese ersten Gespräche müssen tatsächlich stattgefunden haben. Zum einen, weil Weissmandel andeutet, daß er Hochberg überzeugen mußte, was ihn wohl einige Zeit gekostet haben wird. Zum anderen, weil dem Treffen am 17. August Gespräche zwischen Hochberg und Wisliceny vorausgegangen sein müssen. Und danach, im September oder gleich Anfang Oktober, fanden Gespräche in Rájecké Teplice statt – nach der Deportation am Jom Kippur und sechs Wochen nachdem Hochberg das Geld für die erste Zahlung erhalten hatte. Diese Reihenfolge würde auch mit den Erinnerungen Weissmandels übereinstimmen. Demnach wäre Hochberg am 17. August mit Wisliceny zusammengetroffen, um ihn zu bitten, nicht auf weiteren Deportationen zu bestehen. Dann wäre der Übergabetermin der ersten 20000 US Dollar im Oktober gewesen, und den fehlenden Betrag wird einer von beiden, entweder Wisliceny oder Hochberg, einge-

steckt haben. Tatsächlich spricht Fleischmann etwa neun bis zehn Monate später, nämlich im Frühjahr 1943, davon, daß das Geld Oktober bezahlt worden sei. Diese Angabe scheint verläßlicher zu sein als Steiners Aussage nach dem Krieg, das Geld sei im November gezahlt worden.[16]

Aber all dem widerspricht Weissmandels Bericht, so wie man ihn bisher gedeutet hat. Bei solchen Widersprüchen muß man ganz offensichtlich die von Mensch zu Mensch unterschiedlichen Fähigkeiten berücksichtigen, sich Daten zu merken. Ich rekapituliere die Reihenfolge der Ereignisse noch einmal. Anfang Juli kam Weissmandel die Idee, mit Hochberg zu sprechen. Dann vergingen einige Wochen, bis sich einerseits die Arbeitsgruppe entschieden hatte, Weissmandels Initiative zu unterstützen, und andererseits Hochberg davon überzeugt werden konnte, mit Wisliceny Kontakt aufzunehmen. Im August dann haben die beiden miteinander gesprochen, und Hochberg erhielt von der Gruppe das erste Mal Geld. Danach vergingen weitere sechs Wochen, und nach zwei Transporten, die nichts mit der ersten Zahlung der Gruppe zu tun hatten (wobei das Geld auch nicht unbedingt bei Wisliceny angekommen sein muß), erhielt Wisliceny eine weitere Zahlung. »Rott« in Wislicenys Aussage entspricht dem »Ferdinand Roth« Weissmandels. Wir dürfen nicht vergessen, daß Weissmandels Buch mit der Roth-Geschichte erst 1960 veröffentlicht wurde, also 12 Jahre nach Wislicenys Hinrichtung. Wisliceny hatte nach dem Krieg keinen direkten Kontakt mit Weissmandel, und seine Erinnerung an Rott bzw. Roth ist daher als authentisch zu bewerten.

Die Unterbrechung der Deportationen zwischen Ende Juli und dem 18. September hatte eindeutig nichts mit Wislicenys Bestechung zu tun. Aber welchen Grund hatte sie dann? Hier können einige deutsche Dokumente Aufschluß geben: Am 25. Juni 1942 fand ein Treffen zwischen Ludin, Wisliceny und Tuka statt. Die Deutschen erklärten dem Slowaken, die Deportationen müßten eingestellt werden, denn die Slowaken hätten 35 000 Menschen davon ausgenommen. Außerdem setze die katholische Kirche ihre Interventionen fort. Die Slowaken waren, wie Ludin am nächsten Tag dem Auswärtigen Amt berichtet, erstaunt.[17] Den Darstellungen Ludins und Wislicenys entspre-

chend lassen sich auch Dokumente aus dem Vatikan verstehen. Burzio selbst und einige ähnlich gesonnene Männer der Kirche haben sich sowohl privat wie auch in Gesprächen mit Regierungsbeamten gegen die Deportationen überhaupt ausgesprochen, insbesondere aber gegen die Deportation von Juden, die zum Christentum konvertiert waren. Die Zahl von 35 000, von der die Deutschen sprachen, ist nicht richtig. Gila Fatran hat die Zahlen überprüft und nachgewiesen, daß sogenannte Präsidialbefreiungen – Briefe von Tiso, die ihren Besitzer vor Deportation schützten – bis 1943 nur an 1111 Personen ausgehändigt wurden. Vor dem März 1939 sind 4217 Juden konvertiert, es gab 985 Mischehen, und 9687 Juden galten als für die Wirtschaft unentbehrlich – das sind zusammen fast 16 000 Menschen, wobei sich nicht eindeutig feststellen läßt, ob mit diesen Zahlen Familienmitglieder berücksichtigt wurden. Nach Fatrans Berechnungen sind 8000 Menschen nach Ungarn geflohen, und in der Slowakei lebten ab Oktober 1942 noch insgesamt 24 000 Juden. Einige von ihnen hielten sich illegal dort auf.

Nach dem Treffen im Juni hat Tuka, höchstwahrscheinlich mit Unterstützung von Mach, versucht, die Deportationen wieder in Gang zu bringen. Es gibt einen ganz außergewöhnlichen Bittbrief, in dem Tuka die Deutschen auffordert, ihn doch zur Fortführung der Deportationen zu drängen. Offensichtlich brauchte er den Druck der Deutschen, um damit den Widerstand seiner Kollegen zu brechen. Die Deutschen entsprachen seiner Bitte nur teilweise: Sie erklärten, daß die Unterbrechung der Deportationen in Berlin einen schlechten Eindruck mache. Doch wolle man sich, einer früheren Warnung Himmlers folgend, nicht in innerslowakische Auseinandersetzungen verwikkeln lassen. Darum könnten die Deutschen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts weiter tun.[18]

Im Juli 1942 wurde Morávek entlassen, es gab weniger Transporte, und im August hörten sie völlig auf; bis Ende September fanden keine neuen Deportationen statt. In diese Zeit fielen die Verhandlungen mit Wisliceny.

Zum Deportationsstopp wird auch die Bestechung korrupter slowakischer Faschistenführer beigetragen haben. Wisliceny will seine jüdischen Verhandlungspartner dazu angeregt haben. Aber das war gar nicht nötig. Nach dem Krieg haben die Slowa-

ken die Bestechungen abgestritten. Koso etwa behauptete, nie Geld von Juden angenommen zu haben – eine Lüge. Immerhin berichtet er einigermaßen detailliert, wie seine Frau von Gisi Fleischmann bestochen wurde, wovon er damals allerdings nichts gewußt haben will. Auch das war gelogen. Es ist ziemlich eindeutig nachweisbar, daß diese Schlüsselfigur in den slowakischen Behörden über seine Frau dazu gebracht wurde, von seinen anti-jüdischen Aktivitäten zu lassen.[19] Schon im Juli war die Arbeitsgruppe erfolgreich an die anderen slowakischen Hauptbefürworter der Deportationen Morávek und Vašek herangetreten. Die Bestechungsgelder waren üppig bemessen, Vašek etwa erhielt 100000 Slowakische Kronen für jeden Monat, in dem keine Deportationen stattfanden. Sein Drängen auf Deportationen hat denn auch deutlich nachgelassen. Hinzu kam, daß die Arbeitsgruppe auch in den Reihen der slowakischen Regierung Unterstützung fand. Erziehungsminister Josef Sivak und der Leiter der Slowakischen Nationalbank, Imrich Karvás, hielten die Gruppe auf dem laufenden, ohne dafür Bestechungsgelder anzunehmen. Wenn man Wislicenys Aussagen nach dem Krieg in diesem Punkt Glauben schenken will, war er tatsächlich entsetzt, als er bei Eichmann von der »Endlösung« erfuhr. So können äußere Bedingungen, die massive Bestechung der einflußreichsten slowakischen Faschisten und vielleicht beginnende Zweifel bei Wisliceny erklären, warum die Deportationen im August eingestellt wurden. All das geschah zur Zeit des Höhepunkts der Massenmorde in Polen. Aus der Sicht der Verfolger mag demgegenüber die Zahl der 24000 slowakischen Juden kaum ins Gewicht gefallen sein. Und wenn es lokale »Probleme« gab, dann konnte die SS die Juden auch später noch ermorden.

Weissmandel irrt also, wenn er das Ganze so darstellt, als seien die Deportationen im Sommer wegen der ersten Anzahlung eingestellt worden. Falsch ist wohl auch seine Behauptung, die Deportation am Jom Kippur habe stattgefunden, weil die zweite Zahlung ausblieb. Doch hat diese Darstellung der Ereignisse großen Einfluß auf das historische Bewußtsein der Juden nach dem Holocaust bekommen. Denn implizit hieß das ja, daß die Juden außerhalb Europas, Unfromme unter den Zionisten wie den Nicht-Zionisten gleichermaßen, die europäischen Ju-

den und insbesondere die slowakischen Juden verraten hätten, weil sie nicht rechtzeitig Geld schickten.

Andererseits kann die Lösegeldzahlung an Wisliceny durchaus dazu beigetragen haben, eine bereits existierende Tendenz zu verstärken. Dann aber bleibt immer noch eine Frage offen: nämlich die nach der Differenz zwischen den 50000 US Dollar, die Weissmandel als Gesamtbetrag der beiden Zahlungen angibt, und den 20000 US Dollar, von denen Wisliceny spricht. Studiert man die Quellen genau, sieht man, daß Fleischmann in ihrem Brief vom 27. Juli nicht von 50000 US Dollar, sondern von 100000 Schweizer Franken, also von umgerechnet 23000 US Dollar in *Schweizer Währung* schreibt.[20] Damals überlegte die Gruppe noch, wieviel man Wisliceny bieten solle. Aber ist es wahrscheinlich, daß die Gruppe diese Summe in Schweizer Franken bezahlt hat, nachdem sie in einem Gespräch mit Wisliceny diesem das Bestechungsangebot gemacht hat? Wie wir wissen, hat dieser US Dollar verlangt. Die Angaben, die die einzelnen Überlebenden der Arbeitsgruppe über die Summen, die man Wisliceny zahlte, und über das Datum der Zahlungen gemacht haben, bleiben widersprüchlich. Steiner schließlich sorgt für vollkommene Verwirrung, wenn er behauptet, Wisliceny persönlich dreimal Geld überbracht zu haben, zweimal jeweils 10000 US Dollar und ein weiteres Mal 15000 US Dollar. Und das kann eigentlich erst im November geschehen sein, weil Steiner vorher keinen Kontakt mit Wisliceny hatte. Sollten Steiners Angaben zutreffen, dann hat Wisliceny 55000 US Dollar erhalten: im Oktober 20000 US Dollar von Hochberg und später insgesamt 35000 US Dollar von Steiner.[21]

Heißt das nun, daß Weissmandels Rekonstruktion völlig falsch ist? Weissmandel hat berichtet, was er als die Wahrheit in Erinnerung hatte – davon müssen wir ausgehen. Er hatte keinen Grund zu lügen, und vor allem wäre er von seinem Charakter her dazu wohl auch gar nicht fähig gewesen. Es gibt – ich habe das bereits angedeutet – drei mögliche Varianten des Geschehens. Erstens: Hochberg hat den Differenzbetrag zwischen den 50000 und den 20000 US Dollar in die eigene Tasche gesteckt. Zweitens: Es wurden tatsächlich, wie Weissmandel sich erinnert, insgesamt etwa 55000 US Dollar gezahlt. Dies in zwei Raten: zunächst im Oktober 20000 über Hochberg und später

35 000 US Dollar über Steiner. Drittens: Wisliceny hat den Differenzbetrag selbst eingesteckt. Die wahrscheinlichste ist die erste Variante: nur die eine Zahlung an Wisliceny, die er auch erhalten und bestätigt hat, aber zwei an Hochberg. Dann aber hat diese Zahlung die Entscheidung, die Deportationen im Oktober einzustellen, nicht herbeigeführt, sondern nur nachträglich dazu beigetragen, daß es dabei blieb. Die weiteren Zahlungen an Wisliceny liefen über Steiner, also erst ab November. Dann müssen sie im Zusammenhang mit dem Europaplan gestanden haben, hatten also mit den Deportationen aus der Slowakei nichts mehr zu tun. Die zwei Transporte kurz nach Jom Kippur fanden völlig unabhängig von den Lösegeldzahlungen statt. Diese Züge fuhren, weil noch Juden in der Slowakei lebten, die keinen Schutzbrief hatten, und weil die Bestechungen slowakischer Beamter gerade nicht griffen.

Weissmandel hat nicht nur die Daten durcheinandergebracht, er ist auch auf die letzten zwei Transporte mit keinem Wort eingegangen. Die meisten Historiker, die sich mit den Ereignissen in der Slowakei beschäftigt haben, sind in eine Falle geraten: Sie haben Weissmandel geglaubt. Das ist mir nicht anders ergangen. Ein Grund hierfür mag der besondere Charakter von Weissmandels Buch sein. Es wurde nach Weissmandels Tod von dessen Bruder und seinen Schülern zusammengestellt, und es ist unmöglich zu rekonstruieren, was von ihm stammt und was von seinen fanatischen, ultraorthodoxen Erben hinzugefügt bzw. verändert wurde. Wir dürfen auch nicht vergessen, wie verbittert Weissmandel war. Er hatte Frau und Kinder in Auschwitz verloren, und alle, die seine Überzeugungen nicht teilten, hat er seinen Zorn spüren lassen. Und er war davon überzeugt, daß er und seine Mitstreiter in der Slowakei die gute Sache verfochten haben. Als Verräter galten ihm die anderen, die Juden in aller Welt, weil sie sich von Religion und Tradition abgewendet hatten.

Mit ihrer Überzeugung, sie hätten die restlichen Juden in der Slowakei freigekauft, befand sich die Arbeitsgruppe in einem Irrtum.[22] Aber solche Vorstellungen waren der Keim dessen, was sie und »Willy« später taten. Wislicenys Aussagen können wir entnehmen, wie das System funktionierte. Wir müssen die 20 000 US Dollar als einen ersten Schachzug in den Verhandlun-

gen zum Europaplan betrachten und sie nicht mit den slowakischen Deportationen in Zusammenhang bringen.

Wisliceny mußte Eichmann Bericht erstatten; er hatte keinen direkten Zugang zu Himmler, und er hat mit diesem auch nie über seine Kontakte in Bratislava gesprochen. Mit Eichmann dagegen kam er sehr gut zurecht, er konnte direkt mit ihm sprechen, und wenn Wisliceny später behauptet hat, Eichmann habe seine Berichte an Himmler weitergeleitet, werden wir dem wohl glauben müssen. Allerdings war Gestapochef Heinrich Müller Eichmanns unmittelbarer Vorgesetzter, und als solcher müßte er die Berichte vor Himmler gesehen haben. Dennoch wird er in keiner der Aussagen erwähnt.

Die Verhandlungen über den Europaplan (Wisliceny nennt ihn einmal auch »Großplan«) begannen im November. Es ist ganz eindeutig, daß Himmler die Weiterführung der Gespräche genehmigt hat.[23] Sich selbst sicherte er dadurch ab, daß er sich die Entscheidung vorbehielt, welche Zusagen an die Juden einzuhalten waren. Wisliceny jedoch sollte zunächst versprechen, was er für richtig hielt. Der Grund dafür, daß Himmler den Gesprächen überhaupt zustimmte, wird nicht das Geld gewesen sein. Was waren in diesem Krieg, so wie er geführt wurde, zwei bis drei Millionen US Dollar? Der Betrag von 50000 jedenfalls war einfach lächerlich gering. Die Höhe der Summe konnte nur dann von Bedeutung sein, wenn die Verhandlungen intensiviert würden und es einmal darum gehen würde, Hitler oder anderen zu erklären, warum man diese Verhandlungen überhaupt geführt hatte.

Im Sommer 1943 mußten Eichmann und Himmler entscheiden, wie sie auf einen, von der *Schweizer* Regierung unterstützten Versuch, jüdischen Kindern zu helfen (wir kommen darauf zurück), reagieren sollten. Gleichzeitig wurden die Gespräche über Kindertransporte auch in Bratislava wieder aufgenommen. Am 28. August 1943 wurden ungefähr 1000 Kinder von Bialystok nach Theresienstadt geschickt. Dort blieben sie, offensichtlich im Hinblick auf einen geplanten Austausch, bis zum 5. Oktober. In einer am 2. Dezember 1946 gemachten Aussage vor dem Slowakischen Nationalgerichtshof bestätigt auch Steiner, daß über diese Kinder verhandelt wurde. Wisliceny habe zu jener Zeit außerdem in Eichmanns Namen erklärt,

Hadsch Amin al-Husseini, der Mufti von Jerusalem, versuche, die Befreiung der Kinder zu verhindern.[24] Man habe, so Steiner, eigens um diese Kinder zu retten, im Ausland Geld angefordert, doch hätten die angesprochenen Organisationen dies wegen rechtlicher Gründe abgelehnt. Darum seien die Kinder schließlich nach Auschwitz transportiert worden. Belege dafür, daß diese Mittel zur Rettung der Kinder beim Joint Distribution Committee oder bei der Jewish Agency angefordert wurden, gibt es keine.[25]

In den hier angeführten Aussagen schildert Wisliceny den Abbruch der Verhandlungen auf dieselbe Weise. Monatelang habe er von Himmler keine Antwort bekommen, allerdings sei auch die Genehmigung, weiter zu verhandeln, nicht widerrufen worden. Erst im August 1943 habe Himmler schließlich weitere Gespräche verboten. Diese Entscheidung habe ihm Eichmann mitgeteilt und zugleich mit harter Bestrafung gedroht, wenn Wisliceny sich an diese Anweisung nicht halten würde. So zumindest Wislicenys Behauptung. Demnach hätte Himmler nur zweimal interveniert: das erste Mal im November, um die Verhandlungen, die mit irgendwelchen ausländischen Juden stattfanden, unter dem Vorbehalt, er wisse nicht, welche Zusagen man einhalten würde, zu genehmigen; das zweite Mal im August 1943, als er weitere Kontakte untersagte. In der Zwischenzeit, als er eine bestimmte Summe forderte, die Einstellung der Deportationen versprach usw., hat Wisliceny offenbar selbständig gehandelt. Nur Eichmann wird davon gewußt haben, und wir müssen davon ausgehen, daß Eichmann darüber auch Müller und Himmler berichtet hat. Offenbar hoffte Wisliceny, daß Himmler in dem Moment, in dem die Verhandlungen mit den Juden Fortschritte brächten, den Faden aufnehmen, weitere Anweisungen geben und natürlich seinen treuen Vertreter in Bratislava entsprechend belobigen würde. Die Verhandlungen über die Kinder wurden mit Eichmann geführt; und Eichmann war es auch, der sich im Winter 1942 an der Fortführung der slowakischen Deportationen »desinteressiert« zeigte. Allerdings ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß Eichmann so etwas ohne explizite Rückendeckung Himmlers offen bekundet hätte. Aus all dem geht hervor, daß Wisliceny die Mitglieder der Arbeitsgruppe in den Verhandlungen zum Europaplan bewußt be-

trogen hat, wenn er sich für befugt erklärte, Zusagen zu machen, die auch eingehalten würden.

Wer also war dieser Mann? Wisliceny war ein nationalsozialistischer Mordscherge, daran kann es keinen Zweifel geben. Er hat griechische Juden in den Tod geschickt und war 1944 aktiv an der Deportation ungarischer Juden nach Auschwitz beteiligt. Man konnte ihn nur einmal hängen: 1948 in Bratislava. Aber seine Beziehungen zur Arbeitsgruppe scheinen darauf hinzuweisen, daß er wohl doch nach einer Möglichkeit suchte, sich aus der Zwangslage zu befreien, in die er mit der SS geraten war.

Verwunderlich ist allerdings die Tatsache, daß ihm hochintelligente slowakische Juden und unter ihnen vor allem Weissmandel Glauben schenkten, daß sie ihm sogar weitgehender vertrauten als ihren jüdischen Kollegen außerhalb des NS-Reichs. Weissmandel traute weder Schwalb noch Mayer, warum dann einem Nationalsozialisten?[26] Er war überzeugt davon, daß die Verhandlungen nur gescheitert seien, weil die Juden die 200000 US Dollar nicht zahlen konnten. Dabei hat er völlig übersehen, daß im späten Frühjahr und im Sommer 1943 tatsächlich Geld in Bratislava zur Verfügung stand. Er glaubte bis zuletzt, daß Himmler selbst die Termine mitbestimmt habe, die Wisliceny doch nur erfunden hat. Zweifellos hätten die NS-Oberen die Sache wieder aufgegriffen, wenn es Wisliceny tatsächlich gelungen wäre, große Geldsummen zu erpressen. Aber Himmler riskierte nichts. Verhandlungen mit der jüdischen »Weltregierung« waren ein sehr gefährliches Spiel.

Der Gerechtigkeit halber muß ich hinzufügen, daß auch Gisi Fleischmann, genauso wie Weissmandel, glaubte, daß die Gruppe die Nationalsozialisten hätte beeindrucken und eine etwas ernsthaftere Prüfung des Europaplans hätte erreichen können, wenn ihnen die 200000 US Dollar zwischen März, vielleicht auch Mai, und Juli 1943 zur Verfügung gestanden hätten. Dies geht aus ihren Briefen hervor.

Die Schlußfolgerungen liegen wohl auf der Hand: Im Herbst 1942 ließen sich einige Mitglieder einer jüdischen Führungsgruppe in der Slowakei davon überzeugen, sie hätten die Deportation der restlichen Mitglieder ihrer Gemeinde verhindert, indem sie einen Vertreter der Gestapo in ihrem Land bestochen hatten. Diesen vermeintlichen Erfolg versuchten sie

dafür zu nutzen, die Deportation der europäischen Juden nach Polen überhaupt zu verhindern. Ihr Versuch brachte Himmler auf den Plan, der die Verhandlungen aus Gründen, auf die wir noch zurückkommen müssen, im November 1942 genehmigte. Himmler war sehr vorsichtig, wurde erst acht oder neun Monate später wieder aktiv, obwohl er Wislicenys Berichte über Eichmann vermutlich erhalten hat. Eichmann hat in diesem Fall und ganz gegen seine sonstige Art offenbar zugestimmt, Juden vor allem bei einem oder mehreren Treffen in Prag Versprechungen zu machen (die dann nicht gehalten wurden). Das aber macht nur dann Sinn, wenn wir davon ausgehen, daß Himmler von dem Ganzen wußte und es auch billigte. Anscheinend fanden zweimal – im Dezember 1942 und wieder im August 1943 – Gespräche darüber statt, jüdische Kinder freizulassen. Und tatsächlich wurden zwischen August und Oktober eintausend Kinder aus Bialystok vorübergehend in Theresienstadt untergebracht und nicht gleich nach Auschwitz geschickt. Ende August schritt Himmler das zweite Mal ein, diesmal, um die Verhandlungen zu unterbinden. Aber warum hat er sie dann zunächst genehmigt? Welche Absichten verfolgte er damit?

7
Himmlers Unentschlossenheit: 1942/43

Die politische Linie, die Himmler während des Zweiten Weltkriegs und insbesondere in den Jahren 1942/43 mit den Kontakten zu Juden verfolgte, ist nicht leicht zu verstehen. Man muß sich dazu auch mit der Persönlichkeitsstruktur dieses Mannes beschäftigen.

Himmler war Schulmeister und Pedant, sicher ein begabter Organisator und Verwalter, im Grunde aber ein schwacher, abergläubischer und labiler Mensch. Er war das Musterbild eines überzeugten Nationalsozialisten und als solcher dem Führer unbedingt ergeben. Entsprechend geradlinig und bedenkenlos konnte er handeln. Wurde er jedoch mit unerwarteten Problemen konfrontiert, geriet er ins Schwanken, zögerte, zauderte, handelte völlig unberechenbar, revidierte seine Haltungen und Entscheidungen immer wieder. Symptomatisch für seine Unentschlossenheit waren die Magenkrämpfe, an denen er zunehmend litt. Im März 1939 hatte er das Glück, die Bekanntschaft eines Masseurs zu machen, dessen heilende Hände Krämpfe und Schmerzen linderten, die ihn sonst arbeitsunfähig gemacht hätten. Dieser Masseur, der nach und nach zu einem engen Vertrautem Himmlers wurde, war Felix Kersten, 1898 geboren, ein Baltendeutscher mit finnischem Paß.

Nach dem Krieg hat Kersten seine Memoiren veröffentlicht.[1] Die meisten Historiker, die sich mit Kersten beschäftigt haben, halten ihn für einen unzuverlässigen Zeugen. Seine Geschichten seien übertrieben und eitel, die für seine Behauptungen angeführten Beweise wertlos. Dennoch erhielt das Werk in offiziellen Regierungsverlautbarungen aus den Niederlanden, Schweden und Finnland großes Lob. Und sogar sein schärfster Kritiker, Louis de Jong, mußte eine »gewisse« Realitätshaltigkeit einräumen: »Kersten neigte immer dazu, seine eigene Rolle in großem Maße zu überschätzen; wenn Himmler einen bestimmten Beschluß faßte, der Kersten willkommen war, hatte Kersten keine Ahnung von den anderen Faktoren, die dabei in

Himmlers Gedanken eine Rolle spielten; außerdem hatte Kersten dann auch nach dem Kriege die Ereignisse übertrieben. Als Regel gilt für seine Mitteilungen, daß sie eine gewisse Berührung (manchmal eine starke, manchmal eine schwache) mit der Wirklichkeit haben.«[2] Mit anderen Worten, seine Kommentare können nicht einfach abgetan werden. Aber man muß sie sorgfältig prüfen, denn sie sind oft unzuverlässig.

Von all den Menschen, die Himmler umgaben und die den Krieg überlebt haben, stand Kersten ihm wahrscheinlich am nächsten; sicher näher als seine ihm fernstehende Frau und näher auch als seine sehr mittelmäßige Tochter. Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte werden die sogenannten Notizbücher Kerstens, die Entwürfe zu seinem Buch und Auszüge aus seinen Tagebüchern aufbewahrt. Diese Dokumente sind vor allem Zeugnisse einer Selbstdarstellung. Kersten war zweifellos ein Egozentriker, der Kapital daraus schlagen wollte, daß er während des Krieges, ob nun tatsächlich oder nur in seiner Einbildung, das Leben einiger Menschen gerettet hat. Viele von den Dokumenten stammen wahrscheinlich gar nicht aus den Kriegsjahren. Andererseits können viele seiner Kommentare durch andere Dokumente und Berichte belegt werden. Dabei wird deutlich, daß seine Erinnerungen, auch wenn er die eigene Rolle stets überschätzt, im Grunde der Wahrheit entsprechen. Wenn man die phantasievollen Ausschmückungen abzieht, stößt man auf einen wahren Kern. Kerstens Buch ist eine zu bedeutsame Quelle, als daß man sie übergehen könnte.

Nach Kerstens Ansicht war Himmler intelligent genug, um bereits 1942, also noch vor Stalingrad, zu erkennen, daß die Dinge nicht gut liefen. Im Winter 1941/42 wurden die Deutschen vor Moskau zurückgeschlagen. Sie mußten, unter großen Verlusten an Truppen und Material, eroberte Gebiete wieder räumen. Im Frühjahr 1942 schien sich die Lage noch einmal zugunsten der Deutschen zu verschieben. Allem Anschein nach war Himmler gut darüber unterrichtet, wie Generäle und Generalstab die Lage beurteilten. Und dort war man durchaus nicht immer optimistisch.[3]

1943 habe Himmler erkannt, daß der Krieg unentschieden enden würde oder, aus deutscher Sicht, ein noch schlimmeres Ende nehmen könnte. Kersten berichtet auch davon, daß er

Himmler überreden wollte, etwas für die Beendigung des Krieges zu tun. Er hat allem Anschein nach ganz offen mit Himmler sprechen können – schließlich war dieser zur Linderung seiner psychosomatischen Beschwerden auf die Hilfe seines Masseurs angewiesen. Und diese Leiden verschlimmerten sich immer dann, wenn er mit seinem geliebten Führer sprechen sollte: Himmler hatte fürchterliche Angst vor Hitler. Hin- und hergerissen zwischen Einsicht und Ergebenheit sei Himmler, so Kersten, schwankend geworden. Aber in welche Richtung hätte er sich wenden sollen? Wenn wir seine Handlungen verstehen wollen, müssen wir unseren Blick nun auf das, was geschah, richten, darauf, was Himmler tatsächlich tat.

Es gibt ein Dokument von herausragender Bedeutung, einen Vermerk Himmlers vom 10. Dezember 1942, der lautet: »Ich habe den Führer wegen der Loslösung von Juden gegen Devisen gefragt. Er hat mir Vollmacht gegeben, derartige Fälle zu genehmigen, wenn sie wirklich im namhaften Umfang Devisen von auswärts hereinbringen.«[4] Die naheliegendste Deutung wäre, daß man reiche Juden freilassen könne, wenn sie Lösegelder in ausländischen Devisen aufbrächten – vermutlich Gelder, die entweder nach Deutschland transferiert oder aber im Ausland deutschen Repräsentanten überwiesen werden konnten. Eine Reihe solcher Fälle sind aus der Zeit nach 1942 bekannt,[5] doch kam es zu derartigen Lösegeldzahlungen auch schon in der Zeit davor. Auf der anderen Seite hätte dieser Vermerk Himmler in jedem Fall und zu jeder Zeit entlasten können. Sie war der Beweis dafür, daß er befugt war, Juden gegen bedeutende Geldsummen oder deren Gegenwert freizulassen.

Ebenfalls im Dezember 1942 erteilte Himmler Gestapochef Heinrich Müller den Befehl, Juden mit wichtigen Beziehungen ins Ausland gesondert zu konzentrieren. Solche französischen sowie, bemerkenswerterweise, ungarischen und rumänischen Juden, die damals noch nicht im Machtbereich der Nationalsozialisten waren, sollten in einem eigens dafür einzurichtenden Lager Zwangsarbeit verrichten – »unter Bedingungen, daß sie gesund sind und am Leben bleiben«. Das Konzentrationslager von Bergen-Belsen wurde gleich danach in diesem Sinn genutzt.[6]

Beide Dokumente datieren aus einer Zeit, in der die »Endlö-

sung« erbarmungslos in die Tat umgesetzt wurde. Gerade in den Herbst- und Wintermonaten des Jahres 1942 fanden die massivsten Mordkampagnen des ganzen Holocaust statt. Und ausgerechnet in dieser Zeit hat Hitler gebilligt, Juden unter bestimmten Voraussetzungen freizulassen. Das Bergen-Belsen-Projekt wurde mit dem Auswärtigen Amt diskutiert, das einen Beamten entsandte, um zu prüfen, ob das Lager zur Aufnahme der 20000 bis 30000 Juden geeignet war, die für einen Austausch in Betracht kamen. Es läßt sich nicht eindeutig feststellen, gegen was sie ausgetauscht werden sollten: ob gegen Geld, gegen deutsche Kriegsgefangene oder gegen etwas anderes. Die Inspektion des Lagers fand im August 1943 statt. (Zur gleichen Zeit hatte Himmler die Kinder von Bialystok nach Theresienstadt bringen lassen.) In einem Bericht an Eichmann erklärte das Auswärtige Amt Bergen-Belsen für völlig ungeeignet. Es müßten einige Verbesserungen vorgenommen werden und vor allem sei Sorge dafür zu tragen, daß die für den Austausch vorgesehenen Juden nichts von den Zuständen erfahren könnten, die in den benachbarten Lagern für polnische und sowjetische Kriegsgefangene herrschten.[7]

Einen Monat später, im September 1943, reiste Abram Stevens Hewitt, ein Mitarbeiter des amerikanischen Office of Strategic Services, des amerikanischen Spionagedienstes, unter dem Vorwand, wirtschaftliche Maßnahmen gegen Deutschland vorzubereiten, nach Stockholm. Bei einem Empfang am 3. Oktober begegnete er Kersten. Dieser hatte sich gerade in Stockholm niedergelassen und bereits Kontakte zur schwedischen Regierung geknüpft. Kersten wollte sich um die Freilassung schwedischer Geschäftsleute, die von den Deutschen in Polen festgehalten wurden, bemühen.[8] Zunächst wollte er Hewitt dazu bringen, bei der amerikanischen Regierung für Finnland einzutreten. Die Amerikaner könnten, so war Kerstens Vorstellung, zwischen Finnland und der Sowjetunion vermitteln. Er will einen ersten Kontakt zwischen Hewitt und Vertretern Finnlands vorbereitet und am 24. Oktober dann Hewitt vorgeschlagen haben, dieser solle mit ihm nach Deutschland fliegen und mit Himmler über die Bedingungen eines Separatfriedens sprechen. Hewitts Sorge über die Ausweitung der sowjetischen Machtsphäre war wohl die Gesprächsbasis. Nach Hewitts Vorstellun-

gen sollten die Deutschen die von ihnen eroberten Gebiete zurückgeben, Hitler und die Nationalsozialisten absetzen und wieder demokratische Verhältnisse schaffen, die Kriegsverbrecher vor Gericht stellen und die Wehrmacht soweit reduzieren, daß sie keinen Angriffskrieg mehr führen könnte. Kersten hat, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, Himmler von diesem Gespräch unterrichtet und darum gebeten, Walter Schellenberg, den Leiter des Spionagedienstes der SS (Abteilung VI des Reichssicherheitshauptamtes), zu einer Unterredung mit Hewitt nach Stockholm zu entsenden. Wahrscheinlich Anfang November hat Schellenberg in Stockholm Gespräche mit Hewitt geführt. Er sei aber, so Schellenberg, nicht auf Anweisung Himmlers gereist, sondern damals ohnehin in Schweden gewesen. Wie dem auch sei, die beiden Männer diskutierten die verschiedenen Alternativen, und Hewitt verfaßte einen ausführlichen Bericht an Roosevelt, der Kerstens Darstellung bestätigt.

Auch nach dem Krieg hat Hewitt Kerstens Behauptungen mit einer schriftlichen Aussage bekräftigt, die er von der Person, in deren Haus einige ihrer Begegnungen stattfanden, gegenzeichnen ließ.[9] Hewitt berichtet von zwei längeren Unterredungen, die Kersten arrangiert und in denen er mit Schellenberg Bedingungen eines möglichen Friedensabkommens mit Deutschland erörtert habe. Die genannten Bedingungen sind die gleichen, von denen Kersten berichtet hat, und entsprechen auch dem, was Schellenberg dem britischen Geheimdienst zu einem Zeitpunkt mitteilte, als er weder von Kerstens noch von Hewitts Aussagen etwas gewußt haben kann. Seiner eigenen Aussage zufolge hat Hewitt dem Deutschen erklärt, daß er zwar nicht im Namen der amerikanischen Regierung sprechen könne, dieser jedoch berichten werde. Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten wurde Hewitt angewiesen, den Kontakt nicht wieder aufzunehmen.

Kersten möge ihn doch nicht länger quälen – mit diesen Worten, so Kersten, habe ihn Himmler am 4. Dezember 1943 gebeten, das Thema ruhen zu lassen. Himmler könne sich doch nicht gegen Hitler stellen, dem er alles verdanke; er sei kein Verräter. Schellenberg hatte Himmler in der Zwischenzeit über Hewitts Bedingungen unterrichtet, die Himmler inakzeptabel fand – vor allem die Forderung, Menschen für Taten vor Ge-

richt zu stellen, die in seinen Augen gar keine Verbrechen darstellen konnten, weil sie doch eine rechtliche Grundlage hätten. Von Kersten auf die Vernichtung der Polen und Juden hingewiesen, habe Himmler gesagt: »Auch das ist auf gesetzlichem Wege geschehen. Denn der Führer hat es im Jahr 1941 in Breslau angeordnet, daß die Juden vernichtet werden sollen. Und der Befehl des Führers ist oberstes Gesetz in Deutschland.«[10] Himmler hat alle typisch nationalsozialistischen Einwände gegen Hewitts Vorschläge vorgebracht, er sei aber bereit gewesen, darüber nachzudenken. Kersten berichtet, daß er mehrfach mit Himmler gesprochen habe. Und im Anschluß an diese Gespräche habe Himmler beschlossen, Schellenberg nach Stockholm zu einem weiteren Treffen mit Hewitt zu schicken. Dies hat Schellenberg bestätigt. Doch als er in Schweden eintraf, war Hewitt bereits abgereist.

Im Zusammenhang mit Himmlers mutmaßlichen Versuchen, Kontakte zu den westlichen Ländern aufzunehmen, ist Schellenberg eine der Schlüsselfiguren. Darum muß man seine Aussagen zumindest berücksichtigen. Der 1910 geborene Walter Schellenberg war damals ein sehr junger Anwalt, der aus Karrieregründen 1933 in die SS eingetreten und als Opportunist mit einem scharfen, beweglichen Verstand rasch in eine einflußreiche Stellung gelangt ist.

Als Leiter von Himmlers Abwehrdienst arbeitete Schellenberg gegen die Alliierten. So war er z. B. in den Niederlanden an der Entführung britischer Agenten beteiligt. Später scheint er jedoch Deutschlands Aussichten, den Krieg zu gewinnen, immer skeptischer betrachtet zu haben. Er hat aber auch versucht, Kontakte zum schweizerischen Geheimdienst aufzubauen; angeblich wollte er die neutrale Schweiz vor einem möglicherweise drohenden Angriff der Deutschen warnen. Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als habe dieser Versuch Schellenbergs, mit dem von Oberst Roger Masson geführten Geheimdienst der Schweiz in Verbindung zu treten und diese Verbindung auch aufrechtzuerhalten, mit unserem Thema nur am Rande zu tun. Aber Schellenbergs Aktivitäten werfen ein bezeichnendes Licht auf die Situation, in der auch Himmler versuchte, die Möglichkeiten von Auslandskontakten zu sondieren.

Den Kontakt zu Masson und über diesen zu General Henri Guisan, dem Oberbefehlshaber des Schweizer Bundesheers, ließ Schellenberg von einem seiner Untergebenen, dem SS-Hauptsturmführer Hans W. Eggen, herstellen, einem vierschrötigen Kaufmann aus Berlin, der Geheimdienstagent geworden war. Schellenberg selbst traf Guisan am 3. März 1943 in Biglen, einem Dorf in der Schweiz. Dies Treffen mit Schellenberg war eine große Unvorsichtigkeit von Guisan, es hätte ihn, wenn es bekannt geworden wäre, um sein Amt bringen können. Damit hatte Schellenberg seinen Gesprächspartner in der Hand, obwohl Guisan den Deutschen offenbar doch nur klarmachen wollte, daß die Schweizer einem Angriff Widerstand leisten würden. Nach eigener Aussage warnte Schellenberg die Schweizer vor einem für den März 1943 geplanten Angriff der Deutschen. Doch bedurften die Schweizer seiner Warnungen gar nicht – sie unterhielten eine Geheimdienstgruppe in Deutschland (die sogenannte »Wikinger«-Gruppe), die am 20. März 1943 über Einzelheiten der angeblichen Operation in die Heimat berichtete. Zwei Tage später kam dann die Nachricht, daß der Angriff nicht stattfinden würde. Tatsächlich scheint zu Beginn des Jahres 1943 ein solcher Angriffsplan auch gar nicht bestanden zu haben. Das Ganze könnte durchaus von der SS-Abwehr in die Welt gesetzt worden sein, um die Kontaktaufnahme mit Schweizer Stellen vorzubereiten[11] und auf diese recht plumpe Weise in der Schweiz Fuß zu fassen. Offensichtlich wollte man die Schweiz als Sprungbrett für Kontakte benutzen, die sich nur auf diesem neutralen Boden herstellen ließen.

Schellenberg behauptet, daß er über Eggen und Masson mit einem der Agenten von Allen W. Dulles, dem Leiter der Berner Außenstelle des Office of Strategic Services, Verbindung aufgenommen habe. Außerdem habe er versucht, mit dem britischen Konsul in Zürich Kontakt aufzunehmen, was jedoch nicht zustande kam.[12]

Es gibt auch Berichte darüber, daß Schellenberg auf der iberischen Halbinsel mit westlichen Ländern in Verbindung treten wollte. Er selbst behauptet, er habe bereits Mitte 1942 mit Sir Samuel Hoare, dem britischen Botschafter in Spanien, Kontakt aufgenommen; außerdem gibt es Hinweise auf Bezie-

hungen zur Nachrichtenabteilung der amerikanischen Gesandtschaft in Lissabon.[13]

Nach alldem scheint Schellenberg ein skrupelloser Geheimdienstler gewesen zu sein, er war ein heller Kopf und kein ideologischer Fanatiker. Wir können seiner Behauptung glauben, daß er die Klemme, in der Deutschland steckte, bereits recht früh erkannt und darum versucht hat, Himmler zu einer Kursänderung zu bewegen und Verbindungen mit dem Westen zu knüpfen. In seinen diversen Berichten führt Schellenberg aus, daß er sich im August 1942 in der sowjetischen Stadt Shitomir mit Himmler getroffen habe, um diesen zur Vorbereitung von Verhandlungen mit dem Westen zu bewegen. Himmler habe ihm zwar zugestimmt, aber die Erlaubnis, entsprechende Kontakte aufzunehmen, doch nur halbherzig erteilt.[14] In einer seiner Aussagen erwähnt er auch, daß er Ende 1943 gemeinsam mit Kersten Himmler zu einer überlegteren und entschlosseneren Kontaktaufnahme mit dem Westen bewegen wollte. Da beide Männer Himmler kannten, hätten sie, wie Schellenberg ausführt, beschlossen, den Hamburger Astrologen Wilhelm Wulff einzuschalten. Sie erklärten Wulff, was von ihm erwartet würde. Später behauptete Schellenberg dann, daß Wulff weit mehr als das getan habe: Er soll im März 1944 für den 20. Juli einen Anschlag auf Hitlers Leben, dessen Erkrankung im November 1944 und dessen Tod im Mai 1945 vorausgesagt haben. Aber selbst das konnte den Reichsführer SS nicht umstimmen.[15] Alles in allem zeigte Himmler nur einmal Entschlossenheit, nämlich in bezug auf die Treffen zwischen Schellenberg und Hewitt, die er befürwortete. In allen anderen Fällen: ob beim Europaplan, bei Schellenbergs Kontakten zu Masson und Guisan oder bei dessen Verbindungen via Madrid und Lissabon, blieb es bei halbherzigen Maßnahmen und vorsichtigem Lavieren.

Entscheidend in unserem Zusammenhang ist auch, ob Himmler etwas von der Verschwörung gegen Hitler gewußt hat, die am 20. Juli 1944 zum Attentat auf Hitler führte. Sollte dies der Fall gewesen sein, dann könnten seine vorsichtigen Annäherungen nämlich damit zusammenhängen, daß er für Deutschland drastische Veränderungen erwartete und sich politisch und militärisch Spielraum schaffen wollte. Es gibt Hin-

weise darauf, daß er tatsächlich im Besitz entsprechender Informationen gewesen ist, dazu auch recht eindeutige Aussagen nach dem Krieg. Jede dieser Quellen mag für sich genommen fragwürdig sein, aber alle zusammen kann man nicht einfach beiseite schieben. Die meisten Historiker, die sich mit dieser Frage befaßt haben, sind sich darin einig: Himmler wußte von der Verschwörung, wenn nicht in Einzelheiten, so doch in groben Zügen.[16] Er muß geahnt haben, daß es zu einem Versuch kommen würde, Hitler auszuschalten. Doch wußte er nicht, daß diese Verschwörung die Ermordung Hitlers zum Ziel hatte, wollte dies sehr wahrscheinlich auch gar nicht wissen. Es ist von äußerster Wichtigkeit herauszufinden, was und wieviel er wußte, denn dies würde auch erhellen, was er durch die Kontakte mit Juden bzw. über die Juden bezweckte.

Das überzeugendste Indiz dafür, daß Himmler etwas gewußt haben muß, ergibt sich aus der sogenannten Depositenkasse-Affäre, die im Herbst 1942 für Aufregung sorgte. Ein tschechischer Bankier namens David wurde zufällig in Böhmen verhaftet; in seinem Besitz fand man einen großen Betrag in Dollarscheinen. Bei seiner Vernehmung durch die Finanzpolizei in Prag gab David an, seine Auftraggeber seien zwei Bayern, Wilhelm Schmidhuber und Heinz Ickrath, die ihrerseits im Auftrag von Dr. Josef Müller, allgemein bekannt als »Ochsensepp«, gehandelt hätten.

Josef Müller, ein katholisch-konservativer Gegner der Nationalsozialisten (und nach dem Krieg erster Ministerpräsident von Bayern), leitete damals die Abwehrdienststelle München. Bereits 1940 war Müller von Admiral Wilhelm Canaris, dem Leiter der militärischen Abwehr, in den Vatikan gesandt worden, um herauszufinden, was man dort über mögliche Friedensverhandlungen mit Großbritannien dachte. In Rom hatte Müller Kontakt zu Ludwig Kaas aufgenommen, dem Vorsitzenden der aufgelösten Zentrumspartei (die Partei hatte im März 1933 für Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt). Der Vorstoß blieb ohne Ergebnis, doch die Gestapo schöpfte Verdacht.

Schmidhuber war Kaufmann, zugleich Ehrenkonsul von Portugal. Er hatte, wie weitere Nachforschungen ergaben, gemeinsam mit seinem Angestellten Ickrath in Prag »Monospol« gegründet. Dies Unternehmen beauftragte Regimegegner, dar-

unter auch Juden, auf Reisen durch die Balkanländer und die Türkei zu niedrigen Preisen Waren zu kaufen und diese mit Gewinn in Mitteleuropa wieder zu verkaufen. Auf diese Weise und durch Devisenhandel auf dem Schwarzmarkt beschafften sie der Abwehr Geld und Devisen. Eines der bereisten Länder war die Slowakei, und aus einigen Dokumenten geht, wenn auch nicht hieb- und stichfest, hervor, daß Karel Hochberg, der jüdische Verräter, einige dieser Schwarzmarktgeschäfte möglicherweise selbst angeschoben hat.[17] Das Ganze stand in Zusammenhang mit der Münchner Abwehrdienststelle.

Es wurde rasch deutlich, daß mehr hinter dieser Affäre steckte als illegale Geldgeschäfte. Die Ermittlungsbehörden für Wirtschaftsverbrechen übergaben die Angelegenheit der Gestapo zu weiteren Nachforschungen. Gestapochef Heinrich Müller schickte einen seiner besten Spürhunde von Berlin nach Süddeutschland: Franz Xaver Sonderegger, der später von Walter Huppenkothen unterstützt wurde. Sonderegger konnte kaum glauben, was die Ermittlungen ergaben:[18] Devisengeschäfte, mit deren Hilfe die Beteiligten sich »Schwarzgeld« beschaffen wollten. Als Hintermänner von Josef Müller wurden Hans von Dohnanyi und dessen Schwager, der protestantische Pastor Dietrich Bonhoeffer, entdeckt; hinter diesen wiederum stand Oberst Hans Oster, der Stabschef der Abwehr, und Drahtzieher des Ganzen hätte Canaris sein können.[19]

Damit wurde die Affäre zu einer sehr ernsten Angelegenheit. Die Abwehr war eine Dienststelle der Wehrmacht. Und der Verdacht kam auf, daß das Schwarzgeld für geheime Verhandlungen bestimmt war, die die Gruppe der Abwehrleute mit feindlichen Mächten führen wollte. Manfred Roeder, ein knallharter Nationalsozialist (und eine zentrale Figur der Neo-Nazi-Szene nach dem Krieg), wurde mit der Untersuchung der Affäre beauftragt. Am 5. April 1943 wurden die Büros der Abwehr in Berlin durchsucht und von Dohnanyi und Bonhoeffer verhaftet. Bei seiner Verhaftung versuchte von Dohnanyi heimlich dem ebenfalls anwesenden Oster eine auf dem Tisch liegende Notiz zuzuschieben. Die Notiz war äußerst kompromittierend: Ihr waren der regimefeindliche Charakter der Gruppe und auch Hinweise auf bereits geknüpfte Kontakte zu Regimegegnern zu entnehmen. Die Nationalsozialisten ertappten von

Dohnanyi bei diesem Versuch. Und dies hatte zur Folge, daß Oster zwar nicht verhaftet, aber entlassen wurde.

Roeder war klar, daß er eine ernstzunehmende, gegen die Nationalsozialisten gerichtete Verschwörung aufgedeckt hatte, in die auch Canaris verwickelt war. Wehrmachtschef Wilhelm Keitel war bereit, die Untersuchung fortzusetzen, doch er fragte Himmler nach dessen Meinung. Himmler riet ihm, die Untersuchung einzustellen. In einer Notiz an seine Leute soll Himmler mehreren Quellen zufolge geschrieben haben: »Laßt mir doch den Canaris in Ruhe.«[20] Im Juli wurde Roeder zur Luftwaffe versetzt und mit Kutzner ein weniger ehrgeiziger Ermittler mit dem Fall betraut. Die Anklage gegen Josef Müller, von Dohnanyi und Bonhoeffer wegen Verrats wurde abgemildert zur Anklage wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten. Schließlich wurde nur Müller vor Gericht gestellt und mangels Beweisen freigesprochen. Alle drei Männer blieben jedoch in Haft, und Keitel forderte eine erneute Verhandlung. Die ebenfalls inhaftierten Ehefrauen von Müller und Dohnanyi wurden freigelassen. Offensichtlich hatte Himmler beschlossen, die Affäre nicht weiter zu verfolgen; aber eindeutig war er über die Untersuchungen vollständig informiert.[21]

Bonhoeffer, der einzige wirkliche Held des protestantischen Widerstands, wurde wegen seiner Beziehungen zur Gruppe um Oster verhaftet. Was waren Osters Ziele? Seine Lebensgeschichte bietet einige Aufschlüsse: Oster, der wie viele seiner konservativen Freunde die Nationalsozialisten in den dreißiger Jahren unterstützt hatte, wandte sich aus teils moralischen, teils politischen Motiven gegen den Hitler-Staat. Er war überzeugt, daß das Regime unmoralisch und unmenschlich sei und Deutschland ins Verderben stürzen werde. Daher versuchte er Sand ins Getriebe des nationalsozialistischen Reichs zu streuen. 1940 wollte er die Niederlande vor der drohenden Invasion warnen, stieß dort jedoch auf Unglauben. Er stand hinter Josef Müllers Versuchen, Kontakt mit dem Vatikan aufzunehmen, und er wollte Verbindungen mit dem Westen aufbauen, um herauszufinden, wie man Deutschland aus dem Krieg herausmanövrieren könnte. Doch Amtstreue und Pflichtgefühl ließen den Geheimdienstoffizier trotz aller inneren Konflikte Aufmarsch- und Schlachtpläne der Kriegsgegner ausspionieren und

der Wehrmacht darüber berichten. Aufgrund der uns vorliegenden Quellen können wir sagen, daß Canaris von Osters Verschwörungsplänen wußte, sie guthieß und unterstützte, obwohl sich die beiden Männer ansonsten nicht sehr nahe zu stehen schienen.[22]

Auch von einem anderen Vorhaben Dohnanyis und Bonhoeffers, in das mit Helmuth Graf von Moltke noch ein weiteres Mitglied der konservativen Opposition verwickelt war, hatte Canaris Kenntnis und befürwortete es. Von Moltke entstammte einer alten Offiziersfamilie. Bereits zweimal, 1870/71 und 1914, waren Mitglieder dieser Familie Generalstabschefs der deutschen Armee gewesen. Als gläubiger Protestant und Regimegegner hatte Helmuth von Moltke einen Gesprächskreis für Oppositionelle ins Leben gerufen, die sich auf seinem Landsitz in Kreisau trafen – daher der Name Kreisauer Kreis. Ende 1941 oder Anfang 1942 hat Friedrich W. Arnold, ein jüdischer Anwalt, der zum Christentum konvertiert war, über von Dohnanyis Mutter Kontakt zu diesem und zum Kreisauer Kreis gesucht. Arnold setzte sich für einen gewissen Julius Fliess ein, ebenfalls ein Anwalt, der im Ersten Weltkrieg schwer verwundet und ausgezeichnet worden war und dem nun mit seiner Familie die Deportation »in den Osten« drohte.

Die drei standen noch mit einigen anderen Menschen in Verbindung, die nach dem nationalsozialistischem Rassengesetz ebenfalls als Juden galten. Eine von ihnen war Charlotte Friedenthal, eine zum christlichen Glauben übergetretene Jüdin, die als Sekretärin im Hauptbüro der Bekennenden Kirche arbeitete. Weitere Juden, von denen nicht alle zum christlichen Glauben übergetreten waren, und auch deren nicht-jüdische Verwandte kamen dazu. Einige dieser Menschen standen in enger Beziehung zu Canaris.

Die Treffen mit Dohnanyi und Bonhoeffer fanden in den Berliner Büros der Abwehr statt. Ursprünglich sollten sieben Menschen gerettet werden, daher der Name des Unternehmens – »V7« oder »U7« (Unternehmen 7). Zuletzt waren es dann fünfzehn Personen, denen Donahnyi, Bonhoeffer und Moltke zur Flucht verhelfen wollten. Auch Canaris war beteiligt, indem er Himmler (sogar zweimal) davon unterrichtete, daß diese Leute als Abwehragenten in der Schweiz gebraucht würden –

ein Versuch, sie nach Schweden zu schmuggeln, war fehlgeschlagen. Schmidhuber reiste dann in die Schweiz und überbrachte Alphons Köchlin, dem Vorsitzenden des Schweizer Kirchenbunds, Bonhoeffers Bitte, den Antrag auf Ausstellung von Einreisevisa in die Schweiz zu unterstützen. Das war notwendig, weil die Schweizer Regierung keine Juden aufnehmen wollte.[23] Am 23. September 1942 traf die Gruppe in der Schweiz ein. Zuvor hatten die Verschwörer diese fünfzehn Menschen vor den Deportationsbefehlen bewahrt, die sie in den sicheren Tod geschickt hätten. Mehr noch: Die Verschwörer haben ihren Schützlingen auf ganz ähnliche Weise Geld besorgt, wie die jüdischen Organisationen damals Geldtransfers organisierten. Für den Transfer übergaben die Flüchtlinge der Abwehr ungefähr eine Million Reichsmark in Banknoten und Wertgegenständen und erhielten dafür aus den Finanzmitteln der Abwehr 100000 US Dollar (vermutlich in Schweizer Franken). Mit diesem Geld konnten die Flüchtlinge bis zum Kriegsende in der Schweiz überleben. Übrigens hat die Abwehr damit kein schlechtes Geschäft gemacht: Vor dem Krieg lag der Wechselkurs bei 2,50 Reichsmark für den Dollar.[24]

Man kann sich nur schwer vorstellen, daß Himmler bei diesem Manöver überlistet worden ist. Und selbst wenn er 1942 Canaris noch geglaubt haben mag, so muß ihm in den folgenden Monaten klar geworden sein, daß diese Menschen alles andere als Abwehragenten waren. Und doch war es Himmler, der Gestapochef Müller anwies, die Ausreise der Gruppe zu ermöglichen. In den Verhören Dohnanyis und Bonhoeffers ist dieser Sachverhalt später erwähnt worden. Nach den Angaben von Erwin Lahousen, einem weiteren Abwehroffizier, informierte das Reichssicherheitshauptamt – vermutlich auf Betreiben von Gestapochef Müller und vielleicht durch Himmler selbst, der sich damit Rückendeckung verschaffen wollte – Hitler über diesen Vorfall. Canaris wurde zu Hitler zitiert, der den Einsatz von Juden als Abwehragenten für die Zukunft untersagte.[25]

Im Juli und noch einmal im Dezember 1943, gerade zu dem Zeitpunkt, als die Depositenkasse-Affäre aufgedeckt wurde, reiste von Moltke nach Istanbul und legte den Alliierten seinen Friedensplan dar. Wie wir sehen werden, sprach er im Namen seiner Mitverschwörer. Von Moltke gehörte zum Kreisauer

Kreis, hatte Verbindungen zur Abwehr, zu Bonhoeffer und von Dohnanyi sowie zu einigen Personen aus militärischen und zivilen Kreisen, die Aktionen gegen das Regime vorbereiteten. Mit dem Unternehmen »U7« rettete er das Leben von Juden. Die Kontaktaufnahme mit den Alliierten und das Engagement für die Juden waren, so scheint es, wie durch höhere Gewalt untrennbar miteinander verbunden.[26]

Diese Ereignisse deuten darauf hin, daß Himmler gewußt hat, daß die Konservativen etwas planten, was für einen Nazi dem Verrat gleichkam. Daneben gab es dann noch den komplizierter liegenden Fall Carl Langbehn. Langbehn, Rechtsanwalt und mit Himmler persönlich bekannt, vertrat ähnliche Ansichten wie Schellenberg und befürwortete den Versuch, Hitler zu beseitigen, um sich den westlichen Alliierten nähern zu können. Daneben setzte er sich bei Himmler für die Befreiung bestimmter Gefangener aus den nationalsozialistischen Lagern ein. Kersten erwähnt, daß ihn Langbehn dazu gebracht habe, etwas für die sieben, von den Deutschen wegen Spionage angeklagten Schweden zu tun.[27] Außerdem war Langbehn mit einigen der Schlüsselpersonen des konservativen Widerstands befreundet. Walter Schellenberg berichtet von einem Treffen mit Langbehn im Sommer 1942. Damals habe ihm dieser bereits gesagt, der Krieg sei verloren und die einzige Hoffnung läge bei der SS. Nur sie könnte Hitler aus dem Weg räumen und die Herrschaft übernehmen. Bis spätestens 1943 habe Langbehn eine Entscheidung Schellenbergs erwartet.

Der Bericht scheint mehr oder weniger plausibel, doch die angegebenen Daten stimmen nicht. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß Langbehn mit Schellenberg über eine Verschwörung sprach und dann bereit war, ein Jahr auf dessen Erklärung zu warten. Es ist allerdings möglich, daß man auf Schellenberg zugegangen ist, der seit 1941 von Kontakten wußte, die die konservativen Verschwörer – und hier allen voran Ulrich von Hassel – zu den Amerikanern hergestellt hatten, um Verständigungsmöglichkeiten mit dem Westen zu schaffen.[28]

Auf jeden Fall erreichte Langbehn schließlich mit Schellenbergs Unterstützung, daß Himmler einem Treffen mit Johannes Popitz zustimmte, dem damaligen Finanzminister Preußens

und einem der führenden Köpfe der konservativen Kamarilla. Das Treffen fand am 26. August 1943 statt. Himmler hatte dafür gesorgt, daß das Gespräch mitgehört wurde; angeblich soll es auf Grammophonplatten mitgeschnitten worden sein. Allem Anschein nach holte sich Himmler sogar Hitlers Zustimmung zu diesem Treffen – sorgte also auch diesmal wieder für Rükkendeckung. Doch was immer Himmler gesagt oder gedacht haben mag, Popitz hat ziemlich offen mit ihm gesprochen. Er glaubte nicht, daß er Himmler zur Teilnahme an einer Verschwörung überreden könnte, doch wollte er sich, so scheint es, versichern, daß Himmler nichts dagegen unternehmen würde. Wenn Hitler dem Treffen wirklich zugestimmt hat, dann kann er sich eigentlich nicht sonderlich für den Inhalt des Gesprächs interessiert haben, vielleicht hat Himmler das Gespräch aber auch nicht vollständig mitschneiden lassen.[29]

Himmler verfügte wohl über recht detaillierte Hinweise auf die konspirativen Pläne der Konservativen. Langbehn war, Schellenberg zufolge, einer der Hauptakteure der konservativen Verschwörung. Er wollte Himmler auf die Seite der Regimegegner ziehen und verhandelte gleichzeitig in der Schweiz mit Allen W. Dulles.[30] Es ist ausgeschlossen, daß Himmler sich falsche Vorstellungen über Langbehn gemacht hat. Langbehn ist im September 1943, offenbar nachdem die Gestapo seinen Verbindungen in die Schweiz auf die Spur gekommen war, verhaftet und nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet worden.

Wichtig waren die Kontakte, die Schellenberg 1943 zu Gottfried von Bismarck hatte, der dem Kern der Widerstandsgruppe nahestand. Bismarck strebte tatsächlich ein Abkommen zwischen Deutschland und den Ländern des Westens an. Schellenbergs Eindruck war also richtig. Des weiteren erwähnt Schellenberg noch Gespräche mit einigen hohen Wehrmachtsoffizieren, darunter Generalmajor Fritz Thiele und General Erich Fellgiebel, beide im Geheimdienst der Obersten Heeresleitung und in engerer Verbindung zur Gruppe der Verschwörer. Über diese Gespräche will Schellenberg Himmler berichtet haben.

Auch mit dem Prinzen Max-Egon von Hohenlohe stand Schellenberg in Verbindung. Dieser katholische Adlige, dessen Familie internationale Verbindungen hatte, lebte in Spanien.

Über Hohenlohe und seine Beziehungen zum Vatikan bekam Schellenberg Kontakt zu amerikanischen Agenten in Spanien. Von Dezember 1942 an sondierte er hier die Möglichkeiten von Friedensverhandlungen.[31] Weitere Kontakte habe es im Frühjahr 1943 gegeben. Auch davon will Schellenberg Himmler unterrichtet haben. Das ist nicht unwahrscheinlich, denn diese Kontakte wurden in seinem Namen aufgenommen.

Einige Wochen vor dem Attentat vom 20. Juli gab es, so Schellenberg, Bestrebungen, ihn und Himmler in die Verschwörung mit hineinzuziehen. Auch in diesem Zusammenhang fallen die Namen von Thiele und Oberst Georg Hansen. Dieser war der neue Chef der militärischen Geheimdienststelle, den Schellenberg nach der Auflösung der Abwehr im Februar übernommen hatte. Anfang Juli habe er, so Schellenberg, mit Himmler über die Verschwörungspläne gesprochen und dieser habe erklärt, daß er hinreichend informiert sei, jedoch darüber noch nachdenken müsse.

Es sollte jedoch betont werden, daß Himmler lediglich vom politischen und ideologischen Flügel der Kamarilla wußte. Über die tatsächliche Stärke der Gruppe von Wehrmachtsangehörigen, die entschlossen war, Hitler zu ermorden, wußte er nichts (oder wollte nichts darüber wissen). Ein Grund dafür könnte sein, daß die Gestapo keine Untersuchungen bei der Wehrmacht durchführen durfte. Nach dem Scheitern des Anschlags wurden zunächst Fellgiebel und Hansen, später Thiele verhaftet. Schellenberg hat, so sagt er, um sein Leben gefürchtet, doch Thiele hat ihn nicht verraten.[32]

Himmler hat ganz offensichtlich versucht, seine Spuren zu verwischen – auch darin zeigt sich sein vorsichtiger und zwiespältiger Charakter. In der Tat wurden einige der Juli-Verschwörer unter strengster Geheimhaltung verhört: Vielleicht ein Hinweis darauf, daß Himmler fürchtete, seine passive Mitwisserschaft könne ans Licht kommen. Himmler hat auch versucht, über Carl Goerdeler, den politischen Kopf der Verschwörung, und den schwedischen Bankier Jakob Wallenberg Kontakte zu den Alliierten herzustellen. Der Versuch, solche Kontakte über Goerdeler herzustellen, fand im Oktober 1944 statt, als Goerdeler im Gefängnis auf seine Hinrichtung wartete. Daß ein zum Tode verurteilter Kontaktmann dies an

Himmlers Kritiker oder gar an Hitler selbst verraten würde, stand kaum zu erwarten.[33]

Auch im Office of Strategic Services gelangte man zur Überzeugung, daß die Gestapo von den Verschwörungsplänen im großen und ganzen gewußt haben muß. In seinem Bericht über die Verschwörung vom 22. Juli erwähnt William Donovan, der Chef des amerikanischen Geheimdienstes, daß die Verschwörer dreimal mit Allan Dulles in Bern Kontakt aufgenommen hätten: im Januar, April und Mai 1944, wobei die Amerikaner von der anti-sowjetischen und pro-westlichen Haltung der Verschwörer überzeugt werden sollten. Das Office habe jedoch, im Einklang mit der offiziellen amerikanischen Politik, alle Versuche einer Annäherung zurückgewiesen. Donovan unterstreicht, daß die Gestapo nichts gegen diese Kontakte unternommen habe, entweder »weil sie abwarten wollte, bis die Pläne der Gruppe so gut wie perfekt waren, oder weil auch die Gestapo einen ›Anker im Westen‹ haben wollte«.[34]

All das zeigt, daß Himmler von der Verschwörung wußte. Und in diesem Licht erscheint Kerstens Zeugnis um so bedeutsamer, Himmler habe im Sommer 1943 die Zukunft des tausendjährigen Reiches immer skeptischer beurteilt. Es war dies der Sommer, in dem er die eintausend jüdischen Kinder von Bialystok nach Theresienstadt transportieren ließ. Gleichzeitig wurden die sogenannten Feldscher-Vorschläge vorgelegt.

Anfang 1943 unterbreitete Anton Feldscher, ein Attaché der Schweizer Gesandtschaft in Berlin, dem Auswärtigen Amt einen Vorschlag der britischen Regierung, den diese auf Druck der Jewish Agency ausgearbeitet hatte.[35] Der Vorschlag lief auf die Forderung hinaus, fünftausend Kinder aus dem Generalgouvernement (Polen) und dem »Osten« (den besetzten Gebieten der Sowjetunion) nach Palästina ausreisen zu lassen. Parallel dazu sondierte Großbritannien über schwedische Vermittler, ob Deutschland eventuell »Judenkinder« auch aus Westeuropa ausreisen lassen würde. Ribbentrop beriet mit Himmler und erklärte schließlich das »grundsätzliche Einverständnis der Reichsregierung zu Verhandlungen; Erteilung der Ausreisegenehmigung, gegebenenfalls im Austauschwege gegen Internierte, jedoch Ablehnung der Auswanderung nach Palästina; Grundbedingung: Übernahme der Kinder nach England und

Sanktionierung dieses Vorgehens durch Beschluß des englischen Unterhauses«.[36]

Diese Verhandlungen, an denen Eichmann und andere beteiligt waren, zogen sich etwa zehn Monate hin, bis sie im März 1944 aufgegeben wurden. Die deutsche Gegenforderung, die Freilassung von vier Deutschen für ein jüdisches Kind, stammt von Himmler; vielleicht aber auch von Eichmann und war von Himmler gebilligt worden.[37] Als Alternativforderung verlangten die Deutschen die Überstellung von internierten Parteigängern des Nationalsozialismus aus Irland, Ägypten, Indien und den arabischen Ländern nach Deutschland. Die Einwände gegen eine Ausreise der Juden nach Palästina wurden in einer Verlautbarung aus Ribbentrops Amt dargelegt: die Reichsregierung könne »ihre Hand nicht dazu bieten, daß ein so edles und tapferes Volk wie die Araber durch die Juden aus ihrem Heimatland Palästina verdrängt werden«.[38] Die britische Regierung erklärte dagegen, daß Großbritannien die Kinder nicht auf Dauer aufnehmen könne. Außerdem lehnten es die Briten ab, eine so viel größere Zahl von Deutschen oder NS-Sympathisanten im Austausch gegen die Kinder freizulassen. Interessant ist, was Himmler auf eine direkte Anfrage Ribbentrops antwortete. Eine Ausreise jüdischer Kinder, so erklärte er, könne eigentlich nicht genehmigt werden; allenfalls im Austausch gegen junge Deutsche sei das möglich.[39] Es ging also nicht um ein unverrückbares Prinzip – nicht darum, daß alle Juden oder »Judenkinder« getötet werden sollten und darum nicht freigelassen werden konnten. Der Mord hing von bestimmten Bedingungen ab; und unter Umständen, wenn der Preis verlockend genug war, war Himmler zu Gesprächen bereit. Offenbar hat er dabei an Hitlers Zustimmung vom Dezember 1942 gedacht. Nur wäre es hier nicht um finanzielle, sondern um politische und militärische bzw. propagandistische Vorteile gegangen. Im Fall einer Vereinbarung hätte die britische Regierung den Austausch vor dem Parlament verkünden müssen, und Himmler hoffte wohl, daß dies im »arischen« Großbritannien zu einer neuen Welle des Antisemitismus führen würde.

Nun muß ich noch kurz auf die Deportation der Kinder aus Bialystok nach Theresienstadt eingehen, die im August 1943 stattfand. Theresienstadt wurde Ende 1941 als Ghetto und Kon-

zentrationslager eingerichtet, um die Juden aus dem »Protektorat« Böhmen und Mähren zusammenzufassen. Zunächst wurden dort nur tschechische Juden interniert, es war ein Familienghetto, in dem Männer und Frauen allerdings getrennt untergebracht wurden. 1942 dann wurde es zu einem »Altersghetto« umfunktioniert – zu einem Konzentrationslager, in dem ältere Menschen aus deutschsprachigen Gebieten, darunter viele berühmte Intellektuelle, ehemalige Offiziere und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gefangengehalten wurden. Später wurden auch Juden aus den Niederlanden und Dänemark dorthin gebracht. Theresienstadt wurde als Vorzeigeghetto eingerichtet und dann ausländischen Journalisten und Beobachtern auch präsentiert. In Wahrheit starben die Menschen massenhaft an mangelhafter Ernährung und Seuchen. 1942 wurden die ersten Transporte von Theresienstadt nach Auschwitz geschickt, wo die Menschen im Gas starben. Das Ghetto gehörte zu den Täuschungsmanövern der Nazis auf ihrem Weg zur totalen Vernichtung der Juden.

Im Februar 1943 jedoch befahl Himmler, die Deportationen von Theresienstadt nach Auschwitz einzustellen. Das Verbot blieb bis Ende August bestehen. Am 6. September wurden dann wieder Juden von Theresienstadt nach Auschwitz transportiert, insgesamt 4770 Menschen. Diese Deportierten wurden aber nicht ins Gas geschickt, sondern in ein Familienlager gebracht. Auch Sinti und Roma waren in diesen Familienlagern, vermutlich weil die SS nicht wußte, was sie mit ihnen tun sollte. Für die Juden wurde eine »Quarantäne« von sechs Monaten angeordnet. Die Familien wurden getrennt, doch Männer und Frauen lebten in Wohnblöcken desselben Lagers. Es wurden Schulen für die Kinder eingerichtet, und es gab keine Zwangsarbeit, lediglich Arbeiten zum Unterhalt des Lagers, die verrichtet werden mußten. Das Essen war grauenhaft, unzählige Menschen wurden krank, und nach sechs Monaten waren nur noch 3850 Menschen am Leben. Am 8. März 1944 wurden 3792 von ihnen in die Gaskammer getrieben.

Wenn man all dies bedenkt, lassen sich leicht einige Schlußfolgerungen ziehen. Der Befehl, die Transporte von Theresienstadt vorübergehend einzustellen, sei das Ergebnis der slowakischen Verhandlungen gewesen. Es bestehe ein Zusammenhang

zwischen dem Kindertransport von Bialystok und dem Familienlager in Auschwitz, selbst wenn die Kinder einige Wochen später vergast wurden, das Familienlager dagegen bestehen blieb. Das Familienlager sei eigens zu dem Zweck errichtet worden, Menschen zum Austausch anbieten zu können. Und wenn sich innerhalb von sechs Monaten eine solche Möglichkeit nicht bieten würde, dann sollten sie ermordet werden – so wie es dann geschah. Auch die Menschen, die mit einem weiteren Transport im Dezember eintrafen, wurden sechs Monate lang im Familienlager interniert. Die beiden Transporte überschnitten sich natürlich. Aber das spielte keine Rolle. Höß ließ jede Gruppe töten, wenn ihre Zeit gekommen war. Er hatte die Listen, Verwechslungen waren nicht möglich: Ordnung mußte sein. Diese Schlußfolgerungen mögen zutreffend sein, es gibt jedoch keine Beweise dafür. Allerdings würde all das perfekt zu der zögernden widersprüchlichen Art passen, in der die zögernden Verhandlungen mit Juden bzw. den westlichen Alliierten gehandhabt wurden.[40]

Im Frühjahr und Sommer 1943 wurden Himmler auch einige andere Vorschläge zur Rettung von Kindern unterbreitet. So überreichte die schwedische Regierung den Vorschlag, fünfhundert Kinder von niederländischen Juden nach Palästina zu bringen – zu einer Zeit, in der die letzten Juden, die sich noch frei in Amsterdam bewegen konnten, zusammengetrieben wurden. Auch Rumänien wollte jüdische Kinder, die jünger waren als acht Jahre, ausreisen lassen. All diese offiziellen Gesuche wurden jedoch abgelehnt – und das geschah, bevor die Kinder aus Bialystok in Theresienstadt eintrafen.[41]

Im Herbst 1943 sprach, wie gesagt, Schellenberg in Stockholm auch in Himmlers Namen mit Hewitt. Gleichzeitig hielt Himmler mehrere Reden, darunter auch, im Oktober 1943, die bekanntgewordene Rede in Poznań (Posen), in der er ganz offen über die Ermordung der Juden sprach.[42] Diese Rede gibt einigen Aufschluß über Himmlers Verhalten, darum sollten wir sie genauer untersuchen.

Die Rede von Poznań ist ein wichtiges Dokument, weil sie zeigt, wie Himmler sich mit der »Endlösung« identifizierte. Er rechtfertigte die Ermordung der Juden mit Worten, die Historiker, Philosophen und Theologen seither vor ein Rätsel gestellt

haben. Auf zwei Passagen möchte ich besonders eingehen. An einer Stelle spricht Himmler von der Notwendigkeit, die Juden zu töten, weil diese sonst die Deutschen getötet hätten. Noch immer bedrohten sie Deutschland von außen. Himmler ließ keinen Zweifel daran, daß er diesen Krieg als einen zwischen Deutschen und Juden ansah. Die Bombardierung deutscher Städte begriff er als das Werk der Juden. Die Juden würden getötet, aber niemand dürfe sich an ihrem Eigentum bereichern, die SS sei stets anständig geblieben – dies eben sei ihre Stärke. An einer anderen Stelle spricht Himmler dann von seiner Überzeugung, daß die Ermordung der Juden einen ruhmreichen Abschnitt der deutschen Geschichte darstelle, der allerdings für immer ein Geheimnis bleiben werde.

Diese letzte Passage wurde als Hinweis darauf verstanden, daß Himmler durchaus wußte, daß etwas Unfaßbares getan worden war, etwas, das niemals verstanden werden könne, weil es eine Tat *sui generis* sei. Einige Kommentatoren sind davon ausgegangen, daß es die Opfer sind, die wir nicht verstehen können, weil es jenseits aller menschlichen Erfahrung liege, was sie durchgemacht haben. »Verstehen« ist hier der Vorgang, der dem deutschen Historismus methodisch zugrunde liegt: eine Art intuitive, gefühlsmäßige Identifikation. Wenn man diesen Begriff ernst nimmt, dann können wir nicht einmal den banalsten Schmerz, den ein anderer Mensch empfindet, »verstehen«. Wir fühlen nicht, was unser Kind fühlt, wenn es sich in den Finger gestochen hat. Wir können seinen Schmerz nur in Analogie zu unseren eigenen Erfahrungen erfassen. Doch wie sollte das möglich sein, wenn es um das tiefe Trauma geht, das die Überlebenden des Holocaust durchlitten haben? Aber wenn wir Erfahrungen anderer überhaupt nachvollziehen können, dann wohl eher die der Opfer, denn deren moralisches und soziales Universum gleicht dem unseren. Zugleich jedoch, so wird behauptet, können wir die Täter überhaupt nicht verstehen, sondern allenfalls ihr Handeln auf oberflächliche oder äußerliche Weise erklären oder interpretieren. Denn ihr moralisches Weltbild sei von unserem gänzlich unterschieden, und wir könnten nicht auf ihre Seite gelangen. Und als die nationalsozialistischen Täter beschlossen hätten, die Morde vor allen zukünftigen Generationen geheimzuhalten, da hätten sie diesen Sachverhalt

offenbar auch erkannt. – Diese Art, den Text von Himmlers Rede zu betrachten, hat aber etwas Unbefriedigendes.

Hans-Georg Gadamers hermeneutischem Ansatz folgend, sollten wir zunächst herausfinden, was Himmlers Text für den, der ihn sprach, und für die, die ihn hörten, bedeutet hat.[43] Für sie alle war sein Sinn eindeutig. In Zukunft würde es keine Juden geben, und in der nationalsozialistischen Welt der Zukunft würde niemand mehr verstehen, warum die Juden getötet werden mußten. Genau darum waren die Massenmorde geheimzuhalten. Himmler hat diese Passage damit eingeleitet, daß er sich über die Sentimentalität des deutschen Volkes beklagte. Dem Parteiprogramm hätten sie zugestimmt – nämlich der Auslöschung der Juden (die im Parteiprogramm allerdings gar nicht aufgeführt wird) – »und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder Deutsche hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude.« Dem deutschen Volk also ist in Himmlers Sicht nicht zu trauen. Und wenn die Deutschen die Notwendigkeit, die Juden zu ermorden, nicht begreifen konnten, dann konnte man die faktische Ermordung auch nicht veröffentlichen. Vielleicht wären die Deutschen sogar dagegen gewesen.

So gesehen ist nichts Rätselhaftes an Himmlers Text. Die Massenmorde, die Brutalität, der Sadismus – nichts davon ist etwas einmalig Nationalsozialistisches. Gnadenloser Völkermord, auch der Mord an Kindern, begleitet die Menschen, soweit die Geschichtsschreibung zurückreicht und höchstwahrscheinlich sogar noch länger. Sadismus und Brutalität schreien uns von jeder Seite im Buch der Geschichte entgegen. Und was wir dort erfahren, ist nicht weniger abscheulich als ihre nationalsozialistische Ausprägung. Wenn wir Himmler nicht »verstehen« können, dann entzieht sich auch der größte Teil der Menschengeschichte unserem Verständnis. Aber wir können uns in die Lage der Täter versetzen, ebensogut wie auch in die der Opfer, da wir alle die Anlagen zum fast vollendet Guten ebenso in uns haben wie die zum fast völlig Bösen, oder zumindest doch die Fähigkeit zu dem, was wir gemeinhin gut und böse nennen. Auch Himmlers Gedanken und Motive sind latent in jedermanns Unbewußtem vorhanden. Das eigentlich Er-

schreckende an Himmler ist nicht, daß er ein Monstrum, sondern daß er in vielen Dingen ein ganz gewöhnlicher Mensch war. Er hätte sein Leben ebensogut als Hühnerzüchter verbringen können, hätte ein netter Nachbar mit vielleicht etwas antiquierten Vorstellungen von den Menschen sein können.

Die erste Passage der zitierten Rede bringt uns einem Verständnis Himmlers vielleicht noch näher. Er spricht vom Anstand der SS, weil der Besitz der Juden nach ihrer Ermordung nicht angetastet wurde. Spricht er damit dieselbe moralische Sprache wie wir? Anscheinend doch. Himmler hat nicht in Frage gestellt, was wir die kleinbürgerliche Alltagsmoral nennen. Er verurteilt den Diebstahl, obwohl man in der Tat im alltäglichen Leben hin und wieder ein wenig stehlen kann. Ähnliche Gemeinplätze hätte er wahrscheinlich über Freundschaft, Loyalität oder das Familienleben von sich gegeben; schließlich befürwortete er ja, daß SS-Männer auch außerehelichen Nachwuchs zeugten. Im Rahmen dieser Moral verkehrte er das biblische »Du sollst nicht morden« (die überlieferte Übersetzung des Gebots ist falsch: »lo tirtzach« heißt nicht: »Du sollst nicht töten«, sondern: »Du sollst nicht morden«) in das nationalsozialistische Gebot: »Du sollst morden«; aus dem Verbot wird ein positives Geheiß. Mit anderen Worten: er ist nicht vom überkommenen Moralkodex abgewichen, sondern hat ihn auf den Kopf gestellt – ohne den überlieferten Rahmen zu verändern, innerhalb dessen die Menschen die Moralgebote akzeptierten.

Diese eigentümliche, ganz unbewußt offene Art, seine Überzeugungen preiszugeben, ermöglicht uns nicht nur ein Erklären, sondern auch ein Verstehen. Wesentliche Elemente der anerkannten Moral können tatsächlich auf den Kopf gestellt werden, ohne daß damit das ganze moralische Gebäude zerstört wird. Damit läßt sich auch erklären, warum und wie die kleinen Himmlers, Zehn-, ja Hunderttausende von ihnen, sofort wieder in die »normalen« Zustände zurückfanden, sobald der Krieg zu Ende war. Als sich die Verhältnisse nach Nationalsozialismus und Krieg wieder normalisierten, drehten sie die Gebote wieder um. Und konnten ansonsten nicht verstehen, weshalb das, was sie während des Krieges getan hatten, plötzlich verwerflich sein sollte. Schließlich hatten sie doch nur ihre Pflicht getan, nicht

wahr? Und Pflichterfüllung war und blieb Bestandteil des Rahmens, den alle akzeptierten. Auf diese Weise lassen sich der Holocaust und seine Täter sehr wohl verstehen.

All dies zeigt doch, daß Himmler keinen Widerspruch sah zwischen seinen extremen, vom Nationalsozialismus geprägten Ansichten und seinem Wunsch, die Juden allesamt zu ermorden, nachdem dies nun einmal beschlossene Sache war, einerseits und andererseits seiner Bereitschaft, taktische Zugeständnisse zu erwägen, wenn dies Deutschland bedeutende Vorteile bringen könnte.

Die Rede von Poznań ist keineswegs die einzige, in der Himmler seine ideologischen Überzeugungen so offen zum Ausdruck brachte. Ganz gleich, welche seiner Reden während des Krieges man liest: sie zeigen alle, daß er glaubte, was er sagte. England sei von Juden beherrscht, »das feige und verbrecherische, verjudete England«, und das erkläre, weshalb es sich gegen Deutschland wende.[44] Die Deutschen seien die Herrenrasse, und er ermahnte seine Zuhörer, sich auch entsprechend zu verhalten, sich nicht mit den niedrigeren Rassen gemein zu machen oder sich vor ihnen nicht auf verächtliche Weise zu benehmen (sich zum Beispiel nicht zu betrinken).[45] Am aufschlußreichsten sind seine Bemerkungen über die Juden. Da gebe es immer noch Leute, so klagte er, die dächten, daß Juden immerhin Menschen seien, und die sich zum Beispiel jüdischen Frauen gegenüber verhielten, als seien diese Damen. »Mit all diesem Kram überfeinerter, zivilisierter Dekadenz zog das gesamte deutsche Volk auch in diesen Ostfeldzug.«[46] Himmler hat sich voll und ganz der nationalsozialistischen Version des Antisemitismus verschrieben. Und wenn er sich zunächst offenbar gegen jede Art von Völkermord wandte, so identifizierte er sich doch so sehr mit Führer und Regime, daß er, sobald er den Mordbefehl erhalten hatte, diesen nach bestem Vermögen ausführte. Daß er mit einigem Zögern Möglichkeiten eines separaten Friedens mit den USA oder den westlichen Ländern überhaupt sondierte, daß er Ende 1942, Anfang 1943 in bezug auf die Juden halbherzige Schritte unterstützte, bedeutete keineswegs, daß er seine Meinung über die Juden geändert hätte.

In Umrissen wußte Himmler von der Verschwörung gegen Hitler. Er wartete ab, unternahm nichts gegen die Verschwörer,

obwohl er ungefähr wußte, wo er sie hätte suchen müssen. Vermutlich glaubte er, daß er, sollten sie Erfolg haben, rasch die Oberhand gewinnen und das nationalsozialistische Deutschland vor einer Niederlage schützen könnte, indem er dem Krieg ein, vielleicht vorübergehendes, Ende setzte. Allen Berichten zufolge zog er einen separaten Frieden mit dem Westen vor, um sich besser auf den Kampf gegen die bolschewistische Gefahr konzentrieren zu können. Unbeständig und labil wie er war, spielte er jahrelang mit dem Gedanken, mit den westlichen Mächten in Verbindung zu treten. Aber den Mut, sich mit Hitler auseinanderzusetzen, hat er in der ganzen Zeit nicht gefunden. Er ließ sich mehr oder weniger gleichzeitig in beide Richtungen treiben: er sandte Schellenberg nach Stockholm, *und* er hielt vor seinen Offizieren eine leidenschaftliche Rede zur Verteidigung des Völkermords, *und* er traf alle Maßnahmen zur Vernichtung der Juden. Diese Widersprüche sind da, sie lassen sich jedoch aus seinem Charakter und seiner Ideologie erklären.

Aus dieser Perspektive sollten wir die Kontakte mit den Juden, die Verhandlungen, die geführt wurden, betrachten. Die ersten, wir haben sie bereits dargestellt, fanden in der Slowakei statt. Kurz zuvor soll, Schellenberg zufolge, dessen Gespräch mit Himmler in Shitomir stattgefunden haben. Aus der Sicht der SS sind die Kontakte in der Slowakei durch die Initiative einer internationalen jüdischen Organisation, die möglicherweise großen Einfluß hatte, zustande gekommen. Himmler konnte nicht frei handeln. Er mußte Rücksicht nehmen auf Hitlers radikalen Antisemitismus. Wenn bekannt geworden wäre, daß er mit Juden verhandelte, hätte Himmler in Hitlers Augen leicht als treuloser Schwächling dagestanden. Himmler mußte außerdem mit dem Widerstand des radikalen Flügels der SS rechnen, und er konnte es sich nicht leisten, in diesen internen Gruppen als schwach und defätistisch zu gelten. Doch hatte er ja noch immer Hitlers Zustimmung vom Dezember 1942, über den Austausch von Juden gegen Devisen oder deren Gegenwert zu verhandeln. Derart abgesichert, war es verlockend herauszufinden, ob man nicht doch mit den westlichen Mächten oder ihren jüdischen Herren Kontakt aufnehmen könnte. Außerdem waren die Kontakte mit westlichen Demokratien, besonders die Verbindungen in die Schweiz, eine Domäne der militärischen

Abwehr. Es war Himmler recht, daß die SS der Abwehr freie Hand ließ, um solche Verbindungen herzustellen. Im Zweifelsfall hätte die Abwehr dies auch zu verantworten. Parallel dazu konnte Schellenberg für die SS ähnliche Verbindungen knüpfen.

Himmlers Verhalten in der slowakischen Angelegenheit läßt sich nur im Zusammenhang seiner anderen Aktivitäten zwischen November 1942 und Sommer 1943 verstehen. In dieser Zeit hat er sich in Wislicenys Aktionen nicht eingemischt, hat diesen vielmehr auf eigene Faust agieren lassen. Himmlers Terminkalender zeigt, daß er im November und Dezember weder mit Wisliceny noch mit Eichmann zusammengetroffen ist, wohl aber mit Gestapochef Müller. Offenbar hat er, wenn er intervenierte, dem Gestapochef mündliche Anweisungen gegeben. So hätte er, wenn Hitler eingegriffen oder radikale Mitglieder des Reichssicherheitshauptamtes wie Heinrich Müller, Ernst Kaltenbrunner und ihresgleichen Anstoß genommen hätten, seinen Untergebenen immer auch verleugnen können. Und so wie bei der slowakischen Angelegenheit war es auch mit den anderen zögernden, vorsichtigen Bemühungen um Kontakte: einerseits mit Hewitt, andererseits anläßlich des Versuchs der Schweizer, jüdische Kinder zur Ausreise freizubekommen, der Himmler unter bestimmten Bedingungen zugestimmt hätte. Das entscheidende Ereignis war der Kindertransport von Bialystok nach Theresienstadt Ende August, der vermutlich viel mehr mit dem Feldscher-Projekt als mit dem Europaplan zu tun hatte. Vielleicht war Himmler der Meinung, daß es besser wäre, die Verhandlungen zum Europaplan einzustellen, immerhin waren Wislicenys Bemühungen acht Monate lang ohne Ergebnis geblieben. Die Gespräche um das Feldscher-Projekt fanden auf Regierungsebene statt, und Himmler hatte dabei eine entscheidende Stimme, ohne Ribbentrop bzw. das Auswärtige Amt oder die Reichskanzlei umgehen zu müssen. Diese Gespräche waren offensichtlich aussichtsreicher. Ein wesentlicher Unterschied zwischen all diesen Geschehnissen und Möglichkeiten wird für Himmler nicht bestanden haben. Schließlich sah er die Juden in den Vereinigten Staaten und in England an der Macht. Wenn also Großbritannien den Vorschlag machte, jüdische Kinder ausreisen zu lassen, hatte er es doch auch wieder nur mit der jüdischen Weltregierung zu tun.

Und wieder wird Himmlers allmähliche Erkenntnis, daß Deutschland den Krieg nicht gewinnen konnte und ein Frieden mit dem Westen einem Patt vorzuziehen war, seine Entscheidungen bestimmt haben. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß er 1943 bereits mit der Möglichkeit einer deutschen Niederlage rechnete. Zumindest bis zum Beginn der russischen Winteroffensive Anfang 1943 hat Himmler allenfalls Fühler nach möglichen Optionen ausgestreckt, während gleichzeitig die Ermordung der Juden bedenkenlos vorangetrieben wurde. Hätten die vagen Verbindungen der Jahre 1942/43 genutzt werden können, um das Leben von Juden zu retten? Nur dann, wenn tatsächlich beide Seiten bereit gewesen wären zu handeln: die Mörder und deren Gegner im Westen (die Sowjetunion zeigte nicht das geringste Interesse am besonderen Schicksal der Juden). Paradoxerweise hätten Juden unter bestimmten Umständen freigelassen werden oder zumindest vorübergehend vor der Ermordung gerettet werden können, wenn den Nationalsozialisten finanzielle oder politische Zugeständnisse gemacht worden wären. Doch die andere Seite, die westlichen Mächte wollten diese Möglichkeit noch nicht einmal in Betracht ziehen. In den demokratischen Ländern galt, wie ich bereits gezeigt habe, das Schicksal der Juden nicht als einzigartig; man wollte den Sieg in diesem Krieg, das war das zentrale und alles bestimmende Motiv, und die Festlegung auf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands schloß direkte Verhandlungen zu allen anderen Punkten aus, auch Verhandlungen zur Rettung von Menschenleben. Himmler wäre, unter bestimmten Voraussetzungen, bereit gewesen zu verkaufen. Doch es gab keine Käufer.

8
Dogwoods Agentenringe

Tätigkeit und Struktur des amerikanischen Geheimdienstes in der Kriegszeit sind gründlich untersucht worden, und im großen und ganzen hat das Office of Strategic Services einen guten Ruf. Es wurde im Sommer 1942 gegründet. Unter der Leitung von William (»Wild Bill«) Donovan wuchs die Organisation rasch und beschäftigte in ihren besten Zeiten an die siebentausend Mitarbeiter. Dennoch mußte sich das Office der militärischen Konkurrenz, der Abwehrdienste von US-Army und US-Navy, erwehren und um seinen Bestand kämpfen; ein Kampf, den es schließlich verlor, als sein Schirmherr Roosevelt gestorben war. 1945 sperrte sich die US-Regierung zunächst gegen die Fortführung einer Geheimdienstorganisation, die eigentlich nur für die Kriegszeit gegründet worden war. Erst später übernahm der CIA die Aufgaben des Office of Strategic Services und verstand sich auch als dessen Nachfolger.

Das Office of Strategic Services war eine Schöpfung Donovans: Er suchte sich Freunde und solche Menschen als Mitarbeiter, von denen er dachte, daß sie ihn in der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen könnten. Und diese sah er im Kampf gegen die Deutschen und die Japaner. Unabhängig davon kümmerte er sich nicht um die Anschauungen und Meinungen seiner Mitarbeiter, solange sie nur taten, was er von ihnen erwartete. Die Ergebnisse, die sie lieferten, waren ganz unterschiedlich. Manche seiner Leute waren sehr erfolgreich, andere überhaupt nicht. Problematisch war vor allem, daß die Vereinigten Staaten, als das Office of Strategic Services in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 seine Arbeit aufnahm, in Europa über kein bereits bestehendes Nachrichtennetz verfügten. Die amerikanischen Agenten waren völlig von den Engländern abhängig, die sie zwar freundlich empfingen und ihnen auch zeigten, worauf es in Europa ankam, die amerikanischen Kollegen aber auch als überflüssige Bürde und als potentielle Konkurrenz betrachteten. Sie teilten ihren amerikanischen Partnern eine ganze Menge von dem mit, was sie wußten, die wirklich wichtigen Erkennt-

nisse jedoch behielten die Engländer für sich. So mußten die Amerikaner beim Punkt Null anfangen, als sie ihr Agentennetz aufbauten und mit der zähen und nüchternen Arbeit des Nachrichtensammelns begannen.

Von der geographischen Lage her boten sich einige Orte an, von denen aus ein Netz von Agenten aufgebaut und Nachrichten im Gebiet der Achsenmächte gesammelt werden konnten. Zunächst die iberische Halbinsel: Agenten des Office of Strategic Services ließen sich in Spanien und vor allem in Portugal nieder. Ende 1942, nach der erfolgreichen Landung der Alliierten in Nordafrika, wurde das Hauptquartier in Algier eingerichtet. Ein weiterer Stützpunkt war London, weil das Office of Strategic Services dort engere Verbindungen zu den Engländern knüpfen konnte, wenn es auch lange Zeit aus der Position eines Juniorpartners heraus operieren mußte. Den dritten Stützpunkt bot die Schweiz. Dorthin schickte Donovan den Mann, der wohl sein bester Agent war, nämlich Allen W. Dulles. Diesem gelang es, im nationalsozialistischen Deutschland und weniger dicht auch in einigen der besetzten Länder ein weitgefächertes Netz von Kontakten und Informanten aufzubauen. Schließlich mußte als Operationsbasis nur noch Istanbul entwickelt werden.

Die Türkei blieb bis zum August 1944 neutral. Die türkische Armee war zu schwach, als daß sie einem deutschen oder einem russischen Angriff hätte standhalten können. Darum achtete die türkische Regierung darauf, daß sie nicht in die Kampfhandlungen gezogen wurde, und wahrte entschlossen ihre Neutralität. Die türkische Spionageabwehr, die respektgebietende Emniyet, war eine der besten Geheimdienstorganisationen und hatte, auch als die Türkei zum Tummelplatz für die sich befehdenden Spionageringe der Kriegsparteien wurde, das Geschehen dort völlig unter Kontrolle. Das Office of Strategic Services mischte sich erst unter die Akteure, als Lanning Macfarland, ein Bankier aus Chicago, zum Missionschef in Istanbul ernannt wurde. Im April 1943 traf er dort ein. Er unterstand dem Office of Strategic Services in Kairo, der Schaltstelle für den Nahen Osten, die von Oberstleutnant John E. Toulmin geführt wurde. Doch war Macfarlands Position in Istanbul mit weitgehenden Vollmachten verbunden.

Operationsgebiet waren die Balkanstaaten. Das Istanbuler

Office sollte Fühler soweit wie möglich nach Norden, günstigenfalls bis nach Deutschland hinein ausstrecken. Nachrichtendienstler und Agenten sollten in Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien und, so hoffte man, in Ungarn und Rumänien einsickern, örtliche Partisanengruppen unterstützen, politische Aufgaben lösen und Sabotageakte durchführen. Daneben ging es um Nachrichtenbeschaffung und darum, möglichst vielfältige Kontakte mit Gegnern der Nationalsozialisten im ganzen südosteuropäischen Raum herzustellen. Gerade dafür aber fehlten dem Office of Strategic Services Mitarbeiter mit entsprechendem Hintergrund. In Istanbul hatte man jedoch Glück und stieß auf Alfred (»Freddy«) Schwarz, genannt Dogwood (»Hartriegel« oder »Hornstrauch«).[1]

Von dem Mann mit dem Decknamen Dogwood ist nach dem Krieg immer dann die Rede gewesen, wenn über die Kriegsaktivitäten des Office of Strategic Services berichtet wurde. Er sei ein tschechischer Jude gewesen, heißt es überall, womöglich ein Doppelagent, dessen Agenten, die alle Namen von Pflanzen als Decknamen führten, wenig brauchbare Ergebnisse geliefert hätten. Deren Aktivitäten hätten schließlich zum Verrat einiger NS-Gegner in Österreich und anderswo geführt, und die Gruppe sei im August 1944 aufgelöst worden. Dogwood sei tot, so wird berichtet. Doch in fast allen diesen Punkten sieht die Wahrheit anders aus.

Es ist richtig, daß Alfred Schwarz tschechischer Jude war. 1904 in Nordböhmen geboren, studierte er in Prag Philosophie, Psychologie und Bauingenieurwesen, brach sein Studium allerdings ab und war danach in Werbung und Handel tätig. 1928 übersiedelte er nach Istanbul, wo es ihm rasch gelang, ein Handelsunternehmen aufzubauen, das Maschinen für Werkstätten, Schiffahrt und Landwirtschaft importierte. Die meisten dieser Maschinen bezog er aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei, er stand in festen Geschäftsverbindungen mit führenden Herstellern und Händlern. Schwarz hatte Türkisch gelernt, er hatte Zugang zu Regierungskreisen in Istanbul und genoß dort Vertrauen. Er selbst behauptete, daß er an der Entwicklung der lateinischen Schrift für das Türkische mitgewirkt und mit Kemal Atatürk, dem Gründer der Türkischen Republik, in Kontakt gestanden habe.

Mit Beginn des Krieges entschloß sich Schwarz, seine Zeit auch dem Kampf gegen die Nationalsozialisten zu widmen. Eine ganze Reihe gebildeter, regimekritischer Deutscher war in die Türkei emigriert; sie arbeiteten dort als Lehrer, Dozenten und Hochschullehrer. Sie brachten einen Bildungsstand mit, der in der Türkei bis dahin unbekannt war. Nicht alle, aber die meisten von ihnen waren zuverlässige Gegner des Nationalsozialismus. Schwarz kannte diese Männer, und er machte sich zunutze, was sie über die Entwicklungen in Deutschland und Österreich zu sagen hatten. Eine besonders ergiebige Quelle waren die Nicht-Juden unter diesen Emigranten, die noch immer Kontakte nach Deutschland hatten.

Zunächst wurde Schwarz von den Tschechen und den Engländern angeworben, aber nicht als gewöhnlicher Agent. Er war wohlhabend, ließ sich seine Dienste offenbar nicht bezahlen und bekam nur die Spesen erstattet. Welche Dienste er den Engländern leistete, wissen wir nicht genau. Die Archive des britischen Geheimdiensts sind absolut unzugänglich, die noch lebenden Geheimdienstler weiterhin zur Geheimhaltung verpflichtet. Sie geben keine Auskünfte. Einiges deutet auf eine Verbindung zwischen Schwarz und dem britischen Oberst Harold Gibson, dem Leiter des englischen Secret Intelligence Service (MI 6) in Istanbul. Als die Amerikaner dann nach Istanbul kamen, haben die Engländer ihnen die Dienste von Schwarz angeboten. Das geschah mit dessen Einverständnis, vielleicht hat er selbst darum gebeten. Seine Verbindungen zum britischen Geheimdienst blieben aber wohl bestehen.

Am 20. Juli 1943 wurde aus Schwarz »Dogwood«. Sein erstes Netz von Informanten gründete er auf der Mitarbeit der gebildeten deutschen Emigranten in der Türkei, erst später dehnte er es auf den Balkan aus. Sein Führungsoffizier, dem er auch zu berichten hatte, war der OSS-Mann mit dem Decknamen »Cereus«. Dessen bürgerlicher Name war Archibald Coleman. Von Beruf Journalist, hatte er ohne großen Erfolg Geheimdienstaufträge in Mexiko und Portugal ausgeführt. Dogwood alias Schwarz hatte keine sehr hohe Meinung von ihm. Auch mit Macfarland kam er nicht zurecht. Überhaupt hielt er die Amerikaner für ungebildet, weil ihnen fehlte, was Mitteleuropäer als »Kultiviertheit« schätzen. Als Dogwoods Assistent arbeitete

der Pole Walter Arndt. Arndt war teils jüdischer Herkunft, in Istanbul als Sohn eines Professors geboren, der zunächst in der Türkei und dann in England lehrte. Noch sehr jung hatte sich Walter Arndt 1939 freiwillig zur polnischen Armee gemeldet und gegen die Deutschen gekämpft. Bei seiner Flucht aus Polen halfen ihm seine Beziehungen in die Türkei. In Istanbul traf er auf Dogwood, dem er, weil er Polnisch, Englisch und Deutsch sprach, gute Dienste leisten konnte. Arndt hatte auch enge Beziehungen zu Coleman und zum Office of Strategic Services. Deren Verwaltungs- und Finanzmann in Istanbul war Lansing Williams, zu dessen Aufgaben auch die Überwachung von Dogwoods Agentenringen gehörte. Dogwood verachtete ihn, weil er trank.

Offenbar ist Dogwood bei der Wahl seiner Hauptinformanten unter den deutschen Emigranten in Istanbul nicht umsichtig genug vorgegangen, einige von ihnen sind möglicherweise Doppelagenten gewesen. Wichtige Kontaktleute Dogwoods waren neben einigen anderen der österreichische Geschäftsmann Franz Josef Ridiger (Stock – »Levkoje«); der Deutsche und NS-Gegner Alexander Rustow (Magnolia – »Magnolie«), der einen Lehrstuhl an der Istanbuler Universität hatte, und der deutsche Intellektuelle Hans Wilbrandt (Hyacinth – »Hyazinthe«). Die Berichte, die der Agentenring Dogwoods lieferte, stellten einen Großteil dessen, was das Office of Strategic Services überhaupt aus Istanbul berichtete: einunddreißig von einhundertundsiebzehn Dossiers waren es im Dezember 1943, weitere dreiundachtzig im Januar 1944 usw.[2]

Aus seinen Aussagen nach dem Krieg gewinnt man den Eindruck, als sei es Dogwood vor allem darum gegangen, Kontakte zwischen vertrauenswürdigen deutschen NS-Gegnern und den Amerikanern herzustellen. Der fürchterliche Krieg sollte so rasch wie möglich beendet werden, das NS-Regime gestürzt und in Deutschland wieder demokratische Verhältnisse eingerichtet werden. Gleichzeitig aber wollte er verhindern, daß die Kommunisten in Mitteleuropa die Macht übernahmen; eine Gefahr, die Dogwood, wie viele andere auch, hat kommen sehen.[3]

Man kann die Begeisterung Dogwoods verstehen, als im Juli 1943 Helmuth von Moltke, eine Schlüsselfigur im Widerstand

gegen die Nationalsozialisten, nach Istanbul kam. Paul Leverkühn, der Leiter der deutschen Abwehr in Istanbul, sowie Rustow und Wilbrandt haben den Kontakt beider Männer hergestellt. Am 30. Dezember 1943 verfaßte Dogwood einen Bericht über die Begegnung, der bis ins amerikanische State Department weitergeleitet wurde. Darin hat er den Deutschen charakterisiert als Vertreter »einer einflußreichen Gruppe von deutschen Stabsoffizieren und hohen Beamten (die mit anderen liberalen Kreisen und Arbeitervertretern lose Verbindungen unterhalten), allesamt Gegner des Nationalsozialismus, die Deutschland vor der völligen Zerstörung retten wollen und darum zur Zusammenarbeit und Kollaboration mit den Alliierten entschlossen sind, um das NS-Regime zu überwinden und zerschlagen«.[4] Diese Männer wollten, daß ein geschlagenes Deutschland nur von Amerikanern und Engländern besetzt würde. Von Moltke sei aus der Vorkriegszeit mit Alexander C. Kirk, dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Kairo, mit dem südafrikanischen Feldmarschall Jan Smuts und der amerikanischen Journalistin Dorothy Thompson bekannt. Dogwood gibt seine Einschätzung deutlich zu erkennen: »Man kann kaum übertreiben, welche Reichweite die vorgeschlagene Zusammenarbeit haben könnte. Keine begrenzte Nachrichtenlieferung und auch keine begrenzte Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Wehrmachtstabs könnte... eine auch nur entfernt vergleichbare Chance bieten, den Krieg im Westen mit einem Schlag zu beenden und damit vielleicht Hunderttausenden von alliierten Soldaten und von Bürgern der besetzten Länder das Leben zu retten.«

Von Moltke wollte die westlichen Alliierten dazu bringen, übermächtige Kräfte an der Westfront zu konzentrieren. Daraufhin würden er und seine Mitverschwörer gegen das NS-Regime rebellieren, die Besetzung Deutschlands durch Engländer und Amerikaner erleichtern, den Vormarsch der Sowjets dagegen aufhalten. Wenn die Alliierten mit überwältigenden Kräften in Europa einmarschierten, könnte niemand behaupten, an der Niederlage Deutschlands trügen wiederum Verräter die Schuld. Die Verschwörer würden Hitler stürzen und den westlichen Mächten die bedingungslose Kapitulation anbieten. In einem dem Bericht beigefügten »Exposé« hat Dogwood die Gruppe und dieses Angebot analysiert. Er wiederholte von Moltkes

Forderung, daß die Rote Armee auf der Linie von Tilsit nach Lwow ihren Vormarsch beenden sollte, d. h. auf der Linie zwischen dem nordöstlichen Zipfel des damaligen Ostpreußens bis zur heutigen Westukraine (Ostgalizien). Im Vorkriegspolen war Lwow die Hauptstadt der Provinz Ostgalizien.

Während seiner zweiten Reise nach Istanbul vom 11. bis zum 16. Dezember 1943 hoffte von Moltke auf ein Treffen mit Kirk. Doch dieser lehnte ab, wohl in eigener Verantwortung. Er hat von Moltke in einem Brief unmißverständlich klar gemacht, daß nur die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht den Krieg beenden könne. Er sehe keinen Sinn darin, mit deutschen Widerstandsgruppen darüber zu feilschen.[5]

Die Amerikaner sind nicht darauf eingegangen, daß von Moltke sogar bereit war, nach Kairo zu fliegen. Statt dessen traf er mit Brigadegeneral Richard G. Tindall, dem amerikanischen Militärattaché in Ankara, zusammen, der dem State Department ebenfalls berichtete. Die Hauptsorge der konservativen Verschwörer war eine Machtübernahme der Kommunisten in Deutschland, die durch eine sowjetische Besatzungsarmee vorbereitet werden könnte. Doch wird bei diesen Besuchen in Istanbul noch etwas anderes deutlich. In der historischen Literatur wird von Moltke bis heute geradezu als Pazifist dargestellt, der mit den Militärs in der Verschwörung gegen Hitler nur sehr lose Verbindungen gehabt und sich vor allem um die moralischen und politischen Fragen gekümmert habe, mit denen die Widerstandsbewegung konfrontiert war. Aber aus den Dokumenten über die Kontakte, die er in Istanbul geknüpft hat, entsteht ein ganz anderes Bild: Hier zeigt sich Helmuth von Moltke als enger Verbündeter des militärischen Widerstands, als gemäßigter preußisch-konservativer Aristokrat und tiefgläubiger Christ. Die amerikanischen Dokumente zeigen auch, daß er mit seinen Kontakten sowohl zu Canaris wie zur Gruppe um von Dohnanyi und Bonhoeffer das Verbindungsglied zwischen den Verschwörern und der Abwehr war. Das bestätigt auch Dogwood, wenn er in seinem Bericht an Laurence A. Steinhardt, den amerikanischen Botschafter in der Türkei, betont, daß Paul Leverkühn, der Leiter der Istanbuler Abwehrdienststelle und alte Freund von William Donovan, den Kontakt zu von Moltke hergestellt hat. Als von Moltke seine

Rückreise ohne Ergebnisse antreten mußte, legte Leverkühn dem Leiter des Office of Strategic Services in einem Schreiben etwa die gleichen Vorschläge wie dieser vor. Donovan wollte von Moltkes Vorschlag an die Joint Chiefs of Staff in Washington weiterleiten und verfaßte zu diesem Zweck am 2. April 1944 ein Memorandum. Am folgenden Tag trafen sich die Mitglieder des OSS-Führungsgremiums, um über Donovans Schreiben zu beraten. Sie rieten Donovan davon ab, von Moltkes Plan in Washington vorzulegen, obwohl bekannt war, daß von Moltke bereits im Januar als Regimegegner verhaftet worden war. Erst am 29. Juli 1944, nach dem Scheitern des Attentats vom 20. Juli, landete der Donovan-Bericht über die Moltke-Mission auf Roosevelts Schreibtisch.[6]

Nichts könnte die Naivität und Desinformiertheit der amerikanischen Beamten besser zeigen als das Schreiben, das ein Botschaftsbeamter namens Charles P. McVicker Jr. als Begleitbrief zu Dogwoods Bericht an Steinhardt verfaßt hat. Es stammt vom 24. Oktober 1944, das gescheiterte Attentat lag also schon drei Monate zurück. Dogwood wußte genau, mit wem er es zu tun gehabt hatte. Er hatte die Widerstandsgruppe in früheren Berichten bereits zutreffend charakterisiert. Und diesmal konnte er McVicker mitteilen, daß er dem Botschafter einen von Moltke unterzeichneten Brief vorlegen könne, in dem dieser eine ganze Reihe von Gesinnungsfreunden namentlich nenne. Und er fügte hinzu, daß viele von den dort genannten bereits hingerichtet worden seien. Daraus könne man nur schließen, daß das Angebot von Moltkes authentisch gewesen sei.

Es ist von einiger Bedeutung, wenn Dogwood im Besitz einer solchen Namensliste war (sie ist bis heute nicht aufgetaucht). Wie weitgehend von Moltke seinem Verbindungsmann zum Office of Strategic Services traute, zeigt sich darin, daß er ihm ein derart gefährliches Dokument überhaupt anvertraute: eine Liste von Freunden und Bekannten, die das NS-Regime stürzen wollten. Dies hätte jeden von ihnen das Leben kosten können. Für McVicker waren all diese Zusammenhänge neu. Allerdings erklärt das Datum seines Begleitschreibens an den Botschafter auch warum: Dogwood hatte seit dem 31. Juli 1944 keine Verbindung mehr zum Office of Strategic Services. Des-

sen Akten zufolge war er gefeuert worden; er selbst behauptet, er habe sein Amt freiwillig aufgegeben. In jedem Fall war er äußerst verbittert über das Office und über die Vereinigten Staaten überhaupt. Er ist im August 1988 in der Schweiz gestorben, und bis zu seinem Tod blieb er davon überzeugt, daß eine ungeheure Möglichkeit ungenutzt blieb: nämlich die sofortige Beendigung des Krieges. Wenn, so dachte er, die Amerikaner die deutschen Konservativen unterstützt hätten, dann hätte dies unzählige Leben retten können, auch eine große Zahl von Juden. Und es wäre nie dazu gekommen, daß halb Europa unter der sowjetischen Besatzung in Agonie fiel.[7]

Donovan sah die Dinge wohl ganz ähnlich. Er unternahm den geradezu aberwitzigen Versuch, Roosevelt durch einen persönlich eingefädelten, diplomatischen Schachzug einen Vorschlag zuzuspielen, den dieser nicht würde ablehnen können. Er schickte ohne Wissen und Unterstützung des Weißen Hauses einen Journalisten nach Istanbul, und zwar Theodore Morde vom *Reader's Digest*. Dieser sollte mit dem dortigen deutschen Botschafter sprechen: mit Franz von Papen. Magnolia (alias Rustow) stellte den Kontakt her, und Morde traf am 5. Oktober 1943 mit von Papen zusammen – zwischen von Moltkes beiden Istanbulaufenthalten. Man wollte von Papen dazu überreden, einen Aufstand gegen Hitler zu wagen, versprach ihm die zukünftige Regierungsführung in Deutschland. Bei einem zweiten Treffen am 6. Oktober nannte von Papen seine Bedingungen: Deutschland müsse führende europäische Wirtschaftsmacht und Österreich Teil Deutschlands bleiben. Als Morde wieder in Washington war und im Weißen Haus bekannt wurde, was er vorgehabt hatte, wurde sofort verleugnet, daß er in amtlichem Auftrag unterwegs gewesen wäre, und sein Reisepaß wurde eingezogen. Donovan legte dem Präsidenten seinen Bericht vor, doch wurde dieser sofort abgelehnt.[8]

Dogwood hat in Istanbul nicht nur die Gespräche mit von Moltke in die Wege geleitet. Am 8. September 1943 hat er den Amerikanern auch ein Memorandum mit dem Vorschlag übergeben, unter dem Namen »Deutscher Freiheitsbund« eine neue politische Organisation demokratischer Deutscher im Exil zu gründen. Diese könnte subversiv tätige Gruppen in Deutschland unterstützen und als militärischer Nachrichtendienst fun-

gieren. Hauptaufgabe aber müsse sein, den Weg für ein friedliches demokratisches Nachkriegsdeutschland zu bereiten. Tatsächlich hatte Dogwood den Deutschen Freiheitsbund bereits ins Leben gerufen, die Alliierten jedoch konnte er mit seinem Vorschlag nicht beeindrucken. Er erhielt keine Antwort, und es erfolgte auch sonst keine Reaktion darauf.[9]

Die Moltke-Affäre wirft eine Reihe von Fragen auf. Haben die Abwehr und die konservativen Verschwörer auch Juden daran beteiligt, den Kontakt mit den Alliierten herzustellen? Hatten ihre Aktivitäten irgendwie mit der Ermordung der Juden zu tun? Was wußten Himmlers Dienststellen von diesen Kontakten? Und schließlich: Warum ist von Moltke, und, so könnte man hinzufügen, mit ihm auch Dogwood, gescheitert?

Die Abwehr hat Juden und Halbjuden als Agenten eingesetzt – daran gibt es keine Zweifel. Neben Alfred Zierer arbeitete auch »Richard Klatt« für die Abwehr, ein Halbjude aus Wien, der in Wirklichkeit Fritz Kauders hieß und Sportredakteur gewesen war. Er saß in Sofia, und seine Berichte waren bei der Obersten Heeresleitung sehr geschätzt. In Schweden lebte Edgar Josef Klaus, ein Jude aus Lettland, der sich als Vermittler zwischen den Deutschen und den Sowjets versuchte.[10] Diese Kontakte wurden allem Anschein nach ernsthaft genutzt. Und es gab daneben auch Verbindungen auf einer niedrigeren Ebene, worauf wir später noch eingehen werden.

Grundsätzlich aber nahmen Juden nur eine unbedeutende Position im Gefüge der Abwehr ein: Sie galten eher als Opfer denn als Verbündete. Die Abwehrleute teilten aber auch nicht die Überzeugung der NS-Chargen, daß die Juden die Welt der Alliierten beherrschten, weshalb sie in Verhandlungen und zur Herstellung von Verbindungen eine wichtige Rolle übernehmen sollten. Aber auch die Morde an den Juden spielten nur eine Nebenrolle in den Überlegungen der Verschwörer. Sie waren vor allem anderen deutsche Patrioten. Sie sahen in den Juden nicht Handelnde, sondern passive Opfer, deren Schicksal von anderen abhing. Und schaut man genauer hin, dann sieht man auch, daß es in den Kreisen der konservativen Opposition gegen Hitler starke antisemitische Gefühle und Haltungen gab. In einem zukünftigen Deutschland sahen auch sie für die Juden keinen Platz – in diesem Punkt zumindest wären die Konserva-

tiven mit Himmler einer Meinung gewesen, der gegen Kriegsende ähnliches äußerte. Natürlich gab es Ausnahmen, Männer wie von Dohnanyi oder Bonhoeffer, aber die meisten unter den Widerständlern würde man heute als ausgesprochene Antisemiten betrachten.

Ahnte Himmler etwas von diesen Verbindungen? Diese Frage läßt sich nicht eindeutig beantworten. Die Depositenkasse-Affäre zeigt, daß Himmler Erkenntnisse zugespielt wurden, aus denen er hätte entnehmen können, daß Auslandskontakte bestanden. Andererseits gehörte es zu den Aufgaben der Abwehr, Kontakte mit feindlichen Agenten aufzunehmen. In ihren allgemeinen Umrissen kannte Himmler die Ansichten der Konservativen. Wahrscheinlich muß man die Frage, ob Himmler etwas wußte, hier mit einem eingeschränkten »Ja« beantworten.

Und, schließlich, woran scheiterte Dogwood? Die Antwort ist schlicht und grausam. Der Vorschlag, den von Moltke mitbrachte und von dem Dogwood so brennend wünschte, die Amerikaner würden ihn aufgreifen, hatte nie auch nur die geringste Chance. In der Konferenz von Casablanca im Februar 1943 hatten sich die westlichen Alliierten auf die bedingungslose Kapitulation festgelegt: Kapitulation vor allen, nicht nur vor den westlichen Alliierten war seit der Erklärung von Casablanca die einzige Möglichkeit für Deutschland, den Krieg zu beenden. Die Geheimdienste gingen manchmal in solchen Angelegenheiten über ihren Auftrag hinaus, aber die führenden Politiker und Militärs waren entschlossen: Die Front der Alliierten umfaßte auch die Sowjetunion, und die Kapitulation wäre gegenüber jedem der drei großen Alliierten zu erklären. Das eigentliche Ziel der deutschen Opposition, die Sowjets aus Mitteleuropa herauszuhalten, war unter diesen Umständen nicht zu erreichen. Hätten die westlichen Alliierten den Moltke-Vorschlag angenommen, wäre vielleicht eine Palastrevolution in Deutschland ausgebrochen – zu einer Zeit, als die Wehrmacht noch jenseits der deutschen Grenzen kämpfte. Mit anderen Worten, es hätte zu einer Wiederholung der Lage vom Herbst 1918 kommen können. Das hätte einen perfekten Keimboden für eine erneute Dolchstoßlegende abgegeben, die unweigerlich entstanden wäre: Die unter der NS-Führung siegreiche Wehrmacht sei nicht vom Feind geschlagen worden, sondern durch

ein niederträchtiges Komplott der Aristokratie zu Hause niedergestreckt worden. Roosevelts Ablehnung der Vorschläge von Moltkes und anderer ähnlicher Pläne war also geradezu vorprogrammiert.

Das heißt aber nicht, daß Dogwood/Schwarz unrecht gehabt hätte. Recht hatte er vor allem in einer Hinsicht: Wie von Moltke erkannte er die Gefahr einer sowjetischen Machtübernahme in Ost- und Mitteleuropa. Er wußte auch von den unmittelbaren Konsequenzen, die eine Zurückweisung dieser Vorschläge haben würde. Sie kam einem Todesurteil für unzählige Soldaten und Zivilisten gleich, einschließlich der Juden, die besonders bedroht waren und mit denen Dogwood sich leidenschaftlich identifizierte.

Die Verbindung zu von Moltke war aber nicht die einzige Kommunikationskette, die Dogwood aufbaute. Eine weitere Kontaktperson hieß Cassia (»Cinnamon«). Hinter diesem Decknamen verbarg sich Franz Josef Meßner, der Generaldirektor der Gummi- und Chemiefabriken von Semperit in Österreich und ein tiefgläubiger Katholik. Einen Teil des Jahres 1939 hatte Meßner in Brasilien verbracht und auch die brasilianische Staatsbürgerschaft erworben. Nach Ausbruch des Kriegs kehrte er jedoch nach Wien zurück, denn er habe – so erklärt es seine Witwe – die Mitarbeiter des Unternehmens nicht im Stich lassen und nur die eigene Haut retten wollen. Auf seiner Rückreise wurde er von den Franzosen verhaftet, in Marokko interniert und erst nach dem Zusammenbruch Frankreichs wieder freigelassen. Dieser Vorfall verschaffte ihm Glaubwürdigkeit bei den Nationalsozialisten in Österreich.

Ende 1941 organisierten verschiedene Gruppen den Widerstand gegen das NS-Regime in Österreich. Die meisten Aktivisten kamen aus kommunistischen oder linksgerichteten Gruppierungen, doch es gab auch katholische Widerstandskämpfer. Die Kontakte mit den Linken liefen über Helene Sokal, eine jüdische Wissenschaftlerin, und Thomas Legradi, der als Angestellter einer Schweizer Firma eine einigermaßen geschützte Position hatte. Eine weitere wichtige Person war Heinrich Maier, Dekan am Stephansdom in Wien. Kommunisten und Sozialisten verübten Sabotageakte, halfen Regimegegnern, die den Wehrdienst umgehen wollten, Deserteuren aus der Wehrmacht

und den ausländischen Zwangsarbeitern; sie verteilten anti-nationalsozialistische Schriften usw. Es wurde eine Koordinierungsgruppe eingerichtet, in der sich die verschiedenen ideologischen Gruppierungen widerspiegelten. Ende 1942 wurde ein Memorandum verfaßt, das Otto Keller, ein österreichischer Jesuitenpater, der in Luzern lebte, aus Österreich herausschmuggelte. Keller hatte Kontakt zu Franz Hollischer aufgenommen, einem Rechtsanwalt jüdischen Glaubens, der im Exil lebte und in der Schweiz eine österreichische Flüchtlingsgruppe organisiert hatte. Die Denkschrift gelangte schließlich in die Hände der Engländer. Durch mehrfache Ausstrahlung des vereinbarten Codeworts: »1. Mai 1942« wurde vom BBC bestätigt, daß die Botschaft in London angelangt war.

Wenn man sich näher über diese Gruppe informiert, gewinnt man einen gemischten Eindruck: einerseits die professionelle Untergrundarbeit der Linken, andererseits die schweren Fehler der naiven, amateurhaft agierenden Katholiken. Diese hatten beschlossen, den Alliierten Informationen über Rüstungsfabriken, insbesondere über Kugellagerfabriken, zu liefern. Ihre Zeichnungen waren aber genauso unprofessionell wie die Informationen. Meßner etwa wollte die Bombardierung der Semperit-Werke verhindern, also ließ er in seinem Dossier die in die Kriegsproduktion eingebundenen Unternehmen rund um die Semperit-Werke einfach weg.[11] Ridiger arrangierte es, daß Meßner im Januar 1944 nach Istanbul kommen und trotz Überwachung Dogwood treffen konnte. Mit seinem Decknamen Cassia unterzeichnete er am 4. Februar ein Dokument, das ihn im Namen eines freien Österreich verpflichtete, das Office of Strategic Services in seiner Arbeit zu unterstützen. Er erklärte sich einverstanden, einen Rundfunksender zu übernehmen, damit er mit dem Office of Strategic Services in direkter Verbindung bleiben konnte. Von Istanbul aus fuhr er weiter in die Schweiz, wo er mit Allen Dulles zusammentraf, der das OSS-Büro in Istanbul lobte, einen »Gentleman« wie Meßner angeworben zu haben.[12]

Den Sender für Meßner übergab man Fritz (František) Laufer, dem Abwehragenten und späteren SD-Mann. Dogwood wußte, daß Laufer Doppelagent war, glaubte aber, er sei wegen seiner NS-Gegnerschaft dennoch zuverlässig. Aus Laufer

wurde Iris, eine weitere Blume in Dogwoods Ring. Dieser Mann ließ Meßner auffliegen, sorgte für dessen Verhaftung und verursachte damit den Zusammenbruch des ganzen Rings. Festgenommen wurde Meßner am 25. März 1944 in Budapest, offenbar im Zusammenhang mit der Übernahme des Senders.[13] Maier, Sokal (die Legradi nach dem Krieg heiratete), Legradi und einige andere hatte die Gestapo bereits abgeholt, offensichtlich weil der Ring noch an einer anderen Stelle unterwandert war. Nach einem Prozeß in Oktober wurden die meisten der Verhafteten zum Tode verurteilt. Den meisten Kommunisten und Sozialisten war es gelungen, rechtzeitig unterzutauchen. Maier wurde im November 1944 hingerichtet, Meßner am 23. April 1945 in Dachau. Legradi kam wegen seiner Schweizer Verbindung mit einer Gefängnisstrafe davon, und Sokal konnte aus dem Gefängnis entkommen und arbeitete bis zur Befreiung weiter im Untergrund.[14]

Dogwood wollte verläßliche Agenten anwerben und konzentrierte sich dabei auf »ernsthafte« Menschen. Vierzig Jahre später erklärte er, daß er sich eigentlich nie mit »Spionage« beschäftigt und auch keine Agentenringe aufgebaut, vielmehr »psychologische Kriegsführung« betrieben habe. Es sei ihm vor allem um politische Ziele gegangen. Aber diese Selbsteinschätzung ist schlichtweg falsch. Er hat tatsächlich versucht, Agentenringe aufzubauen, die im politischen wie im militärischen Bereich bedeutsame Änderungen herbeiführen sollten. Der Kontakt zu von Moltke ist ein anschauliches Beispiel dafür. Ebenso Dogwoods Versuch, das Büro des Botschafters von Papen zu unterwandern. Dafür setzte er vor allem Fritz Fiala ein. Dieser deutsch-slowakische Journalist, der zunächst glühender Nationalsozialist war, kam im Januar 1943 nach Istanbul. Seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus hatte ganz offensichtlich etwas mit den alliierten Erfolgen in Stalingrad und Nordafrika zu tun. Als Dalia (»Dahlie«) wird er Mitglied in Dogwoods Ring. Seine Berichte waren allerdings eher dürftig. Bei näherer Untersuchung erweisen sie sich sogar als ungenau, sie waren nie auf dem aktuellen Stand und teilweise sogar irreführend. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch er ein Doppelagent war, der von beiden Seiten profitieren wollte. Dogwood scheint er völlig in die Irre geführt zu haben. Eine Abschluß-

überprüfung der Akten durch die OSS-Spionageabwehrabteilung X-2 im August 1944 machte Dogwood schwere Vorwürfe dafür, sich auf Fiala verlassen zu haben. Als dieser im selben Monat bei den Amerikanern um Asyl bat, weil die Türkei Deutschland den Krieg erklärt hatte, gewährte man ihm dennoch Schutz, und er wurde nach Ägypten evakuiert. Nach dem Krieg wurde er in der ČSR als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt.

Dogwood beschäftigte auch andere zweifelhafte Figuren als Agenten, und wenn er einmal von ihrem Nutzen überzeugt war, versuchte er auch, sie vor Nachforschungen durch das Office of Strategic Services zu schützen. Das brachte ihn in zunehmende Konflikte mit seinen Vorgesetzten. Dogwood aber war ein sehr eigensinniger Mann und hatte offenbar von den Männern vom Office keine besonders hohe Meinung.

Dogwoods Organisation wurde hinter der Western Electric Company versteckt, in der Walter Arndt als Geschäftsführer von Schwarz (alias Dogwood) fungierte und noch eine Sekretärin tätig war. Lansing Williams sollte sich um die Finanzen kümmern, aber er war dafür der untauglichste Mann. Dogwood unterhielt Verbindungen zu anderen Gruppen, z. B. zum britischen Secret Intelligence Service in Istanbul. Auch den Repräsentanten des Jischuw stand er sehr nahe, zunächst Teddy Kollek, dem späteren Bürgermeister von Jerusalem, und dann Ehud Avriel. Von beiden wird er Informationen erhalten haben, die er in eigenen Dossiers weitergeleitet hat. Er riet seinen Vorgesetzten vom Office of Strategic Services, eine viel engere Beziehung mit Kollek einzugehen, doch sein Rat wurde nicht befolgt. Die Beziehungen des Office zu den Nachrichtendienstlern der Jewish Agency waren zunächst freundlich, kühlten sich aber im Jahr 1944 zunehmend ab, nicht nur in Istanbul. Bereits im Sommer 1944 wollte Toulmin nichts mehr mit den Juden aus Palästina zu tun haben. Er warf ihnen vor, im Kampf gegen die Deutschen eigene Interessen zu verfolgen.[15] Wahrscheinlich ist es Toulmin nie in den Sinn gekommen, daß auch die Amerikaner, die Griechen, die Polen und die anderen Alliierten eigene Vorstellungen hatten, für die sie kämpften.

Unter Dogwoods Blumenarten bekamen die ungarischen im Jahr 1944 immer größere Bedeutung. Und man muß sagen, daß

gerade sie das Zentrum seiner Aktivitäten zerstört haben. Darum möchte ich Dogwoods ungarischen Agentenring vorstellen und dessen Tätigkeiten in Istanbul beschreiben, bevor ich auf ihre Verwicklung in die ungarischen Geschehnisse zurückkomme.

1943 erscheint Iris zum ersten Mal in Dogwoods Listen. Hinter diesem Decknamen verbarg sich Fritz (František, Franz) Laufer alias Direktor Schröder (alias Ludwig Mayer, alias Karl Heinz). Dieser Mann war ein Jude aus Prag und soll als Kellner gearbeitet haben. Er diente den Deutschen als Informant, als diese den tschechischen Widerstand bekämpften. Danach ist er nach Budapest gegangen, wo er eine Weile als tschechischer Agent tätig war. Im November 1941 stellte sich heraus, daß er die Tschechen an die deutsche Abwehr verriet, und die Tschechen setzten die Amerikaner davon in Kenntnis. Nun arbeitete Laufer als Informant für die Abwehr.[16] Deren Budapester Außenstelle wurde von Wien aus geführt. Dort saß als Leiter Graf Rudolf von Maregna-Radwitz, einer von Canaris' Leuten. Die Wiener Abwehrleute waren zuständig für die Spionage in den Balkanstaaten und der Türkei, geführt wurden sie von der Abteilung III F unter Baron von Manteuffel. Zusammen mit den Münchner Abwehrleuten waren auch die Wiener in die Depositenkasse-Affäre verwickelt; Monospol, das Geldwaschunternehmen in Prag, wurde von Wien nach Direktiven aus München geleitet. An der Spitze der Budapester Stelle stand Oberstleutnant Rudi Scholz. Für die Aktivitäten in der Levante, also auch in der Türkei, war Dr. Schmidt alias Schmied verantwortlich. Die Budapester Abwehrstelle führte auch eine ganze Reihe von Agenten, die aus der Unterwelt stammten oder doch enge Beziehungen zu diesem Milieu hatten. Eine Ausnahme bildete allein Kapitän Erich Klausnitzer, der auch für die Hauptstelle in Wien arbeitete. Zwei der Budapester Agenten waren Juden, nämlich Laufer und »Bandi« Grosz. Winninger war »Halbjude«, möglicherweise auch Erich Wehner (Werner, Wenda) alias Eric Popescu. Im Jahr 1943 ist Laufer den Erinnerungen Dogwoods zufolge zwei- oder dreimal nach Istanbul gereist, 1944 ein weiteres Mal. Grosz (Deckname Trillium) war insgesamt achtmal dort. »Josi« Winninger hielt sich mehrmals in jener Stadt auf, aber es ist unklar, ob er auch einer der Dogwood-

Blumen war. Grosz, Winninger, wahrscheinlich Wehner, womöglich auch Laufer wurden auch von den palästinensischen Emissären in Istanbul als Kuriere eingesetzt.

Laufer war bereits 1941 in Istanbul gewesen. Im März 1943 erhielt er seinen ersten Brief von Dogwood – tatsächlich wurde der Brief Teddy Kollek übergeben, der ihn an Grosz für Laufer weitergab. Laufer sei, so berichtete mir Schwarz in einem Gespräch, irgendwann 1943 bei ihm aufgetaucht und wollte aus dem von den Nationalsozialisten beherrschten Europa herausgebracht werden.[17] Laufer habe sich als Jude bedroht gefühlt und gehofft, daß die Amerikaner ihn und seine junge Frau retten würden. Schwarz will ihn an andere Mitarbeiter des Office of Strategic Services verwiesen haben, diese hätten mit Laufer aber nichts zu schaffen haben wollen. Schwarz beschreibt Laufer als gedrungenen jungen Mann mit rötlichem Haar und blauen Augen; er sah in ihm den idealen Maulwurf, den das Office of Strategic Services hätte in die Abwehr einschleusen sollen. Offenbar hat er Dogwood alias Schwarz Nachrichten zugespielt, so daß er diesem als verläßlicher Agent erschien. Erwiesen ist, daß Laufer, als die Deutschen im März 1944 Ungarn besetzten, vom SD übernommen wurde. Wenn man Grosz glauben darf, der von der jüdischen Abstammung Laufers nichts wußte, ist dieser in SD-Uniform herumstolziert und hatte – wie auch Gerhard Clages, der SD-Führer in Budapest – mit einer Mission zu tun, die noch in Einzelheiten dargestellt wird – die Reise von Joel Brand und »Bandi« Grosz nach Istanbul, um dort in Eichmanns Auftrag den Tausch von Lastwagen gegen Juden vorzubereiten.[18]

Laufer hatte Meßner gegen Ende März in Budapest an die Deutschen verraten, aber es scheint, als habe das Office of Strategic Services in Istanbul davon erst im April oder Mai erfahren. Denn Dogwood hat sich mit Laufer allem Anschein nach im April getroffen. Und dieser wollte Ridiger, der als Kontaktmann zu Meßner gedient hatte, dazu bringen, nach Budapest zu reisen. Ridiger ist nicht gefahren.[19]

Dogwood kannte Grosz, den er als Trillium in seinen Agentenring einfügte. In unseren Gesprächen leugnete er zunächst, Grosz im Mai 1944 getroffen zu haben, als sich dieser mit Joel Brand in Istanbul aufhielt. Dann erinnerte er sich an die Begeg-

nung, behauptete aber, ihn nur im Beisein von Ehud Avriel gesehen zu haben, der Kollek als Nachrichtendienstler der Jewish Agency in Istanbul abgelöst hatte. Dogwoods Zurückhaltung in diesem Punkt ist verständlich. Grosz, ein kleiner Krimineller, muß ein unangenehmer Mensch gewesen sein. Er stammte aus Beregowo in der russischen Sakapartskaja, der östlichsten Provinz der Tschechoslowakei vor dem Krieg (meist mit der tschechischen Abkürzung »PKR«, Podkarpatská Rus, benannt). Dieser häßliche, rothaarige Mann mit vorstehenden Zähnen hatte Karriere als Teppichhändler und dann als Schmuggler gemacht. 1937 heiratete er eine Nichtjüdin und konvertierte zum Christentum, obwohl er im Grunde wohl irreligiös war. Er ist 1930 wegen eines Zollvergehens verurteilt worden; wurde 1934 beim Teppichschmuggeln geschnappt und von den ungarischen Behörden erneut zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. 1938, nach dem Anschluß, verkaufte er Pässe an österreichische Juden. 1941 wurde er in Ungarn zum dritten Mal verurteilt (diesmal zu anderthalb Jahren Gefängnis). Um der Haft zu entgehen, bot er der deutschen Abwehr seine Mitarbeit an. Die Abwehrstelle in Stuttgart hat ihn engagiert, zusammen mit einem anderen Agenten namens Franz Kleer, und schickte ihn im Mai 1942 in die Schweiz. Dort sollte er Wirtschaftsdaten sammeln. Anscheinend war das kein großer Erfolg, und er kam dann im Juni 1942 nach Sofia, wo er zusammen mit »Richard Klatt«, dem »Halbjuden« aus Wien dem Nachrichtendienst der Luftwaffe zuarbeitete. Zurück in Budapest, begann er, über dem noch immer eine Gefängnisstrafe schwebte, ab August 1942 für den militärischen Nachrichtendienst der Ungarn zu arbeiten. Seine Verbindungen zur deutschen Abwehr brach er aber nicht ab. Er war ein gewiefter Schmuggler, und die Abwehr setzte ihn ein, um in den Balkanstaaten und schließlich auch in Istanbul Nachrichten zu sammeln.[20]

Das ganze Jahr 1943 über beförderte Grosz als Kurier für die Emissäre des Jischuw in Istanbul Geld und Briefe; er arbeitete mit Winninger und Popescu zusammen, war aber häufiger unterwegs als diese. Auf dem Rückweg schaffte er die Hilferufe aus Budapest und aus Bratislava nach Istanbul. Er war auch für die Ungarn tätig: Anton von Merkly vom ungarischen Geheimdienst hat Grosz gebeten, in Istanbul Kontakt mit den Englän-

dern aufzunehmen und ihnen ganz offen zu sagen, sein Land sei bereit, auf die Seite der Alliierten zu wechseln, wenn diese die Russen vom Einmarsch in Ungarn abhielten. Diese Geschichte klingt einigermaßen plausibel, ist aber nicht zu belegen, denn an die englischen Dokumente kommt man nicht heran.

Anfang August 1943 nahm Grosz Verbindung zu Dogwood auf, den er zum ersten Mal im Juli getroffen hatte, und übermittelte ihm die gleiche Botschaft: Ungarn sei zu einem separaten Friedensschluß bereit. Insgesamt ist Grosz von März 1943 bis zu seiner Mission mit Brand im Mai 1944 achtmal in die Türkei gereist.[21] Er stand auch mit dem polnischen und dem japanischen Geheimdienst in Kontakt. Er kannte sogar George Earle, den amerikanischen »Marineattaché«, ein begütertes und exzentrisches Großmaul, der gerne mit seinen engen Beziehungen zu Roosevelt prahlte. Die Leute vom Office mieden ihn wie die Pest.[22]

Aus den Dogwood-Akten in den Archiven des Office of Strategic Services geht eindeutig hervor, daß sich dieser auf den Informanten Grosz verließ. Tatsächlich sammelte und verteilte Grosz Nachrichten; davon lebte er schließlich. Auch mit Klatt in Sofia, der wichtige Nachrichten, die sogenannten »Max-Berichte« an die Deutschen lieferte, stand Grosz in Verbindung. Die Wehrmacht schätzte diese Berichte, obwohl sie meistens aus Vermutungen zweier Menschen in Sofia zusammengerührt waren, von denen einer möglicherweise mit der dortigen sowjetischen Botschaft zu tun hatte. Grosz spielte eine derart entscheidende Rolle in den Verhandlungen zwischen Juden und Mitgliedern des NS-Regimes, weil er zuletzt als einziger für den SD und auch für Himmler Kontakte zu den westlichen Alliierten in Istanbul herstellen konnte. Um zu verstehen, wie es dazu kam, müssen wir die Schwierigkeiten darstellen, mit denen die Abwehr Ende 1943 zu kämpfen hatte.

Die Lage von Canaris war zunehmend gefährlicher geworden. Oster, seine rechte Hand, hatte man kaltgestellt. Bonhoeffer, Joseph Müller und von Dohnanyi saßen im Gefängnis. Und der deutsche Geheimdienst hatte immer weniger Erfolge aufzuweisen. Den Deutschen war es nicht gelungen, Agenten in England einzuschleusen. Auch in den Vereinigten Staaten waren sie gescheitert. Nur klägliche Informationen brachte die Abwehr

aus der Sowjetunion heraus. Die Landung der Alliierten in Nordafrika vom November 1942 hatte die Abwehr nicht vorausgesagt. Und was sie über die politischen Ereignisse in den Ländern der Alliierten zu berichten hatten, beruhte eher auf Hörensagen und Ratespielen. Zu alledem hatten auch die Versuche, Kontakte zu den westlichen Mächten aufzubauen, kein Ergebnis gebracht. Es trifft zu, daß es Hans-Bernd Gisevius, der zum Kreis der Konservativen um Canaris gehörte und als Diplomat in der Schweiz war, gelungen ist, zu einem Freund und Vertrauten von Allen Dulles zu werden.[23] Aber daraus folgte nichts, denn die Vereinigten Staaten hielten an ihrem Ziel fest, die Deutschen militärisch zu besiegen, und wiesen alle Versuche zurück, die Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland zu stürzen, wenn diese nicht zugleich zur bedingungslosen Kapitulation gegenüber allen Alliierten führten. Und selbst das hätten die deutschen Widerstandsgruppen wohl ohne alliierte Hilfe zustande bringen müssen. Vorab jedenfalls hätten die Amerikaner niemals Hilfe oder auch nur wohlwollende Duldung versprochen.

In dieser Lage verzweifelte Canaris immer mehr. Er nahm kein aktives Interesse mehr an der alltäglichen Arbeit seines Dienstes, sondern versuchte nur noch, sich über Wasser zu halten. Hitlers Enttäuschung über den Leiter seines Nachrichtendienstes, den er zunächst so bewundert hatte, wuchs. Doch noch lehnte er es ab, dem mehr oder weniger offenen Drängen vor allem von seiten der SS zu folgen, Canaris zu entlassen und die Abwehr aufzulösen. Die SS wollte den politischen, möglicherweise auch den militärischen Abwehrdienst in die Verantwortung des ideologisch zuverlässigen Parteiapparats legen.

Der Fortbestand der Abwehr hing von einer mehr oder weniger reibungslosen Fortführung ihrer Arbeit ab. Doch die Störung kam, sie kam unerwartet und hatte fatale Folgen. Die Abwehrstelle in Istanbul unterstand Paul Leverkühn, auch er war ein enger Freund von Canaris. Erich Vermehren war ein kleiner Angestellter der Istanbuler Dienststelle, mit der Tochter von Gräfin Elisabeth Plattenberg-Twardowksi, einer damals beliebten Autorin, verheiratet. Die junge Frau Vermehren-Plattenberg war eine gläubige Katholikin und unerschütterliche Gegnerin des Nationalsozialismus. Sie bekehrte ihren Mann

zum Katholizismus, und das Ehepaar kam bald zu der Überzeugung, daß sie beide nicht mehr für das nationalsozialistische Deutschland arbeiten dürften, nicht einmal in der Abwehr. Von einer Verschwörung in deren Reihen wußten die Eheleute nichts. Anfang 1944 entschlossen sie sich, Deutschland den Rücken zu kehren. Sie suchten Kontakt zum Secret Intelligence Service und zum Office of Strategic Services und baten darum, aus der Türkei herausgebracht zu werden. Beide Geheimdienststellen wurden von dieser Bitte überrumpelt. Sie hatten mit einem solchen Ansinnen nicht gerechnet, zuvor auch nie Kontakt zu dem Ehepaar gehabt. Hinzu kam, daß der türkische Geheimdienst Emniyet eine solche Verletzung der türkischen Neutralität nicht unbedingt gerne sehen würde. Dennoch wurden die nötigen Vorkehrungen umgehend getroffen, und am 2. Februar 1944 wurden Vermehren und seine Frau rasch aus der Türkei gebracht. Kurz darauf liefen noch zwei weitere Kontaktpersonen der Abwehr zu den Alliierten über. Dies war ein schwerer Schlag für die Operationsfähigkeit der Istanbuler Abwehrstelle.[24]

Und der Rückschlag war sofort spürbar. Als Hitler davon erfuhr, tobte er vor Zorn. Am 10. Februar 1944 wurde Canaris entlassen und die Abwehr als eine eigenständige Organisation aufgelöst. Für den Übergang wurde Georg Hansen zum Leiter des militärischen Flügels der Abwehr bestimmt, doch gingen große Teile der Organisation sofort im SD unter Schellenberg auf, wurden damit Teil des Reichssicherheitshauptamts, zu dessen Leiter inzwischen Ernst Kaltenbrunner ernannt worden war. Damit unterstand der gesamte deutsche Geheimdienst dem Reichsführer SS. Abgeschlossen war diese Übernahme im Juli 1944.[25] Die Informationen über diesen entscheidenden Wandel sickerten nur allmählich durch die Reihen der Abwehr, denn der Wechsel von Wehrmacht zu SD bzw. SS wurde behutsam durchgeführt, um Kontakte und Kommunikationslinien nicht zu beeinträchtigen. Für die Kontakte zu den westlichen Alliierten, wie sie Himmler gerne hergestellt hätte, war dieser Wandel jedoch äußerst bedeutsam. Kontakte, welche die Abwehr ins westliche Lager hinein bereits aufgebaut hatte, lagen jetzt in den Händen der unerfahrenen SD-Leute. Nicht nur in Budapest wurden die Mitarbeiter sortiert: in solche, die man übernahm,

und solche, die man nicht weiter beschäftigte. In Budapest bedeutete letzteres den sicheren Tod.[26] Leverkühn wurde nach Berlin zurückbeordert, und Hans Freund (alias Milo), ein ranghoher Offizier des Reichssicherheitshauptamtes, sollte den Schaden in Istanbul reparieren.[27] Freund konnte auf den neben der Abwehrstelle in Istanbul bereits aufgebauten und von Ludwig Moyzisch geführten SD-Apparat zurückgreifen.[28] Sicherheitsmaßnahmen wurden verschärft. Aber die Istanbuler Abwehrstelle kam nicht zur Ruhe. Karl von Kleczkowski, ein österreichischer Journalist, und seine halbjüdische Frau, die befürchten mußten, nach Deutschland zurückgerufen zu werden, liefen, dem Beispiel des Ehepaars Vermehren folgend, zu den Alliierten über. Als nächster wechselte Wilhelm Hamburger, ein junger Österreicher, die Seiten. Sein Vater, einer der Direktoren der Semperit-Werke, war sehr früh in die NSDAP eingetreten, aber offensichtlich teilte der Sohn seine Ansichten nicht oder der Vater hatte seine Haltung revidiert. Hamburger schwankte und zögerte; als er aber wiederholt aufgefordert wurde, ins Reich zurückzukehren, folgte er Kleczkowski und den anderen und ließ sich aus der Türkei in Sicherheit bringen. Und es kam noch schlimmer. Auch Nelly Kapp, die Sekretärin des SD-Mannes Moyzisch, machte es, in eine romantische Affäre verwickelt, Hamburger nach und nahm zudem noch wichtige Geheimdienstunterlagen mit. Wie im NS-Regime üblich, hielt man sich per Sippenhaft an die Verwandten der Geflohenen; Vermehrens Mutter Petra wurde bereits am 11. Februar in Lissabon festgenommen.[29]

Eine weitere Reihe von Istanbuler Kontakten liefen über den deutschen Botschafter Franz von Papen, der Hitler mit an die Macht verholfen hatte. Um 1943 wurde von Papen klar, daß Deutschland den Krieg wahrscheinlich verlieren würde, und er suchte, wie viele andere auch, einen Ausweg. Von Papen, der reaktionäre katholische Politiker, hatte sich keiner Widerstandsgruppe in Deutschland angeschlossen, sondern handelte auf eigene Faust. Als übermäßig ehrgeiziger und eitler Mann versuchte er seinen amerikanischen Kontaktleuten mit seiner Bedeutung zu imponieren. Er hoffte, nach dem Sturz Hitlers und in einem zukünftigen rechtsgerichteten, anti-kommunistischen, von den Amerikanern unterstützten Deutschland eine führende Rolle zu spielen.

Vor der Auflösung der Abwehrorganisation war, Kleczkowski zufolge, Leverkühn die Hauptinformationsquelle von Papens.[30] Dieser dachte anscheinend, daß die Vereinigten Staaten, sollten die Republikaner die Präsidentschaftswahl vom November 1944 gewinnen, ihre militärischen Operationen mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Pazifik konzentrieren würden. Das könnte Deutschland die Möglichkeit eröffnen, nicht nur zu überleben, sondern vielleicht sogar England zu schlagen. Von Papen soll Hitler dergleichen berichtet haben, Dokumente dazu gibt es allerdings keine. Auf jeden Fall aber glaubte er an eine zukünftige Annäherung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf der Grundlage des Antikommunismus. Leverkühn hat zu Botschafter von Papen wahrscheinlich freundschaftliche Verbindungen gepflegt, während Moyzisch den Botschafter so lückenlos wie möglich überwachen ließ. Also waren Himmler und Schellenberg, denen Moyzisch zu berichten hatte, wohl bestens über von Papens Haltung informiert. Aber auch seine Kontaktsuche bremsten sie nicht.

Mit all diesen Verwicklungen hatte Dogwood nichts zu schaffen, doch bildeten sie den Hintergrund zu seinen Aktivitäten zwischen Januar und Juli 1944. Er kümmerte sich, neben den Arrangements für seinen Agenten Cassia, vor allem darum, das ungarische Angebot, aus den Kriegshandlungen auszusteigen, in die entsprechenden militärischen Kanäle des Office of Strategic Services zu lenken. Wir werden gleich sehen, was dies mit unserem Thema zu tun hat.

Die ungarische Regierung, von 1942 bis 1944 von Premier Miklos Kallay geführt, hat nach Stalingrad begonnen, die Möglichkeiten eines separaten Friedensschlusses mit den westlichen Alliierten zu sondieren. Emissäre, Diplomaten und Militärs haben verschiedentlich versucht, den Ausstieg Ungarns aus dem Bündnis mit Nazi-Deutschland vorzubereiten. Im August 1943 wurde Laszlo Veress, ein Beamter des ungarischen Außenministeriums, nach Istanbul geschickt, um dort mit diplomatischen Vertretern der Alliierten zu sprechen. Am 9. September traf er mit dem britischen Botschafter Sir Hugh Knatchbull-Hugessen zusammen. Dieser forderte die bedingungslose Kapitulation Ungarns, sagte aber zu, deren Erklärung bis zur Möglichkeit ihrer Umsetzung geheimzuhalten. Die ungarische Armee sollte

sich schrittweise aus der russischen Front zurückziehen können. Veress kehrte mit einem Radiosender ausgestattet nach Budapest zurück. In Februar 1944 schickte die Regierung Kallay vier bekannte ungarische Akademiker (unter ihnen Nobelpreisträger Albert Szent-Györgi und der Rechtsanwalt Ferenc Vali) nach Istanbul, um den Weg für Friedensgespräche zu ebnen.[31] Im September 1944 wurde dann General Istvan Naday ins Hauptquartier der Alliierten in Italien entsandt.[32] Doch immer wurden die Ungarn mit den gleichen Bedingungen konfrontiert, die auch den deutschen Konservativen gestellt wurden, als sie mit Engländern und Amerikanern zu einer Übereinkunft kommen wollten. Die westlichen Mächte waren nicht bereit zu akzeptieren, was für die Ungarn ein wesentlicher Punkt war und was sie mehrfach vortrugen: daß sie nämlich keinen Einmarsch der Roten Armee in Ungarn wollten. Hoffnungslos eingekeilt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland einerseits, dem kommunistischen Rußland andererseits, fanden die Ungarn keine Unterstützung im Westen. Roosevelt und Churchill wollten ihre angespannten Beziehungen zu Stalin nicht weiter belasten, um einigen anti-nazistischen deutschen Generälen entgegenzukommen, und für die Ungarn hätten sie dies schon gar nicht getan. So waren die wenigen westlichen Gesprächspartner, mit denen die ungarischen Abgesandten überhaupt sprechen konnten, allenfalls bereit, diesen zu erklären, sie sollten bedingungslos und vor allen Alliierten kapitulieren.

1943, als die ungarischen Streitkräfte in der Sowjetunion geschlagen und in den deutschen Rückzug hineingezogen wurden, verschlechterte sich die Lage für die Ungarn. Ihre Bemühungen, zu einem Separatfrieden zu kommen, wurden noch verzweifelter. Die Deutschen, die natürlich auch ihre Informationskanäle ins Lager der Verbündeten hinein hatten, verfolgten die Absetzversuche der Ungarn mit wachsendem Mißfallen. Offiziell erklärten die Ungarn unter der Führung von Reichsverweser Admiral Miklos Horthy den Deutschen unverbrüchliche Treue im Kampf gegen den Bolschewismus, den gemeinsamen Gegner. Und gleichzeitig genehmigten der Außenminister, Verteidigungsminister Lajos Csatay sowie der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Ferenc Szombathelyi einen weiteren Annäherungsversuch an die Alliierten. Man nutzte dies-

mal militärisch-operative Kanäle, den Geheimdienst in Istanbul, weil man hoffte, daß dies das Angebot überzeugender machen würde. Der ungarische Geheimdienst (Sektion 2 des Generalstabs, unter General Istvan Ujszaszy, Oberst Gyula Kadar und Oberstleutnant Anton von Merkly) machten Otto Hatz de Hatzsegy (Dogwoods Agent Jasmine – »Jasmin«) zu ihrem Abgesandten. Dieser ungarische, 1902 in Banjowo in Bosnien als Sproß einer verarmten Adelsfamilie geborene Adlige hatte zunächst bosnische Muslime für die ungarische Armee rekrutiert, war dann eine Zeitlang in Ankara gewesen und diente Ende 1943 als ungarischer Militärattaché in Sofia. Er sprach Deutsch, Russisch und Bulgarisch, außerdem ein wenig Englisch und Französisch. Ungarischer Patriot und ausgezeichneter Fechter, war Hatz ein typisches Mitglied seiner Kaste und Generation.[33]

Seine Hauptunterstützung erhielt er von Ferenc (»Ferry« oder »Feri«) Bagyoni vom ungarischen Geheimdienst (bei Dogwood unter dem Decknamen Pink – »Nelke« – geführt). Bagyoni war es gewesen, der Anfang 1943 Grosz für die Ungarn angeworben hatte. Er war überzeugt davon, daß Grosz und Kleer bereit wären, die Deutschen zu hintergehen und Kontakte zu den Alliierten aufzubauen, um Ungarn den Weg aus dem Krieg zu erleichtern. Als Hatz nach Istanbul entsandt wurde, schickte man zu dessen Unterstützung Bagyoni dorthin, und er nahm dort auch Kontakt mit den Emissären des Jischuw auf. Daraufhin wurde er zusammen mit den Abwehrmännern zu einem wichtigen Kurier für die Juden.[34] Wie die Deutschen, so dachten auch die Ungarn, sie könnten bei ihren Versuchen, Verbindungen mit dem Westen zu etablieren, die jüdische Trumpfkarte ausspielen.

Dogwood hatte von Churchills Plan einer alliierten Landung auf dem Balkan gehört. Auch wenn der Plan verworfen wurde, nutzte ihn der Westen weiterhin zur Desinformation und ließ ihn als Alternative zur Invasion in der Normandie gelten. Churchill hatte die Deutschen ursprünglich in der empfindlichen Flanke der Balkansatelliten angreifen wollen, er zielte damit zugleich auf Eindämmung des drohenden Einflusses der Sowjetunion im Nachkriegseuropa. Das war ein Plan nach Dogwoods Vorstellungen. Wenn auch in einer zentralen Posi-

tion, so war Dogwood doch nur eine kleine Figur im Spiel der Geheimdienste, und seine Vorgesetzten im Office of Strategic Services gaben nicht viel auf seine politischen Ansichten. Sie teilten sie auch nicht, denn das Office of Strategic Services hütete sich davor, in übergreifenden Fragen Stellung zu beziehen. Dogwood, der weder Amerikaner noch regulärer Mitarbeiter des Office war, hatte seine eigenen Vorstellungen, und er versuchte, sie auch so gut wie möglich durchzusetzen. Als ihn die Ungarn baten, er möge als ihr Vermittler zum Office dienen, glaubte er, nun sei seine Stunde gekommen und er könne beides, die Vernichtung der Juden und die sowjetische Eroberung des Balkans, verhindern. Damit würde er letztlich auch dazu beitragen, den Krieg zu einem rascheren Ende zu bringen, als dies mit weiterem Blutvergießen möglich wäre.

Hatz' Mission war nicht einfach. Er mußte seine Annäherungen vor den Deutschen geheimhalten, mußte aber an das Office of Strategic Services durch die Vermittlung von jemandem herantreten, der diese Organisation kannte und zugleich mit den Engländern in Verbindung stand. Das, so schien es Hatz, konnte nur Bandi Grosz sein, der bereits für den ungarischen Nachrichtendienst arbeitete und diesen wohl auch mit Informationen über die Abwehr belieferte. Er konnte hoffen, einen Informanten, dem eine Gefängnisstrafe drohte, doch sehr weitgehend manipulieren zu können. Außerdem hatte Grosz einen ungarischen Paß und war in gewissem Sinn vom Wohlwollen der ungarischen G-2 Abteilung abhängig. Also sollte es Grosz sein, der Hatz bei den Engländern und den Amerikanern einführte.

Das geschah im September 1943. Als sich Hatz, angeblich um die Handelsmesse von Izmir zu besuchen, in der Türkei aufhielt, wurden die Verbindungen zu Dogwood und Coleman hergestellt. In diese Kontaktaufnahme war noch eine weitere Person, nämlich Lothar Kövess (Deckname: Jacaranda – »Jakarandabaum«), verwickelt: Es war bekannt, daß dieser Schiffsspediteur und Nachkomme einer bedeutenden ungarischen Politikerfamilie für den britischen Geheimdienst arbeitete. Doch hatte er ebenso enge Verbindungen zu verschiedenen Nationalsozialisten. Archibald Walker vom Office of Strategic Services hatte ihm bei der Firma Socony Vacuum eine Stelle verschafft

und sich auch für ihn verbürgt, dennoch bleibt die Frage offen, ob er nicht jeden gegen jeden ausspielte, indem er sich bei der Abwehr, den NS-Behörden, bei den Ungarn und bei den Engländern einschmeichelte.[35]

In der Zwischenzeit war Hatz mit Teddy Kollek und mit einem englischen Agenten zusammengetroffen. Anschließend brachte ihn Grosz mit Dogwood zusammen. Die Amerikaner wollten wissen, welche Art der Zusammenarbeit die Ungarn vorschlügen. Am 29. September erhielt Hatz eine Liste mit Forderungen, aus denen hervorging, daß die Amerikaner sich auf keinerlei politische Verhandlungen oder Zugeständnisse einlassen würden. Die Ungarn könnten allerdings durch Zusammenarbeit auf allen militärischen und nachrichtendienstlichen Ebenen ihre Aufrichtigkeit beweisen. Ein weiteres Treffen fand Anfang Oktober statt; dabei wurde entweder an Kövess oder an Bagyoni ein Sender übergeben. Am 5. Oktober flog Hatz von Sofia zurück nach Budapest.[36] Bei einem Treffen, an dem Generalstabschef Szombathelyi und Kadar vom ungarischen Nachrichtendienst beteiligt waren, wies man ihn an, seine Verbindungen aufrechtzuerhalten. Hatz brachte auch den Sender mit, mit dem der Kontakt zum Office of Strategic Services hergestellt werden sollte. Die Ungarn hatten Angst, den Sender zu benutzen, also versteckte ihn Kadar im Klavier seiner Mätresse, der Schauspielerin Varga-Karady. Als die Deutschen in Budapest einmarschierten, wurde er entdeckt, und die Deutschen verhafteten alle, die mit dem Sender in Verbindung gebracht werden konnten.[37] Wer den Deutschen den Tip gegeben hat, ist unklar; es könnte ebensogut Hatz wie Laufer gewesen sein.

Als er sich in Istanbul das nächste Mal mit Dogwood, Kövess und Macfarland traf, machte Hatz – der darum gebeten haben will, Grosz von diesem Treffen auszuschließen, weil er ihm mißtraue – offensichtlich als Schachzug zur Gesprächseröffnung den Vorschlag, daß der ungarische Generalstab »einen ausgewählten Vertreter der Vereinigten Staaten mit detaillierten Erkenntnissen über die Reichswehr und die Operationen der Deutschen« versorgen werde. Die Ungarn bäten im Gegenzug darum, daß die Alliierten während der Friedensverhandlungen stets berücksichtigen mögen, daß Ungarn ganz offenkundig die Sache der Alliierten unterstützt habe. Hatz deutete auch an, daß

ungarische Truppen im Fall eines Einmarschs der Alliierten (gemeint waren die westlichen Alliierten) in Ungarn Flugplätze besetzen würden, um Landungspunkte für Fallschirmspringer zu sichern.[38] Hatz bat auch um einen zweiten transportablen Rundfunksender, damit er mit Istanbul in Verbindung bleiben könne. Außerdem würden die Ungarn einen den Alliierten genehmen Offizier nach Istanbul schicken, der mit den alliierten Geheimdiensten dort zusammenarbeiten solle. Es wurde auch sofort ein Name genannt: Ferenc Bagyoni, weil man offenbar dem ungarischen Militärattaché in Istanbul Bartalis nicht traute.[39]

Interessanterweise hat Hatz den Briten gegenüber keine weiteren Annäherungsversuche unternommen. Donovan überließ dem amerikanischen Generalstab die Entscheidung, wie man die Engländer einbeziehen solle.[40] Nun stand Hatz vor der Frage, wie er seine Beziehungen zu den Deutschen gestalten sollte. Er fuhr zurück nach Sofia und traf dort am 1. Dezember 1943 Otto Wagner (Deckname »Delius«), den örtlichen Leiter der Abwehr. Diesem berichtete er von Kollek und den beiden amerikanischen Agenten. Dem Abwehrmann stellte er seine Gesprächsposition so dar, als habe er als überzeugter Antikommunist versucht, die Amerikaner von den Fehlern ihrer Politik zu überzeugen. Die Amerikaner hätten zu verstehen gegeben, daß sie den Krieg als verloren betrachteten, wenn der Bolschewismus die Stelle des Nationalsozialismus einnehmen sollte.[41]

Am 14. Dezember 1943 erstattete Hatz seinen Vorgesetzten in Budapest Bericht; diesmal war möglicherweise sogar Premierminister Kallay anwesend. Hatz erhielt im Grunde eine Blankovollmacht für die Fortführung seiner Gespräche in Istanbul. Hatz berichtete offenbar nicht über sein Vier-Augen-Gespräch mit Wagner.

Auf dem Weg nach Istanbul machte Hatz am 16. Dezember 1943 einen Zwischenhalt in Sofia und berichtete dem deutschen Botschafter Josef Beckerle über seine vorausgegangenen Treffen sowie über das künftige mit den Amerikanern und erklärte, daß er es ablehnen werde, als Spion für die Vereinigten Staaten zu arbeiten. Am 18. Dezember traf er sich mit Coleman und Dogwood. Diese erklärten, es bleibe den Ungarn nicht mehr viel Zeit, sich zu entscheiden. Auf dem Rückweg kam Hatz auch

diesmal mit Wagner und Beckerle zusammen, denen er das meiste, wenn auch nicht alles von dem berichtete, was sich in der Türkei ereignet hatte. Er behauptete – und log damit –, das amerikanische Angebot abgelehnt zu haben, und schmückte seinen Bericht noch mit allerhand erfundenen Einzelheiten über ein Streitgespräch über den Bolschewismus aus.[42] Beckerle seinerseits berichtete dies Gespräch dem Auswärtigen Amt. Diese telegraphische Botschaft vom 22. Dezember 1943 wurde von Ultra, dem englischen Dechiffrierdienst, aufgefangen. Macfarland erfuhr dies sowohl von seinen Vorgesetzten als auch von den Engländern. Ihm wurde nicht gesagt, wie das Office of Strategic Services vom Verrat von Hatz erfahren hatte.[43]

Hatz fuhr zur Berichterstattung weiter nach Budapest. Wiederum berichtete er offenbar nur vom Treffen in Istanbul und nicht über das in Sofia. Mit Kadar ging er zu Kallay, den die militärischen Aspekte der amerikanischen Forderungen nicht gerade glücklich machten. Die ungarische Armee konnte sich nicht von der russischen Front zurückziehen, ohne daß die Deutschen schwerwiegende Gegenmaßnahmen ergreifen würden. Und es gab auch keine Möglichkeit, sich in der offenen ungarischen Tiefebene auf einen Partisanenkrieg einzulassen. Hatz solle, so sagte man ihm, die Verhandlungen in Istanbul nicht abreißen lassen und die Amerikaner von den eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Ungarn überzeugen. Man setzte auch Miklos Horthy den Jüngeren von diesen Gesprächen in Kenntnis, damit dieser seinem Vater, dem Admiral, davon erzählen konnte.

Kadar entschied daraufhin, den Stier bei den Hörnern zu packen. Er fuhr mit Hatz zu Canaris nach München. Das Treffen fand am 9. Januar 1944 statt. Sie wiederholten ihre Geschichte, und Canaris warnte sie zu äußerster Vorsicht gegenüber den Alliierten – aber auch gegenüber den Deutschen. Die Ungarn sollten die Kontakte zu den Alliierten in Istanbul abbrechen. Canaris wußte, daß Hatz ein doppeltes Spiel spielte, und er wollte nicht sich selbst gefährden. Dabei muß man bedenken, daß Hitler die Abwehr bereits einen Monat später auflösen ließ.

Die nächsten Treffen zwischen Hatz und Dogwood fanden am 19. und am 22. Januar 1944 statt. Ebenfalls dabei waren Co-

leman, Kövess, Arndt, Macfarland und Oberst Vala Lada-Mocarski, ein OSS-Mann aus Kairo, der über Ungarn abspringen sollte. In beiden Gesprächen unterstrichen die Leute vom Office, daß sie sich nur für die militärische, nicht aber für die politische Seite der Angelegenheit interessierten. Es ist erstaunlich naiv, es war vielleicht auch unverantwortlich, daß die Amerikaner Hatz eröffneten, daß sie von seinem Doppelspiel wüßten. Hätten Hatz und die Deutschen die richtigen Schlüsse daraus gezogen, hätten sie entdecken können, daß ihre Geheimcodes von Ultra dechiffriert worden waren. Den Amerikanern gegenüber konterte Hatz damit, daß die Alliierten nicht dicht gehalten und die Deutschen darum von seinen Treffen erfahren hätten. Darum habe er geblufft und den Deutschen das Treffen in Istanbul völlig falsch dargestellt. Am Treffen vom 22. Januar deutete Hatz an, es sei moralisch vielleicht nicht einwandfrei, wenn man militärische Geheimnisse weitergebe. Die Amerikaner erwiderten, hier gehe es nicht um Moral. Wenn es den Ungarn ernst sei mit ihren Bemühungen, den Krieg zu beenden, dann müßten sie jetzt kooperieren und sich gegen die Deutschen auflehnen.[44]

Hatz fuhr wieder zurück nach Bulgarien und traf sich dort mit Wagner. Über diese Begegnung berichtete Beckerle in einer telegrafischen Mitteilung vom 1. Februar 1944. Hatz erklärte Wagner, auf Anweisung von Kadar werde er die Amerikaner nur noch einmal treffen, um ihnen mitzuteilen, daß die Ungarn die Kontakte damit abbrechen würden. Und er berichtete Wagner so ziemlich alles, was sich zwischen ihm und den Amerikanern ereignet hatte, aber eigenartigerweise scheint er nur seine Gesprächspartner Coleman und Schwarz erwähnt zu haben (er kannte die wahre Identität von Dogwood). Und er berichtete auch, daß die Amerikaner von seinen Berichten an Wagner und Beckerle wußten. Diese Information hätte den Deutschen klarmachen müssen, daß ihre Geheimcodes »geknackt« waren, was für die alliierte Kriegsführung unabsehbare Folgen gehabt hätte. Aber gerade davon hat man keine Notiz genommen. Wagner berichtete auch, daß nach Hatz' Auffassung »die zentrale Rolle jüdischer Verschwörer« entscheidend gewesen sei für die Kontaktaufnahme zwischen Ungarn und den Alliierten.[45]

Donovan hatte Macfarland mehrfach gewarnt: nicht nur vor Hatz und seinem Doppelspiel, sondern auch vor Grosz, der Verbindungen zum ungarischen Geheimdienst unterhalte. Dennoch setzte er die Gespräche mit Hatz fort. Am 5. Februar 1944 schrieb er an Donovan, um sein Vorgehen zu rechtfertigen. »Wir«, so schreibt er, hätten mit Hatz ein einfaches Abkommen in Form eines Memorandums niedergelegt. Er berichtet nur über militärische Zusammenarbeit und subversive Aktionen mit Hatz. Die Engländer seien es, die politische Themen auf den Tisch brächten. Hatz sei nur ein Kurier, der nichts über das Office of Strategic Services und seine Pläne erfahren habe.[46]

Am 27. Februar 1944 fand in Istanbul das nächste Treffen zwischen dem Office und Hatz statt; es war das letzte vor der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März. Anwesend waren Hatz, Macfarland, Kövess und Dogwood. Hatz versprach, die Ungarn würden den Amerikanern umfassende Informationen über die ungarische Wirtschaft vorlegen, aus denen hervorgehe, daß Ungarn im Grunde den Deutschen Zahlungen leistete, um eine Besetzung durch die Wehrmacht abzuwenden. Aus militärischen Gründen könne sich das Office of Strategic Services nichts lieber wünschen als eine solche Liste ungarischer Unternehmen und ihrer Produktionszahlen. Außerdem würde man auch Aufmarschpläne und Mobilisierungsstand des ungarischen Heeres mitteilen. Beide Seiten wußten zu dieser Zeit bereits, daß mit einer deutschen Besetzung Ungarns zu rechnen war. Macfarland erklärte darum, daß man von Ungarn erwarte, daß es in diesem Fall Widerstand leisten werde. Hatz äußerte sich skeptisch. Er könne sich nicht vorstellen, daß es zu nennenswerten Aktionen gegen den Einmarsch der Deutschen kommen würde. Er versprach, das Office of Strategic Services mit allen Einzelheiten über den ungarischen Feldzug gegen Rußland zu informieren. Und für den Fall, daß die Alliierten in Jugoslawien einmarschieren sollten – nichts wünschte sich Dogwood sehnlicher –, erwarte er, daß die Ungarn ihre Waffen niederlegen, wenn nicht gar an der Seite der Alliierten weiterkämpfen würden.[47] Anscheinend fand am 9. März 1944 ein weiteres Treffen entweder zwischen Bagyoni oder zwischen Kövess und einigen OSS-Leuten statt. Bei dieser Gelegenheit wurden zwei Radiosender übergeben, der eine für Bagyoni in Budapest, der andere

für Laufer bestimmt. Hatz setzte Wagner alias Delius von einem der beiden Sender in Kenntnis, nämlich von dem, den Bagyoni nach Sofia und von dort über Wien nach Budapest schaffte. Hatz wollte Laufer, den er als NS-Agenten enttarnt hatte, in eine Falle laufen lassen, aber die Falle schnappte wohl nicht zu. Der Sender gelangte vielmehr in Laufers Hände, der mit diesem Gerät seinerseits Cassia alias Meßner in die Falle lockte. Und Meßner wurde verhaftet. Den anderen Sender übergab man Grosz, der ihn in einen Fluß geworfen haben will. Dem Office of Strategic Services war bei seinen Versuchen, Kontakte zu ungarischen Oppositionellen herzustellen, kein großer Erfolg beschieden.[48]

In April 1944 wurden Hatz, Kövess und Bagyoni nach Budapest zurückbeordert und dort am 3. Mai 1944 verhaftet.[49] Bagyoni behauptete später, Laufer habe sie verraten. Hatz wurde bereits am 26. Mai wieder freigelassen, nachdem man ihn in Anwesenheit von Clages Wagner gegenübergestellt hatte. Das mutet merkwürdig an, denn sonst verfuhr die Gestapo mit Inhaftierten nicht besonders nachsichtig, wenn eine Verbindung zum Feind vermutet wurde. Aber selbst Kövess, Hatz und, etwas später, auch Bagyoni wurden ohne besondere Auflagen auf freien Fuß gesetzt. Am 8. Juni tauchte Hatz erneut in Istanbul auf, und trotz Donovans Warnungen trafen sich OSS-Leute und US-Diplomaten mit ihm. Er hatte für alles gute Erklärungen. Doch spielte das gar keine Rolle mehr.[50] Am 1. Juli 1944 wurde er zum persönlichen Adjutanten des ungarischen Verteidigungsministers ernannt. Bagyoni gelang im September die Flucht nach Schweden. Hatz, der im Oktober zum Stabschef des 7. Ungarischen Armeekorps wurde, lief am 7. November zu den Russen über. Nach der Befreiung war er Militärkommandant von Budapest und wurde im April 1945 von den Sowjets verhaftet. Er verbrachte zehn Jahre in russischen Gefängnissen und kehrte 1955 nach Ungarn zurück. Bis zu seinem Tod im Jahr 1977 in Budapest trainierte er die Fechtmannschaften der DDR und Ungarns.[51]

Mit der Hatz-Episode hängt noch eine andere Kette von Ereignissen zusammen, die ebenfalls unser Hauptthema berührt. Über die diplomatische Vertretung Ungarns in Bern haben Ujszaszy und seine Kollegen, die nicht wußten, daß Hatz sie

verraten hatte, das Office of Strategic Services gebeten, eine Sondermission nach Ungarn zu schicken. Diese Mission sollte praktische Schritte der Zusammenarbeit mit der ungarischen Armee besprechen und die Kapitulation des Landes vorbereiten. Das Office startete die sogenannte Sparrow-Mission (»Spatzen-Mission«). Die Spatzen wurden angeführt von Florimond Duke, einem exzentrischen Oberst. Es war sein erster Fallschirmeinsatz, zu dem er mit zwei Begleitern am 15. März 1944 in Italien startete. Die Landung in Ungarn glückte, und, wie geplant, wurden sie von der ungarischen Spionageabwehr »verhaftet« und nach Budapest gebracht. Dort trafen sie am 18. März mit Ujszaszy zusammen, der Zusammenarbeit versprach, aber auch erklärte, daß Horthy nicht in Budapest sei. Der Reichsverweser war tatsächlich von Hitler nach Schloß Klessheim zitiert worden und mußte sich dort die wüsten Beschimpfungen des Führers über das verräterische Ungarn anhören. Am nächsten Morgen marschierten die Deutschen ein. Und ein paar Tage später wurden die Amerikaner den Deutschen als Kriegsgefangene überstellt und Ujszaszy verhaftet.[52] Die Spatzen waren abgeschossen worden.

Hatz wußte wohl nichts von den internen Kämpfen zwischen Abwehr und SS, zumindest nichts von deren wirklichen Ausmaßen. Dadurch, daß er nicht nur der Abwehr, sondern auch Beckerle Bericht erstattete, machte er es der Abwehr unmöglich, seine Kontakte auszunutzen. Beckerle war Obergruppenführer der SA und ein Vertrauter von Ribbentrop. Dieser wollte sowohl Himmler als auch der Abwehr Steine in den Weg legen. Canaris wiederum konnte die Hatz-Unternehmungen nicht ausschlachten, weil dies, wie er wußte, zu deutschen Gegenmaßnahmen führen würde. Darum kam die Angelegenheit auch in Klessheim zwischen Hitler und Horthy nicht ausdrücklich zur Sprache. Grosz und Laufer waren in die Sache verstrickt, also konnte der SD die Kontakte weiterspinnen, da die beiden später zu SD-Agenten wurden. Und sie erzählten ihren neuen Vorgesetzten offensichtlich alles, was sie über die Hatz-Affäre wußten. Seine rasche Freilassung durch den SD legt nahe, daß Hatz deren Bericht persönlich bestätigt haben wird. So kann der nächste Schritt nicht überraschen: Nun war es der SD, der über Dogwood seine Fühler nach dem Westen

ausstreckte und dabei die in der Hatz-Affäre erworbenen Erkenntnisse auszunutzen suchte.

Die Bedeutung dieses ungarischen Zwischenspiels für unser Hauptthema liegt nun in zwei wesentlichen Punkten. Erstens: Alle geschilderten Manöver wurden von Himmlers Männern sorgfältig beobachtet, denn sie wollten herausfinden, wie die Kontakte geknüpft wurden und zu was sie wohl führen würden. Zweitens: Aus der Perspektive des SD schien es das beste zu sein, das Ganze über die Vermittlung von Juden einzufädeln, denn sie schienen alle Geheimdienstkanäle in der Hand zu haben: Laufer, Grosz, Dogwood und die Emissäre der Zionisten waren der Beweis.

Die Verbindung zu Cassia waren abgerissen; die Unzuverlässigkeit von Grosz sowie der Verrat von Laufer offenkundig geworden. Die Sache mit Fiala führte in ein Fiasko. Und auch die Hatz-Verhandlungen waren abgebrochen. Also hatte Dogwood nur noch wenig zu bieten.[53] In der Brand-Grosz-Mission – »Lkw gegen Blut« – spielte er nur noch eine marginale Rolle. Als Geheimdienstmann schien er angeschlagen, wenn er nicht noch schlechter dastand.[54] Sein persönliches Verhalten, seine Selbstsicherheit und seine Überheblichkeit gegenüber Coleman und Macfarland, seine Überkultiviertheit und die Geheimnistuerei, die er um seine Kontakte machte, all das beschleunigte seine Entbindung von allen Tätigkeiten für das Office of Strategic Services.

Vor allem das Scheitern der Dogwood-Agentenringe hatte Macfarlands Ansehen geschadet. Am 10. Juni versuchte er Dogwood noch zu verteidigen. Er gab die Mißerfolge zu, hielt aber dagegen, daß Dogwoods Firma als »Adresse für viele nicht damit verbundene Agenten« benutzt worden sei. Obwohl die Sicherheitsvorkehrungen nicht ausreichend gewesen seien und Dogwoods Agentenring unterwandert werden konnte, habe dies doch zu keinem Desaster geführt. Aber gerade einen Monat später gab es Dogwoods Agentenring nicht mehr.[55]

Davon ganz unabhängig flog noch ein anderer Ring auf. Er war von Archibald Walker, dem Vertreter von Socony Vacuum in der Türkei, im April 1942 aufgebaut worden, also ein Jahr vor der Ankunft von Macfarland in Istanbul. Die Informationen, die seine Agenten sammelten, stammten von Reisenden aus

den Balkanstaaten, und Walker berichtete über die Nachrichtenabteilung des US-Generalkonsulats in Istanbul, später auch über das Office of Strategic Services. Macfarlands Position wurde noch schwächer. Nach langem Zögern mußte er Ende Juli die Verbindung zu Dogwood abbrechen, der wieder in seine Rolle des Alfred Schwarz, Geschäftsmann in Istanbul, zurückschlüpfte. Im August 1944 fand, unter Leitung des unerbittlichen Frank G. Wisner, des Chefs der Sicherheitsabteilung (des Special Intelligence Service) in Istanbul und späteren Leiters der X-2 Spionageabwehr, eine Untersuchung zur Dogwood-Affäre statt, die kein gutes Licht auf dessen Agentenring warf. Mit Wisners scharfer und entschiedener Kritik war die Dogwood-Episode beendet.

Coleman hatte seine Verbindung zum Dogwood-Ring auf Weisung des Office of Strategic Services schon im Februar gelöst. Zu der Zeit waren die Beziehungen zwischen der Special Intelligence Abteilung des OSS-Istanbul und Macfarland (Dogwoods Juniper – »Wacholder«) angespannt, und die Mitarbeiter der Sicherheitsabteilung zweifelten, ob Dogwoods Ring tatsächlich Nutzen brachte. Auch Colemans Mission betrachtete man als gescheitert; im September 1944 wurde er unter dem Verdacht, seine Position in Istanbul mißbraucht zu haben, in die Vereinigten Staaten zurückbeordert.[56] Macfarland wurde am 7. August seiner Tätigkeiten entbunden; Wisner nahm seinen Posten ein. Ein Brief vom 16. Februar 1945 von Harry S. Aldrich, dem Leiter des Office of Strategic Services in Kairo, zeigt, wie die OSS-Leute im Nahen Osten Macfarland einschätzten: Fast alle, der Schreiber eingeschlossen, »haben ihn gern gehabt, ... aber ich bin kaum jemandem begegnet, der ihn nicht als großes Sicherheitsrisiko betrachtete«. Er habe »der Arbeit und dem Ruf des OSS (in der Türkei) beträchtlichen Schaden zugefügt«. Es sei sogar ein satirisches Lied auf Macfarland verfaßt und bei jeder Gelegenheit vorgetragen worden: »Um ganz offen zu sein... ich kann meine Meinung über ihn wie folgt zusammenfassen: Ich habe ihn seit langem als eine Gefahr für das OSS betrachtet.« Soviel zu Macfarland.[57]

Alfred Schwarz alias Dogwood war ein wichtiges Glied in der Kette der Versuche, einerseits das von Deutschland besetzte Europa zu unterwandern und andererseits den Krieg durch ei-

nen ausgehandelten Friedensplan zu beenden. Er wurde zum Brennpunkt der Bemühungen von Deutschen, mit den westlichen Mächten Kontakte zu knüpfen; dies versuchten sowohl Konservative wie Canaris und von Moltke als auch der SD über Laufer und Grosz – alle benutzten sie Dogwoods Agentenring als Informationskanal. Dogwood durchschaute, zumindest halbwegs, die internen Zwistigkeiten der Deutschen. Er hatte klare eigene Vorstellungen: Er glaubte, man könne durch eine möglichst rasche Beendigung des grausamen Kriegs unzählige Leben retten, vor allem auch das Leben vieler Juden. In seinen Augen waren der Holocaust – und er wußte, daß die Vernichtung der Juden stattfand –, die Fortführung des Kriegs und die Drohung einer kommunistischen Machtübernahme in Europa so eng miteinander verwoben, daß er dachte, dies alles auf einen Schlag beenden bzw. abwenden zu können. Nachdem ihn die Amerikaner mit ihrer Reaktion auf von Moltke so enttäuscht hatten, hoffte er, die Verhandlungen mit Hatz würden zu einem ähnlichen Ergebnis führen, wenn nur die Alliierten sich zur Invasion der Balkanstaaten entschließen würden, anstatt die Deutschen in Frankreich frontal anzugreifen. Als er nichts erreichte, zog er sich in maßloser Bitterkeit und Haß auf die Amerikaner zurück, denen er bis zu seinem Tod vorwarf, daß sie nicht gesehen hätten, wie sie das sinnlose Abschlachten von Menschen, auch ihrer eigenen Soldaten, hätten verhindern können. Wäre man jedoch seinem Rat gefolgt, dann hätte das angesichts der Lage in Europa die Basis für ein Wiederaufflackern des Nationalsozialismus in Deutschland schaffen und die sowjetische Vormachtstellung in Osteuropa zuletzt wohl auch nicht verhindern können. Es bestand ein Bündnis mit den Sowjets, und diese waren 1944/45 dabei, Osteuropa und dort die jämmerlich kleine Zahl jüdischer Überlebender aus den Händen einer noch immer starken Wehrmacht zu befreien. Angesichts dessen mußte man Dogwoods Vorstellungen wohl ablehnen, und das hat Schwarz nicht eingesehen.

Nach der rumänischen Kapitulation am 23. August 1944 ging Wisner nach Bukarest, um dort eine OSS-Stelle aufzubauen. Nach Kriegsende war er einer der Hauptakteure, als es darum ging, Weißrussen und vermutlich auch Ukrainer, die bei der SS gedient hatten, in die Vereinigten Staaten zu bringen –

wohl eine Maßnahme des beginnenden Kalten Kriegs. Anscheinend hat er auch mitgeholfen, ehemaligen deutschen Nationalsozialisten den Weg in die westliche Welt zu ebnen.

1946 leitete das Counterintelligence Corps der US Army (der militärische Spionageabwehrdienst CIC) eine Untersuchung der ehemaligen Gestapo-Gruppe in Wien ein. Man wollte herausfinden, wer den Cassia-Ring verraten hatte und wie dieser aufgeflogen war. Einer der verhörten Gestapo-Männer versuchte Schwarz als Doppelagenten anzuschwärzen, aber die Ermittler merkten, daß hier nur einer nach einem Strohhalm griff. CIC-Männer suchten in Österreich nach Schwarz. Doch dieser lebte zunächst, ohne sich zu verstecken, in Istanbul, zog dann tatsächlich nach Wien, arbeitete dort als Direktor einer Bank und ließ sich schließlich in Luzern nieder. Bis zu seinem Tod glaubte er, eine Landung der Alliierten im Balkan hätte die Eroberung Mittel- und Osteuropas durch die Sowjets verhindert. Den Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus im Jahr 1989 hat er nicht mehr erlebt. Möglicherweise hätten diese Ereignisse ihn noch einmal in seinen Ansichten bestätigt.

Die Brand-Grosz-Mission wurde von der SS eingeleitet, vor allem um mit den Amerikanern in Verbindung zu treten. Von Grosz nahm man an, er stehe mit Dogwood in Kontakt. Und man wollte auf den Verbindungen aufbauen, die die Abwehr und die Ungarn durch Hatz, wiederum mit der Vermittlung durch Grosz, bereits etabliert hatten. Himmlers Leute wußten also genauestens Bescheid. Damit haben wir zeigen können, daß Istanbul Himmler wie kein anderer Ort geeignet erscheinen mußte, seine unausgegorenen Versuche zu starten, Optionen mit den Westmächten zu erörtern. Und dies geschah dann auch, insbesondere nach der Übernahme der Abwehr im Frühjahr 1944. Die zentrale Figur auf der amerikanischen Seite war Dogwood, ein tschechischer Jude; und die Hauptfiguren, die von SS und SD ins Spiel geschickt wurden, waren zwei jüdische Kriminelle, nämlich Grosz und Laufer. Wenn wir in Betracht ziehen, daß Himmler, trotz gegenteiliger Weisung durch Hitler, in Schweden weiterhin Edgar J. Klaus (auch ihn hatte man von der Abwehr übernommen) einsetzte, dann scheint es doch ein Grundmuster zu geben: Wiederholt wurden Versuche unternommen, an die Westmächte heranzutreten – teilweise durch

jüdische Agenten.[58] Die Möglichkeit, im Austausch gegen den Aufbau von Kontakten mit dem Westen das Leben einiger Juden anzubieten, wird im Zusammenhang der Brand-Mission im nächsten Kapitel erörtert. Implizit ist das aber auch Bestandteil der Grosz-Mission. Offenbar paßt dieses Grundmuster zur Überzeugung Himmlers, daß die Juden hinter allen Feinden Deutschlands steckten. So konnte das Angebot, Juden freizulassen, als eine Möglichkeit für Deutschland erscheinen, eine vorübergehende Atempause im Krieg gegen England und die Vereinigten Staaten zu erreichen.

9
Verkaufte Seelen – Ungarn 1944

1953 wurde Dr. Israel (Reszö, Rudolf) Kasztner, der Mann, der versucht hatte, ungarische Juden durch Verhandlungen mit den Nationalsozialisten zu befreien, von seinen linksliberalen Freunden im neuen Staat Israel dazu überredet, gegen einen gewissen Malkiel Grünwald Anklage wegen Verleumdung zu erheben. Grünwald, damals bereits ein alter Mann, hatte Kasztner in einer obskuren israelischen Publikation einen Verbrecher genannt. Kasztner habe mit den schlimmsten Feinden des jüdischen Volkes verhandelt und einen Zug voller ungarischer Juden gerettet, dafür aber die übrigen Juden Ungarns ihrem Schicksal überlassen. Zudem habe er Geld veruntreut, das er von Juden für die Zusage ihrer Rettung erhalten hatte. Die Verhandlung wurde Anfang 1954 in Tel Aviv unter dem Vorsitz von Richter Benyamin Halevy eröffnet. Schmuel Tamir, der brillante rechtsgerichtete Verteidiger Grünwalds, verwandelte den Prozeß schnell in ein Tribunal gegen Kasztner, der sich nun seinerseits gegen Grünwalds Vorwürfe zu verteidigen hatte. Es wurde ein langwieriger Prozeß, der mehr als jedes andere Ereignis seit Gründung des Staates Israel die Gefühle in Aufruhr brachte und erbitterte Feindseligkeiten auslöste, die die israelische Gesellschaft nachhaltig prägten. Schließlich wurde Grünwald in allen Punkten freigesprochen; nur über den Vorwurf der Veruntreuung wurde mangels Beweisen nicht entschieden. In seiner Urteilsbegründung formulierte Halevy ein Verdikt, das in Israel bis in die späten achtziger Jahre nachhallen sollte: »Kasztner hat seine Seele dem Teufel verkauft.«

Wir haben es hier mit einer der heikelsten Fragen im Zusammenhang mit dem Holocaust zu tun – mit der Frage, ob Juden möglicherweise hätten gerettet werden können und welche Mittel für eine solche Rettung hätten eingesetzt werden dürfen. Diese Frage bewegte die israelische Gesellschaft und prägte die Nachkriegsgenerationen nicht nur in Israel, sondern auch in den jüdischen Gemeinden im Ausland. Und das wird vermut-

lich auch in Zukunft so bleiben. Läßt oder ließ es sich rechtfertigen, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln, um das Leben von Juden zu retten? Das ist der für die Juden entscheidende Punkt, aus dem sich dann weitere Fragen ergeben. Denn wenn solche Verhandlungen grundsätzlich gerechtfertigt waren, wo lag dann die Grenze, bis zu der man gehen durfte? Was haben führende Mitglieder bedrohter Gemeinden getan, und was hätten sie tun sollen? Und noch einmal, grundsätzlicher: Gab es eine Chance, Juden durch Verhandlungen zu retten?

Es ist legitim, wenn man historische Interpretationen mit ethischen Fragestellungen verbindet. Gefährlich wird es jedoch, wenn man diese mit moralisierenden Predigten verwechselt. Vor allem anderen müssen wir die historische Konstellation klären, aus der heraus sich dann erst die ethischen Fragen stellen. Daher möchte ich zunächst das tatsächliche Geschehen aufzeigen und dessen Interpretation versuchen. Erst dann werde ich, mit aller Zurückhaltung und Vorsicht, etwas zu den allgemeineren Fragen moralischen Verhaltens sagen, die in der Analyse zum Vorschein kommen. Am Ende sollen die Ereignisse in Ungarn dann mit dem Thema dieses Buchs verbunden werden.

Die Juden in Ungarn bildeten eine ganz eigene Gemeinde.

Nach ihrer eigenen patriotischen Legende lebten sie bereits in Ungarn, als die mongolischen Magyaren ins Land kamen: Juden seien nämlich mit den Römern gekommen. Archäologische Funde haben ergeben, daß in der römischen Provinz Pannonia, dem heutigen Ungarn, tatsächlich Juden gelebt haben. Sehr viel später sind Juden aus Byzanz (Konstantinopel) dorthin gezogen, und nach der Eroberung Ungarns durch die Türken im 16. Jahrhundert folgten türkische Juden. Im modernen Ungarn aber haben diese Vorgeschichten so gut wie keine Bedeutung mehr: Hier nämlich gehörten die Juden zu den relativ späten Einwanderern. Sie waren seit dem 18. Jahrhundert aus Böhmen und vor allem Mähren nach Ungarn gekommen, zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch aus dem polnischen Galizien. 1772 und 1795 fielen Teile des südlichen Polens unter die Herrschaft der Habsburger, die nun auch in Ungarn regierten. Im wesentlichen waren die ungarischen Juden also polnischen oder böhmisch-mährischen Ursprungs. Und sie spielten beim Aufbau der unga-

rischen Wirtschaft eine wichtige Rolle. Insofern klang der antisemitische »Vorwurf«, Juden hätten die Wirtschaft Ungarns geführt, durchaus überzeugend.[1] Selbst in die Landwirtschaft hielten die Juden Einzug, teils als Pächter, teils als Besitzer großer oder mittlerer Güter, aber auch als kleine Bauern. Zwar blieben sie in der Landwirtschaft eine Minderheit, aber sie war bemerkbar. Der Handel und das kleine Gewerbe dagegen lagen weitgehend in jüdischen Händen. Jüdische Industrielle nutzten und entwickelten die wenigen natürlichen Ressourcen Ungarns, in Großindustrie und Bankwesen hatten Menschen jüdischer Abstammung großen Einfluß.

In gewisser Weise ist die Assimilation in Ungarn weiter gegangen als in den anderen Ländern Europas. Die religiöse Praxis war in Ungarn wie in Deutschland und im westlichen Europa liberalisiert, und die ungarischen Juden gehörten in ihrer Mehrheit bald zu den sogenannten Reformjuden oder Neologen. Doch selbst wenn die Rabbiner in Ungarn meist Neologen waren, hatten theologische Differenzen für die Gemeinden keine große Bedeutung. Den Gemeindemitgliedern ging es vor allem darum, daß etwas von der Tradition gewahrt blieb. Diese Juden betrachteten sich als Ungarn, die dem jüdischen Glauben angehörten. Als Ungarn waren sie Patrioten, pflegten die Kultur des Landes, wirkten an ihrer Gestaltung als Schriftsteller, Künstler und überhaupt als gebildete Menschen schöpferisch mit. Doch waren nicht nur die Neologen überzeugte Patrioten, auch die Orthodoxen, etwa ein Drittel der ungarischen Juden, verstanden sich so. Mit der Zeit wurde Jiddisch, die Sprache der jüdischen Einwanderer, von diesen Juden immer mehr verpönt, und selbst in ultraorthodoxen Kreisen wurde immer häufiger Ungarisch gesprochen. 1868 spalteten sich die ungarischen Juden in zwei Lager, in Neologen und Orthodoxe; die beiden Gemeinden sprachen kaum miteinander.

Die jüngere Generation der Juden vor und während des Ersten Weltkriegs wurde politisch zunehmend radikaler. Einige von ihnen gehörten zu den Gründern der ungarischen Linken. 1918/19 herrschte in Ungarn für kurze Zeit die Räteregierung unter Bela Kun, einem Juden. Die Mehrheit der Minister waren jüdischer Abstammung, hatten sich vom Judentum jedoch gänzlich losgesagt. Die rechte Konterrevolution brachte Admi-

ral Miklos Horthy an die Macht, der sich zum Reichsverweser erklären ließ, weil der Thron des heiligen Stephan verwaist war. »Weißer« Terror tobte in Ungarn, und die Juden waren, gemessen an ihrer Zahl, vermutlich die größten Leidtragenden.

1920 verlor Ungarn durch den Friedensvertrag von Trianon seine Randprovinzen, etwa sechzig Prozent des bisherigen ungarischen Territoriums, in denen mehrheitlich Nicht-Ungarn lebten: die Slowakei, Karpato-Rußland, Transsilvanien und im Süden die Grenzgebiete, die an Jugoslawien fielen. Die Wiederherstellung eines Großungarn wurde zum Traum der rechten Chauvinisten. Und in ihrer Enttäuschung wandten sie sich gegen die Juden, die »Fremden« im Land, die ohne Schutz waren. Es gab zwar auch eine große deutsche Minderheit, doch viele Ungarn-Deutsche standen auf der Seite Horthys, auch in der Armee dienten sehr viele deutschstämmige Offiziere.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gehörte der Antisemitismus zum politischen Programm der Regierung, obwohl Horthy und seine Clique Verbindungen zu Juden hatten und es viele Mischehen zwischen adligen Grundbesitzern bzw. niederem Adel und Juden gab. Reiche jüdische Familien und das jüdische Bildungsbürgertum gehörten zu den geachteten Schichten der ungarischen Gesellschaft. Zum Beispiel wurde ein Numerus clausus, der 1920 den Zugang von Juden zu selbständigen Berufen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung beschränkte, später wieder aufgehoben. In dem Maße, wie Ungarn im Lauf der dreißiger Jahre unter den Einfluß Deutschlands geriet, verstärkte sich die antisemitische Propaganda. Um sich deutschen Verhältnissen anzupassen und den einflußreicher werdenden ungarischen Faschisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, erließ die Regierung 1938 und 1939 diskriminierende Gesetze, die den Numerus clausus erneut in Kraft setzten. 1940 wurden Juden per Gesetz aus dem Offizierskorps der Armee ausgeschlossen, und statt des regulären Wehrdiensts wurde für Juden ein Arbeitsdienst unter entwürdigenden Bedingungen angeordnet. Für die ungarischen Juden, die im Ersten Weltkrieg tapfer für die österreichisch-ungarische Monarchie gekämpft hatten, war dies ein harter Schlag.

Zwischen 1938 und 1940 erhielt Ungarn mit deutscher Rükkendeckung die Süd-Slowakei, Karpato-Rußland (PKR), das

nördliche Transsilvanien und 1941 auch das jugoslawische Banat zurück. In den wieder annektierten Gebieten, besonders im Norden und im Osten, bildeten die orthodoxen Juden die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung, und in diesen Gebieten sprachen die Juden bei weitem nicht alle Ungarisch. Durch die Annexionen stieg die Zahl der Juden 1941 auf 725007 Menschen, von denen 400980 innerhalb der Grenzen von 1920, des sogenannten »Trianon-Ungarns«, lebten. Viele Juden traten damals zum christlichen Glauben über – nach einer Zählung von 1941 gab es insgesamt 61548 Konvertierte.

Im »Trianon-Ungarn« sank die Geburtenrate innerhalb der jüdischen Bevölkerung, und die Lage dort war vergleichbar mit der in Deutschland vor Hitlers Machtübernahme. 1930, bevor durch die Annexionen die Zahl der Orthodoxen zunahm, waren die meisten der Juden – fünfundsechzig Prozent – Mitglieder der Neologen-Gemeinden, neunundzwanzig Prozent waren orthodoxe Juden, und etwas mehr als fünf Prozent, die sogenannte Status-Quo-Gruppe, gehörten weder zu den Neologen noch zu den Orthodoxen. Beide Hauptgruppen wurden von in den Adelsstand erhobenen Juden geleitet: die Neologen von Hofrat Samu Stern, die Orthodoxen von Fülop von Freudiger. Faschistische, antisemitische Parteien fanden mehr und mehr Zulauf. 1935 erhielt Ferenc Szalasis Partei der Pfeilkreuzler (Nyilas) 49 von 226 Parlamentssitzen und konnte 1939, als sie etwa ein Drittel der Unterhaussitze errang, noch einmal zulegen.

Die Lage der Juden verschlechterte sich zusehends, doch verglichen mit dem Schicksal der polnischen oder deutschen Juden ging es ihnen in Ungarn relativ gut. 1940 waren in den Arbeitsbataillonen 52000 jüdische Männer erfaßt und unterstanden dem Kommando von vielfach fanatisch antisemitischen Offizieren. Vom 27. Juni 1941 an beteiligte sich Ungarn an der Seite des nationalsozialistischen Deutschlands am Angriff auf die Sowjetunion. Diese Entscheidung fiel wohl auch, weil Ungarn unter dem Druck Rumäniens stand. Dessen von Faschisten geführte Regierung hatte sich mit den Nationalsozialisten verbündet, und wenn die Ungarn diesen Schritt nicht ebenfalls vollzogen hätten, mußten sie fürchten, den Einfluß auf das wiedergewonnene nördliche Transsilvanien zu verlieren, das die

Rumänen zurückforderten. Die jüdischen Arbeitsbataillone wurden in die Ukraine verlegt. Von den ungefähr 40000 Männern, die losgeschickt wurden, kehrten 1943 vielleicht fünftausend wieder zurück. Etliche Tausend gerieten in Gefangenschaft oder liefen zu den Russen über. Alle anderen wurden entweder von ungarischen oder deutschen Soldaten ermordet, oder sie starben an Hunger und Kälte. Viele verloren ihr Leben beim Räumen von Minenfeldern. Die Folge war, daß es 1944, als die Deutschen mit ihrem Angriff auf die ungarischen Juden begannen, wenig junge jüdische Männer mehr gab.

Nachdem Ungarn in den Krieg eingetreten war, beschloß die Regierung unter Laszlo Bardossy, alle Juden zu deportieren, die sich nicht als ungarische Staatsbürger ausweisen konnten, besonders in den zurückgewonnenen Gebieten im Norden und Osten Ungarns. Ein Erlaß vom 12. Juli 1941 schuf die rechtliche Grundlage dafür. Viele der 18000 Juden, die in die von Deutschen besetzte Ukraine deportiert wurden, besaßen aber die ungarische Staatsbürgerschaft, andere hatten seit Generationen in ihren Heimatstädten oder -dörfern gelebt, ohne sich um offizielle Dokumente zu kümmern, mit denen sie dies jetzt hätten beweisen können. Die Deportierten wurden in die Gegend von Kamenez-Podolskij gebracht. Zunächst wollten die Deutschen sie nicht aufnehmen – ganz ähnlich hat Eichmann Anfang 1942 auf das Angebot der Slowaken reagiert, slowakische Juden zu deportieren. Am 25. August 1941 stimmte SS Obergruppenführer Friedrich Jeckeln der Aufnahme der Juden zu. Er wollte die Angelegenheit bis zum 1. September geklärt haben. Am 27. und 28. August 1941 wurden 14000 bis 16000 ungarische und einige Tausend ukrainische Juden von der SS, ukrainischen Kollaborateuren und ungarischen Pionieren mit Maschinengewehren erschossen. Als der ungarische Innenminister Ferenc Keresztes-Fischer, einer der wenigen Liberalen, die noch an der Macht waren, von dem Massaker hörte, gebot er den Deportationen Einhalt. Dennoch kam es im Januar 1942 bei Novi-Sad im ungarisch besetzten Nordjugoslawien zu einem weiteren Massaker, dem 3309 Zivilisten, meist Serben, aber auch ungefähr siebenhundert Juden, zum Opfer fielen.[2]

Anfang 1942 bot der ungarische Generalmajor Joszef Heszlenyi, ein fanatischer Antisemit, an, die Deportationen von Tei-

len der jüdischen Bevölkerung fortzusetzen, wobei er sich voll bewußt war, welches Schicksal die deportierten Juden erwartete. Die Deutschen sollten 100000 Deportierte in der Ukraine aufnehmen, lehnten aber wegen »Transportproblemen« ab. Als Ungarn im Juli das Deutsche Reich um eine Überprüfung dieser Ablehnung bat, wandte sich das Auswärtige Amt mit der Frage an das Reichssicherheitshauptamt, ob man die Juden jetzt nicht doch aufnehmen könnte – um sie zu töten, wohlgemerkt. Am 25. September schließlich beschied Eichmann in Himmlers Namen (dieser hat später ausdrücklich zugegeben, daß Eichmann dies auf sein Geheiß formuliert hatte): Der Vorschlag Ungarns sei nur eine Teillösung, und es sei nicht der Mühe wert, die Evakuierungsmaschinerie in Gang zu setzen, wenn die Judenfrage in Ungarn als Ganzes ungelöst bliebe. Eichmann wollte also abwarten, bis Ungarn *alle* seine Juden ausliefern würde.

Einen weiteren, recht eigentümlichen Vorstoß unternahm Gedeon von Fay-Halasz, Privatsekretär von Premierminister Miklos Kallay und Beamter im Außenministerium, bei Dieter Wisliceny, als dieser Anfang Oktober 1942 zu Besuch in Budapest war. Am 13. Oktober wiederholte Fay-Halasz, ein Komplize von Generalmajor Heszlenyi, das Angebot, 100000 Juden zu deportieren: Dies könne gleichzeitig mit den geplanten Deportationen aus Rumänien geschehen. Man könne durchaus alle Juden aus Ungarn herausschaffen, dies müsse allerdings in mehreren Phasen geschehen. Als letztes könne man dann die Juden aus Budapest deportieren. Wisliceny, der, wie er selbst betont hat, in privaten Angelegenheiten in Budapest war, erklärte sich bereit, Eichmann von dem Treffen zu berichten. Diesmal intervenierte Himmler selbst. In einem Brief an Ribbentrop vom 11. November 1942 schlug er vor, das ungarische Angebot weiterzuverfolgen und die ungarische Judenfrage zu »lösen«. Doch Dietrich von Jagow, der deutsche Botschafter in Budapest, äußerte Zweifel: Ob denn dies Angebot mit Wissen der ungarischen Regierung unterbreitet worden sei? Aus welchem Grund auch immer, die Sache wurde nicht weiterverfolgt, die Ungarn haben ihre Vorschläge anscheinend zurückgezogen.

In der bisherigen Forschung zum Schicksal der ungarischen Juden sind diese Ereignisse, die sich immerhin ein ganzes Jahr hinzogen, nicht untersucht worden. Offenbar haben der unga-

rische Generalstab oder einige seiner Mitglieder auf eigene Faust und ohne Ministerpräsident Kallays Wissen gehandelt.[3] Dieser verhielt sich zu jener Zeit den Deutschen gegenüber etwas reservierter, weil er dabei war, einen Vorstoß bei den westlichen Alliierten vorzubereiten, mit dem sich Ungarn aus dem Krieg herausziehen wollte. Man hat behauptet, daß sich Kallay auch darum bemüht habe, die Lage der Juden zu verbessern. Es ist nicht wahrscheinlich, daß er seine Politik durch die Deportationspläne der Generäle gefährdet hätte. Aber wie konnten die genannten Vorschläge überhaupt ein ganzes Jahr lang wiederholt vorgebracht (und mit deutschen Gegenvorschlägen beantwortet) werden, ohne daß die ungarische Regierung davon erfahren hat? Die dargestellten Ereignisse bleiben rätselhaft.[4]

Im Frühjahr 1942 flüchteten sieben- bis achttausend slowakische Juden nach Ungarn. Sie und eine Handvoll polnischer Juden, die vor den Massenmorden in Polen über die Berge nach Karpato-Rußland und weiter nach Budapest geflohen waren, hatten große Schwierigkeiten, in Ungarn Zuflucht zu finden. Nicht nur war die Fremdenpolizei hinter ihnen her, auch die Neologen-Gemeinden und ebenso auch viele der Orthodoxen gewährten nur zögernd und spärlich Hilfe. Zu ihrem Glück hatten viele slowakische Juden Verwandte in Ungarn, die sie unterstützten, und für die polnischen Juden stand, wenn auch in vielen Fällen widerwillig, die offizielle polnische Diaspora ein – Ungarn hatte Flüchtlingen aus dem von Deutschland besetzten Polen Zuflucht geboten, was den traditionellen freundschaftlichen Bindungen zwischen Ungarn und Polen entsprach.

Es ist eine der brisantesten Fragen, die ganz direkt mit unserem Thema zusammenhängen, ob ungarische Juden von der Ermordung der Juden in anderen Ländern »wußten«. Mit anderen Worten: Wußten sie von dem, was wir Holocaust nennen? Drei Punkte einer Antwort haben wir schon berührt. Erstens: Die Juden, die mit den Arbeitsbataillonen in die Ukraine geschickt worden waren, haben gesehen, was dort mit den Juden geschah. Fünftausend waren im Sommer 1943 aus dem »Arbeitsdienst« zurückgekehrt, und man kann annehmen, daß sie ihren Familien und den Gemeinden von dem, was sie erlebt hatten, berichteten. Ebenso werden nicht-jüdische Ungarn, Offiziere und Soldaten im Heimaturlaub, den Menschen zu Hause erzählt ha-

ben, was in der Sowjetunion vor sich ging. Zweitens: Zwischen 1942 und 1944 sind zwei- bis zweieinhalbtausend polnische Juden nach Ungarn geflohen. Sie hatten den Holocaust mit eigenen Augen gesehen, und sie ließen sich hauptsächlich unter Juden in den Großstädten und kleineren Städten nieder. Sie haben ihre Geschichte allen, die es hören wollten, erzählt. Aber viele wollten nichts davon wissen. Drittens: Slowakische Juden sind 1942 nach Ungarn geflohen, hatten aber weiterhin Verbindungen in die Slowakei. Also haben auch Tausende von slowakischen Juden ihren ungarisch-jüdischen Freunden erzählen können, was sie von ihren Angehörigen aus der Slowakei erfahren hatten.

Der ungarische Sender der BBC, der in Ungarn in der gebildeten – jüdischen und nicht-jüdischen – Mittelschicht von vielen gehört wurde, berichtete im Juni und Juli sowie noch einmal im Dezember 1942 über die Massenmorde an den Juden.[5] Darüber hinaus verbreiteten einzelne Menschen, wie die Ordensschwester Margit Szlachta, die Ende 1942 nach Rom gereist war, um im Vatikan von der Ermordung der Juden zu berichten, die Geschichten unter ihren Freunden. Und wir dürfen auch nicht die Wirkung der Massaker in Kamenez-Podolskij vergessen. Daß die Juden dort ermordet worden waren, war allgemein bekannt. Hier hat die Vorstellung, daß Deportation den Tod bedeutete, ihren Ursprung.

Auch vor dem März 1944 gab es also ausreichend Informationen über das Schicksal der Juden im nationalsozialistisch beherrschten Europa. Ein sehr interessantes Indiz wird von einem ungarischen Schriftsteller geliefert, der im Winter 1942/43 zusammen mit Kasztner (und Joel Brand, einem wichtigen Mitglied von Kasztners Komitee) von zwei Flüchtlingen aus der Slowakei hörte, daß die slowakischen Juden »von den Deutschen deportiert und ermordet worden waren«. Der Ungar fügt hinzu: »Wir waren keineswegs überrascht, da wir von ungarischen Soldaten und jüdischen Wehrpflichtigen, die von der Ostfront zurückgekehrt waren, bereits viel über die Massaker gehört hatten.« Gleiches hatte der Schriftsteller auch von anderen Flüchtlingen aus Mitteleuropa und Polen, vom BBC und den gegen das NS-Regime gerichteten Radiobotschaften des berühmten Thomas Mann gehört. »Keinem Juden in Ungarn,

nicht einmal im abgelegensten Dorf, konnte die Bedrohung verborgen bleiben.«[6]

Bleibt die Frage, wie weit diese Nachrichten auch verinnerlicht wurden und sich in ein Bewußtsein von den Vorgängen verwandelt haben. Es ist recht wahrscheinlich, daß sich derartige Nachrichten in den Dörfern und unter weniger gebildeten Städtern nur sehr langsam oder aber verworren verbreiteten. Daß sie diesen Menschen jedoch völlig verborgen blieben, kann man kaum glauben. Da das Gehörte so lebensbedrohlich war, wurde es weitgehend verdrängt. Während des Prozesses in Israel wurde Kasztner vorgeworfen, er habe den ungarischen Juden nicht mitgeteilt, was ihm an Nachrichten aus Polen zur Verfügung stand. Aber dem wäre zu entgegnen, daß er ja nicht der einzige im Besitz solcher Nachrichten war – die meisten ungarischen Juden wußten ebenfalls davon. Aber entweder haben sie das Gehörte nicht glauben und sich darum auch nicht entsprechend verhalten können, oder sie sahen keine Möglichkeit, entsprechend zu handeln. Kasztner selbst war ein Unbekannter aus den unlängst annektierten Gebieten. Er hatte keine Möglichkeit, die Nachrichten, die er besaß, an ungarische Juden weiterzugeben. Und wenn er denn Gesprächspartner gehabt hätte, dann hätte er wahrscheinlich kein Gehör gefunden. Seine Warnungen hätte man in den Wind geschlagen und ihm, dem Unbekannten ohne Autorität, einfach nicht geglaubt.

Dazu kommt, daß die Nationalsozialisten und ihre ungarischen Verbündeten ihre Täuschungsmanöver äußerst geschickt inszenierten. Vor dem Abtransport erzählten sie den Menschen, sie würden in deutsche Arbeitslager gebracht werden, und gaben sogar die Namen dieser angeblichen Lager bekannt. Weil die ungarischen Juden nirgendwohin fliehen konnten und weil ihre braven ungarischen Nachbarn auch keinerlei Anteil an ihrem Schicksal nahmen, mußten sie solchen Erklärungen wohl oder übel Glauben schenken. Die deutschen Lügen und die innere Notwendigkeit für die Juden, solchen Lügen zu glauben, verhinderten ebenfalls, daß sich die verfügbaren Nachrichten in aktives Wissen verwandelten.[7] Es gab (und gibt) jedoch auf seiten der Überlebenden und ihrer Familien eine verständliche Neigung, äußere Faktoren für ihr Verhalten kurz vor und während der Deportationen verantwortlich zu

machen und zu behaupten, sie hätten von dem Massenmord nichts gewußt.

Rudolf Kasztner, 1906 geboren, war ein Journalist aus Cluj (ungarisch: Kolosvar; deutsch: Klausenburg) im nördlichen Transsilvanien. Er gehörte der linksliberalen zionistischen Gruppe Ihud an, der Diaspora-Organisation der jüdischen Arbeiterpartei in Palästina, bekannt als Mapai. Bereits vor der Annexion Transsilvaniens durch Ungarn im Jahr 1940 war Kasztner Berichterstatter am rumänischen Parlament in Bukarest gewesen. Als er dann ungarischer Staatsbürger wurde, übersiedelte er nach Budapest. Die zionistische Bewegung war in Ungarn – und anders als in Rumänien, wo es viele Zionisten unter den Juden gab – sehr schwach, und die Gruppe der Ihud, auf die er in Ungarn stieß, hatte noch weniger Bedeutung. Nur etwa fünf Prozent der ungarischen Juden waren Anhänger des Zionismus. Kein Wunder, wenn sich die Juden in Ungarn, wie wir gesehen haben, als Ungarn und ungarische Patrioten verstanden, während die Zionisten in den Juden eine Nation sahen, die nach Palästina gehen sollte. Zwar stammt Theodor Herzl, der Begründer des modernen Zionismus, aus Ungarn, doch hatte das auf die ungarische Gemeinde keinen Einfluß. Dennoch traf Kasztner in Budapest auf einige Gleichgesinnte, unter ihnen ein Abenteurer namens Joel Brand.

Brand wurde 1906 geboren, und er stammt aus Transsilvanien (aus Naszod). Aufgewachsen ist er im deutschen Erfurt, wohin seine Familie 1910 oder 1911 übersiedelt war. Er wurde Mitglied der KPD und war für die Komintern als Matrose und Gelegenheitsarbeiter in Nord- und Südamerika sowie in den Tropen tätig. Als Kader und Funktionär der KPD stieg er in Thüringen zu einem mittleren Rang auf und wurde verhaftet, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen. 1934 entließ man ihn, vermutlich wegen seiner ausländischen Staatsbürgerschaft, aus der Haft, und er ging zunächst nach Transsilvanien und ließ sich dann in Budapest nieder. Dort schloß er sich der zionistischen Bewegung an, genauer gesagt einer von der Mapai (bzw. Ihud) geleiteten Jugendorganisation. Er versuchte, seine Auswanderung nach Palästina vorzubereiten, war aber mit seiner Rastlosigkeit und seiner Vorliebe für das Großstadtleben, für Kaffeehäuser, Bars und Alkohol nicht der Typus des Pioniers.

Um die Erlaubnis zur Einreise nach Palästina zu erhalten, schloß er 1935 eine Scheinehe, die zu einer wirklichen Ehe wurde. Hansi Hartmann, seine Frau, gründete eine kleine Handschuhfabrik, und Brand arbeitete als deren Handelsvertreter. In den Kaffeehäusern und Clubs, in denen er viel Zeit verbrachte, lernte er Joszef Krem kennen, einen ungarischen Geheimdienstagenten, der unbedingt Geld verdienen wollte. Als Hansi Brands Schwester im Sommer 1941 mit den anderen Juden nach Kamenez-Podolskij deportiert worden war, wandte sich Brand an Krem, der Brands Schwägerin für eine ziemlich große Summe wieder freibekam. Brand berichtete anderen Familien davon, und auch deren Angehörige wurden von Krem gegen Bezahlung zurückgeholt. Von da an beteiligte er sich aktiv an der Unterstützung und dem Herausschmuggeln von Flüchtlingen. Er tat sich mit Kasztner und Samuel Springmann zusammen. Dieser, ebenfalls ein linksliberaler Zionist, besaß ein Juweliergeschäft und übernahm in der Gruppe die Funktion des Schatzmeisters. Im Dezember 1941 versuchte Kasztner, zusammen mit den ungarischen Sozialdemokraten Flüchtlingshilfe zu organisieren, doch die Nicht-Juden zeigten kein Interesse. Im Herbst 1943 nahm er noch einmal mit einigen Sozialdemokraten Kontakt auf, darunter Illes Monus, der Herausgeber der Parteizeitung *Nepszava*. Aber auch dieser Versuch scheiterte. Die Sozialisten waren nicht bereit, ihr Leben für die Juden aufs Spiel zu setzen.[8]

Für die ungarische Gemeinde waren Menschen wie Kasztner und Brand Randfiguren – sie waren völlig unbekannt und darüber hinaus Ausländer. Auch Springmann kam aus Polen. Außerdem waren sie Zionisten. Erst als Otto Komoly, ein angesehener Budapester Ingenieur, Reserveoffizier und Kriegsveteran, zum Vorsitzenden und Koordinator der Gruppe wurde, änderte sich die Situation. Anfang 1943 war das Unterstützungs- und Rettungskomitee bereits organisiert. Bekannt unter dem hebräischen Namen *Va'adat Ezrah Vehatzalah*, vereinigte es Vertreter verschiedener Gruppen der zionistischen Bewegung: Komoly, ein Mitglied der Allgemeinen Zionisten (der Liberalen Zionistischen Partei), die religiösen Zionisten Moshe Krausz und Eugen Frankel sowie Ernst (Ernö) Szilagyi, der das linksgerichtete Haschomer Hazair vertrat.

Im Oktober 1942 hat Springmann Kontakt zu Bandi (Andor, Antal) Grosz aufgenommen. Als die Istanbuler Emissäre der Jewish Agency die Budapester Zionisten aufforderten, ein Hilfskomitee zu gründen, wurde Grosz der wichtigste Kurier, der als offizieller Vertreter der Ungarischen Donauschiffahrtsgesellschaft nach Istanbul reiste. Anscheinend war es Grosz, der als Verbindungsmann zwischen der *Vaada*, wie wir das ungarische Unterstützungs- und Rettungskomitee nennen werden, und der Budapester Gruppe der deutschen Abwehr fungierte. Ein anderer wichtiger Kurier war »Josi« oder »Josko« (Josef) Wieninger oder Winninger (alias Duftel), der Briefe und Gelder gegen Bezahlung sogar in die polnischen Ghettos brachte. Brand stellte die Hauptverbindung zu Grosz und den Leuten von der Abwehr dar, und er war zuständig für die Befreiungsaktionen in Polen und der Slowakei.

Nach Angaben Brands bat ihn die Abwehr, den Emissären der palästinensischen Zionisten in Istanbul eine Liste der deutschen Regimegegner vorzulegen, die auf diesem Weg offenbar den westlichen Alliierten zugespielt werden sollte.[9] Vielleicht eine Erfindung von Brand, doch besteht kein Zweifel daran, daß beide Seiten von dieser Verbindung profitierten: Winninger und vermutlich auch Grosz und Erich Wehner (Eric Popescu) photographierten die Briefe, die hin- und hergingen, und sandten sie an die Wiener Abwehrstelle. Solange die Abwehr eine unabhängige Organisation war, in deren Führung Regimegegner saßen, war dies vergleichsweise ungefährlich. Das änderte sich, als die Abwehr vom SD übernommen wurde. Die Abwehrstelle Budapest bestand hauptsächlich aus geldgierigen Agenten, die in die eigene Tasche wirtschafteten. Ihre einzige Verbindung zu den westlichen Mächten war, via Istanbul, Grosz – Winninger und Wehner kannten anscheinend nur die Emissäre der Jewish Agency. Grosz ließ sich, wie wir gesehen haben, von den Amerikanern anwerben und hatte Beziehungen zum britischen und zum polnischen Geheimdienst in Istanbul.

Am 14. März 1944 berichtete Winninger Brand, daß die Deutschen den Einmarsch in Ungarn vorbereiteten. Am 17. März wurde diese Nachricht der Jewish Agency in Istanbul überbracht. Doch es war bereits zu spät. Am 19. März, einem Sonntag, marschierten deutsche Truppen in Ungarn ein, und

die Ungarn leisteten keinen Widerstand, obwohl die deutschen Verbände recht schwach waren.

Der deutsche Einmarsch in Ungarn, unter dem Tarnnamen »Operation Margarethe«, hatte zwar auch mit der in deutschen Augen nicht genügend entschiedenen anti-jüdischen Politik der Ungarn zu tun, doch war dies nicht der eigentliche Grund dafür. Hitler hatte Horthy am 17. und 18. März nach Schloß Klessheim in Österreich zitiert. In den Gesprächen ging es vor allem um Ungarns Teilnahme am Krieg gegen die Sowjetunion. Die Deutschen hatten, wie wir wissen, Wind davon bekommen, daß Ungarn nach separaten Friedensverhandlungen mit den Westmächten suchte. Aber Hitler kam auch auf die »Judenfrage« zu sprechen. Er war fest überzeugt, daß sich der zunehmende Einfluß der Juden gegen Deutschland richtete. Ungarn müsse zu einer radikalen »Lösung der Judenfrage« finden. Unmißverständlich deutete Ribbentrop an, daß die Juden in Polen getötet würden. Horthy wurde gezwungen, der Besetzung Ungarns zuzustimmen, und sein neuer Ministerpräsident Döme Sztojay sollte Maßnahmen gegen die Juden einleiten. Aller Wahrscheinlichkeit nach war sich Horthy nicht völlig im klaren darüber, was geschehen würde. Aber selbst wenn dies anders gewesen wäre, ist es fraglich, ob er sich gewehrt hätte. Mit den SS-Truppen kam auch Eichmanns Sondereinsatzkommando, dessen Aufgabe es war, die ungarischen Juden in die Todeslager zu deportieren. Im Innenministerium, das Andor Jaross leitete, wurden mit Laszlo Endre und Laszlo Baky zwei Sympathisanten von Szalasis Pfeilkreuzlern zu Staatssekretären ernannt, die Eichmann bei seiner Aufgabe unterstützen sollten.

Sechs Wochen vor dem Einmarsch in Ungarn hatte Hitler befohlen, Canaris zu entlassen und die Abwehr in den SD einzugliedern. Dies wiederum hat Himmlers Stellung im Reich weiter gefestigt. Und während dieser Umwandlung fand der geplante Einmarsch in Ungarn statt: unter der Führung von SS-Truppen. Das spiegelt sich auch in der Hierarchie wider, die die deutschen Bürokraten in Ungarn einführten. Deutscher Botschafter und Generalbevollmächtigter war Edmund Veesenmayer, ein überzeugter Nationalsozialist und ranghoher SS-Mann. Veesenmayer hatte sich mit Ribbentrop angelegt, hatte sein Entlassungsgesuch eingereicht und war von Ribbentrop

zurückbeordert worden. Zu Himmler hatte er gute Beziehungen. Die SS-Sicherheitsorgane in Ungarn unterstanden Otto Winkelmann, der die wenigen Offiziere des Reichssicherheitshauptamts wirkungsvoll über ganz Ungarn verteilte. Ihre Koordination im Hinblick auf die »Judenfrage« übernahm Theodor Horst Grell, der zu Veesenmayers diplomatischem Personal gehörte. Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamts, die Gestapo, war durch eine Reihe von Offizieren vertreten, doch Eichmann agierte weitgehend unabhängig von ihnen, da er direkt an Müller und, wenn erforderlich, vermutlich auch an Himmler berichtete. Ein weiterer, sehr wichtiger Vertreter des Reichssicherheitshauptamts war der Budapester Leiter des SD (Amt VI), Obersturmbannführer Gerhard Clages, im gleichen Rang wie Eichmann.

Beim Einmarsch der Deutschen wurde Brand von Winninger rasch aus dem Verkehr gezogen und in der Wohnung von Rudolf (Rudi) Scholz oder Schulz, einem Abwehragenten, vor der SS versteckt.[10] Grosz hatte weniger Glück; er wurde gefaßt und dem SD in Budapest übergeben. Dennoch gelang es ihm später, wie Brand in der Wohnung von Scholz unterzutauchen. Winninger nutzte die Gelegenheit, Brand um Geld (je nach Informationsquelle sollen es 8000 oder 20000 US Dollar gewesen sein) und um Wertgegenstände zu »erleichtern«.

Zu Eichmanns Truppe gehörte auch Wisliceny. Er brachte Briefe aus der Slowakei mit, die Weissmandel im Namen der Arbeitsgruppe an drei Personen in Budapest gerichtet hatte, die, wie er glaubte, mutig und engagiert genug waren, um mit der SS zu verhandeln, so wie es die slowakische Arbeitsgruppe getan hatte. Diese drei Personen waren Freudiger, den Weissmandel offenbar für den geeignetsten Vertreter des orthodoxen Lagers hielt, Baronin Edith Weiss, ein einflußreiches Mitglied der reichsten und wirtschaftlich bedeutendsten jüdischen Familie in Ungarn, die unter Umständen bei den Liberalen etwas erreichen konnte, und, anscheinend auf Vorschlag der slowakischen Zionisten, Rudolf-Reszö Kasztner als dem Vertreter der kleinen Zionistengruppe in Ungarn. Doch Edith Weiss war untergetaucht, und Freudiger entpuppte sich als ängstlicher Mann, der vor allem sich selbst, seine Familie und einige orthodoxe Freunde retten wollte. Zwei Tage nach dem Einmarsch in Bu-

dapest wandte sich Freudiger an Wisliceny, um ein Wort für seinen verhafteten Bruder einzulegen. Sonst wurde er nur noch für eine Gruppe orthodoxer Juden aktiv, die er in »Kasztners Zug« brachte (siehe unten). Im August 1944, nachdem er Wisliceny und einen rumänischen Gesandten in Budapest bestochen hatte, gelang ihm und seiner Familie zusammen mit einigen Freunden die Flucht nach Rumänien. So blieb nur noch Kasztner.

Am 21. März 1944 befahlen die Deutschen die Gründung eines Judenrats in Budapest, der alle Juden des Landes vertreten sollte – so, wie der Amsterdamer Judenrat alle niederländischen Juden vertrat. Vorsitzender des ungarischen Judenrats war Samu Stern, im Vorstand waren Neologen und Orthodoxe, dazu assimilierte und später auch konvertierte Juden vertreten. Kasztner und die Mitglieder der *Vaada* waren weder im März noch später Mitglieder des Judenrats; das war für sie einerseits eine Frage des Prinzips, hatte zum andern auch damit zu tun, daß sie eine kleine Minderheitengruppe bildeten. Die Zionisten hatten einen nominellen Vertreter im Judenrat. Ende Oktober 1944 sollte sich Komoly als Vertreter der *Vaada* einem ganz anders zusammengesetzten Judenrat anschließen.

Die Verfolgung der Juden geschah zum großen Teil auf ungarische Initiative, Eichmann mußte nicht sehr drängen. Am 29. März 1944 schlug Jaross vor, den Juden das Tragen eines gelben Sterns vorzuschreiben; am 7. April wurde dies gesetzlich verfügt. Am 4. April bereitete man die Einrichtung von Ghettos vor; drei Tage später gingen die entsprechenden Anweisungen an die einzelnen Provinzen.

Der deutschen Industrie fehlten Arbeitskräfte. Aufgrund der großen Verluste an der russischen Front wurden immer mehr Deutsche einberufen. Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, rekrutierte Arbeitskräfte überall im nationalsozialistischen Europa, zunächst durch Überredung, dann immer häufiger mit Gewalt. Millionen von Menschen wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, wo man sie entsprechend ihrer Herkunft behandelte: am schlechtesten ging es den »Ostarbeitern« aus den sowjetischen Gebieten, dann kamen die Polen, dann die übrigen. Im Frühjahr 1944 schaltete sich Hitler in die Beratungen über eine drastische An-

kurbelung der Flugzeugproduktion ein. Deutsche Ingenieure und Industrielle arbeiteten an der Entwicklung von düsengetriebenen Kampfflugzeugen und Raketen, daneben mußten die Maschinen ersetzt werden, die im Abwehrkampf gegen die angloamerikanischen Bombergeschwader verlorengegangen waren. Der sogenannte Jäger-Plan für die Produktion von Flugzeugen und den entsprechenden Rüstungsgütern wurde verabschiedet. Man brauchte dafür mehr Hilfsarbeiter und angelernte Arbeitskräfte. Man kam auf die Idee, zunächst 50000, dann 100000 jüdische Arbeiter aus Ungarn anzufordern. Die Mordpolitik der SS und die Ausbeutung jüdischer Arbeitskräfte waren eng miteinander verbunden; im Fall von Ungarn wurden beide Strategien jedoch getrennt verwirklicht. Die SS hatte Ungarn in ihre Planungen für die »Endlösung« miteinbezogen, der Bedarf an Arbeitskräften für den Jäger-Plan dagegen war nur vorübergehend. Beide Pläne trafen sich in einem Punkt. Den Nationalsozialisten erschien das praktikabel, denn so hatte man einen guten Vorwand, von der ungarischen Regierung, insbesondere von Horthy, die Zustimmung zur Deportation von Juden zu verlangen: 100000 Juden und deren Familien oder, mit anderen Worten, alle damals in Ungarn lebenden Juden sollten »als Arbeitskräfte« nach Deutschland deportiert werden. Dort konnte, wer noch arbeitsfähig war, zur Zwangsarbeit herangezogen werden, die anderen sollten ermordet werden.

Am 28. April 1944 fuhr der erste Zug mit ungarischen Juden Richtung Auschwitz; die großen Deportationen begannen am 14. Mai. Die ersten Gebiete, aus denen Juden deportiert wurden, waren die wieder annektierten Gebiete Karpato-Rußland und Transsilvanien. Der russische Vormarsch bedrohte diese Gebiete Ungarns bereits, und militärische Sachzwänge konnten als Vorwand für die Greueltaten benutzt werden, die nun stattfanden. Wir müssen uns vor Augen halten, wie plötzlich das über die Juden hereinbrach. Am 18. März 1944 noch waren sie freie, wenn auch in ihren Rechten eingeschränkte Bürger, bis dahin konnten sie sich relativ frei bewegen und ihren Geschäften nachgehen. Vier Wochen später wurden sie – überall, außer in Budapest – in Übergangsghettos zusammengepfercht, gewöhnlich in verlassenen Steinbrüchen oder Ziegeleien, ohne ausreichende Nahrung, unter äußerst beengten und hygienisch

katastrophalen Bedingungen, mitunter hatten sie nicht einmal ein Dach über dem Kopf. Weitere vier Wochen später wurden sie durchsucht, mißhandelt, gedemütigt, geschlagen und in versiegelten Viehwagen nach Auschwitz gebracht. Und all dies verübten nicht deutsche Soldaten, sondern ungarische Polizisten unter der lockeren, doch wirksamen Überwachung durch Eichmanns Männer. Einer von ihnen war Wisliceny.

Vom 14. Mai bis zum 7. Juli 1944 wurden nach deutschen Angaben 437000 Juden nach Auschwitz deportiert. Zurück blieben die 250000 Juden in Budapest, die Männer in den Arbeitsbataillonen sowie die konvertierten Juden, die der Deportation als Christen zu entgehen hofften. Von den nach Auschwitz deportierten Juden wurde etwa ein Viertel ins Konzentrationslager von Auschwitz gebracht oder, und dies war der größere Teil, als Zwangsarbeiter in Rüstungsfabriken nach Deutschland geschickt. Eine genaue Zahl läßt sich nicht ermitteln. Nach dem Krieg kehrten insgesamt 72000 Juden aus deutschen Lagern zurück; darunter auch die, die in den Arbeitsbataillonen gewesen waren. Geht man davon aus, daß am Ende des Kriegs wenigstens die Hälfte der ungarischen Juden in Lagern oder auf den Todesmärschen umgekommen waren, und berücksichtigt man einen gewissen Prozentsatz für die Arbeitsbataillone, dann betrug die Zahl der Zwangsarbeiter 100000 bis 110000: ein Viertel aller Deportierten. Diese Zahl würde mit den Angaben übereinstimmen, die Rudolf Höß, der Kommandant von Auschwitz, nach dem Krieg gemacht hat. Drei Viertel der ungarischen Juden dagegen wurden ermordet: Kinder, ältere Menschen, Mütter mit Kindern und viele Männer. Sie alle wurden vergast und verbrannt, ihre Asche wurde über den Boden von Auschwitz verstreut.

Die offiziellen Führer des Judenrats gehörten zur jüdischen Elite des oberen Mittelstands. Sie waren treue und gesetzesfürchtige ungarische Bürger und aufgrund ihres Lebensstils und ihrer Ansichten nur schlecht auf diese Katastrophe vorbereitet. Sie verfügten über die notwendigen Informationen – über die Kanäle, von denen bereits die Rede war, und nun auch durch die sogenannten Auschwitz-Protokolle. Rudolf Vrba und Alfred Wetzler, zwei Häftlinge, konnten am 7. April 1944 aus Auschwitz fliehen und haben kurz darauf ihren Bericht verfaßt.

Er muß, vielleicht über Kasztner, Ende April nach Budapest gelangt sein, wo er führenden Mitgliedern des Judenrats übergeben wurde. Doch Leute wie Samu Stern waren völlig hilflos. Sie versuchten, sich an »ihre« Regierung zu wenden, insbesondere an Horthy selbst. Doch dieser wollte nicht eingreifen oder helfen. Um zum richtigen Zeitpunkt Stellung zu beziehen, fehlten ihm die politischen, charakterlichen und auch intellektuellen Fähigkeiten. Von der ungarischen Regierung im Stich gelassen, der SS auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und weder gewohnt noch fähig, irgendwelche gesetzeswidrigen Handlungen zu begehen, befolgte der Judenrat die Befehle der Nationalsozialisten. Es gibt allerdings Berichte, daß hier und da versucht wurde, diese zu umgehen.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Mitglieder der ungarischen Regierung wußten, wer und was die Juden in Polen erwartete. Sie hatten Zugang zu den gleichen Nachrichtenquellen wie die Juden, außerdem standen viele der ungarischen Täter während dieser ganzen Zeit in enger Verbindung zu den Deutschen. Vermutlich wußten sie zunächst keine Einzelheiten über das Geschehen in Auschwitz. Im Mai oder Juni jedoch erhielten auch eine Anzahl Ungarn Kopien der Auschwitzprotokolle; allem Anschein nach sorgte vor allem Joszef Elias dafür, der Leiter der protestantischen Jo Pasztor Gesellschaft. Er habe die Protokolle von einem gewissen Geza Soos erhalten, einem Beamten des ungarischen Außenministeriums, der eine kleine liberale Widerstandsgruppe leitete. Dem wiederum wurden sie vermutlich von Kasztner oder Komoly zugespielt, denn Elias behauptet, er habe sie Ende April oder Anfang Mai bekommen, und aus einer anderen Quelle wissen wir, daß sie Kasztner Ende April in Bratislava übergeben wurden. Maria Szekely, die Sekretärin von Elias, übersetzte das Dokument ins Ungarische. Sechs Kopien wurden angefertigt. Eine davon ging an Horthys Schwiegertochter, die anderen an Kardinal Justinian Seredi, an den kalvinistischen Bischof Laszlo Ravasz, an Sandor Raffay, den Bischof der Lutherischen Kirche, an Komoly und an Soos. Keiner von ihnen wird diese Nachrichten für sich behalten haben. Des weiteren behauptet Ernö Petö, ein bekanntes Mitglied des Judenrats, daß er die ungarischen Protokolle an Horthys Sohn, an den päpstlichen Nuntius Angelo Rotta und an Finanz-

minister Lajos Remenyi-Schneller weitergegeben habe. Andere Kopien erreichten die Schweiz und die Alliierten. Die Protokolle waren also weit gestreut, bevor mit den Deportationen begonnen wurde.[11]

Die Auschwitzprotokolle hatten zweifellos sofort eine große Wirkung. Ende Juni 1944 mußten Horthy und seine Bande sich vermutlich eingestehen, daß sie und andere Ungarn aktiv daran beteiligt waren, Hunderttausende von ungarischen Bürgern in die Gaskammer zu schicken. Sie bekamen den Druck zu spüren, der von Roosevelts War Refugee Board (WRB) ausging.[12] Auch jüdische Organisationen bemühten sich nun sehr aktiv darum, ihren ungarischen Brüdern und Schwestern zu helfen.

All diese Aktivitäten führten zu hektischen, direkten und indirekten Interventionen seitens der Alliierten und auch neutraler Staaten, die zuletzt zur Einstellung der Deportationen führten. Am 26. Juni 1944 fand ein Treffen des ungarischen Ministerrats statt, das eine Wende einleitete. In dieser Sitzung wurde beschlossen, die Auswanderung von 7800 Juden zu genehmigen. Etwa 7000 von ihnen kamen, durch Vermittlung der Schweiz, in den Besitz von Reisepapieren für Palästina, andere hatten schwedische oder sonstige Schutzpapiere. Die Deutschen gaben vor, der Auswanderung zuzustimmen, weil sie hofften, die Ungarn auf diese Weise zur Deportation der übrigen ungarischen Juden bewegen zu können: als Gegenleistung für die Zusage – ob sie nun eingehalten werden sollte oder nicht –, einige Juden ausreisen zu lassen.

Moshe Krausz, der Leiter des Palästina-Büros, das die Einreisebewilligungen für Palästina ausstellte, betrachtete die Einwilligung der Deutschen als großen Sieg, als Bestätigung für seine Opposition gegen Kasztners Politik der Verhandlungen mit den Deutschen. Krausz hatte bei der Schweizer Gesandtschaft Zuflucht gefunden, die die britischen Interessen in Ungarn vertrat. Es gelang ihm, die von den Deutschen noch nicht bestätigten Einzelausreisegenehmigungen in Ausreisegenehmigungen für 7800 Familien zu verwandeln, womit etwa 40000 Auswanderer das Land hätten verlassen können. Er überredete Charles Lutz, den Vizekonsul der Schweizer, entsprechende Schutzpapiere auszustellen. Solche Papiere wurden später für eine kleinere Anzahl von Juden von Raoul Wallenberg für Schweden und andere

neutrale Staaten nachgeahmt. Es kam dann doch nicht zur Ausreise, wie wir sehen werden; doch nun griffen andere die Idee auf, Schutzpapiere auszustellen, und konnten damit eine große Zahl von Juden aus Budapest retten.

Was hätten die ungarischen Juden in dieser Situation tun können, und worin genau bestanden die Möglichkeiten, über die die *Vaada* verfügte?

Die Gruppe machte sich keinerlei Illusionen über die Absichten der Nationalsozialisten. Aber es machten sich gruppenintern Differenzen zwischen den »Erwachsenen« – den jüngeren Freiberuflern wie Komoly und Kasztner – einerseits und den Mitgliedern der zionistischen Jugendbewegung andererseits bemerkbar. In der ungarischen Jugendbewegung waren hauptsächlich die folgenden Gruppen vertreten: Haschomer Hazair, Maccabi Hazair, die aus einer Sportorganisation entstanden war, die religiöse Jugendbewegung Bnei Akiva, Noar Tzioni, eine liberalere Gruppe des Zentrums, und Dror, eine weitere linksgerichtete Gruppierung. Alle diese Gruppen versuchten sich aufeinander abzustimmen, und im allgemeinen waren sie sich einig. Alle zusammen hatten nur sehr wenige Mitglieder. Kinder unter sechzehn Jahren zählten nicht, und die meisten jungen Männer über achtzehn waren in die Arbeitsbataillone eingezogen worden. Die Jugendorganisationen hätten sich wahrscheinlich aufgelöst, wenn nicht aus der Slowakei, und in einem geringeren Maße auch aus Polen, neue Mitglieder hinzugekommen wären, die die Führung übernahmen. Alles in allem waren in der Bewegung aber höchstens vier- bis fünfhundert Mitglieder aktiv. Dennoch, diese jungen Leute waren entschlossen und hellsichtig genug, um rasch zu erkennen, daß die Politik ihrer älteren Führer wirkungslos blieb. Das führte zwar zu unterschiedlichen Konsequenzen in den einzelnen Gruppierungen, es kam aber nicht zu einer Spaltung, obwohl die Jüngeren für illegale Rettungsaktionen eintraten, die *Vaada* sich jedoch auf Verhandlungen verlegte.

Als die Deportationen kurz bevorstanden und schließlich die ersten Züge fuhren, warnten die Älteren und die organisierten Jugendlichen einstimmig die Provinzgemeinden, die in Ghettos zusammengetrieben wurden, vor der tödlichen Gefahr, in der sie schwebten. Sie überredeten den Judenrat, eine Sonderab-

teilung für die Provinzen einzurichten und schickten ihre Mitglieder dorthin, möglichst jeweils in deren Heimatgemeinden. Die Warnungen wurden von den örtlichen Sprechern praktisch ausnahmslos in den Wind geschlagen. Aufrufe zur Flucht oder zum Widerstand verhallten ungehört. Selbst die Angehörigen der Abgesandten weigerten sich häufig, sich durch eine Flucht nach Budapest zu retten. In Ungvar (Uzhorod, dem heutigen Uzgorod), der Hauptstadt Karpato-Rußlands, traf ein Brief ein, den Weissmandel an seine orthodoxen Freunde, aber auch an die ganze Gemeinde gerichtet hatte, die er drängte, sich der Deportation zu widersetzen oder zu fliehen. Auch diesem Brief schenkte man keine Aufmerksamkeit.[13] In den meisten Gemeinden war es aber auch praktisch nahezu unmöglich, dem Aufruf zu Widerstand oder Flucht zu folgen. In den weiten Ebenen Ungarns konnte man sich kaum verbergen, und die christlichen Nachbarn waren häufig entweder feindselig oder völlig eingeschüchtert, meist sogar beides. Der Antisemitismus der Kirchen war unverhohlen mörderisch.[14] Die Habgier der Nachbarn, die hofften, den Besitz der Juden plündern zu können, sobald diese fort waren, war maßlos. Kasztner wurde 1954 gefragt: Warum haben Sie die Juden nicht gewarnt? Die erste Antwort darauf hätte sein müssen: Die meisten Juden wußten bereits Bescheid. Und die zweite hätte lauten sollen: Doch, dies wurde ernsthaft versucht, aber es hat nichts geholfen. Aber das hat Kasztner 1954 aus unverständlichen Gründen nicht gesagt.

Anfangs schien es, als gäbe es Möglichkeiten, aus Ungarn zu fliehen. Mitglieder der Jugendbewegung erkundeten mit Zustimmung der *Vaada* die Gebiete an den Grenzen zu Jugoslawien und Rumänien. Joel Brand, Yitzhak Kanal und Perets Revesz (zwei Aktivisten der Jugendbewegung) schickten Anfang Januar 1944 ein Schreiben nach Istanbul, in dem sie diese Möglichkeiten aufzeigten, auch die Chance, sich in den Karpaten, also in der PKR, versteckt zu halten, was zumindest abgehärteten jungen Männern möglich gewesen wäre.[15] Jugoslawien war von Deutschland besetzt, doch die Partisanen Titos gewannen an Einfluß, und man versuchte, sich zu ihnen durchzuschlagen. Fast alle diese Versuche scheiterten, und die Menschen, die sie unternahmen, wurden meist gefangengenommen oder kamen dabei um. Nur fünfzig bis siebzig junge Leute

schafften es. Die Deutschen überwachten alle Bewegungen im Gebiet der Partisanen in der Tat sehr streng. Darüber hinaus hatten die ungarischen Juden mit Sprachbarrieren zu kämpfen und auch mit dem verständlichen Mißtrauen, das die Partisanen gegen alle Ungarn hegten.

Leichter war die Flucht nach Rumänien, zum einen, weil dort weniger deutsche Soldaten waren, zum anderen, weil es jenseits der Grenze eine große jüdische Gemeinde gab, die half. Von Cluj zur rumänischen Grenze waren es nur vierzehn Kilometer, und Turdea lag bereits in Rumänien. Dort taten zwei ungewöhnliche junge Männer alles, was in ihrer Macht stand, um den ungarischen Juden eine freundliche Aufnahme zu bereiten. Aryeh Hirsch, ein Mitglied der zionistischen Bewegung Noar Tzioni, und Finkelstein, ein orthodoxer Aktivist, hatten sich zusammengetan und halfen, hauptsächlich, indem sie rumänische Beamte bestachen und Zugfahrten nach Bukarest vorbereiteten. Cluj war, wegen seiner Nähe zur rumänischen Grenze, wie geschaffen zum Ausgangspunkt für die Flucht. In diesen Zusammenhang gehört die apokryphe Geschichte eines Rabbi Moshe Weinberger-Carmilly. Er soll versucht haben, eine ganze Reihe von Juden aus Cluj durch Flucht über die Grenze zu retten. Schließlich und trotz der offensichtlich großen Gefahr, die den Juden in Ungarn drohte, hat sich aber nur eine kleine Gruppe über die Grenze in Sicherheit gebracht.[16]

Eine der wesentlichsten Anschuldigungen, die nach dem Krieg gegen Kasztner vorgebracht wurden, bezieht sich auf die Situation in Cluj. Man hat ihm vorgehalten, daß die meisten Mitglieder seiner eigenen Gemeinde dort bestimmt geflohen wären, wenn er sie nur gewarnt hätte. Ganz abgesehen davon, daß die Ungarn und die Deutschen eine solche Massenflucht ganz leicht hätten verhindern können, muß man darauf hinweisen, daß in Cluj eine große Zahl jüdischer Flüchtlinge aus Polen Unterschlupf gefunden hatte. Sie haben ihre Geschichte allen erzählt, die sie hören wollten. Doch die Menschen wollten keine Geschichten hören, die sie um ihr Leben fürchten ließen. Die Situation von Cluj zeigt aber auch, daß Juden von weiter im Landesinnern liegenden Orten aus noch weniger hätten in großen Zahlen fliehen können. Jugendbewegungen und Ultraorthodoxe in Budapest haben dennoch versucht, die Flucht gan-

zer Gruppen zu organisieren. Aus der Sicht der Jugendbewegung wurden solche Versuche recht genau beschrieben. Alles in allem gelang vier- bis viereinhalbtausend Juden die illegale Flucht, meist mit Unterstützung von Fluchthelfern. Viele andere wurden abgefangen und nach Polen deportiert. Die rumänische Regierung erklärte, sie müsse, angeblich zum Schutz ihrer Grenzen, alle erschießen, die sie zu überqueren versuchten. Doch hielt sie an dieser harten Linie nicht fest; wahrscheinlich, weil das amerikanische War Refugee Board über das Internationale Rote Kreuz intervenierte. Die rumänische Regierung antwortete dem War Refugee Board am 2. Juni 1944, daß sie zu ihrer öffentlichen Erklärung gezwungen worden sei und die Juden abschrecken mußte, die Grenze zu überqueren. In Wirklichkeit jedoch kümmerten sich »die Rumänen darum, daß ihnen nichts geschieht«.[17] Im August 1944 wechselte Rumänien die Seite und schloß sich den Alliierten an.

Kehren wir zurück zu dem, was die *Vaada* tun konnte. Die Mitglieder versuchten, die Juden zu warnen und mit Hilfe der ihr angeschlossenen Jugendgruppen die Flucht zu organisieren. Es hätte eine dritte Möglichkeit gegeben: Man hätte es den Warschauer Juden gleichtun und einen Aufstand vorbereiten können. Dies war es auch, wozu die Emissäre des Jischuw in Istanbul ihre ungarischen Freunde drängten. Im Dezember 1943 traf sich Kasztner mit Mitgliedern der Jugendgruppen und riet ihnen, sich Waffen zu beschaffen, Unterstände anzulegen und falsche Papiere vorzubereiten. Die Mitglieder von Bnei Akiva waren die einzigen, die seine Empfehlungen nicht aufgriffen. Alle anderen sind seinem Rat gefolgt. Noar Tzioni legte, mit Hilfe ihrer polnischen Genossen, eine Reihe von Unterständen an. Hayka Klinger vom Haschomer Hazair, eine bekannte Widerstandskämpferin, die aus dem Ghetto im polnischen Bedzin nach Ungarn geflohen war, traf sich nach deren Angaben am 19. Januar 1944 mit Führern einiger Jugendgruppen. Man wählte Moshe Schweiger von der *Vaada* zum Befehlshaber, besorgte ein paar Waffen und versteckte sie, bereitete Unterstände und Verstecke vor.[18]

Als die *Vaada* am Vorabend des deutschen Einmarschs ihre Möglichkeiten einschätzte, war das Ergebnis mager. Die Jugendgruppen zählten höchstens ein paar hundert Mitglieder.

Die ungarischen Juden waren auf einen bewaffneten Kampf völlig unvorbereitet. Die meisten jungen Männer waren in die Arbeitsbataillone eingezogen worden und nie Soldaten gewesen. Außerdem waren die meisten von ihnen stets treue Staatsbürger, und die bewaffneten Auseinandersetzungen hätten hauptsächlich gegen ungarische Gendarmerie geführt werden müssen. Es gab in Ungarn weder eine jüdische noch eine nennenswerte antifaschistische Untergrundbewegung, gewiß keine, die sich einem Aufstand angeschlossen hätte. Einer der praktischen Vorschläge, die Imre Varga, ein zum jüdischen Glauben übergetretener Arzt und ehemaliger Offizier, dem Judenrat machte, war die Sprengung einer wichtigen deutschen Dienststelle in Budapest. Als sein Vorschlag abgelehnt wurde, beging er Selbstmord.[19]

Erschwerend kam hinzu, daß die Juden in Budapest – im Gegensatz zu Warschau, wo die Juden, in einem Ghetto eingeschlossen, zwangsweise zu einem Kollektiv zusammengefaßt waren – über verschiedene Stadtteile verstreut lebten.

Schließlich blieb keine Zeit mehr. Die Ereignisse überstürzten sich, und eine Untergrundorganisation braucht für die Vorbereitung eines Aufstands vor allem Zeit. Die Möglichkeit des Widerstands wurde mit Bedauern wieder verworfen, nicht nur von der *Vaada*, sondern auch von den Gruppen der Jugendbewegung. Rettung statt Widerstand war das Losungswort, dem sich nun beide Gruppen verschrieben. Am 3. April 1944 wurde Schweiger verhaftet, später nach Mauthausen geschafft. Ob er zufällig gefaßt oder ob er gesucht wurde, weil die Abwehr die Korrespondenz zwischen Istanbul und Budapest gelesen hatte, läßt sich nicht feststellen. Der Widerstand bot keine realistische Möglichkeit.

Nach Einschätzung der *Vaada* kamen zur Rettung aller oder zumindest eines Teils der ungarischen Juden Untertauchen, Flucht und Widerstand nicht in Frage. Es gab in Ungarn keine antifaschistische Untergrundbewegung, aber es gab oppositionelle Gruppen: die politische Führung der Partei der Kleingrundbesitzer, die Sozialdemokraten und zwei rivalisierende kommunistische Organisationen. Dort blieb es jedoch bei großen Worten, es wurden allenfalls kleinere Sabotageakte durchgeführt. Die heldenhafte ungarische antifaschistische Unter-

grundbewegung hat es wohl nur in der Einbildungskraft der Ungarn nach dem Krieg gegeben. Tatsächlich waren, gegen Ende der Kämpfe in Budapest, selbst die Kommunisten bei der Beschaffung von gefälschten Papieren auf zionistische Jugendgruppen angewiesen. Eine organisierte ungarische Widerstandsbewegung, an die man sich hätte wenden können, fehlte.

Was also blieb? Im Grunde boten sich nur zwei Auswege: entweder Verzweiflung und der Versuch, das Leben einzelner zu retten, und zwar so vieler Menschen wie möglich – oder Verhandlungen mit den Mördern. Zu einem späteren Zeitpunkt, nach der Machtergreifung des faschistischen Szalasi-Regimes am 15. Oktober 1944, fanden die Jugendgruppen noch eine weitere realistische Möglichkeit: die Rettung einer großen Zahl Budapester Juden auf illegale Weise und in Zusammenarbeit mit Diplomaten neutraler Staaten.

Die *Vaada* entschied sich für Verhandlungen, auf der Grundlage des schon erwähnten Briefes, den Wisliceny aus Bratislava mitgebracht hatte. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Entscheidung für diese Option einstimmig fiel. Moshe Krausz und, weniger entschieden, auch Ernst Szilagyi wandten sich gegen die bloße Vorstellung, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln.[20] Krausz schlug vor, sich statt dessen an die ungarische Regierung und die neutralen Staaten zu wenden, und er betrachtete Kasztner als Verräter. Er selbst suchte Zuflucht bei der Schweizer Gesandtschaft und entwickelte eine sehr enge Verbindung zu Vizekonsul Charles Lutz. Dieser war vor dem Krieg als Schweizer Diplomat in Tel Aviv gewesen und stand dem Vorhaben der Zionisten sehr aufgeschlossen gegenüber. Das Ergebnis dieser Verbindung machte sich später bemerkbar. Damals, im Frühjahr 1944, war, was Krausz tat, weiterhin und ganz eindeutig von einer tiefsitzenden Feindschaft zwischen ihm auf der einen, Kasztner und Komoly auf der anderen Seite bestimmt. Krausz war, als Leiter des Palästina-Büros, für die Verteilung der wenigen legalen Einreisebewilligungen nach Palästina verantwortlich, die die Jewish Agency vor dem deutschen Einmarsch nach Budapest geschickt hatte. Damals wurde er beschuldigt, diese nicht gerecht oder angemessen verteilt zu haben. Obwohl mit dem Einmarsch der Deut-

schen in Ungarn die Möglichkeit einer Ausreise gar nicht mehr bestand, blieb der alte Groll weiter bestehen.

Verbindungen zu ungarischen Politikern wollte der ungarische Jude Komoly herstellen. Kasztner dagegen begann, sich auf die »deutsche Linie«, so die interne Bezeichnung, zu konzentrieren. Allem Anschein nach sind er und Brand am 24. März mit Wisliceny, Kapitän Erich Klausnitzer von der Abwehr und anderen Abwehrleuten, die den Kontakt gegen Bezahlung vermittelt hatten, zusammengetroffen.[21] Klausnitzer wurde unmittelbar darauf in den SD übernommen, was seiner Anwesenheit eine besondere Bedeutung gab. Kasztner und Brand boten zwei Millionen US Dollar – die Summe, die, wie sie gehört hatten, auch in den Verhandlungen zum Europaplan genannt worden war – für die Zusicherung, daß die ungarischen Juden nicht in Ghettos zusammengefaßt oder deportiert werden würden. Als Anzahlung auf diese Summe versprachen sie 200000 US Dollar, ebenfalls in Anlehnung an das, was sie aus der Slowakei gehört hatten. Wisliceny sicherte zu, daß es keine Deportationen geben werde, zweifelte jedoch daran, daß dafür zwei Millionen US Dollar ausreichen würden. Der Anreiz habe darin gelegen, so Kasztner, daß das Geld aus dem Ausland kommen würde, nachdem die wichtigsten jüdischen Organisationen von den Verhandlungen unterrichtet worden waren. Während der ganzen Zeit trat Kasztner als Vertreter des Joint Distribution Committee auf, ohne dazu autorisiert zu sein. Wisliceny bot auch Verhandlungen über eine Emigration in größerem Maßstab an, obwohl er die erbetene Zustimmung für eine Ausreise einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Menschen nach Palästina verweigerte.[22] Unmittelbar danach unterbreiteten Kasztner und Brand einen Vorschlag für die Ausreise von 150000 bis 160000 Menschen. Soweit sie wußten, erwartete die Jewish Agency immer noch 30000 Einreisebewilligungen, die nach den Festlegungen des »Weißbuchs« von 1939 noch ausstanden. Sie machten aus den Einzelbewilligungen Einreisebewilligungen für Familienoberhäupter, multiplizierten mit fünf und kamen so auf die recht große Zahl. Man muß ausdrücklich darauf hinweisen, weil Kasztner nach dem Krieg vorgeworfen wurde, er habe nur ein paar hundert Zionisten retten wollen.[23]

Am selben Tag, so Brand, trafen sich Kasztner, Komoly,

Szilagyi und Rosenfeld, ein weniger bekannter Zionistenführer, um die nächsten Schritte festzulegen. Sie erkannten, daß sie die Angelegenheiten der offiziellen zionistischen Organisation in ihrer Gruppe vereinigen sollten, und verabschiedeten eine entsprechende Resolution. Danach beschlossen sie, daß Komoly Kontakt zur ungarischen Regierung aufnehmen und Kasztner mit den Deutschen verhandeln sollte. Die Ungarn jedoch lehnten, wie Brand berichtet, jegliche Verhandlungen ab.[24]

Am 9. April 1944 sollte die erste Anzahlung von 200000 US Dollar gemacht werden, jedoch standen »nur« 92000 US Dollar in ungarischen Pengö zur Verfügung. Diese Summe hatte der Judenrat aufgebracht, nachdem er von Kasztner unterrichtet worden war.[25] Wisliceny war nicht mehr in Budapest, an seiner Stelle sollten Otto Hunsche und Hermann Krumey, die zu Eichmanns Stab gehörten, das Geld in Empfang nehmen. Am 21. April 1944 wurden weitere 77000 US Dollar gezahlt. Hunsche zeigte sich ungehalten: Die Juden nähmen die Sache nicht ernst und hätten ihr Versprechen nicht erfüllt. Die Nationalsozialisten dagegen seien faire Verhandlungspartner. Dr. Josef Schmidt (oder Schmied)[26], ein ebenfalls anwesendes Mitglied der Abwehr, setzte hinzu, daß Deportationen nun unvermeidbar seien, vielleicht könnten jedoch 600 Menschen ausreisen. Einen völlig wirkungslosen Vorstoß hat via Schweiz anscheinend das War Refugee Board unternommen, um diesen Kontakt zu unterstützen. Das hat einige Brisanz, denn das War Refugee Board hat diese Aktivitäten bewußt erwähnt, obwohl es dadurch die Lösegeldverhandlungen sanktionierte, die der offiziellen Politik der Alliierten zuwiderliefen.[27]

Der erste Abschnitt der Verhandlungen scheint nichts als ein weiterer Versuch der Erpressung gewesen zu sein. Aus dem Fortgang der Dinge läßt sich erkennen, daß Eichmann darüber an Winkelmann berichtet hat, jedoch wenig Neigung bestand, Kontakte dieser Art weiterzuführen.

Am 16. oder 25. April 1944, so Brand, habe Eichmann ihn in dessen Hauptquartier auf dem Budapester Schwabenberg bestellt, wo er ihm den berüchtigten Vorschlag von »Lastwagen gegen Blut« unterbreitete.[28] Hat Eichmann diesen Vorschlag wirklich gemacht? Was er allem Anschein nach sagte, war, daß

er bereit sei, eine Million Juden gegen entsprechende Gegenleistung – Güter oder andere Bezahlung – freizulassen. Lastwagen oder Güter wie Tee, Kaffee und Seife waren nur Beispiele für mögliche Forderungen der Nationalsozialisten. Krumey, einer von Eichmanns Untergebenen, sprach mit Brand über Werkzeugmaschinen, Leder und andere Güter. Doch die Forderung konkretisierte sich alsbald auf 10000 Lastwagen und bestimmte Mengen von Konsumgütern. Brand wurde gefragt, wo er diesen Vorschlag den Juden oder den Alliierten unterbreiten wolle, und er entschied sich für Istanbul.

Warum verhandelte Eichmann mit Brand und nicht mit Kasztner? Wußte er, daß zwischen beiden Differenzen bestanden? Heute wissen wir, daß es sie sicherlich gab. In seinem abschließenden Bericht nach dem Krieg sagte Kasztner: »Die Frage, ob die Entsendung einer anderen Person den Verhandlungen von Istanbul eine andere Richtung gegeben hätte, wird unbeantwortet bleiben.«[29] Die Wahl des abenteuernden Retters anstelle des erfahrenen Politikers und Journalisten mag durch die Tatsache beeinflußt worden sein, daß die Nationalsozialisten etwas über Brands Vorleben in Deutschland wußten – sie kann aber auch rein zufällig gewesen sein.

Für die nun folgenden Ereignisse besitzen wir nur ein Zeugnis, nämlich das von SS-Obersturmbannführer Kurt Becher. Becher war als Vertreter des SS-Führungsamts für die wirtschaftliche Ausbeutung der Juden zuständig. Ihn habe Eichmann oder dessen nomineller Vorgesetzter, Winkelmann, um Prüfung der jüdischen Vorschläge gebeten. Becher sagt, er habe diesen Auftrag zwei Wochen vor Brands Abreise nach Istanbul erhalten. Mit Himmler ist Becher in Salzburg zusammengetroffen. Anlaß des Treffens sei die Affäre Martin Weiss (davon später) gewesen, doch habe er Himmler auch berichtet, was er von Winkelmann und Eichmann gehört hatte: nämlich daß die Juden Güter angeboten hätten, vor allem 10000 Lastwagen. Becher bat Himmler um die Genehmigung für Brands Reise nach Istanbul. Himmler gab die gewünschte Zustimmung und beauftragte Becher, nach Budapest zurückzukehren und mehr über diese Möglichkeiten herauszufinden.[30]

Die Reihenfolge ist etwas verwirrend. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß Eichmann den Vorschlag, Brand in die Türkei

zu entsenden, gemacht oder über die Lastwagen gesprochen hätte, ohne die Zustimmung eines Vorgesetzten, vermutlich wohl von Himmler, einzuholen. Andererseits ist es aber durchaus plausibel, daß Becher, der mit wirtschaftlichen Fragen betraut war, mit Himmler darüber sprach, jemanden in Istanbul sondieren zu lassen, ob ein solcher Handel möglich sei.

Auf jeden Fall ist Eichmann einige Tage nach der ersten Unterredung erneut mit Brand zusammengetroffen. Nach Brands Darstellung hat es den Anschein, daß sowohl Veesenmayer als auch Winkelmann zugegen waren; ganz gewiß jedoch Veesenmayer. Dies würde dem Treffen eine ganz besondere Bedeutung verleihen, da es weitere SS-Stellen mit dem Angebot Eichmanns in Verbindung bringt.[31] Einige Tage später, höchstwahrscheinlich am 8. Mai, zitierte Eichmann Brand erneut zu sich und übergab ihm, zu dessen Überraschung, 32750 US Dollar und ein Bündel Briefe aus der Schweiz.[32] Das Geld und die Briefe waren von Saly Mayer in der Schweiz für die *Vaada* zur schwedischen Botschaft geschickt worden, doch die SS hatte Grosz gezwungen, sie sich unter einem Vorwand aushändigen zu lassen; vielleicht hatte aber auch Grosz selbst die Idee gehabt, das Geld zu holen und sich bei der SS einzuschmeicheln, indem er es dort ablieferte. Diesen Trick haben die Nationalsozialisten am 14. Mai noch einmal wiederholt. Diesmal, so Brand, habe ihm Clages 50000 US Dollar und 270000 Schweizer Franken sowie Briefe übergeben, in denen die Juden aufgerufen wurden, sich mit den Untergrundorganisationen in Ungarn in Verbindung zu setzen. Die genannten Summen werfen einige Fragen auf, denn Mayer hat im April und Mai 1944 nicht mehr als insgesamt 86000 US Dollar nach Ungarn geschickt. Aber wir wissen inzwischen, daß Brands Aussagen nicht sehr zuverlässig sind.[33]

An diesem Treffen zwischen Eichmann und Brand war auch der SD-Mann Gerhard Clages anwesend, Eichmanns Rivale – ein weiterer Hinweis darauf, daß die Kontakte zwischen SS und Juden auf sehr breiter Basis standen. Eichmann machte das Angebot, Auschwitz in die Luft zu jagen, und die ersten »zehn-, zwanzig-, fünfzigtausend Juden zu befreien«, sobald er aus Istanbul die Nachricht erhalten habe, daß eine prinzipielle Vereinbarung getroffen worden sei – das zumindest formulierte

Brand in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten Ira Hirschmann am 22. Juni 1944 (siehe unten). In Brands nach dem Krieg veröffentlichten Buch und im Prozeß Kasztner gegen Grünwald (1954) wurde aus diesem Angebot das Versprechen, 100000 Juden freizulassen. Eichmann habe ferner hinzugefügt, daß die Lastwagen winterfest gemacht werden sollten, und versichert, daß sie nicht gegen den Westen eingesetzt werden sollten.[34] Eichmann selbst hat in einem Interview, das er dem niederländischen Journalisten Stassen vor seiner Festnahme durch die Israelis gab, erklärt: »Hauptziel von Reichsführer Himmler (war), wenn möglich, als Gegenleistung für die Freilassung von einer Million Juden 10000 wintertaugliche Lastwagen mit Anhängern zu erhalten, die gegen die Russen an der Ostfront eingesetzt werden sollten... Ich sagte damals: Wenn die wintertauglichen Lastwagen mit Anhängern hier sind, wird die Vernichtungsmaschinerie in Auschwitz gestoppt werden.«[35] Es ist immer gefährlich, Eichmanns Worten zu glauben, doch wird bestimmt etwas Ähnliches gesagt worden sein. Ob nun darin wirklich Himmlers Hauptziel lag, ist zu bezweifeln.

Es stellt sich die Frage, ob Eichmann Brand einen Termin für seine Rückkehr gesetzt hat. Allem Anschein nach hat er eine rasche Rückkehr verlangt, möglicherweise sprach er dabei von zwei oder drei Wochen. Doch Brands Aussage ist in diesem sehr entscheidenden Punkt widersprüchlich. Einmal, im Gespräch mit Ira Hirschmann am 22. Juni 1944, heißt es, Eichmann habe gesagt, »ich solle mir Zeit lassen, wenn ich Aussicht auf Erfolg hätte«.[36] In seinem Verhör sagte er, die Unterredung mit Eichmann habe bei ihrem letzten Treffen am 16. Mai stattgefunden. Winkelmann und Veesenmayer seien – auch diesmal – dabeigewesen. Er habe damals erklärt, er brauche vielleicht zwei oder drei Wochen, es sei denn, er müsse nach Palästina reisen. Eichmanns Antwort sei gewesen: »Gut. Aber beeilen Sie sich.«[37]

Wiederum sind die Einzelheiten von Brands Aussage zweifelhaft. Der Hinweis, daß Winkelmann und Veesenmayer gleich bei zwei Treffen anwesend waren, ergibt nicht viel Sinn. An einem der Treffen habe Becher teilgenommen, und zwar dem ersten. Diese Aussage korrigiert Brand jedoch selbst: Becher

könne auch beim zweiten Treffen dabeigewesen sein. Dieser wiederum deutet an, er sei bei allen entscheidenden Unterredungen mit Brand zugegen gewesen.[38] Man kann wahrscheinlich davon ausgehen, daß Veesenmayer und aller Wahrscheinlichkeit nach auch Winkelmann zumindest bei einem Treffen dabei waren, Becher vielleicht bei zwei oder drei.[39]

Obersturmbannführer Kurt A. Becher kam im März 1944 nach Ungarn, angeblich, um Pferde zu kaufen. Welche Art von Pferden er kaufte, wird an späterer Stelle erörtert werden. Himmler bezog drei seiner Männer, alle im gleichen Rang, in die Verhandlungen mit Brand ein: Eichmann, dessen Aufgabe es war, die Juden in den Tod zu schicken; Clages, den Mann vom SD, der Kontakt zum Westen aufnehmen sollte; und Becher, der dafür zu sorgen hatte, daß der SS kein Geld und keine Güter entgingen. Wie Kasztner treffend formulierte: »Zwischen den einzelnen SS-Stellen war das Zusammenspiel musterhaft: Das Judenkommando vernichtete, der Wirtschaftsstab (Bechers Abteilung) kassierte.«[40]

Vermutlich um den 7. Mai 1944 beschloß der SD in Budapest schließlich, die dortige Abwehr zu liquidieren. Man bezichtigte die Abwehrleute der Korruption. Uns liegen interne SS-Berichte vor, in denen von Verhören die Rede ist und deutliche Hinweise auf Exekutionen gegeben werden. Nach der Verhaftung von Winninger und den anderen wurde Ende Juni auch Erich Wehner gefangengenommen. Der SD beschuldigte alle, Gelder des Joint Distribution Committee von Istanbul nach Polen, Wien, Bratislava und Budapest weitergeleitet zu haben. Wer aber kann dem SD diese Insider-Informationen verschafft haben?[41] Der Leser mag es bereits erraten haben: kein anderer als Bandi Grosz. Das hat er später in Kairo vor dem britischen Vernehmungsbeamten eingestanden. Doch er war es nicht allein. Anscheinend hat Grosz den SD über Brands Verbindungen zur Abwehr informiert, und Brand wurde ebenfalls zum Verhör bestellt. Bei dieser Gelegenheit habe er Fritz (František) Laufer zum ersten Mal getroffen. Das war am 1. Mai 1944, und man muß es schon genauer formulieren: Brand wurde verhaftet und zum SD gebracht. Den Beamten dort erzählte er alles, was sie wissen wollten. Am 4. Mai wurde Brand ein zweites Mal verhört, um den 10. Mai herum ein drittes Mal.[42] Zu jenem Zeit-

punkt wurden zwei Abwehr-Männer vom SD übernommen, und sowohl Grosz als auch Brand bestätigen, daß sie bei den Verhören anwesend waren: Es geht um Erich Klausnitzer von der Wiener Abwehrabteilung und um Fritz Laufer.[43] Einen Tag vor seiner Abreise habe Brand Laufer noch einmal getroffen, und dieser habe ihn gefragt, wie lange er unterwegs sein werde, und dann hinzugefügt, er wolle ihm kein zeitliche Begrenzung setzen, doch solle Brand seinen Auftrag so schnell wie möglich abwickeln.[44] Daran kann man Laufers zentrale Stellung im Apparat des SD und bei den Vorbereitungen zu dieser Mission erkennen.

Inzwischen wurde Grosz für die andere Mission in Istanbul aufgebaut. Und Eichmann, offensichtlich widerwillig und von Clages dazu gezwungen, eröffnete Brand, daß Grosz ihn begleiten werde. Grosz sei, so seine spätere Aussage in Kairo, von Clages, Klausnitzer und Laufer am 13. und 14. Mai aufgefordert worden, »in einem neutralen Staat ein Treffen zwischen zwei oder drei höheren deutschen Geheimdienstoffizieren und zwei oder drei amerikanischen Offizieren gleichen Ranges oder, wenn dies nicht gelänge, mit britischen Offizieren zu arrangieren, um über ein separates Friedensabkommen zwischen dem SD und den westlichen Alliierten zu verhandeln.« Falls dieser Versuch scheiterte, sollte er durch Vermittlung der Zionisten in Istanbul ein Treffen mit den Briten in die Wege leiten. Man habe ihm, Grosz, gesagt, seine Mission sei die wichtigere, Brands Auftrag habe demgegenüber nur untergeordnete Bedeutung. »Brands Mission war in Wirklichkeit nur ein Mittel, um das Auswärtige Amt zu beschwichtigen, und eine Tarnung für die Mission, mit der der SD Grosz betrauen wollte.«[45] Dies ergibt tatsächlich Sinn: dem überzeugten Zionisten Brand hätte man kaum eine komplizierte Geheimdienstmission anvertraut. Grosz dagegen, ein kleiner Agent mit kriminellen Neigungen, würde genau das tun, was man von ihm verlangte: nur um seine Haut zu retten. Ihn konnte man auch, wenn es nötig werden sollte, ohne weiteres fallen lassen. Dazu kommt, daß Brand diese Deutung allem Anschein nach akzeptierte – zu jener Zeit noch stillschweigend, nach dem Krieg ausdrücklich. Wie er es 1961 während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem formulierte: »Mein Eindruck war der, daß Himmler die Juden als Kö-

der benutzte, sozusagen um eine Visitenkarte zu erhalten, mit der er sich Zugang zu wichtigeren Verhandlungen verschaffen konnte... [Eichmann] sagte mir ganz deutlich, daß der Handel eine Idee Himmlers gewesen sei.«[46]

Bei seiner Vernehmung in Kairo berichtete Grosz, er habe Clages gefragt, »warum ausgerechnet er, ein kleiner Schmuggler, für diese Mission ausersehen worden war und nicht beispielsweise Herr von Papen (der deutsche Botschafter in der Türkei)«. Clages habe geantwortet, er wolle nicht mit Diplomaten verhandeln, sondern mit Militärs. Das Problem liege in Ribbentrops Auswärtigem Amt: Wenn Brand Erfolg hätte und Lastwagen, Güter oder Geld zurückbrachte, dann könne sich das Auswärtige Amt nicht gegen den SD wenden und sich über die veränderte Politik gegenüber den Juden beschweren. Brands Mission sei, so Clages, ein Vorwand für die SS, die gegen Ribbentrop operierte. Die Hauptmission sei seine, die Mission von Grosz. Er sollte mit Vermittlung der Zionisten das gewünschte Treffen anbahnen und, wenn ihm dies nicht gelingen würde, durch einen amerikanischen Agenten in Istanbul namens Schwarz.[47]

Woher wissen wir, daß Himmler der Hauptdrahtzieher hinter den Missionen von Brand und Grosz war? Es scheint logisch, daß kein anderer den Befehl zu dieser Mission gegeben haben konnte. Doch gibt es auch direktere Hinweise: In einem Telegramm von Veesenmayer an das Auswärtige Amt vom 22. Juli 1944 steht ausdrücklich, Brand und Grosz seien auf Anordnung Himmlers in die Türkei geschickt worden.[48] Ferner bestätigen auch zwei führende Nationalsozialisten Himmlers Anteil an der Sache, obwohl wir sehr vorsichtig mit solchen Aussagen sein müssen. In seinem Verhör sagte Eichmann, die Anordnung sei von Himmler gekommen, ging jedoch nicht weiter darauf ein. Becher war da etwas ausführlicher: »So kam ich mit Herrn Joel Brand zusammen... Lastwagen waren ein großes Problem. Es wurde also von Lastwagen gesprochen, und zwar von 10000 Lastwagen. Es gab viele Verhandlungen. Himmler sagte zu mir: Nehmen Sie von den Juden, was Sie kriegen können. Versprechen Sie ihnen, was Sie wollen. Was wir halten, ist eine andere Sache.«[49] Die Aussagen von Grosz beweisen in vielerlei Hinsicht die Ernsthaftigkeit seiner Mission und lassen auch die Per-

son erkennen, die dahinter stand. Ein bezeichnender Ausdruck, den Grosz in seinem Verhör wiedergibt, ist die Anspielung auf Himmler als »Heinrich mit (dem) Augenglas«, ein Spitzname, der nur unter SS-Offizieren geläufig war und der zeigt, daß Grosz in der Tat mit Leuten wie Clages gesprochen haben muß.

Was folgt aus all dem? Einige Historiker entnehmen dem vorliegenden Material, daß das Ganze ein Manöver war, um die Juden zu übervorteilen, oder ein Versuch, zwischen dem Westen und den Sowjets Zwietracht zu säen. Die erste Interpretation macht keinen Sinn: Die SS hatte es nicht nötig, die machtlosen und hilflosen Juden zu übervorteilen, die zu jenem Zeitpunkt sicherlich schon wußten, was sie erwartete – ihre Ermordung. Die zweite Lesart ist gewiß richtig, doch muß sie in den viel größeren Zusammenhang gestellt werden, den wir eben erörtert haben. Das zeitgenössische, von Amerikanern und Engländern formulierte Argument lautet anders. Die Nationalsozialisten hätten diesen teuflischen Vorschlag gemacht, um die Alliierten vor ein unlösbares Dilemma zu stellen: Hätten die Alliierten den Vorschlag akzeptiert, würden sie ihrer eigenen politischen Linie zuwiderhandeln; hätten sie ihn abgelehnt, dann müßten sie sich den Vorwurf machen lassen, die Juden nicht gerettet zu haben, obwohl dies doch möglich gewesen sei.

Alle Kommentatoren haben sich über die Plumpheit des Vorstoßes gewundert. Eine Analyse des vorliegenden Materials führt uns zu einer Reihe von Schlußfolgerungen. Zum einen scheint es offensichtlich, daß Eichmann nur widerstrebend als Kurier Himmlers fungiert hat. Er selbst hätte viel lieber die Vernichtungsaktionen fortgesetzt und wollte sich nicht durch Verhandlungen mit den Juden ablenken lassen. Genau an dem Tag, als Brand nach Wien und Istanbul aufbrach, fuhr Eichmann nach Auschwitz, um sicherzugehen, daß Höß, der Kommandant von Auschwitz, die Aufnahme der ersten Transporte vorbereitet hatte, die Ungarn am 14. Mai 1944 verlassen sollten. Höß sagte ihm anscheinend, daß er eine so große Zahl nicht auf einmal »verarbeiten« könne. Tatsächlich mußten einige der Transporte aus Karpato-Rußland tagelang bewacht werden, bevor die Insassen in die Gaskammern getrieben wurden. Die Folge war, daß Eichmann befahl, es sollten keine Selektionen stattfinden und alle Neuankömmlinge vergast werden.[50]

Wenn Clages und höchstwahrscheinlich auch Veesenmayer bei einigen der Treffen zwischen Brand und Eichmann anwesend waren, dann zeigt dies, daß Himmler aus seiner anfänglichen Erpressungspolitik einen Annäherungsversuch an den Westen gemacht hatte. Himmler bewegte sich zweigleisig. Einerseits verfolgte er den Weg, der sich durch Brand aufgetan hatte, und höchstwahrscheinlich operierte er damit auf der Basis von Hitlers im Dezember 1942 gegebenem Einverständnis mit dem Freikauf von Juden. Also hat man den Juden Lösegelder abverlangt. Viel wichtiger war jedoch die dahinterliegende Absicht: Es mußte verhandelt werden, bevor die eigentlichen Gespräche beginnen konnten. Brand hat dies genau verstanden. Natürlich konnten die Alliierten ihren Feinden keine Lastwagen liefern, daraus schloß Brand, daß es den Deutschen um Kontakte mit dem Westen ging. Und diesen Wunsch der Deutschen hoffte Brand nutzen zu können, um dem Morden ein Ende zu bereiten.

Was Himmler erreichen wollte, läßt sich nur raten. Er hat keinen seiner Gedanken zu Papier gebracht. Man sollte jedoch beachten, daß Brand und Grosz zwei Monate vor dem gescheiterten Attentat auf Hitler in Istanbul ankamen. Wie wir bereits wissen, hatte Himmler einige Erkenntnisse über diese Verschwörung. Nehmen wir an, er wollte einen Vorstoß in Richtung westliche Alliierte vorbereiten, sei es für den Fall, daß die Opposition an Einfluß gewinnen würde, sei es, daß Hitler möglicherweise selbst einen solchen Vorstoß für notwendig halten würde. Die Abwehr existierte nicht mehr, also war es Aufgabe des SD, solche Kontakte anzubahnen. Himmler und seine Spießgesellen, selbst die intelligenteren unter ihnen wie Schellenberg, waren in solchen Dingen recht unerfahren. Sie versuchten, die früheren Verbindungen der Abwehr zu nutzen und warteten ab, wohin sie das führen würde.

Es ist vielleicht von Bedeutung, daß es genau gleichzeitig mit den Vorbereitungen für die Mission von Brand und Grosz in Stockholm am 28. Juni zur indirekten Kontaktaufnahme zwischen Peter Bruno Kleist, der sowohl für die Abwehr als auch für die SS arbeitete, und Iver Olsen, Mitarbeiter des War Refugee Board und zugleich hauptberuflicher Agent des Office of Strategic Services, kam. Aus dem Angebot, zweitausend letti-

sche Juden gegen Geld freizubekommen, wurde nichts, doch solche plumpen Versuche wären ohne Himmlers Einwilligung niemals unternommen worden.[51]

Rekapitulieren wir: Die Juden waren, in Himmlers Weltanschauung, die eigentlichen Feinde der Nationalsozialisten. Sie beherrschten die westlichen Alliierten und kontrollierten das bolschewistische Rußland. Sie mußten ausgelöscht werden. Aber konnte man diesen Vernichtungskrieg nicht zumindest vorübergehend einstellen, wenn Deutschland militärisch in einer unvorteilhaften Lage war und eine Atempause nötig hatte? Die treibende Absicht, alle Juden zu ermorden, widerspricht nicht der Bereitschaft, sie oder zumindest einige von ihnen als Geiseln für den Handel mit Dingen, die Deutschland in dieser Krise brauchte, zu nutzen. Die dazu nötigen Verhandlungen konnte man entweder direkt mit den ausländischen Juden oder mit ihren nicht-jüdischen Marionetten führen. Und wenn Deutschland sich erholt hätte, dann blieb noch immer Zeit genug, mit den Vernichtungsaktionen fortzufahren.

An wen hätte sich der SD wenden können? Die Zerschlagung der Abwehr ließ nur wenige diskrete Möglichkeiten offen. Dabei mußte auf die erbitterte Feindschaft zwischen SS und Ribbentrops Auswärtigem Amt Rücksicht genommen werden. Diplomatische Kanäle kamen also nicht in Betracht. Die Verbindung zu den britischen und amerikanischen Geheimdiensten – den Gegenspielern des SD – in Lissabon und Madrid waren, sofern sie überhaupt existiert hatten, inzwischen weitgehend abgerissen. So blieb nur Istanbul, wo auch die zionistischen Emissäre zu finden waren. Ein Kurier mußte entsandt werden, den man im Zweifelsfall problemlos verleugnen konnte. Aber dieser Mann mußte wissen, wie man mit den richtigen Leuten in Kontakt kommen könnte. Für diese Aufgabe war Brand ungeeignet, als Alibi für die wahre Mission dagegen konnte er sehr wohl herhalten. Wenn die Hauptmission scheiterte, konnten die Vorschläge Brands immer noch als Eröffnungszug genutzt werden: Der SD mußte die Reaktion darauf nur abwarten. Die Plumpheit dieses Vorhabens und die offenkundige Absicht, die Alliierten zu spalten, passen zum Charakter von Himmler und seinen Freunden. Auch in anderer Hinsicht zeigt sich deren Handschrift. Himmler war unfähig zum Austausch von diplo-

matischen Floskeln, und Schellenberg war lediglich ein sehr intelligenter, doch unerfahrener Anwalt und Polizist, der eine Aufgabe übernommen hatte, die einfach zu groß für ihn war.

Sollte irgend etwas schiefgehen, war Himmler abgesichert. Der Auftrag Brands stand im Einklang mit Hitlers Zustimmung vom Dezember 1942, und um die Mission von Grosz zu verleugnen, mußte man nur auf den Kurier deuten: auf diesen erbärmlichen Menschen, diesen mickrigen jüdischen Spion. Wem würde die nationalsozialistische Elite glauben – einem vorbestraften jüdischen Kriminellen oder dem ergebenen Reichsführer? Und was wäre, wenn sie Erfolg hätten? Dann würden sich die Offiziere des Geheimdiensts beider Seiten treffen und Gespräche zwischen den Politikern vorbereiten. Sollte Hitler dann noch an der Macht sein, könnte man ihm anbieten, was er selbst vielleicht wollen würde: die Chance eines separaten Friedens mit dem Westen, um besser mit der bolschewistischen Bedrohung fertig zu werden. Und ohne Hitler? In diesem Fall könnte Himmler die Führung übernehmen und mit dem Westen eine Einigung anstreben, die nach seiner Auffassung vernünftig wäre.

Oder sollte am Ende Grosz die meisten oder doch einen Teil der Punkte des Vorschlags, der ihm anvertraut war, frei erfunden haben? Ist es möglich, daß die Gespräche mit Clages und Laufer rein fiktiv sind? Sicherlich war Grosz ein völlig unzuverlässiger Mensch. Während seines Verhörs in Kairo jedoch, und dies ist die Hauptquelle für unsere Untersuchung, schwebte er beständig in der Gefahr, entweder in die Türkei zurückgeschickt und von dort aus den Nationalsozialisten übergeben zu werden oder aber in Kairo als Spion erschossen zu werden. Er hatte keine Ahnung, was die Vernehmungsbeamten wußten und was nicht, mußte aber annehmen, daß sie nachprüfen konnten, was er ihnen berichtete. Er mag einige Details erfunden oder verschwiegen haben, um sich selbst in ein besseres Licht zu stellen. Höchst unwahrscheinlich jedoch, daß er den Hauptzweck seiner Mission erfunden hat. Die Namen der Leute, die er beim SD getroffen haben will, sind richtig, und der Ausdruck »Heinrich mit dem Augenglas« zeigt, daß seine Aussage im allgemeinen glaubwürdig ist.

Schwieriger ist es, die Einzelheiten in den Vorschlägen von

Brand und Grosz zu bewerten. Betrachtet man die weiteren Entwicklungen, dann könnte Himmler vielleicht wirklich gedacht haben, er könne Lastwagen oder andere Güter bekommen, als letztes Mittel vielleicht auch Geld. In den Verhandlungen mit der Schweiz im Jahr 1943 beharrten er und Eichmann auf dem Austausch von vier Deutschen gegen einen Juden. Dieser Vorschlag war völlig ernst gemeint und im Grunde ebenso absurd wie die Idee mit den Lastwagen ein Jahr später. Daß sich Himmler in Handlungsweisen und Einstellungen westlicher Politiker und Militärs gar nicht hineindenken konnte, zeigt sich in der Zusicherung, die Lastwagen nicht gegen den Westen einzusetzen. Er muß gedacht haben, daß es ausreiche, das unübersichtliche Geflecht der Diplomatie mit einem offenherzigen Angebot zu durchschneiden, und der Westen würde anbeißen.

Die entscheidende Frage bleibt: Hätte er die Millionen Juden freigelassen? Bei den Verhören in Kairo und in den Diskussionen innerhalb der britischen Regierung tauchte ein Punkt auf, der in Himmlers Berechnungen eine Rolle gespielt haben mochte. Wenn eine große Anzahl von Juden freigelassen würde – sagen wir, nur die ersten 10000 oder mehr, die Eichmann im Fall der grundsätzlichen Zustimmung der westlichen Alliierten zugesagt hatte –, so hätte dies zur Einstellung wenn nicht aller, so doch einiger Kriegshandlungen geführt, besonders auch der Luftangriffe. Denn diese Menschen hätten irgendwo zusammengefaßt und durch Mitteleuropa transportiert werden müssen. Ein solcher Waffenstillstand mag sehr wohl Bestandteil von Himmlers Überlegungen gewesen sein. Andererseits sollten wir uns vor Augen halten, was Becher und Wisliceny über Himmler gesagt haben: daß er sie angehalten hatte, soviel wie möglich aus den Juden herauszupressen, und daß er später prüfen würde, ob diese Versprechen erfüllt werden würden.

Die Mission von Grosz war die leichtere: Sie bestand lediglich aus einer Einladung an amerikanische oder britische Geheimdienstleute, sich in einem neutralen Staat mit SS-Offizieren zu treffen. Dahinter habe, so Grosz, die Idee gestanden, Verhandlungen zu einem separaten Friedensabkommen einzuleiten. Der unmittelbare Vorschlag allerdings war viel beschei-

dener: ein Treffen zwischen Geheimdienstoffizieren beider Seiten. Dies hätte dem Reichsführer – *Reichsheini*, wie er hinter seinem Rücken genannt wurde – mehrere Optionen verschafft.

Soweit der deutsche Anteil an der Mission von Brand und Grosz. Was waren die Gründe und Motive der ungarischen Juden?

Diese waren viel offensichtlicher und weniger kompliziert. Für die *Vaada* war klar, daß die Deportationen sehr bald beginnen würden. Aber die Mitglieder des Komitees waren dann doch erschreckt, als damit begonnen wurde, noch bevor Brand aus Budapest abreiste. Sie sahen keine anderen Möglichkeiten mehr, die letzte wirkliche Hoffnung war die Hilfe von außen, die man als Ergebnis von Verhandlungen mit den Nationalsozialisten erreichen wollte. Brand glaubte, wie wir gesehen haben, nicht, daß die Alliierten den Nationalsozialisten Lastwagen geben würden, doch allein die Tatsache, daß überhaupt verhandelt wurde, konnte möglicherweise viele Leben retten. Das Problematische an der Haltung Kasztners und seiner Freunde war – ähnlich wie an der Haltung der führenden Juden in der Slowakei –, daß sie die antisemitische Auffassung von einer überwältigenden Macht der Juden ein Stück weit teilten. Auch sie glaubten, daß die führenden Juden während des Krieges sich frei in der Welt bewegen und die verantwortlichen Politiker des Westens dazu bringen konnten, zu tun, was sie wollten. Gerade die amerikanischen Juden hielten sie für unermeßlich reich und beinahe allmächtig, so daß es ihnen ein leichtes wäre, Geld oder Güter zu besorgen. Auch hatten sie grenzenloses Vertrauen in die Führung der westlichen Alliierten, die sicherlich alles tun würden, um die Vernichtung des jüdischen Volkes zu verhindern. Isoliert wie sie im von den Nationalsozialisten besetzten Europa waren, sahen sie in Roosevelt und Churchill Halbgötter, deren Rachefeldzug gegen das nationalsozialistische Böse in den verfolgten Juden nicht nur Seelen sah, die es zu retten galt, sondern auch Verbündete, die der Unterstützung bedurften. Vielleicht mußten sie sich, in ihrer hoffnungslosen Lage, an solche Vorstellungen klammern, um zu überleben. Aber diese Hoffnungen prallten mit der kalten Wirklichkeit des Weltkriegs zusammen und erwiesen sich als bloße Illusionen.

Die Antwort der Westmächte lag in der Invasion der Normandie, die am 6. Juni 1944, mitten in den geschilderten Ereignissen, stattfand. Und sie lag in der russischen Offensive, die die Rote Armee in Polen bis zur Weichsel und im Süden bis zu den Karpaten brachte, genau an die ungarische Grenze. In diesem entscheidenden Augenblick war es völlig indiskutabel, sich die Sowjets wegen eines verrückten Plans der Gestapo zum Feind zu machen. Andererseits hatte Roosevelt gerade wenige Monate vor der Mission Brands das War Refugee Board gegründet. Wenn es eine Chance gab, Menschen durch Kontakte zu retten, die weder die militärischen Maßnahmen beeinträchtigten noch eine Spaltung in der Front der Alliierten bewirkten, dann konnte sie vielleicht in Erwägung gezogen werden. Das Zögern und Schwanken des Westens in der Zeit vom 22. oder 25. Mai bis zum 13. Juli wurde durch die Unkenntnis dessen verursacht, was Grosz bei seinem Verhör in Kairo vorgebracht hatte. Als seine Mission am 13. Juli 1944 in London bekannt wurde, bedeutete dies eine radikale Wende der Lage.

10
Die Istanbul-Mission

Am 17. Mai 1944 verließen Joel Brand und Bandi Grosz Budapest in einem Auto der SS in Richtung Wien. Dort verbrachten sie die Nacht in einem für SS-Männer reservierten Hotel. Brand trug Empfehlungsbriefe des Budapester Judenrats und der *Vaada* bei sich, die ihn als Vertreter der Juden in Ungarn auswiesen. Grosz hatte sich Notizen gemacht, die er sorgfältig auswendig lernte und dann vernichtete. Am nächsten Tag erhielt Brand einen Paß. Er war ausgestellt auf den Namen Eugen Band und enthielt kein türkisches Visum. In der Überzeugung, die Emissäre des Jischuw in Istanbul könnten derartige Nebensächlichkeiten leicht lösen, hatte Brand auch keines beantragt.[1] Grosz dagegen hatte ein Visum erhalten. Brand kündigte seine Anreise in Istanbul telegraphisch an. Daß sein Name verändert worden war, erwähnte er jedoch nicht, erklärte nur, er wolle führende Repräsentanten der zionistischen Bewegung treffen. Aus Istanbul erhielt er die Antwort, »Chaim« werde ihn erwarten, und Brand ging naiverweise davon aus, damit sei Chaim Weizmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, und nicht Chaim Barlas, der Leiter der Gruppe zionistischer Emissäre in Istanbul, gemeint.

Ein deutsches Kurierflugzeug brachte die beiden Männer nach Sofia; dort wurden ihre Referenzen von der örtlichen Gestapo überprüft, und am 19. Mai flogen sie weiter nach Istanbul. Grosz wurde von einem türkischen »Geschäftskollegen«, einem Mitarbeiter der ungarischen Firma, die als Tarnung seiner Geheimdienstaktivitäten diente, rasch weggefahren, während man Brand Verhaftung und sofortige Abschiebung androhte.[2] Schließlich gelang es den Emissären trotz großer Schwierigkeiten, ihn durch die Kontrollen zu bringen und ihm eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis zu besorgen. Auch später hat Brand die Ohnmacht der Emissäre des Jischuw nie verstanden. Den Umstand, daß sein Name im Paß anders lautete als der, den die Emissäre den türkischen Behörden gemeldet hatten (Eugen Band statt Joel Brand), scheint für ihn von keinerlei Bedeutung

gewesen zu sein. Er muß wohl gedacht haben, daß sich so etwas leicht regeln ließe.

Wer hat die Abreise von Brand und Grosz nach Istanbul organisiert? Kurt Becher behauptet, er sei es gewesen. Und offenbar haben Experten des Reichssicherheitshauptamtes die Reisepapiere gefälscht.[3]

Das Treffen im Pera Palas Hotel in Istanbul, bei dem Brand der gesamten Gruppe zionistischer Emissäre über die Situation der ungarischen Juden berichtete und Eichmanns Angebot vortrug, nahm einen dramatischen, bewegenden Verlauf. Die Juden waren äußerst betroffen und wie gelähmt. Was sollten sie jetzt tun? Natürlich mußte man etwas unternehmen, das war allen, und insbesondere Wenja Pomeranz und Menachem Bader, den Repräsentanten der Kibbuzorganisationen, klar. Auf keinen Fall durfte Brands Mission scheitern. Man telegraphierte nach Jerusalem, kündigte Pomeranz an, der über eine äußerst wichtige neue Entwicklung zu berichten habe. Am 24. Mai 1944 traf Pomeranz, der schließlich mit der Eisenbahn fahren mußte, in Palästina ein. Er wurde sofort von Moshe Shertok, dem Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency, empfangen.

Auch Shertok erkannte, wie bedeutsam diese Entwicklung war. Zusammen mit Pomeranz ging er zu Ben Gurion. Pomeranz hatte den Zettel mit der Botschaft der Istanbuler Emissäre, eher ein Ruf der Verzweiflung, in einer Zahnpastatube versteckt. »Wir warten verzweifelt auf eure Entscheidung, von der viele tausend Leben abhängen. Wir können uns nicht erlauben, eine solche Entscheidung hier zu treffen.« Und Barlas fragte: »Was sollen wir den Erpressern über ›Waren‹ und Lösegeld sagen? Wird jemand von der Exekutive der Jewish Agency hierherkommen, und wenn ja, wer? Ist es ratsam, Brand nach Jerusalem zu schicken, und ließe sich garantieren, daß er auch wieder zurückreisen könnte? Das ist eine Bedingung seiner Mission. Soll er, abgesehen von einem Gespräch mit Mr. Avni (Deckname für den US-Botschafter Laurence A. Steinhardt) in Ankara auch mit anderen verhandeln?«[4] Nach einer langen Unterredung mit Ben Gurion wurde rasch die Exekutive der Jewish Agency einberufen, um Pomeranz zu hören.

Die Exekutive hatte zuvor bereits darüber diskutiert, ob man mit den Deutschen über die Freilassung der ungarischen

Juden verhandeln solle. Am 2. April 1944, zwei Wochen nach der deutschen Besetzung Ungarns, hatte Yitzhak Grünbaum, einer der Mitglieder der Exekutive, seinen Kollegen vorgeschlagen, man sollte sich an die deutschen Vertreter in Istanbul wenden, damit die Morde nicht nur in Ungarn, sondern in ganz Europa eingestellt würden. Im Grunde versuchte Grünbaum damit, an den Europaplan anzuknüpfen. Die Exekutive hatte den Vorschlag vor allem aus pragmatischen Gründen abgelehnt. Auch Ben Gurion hat dagegen gestimmt. Es sei unmöglich, mit den Deutschen zu verhandeln, ohne die Alliierten davon in Kenntnis zu setzen. Die Juden könnten sich aber nur an Engländer und Amerikaner wenden, und diese würden die jüdischen Verhandlungsführer ihren ganzen Zorn spüren lassen. Es wurde beschlossen, mit Ira Hirschmann Kontakt aufzunehmen, dem Vertreter des War Refugee Board, der in Kürze wieder in Istanbul erwartet wurde. (Er war das erste Mal im Februar dort angekommen.) Er sollte vorschlagen, die Juden aus den Balkanstaaten nicht nach Polen zu deportieren, sondern sie unter der Verantwortung des Roten Kreuzes in Lagern zusammenzufassen. Dieser Vorschlag hat Hirschmann nie erreicht, vielleicht weil er bereits im Juni wieder abreiste. Aber mittlerweile war ja Brand in Istanbul eingetroffen.[5]

Ben Gurion und Shertok meinten, man müsse die Engländer über die Mandatsverwaltung in Palästina offiziell von allem unterrichten. Die Engländer würden sowieso aus eigenen Quellen von der Mission erfahren, und wenn man Verhandlungen aufnehmen wolle, dann könnten dies eigentlich nur die englische und die amerikanische Regierung übernehmen. Je schneller man sie daher in die Sache einweihe, desto besser. Tatsächlich hatten die Emissäre in Istanbul sofort Arthur Whittall, einen Agenten des britischen Secret Intelligence Service, und Oberst Harold Gibson, seinen Vorgesetzten, informiert und sie darum gebeten, die Reise von Pomeranz zu ermöglichen. Parallel dazu hatte Barlas den amerikanischen Botschafter Steinhardt unterrichtet. Yitzhak Grünbaum, der in der Exekutive nominell für alle Rettungsaktionen verantwortlich war, widersprach. Er traute den Engländern nicht: Sie würden das ganze Projekt torpedieren. Nach einer erregten Debatte wurde Grünbaum überstimmt.

Am 26. Mai besuchten Ben Gurion und Shertok Sir Harold MacMichael, den britischen Hochkommissar für Palästina. Dieser war den Juden, dem Zionismus und der Jewish Agency nicht besonders wohlgesonnen. Aber er leitete die Vorschläge und einen genauen Bericht seiner Diskussion mit den führenden Juden nach London weiter. Eichmann sei bereit, so zitiert er diese, zwischen fünf- und zehntausend Juden freizulassen, bevor er Waren erhalten habe. Außerdem wolle er auch Juden gegen kriegsgefangene Deutsche austauschen. Brand hat bekanntlich in seinen schriftlichen Aussagen verschiedentlich davon gesprochen, daß 100000 Juden gegen eine offizielle Bestätigung der Annahme des Plans freigelassen würden. Den Austausch gegen Kriegsgefangene dagegen hat er nirgends erwähnt. Diese Diskrepanz deutet wieder darauf hin, daß Brands Aussagen über Einzelheiten des Vorschlags unzuverlässig sind.[6] MacMichael zufolge, der damit wiederum Shertok und Ben Gurion zitiert, habe Brand gesagt, die Deportationen hätten noch nicht begonnen. Auch hier gibt es Widersprüche, denn Brand hat an anderer Stelle gesagt, er habe vom Beginn der Deportationen am 14. Mai gewußt.

Bereits in diesen allerersten Diskussionen hat MacMichael die entscheidenden Fragen gestellt. War dies in Wirklichkeit nicht der Versuch, die gemeinsame Front der Alliierten zu spalten? Konnte man der Gestapo zutrauen, einen Plan zur Rettung der Juden ausgeheckt zu haben? War es nicht völlig undenkbar, den Deutschen mitten im Krieg Lastkraftwagen zu überlassen? Die Antworten Ben Gurions ließen die zukünftige Haltung der Jewish Agency bereits erkennen: Man sei nicht dafür, Güter an die Deutschen zu liefern, dennoch solle man sich auf die Verhandlungen einlassen, denn damit ließen sich möglicherweise Leben retten. Alle drei waren der Ansicht, Shertok müsse nach Istanbul fliegen und sich dort mit Brand treffen, der bald nach Ungarn würde zurückkehren müssen. Eichmann habe dessen Auslandsaufenthalt angeblich auf zwei Wochen begrenzt. Der Hochkommissar wandte sich an Brigadegeneral R. G. Maunsell, den Leiter der britischen Nachrichtendienste im Nahen Osten, um mehr über Grosz und den Hintergrund der Brand-Mission in Erfahrung zu bringen.[7]

In der Zwischenzeit zeigten sich die Türken verärgert dar-

über, daß sich Juden in ihrem Land aufhielten, die doch eindeutig Gestapo-Agenten seien. Die türkischen Behörden wollten Brand unbedingt abschieben, der vom 23. bis 26. Mai in seinem Hotel unter einer Art mildem Hausarrest stand. Er versuchte, nach Ankara zu gelangen, um dort mit Steinhardt zu sprechen. Doch ohne gültiges Visum konnte er keine Fahrkarte kaufen. Avriel und Bader setzten alles daran, die Abschiebung zu verhindern. Sie sprachen mit den Türken, überbrachten Bestechungsgelder, wandten sich erneut an die Behörden. Vergeblich, denn am 26. Mai, und damit vor Shertoks erwarteter Ankunft in Istanbul, nahmen die Türken Brand in Abschiebehaft. Nur mit äußerster Mühe gelang es Avriel, den Türken die Genehmigung abzuringen, Brand für einige weitere Nächte im Hotel zu lassen. Doch der türkische Entschluß stand fest: Brand sollte am 29. Mai abgeschoben werden. Möglicherweise kam diese Entscheidung, die im Kabinett fiel, auf Druck des deutschen Botschafters von Papen zustande. Sie lag auf der Linie dessen, was die Türken als ihre Interessen verstanden.[8]

Die türkische Haltung erklärt womöglich auch, warum die britische Botschaft in Ankara kein Visum für Shertoks Istanbul-Besuch erwirken konnte, obwohl sich MacMichael tatsächlich bemühte, diese Reise möglich zu machen. Aus diesem Grund verlangte Shertok in einem Telegramm, daß Brand nach Budapest zurückfahren und den Nationalsozialisten berichten solle, Juden und Alliierte würden seine Vorschläge ernsthaft prüfen. Und nachdem er von Brands Abneigung, nach Budapest zurückzukehren, erfahren hatte, forderte er in einem zweiten Telegramm, Brand solle nicht nach Palästina fahren, sondern in der Türkei bleiben.[9] Das aber war angesichts der türkischen Haltung eine unmöglich zu erfüllende Forderung.

Brand wollte nicht unverrichteter Dinge und auch nicht ohne Grosz in den Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten zurückkehren. Er befürchtete, daß er und seine Familie die unmittelbaren Opfer davon sein würden und daß damit, viel schlimmer, das Urteil über die Juden Ungarns gefällt wäre. Er sträubte sich mit allen Mitteln gegen seine Rückreise nach Ungarn. Am 27. Mai, also einen Tag und eine Nacht vor der geplanten Abschiebung, schrieb Bader, er hoffe, daß Brand nicht

hingerichtet würde, sobald er den NS-Schergen wieder in die Hände falle. Brand übergab ihm sein Testament.[10]

Am nächsten Tag versuchte man den britischen Geheimdienst in Istanbul zu überreden, Brand die Reise nach Palästina zu gestatten. Doch die Engländer lehnten ab, und auf Anweisungen aus London hielten sie diese Weigerung drei Tage lang aufrecht. Mittlerweile nämlich hatten die Briten über Ehud Avriel den ungefähren Inhalt von Brands Mission erfahren, und sie wollten in eine derart verwickelte Angelegenheit nicht hineingezogen werden. Sie waren bereit, die Türken zu bitten, Brand und Grosz in ein von den Engländern kontrolliertes Gebiet abzuschieben. Auf keinen Fall jedoch wollten sie erklären, die beiden seien zwei um Asyl bittende Juden. Für die Türken aber konnte das nur bedeuten, daß die beiden tatsächlich feindliche Agenten waren, und deren Auslieferung an die Engländer konnten sie nur ablehnen. Ganz bewußt haben sich die Engländer so verhalten, daß Brand und Grosz keinesfalls bei ihnen landeten.

Was Grosz in diesen Tagen unternommen hat, ist unklar. Doch können wir davon ausgehen, daß er mit einigen englischen Agenten Kontakt aufgenommen hat. Seine Frau war schon früher aus Ungarn herausgebracht worden, und er wohnte bei ihr. Gleich nach seiner Ankunft hat er offenbar Verbindung mit dem Office of Strategic Services aufgenommen, denn am 21. Mai 1944 meldete Macfarland nach Washington, Grosz habe den Amerikanern von der Verhaftung von Hatz und Kövess in Budapest berichtet. Am 30. Mai sprach Grosz auch mit Dogwood. So wird er die Amerikaner in groben Umrissen von seiner Mission unterrichtet haben.[11] Was Dogwood seinerseits aus diesen Informationen gemacht hat, wissen wir nicht; bis heute sind keine Dokumente aufgetaucht, die dies erkennen ließen.

Am 29. Mai 1944 (die Türken hatten die Abschiebung wieder verschoben) hat Bader Brand überredet, mit einer fiktiven Vereinbarung mit »Moledet« (»Vaterland« – der Deckname Baders, wenn er für die Jewish Agency mit Nazis verhandelte) nach Budapest zurückzukehren. Die Juden würden, so stand darin, das Eichmann-Angebot im großen und ganzen akzeptieren, solange die Deportationen eingestellt würden. Den

Deutschen verspreche man ein Lösegeld von insgesamt einer Million Schweizer Franken, wenn sie die Deportationen einstellten: 400000 US Dollar für jeweils eintausend jüdische Auswanderer nach Palästina und eine Million Schweizer Franken für die gleiche Anzahl jüdischer Auswanderer nach Spanien. Wenn den Juden und den Alliierten die Versorgung in den Lagern gestattet würde, wären sie im Gegenzug bereit, den Deutschen die gleiche Menge Versorgungsgüter zu übergeben. Bevollmächtigte der Deutschen sollten diese Bedingungen mit Emissären aushandeln, die gerade nach Istanbul unterwegs waren, nämlich mit Hirschmann und Shertok. Das Dokument war nicht sonderlich überzeugend, doch Bader fiel nichts Besseres ein.[12] Er konnte nur hoffen, daß dies Dokument ausreichen würde, Brands Leben zu schützen.

Nachdem er Baders Vorschlag akzeptiert hatte, ging Brand zu Grosz, der im gleichen Hotel wohnte, und bat diesen, mit ihm nach Budapest zurückzukehren. Grosz setzte ihn vor die Tür. »Joel mag sich einreden, daß er etwas für die Reise nach Budapest in den Händen halte. Aber ich habe noch nicht erreicht, was sie von mir verlangten, und ohne einen Erfolg in meiner Mission hat das Abkommen, das sie Joel angeboten haben, keinen Wert.«[13] In jener Nacht vom 30. Mai, noch vor Sonnenaufgang, fand im Hotel eine dramatische Unterredung zwischen Brand und Bader statt. Bader, eine väterliche Person, versuchte Brand mit der Unvermeidlichkeit seiner Rückkehr nach Budapest zu versöhnen. Schließlich ergab sich der erschöpfte und verzweifelte Mann ins Unausweichliche: »Endlich, nach mehrstündigem Ringen, akzeptierte er die Entscheidung, daß sie (nach Budapest) zurückkehren mußten.«[14]

Man muß diese Einzelheiten deshalb so detailliert darstellen, weil in Israel während des Prozesses Kasztner-Grünwald eine ganz andere Version kursierte: Die Emissäre, und das heißt die Vertreter der Jewish Agency (denen man eigentlich den Prozeß machen wollte), hätten Brand, der nach Budapest zurückfahren wollte, gezwungen, nach Palästina weiterzureisen. Und dort sei er dann von den Engländern verhaftet worden. Die Jewish Agency habe, wie die Judenräte in Europa, nichts Besseres zu tun gehabt, als mit den Feinden des jüdischen Volkes zu kollaborieren – in diesem Fall mit den Engländern. Und genau das

habe zum Scheitern der Brand-Mission geführt. Diese Version der Ereignisse geht auf Brand selbst zurück. Dieser muß geglaubt haben, daß er heldenhafter wirken würde, wenn er behauptete, er habe unbedingt nach Budapest zurückkehren wollen. In seinem Buch, das nach dem Prozeß erschien, hat er diese falsche Darstellung wiederholt. Und nicht nur Kasztners Gegner, der Rechtsanwalt Tamir, hat das aufgegriffen, sondern auch der bekannte Schriftsteller Amos Elon in seinem Bestseller *Timetable*. In einer lächerlichen Verkehrung der Tatsachen hat Elon sogar Bader für das Scheitern der Mission verantwortlich gemacht: Dieser habe mit den Engländer kollaboriert, und diese hätten Brands Rückkehr nach Ungarn verhindern wollen.

Genau das Gegenteil war der Fall. Brand wollte auf keinen Fall zurückkehren, und dies aus guten Gründen: Man hätte ihn ermordet, und die Mission wäre gescheitert. Bader hat vergeblich versucht, ihm zu helfen. Im Oktober 1944 hat sich Brand Hirschmann gegenüber ganz ähnlich geäußert: Wenn er von Istanbul zurückgekehrt wäre, »hätte man dies als endgültige Ablehnung seiner Vorschläge durch die Alliierten verstanden«, und er sah nur die daraus resultierende Gefahr der Vergeltung. So, wie es dann kam, habe er »mit der Einstellung der Deportationen und den 1700 Flüchtlingen (aus dem Kasztner-Zug, siehe dazu im nächsten Kapitel), die durchkamen, wenigstens etwas erreicht«.[15]

Grosz weigerte sich hartnäckig, nach Ungarn zurückzukehren. Als man ihm die Abschiebung androhte, flehte er die Engländer »auf Knien« an, ihn auf britischem Boden zu verhaften.[16] Die Engländer wußten genau, wen sie vor sich hatten. Sie hofften, er würde ihnen helfen, die inneren Vorgänge bei den deutschen Geheimdiensten zu durchleuchten. In einer Kehrtwendung der bisherigen Strategie war die Secret Intelligence Middle East (SIME), die Nahost-Abteilung des Secret Intelligence Service, am 31. Mai dann doch bereit, beiden Männern die Einreise in von den Engländern kontrolliertes Territorium zu gestatten. Die Türken, die am 29. Mai 1944 die englische Anfrage noch abgelehnt hatten, gaben nach und stellten den beiden die notwendigen Ausreisevisen für Syrien aus. Die Entscheidung der Nahost-Dienststelle wurde von der Londoner Zentrale des Secret Intelligence Service in Frage gestellt, die damit äußerst un-

glücklich war. Doch am 1. Juni reiste Grosz nach Syrien. Dort wurde er verhaftet und nach Kairo gebracht. Brand erhielt die Chance, Shertok in Istanbul zu treffen, und blieb darum noch einige Tage länger in Istanbul.

Shertok hatte in der Zwischenzeit versucht, von den türkischen Behörden ein Einreisevisum zu erhalten. Es ist kaum erstaunlich, daß sich die Türken nicht sonderlich daran interessiert zeigten, noch eine Person in die Affäre verwickelt zu sehen. Der Antrag wurde abgelehnt. MacMichael berichtete am 26. Mai 1944 London, Shertok werde nach Istanbul reisen. Und als der britische Botschafter in Ankara nicht antwortete, telegraphierte MacMichael ihm, er werde, falls man bis zum 30. Mai kein Visum erhalten habe, Shertok auch ohne Papiere losschicken. Nun reagierte die Botschaft in Ankara: Shertok solle unter keinen Umständen ohne Visum anreisen. Wie wir schon wissen, telegraphierte Shertok daraufhin, Brand solle in Istanbul warten, bis er dorthin komme. Als Bürger eines feindlichen Landes könne Brand möglicherweise nicht nach Budapest zurückkehren, wenn er sich einmal im Hoheitsgebiet der Alliierten aufgehalten hätte. Aber der britische Konsul in Istanbul – tatsächlich der Secret Intelligence Service – erklärte Brand, er müsse abreisen, und verband damit die Drohung, er müsse andernfalls vielleicht nach Ungarn zurück, ohne Shertok gesehen zu haben.[17] Am 12. oder 13. Juni teilte der britische Botschafter Steinhardt mit, ein türkisches Visum sei um den 5. Juni herum telegraphisch nach Jerusalem geschickt worden; aber da hatte Brand Istanbul wahrscheinlich schon verlassen. Auf jeden Fall hat Shertok sein Visum nicht rechtzeitig erhalten.[18] Daraufhin sicherte MacMichael zu, Shertok könne Brand in Aleppo sehen und danach werde man Brand die Rückreise nach Ungarn ermöglichen.[19]

Während dieses Hin und Hers wurden in Istanbul zwei amerikanische Berichte über die Brand-Grosz-Mission verfaßt: am 4. Juni von Reuben B. Resnik, dem örtlichen Vertreter des Joint Distribution Committee, und vom amerikanischen Konsul Leslie A. Squire. Sie hatten anscheinend gemeinsam mit Brand gesprochen und auch ihre Schlußfolgerungen miteinander abgestimmt. Der Brand-Vorschlag, so schrieben sie, sei eine weitere Gestapo-Verschwörung und die beiden Kuriere wirkten nicht

sonderlich überzeugend. Brand, so behauptete Squire, habe Kontakte mit dem ungarischen Nachrichtendienst gehabt, der bekanntlich pro-deutsch eingestellt sei (hier irrte sich Squire); außerdem müsse dieser Verbindungen zur Gestapo haben, denn dort wisse man von seinen illegalen lebensrettenden Aktivitäten. Vollkommen korrekt leitete Squire Brands Aussage weiter, jeden Tag würden 12000 Juden von Ungarn nach Polen deportiert und dort ermordet. Über den Inhalt von Brands Vorschlägen wußte Squire nur, daß ungarische Juden freigelassen werden sollten, aber nichts von der einen Million Juden, die europaweit ausgewählt werden sollten, von denen Brand in den späteren Verhören sprach. Brand verlangte Verhandlungen hauptsächlich, um Zeit zu gewinnen. Dies durchschaute Squire, ansonsten aber verwirrten ihn die Motive der Deutschen völlig. Sicherlich könne die Gestapo nicht im Ernst davon ausgehen, daß die Alliierten ihre Vorschläge akzeptieren würden. Diese könnten darum nur für Propagandazwecke formuliert worden sein, und vor allem um einen Keil zwischen die westlichen Alliierten und die Sowjets zu treiben. Er könne nicht glauben, daß mit diesem Vorschlag ernsthaft versucht werde, Friedensverhandlungen einzuleiten. Die Deutschen würden im Fall einer Ablehnung ihrer Vorschläge vielmehr versuchen, die Alliierten für den Tod der Juden verantwortlich zu machen. Squire dachte wie so viele andere, daß mit den Vorschlägen der Zweck verfolgt würde, die Deutschen von der »Last« zu befreien, für die Juden »sorgen zu müssen«. Im State Department wurde das Memorandum mit großem Lob aufgenommen.[20]

Die Haltung der Briten zeigte sich am 30. Mai 1944 in einer Sitzung im Flüchtlingsausschuß des Kriegskabinetts. Hier war man sich einig, daß die deutschen Vorschläge als politische Kriegsführung und Erpressungsversuch zu werten seien. Denn hätten die Deutschen tatsächlich etwas Ernsthaftes anzubieten, dann hätten sie dies durch Vermittlung der Schweizer tun können, die die Interessen Großbritanniens den Deutschen gegenüber als »Schutzmacht« vertraten. Um eine derart große Zahl von Juden quer durch Europa nach Spanien zu transportieren, hätte man die Kriegshandlungen einstellen müssen. (Man muß bedenken, daß diese Debatte nur eine Woche vor der Landung in der Normandie stattfand.) Möglicherweise wollten die Deut-

schen Juden gegen kriegsgefangene Deutsche tauschen, und dies sei nicht hinzunehmen. Auf der anderen Seite mußte die Regierung die pro-jüdische Stimmung der Kirchen und der englischen Öffentlichkeit berücksichtigen, deshalb war »kein Vorhaben, das Juden zu retten verspricht«, einfach abzuweisen. Der Gedanke wurde geäußert, daß die Amerikaner möglicherweise dazu tendieren könnten, mit dem Vorschlag zu sympathisieren, weil sich das War Refugee Board des Präsidenten, »mit Unterstützung von Mr. Morgenthau, teilweise aus wahltaktischen Überlegungen der ›Rettung‹ von Juden widmet«. Wegen dieses Engagements drohe ein Angebot, »daß uns eine größere Anzahl von Juden aufhalst«.[21]

Am 5. Juni 1944 übermittelten die Briten der amerikanischen Regierung ein Aide-mémoire. Gleich eingangs benennen sie, was sie als eigentliche Gefahr betrachteten: Sollte eine Million Menschen das von den Nationalsozialisten beherrschte Territorium verlassen, müßten militärische Operationen ausgesetzt werden, und die Deutschen könnten dann all ihre Kräfte gegen den Osten konzentrieren, also genau das umsetzen, was wohl Himmlers wahre Absicht sei. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Freilassung der Juden zu einem Aufschrei unter der Bevölkerung in den alliierten Ländern führen würde: dort werde man fragen, was für die Kriegs- und Zivilgefangenen der Alliierten geschehe, die unter »fürchterlichen Zuständen« leben müßten (was für sie nicht zutraf).

Der einzig positive Vorschlag der Briten war die Feststellung, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten, »falls die deutsche Regierung bereit sei, Juden in äußerster Not oder Gefahr (als habe es irgendwo im nationalsozialistisch beherrschten Europa Juden gegeben, die sich nicht in äußerster Not und Gefahr befunden hätten) freizulassen, ihrerseits bereit sein könnten, zu prüfen, ob diese Menschen auf der iberischen Halbinsel unterzubringen seien.« Dieses Angebot wurde einen Tag vor Beginn der Invasion verfaßt, die jeden Transport von Menschen zur spanischen Grenze für die Deutschen illusorisch machen würde. Und die Engländer fügten hinzu, daß kein Vertreter der Jewish Agency oder einer anderen jüdischen Organisation mit den Deutschen verhandeln dürfe, wohl aber könne die Jewish Agency die Haltung der Alliierten an die Ungarn weiterleiten.

Weizmann, so steht es in diesem Aide-mémoire, habe, als er informiert wurde, behauptet, die Deutschen wollten mit ihrem Vorschlag die westlichen Regierungen nur in eine peinliche Lage bringen. Eine tiefergehende Beurteilung habe er sich allerdings vorbehalten.[22]

Zwei Punkte fehlen in dieser frühen Niederschrift: Erstens Eichmanns Zusicherung, die Lastwagen würden nicht gegen die westlichen Alliierten eingesetzt werden, und zweitens die Grosz Mission. Aber davon wußten die Engländer noch nichts, beide Vorschläge erreichten die britische Regierung erst etwas später.

Am 9. Juni wurde der neue stellvertretende amerikanische Außenminister Edward R. Stettinius Jr. vom Leiter des War Refugee Board John W. Pehle informiert, daß Roosevelt »mit unserer Vorstellung übereinstimmt, daß wir die Verhandlungen so offen wie möglich halten sollten«, um Zeit zu gewinnen: »in der Hoffnung, daß inzwischen das Leben vieler designierter Opfer gerettet sein werde«.[23]

Die Reaktion jüdischer Organisationen in der freien Welt war zunächst etwas verworren. Doch vor allem wegen Shertoks sehr gewissenhaftem Bericht über die Vorschläge und Meinungen der Exekutive der Jewish Agency reagierten die Repräsentanten der jüdischen Welt doch sehr verständig. Nahum Goldmann, ein europäischer Jude, erkannte Shertoks Politik des Verhandeln um des Verhandelns willen, und nachdem er am 7. Juni von Stettinius' Vorschlag gehört hatte, unterstützte er dessen Linie.[24] Lastwagen kamen nicht in Frage, aber man sollte Geld anbieten und vorschlagen, daß das Internationale Rote Kreuz die Versorgung der Juden mit Lebensmitteln übernehmen könne. Goldmanns Vorstellung , die Juden dort zu belassen, wo sie sich gerade befänden, und sie nur unter Schutz und Obhut des Roten Kreuzes zu stellen, haben später auch andere aufgegriffen. Damit war dem Einwand der Briten zu begegnen, es sei unmöglich, so viele Menschen zu transportieren.[25]

Gleichzeitig mit Shertoks Interventionen hat sich Ben Gurion an Goldmann gewandt. Dieser möge die Bitte an Roosevelt weiterleiten, »die Bedingungen dafür zu schaffen, daß der Vorschlag mit den Vertretern der feindlichen Gruppe besprochen werde, von denen er stammt, und die Tür nicht zuschlagen«.

Die Jewish Agency ging davon aus, daß das War Refugee Board berechtigt war, mit dem Feind zu verhandeln; daran läßt Ben Gurions Schreiben keinen Zweifel. Ben Gurion wollte die Autorität der Flüchtlingsorganisation dazu nutzen, Kontakt mit den NS-Stellen aufzunehmen, die das Angebot unterbreitet hatten. Daß dieses nicht vom Auswärtigen Amt stammen konnte, war Ben Gurion klar. In allen jüdischen Eingaben war die gleiche Bitte zu lesen: Man möge Brand gestatten, nach Budapest zurückzukehren.[26]

Für ihre Antwort mußten sich die westlichen Alliierten noch mit einem dritten abstimmen: nämlich mit den Sowjets. Goldmann zum Beispiel war sich darüber im klaren, daß es besser wäre, wenn die Sowjets über die Brand-Mission direkt von den westlichen Mächten erführen und nicht über ihre Nachrichtendienstler in Istanbul. Trotz britischer Einwände beharrten die Amerikaner darauf, die Sowjets zu verständigen. Den Engländern war klar, daß die Sowjets sich jeder Verständigung mit den Deutschen widersetzen würden. Wenn man sie also unterrichtete, dann könnte dies das Ende der Mission bedeuten. Das amerikanische Außenministerium bat jedoch am 9. Juni 1944 den amerikanischen US-Botschafter in Moskau telegraphisch, die sowjetische Führung über die Brand-Vorschläge zu informieren. Die unvermeidliche Antwort kam am 19. Juni: Andrej Wyschinski, der stellvertretende Außenminister der UdSSR, habe im Namen der Sowjetregierung erklärt, es sei sowohl unzulässig wie unzweckmäßig, »sich überhaupt auf Unterredungen mit der deutschen Regierung einzulassen«.[27] Hat sich das amerikanische State Department also an die Sowjets gewandt, weil man dort wußte, wie die Sowjets reagieren würden? Oder hat man die Sowjets ungeachtet dessen informiert? Die Antwort ist keineswegs eindeutig. Nach der negativen Antwort der Sowjets schien es unmöglich, die Brand-Kontakte fortzusetzen. Hätten die Amerikaner nicht offiziell nachgefragt, sondern das Verhandlungsangebot als einen Weg dargestellt, Leben zu retten, dann hätte man den Einwänden der Sowjets etwas entgegnen, sie vielleicht sogar auch ignorieren können. So aber scheint es, als hätten die Sowjets der ursprünglichen Brand-Mission ein Ende gesetzt.

Am 5. Juni 1944 verließ Brand Istanbul, und am 6. Juni über-

querte er in Begleitung von Avriel die syrische Grenze. Zu beider Überraschung wurde Brand von den Engländern verhaftet, die zunächst unerbittlich verhinderten, daß Shertok und Brand miteinander sprechen konnten. Vier Tage lang kämpfte Shertok am Telefon und im Telegrammbüro, bis die Briten am 11. Juni endlich nachgaben und ihn in Aleppo einen ganzen Tag lang mit Brand sprechen ließen. Shertoks Protokoll dieser Unterredung ist erhalten. Überliefert ist auch der Bericht des britischen Offiziers, der darauf bestand, das Gespräch zu verfolgen. Brand konnte aber nicht nur mit Shertok, sondern auch mit anderen Mitgliedern der Nachrichtengruppe der Jewish Agency – mit Shaul Avigur, dem Leiter des Mossad, und drei anderen – unbeobachtet sprechen.[28]

Brand berichtete Shertok von Eichmanns Angebot und auch detailliert von der inneren und äußeren Lage der ungarischen Juden. Bei dieser Gelegenheit erwähnte er auch Eichmanns Zusage, die Lastwagen nicht gegen den Westen einzusetzen. Das hat er später bedauert. Auf die Fragen, was geschehen würde, falls er mit einer positiven bzw. einer negativen Antwort zurückkehrte, und was, falls er überhaupt nicht zurückkehrte, antwortete Brand, er glaube nicht, daß er die Juden werde retten können, falls er mit einer positiven Antwort zurückkehrte. Diese Antwort steht im völligen Widerspruch zu Brands Aussagen in seinen geschriebenen Memoiren und zu Zeugenaussagen direkt nach dem Krieg. Da hat er stets behauptet, daß er unzählige Menschen hätte retten können, wenn man ihm nur die Rückkehr gestattet hätte. Wenn er mit einer negativen Antwort zurückkehre, so erklärte er Shertok, würden die Deutschen die völlige Vernichtung einleiten – eine eigenartige Aussage, wenn man bedenkt, daß Brand ja wußte, daß die Deutschen seit dem 14. Mai Juden in den Tod schickten. Und falls er überhaupt nicht zurückkehre, so würden die Nazis seine Freunde und die meisten Mitglieder seiner Familie ermorden. Möglicherweise würden die Schergen auch einige seiner Angehörigen am Leben halten, um sie als die Verwandten des Verräters Brand vorzuführen, der sie im Stich gelassen hatte, um die eigene Haut zu retten. Und genau dies: daß er sich gerettet, sie aber im Stich gelassen habe, das wurde Brand von einigen Freunden und Angehörigen später tatsächlich vorgeworfen.[29]

Am Ende der langen Gespräche hatte sich Shertok offenbar eine Strategie zurechtgelegt: Er wollte die Briten darum bitten, neutrale Personen oder Institutionen in die Verhandlungen über die Vorschläge der Nationalsozialisten einzuschalten, damit so lange wie möglich verhandelt werden könne. Dahinter steht auch bei Shertok die Hoffnung, daß inzwischen die Morde möglicherweise eingestellt und – wer weiß? – auch der Krieg beendet werden könnte. Auf jeden Fall solle man Brand die Rückkehr nach Budapest gestatten. Aber Brand wurde nach Kairo geschafft und kam nicht mehr nach Budapest. Und in Kairo wurde er wie Grosz wochenlang durch britische Geheimdienstler verhört.

Die britische Regierung hatte von der Brand-Mission sowohl durch ihre Vertreter in der Türkei als auch durch MacMichael gehört. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt am 25. Mai ein Telegramm von Botschafter Steinhardt. In Washington war sich das War Refugee Board mit der Jewish Agency darin einig, daß Verhandlungen helfen könnten, die gefährdeten Juden zu retten. In beiden Hauptstädten wurde das Angebot der Nationalsozialisten ernsthaft erörtert. In den Vereinigten Staaten allerdings diskutierte man die Brand-Vorschläge in einer Atmosphäre, die von den energischeren Rettungsversuchen des amerikanischen War Refugee Board bestimmt war.

Am 7. März 1944, vor der deutschen Besetzung Ungarns, hatten die amerikanischen Gesandtschaften in Bern und Lissabon der ungarischen Regierung eine Note übermitteln lassen, die den Ungarn mit Vergeltung drohte, falls sie die Juden verfolgten.[30] Am 24. März, gerade fünf Tage nach der Besetzung Ungarns, warnte Roosevelt die Ungarn öffentlich davor, sich an der Verfolgung der Juden oder anderer Gruppen der Zivilbevölkerung zu beteiligen. Wer immer dies tue, habe mit Vergeltung zu rechnen. Diese Warnung wurde am 12. April in einer diplomatischen Note an die Ungarn wiederholt.[31] Solche Interventionen blieben völlig wirkungslos, denn nach und trotz dieser Protestnoten wurden 437000 Juden nach Auschwitz deportiert – unter aktiver Mitwirkung ungarischer Behörden, Polizisten und Soldaten.

Die britische Regierung hat sich diesem Appell nicht ange-

schlossen. Auf den Vatikan konnten die Vereinigten Staaten einigen Druck ausüben, immerhin näherten sich die alliierten Truppen der Stadt Rom, die sie am 4. Juni 1944 befreiten. Der päpstliche Nuntius Angelo Rotta protestierte am 27. April bei Michael Arnothy-Jungerth, dem ungarischen Außenminister. Der Heilige Vater sei sehr unglücklich, wenn er sehen müsse, wie Ungarn, eine christliche Nation, den Lehren des Neuen Testaments zuwiderhandle. Am 15. Mai protestierte der Nuntius erneut gegen die gerade beginnenden Deportationen. Aber es gelang ihm nicht, Justinian Kardinal Seredi, den Fürstprimas von Ungarn, zu einem solchen Protest zu bewegen. Seredi verfaßte statt dessen einen Hirtenbrief, der mit den antisemitischen Maßnahmen übereinstimmte und der eigentlich nur darauf angelegt war, die konvertierten Juden vor den Deportationen zu schützen. Der Brief wurde von der Regierung zunächst unterdrückt, dann aber, am 1. Juli, verspätet in einigen Kirchen verlesen.[32]

Entschiedener wurde die Haltung des Vatikan erst nach der Befreiung von Rom. Am 25. Juni flehte der Papst Horthy an, die Juden vor weiterem Schmerz und Leiden zu bewahren. Am 30. Juni appellierte König Gustaf V. von Schweden in einem Telegramm an Horthy, die überlebenden ungarischen Juden »im Namen der Menschlichkeit« und im Interesse des guten Rufs Ungarns zu retten. Mindestens ebenso wirkungsvoll wie diese Proteste war die Bombardierung Budapests durch die amerikanische Luftwaffe am 2. Juli. Horthy, dem abgefangene US-Funksprüche vorgelegt worden waren, in denen die Bombardements angekündigt wurden, traf sich am 4. Juli mit Veesenmayer. Wahrscheinlich waren die Funksprüche dem ungarischen Geheimdienst bewußt zugespielt worden. In seinem Treffen mit Veesenmayer bereitete er den Rückzug Ungarns von der Deportationspolitik vor. Horthy war überzeugt, daß die Bombardierung der Hauptstadt die amerikanische Antwort auf die Deportationen darstellte.

Eines der abgefangenen Telegramme war am 24. Juni 1944 abgesendet worden. Darin hatte Roswell D. McClelland, der Repräsentant des War Refugee Board in der Schweiz, das Bombardement von Eisenbahnlinien in Ungarn und der Slowakei vorgeschlagen, die nach Auschwitz führten. Der Vorschlag war

in einem Brief enthalten, den Weissmandel am 18. Mai über Schwalb dem War Refugee Board zuleitete. So hat dieser Vorschlag eines ultraorthodoxen Rabbi seinen Weg nicht nur zum War Refugee Board, sondern bis zu Horthy gefunden. Und es ist eine paradoxe Vorstellung, daß es gerade bei diesem seine Wirkung getan hat. Das Telegramm wurde auch Grundlage einer anderen Mitteilung, die der britische Gesandte John C. Norton an das Foreign Office in London schickte und die am 26. Juni auf Churchills Schreibtisch landete. Churchills Kommentar war: »Es gibt keinen Zweifel, daß dies [der Mord an den ungarischen Juden oder der Holocaust überhaupt] wahrscheinlich das größte und schrecklichste Verbrechen ist, das in der ganzen Geschichte der Welt begangen worden ist, und es ist mit wissenschaftlichen Methoden von angeblich zivilisierten Menschen im Namen eines großen Staates und eines der führenden Völker Europas begangen worden.«[33]

Horthy wußte jedoch auch davon, daß die extreme Rechte unter ihren Führern Baky und Endre mit Hilfe der Gendarmerie einen Staatsstreich vorbereitet hatte. Auch das wird seinen Entschluß beeinflußt haben. Er befahl ihm ergebene Armee-Einheiten in die Hauptstadt. Als er seine Stellung derart gefestigt hatte, befahl er am 7. Juli die vorläufige Einstellung der Deportationen. Gleichzeitig aber versicherte er Veesenmayer, daß die letzte Phase der Deportation der Budapester Juden so bald wie möglich fortgesetzt werde. Eichmann konnte nach dem 7. Juli und gegen Horthys Willen gerade noch einen Zug in Bewegung setzen.

Auch andere neutrale Staaten und Organisationen appellierten an Horthy, ohne zu wissen, daß er sich bereits entschlossen hatte, die Deportationen einzustellen. So richtete Max Huber, der Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, am 6. Juli 1944 eine Protestnote an Horthy.

Inzwischen, am 14. Juni 1944, war Brand nach Kairo überführt worden. Mit großem Zynismus überging MacMichael die Zusage, Brand nach Budapest zurückkehren zu lassen, die er Shertok gemacht hatte; ja er verbot Shertok sogar, diese Zusage zu erwähnen. Nun wollte Brand von sich aus zurückkehren, denn er befürchtete, die ihm von Eichmann gewährte Zeit sei abgelaufen. Auch hatte er Shertok, den er als einen ranghohen

Vertreter der Juden erkannte, gesagt, was er zu sagen hatte. Und er war überzeugt davon, daß dieser den Vorschlag an die Alliierten weiterleiten würde.

In Istanbul hatte Brand darauf bestanden, nur mit Grosz gemeinsam nach Budapest zurückzukehren. Inzwischen war Grosz in den Händen der Engländer, und dies wäre eine ausreichende Erklärung dafür, daß Brand alleine zurückkehrte. Aber die Engländer, die Brand ursprünglich lieber ganz abgewiesen hätten, wollten nun die Gelegenheit nutzen und Informationen über Ungarn, über den Apparat des deutschen Geheimdiensts und über »bewaffnete zionistische Aktivitäten« (ausgerechnet in Ungarn) aus Brand herausholen. Gerade von den bewaffneten Aktionen der Zionisten fürchteten sie eine Bedrohung ihrer Herrschaft in Palästina. Außerdem wollten sie Brands Aussagen mit denen von Grosz vergleichen. Aus all diesen Gründen weigerten sie sich, Brand die Rückkehr zu gestatten.

Kasztner und die *Vaada* in Budapest waren verzweifelt, daß Brand nicht zurückkehrte. Die Emissäre in Istanbul ließen sie wissen, alles sei verloren, falls Brand im Nahen Osten bleibe. Shertok und andere Funktionäre der Jewish Agency machten Brands Rückkehr nach Ungarn zu einer ihrer Hauptforderungen – ein offensichtlicher Versuch, die Verhandlungen in Gang zu halten. Sie fanden die Unterstützung von Joseph J. Schwartz vom Joint Distribution Committee, der sich gerade in der Türkei aufhielt und sich bei der amerikanischen Regierung ebenfalls für Brands Rückkehr einsetzte.[34]

In diesem Zusammenhang ist noch etwas anderes zu betonen. Daß Brand nicht zurückkehrte, war nicht sein freier Entschluß. Es hatte auch nichts mit Feigheit zu tun. Und er hat damit auch seine Familie nicht im Stich gelassen. Er ist gegen seinen Willen in Kairo festgehalten worden. Das allerdings wußten die Menschen in Budapest damals nicht. Und manche der Überlebenden des Holocaust nehmen es bis heute nicht zur Kenntnis. Seine Mitstreiter in der *Vaada* – eine Zeitlang sogar seine Frau – haben ihm die angebliche Treulosigkeit nicht verziehen. Und so entstand ein tiefer Riß zwischen ihm und den überlebenden *Vaada*-Leuten.

Nach seiner Rückkehr aus Aleppo hat Shertok am 14. Juni 1944 an einer weiteren Sondersitzung der Exekutive der Jewish

Agency im Haus Ben Gurions teilgenommen. Dort wurde die zukünftige Politik der jüdischen Führung festgelegt. Das Zentrum der Aktivitäten konnte weder Kairo noch Istanbul, aber auch nicht Jerusalem sein – Shertok mußte nach London gehen, um mit der britischen Regierung über die Brand-Mission zu verhandeln. Auch Moyne war dieser Meinung, und Ben Gurion trat dafür in Palästina ein. »Packe Smoking und Zylinder, Moshe, und fliege nach London«, soll er gesagt haben. Shertok sollte versuchen, bei den Briten dafür zu werben, daß irgendwelche offiziell neutrale, tatsächlich aber pro-alliierte Organisationen auf neutralem Boden mit den Deutschen verhandelten. Shertok dachte dabei an das Intergovernmental Committee on Refugees, deren stellvertretender Vorsitzender der Schweizer Gustav Kullmann war. Oder an das Internationale Rote Kreuz, vielleicht auch an das War Refugee Board, von dem Shertok (irrtümlich) annahm, es sei befugt, mit dem Feind zu verhandeln. Ben Gurion machte sich Grünbaums Vorbedingung für Verhandlungen mit den Deutschen, nämlich daß die Deportationen und die Morde eingestellt werden müßten, nicht zu eigen. Hauptziel, so dachte Ben Gurion, sollte sein, überhaupt Verhandlungen in Gang zu setzen, alles weitere werde sich dann finden.[35]

Einen Tag später, am 15. Juni, trafen Ben Gurion und Shertok noch einmal mit MacMichael zusammen. Diesmal, um die britische Regierung, der MacMichael berichten würde, über die Position der Jewish Agency zu informieren. So grob und unfreundlich er war, die Hauptpunkte leitete er dennoch umgehend weiter nach London: Verhandlungen durch Vermittlung neutraler Bürger oder des War Refugee Board und die Rückkehr Brands nach Budapest.

Hauptstreitpunkt in der Jewish Agency waren die Beziehungen zu den Engländern. Insbesondere Grünbaum traute den Engländern nicht und war überzeugt davon, daß sie alle Anstrengungen, Juden zu retten, sabotieren würden. Ben Gurion widersprach ihm; er sah, daß die Mission keinerlei Erfolgsaussichten haben würde, wenn die westlichen Alliierten nicht überredet werden konnten, sie zu unterstützen. Ein eigenständiges jüdisches Vorgehen wäre sofort zum Scheitern verurteilt. Natürlich waren beide Standpunkte berechtigt. Aber wir konnten

bis hierher ein ganz anderes Bild zeichnen als die bekannte historische Literatur zu diesem Thema. Dort wird Grünbaum als eine Person dargestellt, die wenig tat und sich noch weniger kümmerte, und Ben Gurion geradezu als Kollaborateur mit den Nationalsozialisten, als harter und desinteressierter Mann, dem es um nichts anderes als um die Zukunft des jüdischen Palästinas ging und der sich darum keine Sorgen um das Schicksal der Juden in der Diaspora machte. In Wirklichkeit aber sah dies ganz anders aus. Beide Männer waren tief verwickelt in die Vorgänge um die Brand-Mission. Die Exekutive der Jewish Agency traf sich in den vier Wochen nach der Ankunft von Pomeranz aus Istanbul siebenmal, davon dreimal zu Sondersitzungen in Ben Gurions Haus. Ben Gurion machte die Brand-Mission damals zur zentralen Angelegenheit der Jewish Agency und widmete ihr seine Zeit und Energie. Er hat MacMichael ebenso wie der Exekutive erklärt, daß es ihm ganz gleich sei, wohin man die Juden bringe, ob nach Palästina oder anderswohin, wenn man sie nur überhaupt herausbringe.[36]

Hier sollten wir Ira A. Hirschmann in die Geschichte einführen, der damals als Delegierter des War Refugee Board unterwegs war nach Istanbul. Hirschmann, ein führender Manager des New Yorker Kaufhausunternehmens Bloomingdale, unterstützte die sogenannte Bergson-Gruppe, eine rechtsradikale zionistische Gruppe, die die Notlage der Juden von Europa durch aggressive Anzeigenkampagnen und Darstellungen ins Rampenlicht gerückt hatte. Dazu hatten auch die von ihr geschaffenen Ausschüsse nicht-jüdischer Freunde beigetragen, die einen beträchtlichen Einfluß auf das öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten gewannen.

Warum Roosevelt ausgerechnet Hirschmann zum Vermittler des War Refugee Board in der Türkei ernannte, ist nicht klar, denn Roosevelt war überhaupt kein Freund der Bergson-Gruppe und ihrer Politik. Aber wie dem auch sei, Hirschmann wurde in die Türkei entsandt. Er reiste im Februar und erneut am 11. Juni 1944, nachdem Brand dort eingetroffen war. Seine Darstellung der Ereignisse klingt sehr nach einem epischen »Ich war dabei!«: *Er* rettete, *er* verhandelte, *er* erzielte Erfolge. Tatsächlich sind seine Rettungsversuche gescheitert, obwohl er sie mit den besten Absichten und großer Energie betrieb. Weder

erreichte er einen Durchbruch hinsichtlich der Flucht von Juden aus den Balkanstaaten, noch konnte er in Sachen Brand einen Erfolg verbuchen. Seinen Einfluß in den rumänischen und bulgarischen Gesandtschaften in der Türkei überzeichnend, behauptet er, durch seine Interventionen habe er die Juden jener Länder im letzten Augenblick vor den Mordabsichten der Nationalsozialisten bewahrt. Möglicherweise hat er tatsächlich einen gewissen Einfluß auf die Rumänen gehabt (ganz sicher keinen in Bulgarien), aber es war die Rote Armee, die das Land überrollte und die Rumänen damit zur Rebellion gegen Antonescu und zum Frontwechsel ermutigte. Und die Schwäche der Wehrmacht war der Grund dafür, daß dieser Wechsel möglich wurde, ohne daß die Juden den Preis dafür zahlen mußten.

Hirschmanns Bedeutung in der Brand-Affäre liegt darin, daß er am 22. Juni 1944 in Kairo ein Gespräch mit Brand führte und die amerikanische Regierung durch seinen Bericht darin bestärkte, dieses Kapitel nicht völlig abzuschließen. Hirschmann war von Brand sehr beeindruckt, und er dachte wie andere auch, daß man dies Unternehmen fortführen müsse, auch wenn die deutschen Vorschläge in vielem unannehmbar waren. Lord Moyne, der britische »Minister Resident« im Nahen Osten, war derselben Meinung. Ja, er schlug sogar vor, Brand mit einer unverbindlichen Antwort zurückzuschicken, damit die Juden die Verhandlungsmöglichkeiten offenhalten könnten. Hirschmann gewann den Eindruck, daß Eichmann eher zufällig auf die Idee mit den Lastwagen gekommen sei, und hatte damit sicher recht. Ob der Tausch schließlich gegen Lastwagen oder gegen etwas anderes erfolge, sei für die Deutschen nebensächlich. Er entnahm Brands Darstellungen, daß die Deutschen, die ihn gesandt hatten, separate Friedensverhandlungen beginnen wollten. Im Gespräch mit Hirschmann erwähnte Brand Eichmanns Angebot, »zehn-, zwanzig-, fünfzigtausend Juden freizulassen«, falls die Alliierten mit seinem Vorschlag grundsätzlich einverstanden seien. Ein Gesprächsthema zwischen Hirschmann und Brand ist von besonderem Interesse. Brand erklärte, er habe von »Schröder« eine Liste mit Gütern erhalten, an denen die Nationalsozialisten interessiert seien. Die Engländer bestätigten die Identität von Schröder: Es war Fritz Laufer, Dogwoods »Iris«.[37]

Die Grenzen von Hirschmanns Einfluß zeigen sich darin, daß die meisten seiner Vorschläge abgelehnt wurden; auch der, einen Vertreter der Vereinigten Staaten nach London zu schikken, um mit den Briten zu diskutieren (offenbar dachte er dabei an sich und hoffte, diesen Auftrag zu erhalten). Er wollte, daß dieser amerikanische Abgesandte zusammen mit Shertok nach London reisen sollte, den er in Kairo am 22. Juni getroffen hatte und der am 27. Juni tatsächlich in London ankam.[38]

Die britische Regierung schien in der Frage von Brands Rückkehr nach Budapest allmählich nachzugeben. Reuven Zaslani, der Leiter des Nachrichtendienstes der Jewish Agency, berichtete aus Kairo, daß Maunsell, der Chef des britischen Geheimdienstes, aus seiner Perspektive keine Einwände mehr dagegen habe, Brand zurückkehren zu lassen; auch Moyne äußerte dies in einem Gespräch mit Hirschmann.

Am 26. Juni 1944 verfaßte der britische Außenminister Anthony Eden eine Notiz zum internen Gebrauch, in der er die verschiedenen Möglichkeiten, die im Vorschlag der Deutschen steckten, noch einmal gegeneinander abwog. Der Vorschlag stamme offensichtlich von einem ranghohen und mächtigen Nationalsozialisten, möglicherweise von Himmler, wenn nicht sogar von Hitler selbst. Entweder war das Ganze ein Erpressungsversuch oder darauf angelegt, die Schuld für die Massenmorde den Alliierten zuzuschieben, wenn diese das Angebot ablehnen sollten. Er skizzierte einen Gegenvorschlag für die Alliierten: »Bis jetzt hat die Regierung Seiner Majestät, obwohl sie eine Diskussion des von Brand mitgebrachten Planes ablehnt, versucht, das Gespräch offenzuhalten, um die (mit dem Angebot verbundene) Drohung, alle übriggebliebenen Juden, insbesondere die in Ungarn, auch noch zu ermorden, abzuwenden und so dem Vorwurf der Gleichgültigkeit gegenüber der ganzen jüdischen Katastrophe und allen Maßnahmen gegenüber, die sie mildern könnten, zu entgehen.«[39] Am 1. Juli, ungefähr sechs Wochen nach Brands Ankunft in Istanbul, informierte Eden die Amerikaner, die Engländer seien bereit, Brand mit der Botschaft zurückkehren zu lassen, daß die Alliierten praktische Schritte in Erwägung zögen, um den Juden zu helfen. Die britischen Vorschläge reduzierten den Eichmann-Plan auf ein lächerliches Minimum. 1500 jüdische Kinder sollten in die

Schweiz aufgenommen werden. Fünftausend Kinder aus Bulgarien oder Rumänien, denen man die Einreiseerlaubnis für Palästina versprochen hatte, sollten jetzt zur Auswanderung freigelassen werden. (Dieser Vorschlag ignorierte die mit Rücksicht auf den Mufti von Jerusalem, Hadsch Amin al-Husseini, formulierten Bedingung der Nationalsozialisten, daß keine Juden nach Palästina auswandern sollten.) Hinzu kam, daß die Deutschen Geleitbriefe ausstellen sollten für jene, vermutlich von Balkanhäfen auslaufenden Schiffe, auf denen jüdische Flüchtlinge mitfuhren. Über ein Gegenangebot der Alliierten wurde überhaupt nichts gesagt.[40]

In Washington hat der Leiter des War Refugee Board, John W. Pehle, Finanzminister Henry Morgenthau Jr., ein aktives Mitglied seiner Organisation, von der Brand-Mission in Kenntnis gesetzt, allerdings erst am 19. Juni 1944.[41] Am gleichen Tag antwortete das State Department schließlich auf die britische Note vom 5. Juni. Man folgte einem Entwurf des War Refugee Board und ging davon aus, daß es bei den Vorschlägen Brands nicht auf die Einzelheiten ankomme, sondern auf die Möglichkeit, Leben durch Gesprächsbereitschaft zu retten. Die Amerikaner deuteten an, daß sie die Gefahr, die zu jenem Zeitpunkt mit dem Transfer einer größeren Anzahl von Menschen quer durch Europa verbunden war, durchaus sahen, dennoch beharrten sie darauf, daß die Alliierten »Juden und Personen, die ähnlich wie diese unmittelbar vom Tod bedroht waren«, vorläufige Zufluchtsorte bieten müßten. Hinsichtlich der Brand-Vorschläge im allgemeinen spiegeln alle amerikanischen Dokumente das Bestreben wider, die Tür für Verhandlungen offenzuhalten und Brand die Rückkehr nach Budapest zu ermöglichen.[42]

Nun aber zeigte sich eine entscheidende Meinungsverschiedenheit zwischen Engländern und Amerikanern. Eine britische Antwort vom 26. Juni widersprach der Auffassung, daß man »allen« Juden, denen die Flucht gelang, helfen müsse. Statt dessen schlugen die Briten eine Liste bestimmter Gruppen vor, die Unterstützung finden müßten, falls sie aus dem nationalsozialistisch beherrschten Europa entkommen könnten: einige Rabbiner, 5000 Kinder und Frauen auf dem Weg aus den Balkanstaaten nach Palästina, usw. Dennoch, so wurde wiederholt, sollte

man keine negative Antwort geben. Man biete auch an, Brand freizulassen und ihn, mit irgendeiner Geschichte ausgestattet, nach Ungarn zurückzuschicken.[43] Interessanterweise erfolgte die englische Antwort, nachdem die Sowjets das Angebot abgelehnt hatten: Die Engländer waren also bereit, es auf kleinere Auseinandersetzungen mit den Sowjets ankommen zu lassen. Sie machten den Vorschlag, daß alle Verhandlungen über die Schweiz laufen sollten. Vorschläge zu Lösegeldzahlungen aber seien generell abzulehnen.

Die offizielle britische Haltung mochte in einem begrenzten Sinn konstruktiv sein, dahinter aber blieb die Irritation spürbar, überhaupt von den Juden belästigt zu werden. Als man ihn bat, sich am 28. Juni mit Weizmann und Shertok zu treffen, notierte Eden: »Muß ich? Welcher meiner Kollegen ist dafür verantwortlich? Staatsminister [Richard Law, der »Held« der gescheiterten Bermuda-Konferenz vom April 1943] oder Mr. [George] Hall? Mindestens einer der Verantwortlichen sollte dabei sein, wenn ich diese zwei Juden sehen muß. Weizmann nimmt meistens nicht viel Zeit in Anspruch.«[44] Zunächst, am 30. Juni, empfing Hall »diese zwei Juden«. Weizmann und Shertok baten um die Freilassung von Brand, um Verhandlungen durch die Schweizer oder das War Refugee Board, um Rundfunk-Warnungen an das Personal der ungarischen Eisenbahn und um die Bombardierung von Auschwitz. Im Widerspruch zu den Beschlüssen der Exekutive der Jewish Agency in Palästina forderte Shertok nun, daß man den Deutschen klar machen müsse, Gespräche seien nur nach Beendigung des Mordens möglich.[45]

Über die Auschwitz-Protokolle von Vrba und Wetzler wurde die britische Regierung am 26. Juni 1944 durch ihre Berner Gesandtschaft informiert, allerdings auf der Grundlage einer stark verkürzten Version. Eine etwas ausführlichere Fassung der Protokolle lag den Amerikanern am 6. Juli vor.[46] Die Engländer erhielten die Nachricht wiederholt: am 2. Juli noch einmal von Schweden und von der tschechoslowakischen Exilregierung in London.[47] Churchill kommentierte die telegraphische Nachricht vom 26. Juni wie folgt: »An den Außenminister: Was kann getan werden? Was können wir sagen?« Eden wiederum wandte sich an seine Spezialisten: »An die Abteilung. Erbitte dringend Rat.«[48]

Nun zweifelten die Beamten des Foreign Office nicht länger an den Einzelheiten des Berichtes, dachten aber dennoch, man könne nichts tun, um zu helfen. Seit den ersten Junitagen forderten Repräsentanten der Jewish Agency und des amerikanischen Vaad Hahatzalah die Bombardierung von Auschwitz bzw. der Eisenbahngleise dorthin. Die Berichte aus Schweden wurden in einer Kabinettssitzung am 3. Juli erörtert, und Eden bemerkte: »So schlimm die Lage auch sei, er, Eden, zweifele daran, daß es irgendwelche wirksamen Gegenmaßnahmen gebe.« Warnungen zu wiederholen, denen die Alliierten keinen Nachdruck verleihen könnten, seien seiner Meinung nach fruchtlos.[49] Dem Premierminister teilte er mit, daß er die Meinung des Luftwaffenministeriums einholen werde, ob es möglich sei, Auschwitz zu bombardieren.

Während des Treffens, das schließlich am 6. Juli 1944 zwischen Eden, Weizmann und Shertok zustande kam, überreichte die Jewish Agency der britischen Regierung ein weiteres Aide-mémoire. Darin wurde nachdrücklicher wiederholt, was die Jewish Agency bereits Hall vorgetragen hatte. Ausdrücklich wurde die Zahlung von Lösegeld gefordert und auch eine Erklärung der Alliierten angemahnt, daß sie von neutralen Ländern aufgenommene Juden dort versorgen würden. Die Eisenbahnlinien nach Auschwitz und das Lager selbst müßten bombardiert werden. Die Beamten des Foreign Office erhoben Einwände: »Wir können das nicht akzeptieren... Diese jüdischen Vorschläge für ein Gespräch sind unmöglich.« Nur wegen der Empfindlichkeit der Amerikaner zögerte das Foreign Office, die »Gestapo-Vorschläge voller Verachtung zurückzuweisen«, was man eigentlich von Anfang an hätte tun sollen. Ian I. Henderson, einer der höchsten Beamten des Foreign Office, kommentierte den Hirschmann-Bericht am 9. Juli: »Die Nazis wissen, daß die Regierung Seiner Majestät und die US-Regierung unter der politischen Schwäche leiden, unter jüdischem Druck zu stehen – anders als die Russen, denen es nicht so geht.« Nur darum glaubten die Deutschen, den Westen erpressen zu können.[50] Und Innenminister Herbert Morrison (ein Mitglied der Labour Party) erklärte am 1. Juli, es käme darauf an, »nichts zu unternehmen, was das Risiko einer weiteren Einreise von Flüchtlingen hierher zur Folge haben könnte«.[51]

Während des eigentlichen Gesprächs gelang es Eden, sogar den gewitzten Shertok in die Irre zu führen. Eden bekundete größte Sympathie für die Notlage der unglücklichen ungarischen Juden. Ja, die Regierung Seiner Majestät werde gewiß alles in ihrer Kraft Stehende tun; man werde die Angelegenheit, auch die Frage von Verhandlungen im Kriegskabinett besprechen.[52] Eden versuchte, die Brand-Mission ad acta zu legen und zur gleichen Zeit Anteilnahme für die Opfer zu bekunden. Aber hinter seinen Worten stand die Angst, die auch aus den internen Dokumenten britischer Beamter spricht. Die Deutschen hatten erklärt, sie würden, aus Rücksicht gegenüber dem Mufti von Jerusalem, keine massenweise Auswanderung von Juden nach Palästina gestatten. Dennoch sahen die Engländer in der Brand-Mission nur eine umfassende deutsch-zionistische Verschwörung, um eine Million Juden nach Palästina einzuschleusen. Das aber würden die Engländer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern wissen.[53]

Es liegt eine gewisse Ironie darin, daß ausgerechnet die deutsche Forderung, Palästina als Fluchtort für die Juden auszuklammern, und die Bereitschaft der Jewish Agency, dies zu akzeptieren, zeigen, wie unsinnig historische Analysen sind, die die damalige Politik der Zionisten als palästinafixiert beschreiben – so, als hätte die Jewish Agency hintertrieben, daß für die Juden auch Zufluchtsorte außerhalb Palästinas gefunden würden.

Am 1. Juli, also noch vor Erhalt des Aide-mémoire der Jewish Agency, aber schon als Reaktion auf Shertoks Vortrag bei Hall, informierte Eden die Amerikaner, er habe Shertok (den er selbst noch nicht persönlich gesprochen hatte) erklärt, es könne keine Kontakte zwischen den Alliierten und den Deutschen geben, was Shertok unter anderem vorgeschlagen hätte. Außerdem könne man den Deutschen keinen Ausgleich bieten. Nach dem sowjetischen Veto seien solche Diskussionen unmöglich. Dabei hatte Shertok gerade vorgeschlagen, daß eine neutrale Person als Vertreter des Intergovernmental Committee for Refugees oder des Internationalen Roten Kreuzes als Vermittler fungieren sollte. Dies nannte er die »Rübe«, die man den Deutschen vor die Nase halten müsse. Denn ein solches Angebot bedeute, daß Amerikaner und Engländer bereit seien, mit den

Deutschen über die Befreiung von Juden zu sprechen. Darauf ist Eden gar nicht eingegangen. Die deutschen Vorschläge, ließ Eden wissen, hätten nur den Zweck, »Ablehnung zu provozieren, die dann als Rechtfertigung für extreme Maßnahmen gegen Juden dienen könnten«. (An welche »extremen Maßnahmen« über den Massenmord hinaus Eden wohl gedacht haben mag?)

Als positiven Vorschlag wiederholten die Briten, man solle mit Schweizer Vermittlung über besondere, zahlenmäßig beschränkte Gruppen von Menschen verhandeln, die dann aus dem nationalsozialistisch besetzten Europa auswandern könnten. Pehle antwortete am 5. Juli in einem vom amerikanischen Staatssekretär Cordell Hull signierten Schreiben, man solle eine allgemeine an neutrale Staaten, besonders an die Schweiz, gerichtete Garantie ins Auge fassen, daß die Alliierten »alle« Juden, denen die Flucht gelänge, dort unterstützen würden, wo sie angekommen seien, und schließlich auch dafür sorgen würden, daß sie weiterreisen könnten. In einer separaten Botschaft vom 7. Juli ließ Pehle die sowjetische Regierung wissen, daß er nach einem Vermittler suche, vorzugsweise nach einem Schweizer, damit man von den Deutschen nähere Auskünfte erhalten könne.[54] Die Engländer lehnten wiederum ab; mit einer derart allgemein gefaßten Garantie würden sich die Alliierten in eine Situation manövrieren, aus der es möglicherweise kein Entkommen mehr gebe.

Die Amerikaner unterrichteten die Sowjets am 7. Juli auch über das, was sie und die Briten über Eichmanns Angebot gerade erst erfahren hatten: daß dieser nämlich die Lastwagen »nicht gegen den Westen« einsetzen wolle. Das hätten die Briten den Sowjets gar nicht mitgeteilt: Hier dachten sie schon an die Möglichkeit, wenigstens einige Menschenleben zu retten, und wollten die Tür für weitere Entwicklungen offenhalten. Den Amerikanern dagegen war es vor allem um die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den Sowjets zu tun, darum beharrten sie darauf, den Russen alle Informationen zugänglich zu machen. Sie seien nicht bereit, so ließen sie die Sowjets wissen, sich jedem Angebot zu verschließen. Ähnliche Angebote stünden zu erwarten, und darunter könnte auch eines sein, »das ernsthaftes Abwägen erfordert«. Darum der amerikanische Vorschlag, weitere Kontakte über die Schweiz zu knüpfen.

Aber gerade die Mitteilung von Eichmanns Gedanken zum Einsatz der Lastwagen hat die Brand-Mission jeder praktischen Chance beraubt.[55]

Mittlerweile hatte die negative Antwort der Sowjets auch beim War Refugee Board Folgen gehabt. Am 21. Juni telegraphierte dessen Direktor Pehle an die Botschafter Steinhardt in Ankara und Averell Harriman in Moskau, in der Angelegenheit nichts weiter zu unternehmen und weitere Anweisungen abzuwarten. Hirschmann, der über die Haltung seines Chefs informiert war, trat wieder in den Hintergrund – von nun an waren seine Hände gebunden.[56]

Die Meinungen der Amerikaner waren, wie wir uns vorstellen können, durchaus geteilt. Das War Refugee Board oder auch einige Beamte im State Department wollten die Tür zu weiteren Verhandlungen auch nach der negativen Antwort der Sowjets nicht völlig schließen. Aber es gab auch ganz andere Auffassungen dazu.[57] In den Reihen des Office of Strategic Services im Nahen Osten waren beide, positive wie negative Bewertungen der Brand-Mission zu hören. Auch eindeutig antizionistische oder gar antisemitische Standpunkte wurden vertreten. So etwa in einem Bericht des Geheimdienstes der US-Army. In einem Papier des Counterintelligence Corps, das wahrscheinlich Mitte Juni entstand, wurde Dogwood als Nazi-Agent bezeichnet, weil er Kontakte zu den Zionisten in Istanbul und zu Grosz, Laufer und Brand unterhalte. Den Zionisten warf man vor, in Palästina ungerührt ihre eigenen politischen Absichten zu verfolgen; zu Verhandlungen mit den Nationalsozialisten seien sie vor allem darum bereit, weil sie Juden auch gegen die Interessen der Alliierten in den Nahen Osten holen wollten.[58]

Mit dem Veto der Sowjets schienen alle Möglichkeiten, die Brand-Mission weiter zu verfolgen, versperrt. Allerdings begannen die Gespräche mit Shertok in London *nach* der Wyschinski-Note. Weder Engländer noch Amerikaner waren willens, die Tür vollends zuzuschlagen. Die Chance, das Leben wenigstens einiger Menschen zu retten, sollte nicht vertan werden. Die Briten waren hier allerdings zu weniger Zugeständnissen bereit als die Amerikaner. Es sah so aus, als könne nun doch irgendeine Schweizer Intervention erfolgen, wobei die Englän-

der offensichtlich an offizielle Schritte dachten, an ein Vorgehen ähnlich wie im Zusammenhang der Feldscher-Vorschläge, während die Amerikaner nach privaten oder halbprivaten Kanälen suchten. Da aber, Anfang Juli, unternahmen die Nationalsozialisten ihrerseits einige überraschende Schritte.

Dieses neue Stadium wurde offenbar von Ferenc (Feri) Bagyoni eingeleitet, dem Kurier des ungarischen Militärattachés in Ankara, der, wie wir gesehen haben, auch von den Zionisten zur Überbringung ihrer Nachrichten nach Budapest eingesetzt worden war. Im Namen von Hermann Krumey, einem von Eichmanns Helfershelfern, machte Bagyoni am 10. Juni 1944 (nur fünf Tage nachdem Brand in Richtung Aleppo gefahren war) den Vorschlag, einer der Emissäre solle nach Budapest kommen, damit die Verhandlungen dort fortgesetzt werden könnten. Für Sicherheit und Rückkehr des Emissärs werde man garantieren. Kasztner telegraphierte am 20. Juni aus Budapest, daß die Deutschen bereit seien, sich mit Joseph J. Schwartz vom Joint Distribution Committee in Portugal zu treffen. Als Repräsentant der Deutschen werde »Schröder« kommen. Hinter diesem Namen verbirgt sich auch hier der bereits bekannte Laufer, auch wenn ein anderer Schröder als Mitarbeiter des SD auf der Iberischen Halbinsel im Einsatz war. Das Joint Distribution Committee bat das US State Department um Erlaubnis, aber Pehle, in einem von Hull unterschriebenen Brief, wies diesen Plan am 27. Juli energisch zurück.[59]

Am 23. Juni wiederholte Kasztner noch einmal Bagyonis Angebot, diesmal sollte sich Menachem Bader mit den Deutschen treffen. Und nachdem ein paar weitere Nachrichten ausgetauscht worden waren, fragte er Bader am 7. Juli, ob er sich mit einem deutschen Agenten treffen würde, der sich Oberst Stiller nannte. Zweck des Treffens sollte sein, Bader die Reise nach Budapest zu ermöglichen, um dort die Verhandlungen um die Brand-Vorschläge fortzusetzen. Als Beweis dafür, daß die Nationalsozialisten ihr Angebot ernst meinten, informierte Kasztner Bader darüber, daß ein Zug nahezu 1700 Juden in die Schweiz bringen werde (der Zug fuhr zunächst nur bis Bergen-Belsen; davon im nächsten Kapitel). Bader traf sich mit »Stiller«. Dieser Mann behauptete, mit dem Deutschen Konsulat in Istanbul in Verbindung zu stehen, und er bot Bader einen Flug

nach Berlin (oder nach Wien, wie Bader nach dem Krieg aussagte) an. Dort sollten dann die Brand-Vorschläge besprochen werden.[60] Bader wandte sich an seine Vorgesetzten, an Shertok und Ben Gurion. Ben Gurion antwortete, daß man die Zustimmung der Engländer einholen müsse, denn Bader sei ein palästinensischer Bürger. Doch mußte Ben Gurion die Engländer wohl vor allem darum einbeziehen, weil er vom Angebot der Deutschen an Bader zunächst von Anthony Simmonds gehört hatte. Dieser war Kommandeur der Geheimdienstabteilung der Royal Air Force und arbeitete mit der Jewish Agency zusammen. Natürlich verweigerten die Engländer ihre Zustimmung, und Shertok instruierte Bader entsprechend.[61] Doch Ben Gurion gab nicht auf. Entgegen seiner offiziellen Stellungnahme stimmte er zu, daß Eliezer Kaplan, der Schatzmeister der Jewish Agency und Ben Gurions enger, persönlicher Vertrauter, der sich zu dieser Zeit in Istanbul aufhielt, erkunden solle, ob Bader nicht trotz des Verbots der Engländer nach Ungarn oder Deutschland gesandt werden könnte. Nach einigem Zögern kam Kaplan offenbar zu dem Schluß, daß dies nicht zu machen sei.[62]

Am 15. Juli 1944 sandte Kasztner ein Telegramm an Bader, in dem er andeutete, die Nationalsozialisten hätten ihm Schwartz und Bader als mögliche Verhandlungspartner vorgeschlagen. Er wollte alles daransetzen, die Brand-Mission zu retten. Am gleichen Tag versuchten auch die Deutschen an Eliyahu Dobkin von der Jewish Agency heranzukommen, der sich in Portugal aufhielt. Aber auch dieser Rettungsversuch führte zu keinem Ergebnis.

An diesem Punkt stellen sich mehrere Fragen. Erstens: Wer war Oberst Stiller? Zweitens: Wer schickte ihn zu Bader? Und drittens: Was bedeutete die Einladung Baders nach Budapest oder Berlin?

Wie man sich denken kann, wurde kein Oberst Stiller unter dem deutschen Personal in Istanbul geführt. Es wäre aufschlußreich, wenn man nachweisen könnte, daß der Agent mit diesem Decknamen für den SD agierte. Dies ist zwar wahrscheinlich, kann aber nicht belegt werden. Es ist wohl auszuschließen, daß er für das Auswärtige Amt arbeitete, denn dieses bekämpfte die Brand-Mission. Und die Abwehr existierte nicht mehr. Der

Umstand, daß auch Kasztner in die Angelegenheit verwickelt war, legt nahe, daß sich hinter »Schröder« Laufer verbirgt und Stiller ein SD-Mann war. Bezeichnend ist auch, daß man Bader nicht nach Budapest, sondern mit einem deutschem Kurierflugzeug nach Berlin oder Wien bringen wollte. Mit einem solchen Flugzeug waren auch Brand und Grosz eingeflogen worden. All das kann nur bedeuten, daß wir es hier mit einem zentral organisierten Versuch zu tun haben, einen Repräsentanten der Juden in eines der SD-Hauptquartiere zu bringen. An der Authentizität von Baders Zeugenaussagen gibt es keine Zweifel, dennoch ließ sich weder in einem deutschen Archiv noch in irgendeiner anderen Zeugenaussage ein Hinweis auf einen solchen Versuch finden. Wir wissen es einfach nicht.

Während jener hektischen Tage im Juli 1944 versuchten Shertok und Ben Gurion vergeblich, die westlichen Alliierten umzustimmen. Ebenfalls erfolglos blieb Shertoks Vorschlag, die Engländer sollten doch Gustav Kullmann, den stellvertretenden Direktor des Intergovernmental Committee for Refugees, einen Schweizer, bitten, als Verbindungsmann zu den Deutschen zu fungieren. Und Ben Gurion richtete am 11. Juli mit Goldmanns Vermittlung eine persönliche Bitte an Roosevelt – in zwei aufeinanderfolgenden Telegrammen. Er flehte ihn an, »diese einzigartige und möglicherweise letzte Chance, die restlichen europäischen Juden zu retten, nicht ungenutzt zu lassen«. Er bat darum, die Verhandlungen aufzunehmen, und wie bereits Shertok in London erklärte auch er, Vorbedingung für solche Gespräche mit den Deutschen müsse deren Einstellung der Deportationen sein. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß Roosevelt diese verzweifelte Bitte zu Gesicht bekam.[63] Auf jeden Fall wurde sie nicht beantwortet.

Das Ende dieses ersten Stadiums kam, als der am 4. Juli 1944 abgeschlossene Bericht über das Grosz-Verhör neun Tage später die britische Regierung erreichte. Nun wurde sofort erkannt, was tatsächlich hinter der Mission von Grosz und Brand steckte: Diese sei ein allzu offensichtlicher Versuch der Gestapo (die Engländer konnten die verschiedenen Abteilungen der SS nicht auseinanderhalten), in separate Friedensverhandlungen mit den westlichen Mächten einzutreten. Eine zutreffende Interpretation. Eine Durchsicht der Fragen und Antworten

zeigte, daß bedeutende Kräfte hinter diesem Versuchsballon standen und daß man sie ernst nehmen mußte. Der Bericht wurde noch am gleichen Morgen dem Flüchtlingsausschuß des Kriegskabinetts vorgelegt. Die Reaktion war voraussehbar. Eden erklärte, bis zu diesem Zeitpunkt habe man die Kontakte nicht abreißen lassen wollen, in der Hoffnung, daß sich einige für die Alliierten annehmbare Vorschläge herauskristallisieren würden. Doch nun »habe man einen Bericht erhalten«, der zeige, daß die Mission von Brand und Grosz als »Tarnung für eine Sonderfrieden-Intrige angelegt worden sei«. Dahinter stehe die Absicht, einen Keil zwischen die westlichen Alliierten und die Russen zu treiben. Churchill selbst griff ein und ließ den Ausschuß wissen, daß nun, da man wisse, was es mit dieser Mission auf sich habe, auch Verhandlungen mit Schweizer Vermittlung nicht länger möglich seien. Während der Ausschußsitzung wurde vorgeschlagen, man solle Brand ganz ohne Antwort zurückschicken.[64]

Die Brand-Mission war in ein negatives Licht geraten: Brand war mit dem zwielichtigen Grosz gekommen. Alle Überlegungen, Brand mit etwas in der Tasche die Rückkehr zu erlauben, waren nun hinfällig geworden. Und den Deutschen würde man zeigen müssen, daß sich die propagandistische Wirkung auch umkehren ließe. Am 19. Juli 1944 berichtete die *New York Herald Tribune* über eine der Redaktion einen Tag zuvor von den Engländern zugespielte Nachricht. Der Artikel stellte die Brand-Mission als Verschwörung der Gestapo dar, die zu einem Verhandlungsfrieden oder zur Spaltung der Alliierten führen sollte. Es wurde auch erwähnt, daß die Deutschen Lastwagen verlangt hatten, die nicht an der Westfront eingesetzt werden würden. Die *London Times* nannte die Geschichte eine der »abscheulichsten« des ganzen Krieges. Nur die Niederlage Deutschlands werde den Juden und den anderen in Europa unterdrückten Menschen Sicherheit bringen. In einer BBC-Sendung vom 21. Juli ging Wickham Steed noch weiter. Er berichtete von »einem reichen Industriellen, einem ungarischen Juden, der begleitet von zwei deutschen Beamten in die Türkei gekommen sei, um mit den Engländern zu verhandeln... Es erübrigt sich zu sagen, daß diese menschenfreundliche Erpressung nicht angenommen wurde«.[65] Diese gezielte Indiskretion und die Antworten

der Medien darauf müßten, so dachte man, der Initiative den Rest gegeben haben.

Den Amerikanern gegenüber waren die Engländer deutlich, obwohl sie ihnen nie – soweit wir heute wissen – die Protokolle der Grosz-Verhöre zugänglich machten. Am 18. Juli zogen die Engländer den Schlußstrich. Die Brand-Mission sei nur als »Tarnung für eine Annäherung an uns oder an die Amerikaner im Hinblick auf einen separaten Frieden« eingefädelt worden. Brand könne also nur mit einer negativen Antwort zurückkehren, falls er überhaupt zurück wolle. Weizmann sei darüber zu informieren, daß »wir uns entschieden haben, uns mit den Brand-Vorschlägen nicht weiter zu befassen«.[66]

Die Reaktionen auf die Veröffentlichung der Brand-Vorschläge – in entstellter Form übrigens – waren natürlich unterschiedlich: In Palästina äußerte sich die Exekutive der Jewish Agency ausgesprochen bitter, geradezu haßerfüllt über die Engländer, die das in sie gesetzte Vertrauen verraten hätten und durch die Veröffentlichung des Verhandlungsangebots ungarische Juden zum Tod verurteilten. In Deutschland schickte Ribbentrop, der sich wiederum von seinem Rivalen Himmler übertrumpft sah, ein wütendes Telegramm an Veesenmayer. Der Inhalt läßt sich umgangssprachlich am knappsten zusammenfassen: »Was, zum Teufel, geht da vor?« Ribbentrop hatte keine Ahnung, und Veesenmayer hatte ihm nichts berichtet. Das Telegramm Ribbentrops trägt das Datum des 20. Juli 1944, der Tag des versuchten Attentats auf Hitler. Die meisten Deutschen werden an diesem Tag andre Sorgen gehabt haben. Dennoch ergeben sich mit Veesenmayers Antwort vom 22. Juli einige wichtige Fragen.

Diese Antwort enthält keinerlei Hinweise darauf, daß Veesenmayer selbst in irgendeiner Weise in die Verhandlungen mit Brand verwickelt war. Dafür wird Winkelmann erwähnt. Der Zweck der Brand-Mission (von Grosz ist nicht die Rede) sei es gewesen, »einige Juden« gegen Güter zu tauschen, die in Deutschland fehlten. Grell habe ihn, Veesenmayer, darüber informiert, daß die Verhandlungen in der Türkei zufriedenstellend liefen. Die Presseveröffentlichungen seien wohl als Versuch zu werten, die Angelegenheit gegenüber den Russen zu vertuschen; in Wirklichkeit seien die Westmächte bereit, auf ei-

nen solchen Handel einzugehen.[67] Die Quellen, aus denen Grell seine Informationen bezog und auf die wiederum sich Veesenmayer berief, könnten, so steht zu vermuten, vor allem Clages und Eichmann gewesen sein. Gegenüber Ribbentrop zumindest wurden die Verhandlungen auch nach der Indiskretion durch die Alliierten als positiv für die deutsche Seite beschrieben. Himmler wird als die Figur, die hinter allem stehe, erwähnt. Also wird er an einer Fortsetzung der Verhandlungen interessiert gewesen sein. Das würde erklären, warum die Deutschen weiterhin versuchten, die Alliierten – durch die eventuelle Entsendung von Schwarz, Dobkin, Bader, Laufer und anderen – zu erreichen. Da es keine direkten SS-Quellen gibt, wird man in der Rekonstruktion der Ereignisse wohl nicht viel weiterkommen. Da sich alle diese Ereignisse um den 20. Juli herum abspielten, kann man sicher davon ausgehen, daß Himmler diese Pläne und Missionen hat lancieren können, ohne allzu viele Fragen befürchten zu müssen.[68]

Für die Alliierten – wenn auch nicht für die Deutschen – scheint die Brand-Mission offenbar an ihr Ende gekommen zu sein. Die folgenden Ereignisse freilich zeigen etwas anderes. Kasztner hat weiterhin versucht, irgend jemanden aus der freien Welt mit einem Repräsentanten der SS zusammenzubringen. Er wußte nicht, daß die Brand-Mission gescheitert war, vielmehr muß ihn ermutigt haben, was er von Becher und anderen von der deutschen Seite erfuhr. Auch in Budapest war allerdings bekannt, daß die Vorgänge in der Presse veröffentlicht worden waren.

Die Engländer fühlten sich in ihrer ablehnenden Haltung unwohl. Um wenigstens einigen der jüdischen Forderungen entgegenzukommen, haben sie sich am 13. Juli 1944 mit dem Vorschlag an die Sowjets gewandt, diese sollten jetzt, da die Rote Armee fast an den Grenzen Ungarns stand, Vergeltungsmaßnahmen für die Mißhandlung von Juden in Ungarn androhen. Dieser britische Vorstoß blieb ohne Reaktion.[69] Kasztner aber gab noch immer nicht auf. Und zuletzt fanden die Verhandlungen, die Brand vorgeschlagen hatte, in gewisser Weise doch statt. Am 21. August 1944 trafen sich Becher, Kasztner und zwei Deutsche mit Saly Mayer, dem Vertreter des Joint Distribution Committee in der Schweiz, und zwar auf

der St. Margarethen Brücke an der deutsch-schweizerischen Grenze.

Wie ging Himmler mit dem Wirbel um, den die Veröffentlichung der Brand-Mission in der westlichen Presse verursacht hatte? Noch einmal sei daran erinnert, daß die Geschichte einen Tag vor dem Attentatsversuch publik wurde. Aber selbst Ribbentrop, der keineswegs nur die Stirn runzelte, erfuhr nicht mehr, als daß der Reichsführer SS versucht habe, durch das Angebot einiger Juden beim Westen dringend benötigte Kriegsmaterialien einzutauschen. Himmler hatte sich mit der Anweisung Hitlers vom Dezember 1942 den Rücken freigehalten. Außerdem hatte er die ganze Mission sorgfältig eingefädelt. Niemand erwähnte Grosz – nur indirekt spielte die Presse der Alliierten auf einen separaten Verhandlungsfrieden an. Und das haben selbst Himmlers Gegenspieler in der NSDAP nicht ernst genommen. Und dann wurde Himmler von Hitler beauftragt, die konservative Opposition ausfindig zu machen, zu verhören und hinzurichten. Diese Aufgabe hatte Vorrang vor allem anderen.

Die Brand-Mission fand eine Fortsetzung im Nahen Osten. Brand war seit dem 12. oder 14. Juni (das genaue Datum steht nicht fest) in Kairo ohne Verbindung zur Außenwelt festgehalten worden. Die Engländer nahmen sich Zeit bei der Entscheidung, was sie mit ihm machen sollten. Er trat zweimal in Hungerstreik, versuchte zu fliehen, versuchte zweimal, sich das Leben zu nehmen. Am 5. Oktober 1944 schließlich wurde er freigelassen. Die Engländer boten der Jewish Agency zwei Optionen: Brand könnte mit einer negativen Antwort nach Ungarn zurückkehren, oder er könnte als freier Mann nach Palästina einreisen und dort bleiben. Der Jewish Agency war klar, daß Brand in Ungarn nichts mehr würde erreichen können, schon gar nicht, wenn er mit einer negativen Antwort käme. Man hätte ihn vermutlich sofort getötet. So entschieden sich die Leute von der Jewish Agency dafür, Brands Leben zu retten, und man ließ ihn nach Palästina kommen – einen verbitterten Mann, der sich der extremistischen, anti-britischen Stern-Gruppe anschloß, die auch gegen die Jewish Agency kämpfte und deren Anführer als Quislinge beschimpfte.

Noch Jahre später hatten die Fragen um Brands Mission ihre Brisanz nicht eingebüßt. Nach dem, was wir von ihm wissen,

war er ein äußerst mutiger Mann, der alles daran setzte, die Juden vor dem Tod zu bewahren. Die Art und Weise, wie er Menschen nach Ungarn einschmuggelte, zeigt ihn als äußerst einfallsreichen Untergrundmann. Er brachte eine große Intelligenz mit, aber war auch ein Mann, der das gute Leben mochte, das Abenteuer liebte und sich in Kaffeehäusern und Bars ebenso zu Hause fühlte wie in Verschwörergruppen und unter Kartenspielern. Seine Wahrheitsliebe war nicht immer ausgeprägt. Er starb 1964, wahrscheinlich an einer Leberkrankheit, die mit seinem Alkoholkonsum zusammenhing. Seine einstigen Mitstreiter aus der *Vaada* haben ihm später Vorwürfe gemacht. Diese Angriffe und seine heftigen Antworten darauf gehörten zu den schweren Mißverständnissen, die alle jüdischen Aktiven bezüglich der Situation, in der sie sich damals befunden hatten, miteinander teilten. Wir werden auf diese schmerzhafte Episode noch einmal zurückkommen müssen.

Was mit Grosz geschah, ist nur teilweise bekannt. Auch er ging nach Palästina, als ihn die Engländer nach Kriegsende freiließen. Er behauptete, ein ehrlicher Kurier für die zionistischen Emissäre in Istanbul gewesen zu sein. Und als nach der Gründung des Staates Israel einige der ehemaligen Emissäre zu Hauptfiguren in der neuen Regierung wurden, bat er um Geld. Kollek, Bader und Avriel, sei es aus Mitleid, sei es, um den unangenehmen Burschen loszuwerden, unterstützten den Vorschlag, ihn mit etwas Geld zu versorgen, wenn er Israel verlassen würde. Es ist nicht klar, ob er tatsächlich etwas erhielt. Seine Motive und die Rolle, die er gespielt hatte, gerieten dann immer mehr ins Zwielicht. Als Zeuge im Kasztner Prozeß verhört, erklärte er, er sei von der SS nach Istanbul geschickt worden, um separate Friedensverhandlungen vorzubereiten. Damit erntete er nur spöttisches Gelächter der Rechtsanwälte und Richter. Ihm, den sie als kleinen häßlichen Verbrecher sahen, mochten sie nicht glauben, auch wenn er dieses Mal tatsächlich die Wahrheit sagte. Im Januar 1955 schlug Teddy Kollek vor, Grosz 15 000 US Dollar zu geben, falls er Israel verlassen würde. Er hat Israel verlassen und ist Anfang der siebziger Jahre in München gestorben.[70]

Ein bewegendes Epitaph auf die Mission stammt von David Ben Gurion. Am 10. Juli 1944, dem vierzigsten Todestag von

Theodor Herzl, dem Gründer des modernen Zionismus, hat er folgende Worte gesprochen:

»Was habt ihr uns angetan, ihr freiheitliebenden Völker, ihr Wächter der Gerechtigkeit und Verteidiger der hohen Prinzipien von Demokratie und Brüderlichkeit unter den Menschen? Welche Verbrechen habt ihr zugelassen, Verbrechen, die gegen ein schutzloses Volk begangen wurden, während ihr daneben standet und dies Volk zu Tode bluten ließet, ohne Hilfe oder Beistand zu leisten, ohne den Teufeln Einhalt zu gebieten, und das in der Sprache der Vergeltung, der einzigen, die sie verstanden hätten. Warum entweiht ihr unseren Schmerz und unseren Zorn mit leeren Beileidsbekundungen, die in den Ohren von Millionen Verdammter im Folterhaus, das die Nazis aus Europa gemacht haben, nur wie Spott klingen können? Warum habt ihr nicht einmal an unsere Aufständischen im Ghetto Waffen geliefert, so wie ihr es für die Partisanen und Untergrundkämpfer anderer Nationen getan habt? Warum habt ihr nicht uns geholfen, mit ihnen Verbindung aufzunehmen, wie ihr es bei den Partisanen in Griechenland und Jugoslawien und den Untergrundkämpfern anderswo getan habt? Und wenn anstatt der Juden Tausende englischer, amerikanischer oder russischer Frauen, Kinder und alte Menschen Tag für Tag gefoltert, verbrannt, in Gaskammern erstickt worden wären – würdet ihr dann ebenso gehandelt haben?«[71]

11
Von der Ambiguität des Bösen

Als Brand nicht zurückkehrte und die Deportationen der Juden aus den ungarischen Provinzen immer grauenvollere Ausmaße annahmen, sah sich Kasztner zunächst als endgültig gescheitert und glaubte alles verloren. Am 12. Juli 1944 schrieb er einen verzweifelten Brief an Nathan Schwalb in Genf. Darin heißt es:

> »Du wirst... meine Seelenlage verstehen, worin der Brief entsteht. Der Traum des großen Planes ist ausgeträumt; die Hunderttausende gingen nach Auschwitz in einer Weise, daß sie bis zum letzten Moment nicht im Klaren waren, worum es sich handelt und was vor sich geht. Wir, die es eben wußten, versuchten uns dagegen zu setzen, aber nach 3 1/2 monatigen erbitterten Kämpfen muß ich feststellen, daß wir eher zuschauten der Entfaltung der Tragödie und deren unaufhaltbaren Rennen, ohne dagegen nur irgendetwas von Bedeutung vornehmen zu können... Das Tempo des Zusammenbrechens war ein so rasendes, daß ihm nicht nur die Hilfstaten und die Rettung, sondern auch der Gedanke nicht folgen konnte. Vom Ausmaß der Vernichtung und derer Bedeutung kann ich kein klares Bild geben; ich fühlte es mehr. Was aber hier zwischen dem 15. Mai und 9. Juli vorging, gleicht der Beerdigung eines letzten Aristokratenfamiliensprossen, als man ihn in das Familiengrab legte und den Wappen der Ahnen umdreht.«

Kasztner versuchte, Schwalb seine Absichten zu erklären und was, seiner Meinung nach, das Hauptziel der Mission Brands gewesen wäre: das Angebot von Gütern als Gegenleistung für die Freilassung von arbeitsunfähigen Juden, die nach Spanien gebracht und dadurch gerettet werden sollten. Eichmann habe ihm ausdrücklich versichert, daß dies auch der Vorschlag der Nationalsozialisten sei: »Mit den arbeitsfähigen ungarischen Juden den Bedarf an Arbeitskräften abzudecken und das überschüssige Menschenmaterial gegen nutzbringende Waren einzutauschen.«[1]

Man spürt Kasztners Verbitterung darüber, daß Brand nicht

zurückkehrte. Wäre er zurückgekommen, hätten vielleicht mehr Menschen gerettet werden können. Gleichwohl mußte Kasztner Brands Verhalten bei seinen Unterredungen mit solchen Deutschen verteidigen, die zu einer Änderung ihrer Haltung in der »Judenfrage« bereit waren.

Nach Brands Abreise waren Kasztner und Hansi Brand zwischen SS und ungarischer Geheimpolizei in eine Zwickmühle geraten. Die Ungarn versuchten, Einzelheiten über die Mission in Erfahrung zu bringen: wer die Verhandlungspartner waren, welchen Vorschlag Brand hatte unterbreiten sollen und insbesondere, wieviel Geld die Juden an die SS gezahlt hatten. Am 10. Mai hatte die SS Kasztner verhaftet, damit er den Ungarn nichts erzählen konnte. Nach Brands Abreise wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 27. Mai jedoch sind Kasztner, Hansi Brand, Sandor Offenbach und dessen Frau erneut verhaftet worden: von den Ungarn. Offenbach war inzwischen Schatzmeister der *Vaada*, denn Springmann hatte noch vor dem Einmarsch der Deutschen aus Ungarn fliehen können. Hansi Brand wurde gefoltert. Doch sie blieb standhaft und gab anscheinend keinerlei Informationen preis. Kasztner wurde nach Karpato-Rußland gebracht. Bevor die Ungarn auch ihn foltern konnten, wurde die ganze Gruppe durch die SS befreit. Die Deutschen hatten kein Interesse daran, daß die Ungarn Einblick in ihre Geheimaktionen erhielten.

Kasztner hat auch beschrieben, wie die heiklen Verhandlungen mit den Deutschen vorbereitet wurden. Die Verhandlungsführung lag eindeutig bei der *Vaada*, doch man diskutierte und beriet sich mit den orthodoxen Juden und ihren Sprechern Fülop von Freudiger und Gyula Link. Auch während man verhandelte, vernachlässigte die *Vaada* nicht Tijul (die Flucht nach Rumänien, YB), Retijul (die Flucht in die Slowakei, YB) und Machpela (die Versteckungsaktionen). Nur zwei- bis dreihundert Menschen konnten untertauchen, und die Zahl der ins Ausland geflohenen Menschen schätzt Kasztner auf eintausend – wir wissen heute, daß er sie viel zu niedrig einschätzte.[2]

Ein wichtiger Abschnitt von Kasztners Brief an Schwalb befaßt sich mit dem berühmten Zug. Darauf sollten wir nun näher eingehen. Den Vorschlag, einen Zug mit Juden aus Ungarn her-

auszuschicken, erörterten Kasztner, Brand und Wisliceny bei ihrem ersten Treffen. Man diskutierte über die Möglichkeit, sechshundert Menschen mit entsprechenden Zertifikaten über die rumänische Stadt Constanza nach Palästina reisen zu lassen. Wisliceny erklärte, die Deutschen seien nur an einer massenhaften Auswanderung der Juden interessiert, nicht an der Ausreise kleinerer Gruppen. Man werde den Vorschlag jedoch in Erwägung ziehen. Als Kasztner die Verhandlungen alleine wiederaufnahm, brachte er dies erneut zur Sprache. Zunächst, am 22. Mai, willigte Eichmann in die Ausreise von 600 bis 750 Juden ein. Am 3. Juni erklärte er sich damit einverstanden, diese Zahl zu erhöhen. Im Juli berichtete Kasztner, daß die im April im ungarischen Pengö an die Nationalsozialisten gezahlten 200 000 US Dollar für diesen Ausreiseplan vorgesehen waren. Am Ende verlangten die Deutschen viel höhere Summen.

In Übereinstimmung mit der geltenden politischen Strategie der Deutschen war Eichmann dagegen, Juden nach Palästina auswandern zu lassen. Er berief sich auf Verpflichtungen der Deutschen gegenüber ihrem arabischen Verbündeten in Palästina, dem Mufti von Jerusalem. Der Einfluß des Mufti trug zur Radikalisierung der mörderischen anti-jüdischen Politik der Nationalsozialisten bei. Die Zahl derer, die ausreisen sollten, wurde nach und nach größer. Kasztner wollte Menschen aus der Provinz mitnehmen, darunter auch eine Gruppe aus seinem Geburtsort Cluj. Er erhielt die Genehmigung, nach Cluj zu fahren, und man sagte ihm, wie viele Juden er von dort mitbringen dürfe. Am 10. Juni nahm er 388 Menschen, darunter seine Angehörigen und Freunde, mit nach Budapest. Dazu kamen noch Menschen aus anderen Provinzstädten. Alle diese Menschen, die mit dem Kasztner-Zug fahren sollten, wurden in einem Lager in der Budapester Columbus-utca konzentriert und von SS-Männern bewacht.

Welches Ziel hat Kasztner mit diesem Zug verfolgt? Für eine Antwort darauf muß man die ganze Situation berücksichtigen. Brand war von seiner Reise nicht zurückgekehrt, und Kasztner suchte nach einem Weg, den Kontakt zur SS wiederherzustellen, weil er so viele Menschen wie möglich retten wollte. Dabei entwickelte sich der Plan, einen Zug – so lautete Eichmanns Beschluß – in Richtung Spanien fahren zu lassen. Ein solcher Transport wäre ein erster Bruch mit der Politik des totalen

Massenmords und damit ein deutliches Zeichen für eine Veränderung in der deutschen Politik gewesen. Alle anderen Rettungsversuche waren bislang gescheitert. Hinter Kasztners Plan stand die Hoffnung, daß diesem Zug ein zweiter und dritter folgen könnte. Wenn diese Richtung einmal eingeschlagen war, so würde sich vielleicht die Möglichkeit ergeben, die Tötungsmaschinerie ganz zum Stillstand zu bringen.

Andererseits konnte es sich bei der erklärten Bereitschaft, einen solchen Zug aus Budapest abfahren zu lassen, ebensogut um einen weiteres Täuschungsmanöver der Nationalsozialisten handeln. Möglicherweise mußten auch diese Passagiere in Auschwitz aus dem Zug steigen, wie alle anderen vor ihnen. Der Einsatz bei diesem Spiel war erschreckend hoch. Damit sich auch die anderen bereit fanden, das Risiko einzugehen, hat Kasztner seine Familie mit auf die Reise geschickt. Als Zeugin im Eichmannprozeß in Jerusalem sagte Hansi Brand: »Wenn er seine eigenen Kinder [in den Zug] setzte, war es immerhin möglich, daß diese Menschen wirklich in ein neutrales Land gebracht werden würden. Das beruhigte mich, denn ich hoffte, daß diese Menschen, die wir mit soviel Mühe dazu gebracht hatten, in den Zug zu steigen, trotz allem in die Freiheit gelangen würden.«[3] Kasztners Gegenspieler Moshe Krausz dagegen erhob die bittere Anklage, Kasztner habe Menschen in den Tod geschickt und sei einem durchschaubaren Täuschungsmanöver der Nationalsozialisten aufgesessen.[4]

Am Ende bestiegen 1684 Menschen den Zug, der in der Tat eine Arche Noah war, wie damals gesagt wurde. Wer hat entschieden, welche Menschen mitfahren durften? Darüber beriet ein kleiner Ausschuß, bestehend aus Kasztner, Hansi Brand, Zsigmond Leb, dem ehemaligen Präsidenten der orthodoxen Gruppe in Cluj, und anderen Mitgliedern unter dem Vorsitz von Komoly.[5] Kasztner spielte zweifellos eine zentrale Rolle, jedoch war er bei weitem nicht der einzige Mann, der hier zu entscheiden hatte. Wie Kasztner in seinem Bericht nach dem Krieg angibt, forderte Eichmann ursprünglich 200 US Dollar pro Kopf, später 500 US Dollar. Kurt A. Becher, jener »Menschenfreund«, von dem noch die Rede sein wird, verlangte zunächst 2000 US Dollar, zeigte sich schließlich jedoch mit der Hälfte einverstanden.[6] Für die Ausreise von 1684 Menschen

war eine Summe von ungefähr sieben Millionen Schweizer Franken erforderlich. Dieser Betrag sollte in Devisen, ungarischen Pengö, Gold und Schmuck aufgebracht werden. Einhundert Menschen zahlten die festgelegte Summe für die Fahrt, doch die meisten der Mitreisenden konnten das Geld nicht aufbringen. Die Reichen mußten für die Armen mitbezahlen. Ein Sonderausschuß regelte die Geldangelegenheiten. Er wurde gebildet von Komoly, Szilagyi, einem Ingenieur namens Reichart, Hansi Brand und Offenbach. Kasztner saß nicht in diesem Ausschuß. Am 20. Juni übergaben Hansi Brand und Andreas Biss drei Koffer voller Geld, Schmuck, Gold, Wertpapiere und Uhren an Gerhard Clages, der sie an Becher weiterleiten sollte. Nach Kasztners eigener Aussage hatten einige Familienoberhäupter hohe Summen direkt an Becher gezahlt und verlangt, daß ihre Angehörigen, insgesamt etwa fünfzig Personen, auf die Liste der Reisenden gesetzt werden sollten. Ein scheinbar gutes Arrangement – nur daß Becher diese fünfzig Menschen in die Gesamtzahl von 1684 bereits eingerechnet hatte, für die dann jeweils 1000 US Dollar gezahlt wurden. Somit kassierte er für einige Menschen ein doppeltes Lösegeld.[7]

Im Zug fanden sich Vertreter sämtlicher Gemeinden, Richtungen und Anschauungen, Menschen aller Altersgruppen und verschiedenster Herkunft. Da war Joel Teitelbaum, der extrem anti-zionistische chassidische Rabbi von Szatmar, mit seinem ganzen Gefolge – der von Kasztner, einem Zionisten, gerettet werden sollte. Sodann die Gemeindeoberhäupter von Orthodoxen und Neologen, Zionisten sämtlicher Schattierungen, Mitglieder der zionistischen Jugendverbände, polnische und slowakische Flüchtlinge sowie ganz normale ungarische Juden, denen es gelungen war, Kasztner oder ein anderes Mitglied des Komitees von der Dringlichkeit ihres Falls zu überzeugen. Freudiger setzte eine Gruppe von führenden Orthodoxen, die Wisliceny zu diesem Zweck bestochen hatten, auf die Liste. Einige Menschen gehörten zu keiner dieser Gruppen. Sie waren einfach aufgesprungen oder haben den Zug unbemerkt bestiegen und gelangten so in die Arche.[8]

Am 30. Juni verließ der Zug Budapest. Als er nahe der ungarisch-österreichischen Grenze angehalten wurde und niemand wußte, ob er Richtung Auschwitz oder nach Westen weiterfah-

ren würde, verbreitete sich Panik unter den Insassen. Teitelbaum und seine Leute entsandten verzweifelte Hilferufe – sie dachten dabei nur an ihre eigene Rettung –, doch die Entscheidung über die Weiterreise lag einzig und allein bei Eichmann. Was ihn wirklich veranlaßt hat, den Zug tatsächlich nach Bergen-Belsen weiterfahren zu lassen, ist unklar. Jedoch muß die Entscheidung zumindest unter Beteiligung höherer Chargen gefallen sein – vielleicht von Gestapochef Müller, vielleicht sogar von Himmler selbst. Damals haben die Alliierten ihren Brückenkopf in der Normandie vergrößert, und die Fahrt nach Spanien wurde zum Problem. Als der Zug in der österreichischen Stadt Linz ankam, wurden die Menschen in die Duschen geschickt – und viele von ihnen waren überzeugt, daß es sich um Gaskammern handelte. Diese Befürchtungen sind übrigens ein weiterer Beweis dafür, daß die Auschwitzprotokolle unter den übriggebliebenen ungarischen Juden allgemein, wenn auch nicht offiziell, bekannt waren. Am 8. Juli erreichte der Zug Bergen-Belsen, das aufgrund einer Anordnung Himmlers vom Dezember 1942 zum Durchgangs- und Übergangslager für Juden gemacht worden war. Am Ende ihrer Reise gelangten die Passagiere tatsächlich in die Schweiz.

Die Fahrt dieses Zuges wurde nach dem Krieg zum Anlaß, Kasztner zweier schwerer Verbrechen zu beschuldigen. Erstens habe er sich um die Arrangements für diesen Zug gekümmert und darüber versäumt, andere Juden vor den Deportationen zu warnen. Also habe er sich von Eichmann kaufen lassen und die Deportationen sowie schließlich die Ermordung von mehreren hunderttausend Menschen stillschweigend in Kauf genommen. Zweitens habe er seine eigenen Angehörigen und Freunde auf Kosten zahlreicher anderer Menschen gerettet. Diese Anschuldigungen scheinen weit hergeholt zu sein. Wie bereits gezeigt wurde, waren die ungarischen Juden sehr wohl informiert, besonders in einem Ort wie Cluj, in dem viele Juden aus Polen Zuflucht gefunden und ihre Geschichten erzählt haben. Die zweite Anklage ist in gewisser Weise befremdend: Wäre es nicht völlig gegen die menschliche Natur, wenn Kasztner nicht versucht hätte, seine Familie zu retten? Er lebte in Budapest in leidlicher Sicherheit. Und da hätte er seine Familie im Stich lassen sollen?

Die Fahrt des Zuges wurde im Juni vorbereitet, als die Deportationen bereits in vollem Gang waren. Zwischen Budapest und den Provinzghettos war jeglicher Kontakt abgerissen. Nur die mutigen Emissäre der zionistischen Jugendverbände versuchten, die Menschen zu warnen, stießen in den Ghettos jedoch überall auf Unglauben. Die Warnung eines erwachsenen Zionisten hätte wohl kaum mehr Gehör gefunden als die der Jugendlichen. Die Vorstellung, daß Kasztner im Juni durch die Ghettos hätte gehen sollen – verbotenerweise, wie wir annehmen müssen – ist zu absurd, um ernsthaft in Betracht gezogen zu werden. Aber nur durch solche Besuche von Tür zu Tür hätte er erreichen können, was man zehn Jahre später von ihm verlangte. Eichmann organisierte die Deportationen mit Hilfe der ungarischen Polizei, die überall in Ungarn mit brutaler Gewalt herrschte. So war er kaum vom Stillschweigen eines unbekannten Juden abhängig, der in der *Vaada* eine Minderheit vertrat und der ohnehin nicht in die Provinzen gelangen konnte.

Aus welchen Gründen haben die Nationalsozialisten der Ausreise von fast 1700 Menschen zugestimmt? Das Geld, das sie dafür erhielten, war nur ein kleiner Betrag im Vergleich zu den anderen Transaktionen der SS zu jener Zeit, etwa der Erpressung der Familie Weiss durch Kurt A. Becher, von der noch berichtet wird. Zwar war Himmler durch Hitlers mündliche Anweisung vom Dezember 1942 abgesichert, doch müssen auch andere Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Und Himmler muß in diesem Fall eingegriffen haben, denn ohne den ausdrücklichen Befehl seiner Vorgesetzten hätte Eichmann niemals 1700 Juden entkommen lassen. Die Freilassung eines Zugs voller Juden ergibt dann Sinn, wenn wir sie im Zusammenhang mit Himmlers zögernden Versuchen sehen, zwei Monate später in der Schweiz Verhandlungen mit den Leuten anzubahnen, die er für maßgebliche Repräsentanten des »Weltjudentums« hielt.

Für die Juden bedeutete der Zug ein weiteres Element einer neuen Entwicklung: Vielleicht, so mochte es ihnen scheinen, war die »Endlösung« doch nicht das letzte Wort. Angesichts der großen militärischen Schwierigkeiten, denen sich das nationalsozialistische Reich ausgesetzt sah, war das prinzipielle Festhalten an der totalen Vernichtung vielleicht doch nicht unumstößlich: *Wenn* die Passagiere der Arche Noah wirklich in die

Schweiz gelangten und nicht von Bergen-Belsen nach Auschwitz verfrachtet wurden.

Der Zug war einer der Rettungsversuche Kasztners. Aber er war keineswegs der einzige. Später glaubte Kasztner, er habe durch seine Verhandlungen weitere 18000 bis 20000 Juden gerettet. Hinter der Rettung dieser Menschen stand der Wunsch Ernst Kaltenbrunners, des Chefs des Reichssicherheitshauptamts, seinen Wiener Kollegen Arbeitskräfte für die Industrie zur Verfügung zu stellen. Die Abkommandierung von Deutschen an die Front und der mit dem Vordringen der Russen steigende Mangel an neuen Zwangsarbeitern aus dem Osten hatten einen dringlichen Bedarf an Arbeitskräften erzeugt.

Eichmann bot Kasztner die Chance, 30000 Menschen nach Österreich zu bringen und nicht nach Auschwitz. Tatsächlich wurden nur 18000 bis 19000 Juden, meist aus Debrecen, Szeged, Baja und Szolnok als Arbeitskräfte in das Gebiet um Wien geschickt. Frauen, ältere Menschen und Kinder hätten die Nationalsozialisten weiterhin nach Auschwitz deportieren können. In diesem Fall haben sie es aber nicht getan: möglicherweise wegen der Verhandlungsbemühungen Kasztners. Dadurch, daß diese Menschen vorübergehend am Leben erhalten wurden – in seinem Schriftverkehr mit Blaschke, seinem Wiener Statthalter, hob Kaltenbrunner hervor, daß der Arbeitseinsatz nur vorübergehend sei –, konnte der Bedarf an Arbeitskräften im wesentlichen gedeckt und die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offengehalten werden. Doch wurden nur einige der 18000 bis 19000 Menschen nach Bergen-Belsen verfrachtet, andere nach Theresienstadt. Die meisten aber blieben bei Wien. Ungefähr 12000 von ihnen haben überlebt.[9]

Bei seinen Bemühungen hatte sich Kasztner hauptsächlich mit jenem SS-Offizier Kurt A. Becher auseinanderzusetzen, dem wir bereits im Zusammenhang mit der Mission Brands begegnet sind. Angeblich war er nach Ungarn geschickt worden, um für die SS-Verbände Pferde zu requirieren. Doch er war kaum in Budapest angekommen, da ereigneten sich seltsame Dinge. »Rein zufällig«, wie Becher später behauptete, »überließ« man ihm Villa und Büros der reichsten jüdischen Familie in Ungarn als Unterkunft. Die Adresse war Andrassy-utca 114-116 in Budapest. Die Familie gehörte zu jener Gruppe, die

den Manfred Weiss-Konzern leitete. Becher muß mehr oder weniger gleichzeitig mit den Besatzungstruppen nach Ungarn gekommen sein. Am 21. März 1944 wurde Ferenc Kelemen, der erste wichtige Leiter des Unternehmens, verhaftet, und bereits am 5. April hat Becher die Kontrolle über das Unternehmen übernommen. Purer Zufall oder Zeichen seiner tiefempfundenen Liebe zur Menschheit, wenn er in die Rettung von Angehörigen dieser Familie aus dem Gefängnis und dem Konzentrationslager Mauthausen verwickelt wurde?

Die Weiss-Gruppe war das bedeutendste Industrieunternehmen Ungarns. In dem von Juden gegründeten und aufgebauten Konzern wurden Waffen, Maschinen und eine Vielzahl anderer Produkte hergestellt. Geführt wurde der Konzern durch ein System von miteinander verflochtenen Verwaltungsräten. Das Unternehmen florierte, die jüdischen Industriellen wurden zu Angehörigen des ungarischen Adels. Einige konvertierten auch zum christlichen Glauben. Auch Nicht-Juden übernahmen Funktionen in den Verwaltungsräten, entweder als Familienmitglieder oder als Geschäftspartner.

Am frühen Morgen des 19. März 1944 erhielt Hans von Mauthner, ein Neffe der Barone Weiss, einen Anruf, der ihn von der Besetzung Ungarns unterrichtete. Mauthner rief all seine Verwandten an, und die meisten von ihnen konnten untertauchen. Das Oberhaupt der Familie, Ferenc (Franz) Chorin, und dessen Schwager Baron Moricz Kornfeld hatten die Nachricht bereits gehört und waren aus der Hauptstadt ins Kloster Zirc geflüchtet, wo ein freundlicher Abt ihnen Unterschlupf gewährte. Chorin, der nicht wußte, daß sein Haus von den Nationalsozialisten okkupiert worden war, beging einige Tage später den Fehler, dort anzurufen. Er wurde verhaftet. Gleichzeitig wurde Kelemen im Astoria Hotel, dem Gestapo-Hauptquartier, verhört, geschlagen und gefoltert. Becher hat auf diese Weise alles Wissenswerte über die Beteiligungen und verschiedenen Verwaltungsräte der Weiss-Gruppe aus ihm herausgeholt und war nun bestens informiert. Chorin wurde in das Gestapo-Gefängnis in der Foe-utca gebracht, wo er, wie Mitgefangene später erzählten, nur mit Mühe daran gehindert werden konnte, Zyankali zu schlucken. Am 26. März wurde er mit einigen anderen prominenten und wohlhabenden Juden – darunter auch

Moricz Kornfeld und Leo Goldberger – nach Oberlanzensdorf bei Wien in eine »Einrichtung« der Gestapo gebracht. Da trat Becher auf den Plan und machte Chorin mit Himmlers Erlaubnis den Vorschlag, ihn herauszuholen, um mit ihm zu besprechen, wie die Leitung des Unternehmens zu gestalten sei. Chorin war erfreut über seine »Rettung« und traf sich am 1. Mai mit Becher in einem Wiener Hotel. Anschließend ließ man ihn nach Budapest zurückkehren. Die anderen wurden am 4. Mai nach Mauthausen gebracht. Gewiß hat Becher nicht aus tiefempfundener Sorge um die Gesundheit des alten Mannes gehandelt.[10]

Darauf folgte eine Reihe verwickelter Gespräche zwischen Chorin als Sprecher der Familie Weiss und Obersturmbannführer Becher, der die Atmosphäre dieser Unterredungen als »freundschaftlich« bezeichnete. Dabei ging es gewiß nicht um Pferde, wohl aber um »Ausrüstungsgegenstände«, genauer: um die Übergabe des Industrieunternehmens an die SS. Als deren Gegenleistung wurde die Freilassung der Familie in Aussicht gestellt. Die Idee, den Besitz an die SS zu übergeben, sei nun nicht etwa von Becher gekommen, sondern, wie dieser betonte, von Chorin – von einem Mann, der in seiner eigenen Villa, die von Becher und seiner Freundin, der Gräfin Hermine von Platen, bewohnt wurde, unter Hausarrest stand. Nach einigen Tagen, als Chorin erkannte, daß seine Familie früher oder später verhaftet und gefangengenommen und entweder nach Mauthausen oder Auschwitz abtransportiert werden würde, machte er Becher das Angebot, das dieser ehrbare Erpresser von ihm erwartet oder ihm nahegelegt hatte.[11]

In seinen Aussagen nach dem Krieg gab Becher vor, er habe nicht den Mut gehabt, Himmler diesen Vorschlag zu unterbreiten. Denn dies hätte bedeutet, daß achtundvierzig oder fünfzig Juden aus dem nationalsozialistischen Reich hätten fliehen können. Dabei war es Himmler gewesen, der Becher gestattet hatte, Chorin nach dessen erster Verhaftung zu befreien. Das Geschäft, das Becher ausgehandelt hatte, entsprach ganz den Wünschen Himmlers – schließlich konnte er sich auf die von Hitler im Dezember 1942 gegebene Zustimmung zu solchen Geschäften berufen. Mit Himmlers Genehmigung leitete Becher die komplizierten Vereinbarungen in die Wege, die für die Über-

nahme der Unternehmensleitung durch die SS erforderlich waren.

Er habe, so erklärte Becher nach dem Krieg, einerseits aus rein humanitären Gründen gehandelt und sein Bestes versucht, diese armen verfolgten Menschen zu retten. Auf der anderen Seite habe er die Anweisungen Himmlers befolgt, der unterrichtet worden war und Becher nicht nur gewähren ließ, sondern ihn geradezu zum Abschluß des Geschäfts gedrängt habe. Einige Mitglieder der weitverzweigten Familie, die die Aktienmehrheit an dem Unternehmen besaß, waren keine Juden. Die Juden in der Familie Weiss hatten nach den ungarischen Enteignungsgesetzen, die nach dem Einmarsch der Deutschen erlassen worden waren, ihre Anteile an die ungarische Regierung abtreten müssen. Doch den »arischen« Teil der Familie hatte man dazu nicht zwingen können. Und jetzt ging es darum, diese Besitzanteile für die SS zu erwerben. Himmler brauchte ein solches Unternehmen, um der SS eine eigene wirtschaftliche Basis zu geben, die mit Goerings Wirtschaftsimperium, den Hermann-Goering-Werken, konkurrieren konnte. Was Becher dem unglücklichen Chorin also abverlangte, war eine Vereinbarung, mit der die Anteile des nicht-jüdischen Zweigs der Familie in den Besitz der SS übergingen. Chorin selbst war Jude; und Baron Kornfeld, die Baronin Edith Weiss und andere Familienmitglieder galten als konvertierte Juden oder Kinder von solchen nach den Rassegesetzen weiterhin als Juden. Wilhelm Billitz, der Anwalt der Familie und ebenfalls ein konvertierter Jude, der durch seine Ehe mit einer »arischen« Ungarin von der Verfolgung verschont blieb, sah keine andere Möglichkeit, als in das erpresserische Angebot des menschenfreundlichen SS-Offiziers einzuwilligen.

Das deutsche Reich könne, so argumentierten die SS-Chargen, von den jüdischen Mitgliedern der Familie, deren Vermögensrechte ohnehin eingeschränkt waren, nicht erwarten, die Produktion für die militärischen Zwecke Deutschlands anzukurbeln. Also ging es bei den vier »Vereinbarungen«, die Becher Chorin abgepreßt hatte, im wesentlichen darum, daß sich die nicht-jüdischen Mitglieder »einverstanden« erklärten, ihre Anteile an die Deutschen abzutreten, die das Unternehmen fünfundzwanzig Jahre lang treuhänderisch verwalten sollten.

Ursprünglich war die Rede von dreiunddreißig Jahren gewesen, doch der Zeitraum wurde verkürzt. Der riesige Besitz der Familie wurde aufgelistet – zu diesem Zweck hatte man Kelemen festgehalten –, und der SS wurden fünf Prozent des gesamten Konzernumsatzes zugesichert. Dies war eine ungeheure Summe, deren Zahlung das Unternehmen in den fünfundzwanzig Jahren vermutlich in den Konkurs getrieben hätte. In der vierten »Vereinbarung« wurden die Gegenleistungen aufgeführt, die die SS zugesagt hatte: Der größte Teil der Familie sollte in neutrale Länder ausgeflogen werden, fünf Familienmitglieder aber als Geiseln zurückbleiben. Die Leitung des Unternehmens sollte pro forma einem Verwaltungsrat übertragen werden, die praktische Unternehmensführung würden zwei SS-Offiziere überwachen. Einer der beiden war Becher.

Am 17. Mai 1944 wurden sämtliche zeichnungsberechtigten Familienmitglieder in eine Villa bestellt, die von SS-Truppen hermetisch abgeriegelt wurde. Man ließ die Familie bis gegen Mitternacht warten, dann erschien, adrett wie immer, Becher. Ihm folgten Chorin und Billitz. Chorin und alle anderen setzten ihre Unterschrift unter die vorbereiteten Verträge. Lediglich Chorins Frau Daisy erhob Einwände. Doch Chorin erklärte: »Wir haben keine Wahl: Wir müssen unterschreiben.«[12]

Chorin und die anderen Mitglieder der Familie Weiss wurden am 18. Mai nach Wien verbracht. Einige Wochen lang blieben sie in der Nähe der Stadt bei einem kleinen Bahnhof, untergebracht in Schlafwagen. Becher hatte einige Probleme, sie außer Landes zu schaffen, denn schließlich sollte das deutsche Auswärtige Amt von dem Handel nichts wissen, den die rivalisierende SS abgeschlossen hatte. In diesen Wochen wurden fünf weitere Personen, ein »Arier« und vier Juden, zur Abtretung ihrer Anteile gezwungen, die man vorher übersehen hatte – 36360 Anteile an besonders wichtigen ungarischen Unternehmen. Becher hatte der ganzen Gruppe eine Summe von 600000 US Dollar versprochen, später jedoch mitgeteilt, daß er nur 170000 US Dollar bieten könne. Als Gegenleistung gestattete der großzügige SS-Offizier diesen fünf weiteren Mitgliedern der Familie aus Budapest, sich den Emigranten anzuschließen. Neun der bei Wien wartenden Emigranten entschlossen sich, in die Schweiz auszureisen. Am 25. Juni 1944 flogen sie in Stutt-

gart ab. Weil sie die versprochenen Pässe oder Visen nicht bekommen hatten, fanden sie nur mit beträchtlichen Schwierigkeiten Aufnahme in der Schweiz. Die zweite Gruppe (zweiunddreißig Personen), darunter auch Chorin und die meisten Mitglieder der Familie Kornfeld, reiste, mit Pässen und gefälschten Visen versehen, von Stuttgart nach Lissabon. Begleitet wurden sie von Karl Stapenhorst, einem Untergebenen Bechers. Am 26. Juni 1944 erreichten sie die portugiesische Hauptstadt.[13] Unter diesen Ausreisenden befand sich auch Billitz, doch mußte er als eine der Geiseln Lissabon wieder verlassen.

Damit hatte Becher für die SS einen großen Coup gelandet: den Erwerb eines unermeßlich reichen und profitablen Konzerns durch reine Erpressung. Einen Teil der Familie Weiss hatte er gerettet, sich jedoch durch Geiselnahme abgesichert, daß die befreiten Familienmitglieder im Ausland Stillschweigen bewahrten. Und noch wichtiger war, daß Himmler beim Erwerb der Manfred Weiss-Werke Hitlers Unterstützung fand. Hitler informierte Ribbentrop und wies ihn an, Veesenmayer in Budapest solle der ungarischen Regierung mitteilen, daß die Angelegenheit damit, zumindest aus Sicht des deutschen Botschafters, abgeschlossen sei: »Sie sollen den Ungarn sagen... wir stünden in einem Kampf auf Leben und Tod und es sei unser Hauptziel, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zur siegreichen Beendigung dieses Kampfes einzusetzen.«[14] Die direkte Beteiligung Hitlers an dieser Sache, die sich belegen läßt, zeigt zum einen, wie aufmerksam er alles verfolgte, was mit Juden zu tun hatte, zum anderen aber auch, wieviel Freiraum er Himmler in bezug auf seine im Dezember 1942 gegebene Zustimmung ließ. Im Fall Weiss hat Himmler diesen Spielraum nicht einmal ausnutzen müssen.

Als die Ungarn vom Fall Weiss hörten, reagierten sie empört. Der pro-deutsche Ministerpräsident Döme Sztojay protestierte. Er verlangte eine Beteiligung der ungarischen Regierung am Verwaltungsrat, um zu verhindern, daß das größte ungarische Unternehmen unter ausschließlicher Kontrolle der Deutschen stünde. Himmler willigte ein, einen ungarischen Direktor in den deutschen Verwaltungsrat aufzunehmen. Das war jedoch eine weitgehend kosmetische Korrektur. Am Ende saßen im Verwaltungsrat drei Ungarn und fünf SS-Offiziere. Es war eine

Machtfrage, und da entschieden die SS-Divisionen, die in Ungarn standen. Und so blieb es bei der Übernahme der Weiss-Werke durch die SS.[15] Alles sollte »korrekt«, in Übereinstimmung mit den üblichen Geschäftsgepflogenheiten durchgeführt werden, selbst die inszenierten Aktionärsversammlungen. In erbittert geführten und schwierigen Auseinandersetzungen mit Sztojay agierte Becher als persönlicher Vertreter Himmlers. Dieser gab in keinem wesentlichen Punkt nach. Daran änderten weder Sztojays zaghafter Appell vom 9. Juli etwas noch Veesenmayer, der ein Gegner des Geschäfts war (vielleicht, weil er übergangen worden war?).[16] Becher war in der Tat ein vollendeter Diplomat und Geschäftsmann, wie Sztojay zutreffend in seinem Brief an Himmler schrieb. Himmler könne mit Recht stolz auf ihn sein. Und das war er auch.

Die Frage, ob Becher, wie Eichmann bei seinem Prozeß in Jerusalem behauptete, anfänglich die Deportationen aktiv unterstützte oder ob er nur davon profitierte, ist rein hypothetisch. Gewiß wäre es unmöglich gewesen, die Familie Weiss ohne die Drohung der Deportation, die über ihrem Kopf schwebte, zu erpressen. Die Panik, hervorgerufen durch die lebensbedrohliche Situation, in der sie sich befanden, machte Bechers Opfer sehr gefügig.

Becher beschränkte sich nicht auf großangelegte Erpressung und Raub für die SS. Er verstand sich auch auf kleinere Fische. In einem Brief an Joel Brand vom 22. April 1962 hat Gyula Link, den wir bereits als einen der Geldgeber für die Rettungsversuche der Orthodoxen kennengelernt haben, seine Erfahrungen mit Becher näher beschrieben. Er habe damals an Bechers Wirtschaftsstab zweitausend Wolldecken geliefert und 100 000 Schweizer Franken bezahlt. Zusätzlich sollte er monatlich 15 000 Schweizer Franken zahlen und müßte dann den gelben Stern nicht tragen. Auf diese Weise bewahrte er sich, seine Familie und zwei jüdische Frauen aus der Slowakei, die sich bei ihm verborgen hielten, vor Ghetto und Verhaftung. Die Bedingungen verschlechterten sich von Monat zu Monat. Zunächst wurden die beiden Flüchtlinge und sein Bruder von der Ausnahmeregelung ausgeschlossen. Er selbst mußte den Stern wieder tragen und wurde in ein Haus im Ghetto gebracht. Am Ende floh er nach Rumänien. Am Tag seiner Flucht bezahlte er

Becher die letzten 17000 Schweizer Franken, um ihn irrezuführen.[17]

Becher hat auch jüdische Kunsthandwerker gezwungen, für die SS zu arbeiten. Ohne Bezahlung, versteht sich. Sein Büro forderte Händler und Kunsthandwerker auf, auf eigene Kosten Werkstätten einzurichten und mit eigenem Material und Werkzeug im Auftrag der SS zu produzieren. Bezahlen sollte der Budapester Judenrat. Und man versprach den Handwerkern und Händlern, daß sie nicht deportiert würden. Am Ende, als Ungarn von den Sowjets befreit worden war und Becher sich absetzen mußte, hat er dann eine Gruppe reicher Leute und Familien mitgenommen, die Bechers SS für ihre Rettung Hab und Gut überlassen hatten. Auch viele arme Kunsthandwerker überlebten durch die SS. Becher hat ihnen tatsächlich das Leben gerettet – durch Erpressung und Raub.[18]

Man darf nicht übersehen, daß Becher gleichzeitig mit der Übernahme der Manfred Weiss-Werke in die Vorbereitungen verwickelt wurde, die die Deutschen damals für die Mission Brand trafen. Billitz habe ihn, so Becher, um seine Intervention zur Rettung von Juden gebeten. Als Becher dies 1961 vor Gericht erklärte, war Billitz bereits seit einigen Jahren tot. Eine Gegenüberstellung mit diesem Zeugen war nicht mehr möglich. Kurt Emenegger, ein Schweizer Journalist, vermutet, daß Billitz von Bechers Leuten vergiftet worden war, da er zuviel über die inneren Zusammenhänge der Becher-Bande wußte. Becher sagte aus, daß er im Hintergrund als Wirtschaftsexperte an der Affäre Brand beteiligt gewesen sei, was viel glaubwürdiger erscheint als seine Geschichten von geretteten Menschenleben. Da Veesenmayer, Eichmann und Clages involviert waren, scheint es logisch, daß Himmler auch seinen erfolgreichen Wirtschaftsexperten bat, sich an dieser möglichen Transaktion zu beteiligen – vielleicht hat auch Becher seinem Vorgesetzten diesen Vorschlag unterbreitet. Nach Andreas Biss war es Clages, der ihm und Kasztner vorschlug, sich mit Becher in Verbindung zu setzen: Dieser könne ihnen helfen. So geschah es denn auch: Kasztner hat nicht nur mit Eichmann gesprochen, sondern auch mit Becher. Dessen enger Kontakt zu Kasztner begann, als dieser ihn mit 20000 US Dollar bestochen hatte. Dafür sollte Becher bei Himmler dafür sorgen, daß die Depor-

tationen, deren Ende Horthy Anfang Juli 1944 befohlen hatte, nicht wieder aufgenommen würden.[19]

Wie wir gesehen haben, hat Kasztner nach dem Scheitern von Brands Mission versucht, Treffen zwischen Vertretern des SD und Joseph Schwartz vom Joint Distribution Committee, Eliyahu Dobkin von der Jewish Agency oder Menachem Bader, dem Emissär aus Istanbul, in die Wege zu leiten. Paul L. Rose hat diesen Aspekt gründlich recherchiert. Aus seinem Aufsatz geht hervor, daß Kasztner erst am 10. Juli 1944 die sogenannte vorläufige Vereinbarung zwischen Brand und Bader vom 29. Mai erhielt und damit zu Eichmann und Becher eilte. Diese waren von deren Inhalt überrascht. Vielleicht hätte die Vereinbarung, wenn die Istanbuler Emissäre sie früher abgeschickt hätten oder wenn sie ihn früher erreicht hätte, Kasztners Position in den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten stärken können. Auf jeden Fall scheint das Memorandum die Unterhändler der SS – dies werden in der Hauptsache Becher und Clages gewesen sein – bestärkt zu haben, über die Juden einen Vorstoß in Richtung westliche Alliierte zu versuchen.[20] Doch am 17. Juli erfuhr Kasztner von Eichmann, daß dieser, wenn Brand nicht umgehend zurückkehre, den für Bergen-Belsen bestimmten Transport nach Auschwitz schicken und dort alle Insassen ohne Selektion vergasen lassen würde.[21] Kasztner war am Ende. Und Biss berichtet, daß er damals seinen Freund zum ersten Mal völlig verzweifelt habe weinen sehen.

Das ist der Hintergrund für die Versuche, ein Treffen zwischen Repräsentanten aus der freien Welt und den Nationalsozialisten zu arrangieren. Dies wäre eine Alternative zu den Treffen mit Vertretern der amerikanischen Regierung gewesen, die durch die Mission von Brand und Grosz in die Wege geleitet werden sollten. Es ist schwer zu sagen, ob Becher diese Vorstöße befürwortete, doch muß er daran beteiligt gewesen sein. Die Deutschen hatten Laufer, den jüdischen SS-Mann, zu ihrem Vertreter bestimmt, und vielleicht zielte die Verbindung dieser beiden Agenten Himmlers, die die politischen Interessen des SD und die wirtschaftlichen Interessen der SS vertraten, gegen den dritten Handlanger Himmlers – gegen Eichmann.

Weil Kasztner am 18. Juli von den Ungarn verhaftet worden war, sollte Komoly nach Lissabon, vielleicht auch nach Istanbul

reisen, um diese Verhandlungen in die Wege zu leiten. Während der zehn Tage, in denen sich Kasztner nun in der Gewalt der ungarischen Gendarmerie befand, hat sich Freudiger mit Becher in Verbindung gesetzt und diesem zweihundertfünfzig Lastwagen, die er in der Schweiz beschaffen wollte, oder zumindest Schweizer Franken angeboten. Zu diesem Zweck hat er mit Isaac Sternbuch und dessen Verwandten und Freunden in Montreux Kontakt aufgenommen. Sie vertraten die Va'ad Hahatzalah in der Schweiz und waren eher bereit, sich über gesetzliche Bestimmungen hinwegzusetzen als das Joint Distribution Committee. Allerdings wollten weder Roswell D. McClelland, der Vertreter des War Refugee Board in Bern, noch Saly Mayer dem Handel zustimmen. Und Va'ad Hahatzalah alleine war nicht in der Lage, die Lastwagen zu liefern. So wandte sich Becher nach Kasztners Freilassung wieder an diesen.[22]

An dieser Stelle müssen wir etwas zur Person von Kurt A. Becher sagen, zu einer der Schlüsselfiguren in diesem Geschehen. Becher, geboren 1909, war ein Kaufmann aus Hamburg und ein leidenschaftlicher Reiter. 1934 wurde er in die Reiterstaffel der Allgemeinen SS aufgenommen, 1937 trat er in die Partei ein. Am 27. September 1938 begann seine Karriere in der SS. Er wurde im Totenkopf-Kavallerieregiment in Dachau ausgebildet. In seiner Aussage, die er 1946 vor den Amerikanern machte, gibt er zu, daß er zur weiteren Ausbildung beim Totenkopf-Verband in Oranienburg gewesen sei. Wir wissen, daß dort die Brigade Brandenburg stationiert war, deren Aufgabe nicht die militärische Ausbildung oder die von Reitern war. Es war ein Verband von Wachmannschaften für Konzentrationslager, in denen auch Männer der Allgemeinen SS zu ihrer Abhärtung einige Wochen Dienst leisten mußten. Offenbar hat auch Becher einige Wochen lang, bis zum 5. November 1938, als Wachmann in den Konzentrationslagern von Dachau und Oranienburg Dienst getan – ein Dienst, den man nach dem Krieg besser verschwieg.[23]

Becher war »gottgläubig«, das heißt, er gehörte keiner der beiden christlichen Konfessionen an, denn er war ein linientreuer Nationalsozialist. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen war er dort mit seiner SS Totenkopf-Standarte (entspricht einem Regiment). Die Totenkopf-Verbände taten ab-

wechselnd Dienst an der Front und in den Konzentrationslagern. Er behauptete, in Polen keinerlei Kampfhandlungen miterlebt zu haben, doch seine Einheit muß, wie alle anderen Sondereinheiten der SS, an den Terrorübergriffen auf Polen und Juden beteiligt gewesen sein. Selbstverständlich konnte sich Becher an keinen solchen Vorfall erinnern. Ende 1939 wurde er abkommandiert zur SS-Unterführerausbildung in Dachau. Von Februar 1940 an diente er als Kavallerist in der Totenkopf-Kavalleriebrigade in Polen. Im Januar 1941 wurde er zum Untersturmführer (Leutnant) befördert.

Sein Dienst in Polen war recht angenehm. So wie andere SS-Einheiten raubte und stahl auch seine Einheit, was sie nur konnte. In Warschau gehörte er zu einer Gruppe, gegen die SS-Gerichte wegen Korruption und »Rassenschande« ermittelten. Er selbst war von der Anklage nicht betroffen, doch Hermann Fegelein, dessen Adjutant er war, und Fegeleins Bruder wurden beschuldigt. In seiner Aussage nach dem Krieg konnte er sich absolut an nichts erinnern, was mit dem Warschauer Ghetto zu tun hatte. Sein Kamerad Franz Konrad jedoch, der 1951 von polnischen Behörden als Kriegsverbrecher verurteilt und gehängt wurde, sagte (am 2. und 4. Oktober 1948) aus, Becher habe ihn während der Plünderung des Ghettos angesprochen und einen gewissen Anteil der Beute für Fegelein verlangt. In den Jahren 1940-1942 konnte ein SS-Mann in Warschau das Leben durchaus genießen. Es ist sonderbar, wie sich die Erinnerungen nach einem verlorenen Krieg verflüchtigen.[24]

Auch Bechers Privatleben ist Spiegel seines Charakters. 1936 heiratete er Margot Peters, die Tochter eines Kaufmanns, und im Laufe dieser Ehe gebar sie ihm vier Kinder. Sein außereheliches Liebesleben war recht beeindruckend. 1944 bereits lebte er mit Gräfin Hermine von Platen zusammen. Margot Peters war eine gebildete Frau und keine typische Nationalsozialistin. Hermine von Platen dagegen war eine ausgezeichnete Reiterin, nicht sehr gebildet, aber sie hatte einen Adelstitel – genau die Richtige für Kurt Andreas Becher, obwohl man erwähnen sollte, daß Hermine von Platen ihre Karriere als Bardame begonnen und ihren Adelstitel erst später erworben hat. Becher hatte noch zwei weitere Geliebte in Budapest, litt also unter all den Juden und Ungarn kaum an Einsamkeit. 1947 ließ er sich

von seiner Frau scheiden und heiratete Hermine, diese starb jedoch kurze Zeit später. Seine nächste Frau war Maria Smend, und nach deren Tod heiratete er 1959 ein viertes Mal, diesmal die junge Reiterin Ilsebill Funk. Aus dieser Verbindung ging eine Tochter hervor.

Becher erscheint als Opportunist, als ein Mann, der sich dem Nationalsozialismus nicht aus irgendeiner tiefen intellektuellen oder gefühlsmäßigen Überzeugung anschloß, sondern aus einem stark entwickelten Herdentrieb heraus. Ganz sicherlich war er bis zum Ende des Jahres 1944 vom Sieg der Deutschen überzeugt, jedenfalls hat er sich so geäußert. Weshalb rettete er so viele Juden in Ungarn, während er gleichzeitig der nationalsozialistische Erpresser, der Judenfeind blieb, der er immer gewesen war? Gibt es irgend etwas in seiner Geschichte, weswegen er so sehr um ein Alibi bemüht war?

Hauptmotiv seines Handelns war zweifellos seine Treue zu Himmler. Noch im Jahr 1945 äußerte er sich, in einem Gespräch mit Schweiger nach dessen Entlassung aus Mauthausen, enthusiastisch über Himmlers Charakter. Becher wollte als ergebener SS-Offizier reüssieren. Doch zeigen sein Insistieren auf Gesprächen mit den Amerikanern und seine Versuche, das Reich durch solche Kontakte vor dem Untergang zu bewahren, wie gut er selbst Himmlers Unentschiedenheit verstand – auf der einen Seite dessen Treue zum Führer, auf der anderen Seite den Wunsch, eine andere Richtung einzuschlagen und Deutschland mit dem Westen zu verbünden, um das NS-Regime zu retten. Und die Alibis, für die er rechtzeitig sorgte, haben sich bewährt. Kasztner, Schweiger, Biss (der eine der wichtigsten Verbindungen zwischen der *Vaada* und den Deutschen herstellte), die Geiseln, die er beim Zusammenbruch mitnahm zur Schweizer Grenze – all diese Menschen sagten nach dem Krieg zu seinen Gunsten aus und fanden positive Worte für ihn.

Weshalb hatte Becher so gehandelt? Brauchte er Entlastung, weil er Untaten zu verbergen hatte? Diese Frage soll näher untersucht werden.

1941, als die Deutschen in die Sowjetunion einmarschierten, folgten der kämpfenden Wehrmacht drei Einheiten der SS, die mit »besonderen Sicherungsaufgaben« betraut waren. Die SS-

Verbände, zwei motorisierte SS-Brigaden und eine SS-Kavalleriebrigade waren neu aufgestellt worden, sie unterstanden weder der Armeeführung, noch gehörten sie zu Heydrichs Sicherheitskräften bzw. Einsatzgruppen (den Mordkommandos, die die ersten Massenmorde verübten). Die neue Formation, Kommandostab Reichsführer SS genannt, unterstand Himmlers persönlichem Kommando. Diese 18000 Männer waren sehr gut ausgerüstet und ausgebildet und hatten die Aufgabe, die hinter der Front gelegenen Gebiete von Partisanen, Kommunisten und Juden zu »säubern«. Die Kavalleriebrigade durchkämmte unter der Führung von Hermann Fegelein, (der später Eva Brauns Schwester heiratete, also Hitlers »Schwager« wurde), die Pripjet-Sümpfe zwischen Weißrußland im Norden und der Ukraine im Süden; Gebiete also, in die motorisierte Einheiten nicht vordringen konnten. Von Juli bis September töteten sie einige hundert »Partisanen« und Kommunisten, aber sie brachten es fertig, zum höheren Ruhm des Dritten Reichs 15000 jüdische Männer, Frauen und Kinder zu ermorden.

In diesem Gebiet war Untersturmführer Kurt A. Becher als Führer des 3. Zuges der Kavallerie des Ersten Regiments eingesetzt. Am 5. August 1941 wurde er zum Ordonnanzoffizier der Brigade ernannt. Vor diesem Datum hat sich das Regiment bemüht, so viele Juden wie möglich zu töten. Nach dem Krieg leugnete Becher nicht nur, überhaupt Juden getötet zu haben, da er doch Ordonnanzoffizier gewesen sei – eine ganz offenkundige Lüge, wie wir eben gesehen haben –, sondern er will von der Vernichtungspolitik gegenüber den Juden erst drei Jahre später, im August 1944, erfahren haben!

Ein Ordonnanzoffizier muß Anweisungen und Befehle sowohl der übergeordneten Stellen als auch der Kommandanten der eigenen Einheit genau kennen. Und Bechers Einheit hatte den offiziellen Auftrag, alle »Partisanen« zu töten. Die Juden galten als die Anstifter des Partisanenkriegs, daher mußten auch sie getötet werden. Doch in den Pripjet-Sümpfen gab es nicht viele Partisanen; wie es überhaupt in den neueroberten Gebieten von Weißrußland und der Ukraine wenig Partisanen gab. In Wirklichkeit war der Krieg gegen die Partisanen nur ein Deckmantel für die Ermordung der Juden. Dazu die Aussage von Franz Konrad, Offizier im gleichen Regiment: die Einheit habe

»alles, was als Juden erkenntlich war, als Partisanen erschossen«.[25]

Becher hat an »vielen Aufklärungen« teilgenommen und »andere schwierige Aufgaben gelöst«. Diese muß er sehr gut gelöst haben, denn er wurde ausgezeichnet und etwas später mit wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben im SS-Hauptamt in Berlin beauftragt.[26] Es ist bislang kein einziger von Becher unterschriebener Bericht über Ermordungen aufgetaucht, und nach dem Krieg behauptete er, er hätte nur Verwaltungs- und Planungsarbeiten ausgeführt. Ob er nun diese Morde »nur« verwaltend und planend organisierte oder ob er als Täter beteiligt war – was zumindest wahrscheinlich ist –, in jedem Fall wird er später, als sich die Geschicke des Kriegs zum Schlechten wendeten, einiges zu verbergen gehabt haben. Nach seinem Dienst unter Fegelein mußte er sich zunächst um seine Gesundheit kümmern: Er hatte sich eine Geschlechtskrankheit zugezogen (wahrscheinlich infolge bloßer Verwaltungstätigkeit), doch wurde er geheilt. Und so war er in der Lage, in Berlin eine wichtige Aufgabe zu übernehmen.[27]

Kurt Emenegger, der Schweizer Journalist, der Anfang der sechziger Jahre im Fall Becher Nachforschungen anstellte, wird deutlicher. Er behauptet, Himmler habe durch »Sonderverordnung 17« Becher persönlich beauftragt, zusammen mit Fegelein die operative Koordination der berüchtigten Einsatzkommandos und der Kavalleriebrigaden zu übernehmen. Himmler habe, so Emenegger, in einem persönlichen Brief an Becher vom Januar 1943 dessen »unerschrockenen Einsatz gegen das Untermenschentum« gelobt. Emeneggers Bericht ist bezeichnend für eine ganze Reihe von Prozessen, die nach dem Krieg in Westdeutschland geführt wurden. Sein Team verschaffte sich den Wortlaut von zwei Dokumenten (Himmlers Sonderverordnung von 1941 und sein Belobigungsschreiben an Becher aus dem Jahr 1943) und fragte bei der Staatsanwaltschaft in Essen und Düsseldorf an, wo die Originaldokumente seien. Hören wir Emenegger:

> »Unser Gewährsmann, der Berliner Rechtsanwalt Dr. Max Merten, nannte uns als ›Besitzer‹ oder vielmehr als Sachwalter der belastenden Dokumente den Untersuchungsrichter Dr. Hans Behm, Landgerichtsrat in Essen. Sowohl der

Frankfurter Staatsanwalt Dr. Steinbacher wie der Frankfurter Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schneider, verlangten daraufhin von Dr. Behm die Aushändigung der Dokumente. Dr. Behm behauptete, die Dokumente weder zu kennen noch sie gar zu besitzen. Mit diesem Bescheid mußten sich die Frankfurter zufrieden geben. Auch Dr. Grimm, Behms Nachfolger als Untersuchungsrichter im Fall ›Wagner/von Thadden‹, erklärte, von den gesuchten Dokumenten keinerlei Kenntnis zu haben und sie in den von Behm übernommenen Akten auch nicht finden zu können.«

Daraufhin macht Ernest Zaugg, einer der Mitarbeiter Emeneggers,

»einen neuen, letzten Versuch. Er geht nach Essen, nimmt sich einen Zeugen mit und überrumpelt den Essener Oberstaatsanwalt Dr. Ludwig Kuhnert mit der Frage, ob ihm der Sonderbefehl Nr. 17 diesen und diesen Inhalts bekannt sei? Und ob es stimme, daß das Dokument, wie wir gehört hätten, bereits an den hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer in Frankfurt geschickt worden sei?

Zaugg hat sich von seinen Fragen kaum etwas versprochen. Wenn Dr. Behm und Dr. Grimm schon von den Dokumenten nichts wissen wollen, so wird auch der Oberstaatsanwalt nichts davon wissen. Um so perplexer ist Zaugg über Dr. Kuhnerts unbefangene Antwort: Ja, er kenne das Dokument, und zwar schon seit 1953! Zwar nicht unter der Bezeichnung ›Sonderbefehl Nr. 17‹, aber dem Inhalt nach, der mit Zauggs Schilderung übereinstimme.

Man habe das Dokument seinerzeit im Zusammenhang mit dem Fall Wagner/von Thadden gefunden. Er könne sich allerdings nicht mehr erinnern, ob sich das Original oder eine Kopie bei den Akten befunden habe.

Wo sich denn das verflixte Dokument nun befinde, will Zaugg wissen.

Auch hier zögert Dr. Kuhnert keinen Augenblick: Es sei von Herrn Richter von der Frankfurter Staatsanwaltschaft nach Frankfurt geholt worden.

Unnötig zu sagen, daß Zaugg und ich schon am nächsten möglichen Tag im Büro des hessischen Generalstaatsanwaltes sitzen. Dr. Bauers Erstaunen ist echt, nachdem wir ihm

alles berichtet haben: Da soll doch gleich das Donnerwetter... Das erste ist natürlich, daß Dr. Bauer mit Dr. Kuhnert in Essen telephoniert. Er schaltet den Lautsprecher ein, damit wir mithören können. Und deutlich und klar, wenn auch auffallend zögernd, hören wir Dr. Kuhnerts Bestätigung:

Jawohl, er habe mit Zaugg über das Dokument gesprochen! Jawohl, er kenne den Inhalt des Dokumentes, der im wesentlichen mit dem von uns angegebenen übereinstimme! Dr. Bauer fragt auch gleich noch, ob der Essener Oberstaatsanwalt etwa auch Himmler-Briefe vom Januar 1943 kenne, in dem der Reichsführer den Becher für seinen Einsatz im Kampf gegen das Untermenschentum lobe?

Und:

Ja, auch ein solcher Brief von Himmler an Becher sei ihm, Dr. Kuhnert, bekannt. Er habe sich wohl auch wie der Sonderbefehl Nr. 17 in den Wagner/von Thadden-Akten befunden!

Hingegen will Dr. Kuhnert jetzt nicht mehr wissen, wo die Dokumente hingekommen seien. Betreffs Richter müsse ihn Zaugg falsch verstanden haben. Vielleicht habe er Richter den Rat gegeben, das Dokument in Bonn zu suchen (...)

In den Akten, die Herr Richter aus Essen mitgebracht hat – er selbst ist inzwischen zur Bundeswehr eingerückt – findet sich das Dokument nicht.«

Die Frankfurter suchten vergeblich nach den fehlenden Dokumenten. In der Zwischenzeit hatte man Dr. Merten aus Berlin gefragt, ob er den Inhalt der Dokumente kenne. Dieser konnte den Journalisten sogar deren Inhalt wiedergeben.[28] Emenegger fragt zu Recht, wer diese Papiere verschwinden ließ und was der Grund dafür war. Zu dieser Zeit war Becher Multimillionär in Bremen und hatte die besten Verbindungen – zu den höchsten Stellen und, so ist zu vermuten, auch in die Unterwelt.

Ich sollte hinzufügen, daß Emenegger mir in einem persönlichen Gespräch sagte, er habe Merten in Berlin angerufen. Dieser habe ihm Zugang zu den Dokumenten versprochen, wenn er innerhalb eines Tages nach Berlin kommen könne. Doch Emenegger konnte seine Redaktionschefs nicht dazu bewegen, mehr Geld für seine Recherchen bereitzustellen. Und als er

endlich er in Berlin ankam, habe ihm Merten mitgeteilt, die Dokumente seien verschwunden. Wie sie verschwunden waren, durch wen und wohin, wollte ihm Merten nicht sagen.

Alle Umstände und Indizien sprechen für sich. Herr Kurt A. Becher hatte etwas zu verbergen. Noch wichtiger aber ist die grundlegende Ambiguität des Dritten Reichs, die durch Emeneggers Geschichte deutlich sichtbar wird. Becher unterstützte Himmler, seinen bewunderten Herrn und Meister, bei dessen plumpen Annäherungsversuchen an den Westen. Er war ein überzeugter, wenn auch oberflächlicher und opportunistischer Nationalsozialist – von solcher Art, wie es viele Massenmörder waren. Becher hat wahrscheinlich getötet, wahrscheinlich auch gemordet, ganz sicher aber Menschen bestohlen und erpreßt – und möglicherweise einigen hunderttausend Menschen das Leben gerettet. Dies hat er getan, um auf lange Sicht vielleicht persönlich davon zu profitieren, zunächst aber wollte er etwas für den Fortbestand des Dritten Reichs tun. Wie viele andere hat er leicht zu einer ganz normalen Auffassung von Moral zurückgefunden, als das nationalsozialistische Reich am Zusammenbrechen war.

Seine Aufgabe bestand vor allem im Beschaffen von Pferden, nicht nur für die wenigen Kavallerie-Einheiten der SS, sondern auch für die Wehrmacht an der Ostfront, wo viele Pferde gebraucht wurden. Durch seine Verbindung zu Fegelein wurde Himmler auf ihn aufmerksam, erkannte in Becher den begabten jungen Mann, den man mit wirtschaftlichen Aufgaben betrauen konnte. Zwischen den Mordexzessen in Rußland und den Erpressungen in Ungarn führte Becher ein ruhiges Leben und war nur mit der Beschaffung von Pferden für die SS beschäftigt. Und nachdem er die Weiss-Werke in die Hand der SS gebracht hatte, widmete sich Becher der Rettung von Juden.

Wir haben es hier mit der Ambiguität des Bösen zu tun. Ein junger Mann ist ursprünglich – als Weizenhändler in Hamburg – weder gut noch böse, sondern einfach nur ehrgeizig. Er will reich werden. Dieser Mann wird zum Komplizen von Massenmördern und ist schließlich selbst an Korruption, an Erpressung und möglicherweise an Massenmord beteiligt: vielleicht nur am Rande, vielleicht aber auch tiefer darin verwickelt. Becher war vermutlich ein Antisemit wie viele andere auch. Es

gibt keinen Hinweis darauf, daß er Juden besonders haßte, und in den Verhandlungen mit Kasztner und anderen legte er lediglich die für Nationalsozialisten typische Arroganz an den Tag. Später war nicht einmal mehr davon etwas zu bemerken. Doch die wenigsten Mörder im Osten Polens handelten als ideologisch überzeugte Antisemiten.

Becher scheint sich, wie so viele, mit dem Dritten Reich identifiziert zu haben. Er akzeptierte den absoluten Machtanspruch des Führers, idealisierte seinen eigenen, unmittelbaren »Führer« Himmler, jede persönlich-moralische Autonomie oder Verantwortung wies er von sich. Nicht er, sondern Himmler oder Hitler trugen die Verantwortung. Wenn Himmler sagte, die Juden müßten getötet werden, dann mußten sie getötet werden, und zwar mit dem größtmöglichen Nutzen für die eigene Karriere oder die eigene Tasche. Es handelte sich weder um den Haß auf Juden noch um die Lust am Töten. Wenn Himmler, Hitler oder die nationalsozialistische Lehre den Massenmord an sämtlichen Linkshändern verlangt hätten, Leute wie Becher hätten auch diesen Befehl ausgeführt. Aus historischen Gründen galten die Juden als Hauptfeind. Möglicherweise hat Becher, als er sich der Tragweite der Massenmorde langsam bewußt wurde, an deren Berechtigung gezweifelt.

Bechers Laufbahn nach dem Krieg ist nicht weniger interessant als seine Kriegserfolge. Als kluger Opportunist wurde er bald einer der reichsten Männer Westdeutschlands. Aufgrund der Gerüchte über seine Vergangenheit verweigerte man ihm 1961 den gesellschaftlich begehrten Status eines Mitglieds der Bremer Kaufmannsgilde. Dies war der Ausgangspunkt für Emeneggers Recherche.[29] Doch alles andere war erreichbar für ihn. Plagte ihn sein Gewissen? Keineswegs. Immerhin hatte er doch viele, viele Juden gerettet. Warum waren die Menschen bloß so undankbar? Er distanzierte sich in der Nachkriegszeit, wie so viele andere, von der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis. Er ist nicht einfach von einzelnen Moralgeboten abgewichen, sondern hat die völlige Umkehrung des Kanons moralischer Gebote mitgemacht. Nur darum war es Leuten wie Becher (den Totschlägern, Erpressern und Räubern) möglich, zu einem ehrbaren bürgerlichen Leben zurückzukehren.

Bis zum heutigen Tag sehen Menschen wie er nicht, was sie getan haben.

Kehren wir zu Kasztner zurück. In seinem verzweifelten Bemühen, so viele Juden wie möglich zu retten, setzte er seine Hoffnung nun auf Becher. Und dieser war sehr daran interessiert, aus dieser Beziehung zu Kasztner Kapital zu schlagen – in Form von Gütern, in Gestalt politischer Verhandlungen. Die Ungarn waren nicht gewillt, die Deportationen fortzusetzen, da dies den Mord an den Juden von Budapest bedeutet hätte. Anderswo gab es in ganz Ungarn keine Juden mehr. Horthy hatte die Einstellung der Deportationen befohlen. Das geschah unter dem Druck, den die Amerikaner, die neutralen Staaten und der Vatikan ausübten, angesichts der Bombardierung Budapests und des russischen Vormarschs zur ungarischen Grenze. Außerdem wuchs die Gefahr eines Putschs der ungarischen Gendarmerie und der radikal-faschistischen Kräfte in Ungarn. Die Regierung unter Döme Sztojay konnte sich nicht lange halten, und die neue Regierung unter Geza Lakatos versuchte, Ungarn aus dem Krieg herauszumanövrieren.

Trotz ihrer großen Rivalität verfolgten Ribbentrop und Himmler nun eine ähnliche Politik gegenüber Ungarn. Himmler – und vielleicht Eichmann noch mehr als Himmler – wollte die restlichen Juden so schnell wie möglich deportieren. Ribbentrop, der überzeugte Nationalsozialist, wollte das gleiche. Doch die Ungarn, die bestrebt waren, ihr Ansehen im Westen wieder herzustellen, gaben am 17. Juli 1944 bekannt, daß sie bereit seien, bestimmte Gruppen von Juden ausreisen zu lassen. Dazu gehörten alle, die Einreisebewilligungen nach Palästina vorweisen konnten; oder besser gesagt: alle, denen Kasztner eine Einreisebewilligung versprochen hatte, obwohl er darüber gar nicht verfügte. Es gelang ihm, die Zahl von 7800 auf 40000 Bewilligungen zu erhöhen, indem er erklärte, die niedrigere Zahl beziehe sich auf Familienoberhäupter und müsse daher um das Vier- oder Fünffache erhöht werden, damit ganze Familien ausreisen könnten – eine Methode, die sich bereits früher bewährt hatte. Schweden hatte 400 bzw. 450 Menschen die Ausreise versprochen, die Verwandte in Schweden hatten. Und auch andere kleinere Gruppen hatten die Möglichkeit, das Land zu verlassen. Die britische Regierung, die eine Einwanderung von 40000

Juden nach Palästina befürchtete, versuchte, die Zahl wieder auf die ursprünglich vorgeschlagenen 7000 oder 7800 zu reduzieren, doch es war zu spät. Die Ungarn wollten 40000 Juden ausreisen lassen,[30] und sie baten die Deutschen um Ausreisevisen.[31]

Die Nationalsozialisten erkannten die Chance, die sich ihnen damit bot. Zunächst lehnten sie jede Ausreise von Juden ab. Ribbentrop erteilte Veesenmayer bereits am 7. Juli 1944 eine entsprechende Anweisung, der ähnliche folgten.[32] Unbeeindruckt von Horthys Anordnung, die Deportationen einzustellen, (genauer gesagt, am Tag dieser Anordnung) bereiteten die Deutschen und ihre faschistischen Verbündeten in Ungarn, insbesondere Innenminister Jaross, aktiv die Deportationen der Budapester Juden vor.[33] Am 24. Juli forderte Eichmann eine Intervention des Reichssicherheitshauptamts. Die deutsche Regierung solle unmißverständlich erklären, daß sie keine Ausreise nach Palästina genehmigen würde. Die Gründe dafür kennen wir bereits. Die Deutschen erklärten offiziell, sie würden die ungarische Forderung erfüllen und Transitvisen für die ausreisenden Juden ausstellen, machten dies jedoch davon abhängig, daß die ungarische Regierung alle übrigen Juden aus Budapest deportieren würde.[34] Die Ausreise einer kleinen Gruppe sollte durch die Deportation der übrigen Juden in ein Todeslager wettgemacht werden.

In den Tagen darauf wurde diese Haltung mehrmals bekräftigt.[35] Allerdings hatte Eichmann gar nicht die Absicht, die kleinere Gruppe von Juden ziehen zu lassen. Seinen Vorgesetzten erklärte er, er habe die deutsche Botschaft dazu überredet, die Bewilligung von Transitvisen hinauszuzögern. Sobald die Deportationen wieder in Gang kämen, sollten sämtliche Juden einbezogen werden. Bei einer anderen Gelegenheit erklärte er, daß man die Deportationen »schlagartig« durchführen werde, so daß die Juden verschwunden seien, bevor überhaupt etwas davon bemerkt würde. Und wenn es den Juden gelänge, Richtung Westen zu entkommen, womit er Spanien gemeint haben muß, werde er dafür sorgen, daß sie in Frankreich durch »geeignete Maßnahmen« aufgehalten würden.[36] Ein Beispiel für die List, zu der die Nationalsozialisten in ihren Beziehungen untereinander immer wieder griffen, ist vielleicht Himmlers Entscheidung vom 4. August: Wenn er die Ausreise der Juden *nach Palästina*

ablehnte, dann war damit implizit gesagt, daß sie in andere Länder sehr wohl ausreisen könnten.[37] Auch in Ungarn erscheint Eichmann als der harte Prinzipienreiter und Himmler als der vorsichtigere, wankelmütige Vorgesetzte.

Nach dem Entschluß der Ungarn, die Deportationen zu beenden, und der scheinbaren Einwilligung der Deutschen, einige Juden ausreisen zu lassen, intervenierte Hitler. Am 17. Juli entstand auf Hitlers Weisung ein Schreiben, das Veesenmayer Horthy überreichen sollte. Darin wurde ganz unverblümt mit einer erneuten Intervention in Ungarn gedroht. Dies sei die Antwort auf Horthys Verrat. Diesen sah Hitler in dessen Absicht, Sztojay zu entlassen und die deutschen Verbündeten im Stich zu lassen, sowie in der Einstellung der Deportationen von Juden. »Der Führer erwartet, daß nunmehr ohne jedes weitere Verzögern die Maßnahmen gegen die Budapester Juden durchgeführt werden mit den Ausnahmen [den geschützten Juden], die von der Reichsregierung auf Vorschlag des Gesandten Veesenmayer grundsätzlich der ungarischen Regierung zugestanden worden sind. Irgendeine Verzögerung in der Durchführung der allgemeinen Judenmaßnahmen darf durch diese Ausnahmen aber nicht eintreten, andernfalls die Zustimmung zu diesen Ausnahmen vom Führer wieder rückgängig gemacht werden müßte.«[38]

Somit sah sich die ungarische Regierung dem Druck von zwei Seiten ausgesetzt. Die neutralen Staaten wiederholten die Warnungen der Alliierten in bezug auf die Fortsetzung der Deportationen; und die Deutschen wollten die restlichen Juden so schnell wie möglich deportieren. Am 14. August 1944 berichtete Veesenmayer von einem Durchbruch für die Deutschen. Die ungarische Regierung habe beschlossen, mit der Deportation der Budapester Juden am 25. August zu beginnen. Die Ungarn bestätigten dies am 19. August. Eichmann verlangte, daß mit den Deportationen bereits am nächsten Tag begonnen werden sollte. Doch Horthy hatte seine Zustimmung noch nicht gegeben. Die Deutschen mußten entscheiden, ob sie sich an ihren Teil der Abmachung halten und kleine Gruppen von Juden ausreisen lassen wollten. Der von Kasztner vorgeschlagenen Zahl stimmten sie natürlich nicht zu. Sie sprachen von siebentausend Personen, die sie vielleicht über Rumänien nach Palä-

stina reisen lassen würden. Allerdings war Himmler dagegen, sie nach Palästina gehen zu lassen. Nur achtundsiebzig Personen sollte gestattet werden, nach Schweden auszureisen. Dem schwedischen Botschafter und Raoul Wallenberg, der am 9. Juli in Budapest eingetroffen war, war es nicht gelungen, eine größere Zahl durchzusetzen. Neun Juden wollte man nach Portugal ausreisen lassen, drei nach Spanien und fünf in die Schweiz. Eichmann schloß die Möglichkeit eines bewaffneten Widerstands der Juden nicht aus, und er ging davon aus, daß eine große Zahl von Juden, vielleicht 100000, untertauchen würde oder bereits untergetaucht sei, wenn mit den Deportationen begonnen würde.[39]

Am 19. August berichtete Veesenmayers Stellvertreter Grell, der ungarische Innenminister habe Eichmann mitgeteilt, der Beginn der Deportationen sei endgültig für den 25. August 1944 festgesetzt worden, auch wenn Horthy lediglich einer begrenzten »Evakuierung« zugestimmt habe. Die Regierung habe jedoch beschlossen, daß alle Juden deportiert werden sollten, mit Ausnahme der vor dem 1. Januar 1941 konvertierten und einer Gruppe von dreitausend Juden, die unter dem persönlichen Schutz von Horthy stand. Am 25. August sollten die Juden in drei großen Lagern konzentriert werden. Die ersten sechs Züge mit 20000 Insassen sollten am 27. August Richtung Auschwitz fahren. Dem sollten tägliche Transporte mit jeweils dreitausend Menschen folgen. Die Konzentration der Opfer würde allein die ungarische Gendarmerie übernehmen.[40] Am 24. August wurde Eichmann durch den ungarischen Innenminister mitgeteilt, daß mit der Konzentration der Juden erst am 28. August begonnen werde und die Juden in den fünf eigens für diesen Zweck errichteten Lagern bleiben sollten. Sie sollten nicht nach »Deutschland« geschickt werden. In seiner zornigen Erwiderung erklärte Eichmann, er werde das Reichssicherheitshauptamt um Zurückversetzung nach Deutschland bitten, da er nicht länger gebraucht werde.[41]

In der Nacht vom 24. August erhielt Winkelmann ein von Himmler verfaßtes Telegramm, in dem es hieß, sämtliche Vorbereitungen für die Deportation der Juden seien unverzüglich einzustellen. Diese Nachricht wurde Veesenmayer überbracht, der Ribbentrop davon unterrichtete.[42] Was war geschehen?

Kasztner wußte nur zum Teil von den Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen den Ungarn und den Deutschen. Er war sich, wie wir gesehen haben, im klaren darüber, daß die Deportationen, die die Juden in den ungarischen Provinzen ausgelöscht hatten, auch die Budapester Juden jederzeit treffen konnten. Darum mühte er sich verzweifelt, einen Durchbruch in den Verhandlungen zu erzielen, durch den er die Deutschen zumindest vorübergehend zur Beendigung des Mordens bewegen konnte. Er war inzwischen überzeugt davon, daß ihm ein solcher Durchbruch nur mit Bechers Hilfe gelingen würde, und beschloß, alles auf diese Karte zu setzen. All seine Pläne zu Verhandlungen mittels seiner jüdischen Partner – Bader, Schwartz und Dobkin – mit den Nationalsozialisten waren gescheitert. Jetzt, Ende Juli, dachte er an Saly Mayer, den Mann vom Joint Distribution Committee in der Schweiz.

Inzwischen war es noch zu einem weiteren Zwischenfall gekommen, der Kasztner sehr belastete. Zehn Jahre später, im Prozeß gegen Grünwald, sollte dieser Vorfall zu seinem moralischen Untergang beitragen. Die Jewish Agency hatte den britischen Geheimdienst dazu bringen können, jüdische Fallschirmspringer aus Palästina hinter den feindlichen Linien abzusetzen. Sie sollten einen zweifachen Auftrag erfüllen. Zum einen sollten sie Piloten der Alliierten, besonders britischen, die über dem feindlichen Gebiet abgeschossen worden waren, bei der Flucht behilflich sein und militärische Informationen sammeln. Zum anderen sollten sie den Widerstand der Juden in Europa organisieren oder ihnen zumindest moralische und vielleicht auch materielle Unterstützung zukommen lassen.

Der Plan war Teil der militärischen Strategie der Alliierten. Ähnliche Aktionen hatten sich bereits in Jugoslawien, Frankreich und Birma bewährt. Insgesamt wurden bis zum Ende des Kriegs dreiunddreißig jüdische Fallschirmspringer und Agenten eingeschleust, von denen sieben ums Leben kamen. Die meisten dieser Männer und Frauen hatten keinen Erfolg bei ihrer Mission. Sie haben ihr Bestes versucht und viel Mut gezeigt. Doch die Umstände waren stärker als sie. Diese Kämpfer traten sehr spät in Aktion. In vielen Fällen wurden sie über dem falschen Gebiet abgesetzt. Manchmal fanden sie da, wo sie landeten, gar keine Juden vor – weil keine Juden mehr da waren –, und

manchmal hatten sie einfach Pech. Drei Fallschirmspringer waren für Ungarn ausgewählt worden: Joel Nussbacher (Palgi), der einzige Überlebende, Franz (Peretz) Goldstein und Hanna Szenes. Hanna Szenes, eine junge Dichterin, deren Mutter noch nach dem Krieg in Budapest lebte, wurde über dem Gebiet Titos in Jugoslawien abgesetzt. Von dort aus sollte sie sich nach Ungarn durchschlagen. Anscheinend wurde sie verraten, noch bevor sie die Grenze überquerte. Sie wurde gefangengenommen und nach Budapest ins Gefängnis gebracht. Die anderen beiden, die am 13. Juni von Kroatien aus die Grenze nach Ungarn überquerten, ereilte ein ähnliches Schicksal. Sie kamen bis nach Budapest, doch wurden sie auf diesem Weg bereits von Ungarn und Deutschen beschattet. Als sie zurückgingen, um einen Sender abzuholen, griffen ihre Verfolger zu.[43]

In Budapest gelang es Palgi und Goldstein irgendwie, den Deutschen zu entkommen. Sie wendeten sich an Kasztner. Schließlich waren sie gebürtige Ungarn und Zionisten. In Kasztner sahen sie nun ihren Führungsoffizier. Dieser war unschlüssig, was er mit den beiden tun sollte. Die Deutschen würden vermuten, daß sie den Kontakt zu ihm gesucht hatten. Mit den Deutschen über Lösegelder zu verhandeln, sie zu besorgen und zu bezahlen war eine Sache. Eine Verbindung zu zwei jüdisch-palästinensischen Agenten des britischen Geheimdiensts, die mitten im Krieg als Fallschirmspringer abgesetzt worden waren, war eine ganz andere. Kasztner forderte die beiden auf, sich zu entscheiden, ob sie sich stellen wollten oder nicht. Hanna Szenes war bereits im Gefängnis, und es gab nichts, was die beiden für die Budapester Juden hätten tun können. Mit Sicherheit konnten sie in dieser zugespitzten Situation keinen bewaffneten Widerstand mehr organisieren. Nach einigem Zögern stellten sich die beiden jungen Männer. Palgi gelang es, aus dem Zug zu springen, der ihn wahrscheinlich nach Mauthausen deportieren sollte, und hat überlebt. Er ging nicht zu Kasztner zurück. Goldstein kam vermutlich in Mauthausen ums Leben.

Hätte Kasztner diese beiden Männer verstecken sollen? Hat er die Deutschen davon unterrichtet, daß sie sich mit ihm in Verbindung gesetzt hatten, bevor sie sich stellten? Wenn er sie versteckt hätte, hätte er damit nicht das Leben aller Budapester Juden in Gefahr gebracht? Aber andererseits drängt sich auch

die Frage auf, wie er denn zwei junge Männer aus Palästina wissentlich in den Tod schicken konnte. In der Geschichte des Holocaust gibt es eine Reihe solcher Fälle, und jeder wurde von den beteiligten Personen anders gelöst. Daß er schuld sei an Goldsteins Tod, daß er auch nicht genug getan habe, um Hanna Szenes zu retten, und sie einfach ihrem Schicksal überließ, um seine Verhandlungspolitik nicht zu gefährden, das sind schwerwiegende Beschuldigungen. Vielleicht waren die Anklagen gerechtfertigt, vielleicht auch nicht. Möglicherweise war es Kasztners Schuld, daß diese beiden Männer in die Hände der Nationalsozialisten fielen. Und er hat nichts unternommen, um Hanna Szenes zu retten, die nach dem Holocaust in Israel zur Heldin wurde.

Kasztner baute seinen Kontakt zu Becher aus, ohne sich irgendwelche Illusionen über den Charakter dieses Mannes zu machen. Es liegen mehrere Dokumente vor, die die Gespräche sehr treffend wiedergeben: Kasztners Aufzeichnungen über seine Treffen mit Becher und Wisliceny. Seine Sekretärin Lilly Ungar hat sie nach Diktat geschrieben und Kopien aufbewahrt.[44] Am 15. Juli eröffnete Becher das Gespräch damit, daß er auf den neutralen Boden hinwies, auf dem die Begegnung stattfand. Aller Wahrscheinlichkeit nach trafen sie sich in Bechers Büro und nicht auf dem Budapester Schwabenberg, wo Eichmann sein Hauptquartier hatte. Kasztner antwortete, es gebe keinen neutralen Boden, für ihn gebe es »hier« nur feindliches Territorium. Darauf erwiderte Becher, der humanitär gesinnte Judenfreund: »Sie sind ein frecher Hund.« Kasztner konfrontierte Becher mit den Fällen, in denen die Deutschen ihn getäuscht hatten – angefangen bei Wisliceny. Mindestens 300000 Juden seien bereits in Auschwitz ermordet worden. Die Deutschen hätten kaum davon ausgehen können, daß sie bereits zwei Wochen nach Brands Abreise die Lastwagen würden in Empfang nehmen können. Inzwischen seien aber, so Bechers Antwort, sechs Wochen vergangen, und immer noch keine Lastwagen eingetroffen. Kasztner vertrat die Ansicht, daß eine Reise nach Lissabon (sie dachten dabei an Verhandlungen mit Schwartz oder Dobkin) nur dann sinnvoll sei, wenn die Deutschen eine Reihe von Bedingungen erfüllten: sie müßten die Deportationen und die Vergasung von Juden in Auschwitz be-

enden und herausfinden, wie viele der Deportierten noch am Leben waren und zu welchem Preis sie nach Ungarn zurückkehren konnten. Becher verwies Kasztner an Eichmann, der dazu Stellung beziehen würde. Daraufhin bestand Kasztner auf der Genehmigung seines Zugs. Dies sei eine Voraussetzung für Verhandlungen. Und für den Fall, daß diese scheiterten, drohte er Becher mit dem bewaffneten Widerstand der zionistischen Jugendorganisationen, die die Ehre der Juden retten wollten. Doch Kasztner deutete auch an, niemand habe die Deportierten über das Schicksal, das sie erwarte, informiert (was nicht der Fall war, wie wir bereits gesehen haben), da die jüdischen Verhandlungspartner an den Erfolg der Verhandlungen glaubten.[45]

Bei seinem Treffen mit Wisliceny am 12. August brachte Kasztner seine Hoffnung zum Ausdruck, Becher werde die Deportation der Juden aus Budapest verhindern. Wisliceny entgegnete, wenn es Kasztner gelänge, eine entsprechende Anweisung von Himmler zu erwirken, müsse Eichmann sich ihr beugen. Kasztner bestand noch immer darauf, daß weitere Züge das Reich verlassen durften. Und da der Weg ins neutrale Spanien durch die Invasion der Alliierten abgeschnitten war, blieb nur noch der Weg über das rumänische Constanza in Richtung Palästina.

Daraufhin traf sich Kasztner mit »Schröder« alias Laufer. Dieser wollte, daß »seine« Leute unter den ersten wären, die in die Schweiz ausreisen konnten. Diese Forderung läßt darauf schließen, daß sich im Zug entweder Spione des Sicherheitsdienstes befanden oder aber Angehörige Laufers. All diese Kontakte fanden am 12. August statt. In einem Telefongespräch mit Becher bereitete Kasztner die Reise zur Schweizer Grenze vor, wo die Verhandlungen mit Saly Mayer stattfinden sollten (siehe unten). Die letzten Sätze dieses Telefongesprächs liefern einen entscheidenden Schlüssel für das Verständnis sowohl von Kasztner als auch von Becher. Kasztner fragte, ob die Gefahr der Deportation für die Budapester Juden nun gebannt wäre. Und Becher habe erwidert: »Bis unsere Gespräche abgeschlossen sind, wird Frieden in der Stadt herrschen. Wenn die Gespräche zu einem negativen Ergebnis führen, könnte die Lage in der Stadt kritisch werden.«[46]

Die damals verfaßten Notizen zu diesem Gespräch sind äu-

ßerst wertvoll, da sie die bestehenden Beziehungen aufs genaueste widerspiegeln. Vor allem wird die völlig geschäftsmäßige Art, in der Becher und Eichmann mit dem Leben von Menschen umgingen, deutlich. Becher bestand nicht weniger als Eichmann auf Leistungen (in Form von Ergebnissen, Resultaten und Zahlungen), und es scheint, als habe er in Kasztner nur einen weiteren Juden gesehen, aus dem er zur Zufriedenheit des »hochzuverehrenden« Reichsführers möglichst viel herauspressen konnte. Nach den Ereignissen hätte er immer behaupten können, daß er, um Himmlers Anerkennung nicht zu verlieren, Erfolge vorweisen mußte. Eine solche Erklärung wird jedoch durch seinen Ton und seine Haltung gegenüber Kasztner widerlegt. Es war Himmler, der die Einzelheiten festlegte: wie viele Menschen aus dem Transport nach Bergen-Belsen freigelassen werden sollten und wie die »Leistungen« der Juden zu bewerten seien. Offensichtlich war er verantwortlich für die Widerrufung des Befehls, die Budapester Juden zu deportieren. Becher jedoch machte seine Anordnungen von dem abhängig, was die Juden zu bieten hatten. Kasztner erwies sich als starke Persönlichkeit, als ein Mann, der sich, um seine Ziele durchzusetzen, nicht scheute, den Nationalsozialisten im gleichen Ton zu erwidern. Und was er wollte, war der Transport nach Bergen-Belsen und die Zusage, daß die Budapester Juden nicht deportiert würden. Beim Lesen der Niederschriften hat man das Gefühl, daß er sich der wirklichen Gefahr, in der die Budapester Juden schwebten, nicht bewußt war. Vermutlich hatte er kein genaues Bild von den bereits getroffenen Vorbereitungen der Deutschen. Doch sein Instinkt sagte ihm, daß es sich um eine tödliche Gefahr handelte und daß unbedingt etwas geschehen mußte.

Im weiteren Verlauf der Ereignisse trat auf jüdischer Seite ein weiterer Akteur in Erscheinung, Andreas Biss, ein Cousin von Joel Brand, doch kein sehr großer Freund von diesem. Biss war ein wohlhabender Fabrikant, der in seiner Kindheit christlich getauft worden war, sich jetzt jedoch mit dem Schicksal der Juden identifizierte. Er wurde enger Berater Kasztners und finanzierte zu einem großen Teil die Aktivitäten der *Vaada*. Seine Wohnung wurde zum Versammlungsort der Gruppe, und man fragte ihn häufig um Rat, den er auch bereitwillig gab. Als

Kasztner verhaftet wurde, nahm Biss seine Stelle ein. Auch er hat sich mit Becher getroffen; er wurde zu einem seiner Bewunderer. Am 22. Juli 1944 schrieb Biss ein Memorandum an Himmler, das er durch Clages überreichen ließ. In diesem machte Biss den Vorschlag zur Beendigung der Morde an ungarischen Juden (wobei er alle anderen Juden nicht unbedingt mit einschloß); dies läge im Interesse der Deutschen. Dieses Schreiben führte, auch wenn Biss dies anders darstellt, zu keinem greifbaren Ergebnis.[47]

Biss spielte eine große Rolle bei den weiteren Verhandlungen, die Becher unternahm. Als Kasztner und Hansi Brand im Gefängnis saßen, hat er sich mit Becher getroffen und dessen Interesse an den Gesprächen wachgehalten. Gleichzeitig intervenierte er bei den Deutschen, um Kasztner freizubekommen.

Inmitten der sich überstürzenden Ereignisse suchte Kasztner verzweifelt nach jemandem, der die Gespräche fortsetzte, die Brand mit Vertretern der Juden oder der Alliierten hatte führen sollen. Er wußte nichts davon, daß die Regierung der Vereinigten Staaten strikt dagegen war, daß Joseph J. Schwartz vom Joint Distribution Committee mit den Nationalsozialisten verhandelte. Darum konnte er am 1. August vorschlagen, daß die Gespräche mit Schwartz in der Schweiz stattfinden und auch Saly Mayer unter den Gesprächspartnern sein sollte. Schwartz griff die Idee auf und erkundigte sich nach der Haltung des War Refugee Board zu einem solchen Vorschlag. Mayer war Schweizer Staatsbürger, und die amerikanischen Einschränkungen hatten für ihn keine Verbindlichkeit. Das War Refugee Board wollte zunächst eine Stellungnahme seines Repräsentanten in Bern. McClelland begrüßte den Vorschlag, hielt aber das Einverständnis der Schweizer Regierung für eine wesentliche Voraussetzung. Er übernahm die Zielvorstellung von Shertok, »die Verhandlungen hinauszuzögern und soviel Zeit wie möglich zu gewinnen, ohne irgendwelche Zugeständnisse machen zu müssen«. Er glaubte nicht, daß Mayer Lösegelder anbieten sollte, »und schon gar keine Gegenleistungen in Form von Gütern, mit deren Hilfe der Feind den Krieg verlängern könnte«.[48]

Damit war Mayers Handlungsspielraum von Anfang an begrenzt. Dennoch übernahm er die schwierige Aufgabe, die Nationalsozialisten hinzuhalten, als sie ihm von Schwartz vermut-

lich Ende Juli erstmals angetragen wurde, und bereitete sich auf die Gespräche vor.

Saly Mayer war eigentlich gar nicht die richtige Person für einen solchen Auftrag. Der 1882 geborene Sohn einer süddeutschen Familie war Spitzenfabrikant, der früh in den Ruhestand trat, zum Teil wegen seiner politischen Ambitionen in der jüdischen Gemeinde, zum Teil aber auch wegen seines sehr unglücklichen Familienlebens. Er war ein sehr konservativer Mensch, hart gegen sich selbst und andere, von recht begrenzter Bildung. Er betrachtete sich als orthodoxen Juden – er aß koscher, arbeitete nicht am Sabbat –, obwohl er über die jüdische Tradition nicht gerade viel wußte. Von 1936 bis 1942 war er Führer der Union der Schweizer Jüdischen Gemeinden (SIG). Als man ihn heftig kritisierte, weil er die restriktive Politik der Schweizer Regierung gegenüber jüdischen Flüchtlingen ohne großen Protest hinnahm, trat er von seinem Amt zurück. Er war der Auffassung, daß eine kleine Gemeinde von 17000 Seelen in einem ringsum belagerten neutralen Land sehr abhängig sei von guten Beziehungen zur Regierung und selbst zur Fremdenpolizei. 1940 wurde er dann zum Sprecher des Joint Distribution Committee in der Schweiz, doch bis 1942 hatte er kaum Geld erhalten, mit dem er Juden unter dem nationalsozialistischen Regime hätte unterstützen können. Welche Rolle er bei den slowakischen Verhandlungen spielte, haben wir bereits gehört. Durch seine Kontakte zu verschiedenen Gruppen dort war er gut unterrichtet über die Not der Juden in Ungarn. Auch seine Freundschaft mit Nathan Schwalb, dem Repräsentanten der zionistischen Jugendbewegung in der Schweiz, trug ihr Teil dazu bei.

Die Mittel, die Mayer 1944 zur Verfügung standen, waren weitaus großzügiger bemessen als in den Jahren 1942 und 1943. Inzwischen waren die Nachrichten über das Schicksal der Juden in Europa in den Vereinigten Staaten verbreitet, und das hat die amerikanischen Juden veranlaßt, bereitwilliger auf die Aufrufe des Joint Distribution Committee zu reagieren. 1944 erhielt Mayer 6,467 Millionen US Dollar, von denen 3,763 Millionen dafür bestimmt waren, die jüdischen Flüchtlinge in der Schweiz zu unterstützen und den Verpflichtungen gegenüber den Juden in Frankreich und Rumänien nachzukommen. Damit blieben

2,7 Millionen für das übrige Europa und für Shanghai, wo jüdische Flüchtlinge über das Rote Kreuz Schweizer Unterstützung erhielten. Auch das war keine wirklich große Summe. Doch konnte er dies, wie bereits 1942, den vielen Menschen, die ihn um Hilfe baten, nicht sagen, auch nicht den Repräsentanten der Jewish Agency, so daß er sich auf diese Weise die ewige Feindschaft vieler Juden zuzog. Er begründete sein Verhalten damit, daß die Gespräche so schwierig seien, daß jede Art von öffentlicher Diskussion das Leben von Menschen aufs Spiel gesetzt hätte. Ferner war er sowohl gegenüber der Schweizer als auch der amerikanischen Regierung zu strikter Geheimhaltung verpflichtet. Man muß hinzufügen, daß ihm die Vorstellung, vom War Refugee Board beaufsichtigt zu werden, nicht behagte. Er bezeichnete das Board als seine Krankenschwester und Gouvernante. Schwartz pflichtete ihm bei: »Es sind nicht einmal hübsche Krankenschwestern, aber es geht nicht anders.«[49]

Mayer war ein loyaler Bürger der Schweiz und wollte die Zustimmung seiner Regierung zu den bevorstehenden Verhandlungen einholen. Am 8. August wandte er sich an Heinrich Rothmund, den Chef der Schweizer Polizei – an den Mann, auf dessen Initiative hin die Deutschen ab 1938 Pässe mit einem roten »J« für Jude stempelten, damit die deutschen Juden von anderen deutschen Bürgern zu unterscheiden waren. Mayer bat um Einreisegenehmigungen, damit jüdische Flüchtlinge in die Schweiz einreisen konnten, zunächst die Passagiere von Kasztners Zug, dann die Menschen aus dem Lager Strasshof (die bereits erwähnte Gruppe ungarischer Juden, deren Zug statt nach Auschwitz nach Wien geleitet worden war). Rothmund erklärte, nur Kinder und Erwachsene mit Angehörigen in der Schweiz würden eine Einreisegenehmigung erhalten. Außerdem untersagte er Mayer, in seinen Verhandlungen Lösegelder anzubieten. Die Schweizer Regierung befürchte eine Verletzung ihrer Neutralität. Das Rote Kreuz ließ Mayer wissen, daß es auf keinen Fall mit Leuten zusammenarbeiten könne, die illegale Mittel zur Rettung von Juden einsetzten.[50]

Am 21. August 1944 verbot das War Refugee Board Mayer mit einer vom amerikanischen Außenminister abgezeichneten Anweisung, Lösegeld oder Waren anzubieten und im Namen des Joint Distribution Committee zu verhandeln. Dies sei eine

amerikanische Organisation. Er solle als Schweizer Bürger und als führendes Mitglied der Schweizer Jüdischen Gemeinde auftreten. Bei seinen Verhandlungen solle er es darauf anlegen, Zeit zu gewinnen.[51] Dies Telegramm erhielt Mayer jedoch erst nach seiner ersten Unterredung mit den Nationalsozialisten, die ebenfalls am 21. August stattfand.

An diesem Tag ist Saly Mayer mit vier Männern zusammengetroffen, die aus dem Machtbereich der Nationalsozialisten kamen: mit Obersturmbannführer Kurt A. Becher, den Hauptsturmbannführern Max Grüson und Hermann Krumey und mit Kasztner. Mayer trat auf als Vertreter der Schweizer Flüchtlingshilfsorganisation, die in der Schweiz die Gelder des Joint Distribution Committee an jüdische Flüchtlinge verteile. (Diese Organisation bestand nur auf dem Papier und eigentlich auch nur aus Saly Mayer.) Die fünf Männer trafen sich in der Mitte der Grenzbrücke von St. Margarethen, da sich Mayer weigerte, deutschen Boden zu betreten, und auch nicht wollte, daß seine »Verhandlungspartner« auf Schweizer Gebiet kamen.

Becher wiederholte die bereits von Brand vorgetragene Forderung von 10000 Lastwagen und verlangte zusätzlich noch landwirtschaftliche Maschinen. Als Gegenleistung würden die Nationalsozialisten Juden in die USA ausreisen lassen. Wegen des Einspruchs der Araber könnten die Deutschen keine Ausreise nach Palästina gestatten. Die Ausreise sollte mit den gleichen Schiffen geschehen, mit denen die Maschinen und Lastwagen geliefert würden. Um die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten unter Beweis zu stellen, hatten die Nationalsozialisten am Tag dieses Treffens dreihundertachtzehn Menschen aus Kasztners Zug von Bergen-Belsen an die Schweizer Grenze gebracht. Mayer hielt einen sehr allgemein gehaltenen Vortrag über moralische Vorstellungen. Ein weiteres Treffen wurde vereinbart, denn Mayer hatte erklärt, er müsse die Menschen, in deren Namen er verhandele, fragen, was sie von den Vorschlägen hielten.

Entsprechend verfaßte Mayer seinen Bericht an McClelland. Und auch Becher erstattete Bericht. Am 25. August 1944 schreibt er an Himmler, man habe Mayer von der Glaubwürdigkeit der Nationalsozialisten überzeugen können, indem man »300 Stück« in die Schweiz gebracht habe (die Menschen aus dem Transport nach Bergen-Belsen). Mayer habe Einwände ge-

gen die Lastwagen erhoben und statt dessen Mineralien und Industriegüter angeboten. Er müsse aber die Zustimmung der Amerikaner dazu einholen. Beim nächsten Treffen werde er mitteilen, wieviel Geld ihm zur Verfügung stünde und eine Liste von Gütern vorlegen, die sofort geliefert werden könnten. Ein solches Angebot paßt durchaus zu Mayers Charakter. Nach dem Scheitern von Brands Mission hätte jede Erwähnung der Lastwagen dazu beigetragen, daß er die Verhandlungen hätte abbrechen müssen. All die anderen Vorschläge Mayers – wenn er sie tatsächlich gemacht hat – waren offensichtlich ein Versuch, die Sache hinauszuzögern. Doch Mayer hat auch entgegen den Anweisungen, die er von den Schweizern und den Amerikanern erhalten hatte, Geld und Güter angeboten. Dies wird der Grund sein, warum er diese Angebote in seinem Bericht nicht erwähnt.

In der Nacht vom 24. August 1944 befahl Himmler seinen Leute in Budapest, die Juden nicht zu deportieren. Wie wir uns erinnern, war diese Aktion zunächst für den 25. August, dann den 28. August geplant gewesen. Veesenmayer, der dies offenbar nicht glauben konnte, leitete den Befehl an Ribbentrop weiter und erhielt die Bestätigung. Dies sei tatsächlich Himmlers Anordnung. Es fällt sehr schwer, diese beiden Ereignisse nicht in einen Zusammenhang zu bringen, auch wenn Bechers Telegramm an Himmler das Datum des 25. August trägt. In seiner Zeugenaussage nach dem Krieg behauptet Becher, er habe kurz nach dem Treffen an der Schweizer Grenze mit Himmler telefoniert und diesen dazu bewegen können, die Budapester Juden nicht deportieren zu lassen. Becher erklärt nicht, warum er Himmler dann dennoch ein Telegramm mit seinem Bericht geschickt hat. Da man keine von Bechers Aussagen ohne weiteres glauben darf, muß man diesen Widerspruch stehen lassen.[52] Tatsächlich sieht es ganz danach aus, als hätten die von Kasztner angeregten und vorangetriebenen Gespräche direkt zur Rettung der Budapester Juden geführt. Becher behauptet ferner, daß er in dieser Zeit seinen Vorgesetzten dazu gebracht habe, Ernst Kaltenbrunner, dem Leiter des Reichssicherheitshauptamts, und Oswald Pohl, der als Leiter des Wirtschaftsverwaltungshauptamts der SS zuständig war für die Konzentrationslager, in einem Befehl jede weitere Tötung

von Juden zu untersagen. Es gibt keinerlei Beweis für diese Behauptung.

Die Kritik, die nach dem Krieg an Mayer geäußert wurde, richtet sich hauptsächlich auf seine Weigerung, wirklich beträchtliche Lösegeldzahlungen oder Warenlieferungen anzubieten. Ebenso wirft man ihm vor, sich hinter der offiziellen Linie der amerikanischen Politik versteckt zu haben. Aber man muß so sorgfältig wie er selbst die Möglichkeiten erwägen, die ihm offenstanden. Er hätte solche Zusagen machen, doch sie niemals erfüllen können, weil er das Geld dazu nicht hatte. Das ihm zur Verfügung stehende Geld befand sich auf Schweizer Bankkonten, und die Bestimmungen während des Kriegs waren so streng, daß es schlicht unmöglich war, selbst diese bescheidenen Mittel in einer größeren Aktion gegen die Richtlinien sowohl der Schweiz als auch der Vereinigten Staaten einzusetzen. Andererseits mußte er ein Angebot unterbreiten, nur so konnte er Zeit gewinnen. Auf diese Gratwanderung muß er sich sehr früh – eigentlich schon vor dem ersten Treffen – vorbereitet haben. Seine Absicht war, Lösegelder und Waren anzubieten, doch die Lieferung durch alle erdenklichen Schliche hinauszuzögern und McClelland, der als sein Wachhund fungierte, im unklaren darüber zu lassen, was er den Deutschen wirklich versprochen hatte. Mit anderen Worten, dieser ehrbare zweiundsechzigjährige Schweizer und ehemalige Kommunalpolitiker (er hat als Vertreter einer liberalen Partei dem Stadtrat von St. Gallen angehört) mußte seine eigene Regierung und die der Vereinigten Staaten hintergehen, um die Nationalsozialisten, wie Becher es später ausdrückte, »an der Nase herumzuführen«. Das Ziel war die Rettung von Juden – zu einem gewissen Zeitpunkt schloß er sogar sämtliche Zwangsarbeiter im Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten in seine Pläne ein. Wir wollen sehen, wie er das tat, und auch, welche Ziele die Nationalsozialisten mit den Verhandlungen verfolgten.

12
Verhandlungen in der Schweiz, Tragödie in Budapest

Zu Beginn des Jahres 1944 war im nationalsozialistischen Deutschland der Gedanke, die noch nicht deportierten Juden ausreisen zu lassen, kein Tabu mehr. Am 3. April 1944 fragte Veesenmayer bei Ribbentrop an, was aus der Idee geworden sei, die der Außenminister dem Führer unterbreitet hatte: nämlich Roosevelt und Churchill alle Juden als Geschenk zu übergeben.[1] Er erhielt keine Antwort, aber ohne Zweifel sprach er von einem ernsthaften Vorschlag.

Über den Grund für diesen überraschenden Schachzug des eingefleischten Nationalsozialisten Ribbentrop können wir nur Mutmaßungen anstellen. Es gibt aber eine einfache Erklärung. Ribbentrop ist, als die Verhandlungen über die Feldscher-Vorschläge gescheitert waren, zu der Überzeugung gelangt, daß die Alliierten einen Vorschlag der Deutschen, ihnen alle Juden zu übergeben, ablehnen würden. Und eine solche Ablehnung wollte er propagandistisch verwerten, um alle Vorwürfe der Alliierten über die Behandlung der Juden durch die Nationalsozialisten zu entkräften: Erst, so könnten die Deutschen dann sagen, machen sie soviel Aufhebens um die Juden, und wenn wir ihnen dann anbieten, doch selbst alle Juden aufzunehmen, lehnen sie ab. Sollte dies tatsächlich der Grund gewesen sein, dann wäre es ein weiteres Beispiel dafür, daß die Nationalsozialisten zu Argumentationssträngen und zur Politik der Vorkriegszeit zurückgekehrt waren – selbst wenn es allein um propagandistische Zwecke gegangen sein sollte. Ein anderes Beispiel dafür ist das Telegramm des Auswärtigen Amts an Veesenmayer vom 6. Juli. Es enthält die Anweisung, die Ausreise ungarischer Juden wenn möglich zu verhindern oder, »soweit sie zugelassen wird, von einer wertvollen Gegenleistung abhängig zu machen«. Am 5. September machte das Auswärtige Amt präzisere Angaben über die erwarteten »Gegenleistungen«: »eine gewisse Anzahl von reichsdeutschen Internierten«, die sich in den Händen der Alliierten befanden.[2] Mit anderen Wor-

ten, man hielt weiterhin an der Politik der »Endlösung« fest, war jedoch bereit, für einen angemessenen Preis vorübergehend von dieser Linie abzuweichen. Dies war die Haltung des Auswärtigen Amts von Ribbentrop, in dem man sich gewöhnlich strikt an Hitlers politische Linie hielt.

Während Kasztner sich bemühte, endlich doch Gespräche mit Saly Mayer möglich zu machen, wurde auch anderswo versucht, Kontakte und Verhandlungen in die Wege zu leiten. Auch diese Bemühungen führen zu Himmler zurück. In der Schweiz gab es den Hilfsverein für jüdische Flüchtlinge im Ausland, auch Montreux-Komitee genannt, das von den Brüdern Elias und Isaac Sternbuch sowie von Isaacs Frau Rachel geleitet wurde. Diese drei vertraten das Va'ad Hahatzalah und waren erbitterte Gegner von Saly Mayer und dem Joint Distribution Committee.[3] Isaac Sternbuch nahm Verbindung mit Schweizer Sympathisanten der Nationalsozialisten auf, um den Deutschen Lösegeldvorschläge zu unterbreiten. Auf diese Weise kam die Gruppe mit Carl Trümpy, einem Schweizer Repräsentanten der deutschen Messerschmidt-Werke, in Kontakt. Dieser hatte Verbindungen zu einem Komitee jüdischer Flüchtlinge aus Ungarn, das von Mihaly Banyai geleitet wurde. Am 13. Juli bemühte sich Trümpy in Wien, mit einigen SS-Offizieren über die Flucht von 20000 ungarischen Juden nach Rumänien zu verhandeln. Der Plan scheiterte ebenso wie der Versuch, mit Wilhelm Haster, einem weiteren ranghohen SS-Offizier, ins Gespräch zu kommen. Dies wurde am 12. August durch einen Kontaktmann in Bregenz an der deutsch-schweizerischen Grenze in die Wege geleitet. Haster soll Trümpy zugesichert haben, die nach Bergen-Belsen gebrachten Menschen aus Kasztners Zug würden gegen ein Lösegeld freigelassen. Auch mit Mayer setzte sich Trümpy in Verbindung. Mayer nutzte diese Gespräche, um von Trümpy Antwort auf ihn bedrängende Fragen zu erhalten: Sprach Becher in Himmlers Namen? Würde das Geld, das man Becher übergeben wollte, die Juden tatsächlich retten? Über Trümpy ließ Mayer Himmler ein Memorandum zukommen, in dem er ausdrücklich danach fragte, was die Nationalsozialisten mit den Juden noch vorhätten. Wir wissen nicht, ob Himmler dieses Schreiben zu Gesicht bekam. Wir wissen nur, daß es (natürlich) unbeantwortet blieb.[4]

Auch Sternbuch benutzte seine Beziehungen zu Trümpy, als er versuchte, Joel Teitelbaum, den anti-zionistischen chassidischen Rabbiner von Szatmar, aus Bergen-Belsen zu befreien. Leo Rubinfeld, der Vertreter der Va'ad Hahatzalah, erklärte Trümpy: »Die Hilfsorganisation, der ich angehöre, hat kein Interesse an den [anderen] Menschen, die mit dem Transport aus Ungarn nach Bergen-Belsen gekommen sind.«[5]

So, wie Mayer die Verhandlungen mit Becher zunächst anging, vermag es kaum zu überraschen, daß Mayer, gegen die Anweisungen von Amerikanern und Schweizern und trotz der offenbaren Verachtung, die er und Sternbuch füreinander empfanden, dessen Bemühungen unterstützte. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag, den ihm Freudiger aus Ungarn übermittelt hatte, wollte Sternbuch den Nationalsozialisten Traktoren liefern, wenn er damit Juden würde retten können. Mayer stellte dem Montreux-Komitee 260000 Schweizer Franken zur Verfügung. Davon bezahlte er im September 69200 Schweizer Franken für vierzig Traktoren. Doch hatte die Lieferung dieser Traktoren keinen nennenswerten Einfluß auf die Politik der Nationalsozialisten.[6]

Nach dem ersten Treffen auf der Brücke von St. Margarethen kam es am 3., 4. und 5. September 1944 zu weiteren Gesprächen zwischen Mayer, den Nationalsozialisten (wobei Becher von Grüson und Krumey vertreten wurde), Kasztner und Wilhelm Billitz. Mayer hatte am 1. September die Zusicherung erhalten, daß ihm in den Vereinigten Staaten endlich ein Kredit von zwei Millionen US Dollar zur Verfügung gestellt worden war, die allerdings nicht ohne die Zustimmung des War Refugee Board verwendet werden konnten. Damit waren sie für die Zahlung von Lösegeldern praktisch wertlos. Er versprach den Nationalsozialisten einen Schweizer Kredit in Höhe von fünf Millionen US Dollar, mit dessen Hilfe sie Güter kaufen könnten – unter der Voraussetzung, daß *alle* Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft, nicht nur die in Ungarn, am Leben blieben. Mayer hoffte, daß die Nationalsozialisten viel Zeit brauchen würden, um festzulegen, welche Güter sie haben wollten, und er sich bis dahin mit Schwartz beraten könne, der eine Reise nach Genf angekündigt hatte.[7] Am 5. September stellte Grüson die Forderung, daß ein offiziell Bevollmächtigter

an den Verhandlungen teilnehmen müsse, denn Mayer war nicht mit der Handlungsvollmacht versehen, die die Nationalsozialisten erhofft hatten.

Hier wird offensichtlich, welche Absichten beide Seiten verfolgten. Mayer tat weit mehr, als man ihm aufgetragen hatte, und berichtete McClelland keineswegs alles, was er den Nationalsozialisten gesagt hatte. Grüson dagegen brachte Himmlers eigentliche Intention zum Ausdruck. Dieser wollte Verbindungen zu einer Person herstellen, die politisch bevollmächtigt war, separate Friedensverhandlungen zu führen. Gespräche über Geld und die Lieferung von Gütern waren nicht verkehrt, aber zuletzt doch nur ein Vorwand. Genau diesen Sachverhalt beschreibt Himmler vier Monate später in der einzigen Niederschrift, die wir aus seiner Hand besitzen.

In den drei Wochen nach dem Treffen geschah so gut wie nichts. Es gab weder Geld noch Warenlieferungen, und Mayer schwieg. Becher fühlte sich betrogen und mußte vermutlich auch um seine Haut bangen, als er dem hochzuverehrenden Reichsführer gegenübertrat. Kasztner sandte verzweifelte Schreiben an Mayer. Schließlich, am 26. September 1944, schickte Mayer ein Telegramm nach Budapest, in dem er seine prinzipielle Bereitschaft wiederholte, den Nationalsozialisten auf einem Schweizer Bankkonto Geld bereitzustellen, über das sie frei verfügen könnten. (Dies hatte er bereits am 5. September mehr oder weniger verbindlich in Aussicht gestellt.) Biss und Kasztner brachten das Telegramm zu Clages und Becher. Beide waren hocherfreut und versprachen, Himmler zu unterrichten.[8]

Am 29. September fand ein weiteres Treffen statt, auch diesmal ohne Becher, aber mit Herbert Kettlitz nahm ein neuer SS-Offizier teil. Kasztner und Marcus Wyler-Schmidt, Mayers Anwalt, stellen dieses Treffen völlig unterschiedlich dar.[9] Nach Kasztners Aussage hat Mayer Kredite in Höhe von fünfzehn Millionen US Dollar in drei Teilzahlungen versprochen. Wyler-Schmidt zufolge hatte Mayer zwei Millionen US Dollar angeboten, wenn die Deutschen von ihrer anti-jüdischen Politik abließen, die Bedingungen für sämtliche Zwangs- und Fremdarbeiter in Deutschland verbesserten und die Deportationen der slowakischen Juden einstellten. Man weiß nicht, welche der beiden Versionen zutrifft, doch erscheint Wylers bzw. Mayers Be-

richt als der wahrscheinlichere, besonders angesichts der Tatsache, daß Mayer selbst in seiner eigentümlichen Art notiert hatte, daß er Kasztner die ganze Wahrheit (jiddisch: *emess*) gesagt habe: Ich »habe nur fünf Millionen [US Dollar in Schweizer Franken, sein gesamtes Budget zu jener Zeit], von denen 100000 bereits ausgegeben sind und weitere zwei Millionen [US Dollar] in den Vereinigten Staaten festliegen. [Cordell] Hull: keine Güter, keine Lösegelder, aber weiter verhandeln«.[10] Genau dies tat Mayer mit einigem Erfolg, obwohl er mit keinerlei konkreten Gegenleistungen in Form von Lösegeldern, Gütern oder politischen Kontakten in den Vereinigten Staaten aufwarten konnte.

Inzwischen hatten die Alliierten Frankreich und einen großen Teil Belgiens besetzt. Die große russische Sommeroffensive führte die Rote Armee bis vor die Tore Warschaus. Am 23. August 1944 wechselte Rumänien die Fronten. Titos Armee eroberte nach und nach Jugoslawien. Die Truppen der Engländer und Amerikaner rückten in Italien nach Norden vor. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli hatte Himmler die konservative Opposition liquidiert. Er muß erkannt haben, daß er sich energischer als bisher darum bemühen sollte, mit den westlichen Alliierten in Kontakt zu treten.

Mayer versuchte, auf Zeit zu spielen und die Verhandlungen von Lösegeld und Warenlieferungen weg auf Hilfsmaßnahmen für die Juden zu lenken, die das Rote Kreuz in den nationalsozialistisch beherrschten Gebieten organisieren sollte. Auch andere Initiativen nahmen Gestalt an, von denen die in der Schweiz und in Schweden in die Wege geleiteten erwähnt werden müssen.

Der frühere Bundespräsident der Schweiz, Jean-Marie Musy, ein katholischer Konservativer und ehemaliger Sympathisant der Nationalsozialisten, der sein Ansehen aufpolieren wollte, wurde in den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten zum Mittelsmann. Im April 1944 gelang es ihm, eine Schweizer Familie aus dem französischen, unter Aufsicht der SS stehenden Gefängnis von Clermont-Ferrand zu befreien und in die Schweiz zu bringen.[11] Sternbuch bat Musy, mit Himmler, den er 1940 bereits einmal getroffen hatte, zu verhandeln. Zu diesem Zweck gab ihm Sternbuch ein Dokument, in dem es

hieß, die Amerikaner seien bereit, Juden in die Vereinigten Staaten einreisen zu lassen. Das Treffen mit Himmler hat Schellenberg, vermutlich durch seine Mittelsmänner in der Schweiz, arrangiert. Es fand am 3. November 1944 statt. Nach Musys Bericht erklärte Himmler, er habe ungefähr 600000 Juden, die er, ohne Hitler um Erlaubnis bitten zu müssen, freilassen könnte, wenn er als Gegenleistung dafür Lastwagen und andere Güter erhielte. Musy habe ihm daraufhin mehr als eine Million Schweizer Franken geboten.[12]

Dieser Bericht Musys klingt authentisch – auch die von Himmler genannten Bedingungen. Sie basierten auf Voraussetzungen, die seit Brands Istanbuler Mission vom Mai unverändert geblieben waren: gegen eine hinreichend große Lieferung von Gütern werde man Juden freilassen. (Gemeint sind damit wohl *einige* Juden, denn es ist kaum vorstellbar, daß die Nationalsozialisten *alle* freigelassen hätten.) Eine solche Transaktion würde die militärische Lage verändern und Möglichkeiten zu einer politischen Annäherung an den Westen eröffnen. Doch machten sich in der Folge interne Querelen zwischen den hohen SS-Offizieren, etwa zwischen Schellenberg und Becher, bemerkbar – analog zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Sternbuch und Mayer. Auf deutscher Seite ging es darum, sich Himmlers Gunst zu sichern. Auf jüdischer Seite dagegen hatte das War Refugee Board, vertreten durch McClelland, das letzte Wort. Himmler wußte nicht genau, wem er folgen sollte. McClelland setzte auf Mayer.

Am 18. November schrieb Musy an Himmler und versprach ihm – im Auftrag des Va'ad Hahatzalah – zwanzig Millionen Schweizer Franken, wenn er Juden aus Deutschland oder den besetzten Gebieten freilassen würde. Das Va'ad Hahatzalah werde dafür sorgen, daß auch Waren geliefert würden, die die Deutschen mit dem Lösegeld kaufen konnten. Und Sternbuch tat das gleiche wie Mayer: Er ließ Musy mitteilen, daß man eine Liste solcher Güter von den Deutschen erwarte. Offensichtlich wollte auch er die Verhandlungen hinauszögern.[13]

Während in der Schweiz derart verhandelt wurde, kehrte Peter Bruno Kleist im Oktober mit einer neuen Idee nach Stockholm zurück. Er wollte 100000 Esten nach Schweden evakuieren lassen, um sie vor den heranrückenden Sowjets zu retten.

Darum könnten, so fügte er hinzu, unmöglich auch noch Juden gegen Lösegeld aus Deutschland herausgebracht werden. Doch er werde für eine gute Behandlung der Juden eintreten, damit die westliche Presse positiv über die Nationalsozialisten schreiben würde. Im Gegenzug wollte er ein Friedensangebot des War Refugee Board und der OSS-Leute in Schweden, das jedoch nie formuliert wurde.[14]

Mayer wußte von Kleists Kontakten und entschloß sich zu erneuten Verhandlungsversuchen mit Becher. Er überzeugte McClelland, daß es an der Zeit sei, den Nationalsozialisten mit einem interessanteren Köder zu locken als mit leeren Versprechungen. Er beschaffte Schweizer Visen für Becher und Kettlitz. Becher sollte mit McClelland zusammentreffen und Kettlitz eine Liste der Güter zusammenstellen, die er mit Mayers Hilfe vermutlich würde kaufen können. Wieder kam es zu den Treffen an der Grenze. Sie fanden am 29. Oktober sowie am 2. und 4. November statt. Mayers Anwalt Wyler zufolge war sich Becher darüber im klaren, daß er wohl keine Lastwagen erhalten würde. Er hoffte jedoch, daß andere Güter in Frage kämen. Güter, durch die »deutsches Blut« gerettet werden könnte. Als Gegenleistung dafür biete man »jüdisches Blut« an. Es war die Rede von einigen hunderttausend Juden, die ausreisen sollten (allerdings nicht nach Palästina). Der Preis wurde, unter der Bedingung, daß das Geld innerhalb von zwei oder drei Wochen bereitgestellt würde, auf zwanzig Millionen Schweizer Franken festgesetzt. Kasztner erklärte später, Mayer sei bei diesen Verhandlungen völlig ineffektiv gewesen. Er habe immer nur über moralische Verpflichtungen gesprochen. Dieser Bericht Kasztners entstand nach dem Krieg, als sich bereits ein tiefer Haß zwischen den beiden entwickelt hatte, während Wyler zum Zeitpunkt des Geschehens direkt versuchte, Mayers Handlungen in allen Einzelheiten zu rechtfertigen. Daher lassen sich beide Darstellungen nicht ohne weiteres miteinander vereinbaren. Aber auch hier scheinen Wylers Darstellungen der Wahrheit näher zu kommen.[15]

Mayers Verhandlungsgeschick kann so schlecht nicht gewesen sein, wie Kasztner es schildert. Immerhin konnte er Becher am 5. November zu einer Unterredung mit McClelland ins Hotel Baur in Zürich bringen. Mayer hielt Becher eine lange,

strenge Predigt und sprach von der Unausweichlichkeit der Niederlage der Nationalsozialisten. Er forderte eine Beendigung der Ermordung von Zivilisten, gleich ob Juden oder Nicht-Juden, verlangte die Ausreise von Waisenkindern in die Schweiz und für das Rote Kreuz die Genehmigung, die Insassen der Konzentrationslager zu versorgen. Der Köder bestand in einem von Hull unterzeichneten Telegramm des War Refugee Board, aus dem hervorging, daß Mayer ein Kredit in Höhe von zwanzig Millionen Schweizer Franken (etwa fünf Millionen US Dollar) zur Verfügung stand. Mayer verschwieg Becher allerdings, daß über dieses Geld nur mit Zustimmung der amerikanischen Regierung zu verfügen war: Es konnte also nicht für Lösegelder oder zum Einkauf von Gütern für die Deutschen verwendet werden. Becher sicherte zu, daß in Zukunft Kinder und ältere Menschen verschont bleiben sollten, außerdem dürfe das Rote Kreuz die verschiedenen Kategorien von Juden inspizieren – was immer das bedeuten sollte.[16]

Was sich an jenem Tag im November im Hotel Baur ereignete, ist ziemlich erstaunlich. Ein offizieller Vertreter der amerikanischen Regierung traf mit einem hohen SS-Offizier auf neutralem Boden zusammen, allem Anschein nach, um humanitäre Fragen zu besprechen. Die Begegnung war ein Verstoß gegen die offizielle Linie der amerikanischen Politik, derzufolge mit den Deutschen ausschließlich über deren bedingungslose Kapitulation gesprochen werden durfte. In der Tat ist mir keine vergleichbare Aktion seitens der Amerikaner während des Zweiten Weltkriegs bekannt.

So hatte Himmler sein Ziel offenbar erreicht – sein Abgesandter war endlich mit einem amerikanischen Diplomaten zusammengetroffen. Dennoch war das Ergebnis aus der Sicht der Nationalsozialisten recht enttäuschend. Der Amerikaner hatte Himmler durch Mayer wissen lassen, daß der Krieg verloren sei, er hatte die Deutschen sogar aufgefordert, jede Bedingung der Alliierten zu akzeptieren. Man hatte über die Juden und die anderen Insassen der Konzentrationslager gesprochen. Und mehr war nicht geschehen. Letzten Endes blieb es eine fruchtlose Begegnung. Die Amerikaner wollten keine Lösegelder zahlen, und die Nationalsozialisten hatten nicht die Absicht, Juden freizulassen oder zu schützen. Wie wir bereits gesehen haben,

wollten die Nationalsozialisten verhandeln und stellten die Rettung von Juden als Gegenleistung für politische Vorteile in Aussicht. Doch die Amerikaner waren nicht gewillt, die sichere Aussicht auf einen vollständigen Sieg durch humanitäre Maßnahmen zu gefährden.

Den Juden ging es mit diesen Verhandlungen darum, noch in letzter Minute den Mord an Juden, die bis dahin überlebt hatten, zu verhindern. McClelland unterstützte sie darin. Im November 1944 aber war die Evakuierung der Juden aus dem deutschen Herrschaftsgebiet keine Lösung mehr. Am besten wäre es gewesen, man hätte das Internationale Rote Kreuz beauftragen können, sich bis zu ihrer endgültigen Befreiung um die Juden zu kümmern. Und dies war genau die Richtung, die McClelland und Mayer einschlagen wollten. Um zu einer Überwachung der Lager durch das Rote Kreuz zu kommen, brauchte man unbedingt den Köder von fünf Millionen US Dollar. Mayer hoffte, daß man diesen Betrag später dafür verwenden könne, Hilfsprogramme des Roten Kreuzes, die Versorgung der Konzentrationslager mit Lebensmitteln und Kleidung, zu finanzieren. Da er erkannte, daß es praktisch undenkbar wäre, nur die Juden zu verpflegen und einzukleiden, hatte Mayer die Verhandlungen auf alle Insassen und Zwangsarbeiter ausgedehnt. Mayer war wie vor den Kopf gestoßen, als das War Refugee Board am 21. November 1944 einen Rückzieher machte und das Angebot der fünf Millionen US Dollar wieder zurücknahm.[17] Darüber hinaus wurde ihm mitgeteilt, daß Schwartz zwar die Erlaubnis habe, in die Schweiz zu reisen, jedoch an den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten nicht teilnehmen dürfe. Hinter diesen Schritten stand ganz offensichtlich die Angst vor Reaktionen der Sowjets und vielleicht auch der Briten.

All diese Schritte fanden vor dem düsteren Hintergrund erneuter anti-jüdischer Maßnahmen in Budapest statt. Dort hatte, nach Horthys erfolglosem Versuch, am 15. Oktober einen Waffenstillstand mit den Sowjets zu unterzeichnen, die faschistische Regierung von Ferenc Szalasi die Macht übernommen. Mit ihrer Zustimmung begann Eichmann am 8. November 1944 mit der Deportation der Budapester Juden zur österreichischen Grenze. Dort sollten sie beim Bau von Befestigungsanlagen gegen die Sowjets eingesetzt werden (davon später mehr). Kaszt-

ner war verzweifelt und bat Mayer immer wieder um Geld, das als Köder benutzt werden könne, um weitere Deportationen zu verhindern. Aber Mayer sah sich weder in der Lage zu helfen, noch konnte er Kasztner die Wahrheit sagen. Am 18. November telegraphierte Kettlitz, Mayer habe kein Geld und er werde wohl auch keines erhalten. Der SS-Mann empfahl seinen Vorgesetzten, sich an Sternbuch zu wenden. Daraufhin bat Sternbuch das Va'ad Hahatzalah in den Vereinigten Staaten um einen Kredit in Höhe von zehn bis zwanzig Millionen Schweizer Franken. Das War Refugee Board fragte McClelland um Rat, und dieser riet am 9. Dezember von einer Zusage ab.[18]

Ende November schien es Becher an der Zeit, seinem Vorgesetzten Bericht zu erstatten, und er reiste nach Berlin. Dort erreichte ihn ein Telegramm von Kasztner, in dem es – fälschlicherweise – hieß, die zwanzig Millionen Schweizer Franken seien nun bereitgestellt, Mayer bemühe sich nur noch um die Lösung technischer Probleme. Dieses Telegramm sei, so Kasztner, die Rettung gewesen.[19] Die Geschichte entspricht ganz offensichtlich nicht den Tatsachen. Denn Kasztner selbst hat Marcus Wyler beim Treffen an der Schweizer Grenze vom 30. November erklärt, Becher habe ihm bei einem Telefongespräch nach Erhalt des Telegramms gesagt, die Mitteilung von Kettlitz sei doch sehr aufschlußreich gewesen und Kasztner solle ihm keine Märchen auftischen.[20]

Der Grund für Bechers Manöver war nicht das Telegramm von Kasztner, sondern die eiskalte Berechnung dieses Nationalsozialisten. Becher brauchte bei Himmler einen überzeugenden Grund für die Fortsetzung der Verhandlungen. Diese Fortsetzung wiederum brauchte er, um sich für spätere Zeiten Entlastung zu verschaffen. Und in der unmittelbaren Situation wollte er die Chance nicht verlieren, der SS das zu verschaffen, was sein Chef wollte: die Lieferung einiger Güter, aber vor allem Verhandlungen, die möglicherweise zu einem separaten Friedensabkommen führen würden. Himmler wollte den Kontakt zu den Amerikanern unbedingt, und er hatte nichts zu verlieren, wenn er seinem »gehorsamsten Becher« (so pflegte dieser seine Briefe an Himmler zu unterzeichnen) erlaubte, sich weiterhin um Kontakte mit den Juden zu bemühen. Himmler gab die

Hoffnung nicht auf, daß diese zu einem Ergebnis führen würden. Außerdem kann man sich gut vorstellen, daß der nationalsozialistische Erpresser und der jüdische Unterhändler sich mehr und mehr aufeinander angewiesen fühlten. Kasztner war zu einer wandelnden Lebensversicherung für diesen Nationalsozialisten geworden, der das Ende wohl kommen sah. Und für Kasztner wiederum war Becher der einzige, der Kontakt zu Himmler herstellen konnte, nachdem Clages am 15. Oktober 1944 in Budapest getötet worden war. Nur über Becher bestand Hoffnung, das Los der verbleibenden Juden zu erleichtern. Nach dem Krieg hat Kasztner seinem guten Freund Kurt A. Becher denn auch geholfen.

Was die NS-Führer vermutlich ebenso beeindruckte wie die komplizierten Verhandlungen mit Mayer, war eine Forderung, die die rumänische Regierung im November 1944 an die Nationalsozialisten stellte. Die Rumänen verlangten, daß die aus Transsilvanien deportierten Juden zurückgebracht würden. Das Gebiet war von der rumänischen Armee zurückerobert worden, die jetzt auf seiten der Alliierten kämpfte. Wenn man die Juden zurückkehren ließe, würden die Rumänen den in diesem Gebiet lebenden Deutschen erlauben, nach Deutschland auszureisen. Die Nationalsozialisten hatten die transsilvanischen Juden in Auschwitz ermordet. Sie konnten auf den Vorschlag gar nicht eingehen. Aber er brachte sie auf den Gedanken, daß sie mit den überlebenden Juden einen Gegenwert für all ihre Forderungen in der Hand hatten. Der Hintergrund von diesem Angebot oder der Forderung der Rumänen ist noch nicht geklärt. Höchstwahrscheinlich stand eine Initiative von Juden dahinter, vielleicht auch der Wunsch der Rumänen, ihre Deutschen loszuwerden.

Himmlers Reaktion auf das Angebot der Rumänen ist ziemlich aufschlußreich. Becher hatte ihm Kettlitz' negativen Bericht aus der Schweiz übermittelt. Himmler mußte also Hoffnung auf einen Erfolg in dieser Richtung aufgeben und versuchte nun, direkt Kontakt mit der Schweizer Regierung aufzunehmen. Dies geschah durch SS-Obergruppenführer Gottlob Berger, einen seiner engsten und vertrautesten Berater. Die transsilvanischen Juden lebten nicht mehr, aber Himmler hatte immer noch die Juden in Budapest anzubieten. Also schlug er vor, ungarische Ju-

den gegen Deutsche zu tauschen, die sich in den Händen der Alliierten befanden. Er dachte dabei vor allem an die Deutschen in Rumänien, denn er hatte erfahren, daß die Russen diese nach Sibirien bringen wollten. Die Schweizer erwiderten, sie hätten keinerlei diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion und könnten daher in solchen Verhandlungen nicht vermitteln.[21]

Es ist bezeichnend für Himmler und seine politischen Intentionen, daß er keinen Kontakt zu den Russen aufnahm, in deren Macht es gestanden hätte, dem vorgeschlagenen Geschäft zum Erfolg zu verhelfen. Nein, er suchte den Kontakt zu den Schweizern, weil diese die westlichen Alliierten in Deutschland vertraten. Auch dies läßt sich wohl nur so verstehen, daß er vor allem anderen die Westmächte erreichen wollte, diesmal jedoch mit einem großzügigen Angebot. Das Angebot hätte vermutlich Hitlers Zustimmung gefunden, da es darum ging »Blut gegen Blut« zu tauschen, um die Terminologie der Nationalsozialisten zu verwenden. Es ging um das Leben der noch in Ungarn verbliebenen Juden. Natürlich hätten die Alliierten einem solchen Tauschhandel niemals zugestimmt, besonders die Sowjets nicht, die nun die Herrschaft über Rumänien hatten. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß dieses Angebot jüdische Organisationen erreicht hat.

In diese Zeit (das genaue Datum ist unklar, vermutlich Ende Oktober oder Anfang November) fällt auch Himmlers Befehl, die Gaskammern in Auschwitz abzureißen. Becher nimmt den Anstoß für diese Maßnahme für sich in Anspruch, doch der wahre Grund wird wohl eher der Vormarsch der Roten Armee und die Furcht gewesen sein, daß diese Auschwitz überrollen und entdecken würden, was dort geschehen war.

Die Unterredungen an der Grenze wurden zunehmend gegenstandslos. Kettlitz wurde aus der Schweiz ausgewiesen und hat Becher, wie bereits erwähnt, am 27. November 1944 davon in Kenntnis gesetzt, daß er kein Geld von Mayer bekommen werde. Diese Nachricht veranlaßte Becher, ein Ultimatum zu setzen, das am 2. Dezember ablaufen sollte (ursprünglich am 24. November): Wenn keine Lösegelder zur Verfügung gestellt würden, werde den Juden Schlimmes widerfahren, und die Budapester Juden sollten die ersten sein, die es zu spüren bekämen. Trümpy, der durch seine Beziehungen zu den Nationalso-

zialisten davon erfahren hatte, unterrichtete den Schweizer Bundespräsidenten Eduard von Steiger. Die nationalsozialistischen Unterhändler trafen mit Rubinfeld, dem Vertreter Sternbuchs, zusammen, der ihnen mitzuteilen hatte, seine Organisation verfüge nur über eine Million Schweizer Franken. Er sagte jedoch zu, daß er mehr beschaffen könne. Am 1. Dezember, bei seinem ersten Gespräch mit Kasztner, das ohne Zeugen stattfand, sprach Mayer noch einmal ganz offen zu ihm: Möglicherweise könnte er vier Millionen Schweizer Franken zusammenbringen (vermutlich zum größten Teil aus Spenden Schweizer Juden), doch würde er damit gegen die Anweisungen der Schweizer und der Amerikaner verstoßen. Aber die Summe, die die Nationalsozialisten verlangten, war sowieso sehr viel höher. Und eine solche Summe hatte er einfach nicht zur Verfügung. Voller Verzweiflung wollte er den ihm übertragenen Auftrag zurückgeben.

An dieser Stelle wird Kasztners Durchsetzungsvermögen deutlich: Er brachte Mayer dazu, nicht aufzugeben. Kettlitz und Erich Krell, einen weiteren NS-Offizier, konnte er dazu überreden, Becher durch ein Telegramm mitzuteilen, daß fünf Millionen Schweizer Franken bereitgestellt seien. Grund der aufgetretenen Schwierigkeiten sei nur der Umstand, daß die Insassen des Transports nach Bergen-Belsen noch immer gefangengehalten würden. Becher antwortete am 4. Dezember, daß den Juden aus Budapest kein Leid geschehen werde, bestand jedoch gleichzeitig auf der Zahlung des restlichen Betrags, den man ihm versprochen hatte – fünfzehn Millionen Schweizer Franken. In der Nacht zum 6. Dezember 1944 passierten die übrigen 1368 Juden aus Kasztners Zug die Schweizer Grenze.[22]

Nun wandte sich Mayer an Schwartz, der sich gerade in der Schweiz aufhielt, und bat das Joint Distribution Committee direkt um die fünf Millionen US Dollar, die er einerseits den Nationalsozialisten vorweisen mußte, mit denen er andererseits die Hilfsmaßnahmen des Internationalen Roten Kreuzes bezahlen wollte, wenn sein Plan gelang. Nach langen Verhandlungen – die Gesamteinkünfte des Joint Distribution Committee beliefen sich 1944 auf fünfzehn Millionen US Dollar, die bereits fest verplant waren – stimmte Schwartz zu. Auch McClelland setzte

sich, auf Mayers Drängen, am 13. Dezember dafür ein, daß die fünf Millionen US Dollar vom War Refugee Board doch noch ausgezahlt würden. Nach langem Zögern und fast einen Monat später, am 7. Januar 1945, willigte das War Refugee Board schließlich ein, die fünf Millionen US Dollar des Joint Distribution Committees an Mayer zu überweisen. Diese Summe war nur zum Vorzeigen bestimmt und sollte in jedem Fall nur mit Zustimmung des War Refugee Boards verwendet werden. Schließlich schaltete sich Mayer in Verhandlungen ein, die seine Gegenspieler vom Jüdischen Weltkongreß mit dem Roten Kreuz in die Wege geleitet hatten, und erhielt vom Roten Kreuz die Zusage, man werde die Juden in den Konzentrationslagern mit Kleidung und Nahrung versorgen.[23]

Der Gedanke, das Rote Kreuz mit einzubeziehen, war auch Gegenstand der zweiten Unterredung zwischen Jean-Marie Musy und Himmler am 1. Januar 1945. Auch in diesem Fall war das Va'ad Hahatzalah bereit, Musy fünf Millionen Schweizer Franken zu geben, doch sollte das Rote Kreuz diesmal die deutsche Bevölkerung unterstützen, die unter dem Krieg gelitten hatte. Ganz offensichtlich war es auch hier wie in den gleichzeitigen Verhandlungen mit den Schweden Himmlers Hauptanliegen, mit den westlichen Alliierten Kontakt aufzunehmen. Sternbuch berichtete seiner Organisation am 17. Januar 1945, daß er 30000 Juden befreien könnte, wenn man ihm fünf Millionen (US Dollar, nicht Schweizer Franken) schicken würde. Musy, so erklärte Sternbuch, habe vereinbart, daß jeden Monat 1400 Juden freigelassen würden. Für jeden dieser Transporte sollten 25000 US Dollar gezahlt werden. Für den ersten Transport würde er die 250000 US Dollar verwenden, die er auf Schweizer Bankkonten stehen hätte. Das War Refugee Board schöpfte Verdacht: Handelte es sich hier um Lösegelder? McClelland antwortete am 28. Januar, Musy habe die Summe von 11000 US Dollar anscheinend privat von Sternbuch erhalten und einer anderen Person 2000 US Dollar abgepreßt. Auf Himmlers Anordnung waren zwei Brüder von Recha Sternbuch freigelassen worden. Am 15. Januar führte Musy eine weitere Unterredung mit Himmler. Dieser habe Musy gegenüber zugegeben, daß die Juden zu schwerer Arbeit herangezogen worden seien und dabei seien auch einige von ihnen ums

Leben gekommen. Doch nun würden sie aufgrund der gegenwärtigen Verhandlungen zu gewöhnlichen Arbeiten herangezogen.

Was die Amerikaner und die Briten mit den Juden vorhatten, war für Himmler, wie er für sich selbst notierte, bedeutungslos. Es sei klar, daß die Deutschen sie nicht im eigenen Land oder in den von ihnen besetzten Gebieten haben wollten. Wenn man die Juden in die Schweiz ausreisen ließe, müsse Deutschland die Garantie dafür erhalten, daß sie nicht nach Palästina weiterreisen dürften. Denn, so Himmler, »... zu einer solchen Unanständigkeit, diesem armen, von den Juden gequälten Volk, neue Juden hinzuschicken«, gäben sich die Deutschen nicht her.[24] Am 21. Januar reiste Musy noch einmal nach Deutschland. Als Ergebnis der Verhandlungen, die er nun führte, konnten 1210 Juden aus Theresienstadt am 7. Februar 1944 in die Schweiz einreisen. Einen Tag zuvor waren Musy und Sternbuch mit McClelland zusammengetroffen und haben um dessen Zustimmung gebeten, eine Million US Dollar für die Befreiung aller in Deutschland verbliebenen Juden einzusetzen. Die Freilassung der Juden aus Theresienstadt sei ganz sicher ein Zeichen dafür, schrieb McClelland, daß Himmler um Kontakt zum Westen bemüht war.[25]

Musy überbrachte Himmlers Forderung, die Presse in der Schweiz und in Amerika solle positiv auf die »humanitäre« Geste vom 7. Februar reagieren. Gleichzeitig erteilte das War Refugee Board dem Joint Distribution Committee die Vollmacht, fast eine Million US Dollar an Sternbuch zu schicken. Doch wie bereits Mayer bei den fünf Millionen US Dollar, die er erhalten hatte, durfte auch Sternbuch über dies Geld nicht frei verfügen; die Zahlung von Lösegeldern blieb untersagt. Inzwischen waren Himmler sechs Millionen US Dollar zugesagt worden. Er sah sich nun in einem Dilemma. Am 18. Januar notierte er: »Wer ist derjenige, mit dem die amerikanische Regierung wirklich in Verbindung ist. Ist es ein Rabbiner-Jude, oder ist es die Jioint [*sic*]?«[26]

Die Flügelkämpfe innerhalb der SS wurden mit dem heranrückenden Ende des tausendjährigen Reichs immer heftiger und unübersichtlicher. Nach dem Krieg beschuldigten sich Schellenberg und Becher gegenseitig der Kollaboration mit dem radi-

kalen Flügel um Kaltenbrunner und Heinrich Müller. (Den gleichen Vorwurf erhoben Schellenberg und Musy gegen Mayer.) Das habe Hitler einen Anlaß gegeben, gegen die Freilassung weiterer Juden zu intervenieren. Dies ist nach dem Transport aus Theresienstadt im Februar geschehen, über den in der Schweizer Presse eingehend berichtet wurde. Trotz dieser Querelen ließ Himmler jeden seiner Untergebenen die eigene Linie weiterverfolgen. Noch immer hoffte er, daß einer dieser Wege zum angestrebten Ziel führen werde.[27] In den Verhandlungen am 1., 7. und 11. Februar verstärkte Becher seine Bemühungen, mehr Geld aus Mayer herauszupressen – tatsächliche Zahlungen, nicht nur Versprechungen –, um Himmler zu beweisen, daß er sich auf ihn und seine Beziehungen verlassen könnte. Mayer mühte sich noch immer, von den Nationalsozialisten die Zusicherung zu erhalten, daß man dem Roten Kreuz erlauben werde, die Insassen der Konzentrationslager – und nicht die deutsche Bevölkerung – mit Kleidung und Nahrungsmitteln zu versorgen. Am 11. Februar versprach er Becher, daß es zu einem zweiten Treffen zwischen ihm und McClelland kommen sollte. Doch die Ereignisse überstürzten sich nun, und es kam zu keinen weiteren Treffen.[28]

Die Interventionen neutraler Länder – hauptsächlich seitens der Schweiz und Schweden, aber auch von Spanien, Portugal und der Türkei – einerseits sowie des Vatikans und des Roten Kreuzes andererseits haben Anfang Juli 1944 maßgeblich zu einer Beendigung der Deportationen aus Ungarn beigetragen. Moshe Krausz, der Leiter des Palästina-Büros und ein erbitterter Gegner Kasztners, vertrat eine zweigleisige Strategie: Man solle sich an die Ungarn *und* an die neutralen Staaten und Organisationen wenden. Der erste Weg erwies sich als aussichtslos, wie wir gesehen haben. Die zweite Option gewann mit der Zeit immer mehr an Bedeutung. Das begann mit der Freundschaft, die sich zwischen Krausz und Charles Lutz, dem Schweizer Vizekonsul entwickelte. Lutz war vor dem Krieg als Vertreter der Schweiz in Tel Aviv gewesen war. Als Vizekonsul der Schweiz vertrat Lutz nun auch Großbritannien. Zu seinen Aufgaben gehörte also auch die Genehmigung von Einreisebewilligungen in das Mandatsgebiet.

Im Juli und August 1944 versuchte Lutz mit Unterstützung des Schweizer Botschafters Maximilian Jäger, die Ausreise einer großen Zahl von Juden zu ermöglichen. Seine Bemühungen gingen auf ein Angebot der Ungarn zurück. Diese wollten damit die anti-ungarische Stimmung, die in den westlichen Ländern nach den Berichten über die ungarischen Deportationen entstanden war, wieder positiv beeinflussen. Am 13. Juli konnte Krausz nach Istanbul berichten, daß die Ungarn bereit wären, *einige* Juden ausreisen zu lassen. Das Gleiche erfuhren die Schweizer und die Alliierten vom ungarischen *chargé d'affaires* in Bern am 17. Juli.[29] Nach Krausz' Angaben haben die Ungarn von 8234 Personen gesprochen, die im Besitz einer Einreisebewilligung nach Palästina seien, ferner von 1000 Kindern. Die Deutschen nannten eine Zahl von 7000 Personen, die Schweizer dagegen 7800 Familien. Es war auch noch von anderen Zahlen die Rede, die dazwischen lagen. Es sah so aus, als seien die Deutschen bereit, diese Menschen ausreisen zu lassen, vorausgesetzt, die verbleibenden konnten nach Auschwitz deportiert werden.

Krausz beschränkte sich mit seinen Kontaktaufnahmen nicht auf die Schweiz. Auch beim schwedischen Minister Carl I. Danielsson fand er ein offenes Ohr. Und Mitte Mai sandte er dem schwedischen Roten Kreuz ein Telegramm, in dem er bat, einen Mann wie Graf Folke Bernadotte, den Neffen des schwedischen Königs, zum Schutz der Juden und vor allem der jüdischen Kinder nach Budapest zu entsenden. Das Ergebnis war, daß Waldemar Langlet vom schwedischen Roten Kreuz am 11. Juni 1944 in Budapest eintraf, um die dortige Gesandtschaft zu verstärken. Nach einigen Verhandlungen zwischen dem War Refugee Board und der schwedischen Regierung, an denen auch das Joint Distribution Committee beteiligt war, wandte man sich an Raoul Wallenberg. Dieser erklärte sich damit einverstanden, zu einer Rettungsmission nach Budapest zu reisen. Dort traf er am 9. Juli ein, an genau dem Tag, an dem die Ungarn die Deportationen einstellten. So hatte er Zeit genug, sich mit dem Land und mit dessen Problemen sowie mit den beteiligten Personen vertraut zu machen. Es wurden Schulen für jüdische Kinder eingerichtet – in Übereinstimmung mit den Anordnungen der Regierung waren zehn

Prozent der dort unterrichteten Schulkinder christlich getauft. Die Schulen standen unter der Aufsicht von Langlet.

Im Sommer 1944 wurden auch mehr ausländische Schutzpässe bewilligt. Allein die Schweiz stellte 8700 solcher Dokumente aus, zusätzlich wurden 4500 schwedische, 2500 vatikanische, 1500 spanische und 700 portugiesische Schutzpässe an Budapester Juden ausgegeben. Der Zweck dieser Papiere war im wesentlichen die Genehmigung zur Einreise in die betreffenden Länder (im Fall des Vatikans stellten diese Papiere nur fest, daß der Inhaber unter dem Schutz der Budapester Nuntiatur stand). Rechtlich waren solche Papiere nicht wirklich bindend, und die ungarische Regierung erkannte sie offiziell auch nicht an.

Krausz eröffnete sein Büro im sogenannten Glashaus, einem Anbau der Schweizer Gesandtschaft, der vom jüdischen Eigentümer des Gebäudes, dem früher auch eine Glasbläserei gehört hatte, gestiftet worden war. Im August gründete das Internationale Rote Kreuz eine Abteilung, die unter der Leitung Otto Komolys gezielt den jüdischen Kindern helfen sollte. Durch diese Umstrukturierung konnte die *Vaada* nun den Großteil ihrer Aktionen ganz legal durchführen. Efra Teichmann (Agmon) vom Hashomer Hatzair übernahm den wirtschaftlichen Bereich und war in der Hauptsache für Verpflegung und Bekleidung zuständig. So verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen den Jugendgruppierungen und der *Vaada* beträchtlich. Im Glashaus wurden die Jugendorganisationen von Raffi Friedel (Benshalom), ihrem wichtigsten Führer, repräsentiert. Da er sich dort auf neutralem Schweizer Boden befand, stand die zionistische Jugend unter einem zusätzlichen Schutz.

Anfang Herbst 1944 wurde den Diplomaten neutraler Länder klar, daß die Deutschen nicht die geringste Absicht hatten, Juden aus Ungarn ausreisen zu lassen. Nachdem die Deportationen am 26. und 28. August verhindert werden konnten, lebten die Juden in besonders ausgewiesenen Häusern (2168 Gebäuden) unter den Bedingungen eines überfüllten Ghettos, doch ihre Lage hatte sich beträchtlich verbessert. Seit dem 24. August amtierte unter der Führung von General Geza Lakatos eine neue Regierung in Ungarn, die versuchte, ihr Bündnis mit den Deutschen aufzulösen und sich den Alliierten zu ergeben.

Die Ungarn sprachen mit den Deutschen zwar immer noch über die Deportation der Juden, jedoch nur zum Schein.

Im Herbst 1944 bekam es Horthy mehr und mehr mit der Angst zu tun. Rumänien hatte am 23. August die Front gewechselt, und die Deutschen mußten sich hinter die ungarische Grenze zurückziehen. Sowjetische Truppen marschierten in Ungarn ein, ohne daß die Deutschen in der Lage waren, sie aufzuhalten. Eine geheime Mission wurde nach Moskau entsandt, um über eine Kapitulation zu verhandeln. Horthy war entschlossen, es den Rumänen gleichzutun. Am 15. Oktober verkündete er im Radio, daß sich Ungarn von den Deutschen abwenden würde. Die Deutschen waren auf eine solche Entwicklung jedoch vorbereitet. In einer Reihe von blitzartig durchgeführten Aktionen nahmen sie Horthys Sohn als Geisel und zwangen Horthy, zurückzutreten und die Regierung Ferenc Szalasi, dem Führer der faschistischen Pfeilkreuzler, zu übertragen. Bei den Schießereien, die diesen Umsturz begleiteten, wurde Gerhard Clages getötet. Unmittelbare Folge dieser Konterrevolution war eine Schreckensherrschaft der Pfeilkreuzler. Bewaffnete Banden richteten ihre Angriffe in der Hauptsache gegen die Juden, die in der Stadt noch überlebt hatten, ungefähr 200000 an der Zahl. In den ersten Tagen wurden sechshundert von ihnen ermordet. Man trieb sie zu den Ufern der Donau und schoß auf sie, so daß sie tot oder verwundet in den Fluß stürzten.

Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Bande Szalasis erschien Eichmann wieder in Budapest. Er hatte den Auftrag, unter den Budapester Juden Zwangsarbeiter zu rekrutieren – 50000 sollten es sein. Doch gab es in Budapest nur wenige arbeitsfähige Männer. Die meisten von ihnen waren in die Arbeitsbataillone gezwungen worden. Mit Zustimmung der Regierung Szalasi nahm Eichmann statt dessen Frauen – sehr junge und auch ältere. Am 8. November begann der traurige Marsch zur österreichischen Grenze – die überwältigende Mehrheit mußte zu Fuß gehen. An der Grenze sollte Wisliceny sie in Empfang nehmen und den Pioniereinheiten zuteilen, die Befestigungsanlagen zur Verteidigung gegen die heranrückenden Russen errichteten. Auf dem Weg von Budapest nach Hegyesalom, der Stadt an der ungarisch-österreichischen

Grenze, kam es zu erschütternden Szenen. Die Menschen starben wie die Fliegen. Unerbittlich wurden sie von ungarischen Gendarmen und den Schlägertrupps der Pfeilkreuzler durch Kälte und Regen vorangetrieben. Man gab ihnen weder zu essen noch zu trinken, und oft mußten sie im Freien schlafen. Viele zogen sich auf dem Marsch schwere Krankheiten wie Typhus oder Lungenentzündung zu und starben. Andere wieder starben an Unterkühlung, oft nachdem sie die Grenze schon erreicht hatten.

Die Überlebenden sollten an der Grenze arbeiten, aber viele von ihnen waren dazu gar nicht mehr in der Lage. Am Ende wurden sie von den empörten deutschen Offizieren, die für den Bau der Befestigungsanlagen verantwortlich waren, einfach mit dem Zug zurückgeschickt. Die anderen mußten schwer arbeiten, und auch von ihnen kamen viele ums Leben. Die SS-Offiziere an der österreichischen Grenze protestierten gegen die Todesmärsche. Zu diesen gehörten auch Rudolf Höß, der frühere Lagerkommandant von Auschwitz, und Hans Jüttner, ein weiterer Massenmörder, den Kasztner nach dem Krieg schützen wollte, weil er gegen die Fortsetzung der Todesmärsche protestiert hatte. Die Offiziere hatten Befestigungsanlagen zu bauen. Dafür waren die erschöpften, halbtoten Frauen und älteren Menschen aus Budapest nicht einzusetzen.[30] Nach dem 18. November 1944 wurden immer weniger dieser Märsche durchgeführt, und am 27. November, nachdem Becher zusammen mit anderen in Budapest interveniert hatte, wurden sie schließlich ganz eingestellt. Bei dieser Intervention hat sich Becher auf die Autorität Himmlers berufen.[31]

Der Druck von seiten der neutralen Staaten hatte einen, wenn auch nur begrenzten Einfluß auf die Deportationen und Todesmärsche. Oft, wenn auch nicht immer, wurden Menschen mit Schutzpässen freigelassen, manche vor Abmarsch der Kolonnen, manche auch unterwegs, einige wenige sogar, nachdem sie an der Grenze angekommen waren. Die meisten, die sich an Raoul Wallenberg erinnerten, berichten von seinen heldenhaften Bemühungen, die Inhaber von schwedischen Schutzbriefen zu retten. In einigen Fällen gelang es ihm mit Täuschungsmanövern, auch andere Menschen aus den Kolonnen herauszuholen. Was Wallenberg von anderen Vertretern neutraler Staaten, ins-

besondere von Lutz unterscheidet, ist nicht die Zahl der Menschen, die er gerettet hat. Lutz hat sehr viel mehr Schutzpässe unterzeichnet und mehr Menschen gerettet als Wallenberg – im sogenannten Glashaus und in einigen anderen Einrichtungen, die unter dem Schutz der Schweizer standen, lebten allein schon 21 000 Menschen. Doch selten trat Lutz den Nationalsozialisten und ihren Verbündeten, den Pfeilkreuzlern, persönlich entgegen. Genau das aber tat Wallenberg. Er verschaffte sich Zugang zu einigen einflußreichen ungarischen Politikern und scheute auch die Konfrontation mit den nationalsozialistischen Offizieren nicht, die nicht wußten, wie sie mit ihm umgehen sollten. Er entwickelte sich zu einem vielbewunderten Menschenschmuggler, und Wahrheit und Fiktion vermischen sich in den Beschreibungen, die die jüdischen Überlebenden von ihm gaben. Doch ist sein Ruhm in Anbetracht seiner außergewöhnlichen Taten zweifellos gerechtfertigt.

Gemessen an der Zahl der geretteten Menschenleben und an der Effizienz ihrer Bemühungen waren die Rettungsaktionen der Schweizer sicherlich bedeutsamer. Sowohl die Rettungsaktionen der Schweiz und Schwedens, der beiden wichtigsten Länder in diesem Zusammenhang, als auch die vereinten Bemühungen der anderen neutralen Staaten, des Vatikans und des Internationalen Roten Kreuzes hingen von einem weiteren Faktor ab, der letztlich von entscheidender Bedeutung war: von den zionistischen Jugendorganisationen. Diese nutzten die Gelegenheiten, die sich durch Krausz und die neutralen Staaten boten.

Die einzelnen Gruppen wurden von Vertretern der verschiedenen Gruppierungen geführt. Es gab kein offizielles Komitee, doch die führenden Personen waren den Mitgliedern gut bekannt. Als sich die Nachricht von den Greueltaten der Pfeilkreuzler und den Todesmärschen verbreitete, organisierten die Jugendorganisationen Kinderheime, retteten in waghalsigen Aktionen Menschen vor der Verhaftung und verteilten eine Unmenge gefälschter Papiere. Nach einer realistischen Schätzung sind mindestens 100 000 solcher gefälschten Papiere hergestellt worden – und nicht nur Schutzpässe, sondern auch Lebensmittelcoupons, Militärpapiere für diejenigen, die sich als »Arier« tarnten, Meldebestätigungen, Arbeitspapiere und ähnliche

Dokumente. Zu den Verantwortlichen gehörten Männer wie Shraga Weil vom Hashomer Hatzair, später einer der bekanntesten israelischen Maler. In Budapest setzte er sein Talent zur überaus sorgfältigen Fälschung von Dokumenten ein. Die Produzenten gefälschter Dokumente belieferten auch die zahlenmäßig sehr schwache ungarische Untergrundbewegung.

Das Pfeilkreuzler-Regime wußte, daß die meisten Papiere sowohl erwachsener Juden wie jüdischer Kinder gefälscht waren. Gegen Ende November erklärte die Regierung, daß sie diese nicht länger anerkennen werde. Einmal wurden sogar Lutz und seine Frau von den Pfeilkreuzlern gezwungen, direkt an einem der Sammelplätze, an denen Juden für einen der Märsche zusammengetrieben wurden, die gefälschten Papiere zu identifizieren.

Die Jugendorganisationen agierten keinesfalls planlos. Im Januar 1944 hatte man bewußt beschlossen, keinen Aufstand zu organisieren wie in Warschau. Den führenden Mitgliedern war klar geworden, daß ein solcher Versuch fehlschlagen und auch keinen Menschen retten würde. Anders als in Polen war es in Ungarn möglich, nach dem 15. Oktober 1944 zu überleben. Die verschiedenen Gruppierungen taten alles, was in ihrer Macht stand, um Menschen zu retten. In der äußersten Gefahr scheuten sie sich auch nicht, ihre Waffen zu gebrauchen. Gefährdete, auch von den Pfeilkreuzlerbanden gesuchte Mitglieder versteckten sich in Bunkern und verteidigten sich notfalls mit Waffengewalt. Eine dieser Gruppen, die aus achtzehn Jugendlichen bestand, widersetzte sich am Hungaria Korut, einem Platz in Budapest, der Belagerung durch Pfeilkreuzler so lange, bis die letzten von ihnen mit Tränengas aus ihrem Versteck getrieben wurden. Ein Mitglied vom Hashomer Hatzair, Joszef (Joshko) Meir, nahm an Sabotageanschlägen teil und ließ Züge entgleisen. Doch neben den vielen Aktionen zur unmittelbaren Rettung von Menschen blieben die bewaffneten Anschläge und die wenigen Straßenkämpfe eher Randerscheinungen.

Am 13. November 1944 ordnete die Regierung Szalasi an, daß alle Juden in ein Ghetto im Zentrum der Stadt ziehen mußten. Die Umsiedlung war bis zum 2. Dezember weitgehend abgeschlossen, als sich der Belagerungsring der Russen immer enger um die Stadt zog. Das Ghetto konnte leicht zerstört wer-

den, und die neutralen Staaten und die Jugendorganisationen machten es sich zur Aufgabe, dies zu verhindern.

Die Mitglieder der Jugendorganisationen, besonders jene, die die Kinderheime beschützten, und die Mörderbanden der Pfeilkreuzler bekämpften sich in einem zermürbenden Krieg. Die zionistische Jugend hatte dreißig Kinderheime eingerichtet, die Gruppen hatten Verbindung zu weiteren zweiundsechzig Heimen, die von verschiedenen Organisationen und Vertretern neutraler Staaten geführt wurden. Viele dieser Heime wurden in Häusern eingerichtet, die früher der jüdischen Gemeinde gehört hatten. Eines der Häuser haben die Sozialdemokraten gestiftet, und Miklos Kertesz, ein führendes Parteimitglied, gehörte zur Leitung dieses Hauses, in dem 1500 Kinder lebten. Die meisten dieser Einrichtungen standen unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes, andere unter dem verschiedener Vertreter neutraler Staaten. Manche der Kinder wurden von ihren Eltern gebracht, doch da es gefährlich war, wenn ein Jude sich auf der Straße sehen ließ, haben sich Mitglieder der Jugendbewegung als Pfeilkreuzler verkleidet, die Kinder aufgegriffen – mit dem Einverständnis der Eltern, sofern diese noch am Leben waren – und sie in den neuen Einrichtungen in relative Sicherheit gebracht. Man versuchte, das Leben der Kinder so normal wie möglich zu gestalten, doch die Angst, der Mangel an Nahrungsmitteln, die Kälte und die immer größer werdende Gefahr machten dies schwierig.

Einen gewissen Schutz für die Häuser konnte es bedeuten, wenn dort Hoheitszeichen oder Fahnen neutraler Staaten gezeigt wurden. Doch es half nicht immer. Viele Kinder wurden ermordet, wenn die Jugendlichen oder die Lehrer, Schwestern und Mütter die Häuser mit ihren Mitteln nicht mehr gegen die Pfeilkreuzler verteidigen konnten. Abgesehen von der Aufgabe, die Ermordung der Kinder zu verhindern, gab es das ewige Problem, Nahrungsmittel, Medikamente und Kleidung, in jenem strengen Winter vor allem auch Brennholz und Kohlen zu besorgen. Dafür war Efra Teichmann verantwortlich, und mit seinem Einfallsreichtum vollbrachte er wahre Wunder. Es gelang ihm, ungarische Bauern, Lastwagenfahrer, Besitzer von Pferdekarren, Beamte und Polizisten zu überreden und zu bestechen, daß sie die Lebensmittel, die er beschafft hatte, in die hungernde

Stadt brachten, bevor sich der Ring der sowjetischen Belagerung schloß. Das Internationale Rote Kreuz, vertreten durch den Schweizer Delegierten Friedrich Born und Komoly übernahmen die Versorgung mit Medikamenten; doch auch dabei waren sie auf die Unterstützung der Jugendorganisationen angewiesen.[32]

Das Internationale Rote Kreuz konnte in Budapest einiges erreichen, und Friedrich Born nutzte seinen Einfluß zur Rettung von Juden. Er überredete Veesenmayer, Ausreisegenehmigungen für achttausend Juden zu erteilen – im Anschluß an das Angebot Horthys vom Juli. Und selbst wenn kein Jude ausreisen konnte, trug die öffentliche Erklärung des Pfeilkreuzler-Regimes vom 23. Oktober, daß man bereit sei, sich an diese Vereinbarung zu halten, mit dazu bei, die Mordlust unter den Faschisten etwas zu dämpfen.

Die neutralen Staaten protestierten gegen die Behandlung der Juden in diesen Terrortagen. Aber man wollte das faschistische Regime nicht anerkennen und konnte darum den formellen Protesten keinen Nachdruck verleihen. Nur Spanien bildete eine Ausnahme. Der spanische Botschafter war aus der Stadt geflohen, und an seiner Stelle hat Jorge (Georgio) Perlasca, ein Italiener, die Botschaft übernommen und dem Pfeilkreuzler-Regime vorgetäuscht, er sei der diplomatische Vertreter Spaniens. Er sorgte dafür, daß Juden im Botschaftsgebäude Zuflucht fanden. Auch ein Kinderheim stand bis zum Einmarsch der Russen unter dem Schutz der spanischen Flagge.

Andreas Biss beschreibt, wie Becher dazu beitrug, daß es Anfang Dezember, als sich der Ring um Budapest fast völlig geschlossen hatte, nicht zu einer Katastrophe kam. Die Juden hatten gehört, daß die Regierung Szalasi entschlossen sei, vor ihrer endgültigen Niederlage noch alle Juden in Budapest zu töten. Biss ging zu Becher und bat ihn zu intervenieren. Dieser jedoch antwortete, er müsse seinen Vorgesetzten etwas vorweisen, was eine solche Intervention rechtfertige. Becher verlangte also dreißig Lastkraftwagen. Es ging um ursprünglich deutsche Laster, die an die Slowakei geliefert worden waren. Becher verlangte von den Juden, sie sollten diese zurückkaufen und dann der SS, nicht der Wehrmacht, übergeben. Alois Steiger oder Steger, ein zwielichtiger Händler, wollte 700000 Schweizer Franken für

die Lieferung der Lastwagen. Etwa 188 000 Schweizer Franken konnte Biss aufbringen. Und er versprach im Namen des Joint Distribution Committee (das davon glücklicherweise keine Ahnung hatte), man würde Steiger den restlichen Betrag in der Schweiz beschaffen. Daraufhin sei, so berichtet Biss, Steiger zu Becher gegangen und habe ihm mitgeteilt, die Lastkraftwagen stünden bereit. Becher intervenierte am 9. Dezember 1944 bei den deutschen und ungarischen Behörden, und die Juden blieben am Leben.[33] Biss war, wie sein Bericht zeigt, zweifellos überzeugt davon, daß Becher tatsächlich interveniert hat, aber es gibt keinen Beweis dafür. Möglich ist es durchaus. Auch wissen wir nicht, ob Steiger für die Lastkraftwagen etwas gezahlt hat oder ob er und Becher gemeinsames Spiel gemacht haben, um noch mehr Schweizer Franken aus den Juden herauszupressen. Nach dem Krieg jedenfalls hat Steiger das Geld vom Joint Distribution Committee »zurückverlangt«. Es wurde ihm nicht gezahlt.

Becher verließ Budapest; Eichmann hatte sich bereits früher abgesetzt. Der Konflikt zwischen den beiden war offensichtlich geworden, und Becher behauptete nach dem Krieg, er habe sich bei Himmler über Eichmann beschwert. Himmler habe dann beide im Dezember zu einem Treffen in den Schwarzwald bestellt. Bei dieser Begegnung, so Becher, habe Himmler Eichmann angeschrien und Gehorsam verlangt. Als er Eichmann befohlen habe, Juden umzubringen, hätte dieser gehorcht. Und wenn er ihm jetzt befehle, ihr Kindermädchen zu werden, habe er genauso zu gehorchen.[34]

Pest wurde am 18. Januar 1944 befreit, Buda einen Monat später (am 13. Februar). Bis dahin waren vierzigtausend Juden auf die Todesmärsche zur österreichischen Grenze geschickt worden, zwischen zehn- und zwanzigtausend von ihnen waren umgekommen.

Das Bild, das wir damit von den Ereignissen in Budapest gezeichnet haben, weicht von den bisherigen Darstellungen ab. Da ist zunächst die zentrale Rolle der zionistischen Jugendorganisationen. Zwar hätten die Gruppen ohne die Unterstützung der neutralen Staaten nicht das erreichen können, was sie tatsächlich erreicht haben. Aber auch umgekehrt gilt, daß die Hilfe dieser Staaten ohne die jungen Zionisten bei weitem nicht so

effektiv gewesen wäre. Sie haben Zehntausenden von Menschen das Leben gerettet. Menschen wie Wallenberg haben große Opfer gebracht, um Juden zu retten – Wallenberg hat schließlich mit seinem Leben bezahlt. Er und andere werden als Helden und als »Gerechte unter den Völkern« geehrt. Man muß aber darauf hinweisen, daß es in Budapest nicht nur »Gerechte Christen« wie Wallenberg, Lutz, Born, Rotta (der päpstliche Nuntius) und Perlasca gab, sondern auch »Gerechte Juden«. Auch ihnen war nicht am Ruhm gelegen, so wenig wie ihren christlichen Mitstreitern, zu denen sie lebenslange Freundschaften entwickelten. Doch nach dem Krieg, als die Geschichten erzählt wurden, da hat man sie einfach vergessen. Schließlich hatten sie nur getan, was man von ihnen erwartet hatte: Juden zu retten. Und so verblaßte die Erinnerung an Raffi Benshalom, Zvi Goldfarb, Dov Weiss, Efra Teichmann, Moshe Pil (Alpan) und die anderen, die dann Bürger des Staates Israel wurden: Kibbutzniks, Industrielle, Arbeiter, Ingenieure oder wie Benshalom ein nicht berufsmäßiger Diplomat.

Die geschilderten Ereignisse verlangen nach einer weiteren Korrektur, zu der man sich nur schwer entschließen mag, weil Wallenberg, der selbstlose schwedische Bankier, wahrhaftig ein Held gewesen ist. Aber wäre er am Leben geblieben, dann wäre er vermutlich auch der erste gewesen, der die nach dem Krieg erzählten Geschichten zumindest in Teilen zurechtgerückt hätte. Insbesondere die Zahlen, die kolportiert wurden, hätte er korrigiert. Wenn er viereinhalbtausend Menschen mit seinen Schutzpässen das Leben gerettet und es der Jugendbewegung ermöglicht hat, ein paar tausend weitere Papiere zu fälschen, weshalb, so würde er gefragt haben, sollte man ihm das Verdienst zuschreiben, 100000 Juden gerettet zu haben, wie dies in einigen Darstellungen zu lesen steht? Gab es während des Holocaust so viele Menschen, die viereinhalbtausend Menschen gerettet haben? Neben Charles Lutz spielte er die zweite Geige – aber wenn man das zugibt, dann macht man sein Spiel damit nicht unbedeutender und nicht weniger schön.

Lutz und die Schweizer konnten die bereits erwähnten 21000 Juden retten, darüber hinaus 26000 Juden im Budapester Ghetto, die im Besitz von offiziellen oder gefälschten Papieren waren, und 10000 aus den Arbeitsbataillonen, die sich auf ver-

schiedene Weise Zugang zu den Papieren verschafft haben. Weitere 5000 Juden empfahlen die Schweizer an andere neutrale Gesandtschaften. Alles in allem gelang es ihnen also, 62 000 Menschen in Sicherheit zu bringen.[35]

Gegen Ende des Jahres 1944 hat Himmler sein Ziel, Kontakt zum Westen aufzunehmen und sich dabei auch der Hilfe von Juden zu bedienen, immer unverhohlener verfolgt. Anfang 1945 hat sich seine Position verschlechtert: Der Zusammenbruch des Reichs war unaufhaltsam, und er hatte nichts unternehmen können. Den jüdischen Verhandlungspartnern Kasztner, Mayer und Sternbuch war es gelungen, die Gegenseite geschickt zu täuschen und hinzuhalten, trotz der enormen Hindernisse, die ihnen die Alliierten und die Schweiz in den Weg legten. Sie konnten die meisten Budapester Juden retten. Sie hatten nichts tun können für all jene, die auf den schrecklichen Todesmärschen im November, bei den Exzessen der ungarischen Faschisten oder durch Hunger und Krankheit während der russischen Belagerung ums Leben kamen. Ihre Versuche, auch die Juden in den Konzentrationslagern zu retten, blieben ohne Erfolg. Bestand jetzt, in den wenigen Wochen vor dem Ende des Kriegs, in den letzten Tagen der nationalsozialistischen Herrschaft noch eine Chance, durch Verhandlungen mit den Mördern weitere Menschen zu retten?

13
Die letzten Monate

Am 23. Oktober 1944 – die Deutschen erwarteten eine sowjetische Großoffensive – wurde Kurt Becher zum Leiter des Evakuierungsstabs der nationalsozialistischen Besatzungsbehörden in Ungarn ernannt.[1] »Evakuierung« bedeutete das Abräumen von ungarischem Eigentum, und dafür war Becher verantwortlich. Unserer Quelle zufolge, dem Bericht von Gyula von Szilvay, dem damaligen Leiter des ungarischen Außenhandelsministeriums, wurden 25 000 Eisenbahnwaggons und Lastkraftwagen beladen. Das abtransportierte Eigentum hatte einen Wert von sechs Milliarden Schweizer Franken. Das meiste davon, auch das steht in jenem Bericht, war der Besitz ungarischer Juden.

Albert Tutvölgyi, der ungarische Beamte, der verantwortlich war für das herrenlos gemachte jüdische Eigentum, trat im März 1945 zurück, als er sah, wie die Nationalsozialisten alles beschlagnahmten. Szilvay schildert detailliert, wie ganze Fabriken und Lagerbestände durch eine Gesellschaft namens Omnipol nach Deutschland »evakuiert« wurden. Dieses Unternehmen hatte Becher für die SS gegründet. Über die Arbeitsweise berichten Agenten des Office of Strategic Services, die in der Schweiz operierten. Anfang März 1945 traf Thomas de Pechy, ein ungarischer Industrieller, mit einer Ladung von Waren in der Schweiz ein und wollte seine Produkte an Schweizer Kunden verkaufen. Auch Pechys Unternehmen war von Becher »evakuiert« worden. Doch hatte dieser die großzügige Genehmigung erteilt, Warenbestände in der Schweiz zu verkaufen, wenn ihn de Pechy mit fünfundzwanzig Prozent beteiligte. Dieser Schachzug Bechers zeugt nicht nur von dessen Gier, sondern auch von einiger Dummheit. Denn die Schweizer garantierten de Pechy, daß sie kein Geld an die Deutschen zahlen würden. Diesmal zog Becher den kürzeren.[2]

Becher hatte, ganz abgesehen von den evakuierten Gütern, noch ganz andere jüdische Schätze in seinen Besitz gebracht, aufgehäuft aus den Zahlungen der *Vaada* und aus Beschlagnah-

mungen, die er und seine Leute in Ungarn durchgeführt hatten, bevor sie Ende 1944 nach Österreich geflohen waren. Ein Gepäckstück übergab er Moshe Schweiger, den er, immer um die für ihn notwendige Entlastung bemüht, aus Mauthausen befreite. Ursprünglich waren es drei Koffer gewesen, gefüllt mit dem Geld, das er für die freie Fahrt des Kasztner-Zugs eingestrichen hatte. Die Schweiger anvertraute Tasche wurde dem amerikanischen Counterintelligence Corps (der Spionageabwehr der US-Army) am 30. Mai 1945 ausgehändigt. Aber am 24. Mai hatte die Unterabteilung B vom 215th Detachment des Counterintelligence Corps einen noch viel größeren Schatz entdeckt. Unter den Betten in jenem Haus, das Becher vor seiner Verhaftung durch die Amerikaner bewohnt hat, fanden sie 8,4 Kilogramm Gold, 1,99 Kilogramm Platin und diversen Schmuck. Und am 25. Juni haben Bechers andere Alibi-Juden, die er zum Beweis seiner Menschenfreundlichkeit mit nach Österreich genommen hatte, dem Counterintelligence Corps einen weiteren Schatz ausgehändigt, wiederum Gold, außerdem Aktiencoupons. All dies hätte sich, so sagten sie, in Bechers Besitz befunden.[3] Offenbar plante er größere Investitionen in Österreich, in die auch die anderen Sachwerte, die er aus Ungarn hat abschleppen können, eingeflossen wären. Selbst wenn Szilvays Zahlen übertrieben sind, ist es offenkundig, daß Becher an all den guten Taten, die er seinem Nachkriegszeugnis zufolge in Ungarn vollbracht haben will, auch ganz ordentlich verdient hat.[4]

Als die Rote Armee den Ring um Budapest langsam schloß, gab es unter den hoffnungslosen ungarischen Faschisten die Tendenz, an den Juden einen letzten Rachewahn auszutoben. Die neutralen Länder versuchten ihr Bestes, weitere Morde zu verhindern; sie handelten unter der Führung des päpstlichen Nuntius, der zusammen mit den Schweden und im Auftrag aller neutralen Gesandten der Szalasi-Regierung am 17. November eine scharf formulierte Note zukommen ließ. Die neutralen Staaten verlangten, daß ihre (freilich weitgehend gefälschten) Schutzpässe akzeptiert würden. Die Faschisten versuchten daraufhin, die Juden im Ghetto in zwei Gruppen zu spalten: in die von den neutralen Ländern Geschützten (einer Zählung zufolge dreiunddreißigtausend Menschen) und in die, denen ein solcher

Schutz nicht zuteil wurde (sechsundachtzigtausend Menschen). Das Ghetto wurde am 10. Dezember 1944 geschlossen. Eine ungeheure Zahl, möglicherweise hunderttausend Budapester Juden sind von den Pfeilkreuzlern zwischen dem 15. Oktober 1944 und der Befreiung Budapests getötet worden, darunter sind die Opfer der Todesmärsche ebenso wie die im gerade erwähnten Ghetto. Schon bevor die Sowjets ihren Belagerungsring schließen konnten, grassierte der Hunger. Auch Tausende von Ungarn litten darunter, doch hatten sie sich zumindest bis dahin von mehr oder weniger ausreichenden Rationen ernähren können und überhaupt leichteren Zugang zu Lebensmitteln gehabt als die eingesperrten Juden, die schon seit Monaten nur Hungerrationen bekamen. Tausende von Kindern starben, und bald auch Erwachsene. Pferde, Ratten, alles was nur irgendwie eßbar schien, wurde gegessen. Die Pfeilkreuzler-Banden ermordeten Juden, wo sie nur konnten. Auch Otto Komoly wurde, offenbar am 1. Januar 1945, Opfer dieses Terrors.[5]

Die Frage, der wir nachgehen müssen, ist, ob es in irgendeiner Weise mit den Verhandlungen zwischen Becher und Kasztner zu tun hat, daß die deutschen Streitkräfte die Juden in diesen Tagen in Ruhe ließen. Die Frage ist auch, ob Kasztners Behauptung, die Wehrmacht habe helfend eingegriffen, einer eingehenden Prüfung standhält. Eindeutig lassen sich diese Fragen nicht beantworten. Als Becher in Nürnberg von Offizieren der Alliierten verhört wurde, tauchte am 7. Juli 1947 Kasztner unerwartet für Becher auf, und in Anwesenheit eines Stenographen entwickelte sich eine geradezu surreale Diskussion zwischen den beiden. Becher konnte sich an keinerlei Einzelheiten aus den letzten Tagen in Budapest erinnern. Es war Kasztner, der ihn mehr oder weniger drängte, sich zu »erinnern«, daß er bei Himmler zugunsten der Juden interveniert hätte. Und damit sollte er bewirkt haben, daß die noch in Budapest befindlichen Deutschen die dort verbliebenen Juden geschützt hätten.[6] Dies soll sich im Januar ereignet haben. Becher hatte jeden Grund, etwas zur Rettung dieser Juden zu tun. Ob er es tatsächlich getan hat, wissen wir nicht.

Die letzten Kriegsmonate und das Schicksal der überlebenden Juden in den deutschen Lagern sind eng mit den Todesmärschen verbunden; diese sind bislang von Historikern kaum

untersucht worden. Prinzip der Nationalsozialisten, angeblich von Hitler verkündet, war, keinen der Feinde des Reiches lebend in die Hände der Alliierten fallen zu lassen. Und alle Insassen der Konzentrationslager galten als Feinde des Reiches.[7]

Lagerhäftlinge waren auch vorher schon zu schrecklichen Gewaltmärschen gezwungen worden. Die eigentlichen Massenevakuierungen der Konzentrationslager aber begannen mit den etwa achtundsechzigtausend Gefangenen, die am 18. Januar 1945 in Auschwitz losmarschieren mußten. Das Verfahren war in allen Lagern ähnlich. Die Lagerinsassen mußten in langen Kolonnen zu Fuß, quer durchs schrumpfende Reich marschieren, manchmal wurden sie auf offene Eisenbahnwagen geladen, sie bekamen weder Lebensmittel noch Wasser und wurden in endlosen Fahrten durch die Landschaft gekarrt. Angeblich sollten sie in Lager gebracht werden, die noch nicht durch alliierte Truppen »bedroht« waren. Wenn man sieht, wie die marschierenden Menschen behandelt wurden, kann das tatsächliche Ziel aber nur darin bestanden haben, daß man nur mit sehr wenigen Überlebenden am Bestimmungsort ankam. In den Zeugenaussagen fast aller, die diese Todesmärsche überlebt haben, nehmen diese eine zentrale Stelle ein: meist zwischen zwanzig und dreißig Prozent der Berichte. Die Märsche waren – falls das möglich ist – schlimmer als die Lager, und entsprechend haben die Überlebenden ihre Erinnerungen gewichtet.

Die Märsche fanden zwischen Januar und Mai 1945 statt, als die Alliierten die absolute Lufthoheit errungen hatten und keine Küchenschabe sich hätte bewegen können, ohne daß sie von einem alliierten Flugzeug gesehen worden wäre. Es ist sehr merkwürdig, daß die Märsche in den Unterlagen der Geheimdienste und Regierungen der Alliierten nur äußerst selten erwähnt wurden und absolut nichts geschah, um sie zu unterbinden – man hätte ja nur die Lokomotiven zerstören müssen. Oder man hätte die Fallschirmjäger, die hinter den feindlichen Linien abgesetzt wurden, um mit kriegsgefangenen alliierten Soldaten in Verbindung zu treten, mit Sabotageakten beauftragen können. Manchmal wurden Kriegsgefangene zusammen mit den Lagerhäftlingen in den Marschkolonnen vorangetrieben. Allerdings erhielten Kriegsgefangene ein bestimmtes Minimum an Lebensmitteln, und sie wurden auch nicht auf offener Straße ermordet.

Man muß davon ausgehen, daß die alliierten Kommandeure von den Märschen wußten und daß sie dennoch nichts dagegen unternahmen. Die jüdischen Organisationen dagegen hatten allenfalls eine vage Ahnung von dieser ungeheuren Tragödie. In diesen letzten Kriegsmonaten waren alle Nachrichtenverbindungen abgerissen, und zu Informationen, die die alliierten Nachrichtendienste sammelten, hatten die Juden keinen Zugang.[8] Niemand half den mehreren hunderttausend Menschen, die zum Marschieren gezwungen wurden, auch die Unterhändler mit Himmler nicht. Mindestens sechzig Prozent dieser Menschen kamen ums Leben.[9]

Die letzte Phase von Himmlers Versuchen, doch noch Verhandlungen mit den westlichen Alliierten zustande zu bringen, hing mit den Aktionen der schwedischen Regierung zusammen, die etwa sechshundert norwegische Studenten retten wollte. Die Studenten waren 1942/43 nach Deutschland verschleppt worden; insgesamt befanden sich etwa sechstausend Norweger in Konzentrationslagern, außerdem noch sechzehnhundert dänische Polizisten, die das gleiche Schicksal ereilt hatte. Die Schweden handelten hier zweifellos aus skandinavischer Solidarität, es war ein Versprechen zukünftig freundschaftlicher Verhältnisse zwischen Schweden und seinen Nachbarn.

Erstmals haben die Schweden am 1. Dezember 1943 interveniert. Die schwedische Botschaft in Berlin forderte das Auswärtige Amt auf, dafür zu sorgen, daß die Deutschen die Norweger im besetzten Norwegen anders behandelten. Die deutsche Reaktion war scharf und unnachgiebig: Die Schweden, so erklärte Ribbentrops Amt, nachdem man sich bei einem wütenden Hitler rückversichert hatte, hätten kein Recht, im Namen von Norwegern zu intervenieren, die unter deutscher Herrschaft lebten.[10] Die Schweden ließen die Frage daraufhin zehn Monate ruhen, doch haben sie in dieser Zeit die Versendung von Lebensmittelpaketen und andere individuelle Hilfsmaßnahmen für inhaftierte Skandinavier aktiv unterstützt.

Am 7. September 1944 wandten sie sich erneut ans Auswärtige Amt. Nach den deutschen Niederlagen im Osten und der Befreiung von Frankreich und Belgien im Westen hatte sich die Lage völlig gewandelt. Nun waren die Schweden in der Lage, den Deutschen anzudrohen, die Ablehnung ihrer humanitären

Ersuchen werde die schwedisch-deutschen Beziehungen gefährden. Die Schweden engagierten sich vor allem für erkrankte norwegische und dänische Häftlinge. Auch sie sollten nach Schweden geschickt werden; die anderen sollten entweder nach Schweden oder in ihre Heimatländer zurückkehren dürfen. Die Deutschen antworteten, man werde von weiteren Deportationen von Norwegen nach Deutschland absehen, wenn diese Abmachung geheim bleibe. Im November 1944 gestatteten sie erkrankten norwegischen Studenten die Heimkehr. Am 30. November machten die Norweger über ihre Botschaft in Stockholm den Vorschlag, eine Rettungsmannschaft des schwedischen Roten Kreuzes solle nach dem erwarteten deutschen Zusammenbruch skandinavische Häftlinge in Deutschland in Empfang nehmen. Diese Mannschaft könne von Graf Folke Bernadotte, dem stellvertretenden Vorsitzenden des schwedischen Roten Kreuzes und einem Verwandten des Königs Gustaf V., geleitet werden. Die Schweden zogen es jedoch vor, die begonnenen Gespräche mit dem Auswärtigen Amt fortzusetzen. Sie hatten bereits zu Erfolgen geführt, außerdem schien der deutsche Zusammenbruch unvermeidlich, wenn er auch noch nicht unmittelbar bevorstand – der schwedische Militärattaché erwartete Mitte Dezember, daß die Deutschen ihre Frontlinien noch für eine Weile halten könnten. Ein paar Wochen später, mit der letzten deutschen Offensive im Westen, der Ardennenoffensive, wurde seine Analyse bestätigt.

Die Deutschen wurden zugänglicher, aber nicht allein wegen ihrer verzweifelten militärischen Lage. Im Herbst 1944 haben die Schweden alle Schiffahrtsverbindungen nach Deutschland unterbrochen, für schwedische wie für deutsche Schiffe, und die Deutschen fürchteten eine militärische Intervention der Schweden, besonders nachdem Finnland am 19. September 1944 mit der Sowjetunion einen Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet hatte.

Gegen Ende 1944 begannen die Schweden, sich in ihren Bemühungen für die Skandinavier in Deutschland auf Himmler zu konzentrieren, wahrscheinlich wegen der zunehmenden Ineffizienz des Auswärtigen Amtes; dessen Machtverlust vergrößerte Himmlers Einfluß. Es hatte schon früher Kontakte zwischen Schweden und der SS gegeben – vermittelt durch Himmlers

Masseur Kersten. Auch diesmal suchte die schwedische Regierung Kerstens Vermittlung und durch ihn ließ sie Himmler das Ersuchen bezüglich der Internierten zukommen. Auf diesem Kontakt aufbauend, traf sich Arvid Richert, der schwedische Botschafter in Deutschland, am 15. November mit Schellenberg. Dieser erklärte, die schwedischen Wünsche seien weitgehend zu erfüllen, solange dies nicht publik gemacht werde. Die Kontakte mußten vor Kaltenbrunner und Hitler geheimgehalten werden.

Die Schweden kannten Himmlers zögernde Versuche, ein Klima zu schaffen, in dem Friedensverhandlungen mit dem Westen möglich würden.[11] Zu diesen Vorstößen gehörte auch, daß Jakob Wallenberg, der schwedische Bankier und ein Verwandter Raoul Wallenbergs, von seinen deutschen Freunden gefragt wurde, ob vorstellbar sei, daß Himmler einen Frieden mit den westlichen Alliierten aushandeln könne. Wallenberg verneinte, doch hat dies Himmler (falls er davon gewußt hat) ganz sicher nicht abgeschreckt. Richert war über diese Versuche am 27. November durch einen Brief seines Außenministeriums informiert worden. Die Schweden waren – ganz ähnlich wie Dogwood in Istanbul – der Ansicht, daß die Alliierten ein Gesprächsinteresse zumindest vorgeben sollten, weil solche Gespräche Himmler zum Versuch veranlassen könnten, Hitler die Macht aus den Händen zu reißen. Unmittelbare Folge dieser Interventionen war jedenfalls, daß fünfzig Norweger, fünfzig Dänen und die drei restlichen Schweden aus Warschau im Dezember nach Schweden ausreisen durften.

Die russische Offensive Mitte Januar 1945 schuf eine völlig neue militärische Lage. Das westliche Polen wurde befreit, und die Sowjets eroberten die östlichsten Gebiete Deutschlands. Von Süden her stießen die Russen die Oder entlang nach Norden vor, waren also nicht mehr weit von Berlin entfernt. Die Arbeit der schwedischen Botschaft wurde durch die beständigen Luftangriffe auf die deutsche Hauptstadt und wegen der zunehmenden Desorganisation immer schwieriger. So unternahm die Botschaft keine weiteren Schritte, und auch die SS versuchte nicht noch einmal, Gespräche zu initiieren.

Am 7. Februar 1945 übergab Niels C. Ditleff, der norwegische Botschafter in Stockholm, der schwedischen Regierung

eine weitere Note, mit der er auf den Vorschlag zurückkam, eine schwedische Rettungsmannschaft nach Deutschland zu schicken. Was die schwedische Regierung zum Handeln brachte, war eine Meldung im *Svenska Dagbladet.* Dort war am 9. Februar zu lesen, es sei dem Schweizer Musy gelungen, 1200 Juden aus Theresienstadt zu befreien. (Eben dieser Artikel hatte Hitlers Zorn erregt und ihn veranlaßt, jede weitere Befreiung von Juden zu verbieten.) Als Ditleff diese Nachricht erhalten hatte, wandte er sich an den schwedischen Außenminister Christen Günther und wiederholte seine Bitte. Günther antwortete unverzüglich: Schweden werde Bernadotte nach Deutschland senden. Am gleichen Abend wurde Richert gebeten, herauszufinden, ob Himmler Bernadotte zu einem Gespräch über Internierte aus den skandinavischen Ländern empfangen würde. Die Schweden mobilisierten auch ihre Kontakte zu Kersten, der im Dezember mehrmals mit Himmler über die Frage dieser Häftlinge gesprochen hatte. Kersten war es auch, der auf Günthers Wunsch Himmler Bernadottes Besuch telefonisch ankündigte. Aber die Schweden gingen noch einen Schritt weiter: Richert wurde am 10. Februar angewiesen, den Deutschen mitzuteilen, Schweden sei bereit, alle Juden aus Konzentrationslagern, besonders die aus Theresienstadt und Bergen-Belsen, aufzunehmen.[12] (Wir kommen darauf gleich zurück.) Am 16. Februar traf Bernadotte in Deutschland ein.

Bernadotte sprach in Deutschland nicht nur mit Himmler, sondern auch mit Ribbentrop, Kaltenbrunner und Schellenberg; die Schweden wollten nicht Gefahr laufen, daß interne Querelen ihre Ziele gefährdeten. Himmler erklärte die Bereitschaft, die Skandinavier im Lager Neuengamme in Hamburg zu konzentrieren und Mütter mit Kindern, alte Menschen und Kranke freizulassen. Bernadotte plante, zwei Wochen später erneut nach Deutschland zu reisen. Aber schon beim ersten Besuch wird Himmler, davon können wir ganz sicher ausgehen, daran gedacht haben, über Bernadotte Kontakte zum Westen herzustellen. Und wenn dies der Fall war, dann kann ihn der Dankesbrief, den er über Schellenberg vom schwedischen König erhielt, in seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit nur bestärkt haben.

Bernadottes Rettungsaktion fand unter dem Banner des

schwedischen Roten Kreuzes statt; tatsächlich organisiert wurde sie aber vom schwedischen Staat und der Armee. Der schwedische Graf besuchte Berlin zum zweiten Mal zwischen dem 6. und dem 8. März 1945. Bei diesem Besuch intervenierte er auch für die internierten skandinavischen Juden, die mit den Dänen und Norwegern nach Neuengamme gebracht werden sollten. Wie Bernadotte wurde auch Kersten von den Schweden gebeten, nach Berlin zu fahren, um Himmler zur Einhaltung der Zusagen zu mahnen.

Das schwedische Rettungsunternehmen wurde äußerst rasch organisiert. Bereits am 13. März 1945 warteten fünfundsiebzig Fahrzeuge und zweihundertfünfzig Männer in der Nähe von Hamburg. Sie waren bereit, die Skandinavier zu evakuieren, und hofften, daß die Alliierten, die über die Mission informiert waren, sie nicht aus der Luft angreifen würden. Bis April waren alle Skandinavier nach Neuengamme transportiert worden.[13] Aber die schwedische Regierung war damit nicht zufrieden. Sie wollte die skandinavischen Internierten nach Schweden transportieren, den Auftrag von Bernadottes Mission erweitern, der sich nun auch für Nicht-Skandinavier einsetzen und, falls dies seine Hauptaufgabe nicht gefährden würde, auch einige Juden nach Schweden bringen sollte. Bernadotte sollte fordern, daß seine Mission *allen* Insassen von Neuengamme, nicht nur den Dänen und Norwegern, Hilfe bringen müsse. Insbesondere sollte er verlangen, daß fünfundzwanzigtausend französische Frauen in ein Lager gebracht und dort, sei es in Neuengamme oder anderswo, unter den Schutz des schwedischen Gesandten gestellt würden.

Dieser Versuch Schwedens, Juden zu retten, war nicht der erste – die Botschaft in Berlin hatte das Auswärtige Amt bereits im Februar aufgefordert, Juden freizulassen, die in Theresienstadt, Bergen-Belsen und anderswo festgehalten würden, und Schwedens Bereitschaft bekundet, diese Menschen in Schweden aufzunehmen. Noch entscheidender war vielleicht, daß die schwedische Regierung sich an den päpstlichen Nuntius und die Schweizer gewandt und diese aufgefordert hatte, eine gemeinsame Demarche an die Deutschen zu richten. Die Deutschen sollten dazu gedrängt werden, »keine Massaker an den Juden in den Konzentrationslagern zu verüben... Da weder der

Nuntius noch der Schweizer Minister mitmachen wollten, denkt die schwedische Regierung nun, daß es nutzlos« sei, damit fortzufahren.[14]

Wie wir gesehen haben, hat die schwedische Regierung auch in Ungarn sehr energisch eingegriffen. Der König hatte einen Brief an Horthy geschrieben; zwei Sonderbeauftragte, nämlich Waldemar Langlet und Raoul Wallenberg, waren dorthin gesandt worden, und die schwedische Botschaft hat in der ungarischen Hauptstadt seit dem Frühjahr 1944 Juden geschützt. Dazu hatte sich die schwedische Regierung zum Teil auch auf Drängen von Hillel Storch entschlossen, einem jüdischen Flüchtling aus Lettland, der ein Vertreter des Jüdischen Weltkongresses war (und zugleich der Gegenspieler von Rabbiner Marcus Ehrenpreis, dem Leiter der Jüdischen Gemeinde in Schweden, der ebenfalls im Namen des Weltkongresses auftrat). Storch hatte mit Edgar Klaus in Verbindung gestanden – jenem vielseitigen Menschen, der, ebenfalls ein lettischer Jude, Agent der Abwehr gewesen war und dann vom SD übernommen wurde. Klaus hat, anscheinend schon im Sommer 1944, Storch von der Absicht unterrichtet, die in Bergen-Belsen internierten Insassen aus dem Kasztner-Zug freizulassen. Am 8. Februar 1945 bat Klaus seinen Landsmann Storch, bei den Schweden zu sondieren, ob diese wirklich bereit seien, die jüdischen Häftlinge aufzunehmen. Storch erhielt am 11. Februar eine positive Antwort von der schwedischen Regierung. Diese hatte, was Storch aber nicht wußte, bereits einen Tag zuvor Richert angewiesen, den Nationalsozialisten direkt mitzuteilen, daß Schweden bereit war, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Am 19. Februar erfüllte Richert diesen Auftrag.

In Storchs Aktivitäten war ein weiterer Agent der Abwehr verwickelt, der inzwischen vermutlich für Schellenberg arbeitete: Werner G. Boening, ein Freund von Peter Bruno Kleist.[15] Auch hier sieht es so aus, als habe Schellenberg in seinem Bestreben, seinen Chef und Deutschland noch im letzten Augenblick zu retten,Verhandlungen über die Juden führen wollen. Als Beleg dafür können wir einen Brief ansehen, den Klaus am 25. Februar an Storch sandte. Darin heißt es: »... es ist zu bedauern, daß seitens jüdischer Kreise in der Schweiz ebenfalls Schritte unternommen wurden, wodurch nun eine Verzögerung

der Befreiung entstanden ist und die Mission Dr. Kleist's dadurch erschwert worden war.« Mit anderen Worten, die Auseinandersetzungen mit seinem SS-Kumpanen (und mit Mayer) führte Schellenberg über einen jüdischen Agenten, der auch noch mit einem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses verhandelte![16]

Die schwedische Regierung wurde in ihren Rettungsaktionen immer energischer und radikaler. Das hat sicher damit zu tun, daß die Schweden dänische Juden gerettet hatten, daß sie danach immer weiter in die Rettungsversuche für die ungarischen Juden verwickelt wurden und zunehmend bereit waren, auf jüdische Bitten einzugehen. Dieser Beistand war zweifellos auch das Resultat einer wirklich humanitären Einstellung, spiegelte zudem aber den Wunsch wider, sich die Gunst der Amerikaner zu erwerben, denen nach Auffassung der Schweden das Schicksal der Juden sehr am Herzen lag.

Ende Februar traf Kersten zum ersten Mal mit Storch zusammen. Dieser präsentierte einen Aktionsplan und bat Kersten, mit Himmler darüber zu sprechen, damit sich dieser Plan leichter realisieren ließe. Es wird nicht überraschen, daß die Ziele dieses Plans ganz ähnliche waren wie die von Mayer und Sternbuch. Gefordert wurden die Versorgung der Lager mit Lebensmitteln und Medikamenten, die Zusammenlegung von Juden in einer kleinen Zahl von Orten und der Transfer einer großen Zahl von ihnen in die Schweiz und nach Schweden. Schweden sollte zwischen fünf- und zehntausend Menschen aufnehmen.[17] Am 24. März schrieb Kersten an Storch und erklärte in Himmlers Namen, es könnten zehntausend Juden nach Schweden oder in die Schweiz transportiert werden. Storch wandte sich an die schwedische Regierung, die noch einmal versicherte, daß Schweden die Flüchtlinge tatsächlich aufnehmen werde, falls sie dorthin kämen. Himmler habe, so Kersten, Storch nach Deutschland eingeladen, um mit ihm zu verhandeln. In Wahrheit stammte diese Idee wohl von Kersten. An diese Note war ein Brief Himmlers an Kersten geheftet. Am 15. März 1944 hat Himmler aufgeschrieben, was er von nun an jedem Vertreter der jüdischen Sache sagen würde: Er habe die »Judenfrage« immer durch Auswanderung lösen wollen. Und jetzt erst habe er etwa 2700 Juden die Ausreise in die Schweiz

ermöglichen können. Der Wahnsinn des Krieges habe ihn daran gehindert, dies vorher zu tun.[18]

Am 2. April fand eine Unterredung zwischen Bernadotte und Himmler statt. Das Ergebnis war, daß nur skandinavische Frauen mit ihren Kindern nach Schweden gebracht werden konnten. Den französischen Frauen sollte gestattet werden, 15000 Pakete zu empfangen, ihre Befreiung wurde abgelehnt. Als sie Himmler verlassen hatten, bat Schellenberg Bernadotte in Himmlers Auftrag, er möge doch mit Eisenhower sprechen und für den Fall, daß sich die Situation mit Hitler ändere, einen Waffenstillstand vorbereiten. Bernadotte antwortete, er sei bereit, ein solches Gespräch zu führen, und nannte seine Bedingungen: Hitler müsse entmachtet, die NSDAP aufgelöst, die sich gegen die Alliierten formierende Partisanenbewegung im Keim erstickt und die skandinavischen Häftlinge müßten nach Schweden gebracht werden.[19]

Das nächste Treffen zwischen dem schwedischen Grafen und Himmler fand am 21. April 1945 statt. Himmler erklärte die Bereitschaft, nicht nur die Französinnen, sondern alle Frauen aus Ravensbrück zu befreien. Die Skandinavier aus dem Lager Neuengamme hatten die Deutschen selbst nach Dänemark transportiert, aber die Überfahrt nach Schweden würde ihnen nur gestattet, wenn Dänemark Kriegsschauplatz werden sollte. Dies, so schien es, war eine Anweisung von Hitler.

Diesem Gespräch zwischen Bernadotte und Himmler war ein anderes Treffen vorausgegangen, eine ganz unglaubliche Begegnung zwischen dem Chef der NS-Mörder und einem Juden, Norbert Masur. Er war schwedischer Bürger und Vertreter des Jüdischen Weltkongresses. Im Verlauf der Unterredung erklärte sich Himmler bereit, eintausend jüdische Frauen freizulassen. Einige Stunden später, im Gespräch mit Bernadotte, wollte er dann alle Frauen aus Ravensbrück befreien. Die praktischen Ergebnisse des Treffens mit Masur fielen sehr dürftig aus. Interessant jedoch sind die Erklärungen, die Himmler bei dieser Gelegenheit abgab; Masur und Kersten berichten mehr oder weniger identisch davon. Vielleicht können wir uns in diesem Fall mehr auf Masurs Version stützen.[20]

Die Juden, so erklärte Himmler, seien ein subversives und fremdes Element in Deutschland, die Drahtzieher hinter dem

Spartakistenaufstand von 1918/19. Aber dennoch habe er versucht, das Problem auf humane Weise durch Auswanderung zu lösen. Aus diesem Grund habe er mit jüdischen Organisationen aus den Vereinigten Staaten zusammengearbeitet. Doch die westlichen Länder hätten sich geweigert, die Juden aufzunehmen. Als Deutschland den Osten eroberte, sei man dort auf Massen proletarischer Juden gestoßen, die alle krank gewesen seien, hauptsächlich mit Typhus infiziert. Diese Menschenmassen habe man nicht hinter den deutschen Linien zurücklassen können. Er selbst habe Tausende von SS-Männern durch die kranken Juden verloren. Darüber hinaus hätten die Juden die Partisanen unterstützt und in den Ghettos auf deutsche Einheiten geschossen – eine Anspielung auf den Aufstand im Warschauer Ghetto. Man habe die Krematorien einrichten müssen, um die Leichen all derer zu verbrennen, die an den Epidemien gestorben waren. Und nun wollten die Alliierten »uns daraus einen Strick drehen«. Die Deutschen hätten keinen Krieg gegen Rußland gewollt, als sie aber entdeckt hätten, daß die Russen 20000 Panzer zusammengezogen hatten, hätten sie keine andere Wahl gehabt. Der Krieg sei sehr grausam gewesen, und wenn das jüdische Volk darunter gelitten hätte, dann habe es die deutsche Nation auch.

Die Konzentrationslager, behauptete Himmler, hätten die schlechte Presse wegen ihres Namens bekommen – man hätte sie »Umerziehungslager« nennen sollen. Nicht nur politische Gefangene und Juden seien dort eingesperrt worden, sondern auch kriminelle Elemente. Darum sei Deutschland nach 1941 praktisch frei von Verbrechen gewesen. Es sei streng zugegangen in diesen Lagern, aber auch gerecht. Theresienstadt, zum Beispiel, sei einfach eine Stadt gewesen, in der die dort konzentrierten Juden volle Autonomie gehabt hätten. Von SS-Männern in den Lagern verübte Vergehen seien bestraft worden.

Was die Juden im deutschen Herrschaftsgebiet betreffe, so seien 450000 in Budapest geblieben, um dort befreit zu werden, und 150000 in Auschwitz. Himmler beklagte sich, daß die Alliierten in Bergen-Belsen fotografiert hätten, wie man Angehörige des Wachpersonals an gerade gestorbene Häftlinge gefesselt habe. In Buchenwald hätten sie eine Krankenstation angezündet und dann Insassen fotografiert, die dabei verbrannt oder

verletzt worden seien. Aus all dem würden nun Schauergeschichten gemacht. Er, Himmler, habe nie ein Dankeswort dafür gehört, daß er den Alliierten diese Lager kampflos überlassen habe. Niemand sei derart zur Zielscheibe von Verleumdungen geworden wie er, Himmler.

Das einzig Interessante an dieser Sammlung dummdreister Lügen ist ihre überraschende Ähnlichkeit mit den »Argumenten«, die vierzig oder fünfzig Jahre später von denen verbreitet werden, die leugnen, daß es den Holocaust gab. Damals bereits begann die Leugnung der Massenvernichtung, eines der bösartigsten Produkte von Nazismus und Antisemitismus in den demokratischen Ländern der Nachkriegszeit. Noch in seinen letzten Tagen versuchte Himmler, das schlimmste und verbrecherischste Regime, das je das Gesicht der Erde entstellt hat, zu verteidigen. Offenbar wollte er dafür sorgen, daß die Bilder von Tod und Zerstörung, für die es stand, die Menschheit weiterhin vergiften sollten. Vielleicht hat er darum so gesprochen, als gelte es weiterhin, das Geheimnis des »Reichs«, den Massenmord an Millionen von Juden, zu bewahren. Aus den 150000 Juden, die, wie er behauptete, in Auschwitz zurückgelassen worden seien (tatsächlich fanden die Russen dort einige tausend kranke Menschen) und den 450000 Juden in Budapest (den Berichten zufolge haben etwa 144000 überlebt) wurden in der neonazistischen Legende die Millionen, die auf sowjetischem Boden oder in den sowjetisch besetzten Gebieten verschwunden seien.

Noch konnte es sich Himmler leisten, so mit einem Juden zu sprechen, der, wie er wohl erkannt haben wird, doch alle Nachrichten über das Dritte Reich bekommen hatte, die damals zur Verfügung standen. Noch hielt er das Schicksal der überlebenden Juden in der Hand, noch befanden sie sich im Griff seiner mörderischen Schergen. Daß er dem Vertreter des allmächtigen »Weltjudentums« weniger anbot, als er kurz darauf Bernadotte zusprach, kann eigentlich nur das Zeichen dafür sein, daß er sich vor dem »eigentlichen Feind« des Nazismus unverändert fürchtete und daß er ihn unverändert haßte: den Juden.

Am 22. April 1945, einen Tag nach dieser befremdlichen Unterredung, entschloß sich Hitler, in Berlin zu bleiben, das von sowjetischen Landstreitkräften angegriffen wurde. Auf

Himmler wirkte das, als wolle Hitler das deutsche Volk im Stich lassen. Darum sah er jetzt sich selbst berechtigt, alles zu tun, was er in seiner Macht stand, um Deutschland vor dem Chaos zu retten. Er glaubte, daß seine SS das einzige Element sei, das in Mitteleuropa einen geordneten Übergang in eine neue politische Wirklichkeit sicherstellen könnte, und er wollte den Engländern und Amerikanern ein Bündnis gegen den Kommunismus anbieten. In der Nacht vom 23. April 1945 erklärte er Bernadotte, dieser dürfe so viele Menschen mitnehmen, wie er könne, einschließlich der Skandinavier. Im Gegenzug erklärte sich Bernadotte bereit, die schwedische Regierung aufzufordern, ein Treffen zwischen Himmler und Eisenhower zu arrangieren, um die deutsche Kapitulation an der Westfront zu besprechen. Natürlich lehnten die Schweden und die Alliierten dies ab. Zwischenzeitlich arbeitete die schwedische Gesandtschaft mit Unterstützung der Dänen fieberhaft. Und es gelang den Schweden, insgesamt etwa einundzwanzigtausend Menschen in ihr Land zu schicken. Unter ihnen waren etwa sechseinhalbtausend Juden.[21] Am 8. Mai endete der Krieg mit der deutschen Kapitulation.

Nach dem Krieg entbrannte ein heftiger Streit zwischen Kersten und Bernadotte über die Frage, wer von ihnen die Befreiung von NS-Gefangenen, besonders von Juden, bewirkt habe. Kersten behauptete, daß Himmlers Befehl vom 3. März 1945, alle Lager den Alliierten zu übergeben und so ihre Zerstörung zu vermeiden, auf ihn zurückgehe. Der Jüdische Weltkongreß und eine Sonderkommission, die das niederländische Außenministerium einberufen hatte, akzeptierten Kerstens Behauptung.[22] Er behauptete ferner, dreiundsechzigtausend Juden gerettet zu haben. Und überhaupt habe vor allem er Himmler in den letzten Kriegstagen dazu bewogen, seine Politik zu ändern. Wir können solche Behauptungen wohl begründet anzweifeln. Doch müssen wir auch mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, daß Bernadotte zu Kerstens Rolle in den Verhandlungen geschwiegen hat. Kersten hatte einen mäßigenden Einfluß in Himmlers engstem Kreis, das steht fest. Sicher ist auch, daß Kerstens Bündnis mit Schellenberg vielen Menschen das Leben rettete und daß Kersten den Weg für Bernadottes Gespräche mit dem Chef der SS ebnete. Aber Kersten hätte Himmler nie-

mals zu seinem letzten, verzweifelten Versuch bringen können, mit dem Westen zu verhandeln; dies hätte nur Bernadotte gelingen können. Also wurden auch die Teilzugeständnisse, die aufeinanderfolgenden Konzessionen einem zögernden Himmler durch die Schweden abgerungen. Den Weg dazu aber hatte tatsächlich der finnisch-deutsche Masseur mit seinem kontinuierlichen Einfluß bereitet.

Während jener letzten hektischen Wochen vor dem endgültigen Zusammenbruch Deutschlands gab es eine ganze Zahl von Initiativen, die verhindern sollten, daß die Lagerinsassen und Zwangsarbeiter alle doch noch ums Leben kamen. Nur für diejenigen, die aus den Lagern heraus und auf die Todesmärsche getrieben worden waren, hat niemand etwas unternommen. Carl Jacob Burckhardt, damals Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, wollte ein Gespräch mit Himmler. Tatsächlich traf er sich zwischen dem 12. und 14. März mehrfach mit Kaltenbrunner. Auch er konnte einige der Konzessionen erreichen, die Himmler in bezug auf die Skandinavier Bernadotte zugestanden hatte: Mitarbeiter des Roten Kreuzes dürften mit gewissen Einschränkungen die Häftlinge mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgen; Frauen, Kinder und ältere Menschen würden ausgetauscht und vermutlich über die Schweiz herausgelassen und die Häftlinge fortan nach Nationalitäten zusammengelegt werden.[23]

Auch Kasztner und Becher waren in jenen letzten Wochen aktiv. Becher berichtet, Himmler habe am 5. April mit ihm über das Schicksal der von den alliierten Streitkräften »bedrohten« Lager gesprochen und ihn als »Reichskommissar für sämtliche KZ« (so Kasztner) für alle Lager verantwortlich machen wollen. Er sollte mit einer Inspektion von Bergen-Belsen anfangen. Becher will um Bedenkzeit gebeten haben; schließlich hätte er doch nie etwas mit Konzentrationslagern zu tun gehabt – seine Ausbildung in Dachau und Oranienburg waren anscheinend seinem mangelhaften Gedächtnis zum Opfer gefallen. Am Ende, wohl auch auf Drängen Kasztners, hat sich Becher am 14. April bereit erklärt, die Aufgabe zu übernehmen. Jedoch schon früher veranlaßte Becher den deutschen Kommandanten, das Lager Bergen-Belsen den heranrückenden Engländern zu übergeben. Dabei berief er sich auf Himmlers Anweisungen und

Autorität, und er ließ sich von Kasztner begleiten. Die kampflose Übergabe am 11. und 12. April hat wahrscheinlich das Leben vieler verbliebener Insassen gerettet. Viele von ihnen waren allerdings so krank und ausgehungert, daß sie die Befreiung nicht lange überlebt haben.[24]

Becher fuhr dann, mit Kasztner als ständigem Begleiter, nach Neuengamme. Dort wurden nicht nur Skandinavier oder Juden gefangengehalten. Gegenüber der Lagerleitung behauptete er, die Insassen sollten mit Himmlers Einverständnis im Lager bleiben und nicht auch auf einen Todesmarsch geschickt werden. Am 14. April wurde Becher dann von Himmler zum Kommissar ernannt, der die Übergabe der Lager in Flossenbürg, Dachau, Mauthausen und Theresienstadt regeln sollte. Nach einer Auseinandersetzung mit Hitler widerrief Himmler dieses Zugeständnis. Der Führer hatte erfahren, daß Buchenwald mit allen Insassen (tatsächlich war ein großer Teil der Häftlinge schon »evakuiert«, d. h. auf einen Todesmarsch verschleppt worden) an die Amerikaner übergeben worden sei. Das lief seinen Vorstellungen zuwider: Hitler wollte, daß kein Feind des Reichs den Alliierten lebendig überlassen werden sollte, und per Definition waren alle Lagerinsassen Reichsfeinde. Daraufhin habe sich Himmler, so berichtet Becher, das Recht einer endgültigen Entscheidung in jedem Einzelfall vorbehalten. Becher gelang es nicht, Flossenbürg an die Alliierten zu übergeben. Doch behauptet er, durch seine Intervention bei Kaltenbrunner den Massenmord der Insassen von Mauthausen in eigens dafür mit Sprengstoff präparierten Höhlen verhindert zu haben. Auch andere, besonders die Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes nehmen für sich in Anspruch, daß sie dieses Blutbad verhindert hätten. Auch in Dachau will Becher eingegriffen haben, aber für die Befreiung dieses Lagers haben die amerikanischen Soldaten mehr getan als der SS-Obersturmbannführer.[25] Außerdem will er die Genehmigung erhalten haben, vierhundert Juden aus Bratislava freizulassen. Kasztner sei am 31. März dorthin gefahren, aber zu spät gekommen. Er konnte gerade noch achtundzwanzig Personen retten (unter ihnen Weissmandel). Noch weitere zweiundzwanzig Menschen hat er aus Wien herausgeholt und mit der Hilfe von Krumey, Bechers SS-Kameraden, in die Schweiz gebracht.

Becher handelte in jenen Tagen wie ein überzeugter Nationalsozialist, der das Dritte Reich rings um sich einstürzen sah und versuchte, seine eigene Position dadurch zu sichern, daß er andere rettete. Seine wirkliche Einstellung und innere Überzeugung – falls wir bei Becher überhaupt von Überzeugungen reden können – sind einem Kommentar abzulesen, von dem Moshe Schweiger berichtet. Nachdem Becher Schweiger aus Mauthausen befreit habe, hätte jener, in einem Gespräch über Himmler, gesagt: »Wenn Sie den Reichsführer einmal persönlich kennengelernt haben, werden Sie sehen, was für ein wunderbarer Mensch er ist.«[27]

Eine der Hauptanschuldigungen, die in jenem Prozeß von 1954/55 in Israel gegen Kasztner vorgetragen wurden, war, daß er in Nürnberg ein Zeugnis zugunsten Bechers abgegeben habe, weil dieser Juden gerettet hätte. Mit Kasztners Zeugnis habe sich Becher der juristischen Verfolgung durch die Alliierten entziehen können. Kasztner hat dies positive Zeugnis abgelegt, als er wußte und dies bereits schriftlich festgehalten hatte, daß Becher Geld von Juden erpreßt hatte. Von der Vorgeschichte seines Nazi-Schutzherrn hat er allerdings nichts wissen können. Aber um zu verstehen, warum Kasztner einem SS-Offizier und hohen NS-Funktionär half, seiner gerechten Strafe zu entkommen, müssen wir diesen Fall in seinen Zusammenhang stellen. Kasztner hat nicht nur Becher, er hat auch anderen geholfen. Er war bereit, die Menschlichkeit des SS-Obergruppenführers Hans Jüttner zu bezeugen. Genauso half er auch Wisliceny, und er schrieb Briefe, die Krumey (datiert am 5. Februar 1947) und Kettlitz (datiert am 13. Oktober 1947) als Persilscheine dienten. Liest man diese Briefe, verfolgt man die Zeugenaussagen über Kasztner, dann entsteht das Bild eines ehrgeizigen und mutigen Mannes, der nicht verschweigen wollte, daß diese Menschen ihm geholfen hatten. Ohne Zweifel hat Becher in den letzten Kriegstagen zur Rettung von Menschen beigetragen. Und wenn er in dieser Zeit immer noch der loyale antisemitische und mordbereite Nationalsozialist und der verächtliche Erpresser war, dann ändert das an seiner Mithilfe bei der Rettung von Menschen nichts. Soweit es Kasztner betraf, hat Becher Leben gerettet, und nichts anderes hat Kasztner bezeugt. Bis 1954 muß er den katastrophalen Fehler, den er gemacht hatte, eingesehen

haben, und er versuchte, dies zu verbergen. Er log vergeblich. Er hatte einem Nationalsozialisten geholfen. Und genau dies vergiftete die Atmosphäre um Kasztners Person und führte schließlich zu seiner Ermordung.

Hitler beging Selbstmord. Deutschland kapitulierte, der Krieg in Europa war zu Ende. Himmler wollte von Dänemark, wo er zunächst geblieben war, nach Deutschland zurückgelangen. Als er versuchte, durch die britischen Linien zu kommen, wurde er erkannt. Am 23. Mai 1945 nahm auch er sich das Leben. Ungefähr 5,8 Millionen Juden sind in der Vernichtungsmaschinerie ermordet worden. Alle Versuche, sie zu retten, hatten nur zu sehr begrenzten und im Grunde unbedeutenden Erfolgen geführt. Das gilt auch für die Verhandlungen, die Gegenstand dieses Buches gewesen sind. Wie ich in der Einleitung sagte: Dies ist die Geschichte von etwas, das hätte sein können, und nicht von dem, was wurde. Aber hätten die Verhandlungen nicht doch gelingen können? Und warum konnten sie nicht gelingen?

Epilog

Die allgemein akzeptierte Interpretation des nationalsozialistischen Antisemitismus und der sich daraus entwickelnden antijüdischen Politik des Regimes hat sich auch in dieser Studie bestätigt. Und mit ihr auch die Politik der »Endlösung«. Die Entscheidung der nationalsozialistischen Eliten, alle Juden, wo immer man ihrer habhaft werden konnte, zu ermorden, wurde mit Gründlichkeit und aus Überzeugung verwirklicht. Dennoch hat es während des Krieges Ausnahmen gegeben: immer dann, wenn sich dadurch taktische Vorteile erzielen ließen, daß einige Juden am Leben blieben oder daß man andere in die freie Welt, in neutrale Länder entkommen ließ. Dazwischen sah man, wie bereits dargestellt, keinen inneren Widerspruch. Das eine, »die Endlösung«, war die strategische Stoßrichtung des nationalsozialistischen Denkens, das andere eine taktische, untergeordnete Möglichkeit. Die NS-Schergen gingen davon aus, daß sie den Krieg gewinnen würden und dann die »Judenfrage« durch totale Vernichtung endgültig »lösen« könnten. Auch die Juden, die man entkommen ließ, würden am Ende gefangen und getötet.

Zu einem späteren Zeitpunkt im Verlauf des Kriegs, als die Aussicht auf einen deutschen Sieg allmählich schwand, bekamen solche Überlegungen eine neue Bedeutung. Zum Hauptziel der Nationalsozialisten wurde nun, das nationalsozialistische Deutschland vor einem Patt oder einem noch schlimmeren Kriegsausgang zu retten. Sollte Deutschland den Krieg verlieren, dann hatten die Nazis keine Aussicht mehr, ihr Vorhaben zu verwirklichen, alle Juden der Welt zu vernichten. Um den Krieg schließlich noch zu gewinnen und damit zu verhindern, daß die Juden doch überlebten, waren taktische Rückzüge gerechtfertigt. Dafür und für die Gegenleistung kriegswichtiger Güter oder, besser noch, diplomatischer Kontakte mit dem Westen konnte man Juden freilassen. Das galt besonders, wenn solche Kontakte die Möglichkeit eröffneten, zu einem separaten Frieden zu kommen und darüber hinaus zu einer Kollaboration zwischen Deutschland und den westlichen Mächten in einem Krieg gegen die Sowjets. Und insofern widersprachen Himm-

lers tastende Schritte der »Endlösung« nicht, sondern waren gerade ein Mittel, um an diesem strategischen Ziel festzuhalten, als unter den veränderten Bedingungen der Krieg für die Deutschen schlecht auszugehen drohte.

Wir haben einen sehr wichtigen Aspekt der Massenvernichtung erörtert, der bislang weitgehend übersehen wurde: Die Politik der »Endlösung« stellte keinen vollständigen Bruch mit der Auswanderungs- und Austreibungspolitik dar, die ihr vorausging. Beide basierten auf dem gleichen Prinzip, das Hitler schon 1919 formuliert hatte: Es ging darum, die Juden allesamt zu *»entfernen«*. Vor dem Krieg entsprach Auswanderung den politischen Verhältnissen in Deutschland am besten. Als sich zeigte, daß dies nicht schnell oder vollständig genug zu bewerkstelligen war, sah man die Lösung in der Austreibung; vorzugsweise in eine unzivilisierte Gegend, in der keine wahrhaft nordischen Arier lebten: so etwa die Sowjetunion oder Madagaskar. Und als auch dies nicht funktionierte, dafür aber die Aussicht auf die Herrschaft über ganz Europa und dadurch die ganze Welt greifbar wurde, haben die Nationalsozialisten Ende 1940, Anfang 1941 die Mordpolitik entwickelt – auf der Basis der nationalsozialistischen Ideologie ein logischer Schritt. Alle diese Strategien hatten das gleiche Ziel: »Entfernung« der Juden. Als sich im Laufe des Krieges die Frage stellte, ob es ratsam sei, die Mordpolitik bis zum letzten Juden durchzuführen, und diese Frage stellte sich mit den ersten deutschen Niederlagen, waren die vorherigen Stufen von Auswanderung bzw. Austreibung im Gedächtnis der Nationalsozialisten noch stark genug, daß man sie je nach den Umständen wieder aufgreifen konnte. Also läßt sich in der Entwicklung der nationalsozialistischen Politik beides erkennen: Fortdauer *und* Bruch – die Beharrlichkeit der Vorstellung von Auswanderung und Austreibung *und* die Entscheidung, die Juden auszulöschen.

Warum sollte Himmler, der Chef des Mordapparats selbst, die Hauptrolle in diesen zögernden Verhandlungsversuchen spielen? Es lassen sich mehrere Gründe vorstellen. Himmler war ein überzeugter, ideologisch unbeirrbarer Nationalsozialist. Nichts wünschte er mehr als den endgültigen Sieg des Nationalsozialismus. Vor dem Krieg bedeutete dies, daß der jüdi-

sche Satan aus dem deutschen Staatskörper ausgetrieben werden mußte. Dazu waren, unter gegebenen Verhältnissen, Auswanderung und später Austreibung die wirksamsten Mittel. Im Verlauf des Krieges wurde die Position Deutschlands immer schwächer. Darum muß der Wunsch, durch die Vermittlung von Juden eine Annäherung an jene Mächte zu suchen, von denen man glaubte, sie seien von Juden beherrscht, für einen Nationalsozialisten wie Himmler immer stärker geworden sein – gerade wenn er den Nationalsozialismus retten wollte. Die Juden, so dachte Himmler, hatten die Macht in der Welt des Feindes; also lag es nahe, auf diesem Weg eine Annäherung zu suchen, selbst wenn man auch andere Wege zu gehen versuchte. In der Mittelperiode dagegen, während der Zeit der ersten nationalsozialistischen Siege, mußte man sich über Verhandlungen keinerlei Gedanken machen.

So können wir drei Phasen in Himmlers Haltungen und Strategien unterscheiden: die Vorkriegsphase, die Phase der Jahre 1940 bis 1942 und die Phase des deutschen Rückzugs, von Ende 1942 bis Mai 1945. In den ersten beiden Phasen stimmten Himmlers Ansichten und Handlungen perfekt mit denen seines Führers überein. In der letzten erkannte er die Gefahren, die dem Nationalsozialismus drohten, immer deutlicher und kam zu anderen Schlußfolgerungen als Hitler. Aus Angst vor dem Diktator, dem er Loyalität und Treue geschworen hatte, aber auch aus tiefer antisemitischer Überzeugung führte er die Mordpolitik nach Kräften weiter, zur gleichen Zeit aber versuchte er zögernd eine ganz andere politische Leitlinie für ein nationalsozialistisches Deutschland zu begründen, die auch eine vorläufige Aufhebung der Massenmorde bedeutet hätte. Aber Himmler hatte nicht nur Angst vor Hitler, er glaubte auch an ihn. Und so stürzte die Erkenntnis, daß die Politik seines Idols Deutschland in die Katastrophe führen würde, Himmler in einen unlösbaren inneren Konflikt.

Wie wir gesehen haben, hat Himmler sich vom Einfluß Hitlers nicht befreit, vielleicht konnte er dies gar nicht. Er war sich jedoch der Macht durchaus bewußt, über die er selbst verfügte. Seine Organisation war die einzige im Reich, die eine Kehrtwende der skizzierten Art wirkungsvoll hätte ausführen können. Das galt schon vor dem 20. Juli 1944 und ganz sicherlich

danach. Himmler brütete über der Entscheidung, ob er seine Macht nutzen sollte, und am Ende entschied er dagegen. Aber neben Hitler wäre Himmler der einzige gewesen, der den Kurs hätte verändern können, auf den sich das nationalsozialistische Deutschland begeben hatte.

Was war mit Hitler? Gab es auch für den Diktator Augenblicke, in denen er verschiedene Optionen gegeneinander aufwog? Wohl nicht. Solange wir nicht wirklich neue Quellen entdecken, können wir diese Frage nicht positiv beantworten.

Die Mittel, die Himmler einsetzte, um andere Optionen auszuprobieren, beruhten auf der Arbeit seiner Rivalen bei der Abwehr. Das Schicksal der Juden war, unter anderem, auch mit dem Versuch der konservativen Oppositionellen verknüpft, den Führer zu ermorden oder zu stürzen. Mit ihren Anstrengungen, den Westen zu erreichen und mitten im Krieg die Unterstützung des Westens für eine Veränderung des Regimes zu gewinnen, waren die führenden Offiziere der Abwehr wesentliches Element der Verschwörung. Wäre Hitler 1943 oder 1944 umgebracht worden, wären viele hunderttausend Juden, vielleicht sogar noch mehr gerettet worden: So zentral war die Rolle, die Hitler in der Massenvernichtungspolitik gespielt hat. Himmler war geneigt, die Opposition ihren Versuch wagen zu lassen, und hoffte im Falle ihres Erfolges die Macht übernehmen zu können. Und sollten sie scheitern, würde er sie vernichten. Wenn Himmler die Führung übernommen hätte und nicht die Generäle der Wehrmacht, wäre die Massenvernichtungspolitik dann fortgesetzt worden? Ich sehe keinen Weg, diese hypothetische Frage zu beantworten.

Wir konnten zeigen, wie aufmerksam Himmler die Bestrebungen der Abwehr, einen Dialog mit dem Westen aufzubauen, beobachtete. Dazu verfolgte er einerseits die Schritte von Aristokraten, die aus der Zeit vor dem Krieg noch Verbindungen zum Westen hatten, wie etwa Adam von Trott zu Solz, Gisevius, von Moltke und weniger hochgestellte Personen. Andererseits nutzte er Kontakte auf einer niederen Ebene, vermittelt hauptsächlich durch Juden, für die Klaus, Laufer und Grosz typisch waren. Die wichtigsten Orte für den Aufbau solcher Kontakte waren Bern, Stockholm und Istanbul. Ende 1943 war Himmlers SS dank einer Person wie des Nachrichtendienstlei-

ters Schellenberg so weit, daß sie die Abwehr der Wehrmacht zerschlagen, ihre Verbindungen übernehmen und im Endeffekt fortführen konnte, was die Wehrmachtoffiziere versucht hatten: den Boden für einen separaten Frieden mit dem Westen vorzubereiten. Die SS-Männer taten dies in der Hoffnung, daß entweder Hitler irgendwie von der Bildfläche verschwinden oder, falls er doch überleben sollte, die Notwendigkeit eines separaten Friedens für NS-Deutschland selbst einsehen würde. Vielleicht hat Himmler an einen historischen Präzedenzfall gedacht, den er sich für seine Zwecke zurechtgelegt hatte: Auch Friedrich II. wurde 1762/63 im letzten Augenblick gerettet, als ihn die Meinungsverschiedenheiten zwischen seinen Feinden, die durch den Tod der russischen Kaiserin aufgebrochen waren, vor der absoluten Niederlage bewahrten.

Die Abwehr scheiterte im Februar 1944 an den Überläufern in Istanbul. Und als die Abwehr aufgelöst war, standen Himmler Kontakte nurmehr auf einer niederen Ebene zur Verfügung. Die Männer aus dem aristokratischen Untergrund arbeiteten nicht mit ihm zusammen; und er konnte auch nicht mit ihnen zusammenarbeiten, denn damit hätte er gezeigt, daß er an der Verschwörung gegen den Führer teilhatte. Nach dem 20. Juli mußten die Verschwörer mit ihrem Leben büßen. So blieben Himmler nur Klaus, Laufer und Grosz: zwielichtige Figuren aus der Unterwelt, die Himmlers Stereotyp vom Juden vollkommen glichen. Durch ihre Vermittlung versuchten nun Schellenberg und Himmler, die westlichen Mächte zu erreichen. Sie waren bereit, einen Preis zu zahlen, wenn und sobald solche Kontakte zu Ergebnissen führten. Und hier stellt sich die entscheidende Frage, wie hoch dieser Preis tatsächlich gewesen wäre.

Wenn wir dies beantworten wollen, müssen wir uns vor Augen führen, daß Himmler als äußerst vorsichtiger und umsichtiger Mörder alles in seiner Macht Stehende tat, um sich zu schützen: vor Hitler, vor dessen kompromißlosen Anhängern wie Bormann, Kaltenbrunner und Gestapo-Müller, vor Ribbentrop und einigen anderen. Sein Hauptstreich war es, im Dezember 1942 Hitlers Zustimmung erwirkt zu haben, Juden gegen harte Währung zu verkaufen, also für einen greifbaren Vorteil für das Dritte Reich. Was er Becher in Salzburg im

Juli 1944 sagte, ist in dieser Hinsicht bezeichnend: Wir werden sehen, welche unserer Versprechen wir auch halten. Die Antwort darauf hing ab vom Druck, dem er ausgesetzt war, und von den Vorteilen, die das Reich und der Nationalsozialismus von einem eingelösten Versprechen haben würden. Die tatsächlich eingeräumten Zugeständnisse lassen ahnen, wie viel weiter er vielleicht, unter anderen Umständen, noch gegangen wäre. Er hat den Kasztner-Zug fahren lassen. Er hat angeordnet, die Vorbereitungen zur Deportation der Budapester Juden nach Auschwitz einzustellen. Die Befreiung der ungarischen Industriellenfamilie Weiss können wir in diesem Zusammenhang außer acht lassen, denn hier waren die Gründe rein ökonomische. Obwohl auch dies Beispiel zeigt, daß die »Endlösung« wohl in der allgemeinen Konzeption, nicht aber in ihrer taktischen Tagesgestaltung »end-gültig« war. Auch Himmlers Bereitschaft, einige der Lager kurz vor dem Zusammenbruch westlichen Mächten kampflos zu überlassen, brauchen wir nicht zu betrachten: hier spürte er bereits das Messer an der Kehle. Dennoch, die Schlußfolgerung bleibt bestehen: Ja, Himmler war bereit, einen in jüdischen Leben gemessenen Preis zu zahlen. Der Preis sollte so niedrig sein wie möglich, er hing aber ab vom Gegengebot. Der Reichsführer SS hätte offenbar eine ganze Menge jüdische Leben, vielleicht tausend, vielleicht zehntausend oder gar hunderttausende dafür gegeben, dem Überleben des Nationalsozialismus zu dienen.[1]

Aber die Juden waren gar nicht in der Lage, Himmler das einzubringen, was er haben wollte. Das konnte nur der Westen tun. Der Westen kämpfte nicht nur um politische Interessen, sondern auch für eine demokratische Welt. Der Sieg des Westens sollte dem Versuch von Nationalsozialismus und Faschismus ein Ende setzen, den Globus in eine Hölle zu verwandeln. Roosevelt und Churchill und mit ihnen die Menschen, die sie vertraten, glaubten zweifellos an diese Aufgabe. Zu ihr gehörte auch der Leitgedanke der Befreiung und Unterstützung all der Nationen, die unter den Stiefeln des Nationalsozialismus zertrampelt wurden. Den Sowjets lagen solche Überlegungen völlig fern, denn ihr ideologisches und politisches Projekt war ein anderes. Aber die westlichen Alliierten trafen einige Schlüsselentscheidungen, die es dem Westen völlig unmöglich machten,

dem Werben Himmlers nachzugeben, selbst wenn ein solches Nachgeben das eigentliche Ziel – den vollständigen Sieg über Deutschland – nicht gefährdet hätte.

Die entscheidende Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen das Dritte Reich war die tragende Säule in der Strategie der Alliierten. Die Wehrmacht wurde in Rußland besiegt: durch die Rote Armee – daran kann es kaum Zweifel geben. Der D-Day, die Landung in der Normandie am 6. Juni 1944, trug zwar zum schließlichen Zusammenbruch Deutschlands bei, war aber nicht der entscheidende Faktor. Ohne die Sowjets, ohne ihr unermeßliches Leiden und ihre unbeschreibliche Tapferkeit, hätte der Krieg vielleicht noch Jahre gedauert, vielleicht hätte er ohne sie gar nicht gewonnen werden können. Die Verantwortlichen im Westen wußten das. Niemals hätten sie ihre delikaten Beziehungen zu ihren sowjetischen Verbündeten durch Verhandlungen mit dem obersten Mörder des NS-Regimes gefährdet. Und ganz bestimmt nicht durch Verhandlungen über Juden, diese problematische und unbeliebte Minderheit. In Casablanca im Februar 1943 haben sich die Alliierten festgelegt: Hier wurde die Forderung der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen verkündet. Es ging nicht mehr um Kapitulation allein im Westen. Gemeint war die bedingungslose Kapitulation gegenüber allen Alliierten. Daraus folgte, daß über etwas anderes als Kapitulation nicht mehr zu verhandeln war. Nicht über Lösegeldzahlungen, nicht über den Austausch von Menschen (abgesehen von den streng militärischen Austauschregelungen nach den Konventionen des Roten Kreuzes).

Im Januar 1944 trafen die Stabschefs der westlichen Alliierten eine Entscheidung, und sie trafen sie nicht im Hinblick auf die Juden und ihre Rettung. Sie einigten sich darauf, keine militärischen Mittel für nicht-militärische Zwecke wie die Rettung oder Unterstützung von Zivilpersonen einzusetzen. Jede Bitte, jede Forderung der Juden, die alliierte Luftwaffe oder andere militärische Einheiten einzusetzen, um die Nationalsozialisten an der Fortführung ihrer Mordkampagnen zu hindern, mußte von da an auf Einwände der Militärs treffen. Ihre Aufgabe, so hatte man ihnen erklärt, lag nun darin, alle anderen Erwägungen zu ignorieren und sich einzig und allein auf den Sieg zu konzentrieren. Die Politiker artikulierten dieses Prinzip des

»Alles für den Sieg« immer wieder: Allein der Sieg der Alliierten konnte die Juden und auch andere Opfer der Nationalsozialisten retten. Bis zu diesem Sieg war jede andere Politik sinnlos, denn sie würde nur und unnötigerweise die NS-Herrschaft über Europa verlängern.

Darin aber, in dieser Haltung der Alliierten, lag ein immanenter Widerspruch: Sie kämpften ja auch dafür, die Zivilbevölkerung in Europa von der NS-Herrschaft zu befreien. Als Konsequenz daraus hätten Rettungspläne, wenn sie notwendige Kriegshandlungen nicht blockierten, Priorität bekommen sollen. Man hätte dem »Alles für den Sieg« nicht zuwidergehandelt, wenn man sich auf Verhandlungen eingelassen hätte, um Zeit zu gewinnen; wenn man das Rote Kreuz gedrängt hätte, zugunsten der KZ-Insassen einzugreifen, und dann auch die Mittel bereitgestellt hätte, um dies wirksam tun zu können; wenn man den neutralen Ländern schon in einem frühen Stadium zugesagt hätte, daß alle Flüchtlinge, die über ihre Grenzen kamen, den jeweiligen Nationalwirtschaften nicht zur Last fallen würden. Hätte man Eisenbahnen oder Vergasungsanlagen bombardiert, hätte man jüdische Untergrundkämpfer im gleichen Ausmaß wie nicht-jüdische Partisanen unterstützt: all das hätte die erfolgreiche Kriegführung nicht behindert. Auch wenn man Flugblätter abgeworfen hätte, auf denen die Bombardierungen als Vergeltungsmaßnahme dafür erklärt worden wären, daß die Nationalsozialisten Zivilisten, und vor allem die Juden, ermordeten, hätte man den Krieg kaum verlängert. In ihrer Weigerung, den Juden zu helfen, sind die Alliierten viel weiter gegangen, als dies ihre offizielle, aber in sich widersprüchliche Politik verlangt hätte. Sie haben ihren eigenen Kriegszielen zuwidergehandelt und sich damit für immer einen dunklen Punkt in ihrer Geschichte eingehandelt.

Wir haben schon dargestellt, daß es einen sehr fundamentalen Grund für diese Haltung der Alliierten gab, der selbst bei den führenden Politikern und Militärs wirksam war, die wie etwa Churchill mit den Juden und ihren Nöten sympathisierten. Die Alliierten haben die anti-jüdische Politik der Nationalsozialisten nie richtig verstanden. Nationalsozialistische Schriften und Propaganda haben sie nie wörtlich genommen. Sie dachten, der Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung sei

ein Instrument, die Macht zu erringen und an der Macht zu bleiben, und erkannten nicht, daß der Antisemitismus für die Nationalsozialisten kein Werkzeug, sondern Ziel war. Daher entstand so etwas wie eine verzerrte Kommunikation. Die Nationalsozialisten betrachteten die Juden als ihre Hauptfeinde, als die Feinde, die hinter all den anderen Feinden standen und diese beherrschten. Die Alliierten erkannten nicht, vielleicht konnten sie dies auch gar nicht erkennen, daß diese völlig phantasmagorische Verteufelung einer macht- und hilflosen Minderheit, ihre Aufblähung zur weltweit wirksamen Verschwörung und Gefahr, von den Nationalsozialisten selbst tatsächlich ernst genommen wurde. Für die Alliierten waren die Juden nur ein Ärgernis, und für die Engländer darüber hinaus noch eine Bedrohung ihrer imperialen Interessen in Palästina und im Nahen Osten. Die Geschichte rächte sich: Die Engländer haben nicht nur Palästina, sondern auch ihr Imperium verloren. Das wäre auf jeden Fall geschehen, doch hat der Krieg diesen Prozeß zweifellos beschleunigt.

Wir müssen daraus schließen, daß die Alliierten auch gar keine größere Zahl von Juden aufgenommen hätten, wenn Himmler dies angeboten hätte. Und für Juden, die sie eigentlich nicht haben wollten, hätten sie auch nicht gezahlt und schon gar nicht einem Himmler Zugeständnisse gemacht. Sie hätten nichts dagegen eingewendet, wenn das Internationale Rote Kreuz die Juden in den Lagern geschützt hätte, aber von sich aus hätten sie das Rote Kreuz zu solchen Hilfeleistungen nicht animiert. Vielleicht spielte auch die Befürchtung eine Rolle, daß die Sorge des Roten Kreuzes für die Juden dessen Aufmerksamkeit vom Schicksal der alliierten Kriegsgefangenen abgelenkt hätte. Das Rote Kreuz selbst war eine vorsichtige, ängstliche Organisation, die sich nur auf äußeren Druck hin neuen Aufgaben zuwandte, etwa dem Schutz von Zivilisten in den Lagern der Nationalsozialisten.

Der Historiker Shlomo Aronson hat in einem Buch, das zur gleichen Zeit wie dieses geschrieben wurde, das Bild einer vielfachen Falle benutzt, um die Situation der Juden im Zweiten Weltkrieg zu beschreiben. Der Ausdruck erscheint mir sehr brauchbar zu sein: Die Juden waren tatsächlich gefangen zwischen dem Widerwillen der Alliierten, ihnen zu helfen, der Ent-

schlossenheit der Nationalsozialisten, sie zu ermorden, und ihrer eigenen Machtlosigkeit. Letztere war das entscheidende Element. Jeder, der heute die Schriftstücke, die von den offiziellen Stellen der westlichen Alliierten über Juden produziert wurden, liest, kommt unausweichlich zu der Schlußfolgerung, daß die Juden in den Augen der Alliierten bestenfalls ein klägliches Ärgernis waren. Einzelne Juden hatten in der Führungsriege der Alliierten Positionen von einiger Wichtigkeit inne. Diese Einzelpersonen lehnten es ab, sich mit der Tragödie des jüdischen Volkes zu identifizieren, und sie waren keine Hilfe – von einigen Ausnahmen wie etwa dem US-Finanzminister Henry Morgenthau Jr. abgesehen. Die Juden in den Vereinigten Staaten konnten kaum gegen Roosevelt opponieren, denn er war einer der führenden Männer im Krieg gegen die Feinde der Juden. Die jüdische Führung in Palästina konnte die Engländer nicht wirksam angreifen, denn die Engländer verteidigten Palästina gegen eine Besetzung durch die Nationalsozialisten. Irgun Tzvai Leumi, die rechtsgerichtete zionistische Oppositionsgruppe, erklärte im Januar 1944 den Engländern den Krieg – und kämpfte damit im Endeffekt an der Seite der Nationalsozialisten gegen eine der Mächte, die den schlimmsten Feind bekämpften, den die Juden je gehabt hatten. Der Krieg des Irgun war sicher auch ein Ausdruck der jüdischen Verzweiflung angesichts der mangelnden Unterstützung, die die Alliierten den Juden in Europa gewährten. Und er war ein Symptom der jüdischen Machtlosigkeit.

Die Falle, in der sich die jüdische Führung in der freien Welt befand, zeigt sich unter anderem auch in der Unmöglichkeit, direkte Verhandlungen mit den Deutschen aufzunehmen, wenn die Alliierten entschlossen waren, solche Verhandlungen nicht zu gestatten. Verschiedene Kritiker haben behauptet, die Juden hätten die Deutschen nichtsdestotrotz ansprechen sollen. Wie wir gesehen haben, hat die jüdische Führungsriege diese Möglichkeit gelegentlich erörtert, aber es gab zwei entscheidende Argumente dagegen. Erstens: Selbst wenn sie einen Mann wie Menachem Bader zu den Nationalsozialisten geschickt hätten, er hätte diesen gar nichts anbieten können. Die Juden hatten weder Güter noch diplomatischen Einfluß bei den Alliierten. Und zweitens hätte eine einzige solche Handlung die letzte

Chance verdorben, daß die Alliierten doch noch versuchen würden, den Juden zu helfen, wie es das War Refugee Board schließlich auch tat.

Das massive soziale Trauma, unter dem das jüdische Volk seit dem Krieg leidet, ist dadurch nicht gemildert geworden, daß die Juden erkennen mußten, wie wenig die Alliierten getan hatten, um die Juden vor den Nationalsozialisten zu retten. Angesichts der Vernichtung der europäischen Juden und der offenbaren Passivität der Alliierten haben viele Juden in Selbstmitleid gebadet und übertriebene Vorwürfe gegen die Alliierten oder die Nicht-Juden überhaupt erhoben. Aber schließlich haben die Alliierten doch die überlebenden europäischen Juden gerettet und die völlige Auslöschung des jüdischen Volkes verhindert. Und gelegentlich haben sie auch geholfen. Das War Refugee Board versuchte sein Bestes – zwar sehr spät, aber es versuchte zu helfen. Die neutralen Länder, einschließlich des Vatikans, griffen in Ungarn sehr energisch ein. Amerikanische Behörden halfen Tausenden von Juden, die nach Spanien und Portugal gelangt waren. Öffentliche Deklarationen wurden gegen den NS-Mord an den Juden gerichtet. Widerwillig ließen die britischen Behörden Tausende von Juden dann doch auch nach Palästina einwandern. Unter den Ländern des Holocaust gaben Dänemark, Bulgarien und Italien ein Beispiel für Nationen, die sich weigerten, mit den Nationalsozialisten bei der Vernichtung ihrer Juden zusammenzuarbeiten. Die überwältigende Mehrheit von Norwegern, Holländern, Belgiern, Franzosen und Serben taten das gleiche. Minderheiten in den anderen Ländern taten, was sie konnten, um zu helfen, und mußten dafür selbst große Opfer bringen. Nicht jeder handelte gegen die Juden.

Das jüdische Volk wendete seinen Zorn und seine Enttäuschung schließlich auch gegen sich selbst. Seit dem Holocaust ist eine große, immer noch wachsende Zahl von Büchern und Artikeln mit bitteren Anklagen gegen die damalige jüdische Führung erschienen: Die hier Verantwortlichen hätten es versäumt, Menschen zu retten; sie hätten mit dem Feind verhandelt; sie hätten den feindseligen Alliierten alles recht machen wollen. Die Nationalsozialisten haben die Juden ermordet, das weiß jeder. Die Alliierten taten wenig, um zu helfen. Aber wer

war *tatsächlich* verantwortlich? In »guter« jüdischer Tradition haben viele jüdische Historiker, Autoren, Schriftsteller und Journalisten Männer wie Chaim Weizmann, Stephen Wise, David Ben-Gurion, Nahum Goldmann, Yitzhak Grünbaum, Moshe Shertok und viele andere Juden getadelt, die versuchten, ihre Brüder und Schwestern zu retten. Man hat sie verantwortlich gemacht, weil sie gescheitert sind. Eine derart selbstmörderische Neigung in der Geschichtsschreibung ist typisch für eine frustrierte Öffentlichkeit, die sich weigert, sich ihre grundsätzliche Hilflosigkeit angesichts übermächtiger Gewalt einzugestehen. Diese Tendenz ist besonders kraß, weil sich die Situation mit der Gründung des Staates Israel verändert hat: Heute verfügt paradoxerweise eine viel kleinere Zahl von Juden über viel mehr Macht. Nicht über viel Macht, aber doch über die Macht, die einer kleinen Nation oder einem kleinen Volk zusteht. Warum ist Joel Brand gescheitert? Man kann den Ratschlag fast hören, daß die israelische Luftwaffe ihn hinter den deutschen Linien hätte absetzen sollen. Derart anachronistisch sind Lösungen, die vorgeschlagen werden, wenn es um die Frage geht, wie Millionen von Menschen vor einem unversöhnlichen und mörderischen Feind hätten gerettet werden können.

Aber die Rettung *wurde* versucht. Vor dem Krieg bestand die Rettung in der Auswanderung von Juden aus dem Einflußbereich der Deutschen, so daß nationalsozialistische und jüdische Interessen auf seltsame Weise zusammenfielen. Die Nationalsozialisten wollten die Juden vertreiben; die Juden wollten Juden retten. Nicht vor der Massenvernichtung, von der sie nichts ahnen konnten, sondern vor einem feindlichen Regime. Während des Krieges, als Rettung durch Widerstand oder durch Flucht keine realistische Option mehr war, schien der einzige Ausweg in Verhandlungen mit den Mördern zu bestehen. Himmlers Besorgnis um die Zukunft des Reichs führte ihn, wie wir gesehen haben, auf den gleichen Weg.

Die einzelnen Juden, die die Tür zu Verhandlungen öffneten, gingen für sich und für die Gemeinschaft enorme Risiken ein. Aber dennoch müssen wir zum Schluß sagen, daß sie das Richtige taten und den einzigen Weg beschritten, auf dem, wenn überhaupt, Menschenleben gerettet werden konnten. Entgegen aller Logik wurden einige Leben gerettet. Nach dem

Krieg wurden die Unterhändler, die überlebt haben, verunglimpft, angeklagt, angegriffen, wenn nicht gar ermordet; und ebenso erging es den Anführern, die mehr oder weniger verstanden, was die Unterhändler zu vollbringen hofften, und diese darin unterstützt haben. Die einzige Ausnahme war Weissmandel, eine Schlüsselfigur bei diesen Verhandlungsversuchen. Aber er wurde nicht verunglimpft, weil er in der Verurteilung der »etablierten« Führung mit den Anklägern gemeinsame Sache machte. Es ist, so könnten wir daraus schließen, eine undankbare Aufgabe, bei Juden eine führende Rolle und Verantwortung zu übernehmen.

Die jüdischen Helden waren keine strahlenden Ritter auf weißen Rossen. Weissmandel war ein Fanatiker, ein ultraorthodoxer Gegner des Zionismus. Brand war ein Abenteurer, ein Trinker und eine Person, die es mit der Wahrheit nicht immer so genau nahm. Kasztner war ein ehrgeiziger, anmaßender und autoritärer Mann, und er muß sich vorwerfen lassen, Nationalsozialisten vor der Nachkriegsjustiz gerettet zu haben, um seinen Sinn von Ehre und Macht zu befriedigen. Biss verschrieb sich der gleichen kläglichen Mission, den Ruf von Kurt Becher, einem Nationalsozialisten und Erpresser aus Menschenfreundlichkeit, zu retten. Mayer war ein pedantischer Philanthrop – und so weiter. Aber Helden waren sie alle. Ihre Versuche, Juden zu retten, verlangten Selbstaufopferung, enormen Mut und Hingabe. Das jüdische Volk errichtete ihnen keine Denkmäler, auch kein Platz wurde nach ihnen benannt, und in keinem Geschichtsbuch werden sie als Vorbilder für die nächste Generation dargestellt. Aber sie hätten eine solche Anerkennung verdient: Gisi Fleischmann, Michael Dov Weissmandel, Andrej Steiner, Oskar Neumann, Otto Komoly, Reszö Kasztner, Andreas Biss, Joel und Hansi Brand innerhalb des Machtbereichs der Nationalsozialisten; Saly Mayer, Isaac und Rachel (Recha) Sternbuch, Menachem Bader, Wenja Pomeranz, Joseph Schwartz und jener faszinierende Mensch Alfred Schwarz, genannt »Dogwood«, außerhalb des Dritten Reichs. Sie und ebenso die führenden Mitglieder der zionistischen Jugendbewegung in der Slowakei und in Ungarn, Rafi Friedel (Benshalom), Moshe Pil (Alpan), Efra Teichmann (Agmon), Zvi und Neska Goldfarb, Peretz Revesz und alle anderen. All diese Helden

mochten einander überhaupt nicht. Kasztner verachtete Mayer, Mayer hielt Kasztner für einen Dieb, Biss haßte Brand, und Weissmandel mißtraute allen Zionisten. Aber das sind menschliche Schwächen. Sie erinnern uns daran, daß unsere Helden gewöhnliche Menschen waren, vielleicht mit mehr Einsicht und größerem Mut ausgestattet als der Rest von uns. Sie taten das Richtige zur richtigen Zeit. Unter den gegebenen Umständen konnte es ihnen nicht ganz gelingen. Daß sie es taten, dafür gebührt ihnen unser Staunen. Auf jeden Fall soll man sie nicht an ihrem Erfolg oder Mißerfolg messen, sondern an der Antwort auf eine grundlegende moralische Frage: Haben sie versucht zu helfen? Ja, sie haben es versucht.

Anmerkungen

Hebräische Titel werden in der geläufigen englischen Umschrift belassen.

1
Befreiung durch Vermögenstransfer

1 Vgl. Hans Mommsen, »Die Realisierung des Utopischen: Die ›Endlösung der Judenfrage‹ im Dritten Reich«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9, 1983, Heft 3, S. 381-420; Christopher R. Browning, *Fateful Months*, New York 1985; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1992; Richard Breitman, *The Architect of Genocide*, New York 1991.

2 Vgl. Uriel Tal, *Germans and Jews in the Second Reich*, Ithaca und New York 1975.

3 Zur Diskussion darüber, ob und inwieweit der Nationalsozialismus Folge der sogenannten Modernisierung ist, vgl. u.a. Zygmunt Bauman, *Dialektik der Ordnung* , Hamburg 1992; Jeffrey Herf, *Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*, New York 1984. Es gab zweifelsohne moderne Elemente im Nationalsozialismus, aber Versuche, ihn so darzustellen, als hätte er nur wenig oder keine Verbindung mit den geschichtlich überlieferten sozialen und ideologischen Strukturen, erscheinen mir grundsätzlich falsch.

4 Tatsächlich wuchs der *Jischuw* in Palästina 1945 auf 549000 Menschen. Zwischen 1933 und 1941 reisten 230000 Juden in Palästina ein, 55000 bzw. 24% davon aus Deutschland. Von diesen wiederum waren 12000 illegale Einwanderer ohne englische »Einreisegenehmigungen«.

5 YV, JM/2375, Ordner 1.

6 Ebenda.

7 CZA, S25/9706, Brief an Hoofien vom 17. Juli 1933.

8 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918-1945*, Serie E, Bd. 5, Göttingen 1977, S. 793-795.

9 Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, Köln 1977, S. 179.

10 BA, R2, Mappe 1, S. 166ff.

11 CZA, S7/86, Mappe 5.

12 CZA, S7/350, Mappe 5.

13 BA, R2/4380, Mappe 1; CZA, S7/85, Mappe 2; Yoav Gelber, »Hamediniut Hatzionit Veheskem Haha'avarah«, in: *Yalkut Moreshet* 18, 1974, S. 35ff.

14 CZA, S7/232(4), Mappe 5 2. Ein ähnliches Argument ist in einem Bericht des Gestapo-Informanten Dr. Reichert zu finden, der Palästina am 30. März 1935 besuchte; vgl. Eliahu Ben-Elissar, *Kesher Hahashmadah*, Jerusalem 1978, S. 84ff.

15 Ernst Marcus, »The German Foreign Office and the Palestine Question in the Period 1933-1939«, in: *Yad Vashem Studies* 2, 1958, S. 181ff.
16 Christopher R. Browning, »Referat Deutschland. Jewish Policy and the German Foreign Office (1933-1940)«, in: *Yad Vashem Studies* 12, 1977, S. 43ff.; Francis Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, University of Texas (Austin) 1985, S. 126ff.; CZA/S7/85 (1), Ordner 2, Marcus Report, 14. Februar 1934.
17 Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis und Ludwig Pinner, *Haavara-Transfer nach Palästina*, Tübingen 1972, S. 69.
18 Gelber, »Hamediniut hatzionit Veheskem Haha'avarah«, S. 62ff.
19 BA, R7/3532, Mappe 1.
20 Gelber, »Hamediniut Hatzionit Veheskem Haha'avarah«, S. 68.
21 Feilchenfeld, *Haavara-Transfer nach Palästina*, S. 52ff. Die verbotenen Waren wurden in sogenannten »Negativlisten« zusammengefaßt.
22 David Israeli, *Hareich Hagermani Ve'eretz Israel*, Ramat Gan 1974, S. 296ff.; BA, R2/43-46, F4380-1061, IA, A, Sitzungsvermerk vom 17. Dezember 1935, CZA, S25/9810, Mappe 2.
23 CZA, S35/9755, Mappe 2, S25/9810.
24 Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper*, Philadelphia 1974, S. 153ff.
25 CZA, S7/350, Mappe 2; Margolis Bericht an die Jewish Agency vom 15. April 1936. Die zugunsten zionistischer Organisationen überwiesenen Summen wurden auf Drängen der Deutschen radikal gekürzt.
26 YV, JM/2224 (4).
27 BA, Chef AO/86/Mappe 3, Ben-Elissar, *Kesher Hahashmadah*, S. 25.
28 BA, R18/5524, Mappe 3.
29 Browning, »Referat Deutschland«, S. 47ff.; BA, R43/11/142/a, Bülow-Schwandtes Memorandum vom 22. Juni 1937.
30 YV, JM/2224(4).
31 BA, R58/956, Mappe 3; *Die jüdische Emigration aus Deutschland, 1933-1941. Die Geschichte einer Austreibung*, Ausstellungskatalog, Frankfurt am Main 1985, S. 215.
32 YV, JM/2224 (4).
33 CZA, S7/464.
34 CZA, S7/464 (2), Mappe 4.
35 CZA, S7/677 (1), Mappe 4.
36 YV, JM/2224 (1); *Documents on German Foreign Policy* (*DGFP*), Reihe D, Washington 1953, Bd. 5, S. 754; vgl. auch Feilchenfeld, *Haavara-Transfer nach Palästina*, S. 31-33; BA, 33/206, Untermöhle Memorandum vom 27. Dezember 1937; BA, 971/23, Treffen im RWM am 22. Januar 1938; BA, 11/40, Diskussionen im AA am 12. und 22. September 1937.
37 CZA, S7/4695, gezeichnet von Werner Senator und Elizier Kaplan; CZA, S7/677, Mappe 4, Feilchenfelds Berichte vom 12. und 17. Mai 1938.
38 *DGFP*, Reihe D, Bd. 4, H. 271, und ebenda, Bd. 5, H. 640 und H. 641.

39 Internationaler Militärgerichtshof, Bd. 23, Nürnberg, PA-3358, S. 237f.

40 Vgl. Yehuda Bauer, »Who Was Responsible and When? Some Well-Known Documents Revisited«, in: *Holocaust and Genocide Studies* 6, 1991, Heft 2, S. 129-150.

41 Die Summen sind beeindruckend und haben zweifelsohne zum Aufbau des jüdischen Palästina beigetragen, aber sie rechtfertigen sicher nicht Edwin Blacks These, daß mit der Haavara die Infrastruktur für den Staat Israel aufgebaut werden konnte; vgl. Blacks Bestseller *The Transfer Agreement*, New York 1984.

2
Das Scheitern eines letzten Rettungsversuchs

1 Nach den Akten des Joint Distribution Committee durften 1200 Siedler und Flüchtlinge in der Dominikanischen Republik einreisen. JDC, Agro-Joint, DORSA, Ordner 33, 1939-1943, Statistical Information, Ende 1942.

2 IMT, PS-1816.

3 Eine literarische Version dieser Episode liefert Hans Habe: vgl. *Die Mission*, Wien 1965. Habe hat mit Neumann in Evian ein Gespräch geführt und daraufhin einen Bericht für das *Prager Tagblatt* vom 12. Juli geschrieben. (Die Zeitung hatte jüdische Besitzer.) Die Episode im Buch basiert, so Habe, auf Tatsachen, obwohl Neumanns Biographie dort fiktiv dargestellt wird. Edith Stern aus Wien ist der Geschichte ebenfalls nachgegangen; ich habe ihr für die Einzelheiten zu danken. Neumann ist 1939 die Flucht aus Wien gelungen; er starb im gleichen Jahr in den Vereinigten Staaten. Soweit mir bekannt ist, hinterließ er keine Dokumente. Dieter Wisliceny erklärte während seiner Haft in Bratislava am 18. November 1946, daß Neumann ins Ausland geschickt worden sei, um Möglichkeiten der Auswanderung von Juden zu erörtern und um ausländische Devisen zusammenzutreiben. Er erwähnt nicht, wer ihn schickte. IFZ, Fa/164.

4 Michael Mashberg, *America and the Refugee Crisis*, Magisterarbeit, City University (New York) 1970; JDC, 9-27, besonders N. Katz an Baerwald vom 9. August 1938; David S. Wyman, *Paper Walls*, Massachusetts 1968, S. 53-56; Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt am Main 1982, S. 145ff.; *DGFP*, Reihe D, Bd. 5, S. 753-767 und 780; *Foreign Relations of the United States* (FRUS), Washington, D.C. 1938, Bd. 1, S. 871-874, sowie 1939, Bd. 2, S. 77-87.

5 IMT, PS-1816: Die Juden loszuwerden kostet »nur die Devisen, die jeder Jude bekommen hat... Das Zweite, um die Juden herauszubekommen, müßte eine Auswanderungsaktion für das Judentum im übrigen Reich sein, die sich auf mindestens acht bis zehn Jahre erstreckt. Wir

kriegen im Jahr nicht mehr als höchstens acht- bis zehntausend Juden heraus.«

6 John Mendelsohn (Hrsg.), *The Holocaust. Selected Documents in Eighteen Volumes*, New York 1982, Bd. 6, S. 17-18 (Weizsäcker, Notiz vom 20. Dezember 1938) und S. 20 (Weizsäcker, Notiz vom 4. Januar 1939).

7 *New York Times*, 14. Februar 1939.

8 JDC, R46, Berichte vom Januar 1939.

9 Hugo Rothenburg (1882-1948), ein ebenfalls interessanter und zwielichtiger Mensch, behauptet, Wohlthat und andere zu den Verhandlungen ermuntert zu haben. Vgl. Bernd Bluednikow, *Som om de ster ikke eksisterede*, Kopenhagen 1991.

10 Norman H. Baynes, *Speeches of Adolf Hitler, April, 1922 – August, 1942*, Bd. 1, S. 737-741 (vgl. auch Max Domarus, *Hitlers Reden und Proklamationen. 1932-1945*, Bd. 2, Würzburg 1963, S. 1946-1973).

11 Bauer, *My Brother's Keeper*, S. 260.

12 Baynes, *Speeches of Adolf Hitler*, S. 737-741.

13 IMT, NG-2586-A.

14 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik. 1918-1945*, Reihe D (1937-1945), Bd. 5, Baden-Baden 1953, S. 780-785.

15 JDC Archiv, 9-27; sowie JDC Exekutivkomitee, Treffen vom 16. Juni 1939. Teilnehmer waren Lewis L. Strauss, Henry Ittleson, Albert D. Lasker, Harold Linder, Robert Szold, Stephen S. Wise und Joseph C. Hyman.

16 Bauer, *My Brother's Keeper*, S. 277.

17 Ebenda, S. 281.

18 JDC, Verwaltungsausschuß, 26. Juni 1939.

19 JDC, Memorandum vom 7. Juni 1939 von J. C. Hyman.

20 Lord Winterton las das Kommuniqué bei einem Treffen der IGCR am 19. Juli 1939 laut vor.

21 »Seit dem Ausbruch der Französischen Revolution treibt die Welt in immer schärferem Tempo in eine Auseinandersetzung, deren extremste Lösung Bolschewismus heißt, deren Inhalt und Ziel aber nur die Beseitigung und Ersetzung der bislang führenden Gesellschaftsschichten der Menschheit durch das international verbreitete Judentum ist.« Hitlers Memorandum zum Vierjahresplan, August 1936, *Akten*, Reihe C, Bd. 5, H. 2, S. 794.

3
Feinde mit einem gemeinsamen Interesse

1 Zur Darstellung hier und im folgenden vgl. Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust*, New York 1990; Ben Gurions Äußerung vom 11. November 1938, zitiert nach: Ofer, ebenda, S. 18.

2 Ehud Avriel, *Open the Gates*, New York 1975, S. 39-59; K. J. Ball-Ka-

duri, »Ha'aliyah Habilti-chukit MiGermania Hanatzit«, in: *Yalkut Moreshet* 8, 1968, S. 131.

3 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 14; Bauer, *My Brother's Keeper*, S. 61.

4 Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden Österreichs. 1938-1945*, München 1978, S. 37, 48, 87, 110. Lange hat später als Befehlshaber der Mordkommandos Ost an der Wannsee-Konferenz teilgenommen.

5 William R. Perl, *The Four-Front War*, New York 1978, S. 41-43; Ball-Kaduri, »Ha'aliyah Habilti-chukit MiGermania Hanatzit«, S. 132.

6 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 73; Avriel, *Open the Gates*, S. 70-72; Ball-Kaduri, »Ha'aliyah Habilti-chukit MiGermania Hanatzit«, S. 132.

7 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 77-78.

8 Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967.

9 Anrainerstaaten waren Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Die Akten des britischen Foreign Office enthalten ausführliche Briefwechsel, aus denen hervorgeht, welchen Druck England auf diese Länder sowie auf Italien und Griechenland ausgeübt hat.

10 Damals war Eichmann schon verantwortlicher Referent für jüdische Angelegenheiten bei der Gestapo. Als Abteilung der Sicherheitspolizei gehörte sie zum Sicherheitsdienst (SD), den Reinhard Heydrich führte. Chef der Gestapo und damit Vorgesetzter von Eichmann war Heinrich Müller, der wiederum Heydrich unterstand. Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst bildeten ein Hauptamt der SS.

11 Francis Nicosia, *Hitler und der Zionismus. Das 3. Reich und die Palästina-Frage 1933-1939*, Leoni am Starnberger See 1989. Die Rede stammt vom 11. Februar 1939.

12 Steven Bowman von der Universität von Cincinnati hat meine Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen gelenkt, die im Sommer 1939 zwischen Vertretern des griechischen Außen- und des Wirtschaftsministeriums und dem SD (vertreten durch Herbert Hagen und Theodor Dannecker) über die Frage geführt wurden, ob die griechische Diktatur unter Metaxas die »illegale« jüdische Auswanderung nach Palästina unterstützen könne. Als Ausgleich wurde Griechenland militärtechnische Hilfe versprochen. Anscheinend kam es am 6. Juli 1939 zu einer vorläufigen Vereinbarung, aber der Ausbruch des Krieges verhinderte die Weiterentwicklung des Plans. Bowman zitiert Briefe, die sich im Centre Juif de Documentation Contemporaine befinden (Akte CCXXXIV-8).

13 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 101; Ball-Kaduri, »Ha'aliyah Habilti-chukit MiGermania Hanatzit«, S. 131.

14 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 101-102; Nicosia, *Hitler und der Zionismus*, S. 161; Ruth Zariz, *The Rescue of German Jews Through Emigration*, Diss., Hebräisch, Jerusalem 1986, S. 255-258.

15 Zur Storfer-Episode vgl. Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 105-127. Storfer wird in vielen anderen Quellen erwähnt, und ich habe so viele

wie möglich herangezogen, um allgemeine Schlußfolgerungen ziehen zu können.

16 Avriel, *Open the Gates*, S. 73.
17 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 107ff.
18 Perl, *The Four-Front War*, S. 271-340.
19 Zur Episode in Kladovo vgl. Dalia Ofer und Hannah Weiner, *Parashat Kladovo Sabac*, Tel Aviv 1994.
20 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 53ff.
21 Perl, *The Four-Front War*, S. 293.
22 NG-2586-G, Wannsee-Konferenz, Protokoll, 20. Januar 1942.

4
Der Weg zur »Endlösung«

1 Vgl. Browning, *Fateful Months*; Breitman, *The Architect of Genocide*; Eberhard Jaeckel, *Hitlers Weltanschauung: Entwurf einer Herrschaft*, Stuttgart 1986; Israel Gutman (Hrsg.), *Enzyklopädie des Holocaust*, 3 Bde., Berlin o.J.; Helmut Krausnick u. Hans-Heinrich Wilhelm, *Truppe des Weltanschauungskrieges*, Stuttgart 1981; Leni Yahil, *The Holocaust*, New York 1990.
2 Eichmannprozeß, Dokumente, 06-983.
3 IMT, PS-3363.
4 Am 29. September notierte Alfred Rosenberg in sein Tagebuch: Hitler habe erklärt, die Juden sollten zwischen Weichsel und Bug angesiedelt werden. Vgl. Hans-Günther Seraphim (Hrsg.), *Das Politische Tagebuch Alfred Rosenbergs*, Göttingen 1956, S. 81. Die beiden Äußerungen Hitlers widersprechen einander nicht: Die Juden sollten in der Region von Lublin konzentriert und dann in die Sowjetunion abgeschoben werden.
5 Seev Goshen, »Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VJHFZG)* 1, 1981, S. 74-96; Christopher R. Browning, »Nazi Resettlement Policy and the Search for a Solution to the Jewish Question. 1939-1941«, in: *German Studies Review* 9, 1986, Heft 3, S. 497-519.
6 Vgl. Bauer, »Who Was Responsible and When?«; dort beziehe ich mich auf Himmlers Aktennotiz vom 25. Mai 1940, in: IMT, NO-1880.
7 Vgl. Leni Yahil, »Madagascar. Phantom of a Solution to the Jewish Question«, in: Bela Vago u. George L. Mosse (Hrsg.), *Jews and Non-Jews in Eastern Europe. 1918-1945*, New York 1974, S. 314-334; Christopher R. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office*, New York 1978, S. 35-43.
8 Vgl. Anm. 1 dieses Kapitels.
9 Andreas Hillgruber, »Die Endlösung und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus«, in: *VJHFZG* 2, 1972, S. 133-153.

10 Breitman, *The Architect of Genocide*, S. 150-152, 247.
11 Bauer, »Who Was Reponsible and When?«.

5
»Willy«

1 Michael Dov Ber Weissmandel, *Min Hametzar*, New York 1960. Weissmandel starb 1957, und das Buch wurde anscheinend aus ideologischen Gründen von seinen Verwandten und Schülern bearbeitet, in einigen Teilen ergänzt und verändert.
2 Vor dem Krieg lebten 136737 Juden in der Slowakei, aber 1938 mußte die Tschechoslowakische Republik in der Südslowakei größere Grenzgebiete an Ungarn abtreten. Dort wohnten 40000 Juden. Außerdem ist vor Ende 1940 einigen tausend Juden Auswanderung oder Übersiedlung nach Ungarn gelungen. Vgl. Gila Fatran, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*, Tel Aviv 1992, S. 15. Fatrans Dissertation und das Buch, das daraus entstand, sind eine wichtige Quelle für die Teile meiner Studie, die von der Slowakei handeln. Ich danke Gila Fatran für die Erlaubnis, so viel aus ihrem Buch übernehmen zu dürfen.
3 Einige der führenden Zionisten in der »Arbeitsgruppe« wie Gisi Fleischmann und Oskar Neumann sprachen entweder gar nicht oder nur schlecht Slowakisch.
4 Fatran, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*, S. 18-28. Das ŽÚÚ wurde November 1938 gegründet und stellte seine Tätigkeiten September 1940 ein; aber ab Frühjahr 1940 war es keine wirksame Organisation mehr.
5 Wie schon erwähnt, war die SS in eine Anzahl von Hauptämtern gegliedert. Eins davon, im September 1939 gegründet, war das von Reinhard Heydrich geführte Reichssicherheitshauptamt: unter seinem Dach waren die meisten Polizeiorganisationen vereint. Abt. IV des RSHA war die Gestapo, geführt von Heinrich Müller. Adolf Eichmann war Referent der »Abteilung Juden«.
6 IFZ, MA 1300/4, T175 – Rolle 1288, Bilder 0385-0387.
7 Moráveks Brief an Tuka ist abgedruckt in: *Tragedia slovenských Židov*, Ausstellungskatalog, Bratislava 1949, S. 11.
8 YV, M-5/137, *Onl'ud*, 17/46, Vašek Urteilsverkündung, S. 13. Vgl. auch Machs Beitrag zur Debatte der dritten Sitzung der Politischen Versammlung am 26. März 1942, YV, M-5/49, S. 5; Koso-Prozeß, *Onl'ud*, 60/46/11, YV, M-5/148, S. 10.
9 Ladislaw Lipscher, *Die Juden im Slowakischen Staat*, München 1980, S. 99.
10 Ebenda, S. 100.
11 YV, Eichmannprozeß, 06-899, und Wislicenys Zeugenaussagen. Im wesentlichen das gleiche wiederholt seine Zeugenaussage im Prozeß gegen Anton Vašek: YV, *Onl'ud*, 17/46, S. 131ff.

12 Wislicenys Äußerung zu Michael Geroe, Bratislava am 6. Mai 1946; Eichmannprozeß, T899; IFZ, Zeugenaussagen Wisliceny: »Eichmann hat damals den Antrag auf Übernahme Familienangehöriger zurückgewiesen, da er angeblich für sie keine Möglichkeit der Einquartierung bzw. Unterbringung hatte. Das habe ich dann Koso mitgeteilt.« (Zeugenaussagen, S. 2.)

13 Lipscher, *Die Juden im Slowakischen Staat*, S. 100-105; Koso-Prozeß, *Onl'ud*, 60/46/11, YV, M-5/148, S. 10.

14 Eichmann forderte in seinem Gespräch mit Ziman (siehe unten) zuerst 300 Reichsmark. Später erhöhte er den Preis, weil er für die Umsiedlung der Juden nach Polen zahlen müsse.

15 Eichmannprozeß, 06-835. Aus den 500 Reichsmark pro deportiertem Juden ergab sich für die 90000 slowakischen Juden eine Summe von 45 Mio. Reichsmark, das entsprach etwa 80 Prozent der Steuern, die die Slowaken jährlich aus ihnen herauspreßten. Von einem zynischen, rein ökonomischen Gesichtspunkt aus betrachtet, hätten die Slowaken also nichts verdient.

16 Ebenda.

17 IMT, NG-2586-J; YV, M-5/18a (12). Vgl. auch Livia Rothkirchen, *Churban Yahadut Slovakia*, Jerusalem 1961, S. 70-71. Am 29. April äußerte Vašek die Hoffnung, daß »bis Ende August die Aktion der restlosen Judenaussiedlung aus der Slowakei beendet sein dürfte.« YV, M-S/33, Amtsvermerk über ein Gespräch zwischen Vašek und zwei Vertretern der Nationalsozialisten.

18 YV, *Onl'ud*, 17/46, S. 228, Zeugenaussage von Ladislav Unger, mit Geständnis von Wisliceny. In anderen Zeugenaussagen, so in Nürnberg (vom 29. November 1946, Eichmannprozeß, 06-584, S. 6) und in *Onl'ud*, 17/46, S. 134, sagt Wisliceny, er habe das Konzentrationslager von Sosnowice Herbst 1941 zusammen mit einer offiziellen slowakischen Gruppe, zu der auch Koso gehörte, besucht. Koso sei mit der Überzeugung zurückgekehrt, die Juden würden unter solchen Bedingungen kaum überleben können. Aber er hat darum nicht unbedingt »gewußt«, daß alle Juden in Polen getötet wurden.

19 BA, NS 19, Berlin Gestapo III B 1 g, vom 10. April 1942, von Viktor Nageler.

20 IFZ, Rolle 514, Bilder 0794-0796, MA 338. 3/25/42, Bericht an den SD in Wien, II B. Die Unterschrift ist unleserlich.

21 YV, M-5/46 (3) und M-5/136, S. 188; Lipscher, *Die Juden im Slowakischen Staat*. Das Innenministerium verhörte daraufhin die Unterzeichner der Petitionen, um herauszufinden, ob sie von den bevorstehenden Deportationen wußten. Burzio meldete dem Vatikan am 9. März, daß die Slowaken beschlossen hätten, alle Juden zu deportieren. John F. Morley, *Vatican Diplomacy and the Jews During the Holocaust. 1939-1943*, New York 1980, S. 71-101.

22 Karol Sidor wurde mit 30000 slowakischen Kronen bestochen, dem Va-

tikan zwei Memoranden zu überbringen. Weissmandel, *Min Hametzar*, S. 19-27.

23 IFZ, MA 558, T175-Rolle 514, Bilder 0794-0796. Bericht an den SD-Leitabschnitt Wien, III B, vom 25. März 1942, S. 1. Zur Politik des Vatikans gegenüber den Juden in der Slowakei vgl. Morley, *Vatican Diplomacy and the Jews During the Holocaust.*

24 Morley, *Vatican Diplomacy and the Jews During the Holocaust*, S. 85.

25 YV, Eichmannprozeß, Dokument 06-29, S. 4; Wisliceny, Zeugenaussage in Nürnberg, 3. Januar 1946 (*IMG*, Bd. 4, Deutsch, S. 393-413).

26 Wisliceny, Zeugenaussage in Nürnberg vom 3. Januar 1946; und Eichmannprozeß, 06-899, Wisliceny, Zeugenaussage vom 6. Mai 1946, S. 6-7. Besonders wichtig ist die Zusammenfassung eines Treffens zwischen (anscheinend) Eichmann (»Abgesandter von Heinrich Himmler«, *s poverencom Heinricha Himmlera*) und Tuka, am 10. April, YV, M-5-49/7, in dem die Nationalsozialisten zugesagt haben, die Juden »so menschlich wie möglich zu behandeln« (*tak humanne ako len je možne*).

27 Ein deutscher nachrichtendienstlicher Bericht beschreibt den Vorfall am 26. April, als eine Gruppe Slowaken zum Konzentrationslager in Žilina kam: »Sie begannen darüber zu schimpfen, daß die Juden dort konzentriert und deportiert würden. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre es zu einer regelrechten Demonstration gekommen. Die [Hlinka-] Gardisten, die die Juden zu bewachen hatten, wußten nicht, wie sie sich der aufgebrachten Menge gegenüber verhalten sollten, und wollten, daß das Militär einschritt. Das Militärkommando jedoch lehnte diese Intervention ab. Zuletzt rief man die Silleiner Staatspolizei, die dann für Ruhe und Ordnung sorgte.« IFZ, MA 650/1, T175-517, Bericht, April 1942.

28 Hochberg wurde 1911 in Raab, Ungarn, geboren und ging in Wien und Prag zur Schule.

29 John S. Conway, »Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz. Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte«, in: *VJHFZG* 2, 1979, S. 260-284; Conway, »Der Holocaust in Ungarn – Neue Kontroversen und Überlegungen«, in: *VJHFZG* 2, 1984, S. 179-212; und Rudolf Vrba u. Alan Bestic, *Ich kann nicht vergeben*, München 1964. Gila Fatran hat die Reaktionen auf Conways Artikel untersucht. Ich bin dankbar, daß ich mich auf ihre Studie stützen kann.

30 Conway nimmt irrtümlicherweise an, das ÚŽ sei damals eigens für den Zweck der Judendeportationen eingerichtet worden. Tatsächlich wurde es im September 1940 gegründet.

31 Dionys (Daniel) Lenards Schwester Rachel Anshel lebt heute (1992) in Kfar Shmariyahu, Israel. Als er ihr am 11. August 1944 schrieb, lebte sie in Schweden. Der Brief ist im Besitz von Gila Fatran. Darin beschreibt er die Deportation im März, seinen Aufenthalt im Gebiet um Lublin bis zu seiner Flucht im Juni oder Juli. Seine späteren ausführlichen Aussagen als Zeuge, in denen er seine Erlebnisse schildert, werden zitiert in: Rothkirchen, *Churban Yahadut Slovakia*, Dokument Nr. 76. In einem

vor kurzem gehaltenen öffentlichen Vortrag in Israel behauptete Rothkirchen sogar, daß die Aussagen von Lenard erst Ende 1942 in die Hände des Zentrums gelangten.

32 YV, *Onl'ud*, 17/46, S. 192.

33 Yehuda Bauer, *American Jewry and the Holocaust*, Detroit 1981, S. 188.

34 YV, *Onl'ud*, 17/46, S. 125.

35 Gespräch von Erich Kulka mit Ervin Steiner, April 1965, Niederschrift in E. Kulkas privater Sammlung, Jerusalem (zugänglich über das Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University).

36 Tatsächlich bemühten sich die slowakischen Juden sehr darum, Informationen aus Polen zu besorgen. Lokale Gemeinden und auch Einzelpersonen organisierten den Empfang solcher Informationen, sei es über Nicht-Juden oder über Verbindungen zu Flüchtlingen aus Polen. Vgl. die Zeugenaussage von Kalman Rubin, YV-Bet Volhyn, 3415/220. Die Argumentation von Conway und Vrba beruht unter anderem auf der Annahme, daß die Menschen nur etwas gewußt hätten, wenn das ÚŽ ihnen dies berichtet hätte. Das trifft erwiesenermaßen nicht zu.
Vrba deutet an, daß das ÚŽ allgemein verhaßt gewesen sei. Wenn dem so war, warum geht er dann davon aus, daß Informationen, die das ÚŽ verbreitet hätte, auch geglaubt worden wären? Die Wahrheit sieht anders aus: Eine Gruppe Aktivisten innerhalb des ÚŽ verbreitete sämtliche Nachrichten, über die die Organisation verfügte, doch waren sie nicht die einzige Quelle.

37 Bauer, *American Jewry and the Holocaust*, S. 363.

38 Oskar Neumann, *Im Schatten des Todes*, Tel Aviv 1956, S. 95. Vgl. auch Yaakov Ronen (Benito), Brief an G. Fatran vom 20. Februar 1985 (in ihrem Privatbesitz). Darin berichtet er über seine Reise nach Prešow, Nordslowakei. Er machte unterwegs in allen Gemeinden Station und informierte die Vorsteher. Sie reagierten mit Verzweiflung, denn sie sahen keine Möglichkeit zur Flucht. Als er in Prešow ankam, konnte er nicht einmal seine eigene Schwester und seine früheren Mitschüler davon überzeugen, daß sie fliehen müßten. Sie glaubten, sie würden die Zwangsarbeit in Polen überleben – noch sprach niemand vom Massenmord.

39 Vašek-Prozeßakten, YV, *Onl'ud*, 17/46, Vašek, Zeugenaussage, S. 7, 14-15, 25, 26, und Kovac, Zeugenaussage, S. 66.

40 Conway, *Holocaust in Ungarn*, S. 194.

41 Fleischmann war die Cousine von Rabbi Ungar (ihr Vater war der Bruder von Ungars Mutter), und Weissmandel hatte Ungars Tochter geheiratet.

42 Weissmandel, *Min Hametzar*, S. 48ff. Den anderen Berichten zufolge fanden zunächst Beratungen statt, danach erst fragte man Hochberg. Aron Grünhut, ein Geschäftsmann orthodoxen Glaubens, berichtet, die Deportationen seien nach einem Telephongespräch zwischen Wisliceny und Eichmann eingestellt worden, nach dem Wisliceny erklärt haben

soll: »Sie haben ein Sauglück, Eichmann ist einverstanden.« Siehe Aron Grünhut, *Katastrophenzeit des slowakischen Judentums*, Tel Aviv 1972, S. 80. Auf der Basis dessen, was wir über die Kontakte zwischen Wisliceny und Eichmann wissen, muß dieses Gespräch im Dezember stattgefunden haben, denn Wisliceny berichtet, Eichmann habe zu jener Zeit »Desinteressement« an den Deportationen gezeigt (siehe unten). Aber Grünhut ist kein zuverlässiger Zeuge; er gehörte zu der Gruppe von Verrätern um Hochberg.

43 Siehe Bauer, *My Brother's Keeper*; und Bauer, *American Jewry and the Holocaust.*

44 In seinen Rechtfertigungen nach dem Krieg sprach das Joint Distribution Committee von 64 Millionen US Dollar, die »zugewiesen« wurden, um zwischen 1939 und 1945 das Leiden von Juden zu lindern. Die Zahl hat manche Kommentatoren in die Irre geführt; sie bezieht sich auf die Gesamtsumme, die während der Kriegsjahre gesammelt wurde, aber in den einzelnen Jahren wurden jeweils unterschiedliche Summen gesammelt. 1942 und 1943 waren es 6,3 Millionen bzw. 8,4 Millionen US Dollar, die für alle Zwecke weltweit »aufgebracht« wurden. Trotz aller Versuche konnte das JDC nicht mehr zusammenbringen. Aber von diesem Geld hätte zwischen April 1942 und September 1943 nichts an Mayer überwiesen werden können; und die in New York für ihn bereitgestellten Summen (610000 US Dollar im Jahr 1942 und 940000 US Dollar 1943) nutzten ihm nichts.

45 Mayer war gläubig und kein Zionist, dennoch war er mit dem jungen Zionisten Schwalb befreundet.

46 Steiner, Aussage gegenüber Avraham Fuchs (im Besitz von A. Fuchs), 27. April 1986, Antworten auf Fragen, S. 1.

47 Steiner erinnerte sich ursprünglich nicht daran, daß im Sommer überhaupt etwas gezahlt worden sei, in einer späteren Aussage (gegenüber A. Fuchs, 27. April 1986) erinnert er sich jedoch an eine Zahlung von 50000 US Dollar. Neumann und Frieder sprechen von 40000, Kovac von 50000 US Dollar.

48 JDC, Archiv, SM-64.

49 Riegners telegraphische Mitteilung vom 8. August 1942 beruhte auf Informationen, die er indirekt von Eduard Schulte, einem deutschen Industriellen, erhalten hatte. Er erwähnt die Absicht der Deutschen, drei bis vier Millionen Juden im Osten (Polen und besetztes Rußland) mit Zyklon B zu ermorden, mit dem Gas, das in Auschwitz eingesetzt wurde. Mit anderen Worten, Riegner spricht im August 1942 *von einem zukünftigen* Plan, zu einer Zeit also, als die »Endlösung« schon 13 Monate praktiziert wurde und die Mehrzahl der Juden, die im Holocaust sterben sollten, bereits ermordet worden war. Auf Bitten von Paul Guggenheim aus Genf fügte Riegner der Mitteilung ein Dementi bei, in dem er erklärt, er sei sich der Wahrheit der übermittelten Informationen nicht sicher, auch wenn seine Quelle bislang verläßlich gewesen sei. Mit

einer solchen Bemerkung versehen, war das Telegramm kaum ein Beweis für das, was vor sich ging. Siehe Walter Laqueur und Richard Breitman, *Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr*, Frankfurt am Main, Berlin 1986. Saly Mayer wurde der Massenmord erst am 15. August wirklich bewußt, nachdem ihm ein jüdischer Beamter des polnischen Konsulats in der Schweiz namens Kühn, ein Mitglied von Agudat Israel, vom Massenmord erzählte.

50 Andrej Steiner, Brief an das Joint Distribution Committee vom 29. Dezember 1947, JDC-Givat Joint Archives, Genfer Unterlagen, Kasten 14B/C-36038, S. 7.

51 Vgl. Avraham Fuchs, *Karati Ve'ein Oneh*, Jerusalem 1984 (2. Aufl.), S. 232, zitiert einen Brief Weissmandels vom 5. November 1942, aus dem Lohamei Getaot Archiv, Z/3036/ SL/108.

52 Protokoll des Verhörs von Hochberg durch die slowakische Polizei vom 12. Dezember 1942, aus dem Archiv des Bundesinnenministeriums der Tschechoslowakei. Gila Fatran überließ mir dies Dokument.

53 JDC-Givat Joint Archives, Genfer Unterlagen, Kasten 14B/C-36038, S. 6a.

54 Tuvia Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, Diss., Jerusalem 1990, S. 114.

55 Fleischmanns Brief: JDC, Archiv, SM-64; Weissmandels Brief, zitiert in: Weissmandel, *Min Hametzar*, S. 67-69.

56 Bauer, *American Jewry and the Holocaust*, S. 371.

57 JDC, SM-64.

58 JDC, SM-8.

59 Dobkin, das Mitglied der Jewish Agency Exekutive, das die Ankommenden befragt hat, erzählte seinen Kollegen, daß ihm eine der Zeuginnen, als er nicht glauben wollte, was sie ihm berichtet hatte, eine heftige Ohrfeige verpaßt habe. Anscheinend half ihm das über seine Zweifel hinweg. Yigal Lossin, *Pillar of Fire*, Jerusalem 1984.

60 Vgl. Moshe Shoenfeld, *The Holocaust Victims Accuse*, Brooklyn 1977; Shlomo Giora, *Ot Kayin*, Jerusalem 1983 und Tom Segev, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Reinbek bei Hamburg 1995; letzteres ist eine sehr geschickte, »liberale« revisionistische Argumentation. Die allgemeine Tendenz ist vorzüglich kritisiert worden in: Dina Porat, *The Blue and Yellow Star of David*, Cambridge 1990 und in: Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*.

61 Shlomo Aronson, »Hitlers Judenpolitik, die Alliierten und die Juden«, in: *VJHFZG* 1, 1984, S. 29-65.

62 IFZ, Himmlers Reden, S. 41.

63 Eine der vielen Stellen, an denen die oberste NS-Führungsriege den Krieg gegen die Sowjetunion mit dem Krieg gegen die Juden gleichsetzt. In Himmlers Terminologie sind »Judentum« und »Asiatentum« Ausdrücke derselben Rassenzuweisung. Wie Andreas Hillgruber in seinem *VJHFZG*-Artikel von 1972 gezeigt hat, betrachtete die NS-Führungs-

riege die Sowjetunion als einen vom Juden dominierten Staat mit jüdischer Ideologie. Hillgruber, »Die Endlösung und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus«. Arno J. Mayers neomarxistische These – in: *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die »Endlösung«*, Reinbek bei Hamburg 1989 –, daß die Hauptmotivation der Nationalsozialisten der Antimarxismus gewesen sei und der »Judaeozid«, wie er den Holocaust nennt, daraus abgeleitet wurde, ist ein völliges Mißverständnis. Geteilt wird diese irrige Auffassung von Ernst Nolte in seinen Beiträgen zum »Historikerstreit« deutscher Geschichtswissenschaftler. Mayer ignoriert in seinem Buch, das ohne Fußnoten auskommt, alle Originalquellen.

64 Jan Karski, *The Secret State*, Boston 1944.

65 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 115.

66 Ebenda, S. 116.

67 M A, 1.712, Baders Entwurf einer Aktennotiz an Roncalli, 20. Januar 1942, und seine Briefe vom 10. März und vom 25. April 1943.

68 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 119.

69 Morley, *Vatican Diplomacy and the Jews During the Holocaust*, S. 243-247; Weissmandel, *Min Hametzar*, S. 23-26. Der Brief der slowakischen Bischöfe in: Rothkirchen, *Churban Yahadut Slovakia*, Dok. SS; auch erwähnt in Burzios Bericht vom 10. April 1943, in: *Actes et documents du Saint Siege relatifs à la Seconde Guerre Mondiale*, Vatican, 1975-1981, Bd. 9, Dok. 85; auch bei Fatran, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*, S. 210. Der Hirtenbrief vom 21. März, in: *Actes...*, Dok. 147; Fatran, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*, S. 212. Burzios Gespräch mit Tuka in: *Actes...*, Dok. 147; Fatran, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*, S. 213.

70 Fleischmann schrieb am 5. März 1943, daß »Willy« Bratislava besucht und versprochen habe, man würde die Juden von Saloniki nicht deportieren, sondern dies »Problem« mit Arbeitslagern in Griechenland lösen. Wisliceny stand in Verbindung mit Rabbiner Koretz, dem Vorsitzenden des Judenrates von Saloniki, und äußerte sich zufrieden über diesen Kontakt. M A, 1.18.10.

71 Fleischmann an Mayer, 9. Mai 1943, M A, D.1.467.2.

72 Fleischmann an Mayer, 11. Mai 1943, M A, D.1.467.2.

73 SM-64, Fleischmann, Briefe vom 11. Mai und 1. Juni; M A, Fleischmann, Brief vom 7. Mai, D.1.1263; Weissmandel, *Min Hametzar*, S. 162. Steiner nennt eine Summe von 150000 US Dollar (29. Dezember 1947, JDC-Givat Joint Archives, Genfer Unterlagen, Kasten 14B/C-36038).

74 SM-8.

75 Fleischmann, Brief an Mayer, 18. Juni 1943, M A, D.1.1810.

76 Mayer, Brief nach Istanbul, 13. Juli 1943, M A, D.1.1263; und Fleischmann, Brief an Mayer, 17. Juli 1943, CZA, S26/1190.

77 CZA, S26/1190; und JDC, SM; Friling, *Ben Gurion and the Holo-*

caust, S. 122. Insgesamt wurde 1943/44 eine Summe von 100000 Pfund bzw. ca. 400000 US Dollar von Palästina in die Slowakei geschickt.

78 Die Summen von 25000, 31000 und 75000 US Dollar wurden im März, April und Juni von Istanbul losgeschickt, insgesamt also 131000 US Dollar; der Empfang wurde aus Bratislava am 9. September bestätigt. JDC/SM-65; Akiva Nir, »Vaadat Hahatzalah beKushta-Hakesher im Slovakia (Haavarat Ksafim leSlovakia – 1943-1944)«, Seminararbeit, Institute of Contemporary Jewry, 1989. Mayer schickte am 5. und am 13. August 70000 bzw. 90000 Schweizer Franken – und am 22. September weitere 70000 Schweizer Franken, insgesamt also 230000 Schweizer Franken bzw. 53600 US Dollar.

79 Eichmannprozeß, T/28 1, Aussagen von Steiner, Neumann und Kovac, 12. Februar 1946 in Bratislava, mit handschriftlicher Bestätigung des Inhalts von Wisliceny.

80 Eichmann war tatsächlich »nur« für die Deportationen nach Polen verantwortlich und nicht für die dortigen Todeslager. Aber er regte die Ermordung durch Gas in Auschwitz an, so Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß in seinen Nachkriegsaussagen.

81 Siehe Fleischmann, Brief nach Istanbul, 7. Mai 1943, vgl. Anm. 73 dieses Kapitels (M A).

82 Fatran, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*, S. 192-196. Sie hat Verständnis für die Juden, die sich von diesem gerissenen Nationalsozialisten während der tragischen Ereignisse von 1942-1944 in die Irre leiten ließen.

83 SM-65, 28. Juli 1943.

6
Was geschah wirklich in der Slowakei?

1 Vgl. Nir, »Vaadat Hahatzalah beKushta – Hakesher im Slovakia«; Nir bezieht sich auf Fatran, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*

2 An anderer Stelle spricht er von acht Tagen, in: *Onl'ud*, 17/46, Juli 1946.

3 In anderen Zeugenaussagen spricht er von Besuchen im Ghetto von Sosnowec und im nahegelegenen Arbeitslager Groß-Strelitz; Nürnberg, 29. November 1945, 06-584, S. 6 (para. 13) und *Onl'ud*, 17/46, S. 134.

4 Eichmannprozeß 06-899, S. 9, wiederholt in den meisten von Wislicenys Zeugenaussagen.

5 Eichmannprozeß 06-1423, S. 22.

6 *Onl'ud*, 17/46, S. 223; Lipscher, *Die Juden im Slowakischen Staat*, S. 135.

7 *Onl'ud*, 17/46, S. 146; IFZ, Fa 164; Eichmannprozeß, 06-856, S. 10ff.; Centre de Documentation Juif Contemporaine, Paris, 88-67, S. 15. Das Septemberdatum wird auch von Andrej Steiner in seiner Zeugenaussage vom 29. Dezember 1947 bestätigt, JDC-Givat Joint Archives, Genfer

Unterlagen, Kasten 14B/C-36 038. In einer anderen Aussage (undatiert, vermutlich 1946, *Der sogenannte Europaplan*, ebenfalls JDC-Givat Joint Archives) sagt Steiner: »Hochberg ging im September 1942 auf unseren Wunsch tatsächlich zu Wysliceni[!], um ihm vom Schicksal der Juden in Polen zu berichten.«

8 *Onl'ud*, 17/46, S. 146: »v oktobri mi Hochberg odovzdal 20000 dollarov.« – Im Oktober gab mir Hochberg 20000 US Dollar.

9 Ebenda, S. 16.

10 Eichmannprozeß, 06-856; YV/Nürnberg, Verhöre vor dem Prozeß, 15. November 1945, Verhör von Wisliceny durch Oberst Smith W. Brookhart, S. 13.

11 Wislicenys Version wird von Steiner bestätigt, in: JDC-Givat Joint Archives, Genfer Unterlagen, Kasten 14B/C-36038, S. 6a.

12 Steiner, Zeugenaussagen, JDC-Givat Joint Archives.

13 Ebenda.

14 Wisliceny will auch in Berlin seine Vorgesetzten dazu überredet haben, ein Austauschlager für Juden einzurichten, die gegen Lösegeldzahlungen freigelassen werden sollten. Die spätere Einrichtung von Bergen-Belsen sei Ergebnis seines Vorschlags gewesen. Wisliceny hat es fertiggebracht, daß eine Gruppe privilegierter griechischer Juden dorthin transportiert wurde – alle anderen wurden nach Polen deportiert und dort ermordet. Wisliceny behauptete sogar, daß der besondere Status des Ghettos von Theresienstadt eine Folge seiner Interventionen gewesen sei. Keine dieser Behauptungen klingt sehr überzeugend.

15 YV, M-20/93.

16 Fleischmann, Brief vom 13. Juli 1943, M A, D.1.1263.

17 NG-4407; NG-4553.

18 Lipscher, *Die Juden im Slowakischen Staat*, S. 130.

19 *Onl'ud*, 60/46/11, Zeugenaussage Izidor Koso, 18. August 1946. Im Oktober 1943 erhielt Zofia Koso 50000 Schweizer Franken, damit sie ihren Sohn auf eine Schule in der Schweiz schicken konnte. Sie reiste dorthin, um dies zu arrangieren. Der Zettel, den ihr Gisi Fleischmann zur Vorlage in der Schweiz mitgab, wurde von deutschen Grenzposten gefunden. Zofia Koso wurde verhaftet und erst nach Interventionen ihres Ehemanns wieder freigelassen. Auch Gisi Fleischmann wurde verhaftet und saß nach diesem Zwischenfall mehrere Monate im Gefängnis.

20 SM-64, Brief an Alfred Silberschein in Genf.

21 Steiner, Gespräch mit Avraham Fuchs, 27. April 1986, S. 4 (Ms. in Fuchs' Privatbesitz). Tibor Kovac erwähnt, daß Wisliceny 50000 US Dollar in mehreren Zahlungen (»*v splatkách*«) erhalten hat; *Onl'ud*, 60/46/11.

22 Auch Steiner, in seinem Gespräch mit Fuchs, 27. April 1986, S. 12-13, erklärt, Wisliceny habe für das Beenden der Deportationen nur eine zweitrangige Rolle gespielt. Die entscheidenden Leute, »mit denen wir verhandelt und die wir überzeugt haben«, waren die Slowaken.

23 IFZ, Fa 164, Wisliceny, Zeugenaussage, 18. November 1945, S. 16: »Im November kam dann Himmlers Bescheid, daß ich die 20000 US Dollar an das WVHA der SS abliefern sollte und daß ich die jüdischen Vertreter anhören sollte.«

24 Eichmannprozeß, 06-281.

25 JDC Archiv, Jerusalem, Givat Joint Archives, Genfer Unterlagen, Kasten 14B/C-36038, S. 7, Steiners Aussage zur »Kinderaktion«, undatiert (1946).

26 In gewisser Weise ist Wisliceny eine rätselhafte Person. Man kann kaum bezweifeln, daß er ein überzeugter Nazi war, auch wenn sein Memorandum von 1937 darauf hindeutet, daß er sich die »Lösung« des »Judenproblems« durch Auswanderung der Juden in ihr Heimatland vorstellen konnte. Neben all den Lobeshymnen, die Steiner, Weissmandel und Fleischmann für ihn sangen, haben wir nur einen kleinen Beweis für seine wirklichen Ansichten damals. Dies ist eine Niederschrift aus der deutschen Botschaft in der Slowakei, datiert am 27. Juli 1944, in der Wisliceny zitiert wird. Er hatte den Vorschlag gemacht, die Eingabe einer Dr. Anna Machálek, die sich als »Arierin« bezeichnet hatte, juristisch prüfen zu lassen, denn er habe den Eindruck, daß die »Jüdin Machálek« nur der ihr drohenden Gefahr entkommen wolle. Nachdrücklich verlangte er, daß man dies verhindern müsse (NA/T120/4662).

7
Himmlers Unentschlossenheit: 1942/43

1 Herma Biffault (Hrsg.), *The Memoirs of Doctor Felix Kersten*, New York 1947; *Totenkopf und Treue*, Hamburg 1952; *The Kersten Memoirs*, mit einer Einführung von Hugh R. Trevor-Roper, New York 1957 bzw. London 1956.

2 Sein Hauptverteidiger, Professor N. W. Posthumus aus Leyden, Niederlande, schlug ihn im November 1952 für den Friedensnobelpreis vor, die Nominierung wurde jedoch abgelehnt. Eine Untersuchung der holländischen Regierung legte dem niederländischen Parlament einen sehr freundlichen Bericht über Kersten vor (12. Januar 1950), IFZ, F44/7. Louis de Jong, der berühmte holländische Historiker, dagegen verfaßte eine vernichtende Kritik: »Hat Felix Kersten das niederländische Volk gerettet?«, in: *Zwei Legenden aus dem Dritten Reich*, hrsg. von Hans-Heinrich Wilhelm und Louis de Jong, *Schriftenreihe der Viertelsjahreshefte für Zeitgeschichte* 28, Stuttgart 1974, S. 77-142. De Jong konnte nachweisen, daß Kerstens Behauptung, er habe das holländische Volk im Frühjahr 1941 vor der Deportierung in den Osten bewahrt, Kerstens Phantasie entsprang; ebenda, S. 138.

3 Siehe Ulrich von Hassel, *The Ulrich von Hassel Diaries*, New York 1947, S. 233-247.

4 BA/Bestand Alg. Schumacher 240 I.

5 Ruth Zariz, *Hatzalat Yehudim Germanim al-yedei Hagirah, 1938-1944*, Diss., Jerusalem 1986.

6 Eichmannprozeß, 06-1164: »Ich ordne an, daß von den jetzt in Frankreich noch vorhandenen Juden, ebenso von den ungarischen und rumänischen Juden alle diejenigen, die einflußreiche Verwandte in Amerika haben, in einem Sonderlager zusammenzufassen sind. Dort sollen sie zwar arbeiten, jedoch unter Bedingungen, daß sie gesund sind und am Leben bleiben. Diese Art von Juden sind für uns wertvolle Geiseln. Ich stelle mir hierunter eine Zahl von rund 10000 vor.«

7 NA/T 12012720, E421784-7, E420788-9, 9. August 1943, 12. August 1943.

8 NA/Donovan Akten, Rolle 28/2/5/44, über Hewitts Arbeit für das OSS. Kersten hat versucht, was er konnte, um sieben schwedische Geschäftsleute, Direktoren einer Zündholzfirma, zu retten, die in Warschau verhaftet und wegen Spionage zum Tode verurteilt worden waren. Nach schwierigen Verhandlungen, und trotz Hitlers Intervention, der ihren Tod wollte, gelang es Kersten, sie frei zu bekommen. Im Dezember 1944 wurden die letzten drei von ihnen nach Schweden gebracht. Ihre Rettung haben sie zum großen Teil Kerstens Anstrengungen zu verdanken, darüber gibt es keinen Zweifel. (Vgl. Kersten, *Totenkopf und Treue*, S. 407.) Möglicherweise leitete ihn der Wunsch, sich für den Fall, daß er in Deutschland Schwierigkeiten bekommen sollte, in Schweden zur Persona grata zu machen. Doch sind humanitäre Motive nicht völlig auszuschließen.

9 IFZ, F44/3, Hewitt, Stellungnahme, Mai 1953; siehe auch Schellenberg, »Schlußbericht«, 30. September 1946, S. 59. Schellenbergs Stellungnahme, daß er nicht von Himmler geschickt worden sei, findet sich in NA/RG 226/ Eintrag 123, INF-27, 6. August 1945, sowie in Hewitts Brief an Himmler vom 24. Oktober 1943; siehe auch: NA/Donovan Akten, Rolle 28, Donovan an den US-Präsidenten vom 20. März 1944.

10 IFZ, F44/4, Kerstens Notizen, 4. Dezember 1943. In *Totenkopf und Treue* datiert Kersten Himmlers Äußerung auf den 11. November 1943 (S. 149). Er behauptet auch, daß Hitler in der Folge der alliierten Landung in Nordafrika (am 8. November 1942) eine radikalere Politik gegen die Juden befahl (am 10. November, S. 200). In früheren Einträgen in das sogenannte Tagebuch wird der Mord an den Juden ausdrücklich erwähnt. Am 12. Dezember 1940 (F44/6, S. 16 – dies frühe Datum ist ebenso problematisch wie die sogenannten Kersten-Notizen insgesamt) notiert Kersten eine Äußerung Himmlers: »Wir müssen die Juden ausradieren, das ist der Wille des Führers.« Am 18. April 1941 soll Himmler gesagt haben: »Bis Kriegsende müssen die Juden ausgerottet sein. Das ist der eindeutige Wunsch des Führers.« Am Tag der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten – am 8. Dezember 1941 – soll Himmler erklärt haben: »Amerika wird von den Juden

beherrscht. Und unser einziger Friedensparagraph für Amerika wird sein: Auslieferung der amerikanischen Juden an Deutschland.«

11 Die Schweizer Presse (z. B. *Eidgenosse, Neue Zürcher Zeitung, Volksstimme*) am 9. März 1946; 27. Dezember 1947 (*Volk und Armee*), usw. In den Zeitungen werden Passagen aus Schellenbergs Aussagen zitiert, die sich auf seine Treffen mit Masson und Guisan beziehen. Heinz Höhne, *Krieg im Dunkeln*, München 1985, S. 415-418.

12 Schellenbergs Bericht vom 9. Juni 1945, in Hillel Storchs Archiv, Stockholm. Ich danke Dov Dinur dafür, daß er mir eine Kopie übersandt hat. *Volksstimme* und *Volkszeitung*, 9. März 1946; *Volk und Armee*, 27. Dezember 1947; Eggen, Verhör, März 1946, NA, T120; Schellenberg, Verhör, Abschlußbericht, 30. September 1946, NA, T120.

13 NA/R 226/ Schellenberg, Verhör, 15. und 21. September 1945, S. 8: »Hero und Leander hatten Kontakte in Lissabon; dort war Hero amerikanischer Militärattaché und Leander sein Assistent Demarest. Diese Verbindung wurde vom Frühjahr 1943 bis zum Kriegsende aufrechterhalten, obwohl sie gegen Ende an Bedeutung verlor... Hero und Leander diskutierten einen Kompromißfrieden mit Schellenbergs Leuten.« Bei diesen Kontakten handelte es sich wohl um reguläre Versuche der Amerikaner, deutsche Nachrichtenquellen zu unterwandern, aber sie fügen sich in das Bild von Schellenberg als dem Mann, der im Namen Himmlers über einen Separatfrieden verhandelte.

14 Siehe seine Aussage von 13. Januar 1947, NA/M 1019/ Rolle 63, Bild 298. Er wiederholt dies in fast allen seinen Aussagen.

15 Zum Beispiel NA, M-1270, Rolle 18, Verhör von Schellenberg, 13. November 1945.

16 Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*. Höhne, der sehr viele Quellen heranzieht, zeichnet ein sehr detailliertes Bild. Er übernimmt Schellenbergs Darstellungen, ohne sie sehr kritisch zu durchleuchten. Er verläßt sich auf Gerüchte und unbelegte Äußerungen, zieht aber auch eine ganze Reihe sehr viel verläßlicherer Quellen heran. Meiner Ansicht nach stellt seine Analyse, auch wenn sie in großen Zügen durchaus zutrifft, das geheime Einverständnis zwischen SS und Opposition viel zu entschieden dar. Er behauptet, daß die Amerikaner in Lissabon und in Bern (Dulles) bereit gewesen seien, mit der SS über einen Separatfrieden zu verhandeln. Das ist äußerst vereinfachend formuliert. Viele Mitarbeiter des OSS, in Übersee ebenso wie in Washington, waren der Meinung, daß man den Widerstand in Deutschland unterstützen solle, aber sie waren äußerst vorsichtig im Hinblick auf separate Friedensangebote. Die offizielle Politik der amerikanischen Regierung war entschieden gegen solche Angebote.

17 Siehe die Aussagen von Yaakov Tsur, Oral History Center, Institute of Contemporary Jewry, Jerusalem. Leiter von Monospol war der Österreicher Zehatko. Tsurs Vater Alfred Zierer unternahm als Angestellter von Monospol weite Reisen durch Griechenland, die Türkei und andere

Länder, um dort Geschäfte zu tätigen. In Istanbul war er im November 1941 mit einem gewissen Dr. Reimann, der dann dort blieb. Zierer sei dann, so sein Sohn Tsur, etwa alle drei Monate dorthin gefahren. Die letzte Reise habe er 1943 unternommen, im Juni sei er nach Prag zurückgekehrt. Nach den Verhaftungen vom April verlor er seinen Schutz und mußte nach Theresienstadt, kurz darauf wurde er nach Auschwitz deportiert. Sein Vater habe ihm, so Tsur, vor seiner Deportation nach Auschwitz gesagt, daß die Juden dort mit Preußischer Säure (Zyklon B war der Handelsname dieses Stoffes) vergast würden. Siehe Tsurs Zeugenaussage, Oral Documentation Center, IQ, 1988; siehe auch *Peulot Hatzalah beKushta. 1940-1944*, Symposion im Kibbuz Lohamei Hageta'ot, 16. Dezember 1968, YV, Jerusalem 1969, S. 48-51. Vgl. dazu Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf.*

18 Huppenkothen, Zeugenaussagen, YV, Nürnberg, Verhöre vor dem Prozeß, 29. Januar 1948, 2. September 1947, 2. Dezember 1947. Heinz Höhne, *Canaris: Patriot im Zwielicht*, Bindlach 1993; Peter Hoffmann, *The History of the German Resistance*, Cambridge 1977, S. 293-295.

19 Die Depositenkasse-Affäre wurde nach dem Krieg von den Engländern in einem Prozeß gegen Roeder aufgerollt. Die Dokumente befinden sich im IFZ, MB-6 (1), Strafverfahren gegen Dr. Manfred Roeder, LG-Lüneburg, Anz. Nr. 1787/55, Bd. 15, IJS 16/49. Siehe auch Huppenkothen, Verhöre in Nürnberg.

20 Huppenkothen, Verhöre; Höhne, *Canaris.*

21 Diese Interpretation wird bestritten von Erwin Lahousen: NA/E 190/ Kasten 365/ Akte 5, undatiert. Lahousen behauptet, Himmler habe Canaris in eine Falle locken wollen, sei jedoch von Keitel daran gehindert worden, der befürchtet hätte, eine Verhandlung könne auch seine Position erschüttern. Diese Behauptung widerspricht jedoch allen anderen Zeugenaussagen und basiert auch nicht auf Aussagen erster Hand. In seinem Buch über Canaris behauptet Höhne, daß Himmler Roeder aus übergroßem Respekt vor Canaris daran gehindert habe, seine Ermittlungen fortzusetzen. Das klingt etwas weit hergeholt, paßt auch nicht zur Verschlagenheit Himmlers. Vgl. auch Höhnes Artikel zum Fall Roeder, in: *Der Spiegel* 25/1969.

22 Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein, *Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition*, Berlin 1982.

23 Eberhard Bethge, *Dietrich Bonhoeffer*, München 1969, S. 838-841.

24 YV, Abteilung der Gerechten. Ich danke Mordechai Paldiel, der mir diese Dokumente zugänglich machte. Unter den vierzehn waren Julius Fliess mit seiner Frau und seiner Tochter; Friedrich Arnold, mit seiner Frau und zwei Söhnen, Ilse Rennfeld und ihr nicht-jüdischer Ehemann, Annemarie Conzen, Charlotte Friedenthal, die eigentlich die fünfzehnte war. Doch weil sie ein paar Tage, nachdem die Gruppe sich gebildet hatte, dazustieß, zählten sie die anderen nicht mehr zur Gruppe. Sie reiste am 4. September in die Schweiz, die Gruppe am 23. September

1942. Von Dohnanyi verhalf 1942 noch drei weiteren Personen zur Ausreise in die Türkei: Walter Kranz und seiner jüdischen Frau und der jüdischen Mutter von Walter Kobold. Vgl. BA, Militärarchiv (Freiburg) MSg 2/120.

25 Lahousen, Zeugenaussage, NA/E 190/ Kasten 365/ Akte 6, undatiert.

26 Freiburg, Militärarchiv, MSg 2/120, Arnold, Aktennotiz, Oktober 1946 und April 1972.

27 Kersten, *Totenkopf und Treue*, S. 280ff.; BA, R58/1028, Brief von Heydrich vom 16. Januar 1942. In diesem Dokument werden die Spannungen, die im RSHA wegen dieser Angelegenheit aufbrachen, deutlicher. Heydrich bezieht sich auf seinen Brief vom 7. Februar 1941, in dem er die Gestapo angewiesen hatte, jede Intervention Langbehns zugunsten von Gefangenen des RSHA höflich, aber bestimmt zurückzuweisen. Ein Jahr später und ausdrücklich in Übereinstimmung mit Himmlers Wünschen revidiert er dies: In der Zwischenzeit hätten der Reichsführer SS und der Chef der deutschen Polizei »den Rechtsanwalt Dr. Langbehn« mit gewissen Sonderaufgaben betraut. Doch für den Fall, daß Langbehn interveniere, gelte auch jetzt, daß nichts ohne Heydrichs Zustimmung geschehen könne.

28 Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*. Schellenbergs Stellungnahme: »Did Himmler Know of the 20th of July?«, Military History Institute, Carlisle Barracks, (MHI), Donovan Akten, Kasten 8713, Mappe: Schellenberg.

29 IFZ, Zs317/6863/84, BA, Brief an das IFZ vom 23. April 1953.

30 Hoffmann, *The History of the German Resistance* , S. 225. Der andere Abgesandte der Verschwörer in der Schweiz war Adam von Trott zu Solz.

31 Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*.

32 MHI, Donovan Akten: »Did Himmler Know of the 20th of July?«

33 Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*.

34 MHI, Kasten 125B, Mappe: OSS Chronological File to the State Department, Juli-Oktober 1944, Donovan, Aktennotiz vom 22. Juli 1944.

35 Im Schweizer Außenministerium war Philippe Aubert de la Rue dafür zuständig; beim Internationalen Roten Kreuz waren Johann Schwarzenberg, danach Paul Kühne mit den jüdischen Angelegenheiten betraut. Die Koordination zwischen beiden oblag Eduard de Haller, dem Bundesbeauftragten für internationale Hilfsorganisationen.

36 NA/T120/4202/E422447-8/Wagner an Müller (Chef der Gestapo), 13. Juli 1943, und andere Briefe auf derselben Rolle in T 120.

37 NA/T120/4202/K207714-5/ Von Thadden Memo vom 21. Mai 1943.

38 NA/T120/4202/E422480, 29. März 1944.

39 Siehe Anm. 36 dieses Kapitels.

40 Miroslay Kárný, »Svĕdectví z Osvĕtími«, in: *Tvorba* 14, 1989.

41 NA/T120/4202/E422405/Killinger an das deutsche Außenamt, 30. April 1943. Diese Versuche von neutralen und Satellitenstaaten sowie

von einigen der Alliierten, kleinere Gruppen von Juden zu retten, spiegeln sich in einer anderen Entwicklung. Die Rumänen und die Abwehr starteten im November 1942 einen Versuchsballon: den Vorschlag, 70000 Juden aus Transnistrien nach Palästina auswandern zu lassen. Die Rumänen argumentierten, Hitler habe seine Einwilligung dafür bei einem Treffen mit Marschall Ion Antonescu gegeben, die Deutschen bestritten dies. Dieser Plan sorgte bei den Westmächten für große Unruhe, und bis heute werden den führenden Juden gegenstandslose Vorwürfe gemacht, die aber tatsächlich alle Hebel in Bewegung setzten, um diese merkwürdige Initiative zu unterstützen. Sie wurde im Januar 1943 im Westen bekannt, als die deutsche Botschaft in Bukarest die ganze Angelegenheit längst abgeschmettert hatte. Es ist äußerst fraglich, ob diese Initiative der Rumänen (und der Abwehr) überhaupt in unseren Zusammenhang gehört, denn es gibt keinen Hinweis darauf, daß Himmler das Ganze überhaupt ernst genommen hat. Die einzige Verbindung scheint zu sein, daß zwischen Ende 1942 und Anfang 1943 solche Pläne von einigen der NS-Satelliten und vermutlich auch von einigen Angehörigen der Abwehr diskutiert wurden. Aber wir wissen in diesem besonderen Fall noch nicht einmal, ob es tatsächlich als ernsthaftes Projekt führender Kräfte in der Abwehr gelten kann. NA/T120/4202/ E422360, Schwedische Botschaft an das deutsche Außenamt, 7. Juli 1943.

42 4. Oktober 1943, IMT, PS-1919.

43 Hans-Georg Gadamer, *Wahrheit und Methode*, Tübingen 1965.

44 IFZ, F37/3, Rede zum Gedenken an Heydrich nach dessen Tod durch ein erfolgreiches Attentat tschechischer Agenten, die von den Engländern über der Tschechoslowakei abgesetzt wurden.

45 Ebenda, Rede im Haus der Flieger, 9. Juni 1942.

46 Ebenda, Rede an das Führungskorps *Das Reich* Waffen SS Division, 19. Juni 1942.

8
Dogwoods Agentenringe

1 Es war in der Tat ein Problem, daß unter Major Wickham bis Dezember 1943 keine Gegenspionage-Abteilung des OSS in Istanbul eingerichtet worden war. Der Dogwood-Ring war ein halbes Jahr zuvor gebildet worden, woraus sich ergibt, daß es von Anfang an keine richtige geheimdienstliche Überwachung von Dogwood und seinen Agenten gegeben hat. NA/RG 226/E 148/Kasten 33/Mappe 435, »Notes for the History of SI, Istanbul«, undatiert, Unterschrift unleserlich.

2 Barry Rubin, *Istanbul Intrigues*, New York 1989, S. 169.

3 Gespräch zwischen Alfred Schwarz, Barry Rubin und Yehuda Bauer, 1987, in B. Rubins Besitz.

4 NA/Record Group 84, Istanbul Consulate, 1944, Band 17, 820.02, Be-

richt Nr. 234, Quelle: Dogwood; NA/Donovan Akten, Rolle 68. Vgl. auch Hoffmann, *The History of the German Resistance*, S. 226; Michael Balfour, *Helmuth James Graf von Moltke. 1907-1945*, Berlin 1984; Jürgen Heidekind und Christof Mauch, *Das Herman-Dossier*, in: VJHFZG 4, 1992, S. 567-623.

5 NA/RG 226/E 88/ Kasten 420/Wash-Commo-R&C-324-Istanbul, August 1943 bis März 1944, Dogwood, Bericht vom 27. Oktober 1943.

6 Rubin, *Istanbul Intrigues*, S. 174-175.

7 NA/Suitland, Istanbul Consulate, 20. Oktober 1944, Brief von Schwarz an den Botschafter der Vereinigten Staaten, angeheftet McVickers Kommentare vom 24. Oktober 1944.

8 Rubin, *Istanbul Intrigues*, S. 175-177; NA/Donovan Akten, Rolle 68.

9 NA/RG 226/E 190/ Kasten 72/ Akte 14.

10 Ingeborg Fleischhauer, *Die Chance des Sonderfriedens*, Berlin 1986.

11 NA/E 190/Kasten 309/ Mappen 247, 249.3/10/44, 4/17 Maddox (London) an Macfarland, und anderes, ähnliches Material an derselben Stelle.

12 Rubin, *Istanbul Intrigues*, S. 194; NA/RG 226/E 88/ Kasten 420/ Wash-Commo-R&C-324/Istanbul, History of the OSS in Istanbul, S. 120ff.

13 Nach GR Dokumente, 110063, HSSPF Ungarn, Bericht vom 3. April 1944, wurde Meßner am 31. März 1944 verhaftet.

14 Archiv des österreichischen Widerstandes, Wien, Akten 1 13, 4722, 12048, 8378, et al.; persönliche Mitteilung von Frau Dr. Helene Legradi, 1987.

15 NA/RG 226, E 154/Kasten 35/ Akte 522, Toulmin an Joyce, 30. Juli 1944.

16 NA/E 190/Kasten 76, British SIS (ISLD) Bericht, 23. Mai 1944; NA/RG 226/Wash-Sect-R&C-97- Mappe 6, 1. Mai bis 31. Juli 1944, Kabel vom OSS Washington an Busby, Istanbul, 26. April 1944; NA/RG 226/E 121/Kasten 12, Telegramm vom 26. April 1944. In seiner Zeugenaussage beim Eichmannprozeß, Protokoll, S. 896, erklärt Brand, daß Laufer konvertierter Jude gewesen sei, widerspricht sich allerdings mit einer späteren Bemerkung: »Ich glaube, daß seine Frau oder seine Großmutter konvertierte Jüdinnen waren.« Rubin, *Istanbul Intrigues*, S. 192-197. Rubin verweist auf eine Quelle, derzufolge Laufer »Halbjude« gewesen sei. Alle anderen Quellen geben an, beide Eltern Laufers seien Juden gewesen.

17 NA/E 120/Kasten 20, CIC-Analyse der Brand-Grosz-Mission, undatiert, wahrscheinlich Ende Juni 1944.

18 Schwarz erzählte diese Geschichte in einem Nachkriegs-Verhör; er sagte aber auch einem OSS-Ermittler zu jener Zeit (wahrscheinlich Anfang Juni 1944), daß Laufer ein Tauschgeschäft mit jüdischen Flüchtlingen vorgeschlagen hätte. Flüchtlinge aus Mitteleuropa sollten

gegen Material oder Geld getauscht werden; dieser Plan aber wäre allem Anschein nach niemals mehr gewesen als eine wilde Phantasie. Vgl. NA/RG 226/E 148/Kasten 34.

19 Brief von Andreas Biss an Y. Bauer, 16. Oktober 1987; Gespräch zwischen Y. Bauer und Alfred Schwarz in Jerusalem, 22. Februar 1988.

20 PRO/FO 371/42811/WR 422/9/G, Verhör von Grosz durch Leutnant N. J. Strachan, SIME.

21 Randolph L. Braham, *The Politics of Genocide*, New York 1981, Bd. 2, S. 944; NA/RG 226/E 88/Kasten 420/ Wash-Commo-R&C-324-Istanbul, August 1943-März 1944, Cereus Bericht, 26. Oktober 1943; Grosz Verhör. Vgl. auch Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 113-117.

22 Earle war exzentrisch; zu seinen Aktivitäten gehörten auch Gespräche mit Canaris in Istanbul.

23 Der erfolreichste deutsche Agent des OSS hatte nur marginale Kontakte zum konservativen Widerstand. Über einen jüdischen Geschäftsmann namens Kocherthaler, der Anfang der dreißiger Jahre aus Deutschland geflohen war, hatte Allen Dulles Kontakt zu Fritz Kolbe, einem deutschen Diplomaten, aufgenommen, der als Referent für den Botschafter zu besonderer Verfügung Karl Ritter arbeitete. Ritter war Ribbentrops Mann für alles; sämtliche Telegramme deutscher Diplomaten liefen über seinen Schreibtisch, und er sortierte aus, was dem Außenminister vorgelegt wurde. So lasen Ritter – und Kolbe – natürlich auch den ganzen Schriftverkehr der Berliner Beamten des Außenamts mit ausländischen Diplomaten und deutschen Vertretungen. 1943 reiste Kolbe nach Bern, und dort arrangierte Kocherthaler das Treffen mit Dulles. Etwa alle drei Monate kam Kolbe in die Schweiz, sandte aber auch Material auf den verschiedensten anderen Wegen, so daß er nicht nur vollständige Berichte über die Pläne und Aktivitäten des Auswärtigen Amtes liefern konnte, sondern auch Details über Industrieanlagen und andere Ziele für mögliche Bombenangriffe. Kolbe organisierte eine Gruppe, die er den Inneren Kreis nannte – etwa zwanzig bis fünfundzwanzig Menschen, Militärs, Industrielle und Diplomaten, die auch Verbindung hatten zu den Männern des 20. Juli. Kolbe hat, nach seinen eigenen Aussagen, aber niemals an den Erfolg der Verschwörung geglaubt. Kolbes Kreis hielt und konnte von den Nationalsozialisten nie aufgedeckt werden. Die Motive des Diplomaten waren tiefe Feindschaft gegen den Nationalsozialismus und seine Überzeugung, daß nur eine militärische Niederlage zur Entmachtung des Regimes führen könne. Ein weiteres Motiv waren vermutlich sein Katholizismus und seine Freundschaft mit Prälat Schreiber, dem Abt des Klosters Ottobeuern in Bayern. /FZ, MA/300/2, Gespräch mit Kolbe, 26. September 1945.
Die Anstrengungen von Gisevius glichen jenen, die gleichzeitig Adam von Trott zu Solz als Abgesandter von Moltkes Kreisauer Kreis unternahm. Vgl. Jürgen Heidekind, »Gero von Schulze-Gaevernitz«, in: Mi-

chael Bosch und Wolfgang Niess (Hrsg.), *Der Widerstand im deutschen Südwesten. 1933-1945*, Stuttgart 1985.

24 Rubin, *Istanbul Intrigues*, S. 227-229; NA/Donovan-Washington Center Files, Rolle 165, 15. Februar 1944, Macfarland nach Washington; deutsche Dokumente dazu finden sich in NA/T120/Rollen 360, 395, 400.

25 NA/T120/1757/E025155/ 18. Juli 1944, Wagner, Notiz über eine Nachricht von Kaltenbrunner.

26 GR/AA/487/45 – 11-345-7, 13. April 1944, über die Verhaftung der Budapester Abwehrleute wegen Korruption (sie hatten zionistische Gelder übermittelt und dabei Anteile für sich behalten): »Unter den Festgenommenen befindet sich der Hauptagent Dr. Rudolf Gerhard Schmied, der Halbjude Josef Winninger und ein Rudolf Schwarz. Die Namen sind Decknamen.« Siehe auch E 422117/8, 1. Juli 1944, Verhör von Wehner-Popescu.

27 Er bekleidete den Rang eines Oberstleutnant.

28 Moyzisch konnte nicht in die SS aufgenommen werden, obwohl er als operativer Mitarbeiter des SD arbeitete. Der Grund war nicht sein jüdisch klingender Familienname, sondern der Status seiner Mutter als uneheliches Kind, deren Vater unbekannt war. Berlin Document Center (BDC)-Moyzisch Akte.

29 NA/T120/688/311771/ Lissabon an Berlin, 11. Februar 1944.

30 NA/RG 226/E 190/ Kasten 176, X-2, 12. März 1944, Verhör von Karl von Kleczkowski.

31 Rubin, *Istanbul Intrigues*, S. 143-145.

32 NA/RG 226/110895, undatiert.

33 Siehe Gyula Kadar, *A Ludvikatol Sopronköhidaig*, Budapest 1978. Ich danke Kalman Keri in Budapest, der mir im Juni 1987 persönliche Informationen über Hatz gegeben hat, die ich auf Keris Bitte nicht auf Band aufgenommen habe. Oberst Keri war Kadars Adjutant und mit Hatz eng befreundet.

34 Brief von Ferenc Bagyoni an Saly Mayer, 8. Juli 1947, in meinem Besitz.

35 Rubin, *Istanbul Intrigues*, S. 187.

36 NA/RG 226/E 88/ Kasten 420/Wash-Commo-R&C-324-Istanbul, August 1943 bis März 1944, 4. Oktober 1943, Dogwood Bericht.

37 NA/T120/4355/E421958/ Veesenmayer an Ritter, 18. April 1944.

38 Die SS wußte von Plänen, den Alliierten ungarische Flugfelder zu übergeben, wenn diese über Jugoslawien in Ungarn einmarschieren würden. Siehe NA/T 120, Kienast, Aktennotiz, 28. Dezember 1943.

39 NA/RG 226/E 154/ Kasten 32/ Akte 481, Donovan Aktennotiz an die Oberste Heeresleitung, 20. November 1943.

40 NA/Macfarland an Donovan, 26. Dezember 1943; im Besitz von Prof. Shlomo Aronson, dem ich für diesen Hinweis danke.

41 MHI, Donovan Akten, Boston Series, Bd. 15.1, Kasten 79B, »The Hatz Case«.

42 Ebenda.
43 Siehe Macfarland an Toulmin, 19. Januar 1944, NA/RG 226/E 148/ Kasten 34/ Mappe 446 (Gyorgy Ranki veröffentlichte die Dokumente teilweise in ungarischer Übersetzung in *A Wilhelmstrasse es Magyarorszag*, Budapest 1986, S. 383-385; 755-758); MHI, Donovan Akten, Special OSS Reports, Kasten 86, 4. Januar 1944.
44 NA/RG 226/E 88/ Kasten 495/Wash-Commo-R&C-381-382, Protokoll einer Geheimsitzung am 22. Januar 1944.
45 *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik. 1918-1945*, Serie E, 1941-1945, Bd. 7, Göttingen 1979, Dokument 197.
46 NA/RG 226/E 134/Kasten 298, Macfarland, Brief an Donovan, 5. Februar 1944.
47 NA/E 190/Kasten 71 /Akte 11, undatierte Aktennotiz, unterschrieben von Macfarland.
48 NA/R 226/E 148/ Kasten 34, Knickerbocker Bericht, 31. Juli 1944.
49 GR Dokumente, 110300-1, 5. Mai 1944, HSSPF Bericht vom 4. Mai.
50 NA/820. 02 Ungarn, Burton Y. Berry Bericht, 18. Juni 1944. Hatz hat erklärt, daß er entlassen worden sei, weil Grosz den Deutschen nichts über seine Verwicklung in die »Sparrow Mission« (siehe unten) mitteilen konnte. Außerdem habe Horthy interveniert, was wiederum zu seiner Ernennung zum Adjutanten des Generalstabschefs geführt habe. Er habe auch versprechen müssen, sich für den Dienst an der Ostfront zu melden. Die Wahrhaftigkeit seiner Aussagen kann man daran ermessen, daß er den Amerikanern erklärte, bis zu seiner Abreise aus Budapest am 8. Juni seien keine ungarischen Juden deportiert worden, sondern nur ausländische Staatsbürger. Berry glaubte Hatz, nicht den Juden.
51 JDC/SM Hungary, Bagyoni, Brief an Mayer, 8. Juli 1947. Die Darstellung bezieht sich unter anderem auf Zoltan Makra, *Honvedelmi Miniszterek Szolgalataban. 1940-1944*, München 1986. Ich danke Zvi Erez und Zeev Taub, die mir die entscheidenden Passagen übersetzt haben. Zu Beckerles Telegramm vom 1. Februar 1944 siehe S. 81.
52 Über die Sparrow Mission vgl. Rubin, *Istanbul Intrigues*; und NA/Donovan Akten, Rolle 7.
53 Fritz (František) Laufer wurde 1900 in Prag geboren. 1938 lebte er mit seiner dritten Frau in Prag, einer konvertierten Jüdin. Wahrscheinlich arbeitete er als Kellner. Wie Grosz war auch Laufer ein Kleinkrimineller. 1940 stand er in Prag wegen Betrugs vor Gericht. Offenbar machte ihn dies zu einem willfährigen Werkzeug für die Abwehr. Sein Führungsoffizier war Kapitän Erich Klausnitzer, ein Sudetendeutscher. Laufer wurde mit Aufträgen der Abwehr nach Zagreb und Belgrad, dann nach Istanbul geschickt; er »arbeitete« aber auch in Prag. Er verschaffte sich Zugang zu tschechischen Widerstandsgruppen, die er dann verriet. Anfang 1944 schickte ihn Klausnitzer nach Budapest. Vor Kriegsende kehrte er nach Prag zurück. Aber Klausnitzer holte ihn ein, offenbar wußte er zuviel. Am 15. April 1945 wurden Laufer und seine

Frau auf Betreiben Klausnitzers verhaftet und noch am selben Tag hingerichtet. Archiv des tschechischen Innenministeriums, AMV. 325-10-2. Ich danke Pavel Škorpil für diesen Hinweis.

54 NA/RG 226/E148/ Kasten 34, Reports Officer Harry R. Harpers Darstellung der Gründe von Dogwoods »Scheitern«. Ein interessanter Nebenaspekt ist, daß Harper immer noch dachte, es lohne sich, den Kontakt zu »Iris« festzuhalten. Harpers Bericht ist nicht datiert, wahrscheinlich ist er Mitte Juni 1944 verfaßt worden.

55 Macfarland an Shepardson, den Leiter des SI in Washington, 10. Juni 1944, NA/RG 226/E 148/Kasten 33/Mappe 437.

56 NA/E 154/Kasten 33/Akte 509, 25. September 1944, Kairo, Besprechung mit Coleman.

57 NA/E 154/Kasten 33/Akte 510, 16. Februar 1945, Aldrich an O'Gara; Wisner an Shepardson, 8. August 1944, NA/RG 226/E 148/Kasten 33/Mappe 439.

58 Zur gleichen Zeit, als die Brand-Grosz-Mission stattfand, hat in Schweden Peter Bruno Kleist, ein SS-Mann, der offenbar von der Abwehr übernommen wurde und nun für Schellenberg, aber auch für Ribbentrop arbeitete, einen Lösegeldvorschlag vorgelegt: 2000 lettische Juden für zwei Millionen US Dollar, später abgewandelt zu zwei Millionen Schwedischen Kronen, mit denen Güter zur humanitären Hilfe in Deutschland gekauft werden sollten (siehe oben). Schließlich erklärte Kleist, daß gar kein Geld nötig sei. Das OSS in Schweden sah in diesem Vorschlag »den Versuch, in letzter Minute in den USA und Schweden für Goodwill zu sorgen«. Kleist bat dann um Asyl als Flüchtling, denn er sei jüdischer Abstammung. Doch tauchte er 1945 noch einmal in Schweden auf, wiederum im Auftrag der SS. WRB, Johnson nach Washington, 26. Juni 1944, Nr. 2362.

9
Verkaufte Seelen – Ungarn 1944

1 Es fragt sich überhaupt, warum dies ein »Vorwurf« ist.

2 Randolph L. Braham, »The Kamenets Podolsk and Delvidek Massacres: Prelude to the Holocaust in Hungary«, in: *Yad Vashem Studies* 9, 1973, S. 133-156.

3 Randolph L. Braham, *The Politics of Genocide*, New York 1981, S. 231.

4 Randolph L. Braham, *The Destruction of Hungarian Jewry*, New York 1963, Bd. 1, S. 86, 87, 89, 95, 151.

5 Nach den OSS Berichten in NMI, Kasten 90C, gab es im März 1943 in Ungarn 822000 zugelassene Rundfunkempfänger; davon konnten 88 Prozent ausländische Sender empfangen. Eine Umfrage der ungarischen Regierung ergab damals, daß 43,7 Prozent der Zuhörer ausländische Sendungen hörten.

6 Robert Major, »The Holocaust in Hungary«, in: *Jewish Currents*, Dezember 1965. Eine weitere aufschlußreiche Quelle ist der Bericht von Eva Heymann, einem jungen Mädchen im Alter von Anne Frank, den die Mutter aufgeschrieben hat. Wenn die relevanten Teile authentisch sind, würde daraus hervorgehen, daß das Mädchen wußte, daß Polen den Tod bedeutete und daß die Juden nach Polen deportiert würden. *The Diary of Eva Heymann*, New York 1988.

7 Kasztner, Brief nach Istanbul, 31. Juli 1944, Ludwig Kastner Archiv, YV/048/88.

8 Siehe Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, Seattle 1978, S. 94-155.

9 Joel Brand, *Beshlichut Nidonim Lamavet*, Tel Aviv 1956, S. 54.

10 Der Mossad-Mann Avriel stellt Schulz als Freund der Juden dar; vgl. Avriel, *Open the Gates*, S. 161-165.

11 Sandor Szenes, *Befejezetlen mult. Keresztenyek es zsidok, sorsak* (Unerledigte Vergangenheit. Christen und Juden, Schicksal), Budapest 1986. Am 27. Mai gelang Czeslaw Mordowicz und Arnošt Rosin, zwei weiteren Auschwitz-Häftlingen, die Flucht aus dem Lager in die Slowakei. Ihr Bericht wurde in den der beiden ersten Flüchtlinge integriert.

12 Das WRB wurde, auf Druck aus Regierungskreisen und des Kongresses, von Präsident Roosevelt am 22. Januar 1944 gegründet. Theoretisch waren das Verteidigungs–, das Innen- und das Finanzministerium daran beteiligt. Der Auftrag war die Rettung von Menschen, deren Leben von den Nationalsozialisten und ihren Verbündeten bedroht wurde. Tatsächlich richteten sich die meisten Aktivitäten des WRB auf die Rettung von Juden. Vgl. David S. Wyman, *The Abandonment of the Jews*, New York 1984.

13 Zoltan Mor, *Die Juden Ungarns*, Manuskript, S. 292-306. Es gab zwölf Emissäre in den Provinzen. Wir kennen die Namen von sieben von ihnen: Esther Schechter, Haim Fetman, Hava Bermat, Miklos Gottesmann, Anna Czech, Efra Teichmann (Agmon) und Neska Goldfarb.

14 Wie Randolph L. Braham (in: *The Politics of Genocide*) und andere dargestellt haben, hat die Katholische Kirche Ungarns tatsächlich die Deportation von Juden in die Todeslager unterstützt, während Angelo Rotta, der päpstliche Nuntius, bereits am 27. April 1944 beim stellvertretenden Außenminister Michael Arnothy-Jungert gegen die anti-jüdische Politik der ungarischen Regierung protestiert hat. Ungarn, so heißt es in der Protestnote, habe sich immer als christliche Nation bezeichnet und beschreite nun Wege, die der christlichen Botschaft zuwiderliefen. Einige katholische Würdenträger, darunter Aron Marton, der Erzbischof von Cluj, Baron Vilmos Apor, der Bischof von Gyor, Gyula Czapik aus Eger, Endre Havas aus Csanad und Ferenc Virag aus Pest wandten sich gegen die offizielle Politik der ungarischen Kirche und gegen die Deportationen.

15 Lohamei Gettaot Archiv, Brand, Brief vom 3. Januar 1944.

16 Ich danke Randolph L. Braham dafür, daß er meine Aufmerksamkeit auf die Unzuverlässigkeit der Zeugenaussagen von Weinberger-Carmilly gelenkt hat.

17 Mendelsohn (Hrsg.), *The Holocaust*, Bd. 15, New York 1982, S. 29.

18 Die Waffen waren 150 Pistolen, 40 Granaten, 3 Gewehre und 2 Maschinengewehre, von denen nur eins brauchbar war. PRO/FO 371/42811/WR 324/3/48, Brand, Verhör im Juni 1944.

19 Diese Episode wird in einer ganzen Reihe von Quellen erwähnt. Weniger bekannt ist, daß die Verschwörer, als sie am 15. Oktober 1944 von der Horthy-Ankündigung erfuhren, Ungarn werde das Bündnis mit Deutschland verlassen, überlegten, ob man nicht die jüdischen Arbeitsbataillone bewaffnen könne.

20 Szilagyi vertrat noch immer die Hashomer Hatzair Bewegung, war aber bereits ausgestoßen worden. Siehe Avihu Ronen, *Hashomer Hatzair BeHungaria. 1944* , Manuskript, Tel Aviv 1994.

21 Bei seiner Vernehmung sagte Brand, das Treffen habe am 29. März stattgefunden; im Gespräch mit den Istanbuler Emissären (MA/D1721) nennt er den 22. März als Datum. Und im Gespräch mit Shertok in Aleppo wurde es der 24. Im Schlußbericht erklärte Kasztner, das Treffen habe am 5. April stattgefunden. Ernest Landau (Hrsg.), *Der Kastner[!]-Bericht über Menschenhandel in Ungarn*, München 1961, S. 70-72. In seinem Brief nach Istanbul vom 31. Juli 1944 (Ludwig Kastner Archiv, YV/048/88) wird der 3. April erwähnt. Wenn Freudiger zwei Tage nach der deutschen Besetzung Budapests zu Wisliceny kam und kurz darauf Kasztner, dann klingt es nicht überzeugend, daß dieser fast zwei Wochen bis zu einem Treffen mit Wisliceny gewartet haben soll. Möglicherweise bezieht sich das April-Datum auf ein zweites, weniger wichtiges Treffen mit Wisliceny. Am wahrscheinlichsten ist ein Datum um den 22. bis 24. März. Die genaue Datierung ist bei vielen Ereignissen in diesem Zusammenhang schwierig.

22 Landau (Hrsg.), *Der Kastner[!]-Bericht*, S. 71-78, Brand, *Beshlichut Nidonim Lamavet*, S. 61-66; Randolph L. Braham, *The Destruction of Hungarian Jewry. A Documentary Record*, New York 1963, Bd. 2, S. 922-928.

23 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 285; Shertoks Gespräch mit Brand in Aleppo, 11. Juni 1944, von dem in mehreren Versionen berichtet wird (siehe unten).

24 MA, D. 1.721.

25 Wieder sind sich Brand und Kasztner nicht sicher über die genauen Daten. In seinem Bericht in Istanbul spricht Brand vom Treffen am 2. April. Das dritte Treffen fand am 9. April statt, das vierte einige Tage später.

26 Die Mitglieder der Abwehrgruppe werden meist mit Decknamen genannt, die bürgerlichen Namen sind unbekannt.

27 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 17.

28 Brand, Zeugenaussage, Eichmannprozeß (Eduyot B, S. 876); Brand, Verhör, PRO/FO 371/42811/WR 422/9/6, S. 18; dort behauptet er, das erste Treffen mit Eichmann habe am 16. stattgefunden. In seinen späteren Aussagen spricht er vom 25.

29 Landau, *Der Kastner[!]-Bericht*, S. 89.

30 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 64ff.

31 Brand, Verhör, S. 20; und Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 156-157 (Hirschmanns Bericht über sein Treffen mit Brand). Bei der Nennung von Daten widerspricht sich Brand. In dieser Vernehmung (S. 18) nennt er für das erste Treffen den 16. April, für das zweite den 25. April (seinen Geburtstag). Veesenmayer bestritt später seine Teilnahme an diesen Treffen.

32 Brand, Verhör, S. 23-24. Bei anderen Gegelegenheiten nennt Brand viel größere Zahlen, doch sind diese Angaben ebenso unzuverläßlich wie die hier genannte Summe.

33 Brand, Verhör, S. 25.

34 Kasztner zufolge hat das letzte Treffen zwischen Brand und Eichmann zwei Tage vor Kasztners Verhaftung stattgefunden. Dies war am 10. Mai, darum vermuten wir, daß jenes Treffen am 8. Mai stattgefunden haben muß.

35 Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 112-113.

36 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 172.

37 Brand, Verhör, S. 27.

38 Brand, Zeugenaussage, Eichmannprozeß (Eduyot B, S. 876-877); Becher, Aussage, Nürnberg, Nr. 929, 7. Juli 1947, S. 5-10.

39 Anscheinend trafen sich Brand und Eichmann viermal. Siehe Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 158; und Hirschmann, Gespräch mit Brand. Die Daten sind allerdings nicht genau festzustellen. Im Lauf der Zeit hat Becher die einzelnen Ereignisse wohl immer weniger auseinanderhalten können, und die Daten überlagern sich.

40 Kasztner, zitiert nach Kurt Emenegger, *Reichsführers gehorsamster Becher*; eine Reihe investigativer Artikel in: *Sie und Er*, 1962/63; die zitierte Stelle: Ausgabe vom 17. Januar 1963.

41 Deutsche Mikrofilme in Budapest, Historisches Institut, private Sammlung des verstorbenen Gyorgy Ranki (GR Dokumente), E 422117-8, Bericht vom HSSPF, Ungarn (Winkelmann), 11. Juli 1944. Wehner wurde im November 1943 bei seinem Fluchtversuch in die Türkei an der bulgarisch-türkischen Grenze verhaftet, vom ungarischen G-2 nach Budapest gebracht und im Lager Kistarcsa inhaftiert. Befreit wurde er durch einen Trick seines Freunds Winninger, und er flüchtete am 26. Mai, im Juni wurde er erneut vom SD gefangengenommen. Aus diesem Bericht können wir annehmen, daß Schmidts wirklicher Name Korda war.

42 Brand, Verhör, S. 21-23.

43 Bela Vago, »Intelligence Aspects of the Joel Brand Mission«, in: *Yad*

Vashem Studies 10, 1974, S. 120-121; Brand, *Beshlihut Nidonim Lamavet*, S. 81-84; Verhör von Bandi Grosz, PRO-FO/371/42811/WR422/9/G.

44 Brand, Verhör, S. 27.

45 Grosz, Verhör, S. 36. Zusätzlich erklärte Grosz seinem Ermittler, Clages »habe gesagt, sie hätten Brand *nur* gefragt, ob er Kriegsmaterial besorgen könnte, und dieser habe sofort gesagt, das könne er. Diese Nachricht wurde nach Berlin übermittelt, und von dort ist die Anweisung gekommen, Brand auf eine Mission zu schicken.«

46 Eichmannprozeß, Protokoll, Zeugenaussage Brand, S. 897.

47 Grosz, Verhör, S. 37. Laufer ließ Grosz sogar einen Brief an Dogwood (Schwarz) in Istanbul überbringen, in dem Laufer den Vorschlag machte, selbst in die Schweiz zu fahren und dort mit Vertretern der Alliierten zu verhandeln. NA/Donovan Akten, Rolle 179, Macfarland nach Washington, 28. Mai 1944 (NA/R226/Wash-Sect-R&C-97, Mappe 6).

48 Braham, *The Politics of Genocide*, Bd. 2, S. 630.

49 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 52; Becher Zeugenaussage in Nürnberg, YV, 2. März 1948.

50 Dov Dinur, Einführung in: *Dokh Kasztner*, Tel Aviv 1981, S. 21.

51 WRB, Kasten 70, Nr. 274, 28. Juni 1944.

10
Die Istanbul-Mission

1 Brand, Verhör, PRO/FO 371/42811 /WR324/3148, S. 29.

2 Das ungarische Unternehmen Antalya Transportgesellschaft wurde von Mehmed Sipahioglu geleitet, der angeblich pro-jüdisch war. Die Verbindung wurde durch Ludwig Kastner hergestellt (kein Verwandter von Reszö Kasztner), einen slowakischen Juden, Flüchtling und Vertreter von Agudat Israel in der Türkei. Er besorgte Grosz ein Visum. YV/048/88, 1. August 1944, *Allgemeiner Bericht an Agudat Israel.*

3 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 66.

4 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 276.

5 Ebenda, S. 275-276.

6 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 96-97.

7 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 280.

8 Yehuda Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 118-121.

9 CZA, Z4, 27. Juni 1944, Shertok, Bericht.

10 MA, D. 1.714. In seinem Brief vom 27. Mai 1944 bemerkt Bader an einer Stelle, er habe bisher noch kein Wort über Brands Verhalten verloren, als diesem klargeworden sei, daß es keinen Ausweg gebe. Ihm fehlten die Worte, seinen Mut, seine Ruhe und seinen freundlichen Ausdruck zu beschreiben, als sie auseinandergingen.

11 Grosz Verhör, PRO/FO 371/42811/WR 422/9/G; NA/RG 226/ Kasten 32/5/21/44 Macfarland an Shepardson.
12 Das Dokument kam erst am 10. Juli in Budapest an. Kasztner Brief vom 31. Juli 1944, Ludwig Kastner Archiv, YV/048/88.
13 Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 122-123. Während seines Verhörs in Kairo wiederholte Brand, daß er zu jenem Zeitpunkt nicht nach Ungarn zurückkehren wollte (S. 30).
14 MA, D. 1.720, 10. Juni 1944, Bader-Wenja (Venia Pomeranz).
15 Amos Elon, *Timetable*, New York 1980, S. 150-173; WR.13, Kasten 7, Ira Hirschmanns Gespräch mit Brand am 7. Oktober 1944. Brand und Bader waren beide der Meinung, Brand würde umgebracht, wenn er nach Ungarn zurückkehrte, denn die SS wollte die Tatsache verbergen, daß sie Fühler nach einem Separatfrieden ausstreckte. Brand bat Bader um Zyankali, für den Fall, daß man ihn foltern werde, und überreichte ihm sein Testament. Ariel Hurwitz, »Shlichuto shel Menachem Bader umagaei Hashomer Hatzair im Yahadut Eiropa hakvushah«, in: *Yalkut Moreshet* 35, 1983, S. 153-202. Elon aber wußte das besser. Die entscheidenden Dokumente wurden ihm vorgelegt, aber er verzerrte die Tatsachen, um die Anführer der Jewish Agency zu diffamieren.
16 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 100.
17 All dies steht in deutlichem Widerspruch zu den Geschichten, die Tamir und andere spätere Verleumder der führenden Zionisten der Kriegszeit in Umlauf setzten, so etwa Tom Segev und ultraorthodoxe, antizionistische Autoren in Veröffentlichungen der letzten Zeit.
18 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 281.
19 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 117; Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 125-126.
20 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 100-110.
21 Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 131-132; PRO/CAB 95/15/JR(44)/B.
22 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 92-95.
23 US State Department, *Foreign Relations of the United States*, Bd. 2, Washington 1944, S. 1062.
24 Goldmann war nicht-stimmberechtigtes Mitglied der Exekutive der Jewish Agency und eine der führenden Persönlichkeiten des World Jewish Congress. 1940 ist er von den USA in die Schweiz übersiedelt.
25 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 98.
26 Ebenda, S. 203-4, 205. Ben Gurion und Shertok irrten sich mit ihrer Annahme, das WRB hätte zu Verhandlungen mit dem Feind ein formelles Mandat gehabt. Dies Mandat bestand nur implizit; und jede Anfrage in Washington hätte zu der Auskunft geführt, daß es dem WRB nicht gestattet sei, direkte Verhandlungen mit Angehörigen feindlicher Nationen zu führen.
27 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 116, 124.
28 Für Shertoks Darstellung siehe *Maariv*, 6. Juni 1954.

29 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 287, Brand in Aleppo. In einem Gespräch, das ich 1987 in Jerusalem mit Schwarz-Dogwood geführt habe, hat dieser behauptet, Laufer hätte ihm 1944 – seiner Erinnerung nach zwischen dem 19. März und dem 19. Mai – denselben Vorschlag gemacht, den ihm später Brand vorlegte: der Tausch von Juden gegen LKWs. Ich konnte diese Behauptung weder bestätigen noch widerlegen.
30 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 16.
31 Ebenda, S. 17, 19.
32 Die Interventionen Seredis haben andere dargestellt; siehe Braham, *The Politics of Genocide*. Am 23. April 1944 wandte sich Seredi an die Regierung und verlangte, die Konvertierten von den anti-jüdischen Maßnahmen auszuschließen, sie nicht der Weisungsgewalt der Judenräte zu unterstellen und sie vom Tragen des gelben Sterns zu befreien. Außerdem sollten Priester jüdischer Abstammung sowie alte und kranke Konvertierte ihre Hausangestellten behalten dürfen. Am 10. Mai verlangte Rotta, daß Seredi öffentlich gegen die anti-jüdischen Aktionen protestieren sollte. Doch Seredi schwieg bis zum 8. Juni und erklärte dann, daß es bei der herrschenden Zensur durch die Regierung keinen Sinn mache, die katholische Öffentlichkeit zu beunruhigen.
33 PRO/FO 371/42809, S. 115.
34 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 138.
35 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 288.
36 Ebenda, S. 291.
37 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 164: »Schröder ist Laufer, der führende Gestapoagent in Ungarn.« Das wird auch bestätigt in Kasztners Brief an Schwalb vom 15. Juli 1944, in den Schwalb Dokumenten, Labor Archives, Tel Aviv; und in Brands Zeugenaussage im Eichmannprozeß, Protokoll, S. 878-879.
38 Bei einem weiteren Treffen der Exekutive der Jewish Agency am 24. Juni erhielt Shertok den Spielraum, selbst zu entscheiden, wann er zurückkommen werde. Die Absicht war unter anderem, sicherzugehen, daß er wirklich jede Gelegenheit wahrnehmen konnte, um die Brand-Mission doch noch erfolgreich beenden zu können.
39 PRO/CAB 95/15/JR(4.4)/I5, Eden, Aktennotiz, 26. Juni 1944.
40 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 145-147.
41 NA/840.48, Flüchtlinge, Pehle an Morgenthau, 19. Juni 1944.
42 WRB, Kasten 70, 19. Juni 1944.
43 PRO/CAB 95/15/JR (44) 15, 29. Juni 1944.
44 PRO/FO 371/42807/WR 49/3/48, 6/28/44.
45 Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 137-138; Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 296.
46 WRB, Kasten 34(188), Telegraphische Mitteilung 4295 von Harrison, Bern.
47 PRO/FO 371/42897/WR 48/3/48, von Victor Mallet in Stockholm. Die

Nachricht aus Schweden traf einen Tag nach dem Treffen zwischen Eden, Weizmann und Shertok ein. In einer Notiz dazu heißt es: »Es ist schwer abzuschätzen, was von denen getan werden kann, die wie wir alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um dies zu stoppen.«

48 PRO/FO 371/42807/WR 75/3/48.

49 PRO/FO 371/42808/WR169/3/48-Cabinet Conclusions 85(44), 3. Juli 1944. Es gab noch andere Kommentare. Als das Londoner Büro des World Jewish Congress den Vorschlag machte, der Westen solle zusammen mit dem Papst eine öffentliche Erklärung abgeben, notierte ein Beamter: »Warum sind wir das Werkzeug dieser Leute? Warum sollte der Papst die Morde in Ungarn verdammen, bevor er den Einsatz von Bombern gegen dieses Land verdammt?« Ebenda, 42807/WR 28/3/48, 26. Juni 1944.

50 Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 140; PRO/FO 371/42897/WR 34/3/48.

51 PRO/FO 371/42807/WR 170/3/48.

52 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 300.

53 Ebenda, S. 299-307.

54 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 186-189, 195-199.

55 WRB, Kasten 70 (433), telegraphische Mitteilung 1641 nach Moskau.

56 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 134.

57 PRO/CA13/JR (44) 19, 12. Juli 1944.

58 NA/RG 226/E 120/Kasten 20, CIC-Bericht, undatiert.

59 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 234-235; MA, D.1.713,722; Ben-Gurion Archiv (BG), Sdeh Boker, Bader, Brief vom 10. Juni 1944. Bader dachte, daß die Nazis, vielleicht sogar die Juden selbst, für den Fall, daß Bader und Grosz nicht zurückkehrten, eine Geisel in Budapest haben wollten.

60 Kasztner-Grünwald-Prozeß, Zeugenaussage Bader, S. 539, Israelisches Staatsarchiv. Diese Äußerung steht im Gegensatz zu Baders Bericht von damals (MA, D. 1.746), in dem er Stiller zitiert: »Die Sonderabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin hat uns telegrafisch angewiesen, Sie bei einer Reise nach Berlin zu unterstützen. Unser Kurierflugzeug hat gestern für Sie bereitgestanden. Man erwartet Sie heute abend in Berlin.« Es gab aber keine »Sonderabteilung« im Außenamt, die sich mit solchen Verhandlungen beschäftigt hätte. Das Treffen fand entweder am 8. oder am 11. Juli statt. Siehe auch Hurwitz, »Shlichuto shel Menachem Bader umaga'ei Hashomer Hatzair«.

61 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 200; M A, D.1.713, 1.721, 1.746; PRO/FO 371/42807/WR 102/3/48; WRB, Kasten 70, für weitere Quellen. Siehe auch Menachem Bader, *Shlichuyot Atzuvot*, Merchavia 1954, S. 110-113.

62 Friling, *Ben Gurion and the Holocaust*, S. 299ff.; Bader, Zeugenaussage beim Kasztner-Grünwald-Prozeß, S. 539-540. In einem neueren Aufsatz (»Istanbul, Juni 1944«, in: *Iyunim bitkumat Yisrael*, 4. Juni 1994) zitiert Friling NA, RG 226, E 120, Aktennotizen vom 22. Juni und vom

27. August 1944, sowie anderes Material vom NA, um nachzuweisen, daß es während des Aufenthalts von Hirschmann und Shertok in Kairo um den 22. Juni ein oder mehrere Treffen zwischen Hirschmann, Shertok, Joseph J. Schwartz sowie S. Pinkney Tuck, einem US-Diplomaten, gab. Es ging dem JDC um die Einrichtung eines Fonds in der Schweiz, um den Deutschen Lösegeld zahlen zu können, wenn dies nötig würde. Tuck stand dieser Idee offenbar positiv gegenüber, wenn man dies so darstellen könne, daß es sich um Gelder aus neutralen Ländern handele. JA und JDC dachten offenbar an eine Aktion unabhängig von den westlichen Alliierten, doch mit stillschweigender Unterstützung durch die USA. Die Initiative blieb folgenlos.

63 WRB, Kasten 70 (69), 13. Juli 1944.

64 PRO/CA13/J11(44), drittes Treffen, 13. Juli 1944; Emerson, der Leiter des IGCR, fügte noch hinzu, daß die Juden die Verhandlungen über Schweizer Vermittlung vorgeschlagen hätten, weil sie dachten, die Vereinigten Staaten müßten Rücksicht auf die jüdischen Stimmen in New York nehmen und würden darum einem solchen Vorschlag zustimmen.

65 MA, D. 1.723.

66 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 207-208.

67 NA/T120/4203/E025305/Ribbentrop an Veesenmayer, 20. Juli 1944; Antwort von Veesenmayer, 22. Juli 1944.

68 Interessanterweise leugnete Schellenberg gegenüber den Briten, daß er von der Brand-Mission etwas gewußt habe. Entweder war dies eine Lüge, oder Clages hat den direkten Kontakt zu Himmlers Büro hergestellt. Siehe NA/RG 226/E 123/Bern SI-INT-71-75, 27. Juni-12. Juli 1945, S. 24.

69 Mendelsohn, *The Holocaust*, S. 214.

70 Kollek an Bader, 18. Januar 1955, Archiv des Israelischen Premierministers, 009/657.

71 *Zionist Review*, 22. September 1944, zitiert in: Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, S. 28-29.

11
Von der Ambiguität des Bösen

1 WRB, McClelland, Bericht nach Washington, 11. August 1944.

2 Labor Archiv (Archion Ha'avoda-AA), Tel Aviv, Schwalb Archiv, Kasztner-Nathan, 12. Juli 1944.

3 Hansi Brand, Zeugenaussage, Eichmannprozeß (Eduyot B, S. 914). Siehe auch die Zeugenaussage von Israel Szabos. Dieser war der Leiter der Maccabi Hatzair Jugendorganisation. Er riet seinen Kameraden, nicht in den Zug zu steigen. Es sei eine Falle; sie würden alle nach Auschwitz gebracht. Dinur, *Dokh Kasztner*, S. 20.

4 Ebenda, S. 17, Zitat des Krausz-Briefs nach Genf.
5 Braham, *The Politics of Genocide*, S. 953.
6 Kasztners Zeugenaussage in Nürnberg (18. Juli 1947, YV, Verhöre) zufolge wäre Becher vielleicht auch mit weniger zufrieden gewesen, Himmler habe aber auf den 1000 US Dollar bestanden. Kasztner behauptet, einen entsprechenden Brief Himmlers gesehen zu haben.
7 Kurt Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, in: *Sie und Er*, Zürich, 17. Januar 1963.
8 Braham, *The Politics of Genocide*, S. 954-955.
9 Dinur, *Dokh Kasztner*, S. 25.
10 Hier und im folgenden stütze ich mich auf Emenegger, in: *Sie und Er*, Ausgaben vom 31. Januar, 7. Februar, 14. Februar, 21. Februar 1963 und die darin erwähnten Dokumente.
11 IFZ, Eichmann-Vernehmungen, Kurt Becher, 20.-21. Juni 1961, S. 7ff.
12 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 7. Februar 1963.
13 Ribbentrop war wütend. Der SS war nicht nur ein Coup gelungen, sie hatte auch noch Juden ohne die Kenntnis seines Amtes aus Deutschland herausgeschmuggelt. Eine Untersuchung ergab, daß die verwendeten Visen und Dokumente von der SS gefälscht worden waren. Aber Ribbentrop waren die Hände gebunden, weil Himmler in der Weiss-Affäre Hitlers Unterstützung hatte. NA/T 120/4203/K209194-7; 1757/ E 025085-96; 3237/ E54883032; sowie andere Dokumente auf diesen Rollen.
14 NA/T120/1757/E025079, 19. Juli 1944, Ribbentrop an Veesenmayer, enthält den Verweis auf Hitler: »Der Führer hat daraufhin entschieden...«
15 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 14. Februar 1963.
16 NA/T120/1757/E025093-6, Veesenmayer an Ribbentrop, 9. Juli 1944.
17 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 17. Januar 1963.
18 Ebenda. Emenegger erwähnt Menschen wie Martin Sternberg und Vera Gulyas, Besitzer großer Modegeschäfte, die Becher als Gegenleistung für seine Protektion ihren Besitz überschrieben.
19 Braham, *The Politics of Genocide*, S. 957.
20 Paul L. Rose, »Joel Brand's ›Interim Agreement‹ and the Course of Nazi-Jewish Negotiations. 1944-1945«, in: *The Historical Journal* (U.K.) 34, 1991, Heft 4, S. 909-929.
21 Dinur, *Dokh Kasztner*, S. 23.
22 Einige Traktoren wurden aus den Geldmitteln Mayers bezahlt (siehe unten). Bei dieser Gelegenheit: Nicht McClelland, wie so oft vermutet wurde, war Quäker, sondern seine Frau Marjorie. McClelland ist 1914 in Palo Alto, Kalifornien, geboren.
23 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 18. April 1963, S. 21.
24 Ebenda, S. 85, 87.
25 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 25. März 1963.

26 Berlin Documentation Center (BDC), Kurt A. Becher. Becher erhielt das Eiserne Kreuz Erster Klasse und das Eiserne Kreuz Zweiter Klasse, beide Orden 1941; außerdem, an einem nicht bekannten Datum, das Deutsche Kreuz in Gold.

27 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 25. April 1963. Vgl. Karla Müller-Tupath, *Reichsführers gehorsamster Becher*, Fulda 1982, passim.

28 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 25. April 1963, S. 85, 87.

29 Er wurde 1966 Mitglied der Haus Seefahrt Gilde und nahm Anfang 1967 an einem Bankett teil (*Weser Kurier*, 11. Februar 1967). Seine Rehabilitierung wurde erleichtert durch eine große Schenkung an die Gilde.

30 Siehe Henry Feingold, *Politics of Rescue*, New Brunswick & New Jersey 1970, S. 267.

31 Einige neutrale Staaten wie Portugal hatten vor Juli Versuche unternommen, kleinere Gruppen von Juden außer Landes zu bringen. NA/T 120/4355/E 422022.

32 NA/T120/4203/E420969, Ribbentrop an Veesenmayer, 7. Juli 1944.

33 T120/1757/E025088-9, Veesenmayer an Ribbentrop, 9. Juli 1944.

34 NA/T120/4355/E422224-5, Ribbentrop an Veesenmayer, 10. Juli 1944.

35 NA/T120/4355/E421778-9, Veesenmayer an AA, 25. Juli 1944. Die Schweizer wollten für Juden mit Papieren für Palästina die Erlaubnis erreichen, aus Ungarn auszureisen. Dies wurde abhängig gemacht »von der deutscherseits gestellten Bedingung der Judenevakuierung Budapests«.

36 IMT, NG 1806, Eichmann an RSHA, 24. Juli 1944, und T120/4355/E421778-80, Veesenmayer an AA, 25. Juli 1944.

37 NA/T120/4203/K209321-2, Vermerk vom 4. August 1944.

38 NA/T120/1757/E025082-4, Ribbentrop an Veesenmayer, 17. Juli 1944. Dies Dokument zeigt, daß Hitler auch hier persönlich und direkt involviert war: in eine angesichts des Deutschland drohenden Verlusts von Frankreich vergleichsweise unbedeutende Angelegenheit wie die Frage, ob ein paar Juden Europa verlassen durften oder nicht.

39 NA/T120/4355/E422278-9, 14. August 1944, Veesenmayer an AA; GR/AA/E 422226.

40 NA/T120/4255/K214066, 19. August 1944, Grell an AA.

41 NA/T120/4355/E422180, Veesenmayer an Wagner, 24. August 1944.

42 NA/T120/4355/E422181, Veesenmayer an Ribbentrop, 25. August 1944.

43 NA/T120/4355/E422128-9, 8. Juli 1944, Winkelmann an Ritter. Der Bericht wurde an Hitler weitergeleitet, der offenbar alle diese Berichte las. Er befahl, die Fallschirmjäger zu erschießen. Dieser Befehl bezog sich nicht auf die Palästinenser, sondern auf englische Fallschirmjäger.

44 Diese Dokumente befinden sich jetzt in Israel. Ich danke Dov Dinur

sehr, daß er mir Kopien mit Übersetzungen aus dem Ungarischen ins Hebräische zur Verfügung gestellt hat. Die Treffen fanden statt am 15. Juli 1944 mit Becher; am 12. August mit Eichmann, Veesenmayer, Becher, Krumey und Grüson; am 18. August mit Wisliceny.

45 Zvi Singer, in: *Yediot Acharonot*, 18. November 1988.

46 Nach einem Dokument, das sich jetzt in Israel befindet; vgl. Anm. 44 dieses Kapitels.

47 Andreas Biss, *Der Stopp der Endlösung*, Stuttgart 1976.

48 WRB, McClelland nach Washington, 1. August 1944, Nr. 4197.

49 JDC, SM-9, 1. August, Gespräch in Lissabon.

50 JDC, SM-17, 15. Mai 1945, Bericht von Wyler-Schmidt.

51 WRB/ 21. August 1944, Nr. 2867.

52 JDC, SM-13; Braham, *The Destruction of Hungarian Jewry*, Bd. 2, S. 635-637, 481. Becher Zeugenaussage, YV/9104, S. XIV. Becher gab sein Telegramm in Budapest am 25. August 1944 abends um 18: 10 Uhr auf. Dies bleibt problematisch. Man muß auch bedenken, wie unwahrscheinlich es ist, daß Becher vier Tage gewartet haben und vorher noch nach Budapest zurückgekehrt sein soll, bevor er Himmler seinen Bericht schickte – selbst wenn er zuvor mit Kasztner hätte diskutieren müssen, was er denn berichten sollte. Es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß Becher mit seinem Chef telefonierte und dann noch einen geschriebenen Bericht absandte. Werner Grothman, Himmlers Adjutant, erklärt – unterschriebene Zeugenaussage in Nürnberg, 4. Januar 1947 – ausdrücklich, daß Bechers Bericht der Anlaß für Himmlers Befehl war.

12
Verhandlungen in der Schweiz, Tragödie in Budapest

1 IMT, NG 2234, Veesenmayer an Ritter und Ribbentrop, 3. April 1944.

2 GR/AA/E 487148-9. Siehe auch ebenda, E 4223 1 5, von Thadden an die Schweizer Gesandtschaft, Berlin, 5. September 1944.

3 Der Hilfsverein für jüdische Flüchtlinge im Ausland wurde 1938 in der Schweiz gegründet. Isaac Sternbuchs Ehefrau Rachel (Recha), das aktivste Mitglied der Gruppe, war die Tochter von Rabbi Rottenberg aus Antwerpen.

4 Eine Folge von Artikeln von Trümpy, in: *Sie und Er*, 14. September 1961-9. November 1961.

5 Ebenda, Fotokopie des Dokuments, abgedruckt am 8. Oktober 1961.

6 JDC, SM-39.

7 JDC, SM-13, SM-17.

8 Biss, *Der Stopp der Endlösung*, S. 175.

9 Landau, *Der Kastner[!]-Bericht*, S. 187; JDC, SM-13, Notizbuch.

10 JDC, SM-13, Notizbuch.

11 Alain Dieckhoff, »Une Action de Sauvetage des Juifs Européens en

1944-1945: L'Affaire Musy«, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 2, 1989, S. 287-303.

12 JDC, SM-21, Musy-Report, undatiert; WRB, 31. Juli 1945, McClellands Schlußbericht. Becher zufolge (YV/Nürnberg, Zeugenaussagen, Nr. 2710-c, 22. Januar 1948) hielt Himmler Musy für einen trotteligen Greis, weil dieser ihm Medikamente angeboten hatte und er doch LKWs haben wollte. Dieckhoff, »Une Action de Sauvetage des Juifs Européens«, S. 291, gibt eine Äußerung Musys über Himmler wieder: »Il m'écouta attentivement et fit effort pour comprendre mon point de vue, fort éloigné du sien.«

13 IFZ, 48a, 18. November 1944, Musy an Himmler.

14 WRB, 14. Oktober 1944, Olsen nach Washington, Nr. 4187; und 18. Oktober 1944, Nr. 279.

15 JDC, SM-14,17; Landau, *Der Kastner[!]-Bericht*, S. 208.

16 JDC, SM-17; Landau, *Der Kastner[!]-Bericht*, S. 211-217.

17 WRB, 21. November 1944, Nr. 3932.

18 WRB, 28. November 1944, Nr. 4014, an McClelland; 9. Dezember 1944, Nr. 8045, McClelland an WRB.

19 Landau, *Der Kastner[!]-Bericht*, S. 235.

20 JDC, SM-39, 30. November 1944.

21 Schweizer Nationalarchiv, Bern, 2200/Berlin 3/ Klasseur 3, Ibis-AI8. 5, 11/271/44, Heinz Vischer (Berliner Botschaft) nach Bern: »Daß der RsF [Reichsführer] zur Überzeugung gelangt sei, daß ein Austausch ungarischer Juden gegen Waren wenig Aussicht auf Erfolg hat, da die Alliierten ihre Güter doch schlußendlich nicht zum Export in das Reich freigeben werden. Es sei deshalb der Plan aufgetaucht, die ungarische Judenschaft gegen Deutsche in alliierter Hand auszutauschen, vornehmlich gegen die zahlenmäßig starke deutsche Volksgruppe in Rumänien.«

22 JDC, SM-21(2); WRB, 13. Dezember 1944; McClelland nach Washington, Nr. 8118.

23 WRB, 19. Dezember 1944, an McClelland, Nr. 4273; und die Antwort von McClelland vom 28. Dezember; WRB, 6. Januar 1945, an McClelland, Nr. 102; *Foreign Relations of the United States*, Bd. 2, Washington, D.C. 1945, S. 1121.

24 IFZ, 48a, Himmler Dokumente, 18. Januar 1945 (»Zu meinen Akten«).

25 WRB, 25. Januar 1945, 28. Januar 1945, 8. Februar 1945, McClelland nach Washington, Nr. 424, 605, 881; Franz Goering Zeugenaussage, Schellenberg Dokumente, Kasten 87B, MHI.

26 YV/0-51/DN-39/2119. Siehe auch IFZ, 48a. Dieckhoff, »Une Action de Sauvetage des Juifs Européens«, S. 291, zählt auf, was Musy außer dem bereits Erwähnten noch erreichen konnte: Ende Februar die Freilassung von sechzig ungarischen Juden, im April Freilassung der Verwandten der mit VH verbundenen Rabbiner. Ein ähnlicher Versuch wurde – wir wissen nicht, von welcher Fraktion innerhalb der SS –

offenbar Mitte Februar über eine Gruppe niederländischer Juden in der Schweiz unternommen, denen man für 1000 Schweizer Franken pro Kopf 1500 in Theresienstadt und Bergen-Belsen inhaftierte niederländische Juden anbot.

27 Becher, YV, Nürnberg, Zeugenaussagen, Nr. 2710c, 22. Januar 1948. Schellenbergs Zeugenaussagen sind voller Tiraden gegen Becher.

28 Landau, *Der Kastner[!]-Bericht*, S. 291; JDC, SM-17. Das Rote Kreuz war jetzt bereit, jüdische Forderungen zu vertreten. Carl J. Burckhardt fuhr zu Himmler, und das Rote Kreuz schickte Gesandte nach Bratislava (George Dunant) und Wien (Lutz Thudicum), die in beiden Städten mit Mitteln des JDC Juden das Leben retteten.

29 Englische Beamte sprachen vom 18. Juli, denn an jenem Tag erhielten sie das Angebot.

30 NA/T120/3237/E548787-8, Veesenmayer nach Berlin, 21. November 1944. Höß hatte die Verantwortung an der österreichischen Grenze und weigerte sich, noch weitere Juden anzunehmen, die älter als vierzig oder Frauen waren. Szalasis Regierung entschied, Frauen nicht mehr auf Todesmärsche zu schicken, sondern sie nur noch im Zug zu transportieren. Da es keine Züge gab, wurde die Deportation von Frauen eingestellt.

31 In einer Aussage (YV/9104, 1945, S. XVII) behauptet Becher, er habe von Himmler den Befehl erhalten, die Märsche einzustellen.

32 Robert Rozett, »The Protected Children's Houses. Rescue in Budapest. 1944-1945«, Seminararbeit für das Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University 1981; Rozett, »Jewish and Hungarian Resistance in Hungary«, in: *Yad Vashem Studies* 19, 1989, S. 269, 288.

33 Eichmannprozeß, 1053, Biss, Brief an Mayer, 6. Juli 1945.

34 Eichmannprozeß, Aussage 06; Becher, Zeugenaussage, 20.-21. Juni 1961, S. 22.

35 IFZ, Michael Salamon Brief an Lutz, 15. April 1947.

13
Die letzten Monate

1 Gyula von Szilvay, *Die nationalsozialistische Verschwörung und Aggression*, Manuskript bei IFZ, Fb109/2, IV. Teil.

2 NA/R226/79428, 30. Juni 1945.

3 Diese Juden waren Julius Ecker, Georg Kramer, Alexander Mandel, Nicholas Weiß, Lilian Braun, Martin Sternberg und seine Frau, Ignaz Auspitz und Irene Wiesner. Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 10. Januar 1963.

4 Bechers Nachkriegsaussagen bei den Ungarn enthalten eine längere und detaillierte Beschreibung, wie er immer nur die Interessen Ungarns vertreten habe, indem er die evakuierten Fabriken vor der Gier deutscher

Beamter schützte. Er habe sich als »Treuhänder« der Manfred Weiss-Werke und anderer Unternehmen verstanden und habe nichts anderes gewollt, als den Ungarn ihr Eigentum nach dem Krieg zurückzugeben. Becher war ohne Zweifel einer der aufrichtigsten und selbstlosesten Nazis überhaupt. Vgl. Verhör vom 11. Dezember 1945, *Magyar Allamrendörseg Budapesti Fökapitanysaganak Politikai Rendeszeti Osztalya*, Nr. 21588. Ich danke Hava Baruch für ihre Übersetzung.

5 Yahil, *The Holocaust* , S. 646-648.

6 YV, Nürnberg, Aussage 929, Becher, 7. Juli 1947, S. 19-22. Kasztner ermutigte Becher, seiner Aussage zuzustimmen, daß General Pfeffer-Wilenbruch von Budapest aus telegraphisch bei Himmler angefragt habe, was mit den Budapester Juden geschehen solle. Am 9. Januar habe Becher interveniert, und Himmler habe nach Ungarn telegraphiert. Da Budapest im Januar/Februar befreit wurde, erscheint mir dieses Datum etwas spät.

7 Am 10. April 1945, als Schellenberg mit Kaltenbrunner zu Mittag aß, habe letzterer angeblich Hitler zitiert: »Dazu noch gibt es eine allgemeine Anweisung von Hitler... daß man alle Lager evakuieren soll und besonders Juden als Geiseln zu behandeln sind.« NA/M1270/ Rolle 17, Schellenberg, Aussage vom 13. November 1945. Siehe auch YV/Werner Grothman, Aussage in Nürnberg, 4. Januar 1947: »Hitler (hat) darauf bestanden, daß kein ausländischer Häftling lebend in die Hände des Feindes fallen darf.«

8 Vgl. PRO/FO 371/51114/XC/AO14652, Board of Deputies of British Jews an Paul Mason im Foreign Office; hier wird auf einen Bericht verwiesen, demzufolge die Deutschen bei ihrem Rückzug eine große Zahl polnischer Juden abtransportierten.

9 Yahil, *The Holocaust*, S. 539-542, 651; Yehuda Bauer, »The Death Marches. January-May, 1945«, in: Michael R. Marrus (Hrsg.), *The Nazi Holocaust* 9, Westport 1989, S. 491-511; Schmuel Krakowski, »The Death Marches During the Evacuation of the Camps«, in: ebenda, S. 476-490.

10 Die Darstellung der schwedischen Aktivitäten basiert vor allem auf dem offiziellen schwedischen Bericht von 1956 über diese Verhandlungen, der in deutscher Übersetzung erschienen ist: *Vorspiel und Verhandlungen zu der schwedischen Hilfsexpedition nach Deutschland. 1945*, IFZ/F44/7 und auf Steven Koblik, *The Stones Cry Out*, New York 1988.

11 Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1964, S. 420.

12 Koblik, *The Stones Cry Out*, S. 14.

13 Für Einzelheiten der schwedischen Aktivitäten und Verhandlungen siehe ebenda.

14 PRO/PO 371/5113/XC/A014652, Mallet nach London, 8. Februar 1945.

15 Dokumente aus Hillel Storchs Archiv, Kopien in Besitz von Dov Dinur, dem ich für die Erlaubnis danke, diese Dokumente auszuwerten. Siehe auch IFZ, Zs/1624; Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin. 1939-1945*, Bonn 1950; Kleist, *Die europäische Tragödie*, Göttingen 1961.

16 Dokumente von Dinur, Storch Archiv.

17 Koblik, *The Stones Cry Out*, S. 128.

18 PRO/FO 371/14978/WO 208/685A, Stockholm to FO, 27. März 1945; WRB, 3. April 1945, Olsen nach Washington, Nr. 5356. Koblik (*The Stones Cry Out*, S. 131) zitiert aus einem Brief von Storch an Adler-Rudel vom 27. März und behauptet, das Angebot stamme vom 21. März und die 10000 seien nur Schweden angeboten worden.

19 IFZ, F44/7, S. 30.

20 Norbert Masur, *Yehudi Mesocheach im Himmler*, Tel Aviv 1985. Es handelt sich um eine hebräische Übersetzung von Masurs Bericht (*En Jude Talar Med Himmler*), der 1945 entstand. Vgl. auch WRB, 25. April 1945 von Olsen, Nr. 1547.

21 Koblik, *The Stones Cry Out*, S. 138.

22 Bericht des Committee (A. M. Snouck Hurgronje, Prof. A. J. C. Rueter und C. J. van Schelle), 12. Januar 1950, IFZ, F44/7.

23 PRO/FO 371/51987/XC/014652, Bern Nr. 30, berichtet aus Washington, 13. März 1945.

24 Kasztner Brief vom 11. April 1945 an Mayer, Dokumente von Dinur, Kopie in meinem Besitz.

25 Alle vorhergehenden Äußerungen von Becher stammen aus seiner Zeugenaussage in Nürnberg, 1945, YV/9104.

26 Dokumente von Dinur (*Dokh Kasztner*) und Landau (*Der Kastner[!]-Bericht*).

27 Emenegger, »Reichsführers gehorsamster Becher«, 10. Januar 1963.

Epilog

1 Richard Breitman und Shlomo Aronson, »The End of the ›Final Solution‹? Nazi Plans to Ransom Jews in 1944«, in: *Central European History* 25, 1993, Heft 2, S. 177-203, sind zu ähnlichen Ergebnissen gekommen und haben das gleiche Material ausgewertet. Ich danke ihnen für ihre Kommentare und Kritik. Wie man einem Vergleich ihres Aufsatzes mit meinem Buch entnehmen kann, teile ich nicht alle ihre Schlußfolgerungen; die Differenzen sind allerdings unwesentlich.

Bibliographie

Archive

BA	Bundesarchiv, Koblenz und Bundesarchiv, Bonn (the Foreign Ministry part of the BA)
BDC	Berlin Documentation Center
BG	Ben Gurion Archives, Sdeh Boker, Israel
CZA	Central Zionist Archives, Jerusalem
	Eidgenössisches Bundesarchiv, Bern
IFZ	Institut für Zeitgeschichte, München
JDC	American Jewish Joint Distribution Committee Archives, New York, Genf und Jerusalem
MA	Moreshet Archives, Giv'at Haviva, Israel
MHI	Military Historical Institute (U. S.), Carlisle, Pennsylvania
NA	National Archives (Military Archives), Washington, D.C.
PRO	Public Records Office, London
SM	Saly Mayer Files, JDC
WRB	War Refugee Board Archive, Roosevelt Archives, Hyde Park, New York
YV	Yad Vashem Archives, Jerusalem

Bücher

Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, 1918-1945, Serie D, Baden-Baden 1953; Serie E, Göttingen 1979.

Avriel, Ehud, *Open the Gates*, New York 1975.

Balfour, Michael, *Helmuth James Graf von Moltke. 1907-1945*, Berlin 1984.

Barkai, Avraham, *Hakalkalah Hanatzit*, Tel Aviv 1986.

Bauer, Yehuda, *American Jewry and the Holocaust*, Detroit 1981.

–, *From Diplomacy to Resistance*, Philadelphia 1970.

–, *My Brother's Keeper*, Philadelphia 1973.

–, *The Holocaust in Historical Perspective*, Seattle 1978.

Bauman, Zygmunt, *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg 1992.

Ben-Elissar, Eliahu, *Kesher Hahashmadah*, Jerusalem 1978.

Bethge, Eberhard, *Dietrich Bonhoeffer*, München 1969.

Biffault, Herma (Hrsg.), *The Memoirs of Doctor Felix Kersten*, New York 1947.

Biss, Andreas, *Der Stopp der Endlösung*, Stuttgart 1976.

Black, Edwin, *The Transfer Agreement*, New York 1984.

Braham, Randolph L., *The Destruction of Hungarian Jewry. A Documentary Record*, New York 1963.

–, *The Politics of Genocide*, New York 1981.
Brand, Joel, *Beshlichut Nidonim Lamavet*, Tel Aviv 1956.
Breitman, Richard, *The Architect of Genocide*, New York 1991.
Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1992.
Browning, Christopher R., *Fateful Months*, New York 1985.
–, *The Final Solution and the German Foreign Office*, New York 1978.
Cohen, Michael J., *Palestine to Israel. From Mandate to Independence*, London 1988.
Dinur, Dov, *Dokh Kasztner*, Tel Aviv 1981.
Documents on German Foreign Policy, Series D, Washington, D. C. 1949-1983.
Domarus, Max, *Hitlers Reden und Proklamationen. 1932-1945*, Würzburg 1963.
Eduyot Bemishpat Eichmann, Tel Aviv 1965.
Elon, Amos, *Timetable*, New York 1980.
Fatran, Gila, *Ha'im Ma'avak al Hissardut?*, Tel Aviv 1992.
Feilchenfeld, Werner et al., *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939*, Tübingen 1972.
Feingold, Henry L., *Politics of Rescue*, New Brunswick, N.J. 1970.
Fischer, Wolfram, *Deutsche Wirtschaftspolitik, 1918-1945*, Lüneburg 1961.
Fleischhauer, Ingeborg, *Die Chance des Sonderfriedens*, Berlin 1986.
Foreign Relations of the United States, 1938, 1939, Washington, D. C. 1964.
Friling, Tuvia, *Ben Gurion Vehasho'ah [Ben Gurion and the Holocaust]*, Diss., Jerusalem 1990.
Fuchs, Avraham, *The Unheeded Cry*, Brooklyn 1986.
Gadamer, Hans Georg, *Wahrheit und Methode*, Tübingen 1965.
Giora, Shlomo, *Or Kayin*, Jerusalem 1983.
Gruenhut, Aron, *Katastrophenzeit des slowakischen Judentums*, Tel Aviv 1972.
Gutman, Israel (Hrsg.), *Enzyklopädie des Holocaust*, 3 Bde., Berlin o. J.
Habe, Hans, *Die Mission*, München, Berlin 1987.
Hassel, Ulrich von, *The Ulrich von Hassel Diaries*, New York 1947.
Herf, Jeffrey, *Reactionary Modernism*, New York 1984.
Hilberg, Raul, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt am Main 1982.
Höhne, Heinz, *Canaris. Patriot im Zwielicht*, München 1976.
–, *Krieg im Dunkeln*, München 1985.
–, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967.
Hoffmann, Peter, *The History of the German Resistance*, Cambridge 1977.
Israeli, David, *Hareich Hagermani Ve'eretz Yisrael*, Ramat Gan 1974.
Jaeckel, Eberhard, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Stuttgart 1986.
Kadar, Guyla, *A Ludvikatol Sopronköhidaig*, Budapest 1978.
Karski, Jan, *The Secret State*, Boston 1944.

Kersten, Felix, *The Kersten Memoirs*, New York 1957.
–, *Totenkopf und Treue*, Hamburg 1952.
Kleist, Peter B., *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950.
Koblik, Steven, *The Stones Cry Out*, New York 1988.
Krausnick, Helmut u. Hans-Heinrich Wilhelm, *Truppe des Weltanschauungskrieges*, Stuttgart 1981.
Landau, Ernest (Hrsg.), *Der Kastner[!]-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn*, München 1961.
Laqueur, Walter u. Richard Breitman, *Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr*, Frankfurt am Main, Berlin 1986.
Lipscher, Ladislaw, *Die Juden im Slowakischen Staat*, München 1980.
Lossin, Yigal, *Pillar of Fire*, Jerusalem 1984.
Makra, Zoltan, *Honvedelmi Miniszterek Szolgalataban, 1940-1944*, München 1986.
Masur, Norbert, *Yehudi Mesocheach im Himmler*, Tel Aviv 1985.
Mayer, Arno J., *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die ›Endlösung‹*, Hamburg 1989.
Mendelsohn, John (Hrsg.), *The Holocaust. Selected Documents in Eighteen Volumes*, New York 1982.
Mor, Zoltan, *Die Juden Ungarns*, Manuskript.
Morley, John F., *Vatican Diplomacy and the Jews During the Holocaust, 1939-1943*, New York 1980.
Neumann, Oskar, *Im Schatten des Todes*, Tel Aviv 1956.
Nicosia, Francis, *Hitler und der Zionismus. Das 3. Reich und die Palästina-Frage 1933-1939*, Leoni am Starnberger See 1989.
Ofer, Dalia, *Escaping the Holocaust*, New York 1990.
Ofer, Dalia u. Hannah Weiner, *Parashat Kladovo-Sabac*, Universität von Tel Aviv 1994 (im Erscheinen).
Perl, William R., *The Four-Front War*, New York 1979.
Petzina, Dietmar et al., *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, 1914-1945*, München 1978.
Peulot Hatzalah beKushta, 1940-1944, Jerusalem 1969.
Porat, Dina, *The Blue and the Yellow Star of David*, Cambridge 1990.
Ranki, Gyorgy (Hrsg.), *A Wilhelmstrasse es Magyarorszag*, Budapest 1986.
Ritter, Gerhard, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1964.
Rosenkranz, Herbert, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich, 1938-1945*, Wien 1978.
Rothkirchen, Livia, *Churban Yahadut Slovakia*, Jerusalem 1961.
Rubin, Barry, *Istanbul Intrigues*, New York 1989.
Segev, Tom, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Reinbek bei Hamburg 1995.
Seraphim, Hans-Günther, *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs*, Göttingen 1956.
Shoenfeld, Moshe, *The Holocaust Victims Accuse*, Brooklyn 1977.

Tal, Uriel, *Germans and Jews in the Second Reich*, Ithaka, New York 1975.
Thun-Hohenstein, Romedio Galeazzo Graf von, *Der Verschwörer. General Oster und die Militärpolitik*, Berlin 1982.
Tragedia slovenských Židov, Bratislava 1949.
Vrba, Rudolf u. Alan Bestic, *Ich kann nicht vergeben*, München 1964.
Weissmandel, Michael Dov, *Min Hametzar*, New York 1960.
Wyman, David S., *Paper Walls*, Amherst 1968.
–, *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Ismaning bei München 1986.
Yahil, Leni, *The Holocaust*, New York 1990.
Zariz, Ruth, *Hatzalat Yehudim Germanim al-yedei Hagirah, 1938-1944*, Diss., Jerusalem 1986.
Zweig, Ronald W., *Britain and Palestine During the Second World War*, London 1986.

Artikel und Buchkapitel

Aronson, Shlomo, »Hitlers Judenpolitik, die Alliierten und die Juden«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1, 1984, S. 29-65.
Ball-Kaduri, Kurt J., »Ha'aliyah Habilti-chukit MiGermania Hanatzit«, in: *Yalkut Moreshet* 8, 1968, S. 127-44.
Barkai, Avraham, »German Interests in the Haavarah-Transfer Agreement«, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 25, Tübingen 1990, S. 245-56.
Bauer, Yehuda, »The Death Marches, January-May, 1945«, in: Michael Marrus (Hrsg.), *The Nazi Holocaust* 9, Westport 1989, S. 491-511.
–, »Who Was Responsible and When?«, in: *Holocaust and Genocide Studies* 6, 1991, Heft 2, S. 129-50.
Braham, Randolph L., »The Kamenets Podolsk and Delvidek Massacres. Prelude to the Holocaust in Hungary«, in: *Yad Vashem Studies* 9, 1973, S. 133-56.
Breitman, Richard u. Shlomo Aronson, »The End of the ›Final Solution‹? Nazi Plans to Ransom Jews in 1944«, in: *Central European History* 25, 1993, Heft 2, S. 177-203.
Broszat, Martin, »Hitler and the Genesis of the ›Final Solution‹«, in: *Yad Vashem Studies* 13, 1979, S. 73-126.
Browning, Christopher R., »Referat Deutschland. Jewish Policy and the German Foreign Office (1933-1940)«, in: *Yad Vashem Studies* 12, 1977.
–, »Nazi Resettlement Policies and the Search for a Solution to the Jewish Question, 1939-1941«, in: *German Studies Review* 9, 1986, Heft 3, S. 497-519.
Conway, John S., »Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz. Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 2, 1979, S. 260-84.

–, »Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 2, 1984, S. 179-212.
Dieckhoff, Alain, »Une Action de Sauvetage des Juifs Européens en 1944-1945: L'Affaire Musy«, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 2, 1989, S. 287-303.
Emenegger, Kurt, »Reichsführers gehorsamster Becher«, in: *Sie und Er*, Zürich 1962-63.
Gelber, Yoav, »Hamediniut Hatzionit Veheskem Haha'avarah«, in: *Yalkut Moreshet* 18, 1974, S. 23-100.
Goshen, Seev, »Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1, 1981, S. 74-96.
Heidekind, Jürgen, »Gero von Schulze Gaevernitz«, in: Michael Bosch u. Wolfgang Niess (Hrsg.), *Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933-1945*, Stuttgart 1985.
Heidekind, Jürgen u. Christof Mauch, »Das Hermann-Dossier«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 4, 1992, S. 567-623.
Hillgruber, Andreas, »Die Endlösung und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 2, 1972, S. 133-53.
Hurwitz, Ariel, »Shlichuto shel Menachem Bader umaga'ei Hashomer Hatzair im Yahadut Eiropa Hakvushah«, in: *Yalkut Moreshet* 35, 1983, S. 176-92.
Jong, Louis de, »Hat Felix Kersten das niederländische Volk gerettet?«, in: Hans-Heinrich Wilhelm u. Louis de Jong (Hrsg.), *Zwei Legenden aus dem Dritten Reich*, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 28, Stuttgart 1974.
Kárný, Miroslav, »Svědectví z Osvětími«, in: *Tvorba* 14, 1989.
Kleist, Peter, »Die europäische Tragödie«, Göttingen 1961.
Krakowski, Shmuel, »The Death Marches During the Evacuation of the Camps«, in: Michael Marrus (Hrsg.), *The Nazi Holocaust* 9, Westport 1989, S. 476-90.
Major, Robert, »The Holocaust in Hungary«, in: *Jewish Currents* 12, 1965.
Marcus, Ernst, »The German Foreign Office and the Palestine Question in the Period 1933-1939«, in: *Yad Vashem Studies* 2, 1958, S. 179-204.
Mommsen, Hans, »Die Realisierung des Utopischen. Die ›Endlösung der Judenfrage‹ im Dritten Reich«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9, 1983, Heft 3, S. 381-420.
Nir, Akiva, »Vaadat Hahatzalah beKushta. Hakesher im Slovakia«, Seminararbeit, Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University 1989.
Rose, Paul L., »Joel Brand's ›Interim Agreement‹ and the Course of Nazi-Jewish Negotiations, 1944-1945«, in: *Historical Journal* (U. K.) 34, 1991, Heft 4, S. 909-29.
Rozett, Robert, »The Protected Children's House. Rescue in Budapest, 1944-1945«, Seminararbeit, Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University 1981.

–, »Jewish and Hungarian Resistance in Hungary«, in: *Yad Vashem Studies* 19, 1989, S. 269-81.
Trümpy, Carl, »Rettungsversuche«, in: *Sie und Er*, Zürich, Sept.-Nov. 1961.
Vago, Bela, »Intelligence Aspects of the Joel Brand Mission«, in: *Yad Vashem Studies* 10, 1974, S. 111-28.
Yahil, Leni, »Madagascar. Phantom of a Solution to the ›Jewish Question‹«, in: Bela Vago u. George L. Mosse (Hrsg.), *Jews and Non-Jews in Eastern Europe, 1918-1945*, New York 1974.

Namenverzeichnis

